

Rechtspopulismus und konservatives Christentum

Die diskursiven Beziehungen zwischen Rechtspopulisten
und konservativen Christen

Dissertation

zur Erlangung des Doktorgrades
der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät
der Eberhard Karls Universität Tübingen

vorgelegt von

Janina Stefanie Coronel-Zähringer

Tübingen

2021

1. Betreuer: Prof. Dr. Hans-Jürgen Bieling
2. Betreuer: Prof. Dr. Matthias Möhring-Hesse

Tag der mündlichen Prüfung: 28.07.2022

Dekan: Prof. Dr. Josef Schmid

1. Gutachter: Prof. Dr. Hans-Jürgen Bieling
2. Gutachter: Prof. Dr. Matthias Möhring-Hesse

Für meinen Großvater Helmut Regul

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	IV
Abbildungsverzeichnis	V
Tabellenverzeichnis.....	VII
1. Einleitung	1
1.1 Problemaufriss.....	1
1.2 Leitfragen und Forschungsinteressen.....	5
1.3 Einordnung der Arbeit.....	8
1.4 Begrifflichkeiten.....	10
1.5 Aufbau der Arbeit.....	11
2. Forschungsstand	14
2.1 Religion und Politik	14
2.2 Moralpolitik und Nationalismus.....	17
2.3 Rechtspopulismus und konservatives Christentum.....	20
2.4 Forschungslücke.....	27
3 Theorie- und Analyseperspektive.....	31
3.1 Komplexität und „Kampf der Ideen“ als Grundgedanken	31
3.2 Christentum im Wandel	35
3.3. Gesellschafts- und Moralpolitikpolitik im Wandel.....	45
3.4 Öffentlichkeit(en) im Wandel	51
3.5 Akteursverbindungen und Handlungsräume	56
3.5.1 Identitäten und Werteverbindungen	56
3.5.2 Informations- und Protestpolitiken.....	61
3.5.3 Professionen und Netzwerke	63
3.5.4 Diskurskoalitionen und diskursive Mechanismen.....	65
3.6 Sense-Making.....	71
4. Methoden.....	74

4.1 Diskursnetzwerkanalyse	74
4.2 Diskursanalyse nach Hajer	76
4.3 Fallstudien und Process Tracing	78
4.4 Quellenkorpus und methodischer Ablauf	79
4.5 Methodische Reflexionen	84
5. Analyse	88
5.1. Diskursnetzwerkanalyse 2014 bis 2020	88
5.2 Zentrale Akteure	93
5.2.1 Alternative für Deutschland	94
5.2.2 Konfessionskirchen	99
5.2.3 Deutsche Evangelische Allianz	102
5.2.4 Wissenschaftler	104
5.2.5 Soziale Bewegungen	105
5.2.6 Journalisten	105
5.3 Mediale Diskursforen	106
5.3.1 Konservativ-evangelischer Journalismus: Idea Spektrum	106
5.3.2 Konservativ-katholischer Journalismus: Die Tagespost	108
5.3.3 Rechtskonservativer Journalismus: Junge Freiheit	111
5.3.4 Allgemeine Charakterisierung der Diskursforen	114
5.4 Phasen wechselseitiger Relationen	115
5.4.1 Unverbundene Existenzen (2014)	115
5.4.2 Thematische Verbindungen (2015-2017)	117
5.4.3 Profilierungen, Zuschreibungen und Abgrenzungen (2018-2019)	134
5.4.4 Nachlassende Verbindungen (2020)	146
5.5 Fallstudien	147
5.5.1 Einführende Bemerkungen zu den Fallstudien	147
5.5.2 Bildungsplan 2014 und Demo für alle in Baden-Württemberg	151

5.5.3 Anti-Flüchtlingsproteste in Sachsen.....	172
5.5.4 Abschließende Bemerkungen zu den Fallstudien	186
6. Diskussion	196
6.1 Beziehungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen.....	197
6.2 Gesellschaftlicher Wandel und Deutung von Wirklichkeit.....	199
6.3 Akteurspositionierungen	203
6.4 Thematische Verbindungen, Diskurskoalitionen und emblematische Themenfelder..	210
6.5 Politisierung der christlichen Religion	217
7. Fazit.....	222
7.1 Zusammenfassung der Ergebnisse	222
7.2 Reflexion zur Analyseperspektive und Forschungsmethodik	224
7.3 Praktischer Nutzen, weiterer Forschungsbedarf und Ausblick	228
Literaturverzeichnis.....	233
Anhang	261
1. Interviewverzeichnis	261
2. Einteilung der Diskursthemen und der Kategorien, DNA	261
3. Ausschnitt MAXQDA-Codesystem zu Gender	262
4. Auflistung der Akteure, DNA	263
5. Leitfragen für die Interviews.....	263

Abkürzungsverzeichnis

AfD	Alternative für Deutschland
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
ChrAfD	Christen in der AfD
DEA	Deutsche Evangelische Allianz
DNA	Diskursnetzwerkanalyse
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
GEW	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
IS	Idea Spektrum
JF	Junge Freiheit
LGBT/ LGBTQIA+	Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender/ Lesbian, Gay, Bisexual, Transsexual/Transgender, Queer, Intersexual und Asexual
LSVD	Lesben- und Schwulenverband in Deutschland
PEGIDA	Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
TAZ	Die Tageszeitung
TP	Tagespost

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Zusammenhang zwischen gesellschaftlichem Wandel und Politisierung von Identitäten Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Pickel et al. (2016, S. 89).....	47
Abbildung 2: Gesamtes Diskursnetzwerk (01.01.2014-31.12.2014) Quelle: Eigene Darstellung mit Visone	89
Abbildung 3: Gesamtes Diskursnetzwerk (01.01.2015- 31.12.2017); Quelle: Eigene Darstellung mit Visone.....	91
Abbildung 4: Gesamtes Diskursnetzwerk (01.01.2018- 31.12.2019); Quelle: Eigene Darstellung mit Visone.....	91
Abbildung 5: Gesamtes Diskursnetzwerk (01.01.2020-28.29.02.2020); Quelle: Eigene Darstellung mit Visone.....	92
Abbildung 6: Konzepte, zu denen sich ChrAfD-Vertreter äußern (2014-2020); Quelle: Eigene Darstellung mit Visone.....	99
Abbildung 7: Verbindungen Evangelische und Katholische Kirche (2014-2020); Quelle: Eigene Darstellung mit Visone.....	102
Abbildung 8: Verbindungen verschiedener Wissenschaftler (2014-2020); Quelle: Eigene Darstellung mit Visone.....	105
Abbildung 9: Konzepte, zu denen sich evangelisch-konservative Autoren positionieren (links) und katholisch-konservative Autoren (rechts); Quelle: Eigene Darstellung mit Visone	108
Abbildung 10: Gesamtes Diskursnetzwerk (01.01.2014-31.12.2014); Quelle: Eigene Darstellung mit Visone.....	116
Abbildung 11: Konzepte und Verbindungen zum Thema ‚Gender‘ (2015-2017); Quelle: Eigene Darstellung mit Visone.....	120
Abbildung 12: Konzepte und Verbindungen um ‚Islam‘ (2015-2017); Quelle: Eigene Darstellung mit Visone.....	124
Abbildung 13: Konzepte und Verbindungen um ‚Flüchtlinge‘ (2015-2017); Quelle: Eigene Darstellung mit Visone.....	127
Abbildung 14: Verbindungen um ‚Dialog mit Rechtspopulisten‘ (links 2015-2017), (rechts 2018-2019); Quelle: Eigene Darstellung mit Visone	136
Abbildung 15: Verbindungen um ‚AfD christliche Partei‘ (links 2015-2017), (rechts 2018-2019); Quelle: Eigene Darstellung mit Visone	137

Abbildung 16: Verbindungen um ‚Politisierung der Evangelischen Kirche‘ (2017-2019); Quelle: Eigene Darstellung mit Visone	139
Abbildung 17: Verbindungen um ‚Politisierung der Katholicischen Kirche‘ (2017-2019); Quelle: Eigene Darstellung mit Visone	139
Abbildung 18: Gesamtes Diskursnetzwerk (01.01.2020-28.29.02.2020); Quelle: Eigene Darstellung mit Visone.....	147
Abbildung 19: Verbindungen um ‚PEGIDA‘ (2014-2017); Quelle: Eigene Darstellung mit Visone.....	178
Abbildung 20: Verbindungen um ‚PEGIDA‘ (2018-2020); Quelle: Eigene Darstellung mit Visone.....	178

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Einteilung und Bezeichnung rechtspopulistischer und christlich-konservativer Akteure und deren Narrative	90
Tabelle 2: Gruppierte Akteure (Organisationen) aus der DNA (2014-2020)	93
Tabelle 3: Häufigkeitstabelle Schlagwörter und Artikelanzahl Tagespost (2014-2020)	109
Tabelle 4: Häufigkeitstabelle Schlagwörter und Artikelanzahl Junge Freiheit (2014-2020).	113
Tabelle 5: Akteure in der Auseinandersetzung um den Bildungsplan 2014	152
Tabelle 6: Vergleich von Studienergebnissen zur Konfessionszugehörigkeit von PEGIDA- Demonstanten in Dresden	174
Tabelle 7: Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen	210

1. Einleitung

1.1 Problemaufriss

Sie haben politische Ämter inne, fungieren als Berater oder sind in den Medien präsent: Rechtspopulisten¹ mit konservativ-christlicher Stimme nehmen in den USA seit Jahrzehnten Einfluss auf die Politik. In Deutschland waren christliche Rechtspopulisten lange Zeit eher marginalisiert. In den letzten Jahren haben sie aber auch hier starken Aufwind erhalten. Und dies, obwohl führende Persönlichkeiten der Kirchen selbst, etwa der Ratsvorsitzende der EKD, Heinrich Bedford-Strohm, wie auch der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Marx, Rechtspopulismus für unvereinbar halten mit christlichen Werten. Erzbischof Marx sagte in einem Interview mit der Zeitung DIE ZEIT: „Nationalist sein und katholisch sein, das geht nicht“ (Marx in Schwarz, 2018). Bedford-Strohm schreibt über das Verhältnis von Nationalismus und Christentum in der evangelischen Zeitschrift Chrismon:

„Wer sein eigenes Land oder seine eigene Volksgruppe überhöht und gegen die anderen in Stellung bringt, produziert Hass, irgendwann Gewalt und am Ende vielleicht sogar wieder unzählige Tote. Deswegen sage ich: Nationalismus ist eine Erscheinungsform von Sünde. Nationalismus vergiftet das Klima zwischen Menschen. Wo er mit dem christlichen Mäntelchen umgeben wird, ist klarer Widerspruch angesagt, denn er tritt all das mit Füßen, was die christliche Tradition ausmacht.“ (Bedford-Strohm, 2017)

Dennoch sind in den letzten Jahren erkennbare Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und Christen sowie eine Bezugnahme auf christliche Werte durch Rechtspopulisten – sowohl im öffentlichen Raum wie auch im digitalen Bereich – entstanden. Diese Verbindungen wurden erstmals in den Auseinandersetzungen rund um die ‚Flüchtlingskrise‘ von 2014/2015 sichtbar. Die rechtspopulistische Organisation PEGIDA (kurz für Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) veranstaltete seit 2014 – zunächst in Dresden, später auch in weiteren, vorwiegend ostdeutschen Städten – Demonstrationen gegen die Einwanderungs- und Asylpolitik Deutschlands und Europas sowie gegen eine von ihr behauptete ‚Islamisierung des christlichen Abendlandes‘. Zum Teil machten PEGIDA-Aktivist*innen dabei auch auf die Christenverfolgung in muslimischen Ländern aufmerksam (zum Beispiel Pegidadeutschland, 2015). Regelmäßig wurde auf den Protesten ein illuminiertes christliches, schwarz-rot-goldenes Kreuz emporgehoben. Die Ereignisse in der Silvesternacht 2015 in Köln, als es zu zahlreichen sexuellen Übergriffen auf Frauen durch vornehmlich arabische und nordafrikanische Männer

¹ Zur besseren Lesbarkeit wird in dieser Arbeit das generische Maskulinum für alle Geschlechter verwendet.

kam, bestätigten für viele PEGIDA-Anhänger das Bild vom ‚sexistischen Flüchtling‘, vom ‚gewaltverherrlichenden Islam‘ und folglich von einer Bedrohung der Sicherheit in Deutschland und der Gefahr einer ‚kulturellen Verfremdung im eigenen Land‘ (Weiland, 2016). Im selben Zeitraum, also etwa seit 2014, kam es auch im Süden des Landes zu zahlreichen Kundgebungen und Demonstrationen, auf denen ebenfalls Verbindungen zwischen konservativen Christen und Rechtspopulisten sichtbar wurden. Jedoch ging es hier nicht um Flüchtlinge, sondern um den Bildungsplanentwurf der rot-grünen Landesregierung in Baden-Württemberg (2014), in dem eine fächerübergreifende Auseinandersetzung mit den Themen „geschlechtliche Identität und Orientierung“ sowie „Formen des Zusammenlebens von/mit LSBTTI-Menschen“ (S. 9-12) vorgesehen war.

Vor allem christlich-konservative Verbände sahen in dem Bildungsplanentwurf eine Verletzung christlicher Werte und die Gefahr einer Frühsexualisierung von Kindern. Im Vorfeld der Demonstrationen wurde von dem evangelikalen Realschullehrer Gabriel Stängle (2013a) auf openpetition.de eine Petition mit dem Titel „Zukunft – Verantwortung – Lernen: Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens“ gestartet. Diese Petition wurde auch vom baden-württembergischen Landesverband der AfD sowie von der Deutschen Evangelischen Allianz (DEA), dem Dachverein für evangelische und evangelikale Christen aus verschiedenen Kirchen und Gemeinschaften in Deutschland, beworben.

Des Weiteren übernahm im April 2014 das Ehepaar von Storch (beide AfD-Abgeordnete) mit seiner Initiative ‚Familienschutz‘ unter Federführung von der katholischen Aktivistin Hedwig von Beverfoerde die Organisation der Stuttgarter „Bildungs-Demonstrationen“, die später in die ‚Demo für alle‘ – in Anlehnung an die französischen Demonstrationen ‚Manif pour tous‘ – überführt wurden. Neben der ‚Frühsexualität an Schulen‘ richtet sich das ‚Aktionsbündnis Demo für alle‘ vor allem gegen die ‚Gender-Ideologie‘ und spricht sich für die ‚Aufrechterhaltung von traditionellen Familienwerten‘ aus (*Demo Für Alle. Wer Wir Sind*). Weitere Städte, in denen die ‚Demos für alle‘ stattfanden sind Wiesbaden, München und Hannover. In Köln, Frankfurt, Augsburg, Dresden und Hamburg fanden unter dem Titel ‚Besorgte Eltern‘ ähnliche Demonstrationen statt, ebenfalls mit Unterstützung rechtspopulistischer Gruppen. Nennenswert ist in diesem Zusammenhang auch der ‚Marsch für das Leben‘, eine Demonstration der Lebensrechtsbewegung, die bis 2006 den Namen ‚1000 Kreuze für das Leben‘ trug und seit 2008 jährlich in Berlin stattfindet. Der Marsch wird vom ‚Landesverband Lebensrecht‘ organisiert und richtet sich gegen Abtreibungen,

Stammzellforschung, Präimplantationsdiagnostik sowie Praktiken der Sterbehilfe (siehe auch Bundesverband Lebensrecht).

Im Jahr 2014 stand die AfD-Abgeordnete Beatrix von Storch zusammen mit dem Bundesvorsitzenden des Landesverbandes Lebensrecht, Martin Lohmann, an vorderster Front des Marsches. Im Jahr 2018 warb die parteiinterne Vereinigung ChrAfD per Facebook unter dem Motto ‚Bleibt standhaft‘ für die Teilnahme an diesem Marsch. Neben dem gemeinsamen öffentlichen Auftreten rechtspopulistischer und christlich-konservativer Akteure sind im medialen Bereich, insbesondere in sozialen Netzwerken, weitere Verbindungen zwischen ihnen sichtbar. Hier lassen sich Brücken schlagen zwischen Personen, Medien und schließlich auch dem Gedankengut von konservativen Christen und Rechtspopulisten. Eine bedeutende Plattform ist Facebook. Hier wird für die Teilnahme an den genannten Demonstrationen geworben: Die einzelnen Aktionen und Demonstrationen haben eigene Facebook-Profile, es gibt Gruppen, Diskussionsmöglichkeiten sowie Verlinkungen zu weiterführenden Informationen. Eine weitere bedeutende Plattform für Rechtspopulisten und konservative Christen ist der im Jahr 2008 in Betrieb genommene Gemeinschaftsblog ‚Freie Welt‘. Dieser ist Teil des Vereinsnetzwerkes ‚Zivile Koalition‘ der AfD-Politiker Beatrix von Storch und Sven von Storch. Neben Autoren, die in erster Linie Artikel zu Kapitalinteressen und neoliberalistischen Konzepten schreiben, gibt es auch Autoren, die sich speziell mit den Themen Gender, Flüchtlinge und der Bedeutung von christlichen Werten in der Gesellschaft befassen. Hier fällt auf, dass es sich bei diesen Autoren insbesondere um konservative Katholiken handelt, die „mehr oder weniger offen für die AfD werben“ (Püttmann, 2019, S. 71). Unter ihnen befinden sich der römisch-katholische Ordensgeistliche und Chefredakteur der Zeitschrift ‚Die neue Ordnung‘, Wolfgang Ockenfels sowie der klerikal-aristokratische Unternehmer Sven von Storch, ein Cousin von Beatrix von Storch. Weitere bekannte Blogger sind die Buchautoren und Journalisten Jürgen Liminski, Matthias Mattusek, Hedwig von Beverfoerde und das Ehepaar Birgit Kelle und Klaus Kelle. Über diese hauptberuflich journalistisch tätigen Akteure schreibt Püttmann, dass es sich um ein „kleine[s], aber hoch motivierte[s] und medial sehr präsent[e] Segment des katholischen Milieus“ (Püttmann, 2019, S. 53) handelt. Verbunden sind einige der genannten Autoren auch mit dem ‚Kongress christlicher Führungskräfte‘, einem alle zwei Jahre stattfindenden Netzwerktreffen für ‚Menschen in Leitungspositionen‘. Organisiert wird dieses Treffen, an dem in einigen Jahren bis zu 3.000 Menschen teilnahmen, von der evangelikalen Nachrichtenagentur ‚Idea‘ und der Firma ‚tempus‘. Auch die AfD-Politiker Frauke Petry und Beatrix von Storch traten hier bereits als

Referenten auf (vgl. Kongress christlicher Führungskräfte, 2015). Diese Auflistung der Akteure und Netzwerke soll verdeutlichen, dass in der Öffentlichkeit beziehungsweise in der öffentlichen Wahrnehmung scheinbar „[d]ie Grenzen zwischen enttäuschten Konservativen, der Neuen Rechten und Verschwörungsideologen gefallen [sind]“ (Greifenstein, 2020).

Die Kirchen selbst sehen sich zunehmend in einer schwierigen Situation. Ihre Hauptaufgabe ist es, die Positionen des Christentums –beispielsweise die Nächstenliebe in der Flüchtlingshilfe – zu vertreten; es ist aber dem Gewissen des Einzelnen zu überlassen, welche politischen Maßnahmen bei der Umsetzung solcherlei christlicher Anliegen für sinnvoll gehalten werden. Über diese Entwicklung äußert sich der in der Werte-Union engagierte Politikwissenschaftler Werner Patzelt (2019) in einem Interview mit der Tagespost wie folgt:

„Die gesamtgesellschaftliche Polarisierung zwischen konservativen Positionen und links-grünen Positionen ist inzwischen auch in den Kirchen sehr schmerzlich spürbar geworden. Weil obendrein sich gerade Konservative bislang in den Kirchen besonders gut aufgehoben gefühlt haben, droht den Kirchen als Organisationen angesichts dieser Polarisierung eine Art „innere Kündigung“ zumal derer, die den Kirchen bislang besonders eng verbunden waren.“ (Patzelt in Kajan, 2019)

Patzelt spielt auf die von vielen konservativen Christen empfundene Politisierung der Kirchen, insbesondere der Evangelischen Kirche, an. Die Kritik an dieser Politisierung geht einher mit der Kritik an den einseitigen Positionierungen der Kirchen für Gendervielfalt und für die Aufnahme von Flüchtlingen. In der evangelikalen Zeitung ‚Idea Spektrum‘ schreibt Zorn:

„Die evangelische Kirche scheint solch weise Vorsicht in politischen Fragen nicht zu kennen. Mit fliegenden Fahnen politisiert sie an allen möglichen und unmöglichen Stellen: ein kirchlich finanziertes Flüchtlingsschiff, politisches Glockenläuten für Fridays-for-Future, der Ausschluss der AfD von allen Podien des Kirchentags, Pfarrer im Talar im Hambacher Forst, wo RWE durch demokratisch gewählte Parlamente und durch Gerichte legitimiert Braunkohle abbauen wollte.“ (Zorn, 2020, S. 10)

Ferner werden die Kirchen aus konservativen Reihen dafür kritisiert, dass sie ihre eigentliche Aufgabe der Verkündigung der christlichen Botschaft vernachlässigen (vgl. z.B. Kauder, 2017). Laut einer Umfrage des Evangelischen Kirchenkreises Berlin Stadtmitte wird als dritthäufigster Grund beim Kirchenaustritt in Berlin (nach der Gottesfrage und den finanziellen Gründen) die Politisierung der Kirchen genannt (*Der Häufigste Grund Für Kirchenaustritte*, 2019). Der Berliner Pfarrer und Projektleiter Alexander Brodt-Zabka erläutert in einem Interview auf ‚evangelisch.de‘: „rund 20 Prozent wollen mit ihrem Austritt gegen kirchliche Äußerungen zu politischen oder anderen Fragen des öffentlichen Lebens protestieren. Beispielsweise haben sich AfD-nahe Menschen von der Kirche distanziert“ (*Der Häufigste Grund Für*

Kirchenaustritte, 2019). Die „Klare Kante gegen Rechts“ (Bedford-Strohm, 2019) der Kirchen zeigt sich insbesondere auf Kirchentagen. Für den vom 12. bis 16. Mai 2021 in Frankfurt am Main stattfindenden Ökumenischen Kirchentag hat sich das Präsidium einstimmig dafür ausgesprochen, keine Mitglieder der AfD als „aktiv Mitwirkende“ einzuladen (Demuth, 2020). Für den kirchenpolitischen Sprecher der AfD, Volker Münz, ist dies eine herbe Enttäuschung. Über seine Partei sagt er in einem Interview in ‚Idea Spektrum‘:

„Anders als CDU und CSU setzen wir uns für christliche Werte ein. Wir sind die einzige Partei, die sich für die traditionelle Ehe zwischen Mann und Frau ausspricht. Wir sind auch die einzige Partei, die sich für ein Recht auf Leben für ungeborene Kinder einsetzt. Wir sind für eine Willkommenskultur für Neugeborene.“ (Münz in Huhn, 2018, S. 23)

Dass Münz mit seiner Einstellung innerhalb der AfD nicht nur Zustimmung erhält, verdeutlicht beispielhaft ein Zitat des AfD-Politikers Gauland: „Die AfD ist keine christliche Partei“ (Gauland, 2016). Gauland weist ferner darauf hin, dass die Mehrheit seiner Parteimitglieder kein enges Verhältnis zum Christentum hat. Diese ambivalente Haltung zum Christentum innerhalb der AfD zeigt, dass die Spaltungslinien nicht nur zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen auf der einen Seite und Kirchen auf der anderen Seite verlaufen, sondern auch innerhalb der Partei der AfD und auch innerhalb der christlichen Glaubensgemeinschaften selbst.

1.2 Leitfragen und Forschungsinteressen

Die oben beschriebenen Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen lassen Konflikte und Spannungen entstehen, die politische, kirchliche und gesellschaftliche Strukturen beeinflussen. Wie sich diese organisationspolitischen Spannungen und gesellschaftlichen Veränderungen genau darstellen, soll in dieser Arbeit untersucht werden. Die dieser Arbeit zugrunde liegenden Leitfragen lauten:

Wie stellen sich die diskursiven Beziehungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen dar?

Welche Ermöglicungen für gegenseitige Bezugnahmen und Abgrenzungen lassen sich identifizieren?

Welche Rolle spielt die Politisierung der christlichen Religion in diesem Zusammenhang?

Die Forschungsfragen suggerieren bereits die Existenz von zwei Lagern, eines christlich-konservativen und eines rechtspopulistischen, deren jeweilige Akteure eine homogene, klar abzugrenzende Einheit bilden. Dass die Beziehungen zwischen sozialen Entitäten in der Realität jedoch immer komplexer, verflochtener und zu einem gewissen Teil unüberschaubar sind, ist Ausgangspunkt dieser Arbeit. Daher besteht, um die Forschungsfragen hinreichend beantworten zu können, zunächst die Notwendigkeit einer kontextgebundenen Akteursdifferenzierung sowie Themenspezifizierung; dies geschieht unter der Annahme, dass es sich bei der Beziehung zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen um ein komplexes, sich entwickelndes und veränderndes Gebilde handelt, das auf einer sozialen, einer öffentlich-politischen und einer diskursiven Ebene betrachtet wird. Des Weiteren wird dieses komplexe Gebilde in Bezug gesetzt zu Auflösungsprozessen der Einheit von Glauben, Religion, Christentum und Kirche.

„Komplexität“ ist ein Schlüsselbegriff, um die Unübersichtlichkeit innerhalb des Beziehungsgeflechts zwischen Rechtspopulismus und Christentum zu durchdringen und die dahinter liegenden Muster zu erkennen (Nassehi, 2015, S. 17). Dabei wird davon ausgegangen, dass eine Situation dann als komplex bezeichnet werden kann, wenn sie „mehrere andere Zustände annehmen kann, das heißt, wenn es zwischen einem Ereignis A und einem Ereignis B keine notwendige oder eindeutige Beziehung geben muss“ (Nassehi, 2015, S. 111). Politische Akteure und bestimmte Wertvorstellungen lassen sich nicht per se als religiös, christlich oder auch unchristlich beschreiben. Erst durch die Zuordnung zu Handlungsfäden und Positionen in den jeweiligen Diskursen um Gender, Flüchtlinge und traditionelle Familie bildet sich etwa ein spezifisches Konstrukt an ‚wertkonservativen Interessen‘ heraus (M. A. Hajer, 1995). Hier zeigt sich der bereits oben aufgezeigte relationale Aspekt in der Beziehung zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen sehr deutlich. Durch Bezugnahme auf bestimmte Metaphern und Argumente bilden sich Diskurskoalitionen auf relationale Weise. Ziel der Arbeit ist es daher, in der Beobachtung von Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen in ein ‚deutendes Verstehen‘ zu gelangen, indem der subjektiv gemeinte Sinn der einzelnen Akteure dadurch verstanden wird, dass darin bestimmte kulturelle Muster und ihre Derivate wiedererkannt werden (Nassehi, 2021, S. 54).

Zusammenfassend lassen sich die für die Beantwortung der Forschungsfragen vermuteten Zusammenhänge als Leitthesen wie folgt formulieren:

- I Bei den Beziehungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen handelt es sich um netzwerkgetragene Werteverbindungen unterschiedlicher konservativer Identitätsgemeinschaften. Die Werte beziehen sich primär auf den Erhalt der traditionellen Familie und der Schutz der Heimat.**
- II Als Ermöglicungen/Ermöglichungszusammenhänge für gegenseitige Bezugnahmen und Abgrenzungen lassen sich Wandlungsprozesse innerhalb des Christentums, der medialen (Teil-)Öffentlichkeiten und der Gesellschaftspolitik nennen.**
- III Bezogen auf die Rolle der Politisierung der christlichen Religion wird angenommen, dass sie als Kampfpositionierung und identitäre Legitimierung sowohl für politische als auch für religiöse Akteure fungiert.**

Um diese Leitthesen argumentativ zu begründen, sind die nachstehenden Arbeitsschritte von zentraler Bedeutung: Zunächst sollen die wichtigsten Akteure aus den Bereichen Rechtspopulismus und konservatives Christentum erfasst werden. Ebenso sollen die dominanten Themen in diesen Beziehungsgeflechten identifiziert werden. Sodann kann konkret danach gefragt werden, welche Themen Rechtspopulisten religiös formatieren, welche Ziele sie damit verfolgen und wie sie dies jeweils begründen, rechtfertigen und vermitteln. Im nächsten Schritt sollen jene Akteure erfasst werden, die aufgrund ähnlicher Werte und Einstellungen mit den religiös formatierten Angeboten der Rechtspopulisten angesprochen werden. So gilt es zu analysieren, welche Solidaritäten und konzeptionellen Verpflichtungen sich aus diesen Vermittlungen ergeben. Lässt sich ihr Verhältnis unter den neu entstandenen Solidaritäten als instrumentell, strategisch oder organisch identifizieren? Mit welchen Akteuren und bei welchen Themen lässt sich eine besonders starke beziehungsweise schwache Solidarisierung erkennen? Die Solidarisierung mit bestimmten Akteuren geht einher mit Abgrenzungen zu anderen Akteuren. Auch diese gilt es zu erfassen, um daraus diagnostische Konsequenzen zu ziehen. Schließlich gilt ein besonderes Augenmerk den politischen Entwicklungen innerhalb des Untersuchungszeitraums sowie den regionalen Kontextbedingungen der gemeinsamen Protestpolitik von Rechtspopulisten und konservativen Christen.

1.3 Einordnung der Arbeit

Die Arbeit verortet sich im Bereich der interpretativen Policy-Analyse und dem ihr zugrunde liegenden interpretativen Paradigma der Konstruiertheit der Realität². Interpretative Ansätze grenzen sich von der institutionalistischen Policy-Analyse und von Rational-Choice Theorien ab: Nach diesen Theorien wird das Handeln politischer Akteure vor allem von Macht und Interessen dominiert. In der interpretativen Policy-Forschung werden Policy-Probleme nicht mehr nur als „rationale Verläufe, in denen Wissen generiert, in Policy-Wissen transformiert und in problemadäquate Entscheidungen überführt werden kann“ (Münch, 2016, S. 2), angesehen, stattdessen wird die Macht der sprachlichen Vermittlung sowie der kultur-, milieu- und rollenspezifischen Verarbeitung und Deutung von Informationen betont und die Zuverlässigkeit und die Bedeutung von Rhetorik in ihrer Beeinflussung des Policy-Prozesses hervorgehoben (Blatter et al., 2007, S. 24). Dabei spielen wirklichkeitskonstruierende Dimensionen von Wissen, Deutungsmustern, Frames, Interpretationen, Ideen, Argumentationen oder Diskursen eine bedeutende Rolle (Münch, S. 2). Sie bestimmen Meinungsunterschiede in einem Konflikt und machen ihn zu mehr als einem simplen Interessenskonflikt (M. A. Hajer, 2003a, S. 272). Um den Konflikt zu verstehen, müssen folglich ihm zugrunde liegende Interpretationsprozesse und Interpretationskämpfe um Wissen und Ideen erfasst und analysiert werden (Nullmeier, 2001, S. 288). Dabei wird die Existenz von Macht, strategischem Wissen und realen Problemen nicht in Frage gestellt, sondern deren sprachlich vermittelte Bewertung als Problem fokussiert (Albrecht, 2001, S. 118). Es geht also um die „Bedeutung von Bedeutung“ oder anders ausgedrückt um die Bedeutung, die Policies haben können und die Möglichkeiten, wie diese Bedeutungen sprachlich vermittelt und verschieden aufgefasst und gedeutet werden können (M. A. Hajer, 2003b, S. 102). Identitäten und Handlungsweisen von Akteuren sind auf die Wirkungsmächtigkeit übergeordneter Bedeutungs- und Denkstrukturen zurückzuführen. Münch fasst den Grundgedanken und die Varianz der interpretativen Policy-Analyse wie folgt zusammen:

„Die zwei Grundannahmen, dass Wirklichkeit sozial und sprachlich konstruiert und Politik als Kampf um Bedeutung und Ideen zu verstehen ist, vereinen ein weites Spektrum von Unterströmungen interpretativer Policy-Analyse, die zwischen den Polen eines interpretativ-hermeneutischen und eines poststrukturalistischen Ansatzes anzusiedeln sind.“ (Münch, 2016, S. 18)

² Bedeutsame Vertreter sind u.a. Maarten Hajer, Deborah Stone, Mark Bevir, Rod Rhodes, Frank Nullmeier, Thomas Saretzki, Herbert Gottweis und Sybille Münch.

In der vorliegenden Arbeit werden sowohl interpretativ-hermeneutische wie auch poststrukturalistische Betrachtungsweisen vereint. Die Grundannahme lautet: Weltkonstruktion vollzieht sich in von Akteuren vorgenommenen Deutungsakten sowie der Sprache, mittels derer diese Akteure die soziale Welt begreifen und beschreiben. Solche Weltkonstruktionen schaffen ihrerseits Möglichkeitsräume für Handlungen und Interpretationen, die wiederum eingebettet sind in einen bestimmten sozialen und politischen Kontext.

Rechtspopulisten und konservative Christen agieren aufgrund bestimmter Überzeugungen und Wünsche. Sie stellen Bedeutungen her und kommunizieren diese durch Praktiken und in Texten. Diskurskoalitionen beziehungsweise die Konstruktion eines gemeinsamen Verständnisses von Problemen können als Ergebnis sozialer Interaktionen angesehen werden. Sie können zudem als taktische Ressource für die Erreichung von bestimmten politischen Zielen eingesetzt werden (Münch, 2016, S. 16).

Diese Interaktionen sind eingebettet in bestimmte gesellschaftspolitische Situationen. Die Bedeutung des Handelns von Rechtspopulisten und konservativen Christen liegt also nicht nur in ihren Überzeugungen und Wünschen, sondern „in ihnen nicht unmittelbar zugänglichen sprachlichen und kulturellen Rahmenstrukturen, die zuweilen als Diskurse, Dispositive oder Meta-Frame bezeichnet werden“ (Münch, 2016, S. 18).

Die Analyse der Konstruktion der Wirklichkeit wird entsprechend um die Subjekte selbst erweitert, indem die Praktiken, durch die ein Diskurs produziert, reproduziert und transformiert (M. A. Hajer, 2008, S. 217) wird, ebenso analysiert werden. Der Analyse liegt entsprechend eine ‚postfaktische‘ Sicht auf das Politische zugrunde: Nicht Fakten selbst stehen im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit, sondern Emotionen und Handlungen, die in einem öffentlichkeits-politischen Raum artikuliert und getätigt werden (Hendricks & Vestergaard, 2018).

Grundlagen für die vorliegende Analyse bilden theoretische Annahmen über Identitäten, Werte, Öffentlichkeit(en), Bewegungen, Netzwerke und deren Diskurskoalitionen.³ Auf Basis dieser Annahmen entstehen die Interpretationen „from the field“ (Schwarz-Shea & Yanow, 2012, S. 18), also ort- und zeitspezifisch. Rechtspopulistische und christlich-konservative Akteure sollen so weit wie möglich innerhalb ihres eigenen Bezugsrahmens und ihrer eigenen, für sie natürlichen Regeln verstanden werden (vgl. auch Yanow, 2007, S. 409). Mehrdeutigkeiten und

³ Diese werden in Kapitel 3 dieser Arbeit näher ausgeführt.

Widersprüche sollen nicht aufgelöst, sondern ihre Quellen hinreichend verstanden werden (vgl. auch Schwarz-Shea & Yanow, 2012, S. 88). Für die Hypothesenbildung hat dies folgende Konsequenz: „Dementsprechend bietet sich keine unilineare Deduktion (empirische Überprüfung von Hypothesen) und streng genommen auch keine Induktion (Hypothesenbildung aus dem empirischen Material) an, sondern eine Abduktion, die nicht nach Generalisierbarkeit strebt“ (Münch, 2016, S. 19). Die aus den Theorien hergeleiteten Erkenntnisse für die zu analysierenden Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen werden als ‚Sense Making‘ bezeichnet und dienen zur Sensibilisierung der Vielfalt potentieller Interpretationen von bestimmten Umständen, Handlungen und Ereignissen.

1.4 Begrifflichkeiten

Bereits im Titel dieser Arbeit kommen die zentralen, sehr kontroversen Bezeichnungen ‚konservatives Christentum/konservative Christen‘ und ‚Rechtspopulismus/Rechtspopulisten‘ vor. Diese Arbeit agiert in dem Spannungsverhältnis zwischen Begrifflichkeiten, die benutzt werden müssen, um a priori eine „denkende Ordnung“ (M. Weber, 1904, S. 26) zu erzeugen und Begrifflichkeiten, die sich erst durch die Zuteilung von Handlungsfäden ergeben. In Kapitel 2 ‚Forschungsstand‘ wird auf die Verwendung dieser Begrifflichkeiten in der Wissenschaft eingegangen. Während der Begriff Rechtspopulismus eine gängige, weit verbreitete Bezeichnung für eine bestimmte rechtskonservative politische Ideologie darstellt, wird der Begriff ‚konservatives Christentum‘ sowohl in der Wissenschaft wie auch in der medialen und politischen Öffentlichkeit selten verwendet. Dies liegt daran, dass das Christentum in Deutschland selten in seiner Gesamtheit beziehungsweise in der Differenzierung nach konservativem und liberalem Christentum betrachtet wird. Meistens wird entweder auf katholische Christen Bezug genommen oder auf protestantische/evangelische Christen. Letztere werden, sofern sie bestimmte konservative Einstellungen vertreten, oftmals als ‚evangelikal‘ bezeichnet. Im Laufe der Arbeit wird sich zeigen, dass dieser Begriff hochproblematisch ist und deshalb als wissenschaftliche (Fremd-)Bezeichnung vermieden werden sollte. Der Begriff ‚konservatives Christentum‘ dagegen erlaubt es, sowohl konservative Katholiken als auch konservative Protestanten zu fassen und diese in ein Verhältnis zu Rechtspopulisten zu setzen. In Kapitel 3.2 werden katholisch-konservative Christen, evangelisch-konservative Christen und Rechtspopulisten mit ihren Sozialformen erfasst. Dies geschieht zum einen durch Rückgriffe auf empirisch-wissenschaftliche Theorien

und zum anderen durch eine Rückführung auf Begriffe der Beobachtungssprache. In Kapitel 5.2 erfolgt eine Akteursanalyse, in der auf explizite (Gegen-)Positionierungen und (Nicht-)Kooperationen in den Feldern konservatives Christentum und Rechtspopulismus eingegangen wird und diese in Verbindung mit Fremdwahrnehmungen gesetzt werden.

1.5 Aufbau der Arbeit

Um das komplexe Themenfeld zu fassen und die Grundlagen für die spätere Analyse herzustellen, wird im Folgenden zunächst ein Blick auf die vorhandene Forschung geworfen. Kapitel 2 widmet sich dem Forschungsstand zum Thema Religion und Politik einerseits und Rechtspopulismus und konservatives Christentum andererseits. Zu Beginn wird ein Überblick über den aktuellen Stand der Forschung über Religion und Politik allgemein gegeben (2.1). Es folgt eine Zusammenfassung der wichtigsten Forschungsergebnisse zu den Themen Moralpolitik und Nationalismus (2.2). Das Ziel hierbei ist es, die Beziehung zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen in den größeren Zusammenhang von Religion und Politik einzuordnen und mit Moralpolitik und Nationalismus in Verbindung zu setzen. Dafür ist es notwendig, zunächst die zentralen Begriffe Rechtspopulismus und konservatives Christentum in ihrer Verwendung in dieser Arbeit zu klären und zu definieren.

Anschließend werden Studien vorgestellt, die ‚Anfälligkeiten‘ für rechte Positionen unter Christen untersuchen, gemeinsame Betätigungsfelder von Rechtspopulisten und konservativen Christen identifizieren und ihr Verhältnis zueinander in den Blick nehmen (2.3). Aus der Illustration des aktuellen Standes der Forschungsfelder Religion und Politik beziehungsweise Rechtspopulismus und konservatives Christentum werden Schwachpunkte und Forschungslücken ersichtlich. An diese knüpfen die Fragestellungen der vorliegenden Arbeit: Die herausgearbeiteten Forschungslücken bilden Basis und Legitimation für die anschließende Empirie (2.4).

In Kapitel 3 ‚Theorie- und Analyseperspektive‘ werden theoretische Ansätze vorgestellt, die als Basis für die Beantwortung der Forschungsfrage dienen. Es wird davon ausgegangen, dass die Beziehungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen eingebettet sind in einen Komplex vielfältiger, sich wandelnder sozialer Dimensionen. Die Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen werden nicht auf rein individuelles Verhalten zurückgeführt, sondern mit strukturellen, gesellschaftlichen, politischen und religiösen Veränderungen in Verbindung gesetzt. Bevor gesellschaftliche Hintergründe und Zusammenhänge beleuchtet werden können, werden der für diese Arbeit relevante

epistemologische Blickwinkel der interpretativen Policy-Analyse und die Konzeptualisierung von Vielschichtigkeit präsentiert (3.1). Die Ermöglichungszusammenhänge für Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen werden mit Wandlungsprozessen innerhalb des Christentums, der Gesellschaftspolitik und den medialen (Teil-)Öffentlichkeiten begründet. Die Wandlungsprozesse des Christentums werden wiederum durch verschiedene Differenzierungs- und Auflösungsprozesse erklärt (3.2). In diesem Zusammenhang wird auf die für diese Arbeit elementare Varianz christlicher Sozialformen und Lebensführungen eingegangen. Unter anderem wird hier die Kulturalisierung des Christentums durch Rechtspopulisten aufgezeichnet. Sodann wird der Wandel in der Gesellschafts- und Moralpolitik (3.3) sowie in der politischen und medialen Öffentlichkeit (3.4) vorgestellt. Schließlich erfolgt die theoretische Erfassung der Akteursverbindungen sowie ihrer Handlungsräume (3.5). Diese beinhalten die Konstrukte von konservativen Werten und Identitäten, aus denen sich thematische Verbindungen erschließen lassen (3.5.1), gemeinsame Informations- und Protestpolitiken (3.5.2), Professionen und Netzwerke (3.5.3) und schließlich Diskurskoalitionen und weitere zentrale diskursive Mechanismen (3.5.4)

Im Anschluss an die Theorie werden in Kapitel 4 die in dieser Arbeit genutzten Methoden genau beschrieben und deren Einsatz begründet. Mithilfe der Diskursnetzwerkanalyse (4.1) wird die qualitative argumentative Diskursanalyse – die sich auf die inhaltliche Ebene beziehungsweise den politischen Prozess und seine Dynamik konzentriert – mit der quantitativen Netzwerkanalyse – die die Akteurskonstellationen und -beziehungen betrachtet – verbunden. In Anwendung der argumentativen Diskursanalyse nach Hajer erfolgt dann zum einen eine Vertiefung und zum anderen eine Erweiterung der Ergebnisse aus der Diskursnetzwerkanalyse (4.2). Anschließend werden die Methoden Fallstudie sowie Process Tracing beschrieben, mit denen später Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen an zwei konkreten Fällen untersucht werden (4.3). Der methodische Ablauf und der Quellenkorpus, auf dem die Analyse beruht, wird in zehn Untersuchungsschritten vorgestellt (4.4). Abschließend erfolgt eine kritische Reflexion des methodischen Vorhabens (4.5).

In Kapitel 5 wird in fünf Schritten die Analyse dargestellt. Zunächst erfolgt eine Präsentation von Gesamt-Diskursnetzwerken im Zeitraum von 2014 bis 2020 (5.1). Anschließend werden die zentralen Akteure im Beziehungsgeflecht Rechtspopulismus und konservatives Christentum beschrieben (5.2). Sodann werden die für diese Arbeit zentralen Print- und Onlinemedien Tagespost, Idea Spektrum und Junge Freiheit als mediale Diskursforen charakterisiert (5.3). Schließlich erfolgt eine ausführliche Analyse der Entwicklungen der

Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen im Zeitverlauf. Neben thematischen Verbindungen spielen hier unter anderem Mythen, Metaphern und Diskurskoalitionen eine elementare Rolle (5.4). Zuletzt werden die gewonnenen Erkenntnisse und Zusammenhänge auf zwei Einzelfallstudien übertragen. Mithilfe der Methode der Prozessanalyse (Process-Tracing) sollen Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen am Beispiel der Proteste um den Bildungsplan 2014 in Baden-Württemberg und der Anti-Flüchtlingsproteste in Sachsen untersucht werden (5.5).

In Kapitel 6 ‚Diskussion‘ erfolgt schließlich die Beantwortung und Erörterung der Forschungsfragen. Hierfür werden die Forschungsergebnisse zusammengefasst, interpretiert und in Bezug zum aufgezeigten Forschungsstand sowie zur Theorie- und Analyseperspektive gesetzt. Erst wird das Verhältnis zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen bestimmt (6.1), anschließend wird Bezug genommen auf gesellschaftlichen Wandel und Deutung von Wirklichkeit (6.2). Danach werden die in dieser Arbeit zentralen Akteure und ihre Positionierungen zum Christentum und zum Rechtspopulismus beleuchtet (6.3). Es folgt eine Zusammenfassung der thematischen Verbindungen und Diskurskoalitionen zwischen konservativen Christen und Rechtspopulisten (6.4). Zuletzt wird auf die Politisierung der christlichen Religion in den aufgezeigten Zusammenhängen eingegangen (6.5).

Das abschließende Kapitel 7 ‚Fazit‘ resümiert die Ergebnisse aus der Diskussion (7.1), reflektiert die Analyseperspektive und die Forschungsmethode (7.2) und gibt einen Ausblick auf weiteren Forschungsbedarf und die praktischen Implikationen dieser Arbeit (7.3).

2. Forschungsstand

Im folgenden Kapitel wird der Forschungsstand zum Thema Rechtspopulismus und konservatives Christentum vorgestellt werden. Das Ziel hierbei ist es, die Beziehungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen in den größeren Zusammenhang von Religion und Politik einzuordnen (2.1) und mit Moralpolitik und Nationalismus in Verbindung zu setzen (2.2). Es folgt eine kritische Betrachtung der bisherigen wissenschaftlichen Erkenntnisse zu Rechtspopulismus und konservativem Christentum (2.3), aus der sich Argumente für die Ausrichtung dieser Arbeit formulieren lassen (2.4).

2.1 Religion und Politik

Die Beziehungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen sind eingebettet in das Verhältnis zwischen Staat bzw. Politik auf der einen Seite und religiösen Gemeinschaften beziehungsweise der Religion auf der anderen Seite. In Deutschland ist die wissenschaftliche Beschreibung dieser Strukturen stark von Niklas Luhmanns Theorie der modernen Gesellschaften als selbstreferenziell geschlossene Teilsysteme geprägt (Luhmann, 1977a, 1977b, 1997, 2000, 2008, 2017). Sowohl Religion wie auch Politik bilden demnach operativ geschlossene Funktionssysteme, eine direkte Einwirkung aufeinander wird ausgeschlossen. Willems (2018, S. 674) resümiert: „Die ‚Trennung‘ von Religion und Politik ist hier gesellschaftsstrukturell verbürgt. Das führt dazu, dass die gegenwärtige Empirie des Verhältnisses von Politik und Religion kaum als Herausforderung der Theorie perzipiert wird“.⁴ Auch Hidalgo und Polke (2017a) unterstreichen die von der Wissenschaft erzeugte Trennung von Politik und Religion und schlagen einen konstruktiven Umgang für ihre wissenschaftliche Betrachtungsweise vor:

„Die Konstellationsversuche, Religion und Politik als unterschiedliche Interaktionssphären und das Religiöse und das Politische als verschiedene Formen von Sinn codierten Handlungsformen zu erfassen, die sich überlappen, aber auch in eins setzen lassen, sind stets fragil; ihre Grenzen werden gerade schon durch ihre begrifflichen Vorfassungen gezogen, wenngleich sie oftmals unsichtbar bleiben. So kann ein nicht geringes Verdienst politischer Ideengeschichte, wenn sie sich mit Religion beschäftigt, darin liegen, die Grenzen, aber auch die Wahrnehmungsleistungen sichtbar zu machen, derer es bedarf, um auf einem historisch kontingenten und soziokulturellen Terrain politische und religiöse Akteure identifizierbar, die darin zum Ausdruck kommenden Ordnungen von Religion und Politik beschreibbar und schließlich die normativen Implikationen solcher theoretischer Konstellationen bewertbar zu machen.“ (Hidalgo & Polke, 2017a, S. 9–10)

⁴ In den Politikwissenschaften wurde insbesondere Religion in Bezug zu den Strukturen von Wohlfahrtsstaaten, Wahlverhalten oder Konfliktlinien des Interessensvermittlungs- und Parteiensystems untersucht. Siehe hierzu Bellin (2008); Grzymala-Busse (2012); Philpott (2009); Wald et al. (2005); Wald und Wilcox (2006).

Neben der wissenschaftlichen Trennung von Religion und Politik galt in den Sozialwissenschaften lange das Theorem von der säkularen Moderne, in der, in Folge von Modernisierungs- und den genannten funktionalen Differenzierungsprozessen, religiöse Traditionen ihre vormals starken politischen und gesellschaftlichen Funktionen verloren haben (Fox, 2013; Hidalgo & Polke, 2017b; Liedhegener, 2012; E. Müller, 2013; Willems, 2001b, 2018, S. 664)⁵.

Nicht nur für Deutschland, sondern auch für andere europäische beziehungsweise westliche Länder kann diese Säkularisierung empirisch belegt werden (Gabriel et al., 2012; Pickel, 2011b; Pollack et al., 2018; Pollack, 2018; Pollack & Pickel, 1999; Pollack & Rosta, 2015).⁶ Mit Huntingtons Werk „Clash of Civilizations“ (1996) und angestoßen durch die Ereignisse von 9/11 kann von einem ‚Religious Turn‘ in den Sozialwissenschaften gesprochen werden (Habermas, 2003; Hehir, 2012; Höhn, 2007; Werkner & Hidalgo, 2016b, 2016a; Willems & Minkenberg, 2003; Zapf et al., 2018)⁷. Religion wurde phraseologisch ‚wiederentdeckt‘, wie die Titel der beiden viel zitierten Werke „Wiederkehr der Götter“ (Graf, 2004) und „Rückkehr der Religionen“ (Riesebrodt, 2001) belegen.

Die wiederkehrende Religion wird gegenwärtig vor allem im Sinn einer „mobilisierenden kollektiven Identität“ (Pickel, 2020b, S. 2) und einer „weltbildprägenden Ideologie“ (Huntington, 1991) rezipiert und auf die spezifischen religiösen Einstellungen und Überzeugungen politischer Eliten, Parteien, Wählergruppen und Bewegungen, wie auch auf die „religiös-antiklerikale Konfliktlinie als nationale legacy“ (Hennig & Meyer Resende, 2016, S. 290) bezogen. Über die Entstehung weltweiter religiös-fundamentalistischer Bewegungen existieren zahlreiche Publikationen (Hehir, 2012; Marty & Appleby, 1991-1996; Philpott, 2009; Shah et al., 2012; Tibi, 2003; Toft et al., 2011). Zu den am gründlichsten erforschten christlichen Bewegungen in den westlichen Demokratien zählt die ‚evangelikale‘ Bewegung in den USA. Verbunden ist diese Forschung eng mit Untersuchungen zur wachsenden charismatisch-pfingstlerischen Bewegung (die in der Literatur häufig ebenfalls unter den

⁵ Entsprechend äußern Wald und Wilcox: „apart from economics and geography, it is hard to find a social science that has given less attention to religion than political science“ Wald und Wilcox (2006, S. 523).

⁶ Die historische Studie zur „umstrittenen Säkularisierung“, Gabriel et al. (2012), widerspricht der für Europa nachgewiesenen Säkularisierung als Bestimmungsdeterminante einer funktionalen Differenzierung von Religion und Politik in säkularen Gesellschaften oder als politische Bedeutungslosigkeit des Religiösen, welche für die Wechselbeziehung der religiösen und der politischen Sphäre blind sei. Siehe auch Minkenberg und Willems (2003).

⁷ Zur Rückkehr des Religiösen in Deutschland siehe Pickel (2013a). Zur Auseinandersetzung um Konzepte zur Moderne und Säkularisierung siehe Joas (2007); Martin (1979, 2005). Zum Konzept der „multiplen Moderne“ siehe Eisenstadt (2003), zur europäischen Religionsgeschichte als „mehrfachen Pluralismus“ siehe Kippenberg et al. (2009).

Begriff ‚evangelikale Bewegungen‘ fällt⁸) in Mittel- und Südamerika, in Ländern südlich der Sahara und in Asien (Balmer, 2004; Bebbington, 1989; Cannell, 2006; Coleman & Hacklett, 2015; Elwert et al., 2018b; Woods, 2013).

Ebenso lassen sich international (vergleichende) Studien nennen, die die Amalgamierungen von Religion und Nation analysieren. Für die USA geschieht dies vor allem unter der Bezeichnung ‚christliche Rechte‘ oder ‚religiöse Rechte‘ (Minkenberg, 2004). Juergensmeyer (1993) und van der Veer (1994) beobachten einen religiösen Nationalismus, der sich in Indien und auch in Israel formiert, Spohn (2003) erkennt ähnliche Phänomene in Osteuropa und Russland, Brocker und Küngler (2013) sowie Nussbaum und Lilla (2017) dokumentieren die Gründung von religiösen Parteien in Ländern wie Indonesien, Türkei oder Israel seit den 1990er Jahren. Religiöse Identitätsmuster und Wahrheitsansprüche werden in diesen Zusammenhängen überwiegend mit Gefahren für die Demokratie, Intoleranz und Gewalt verbunden (Croissant & Trinn, 2008; Dawkins, 2007; Hidalgo, 2020, S. 1; Huntington, 1991, 1996; Juergensmeyer, 2004; Lilla, 2018; Pickel, 2020b; Willems, 2004). Jedoch lassen sich ebenso Studien nennen, die die positive Rolle von Religion in der Politik betonen. Beispielsweise zählen in den sich Ende der 1980er Jahre vollziehenden Transformationsprozessen Osteuropas insbesondere religiöse Organisationen zu den bedeutendsten Akteuren des politischen Wandels (Casanova, 1994). Diese gelten auch als geeignete Vermittler in politischen und gesellschaftlichen Konflikten (Weingardt, 2007; Weingardt & Faust, 2014). Schließlich tragen Kirchen und religiöse Initiativen und Organisationen zum Auf- und Ausbau demokratischer Zivilgesellschaften bei (Arens et al., 2016; Böckenförde, 2013; Huntington, 1991; Philpott, 2004; Roßteutscher, 2009; Traunmüller, 2012).⁹ Als Verfechter „moralischer Forderungen“ (Greven & Willems, 1995, S. 77) sind sie zu einem elementaren Bestandteil von Solidaritäts-, Bürger-, Menschen-, Frieden- oder Umweltbewegungen avanciert (Wilcox & Fortelny, 2009; Willems, 2004; Yarnold, 1991; Zald, 1982).¹⁰

Es kann geschlussfolgert werden, dass die ‚wiederkehrende Religion‘ ambivalent wahrgenommen wird (Appleby, 2000; Philpott, 2007; Werkner & Hidalgo, 2016a, S. 2). Waldmann und Oberdörfer (2008) sprechen von der „Religion als Friedensstifter und Gewalterzeuger“, Hasenclever (2003) zeichnet das Bild von „Kriegstreibern und Friedensengeln“, Maier (2004) stellt das „Doppelgesicht des Religiösen“ dar (Behnke et al.,

8 In Kapitel 3.2 erfolgen Erklärungen sowie Abgrenzungen der Begriffe ‚evangelikale Bewegung‘, ‚charismatisch-pfingstlerische Bewegung‘ und ‚christlich-fundamentalistische Bewegung‘.

9 Zur Debatte über das Verhältnis von Kirche und Demokratie in Deutschland siehe Kühnlein (2014); Münkler (1996).

10 Zum Verlust der Kirche als autoritative Institution sui generis und zum Wandel der Kirche hin zu einem zivilgesellschaftlichen Akteur siehe Beyme (2015); Liedhegener und Werkner (2011); Traunmüller (2012).

2006; siehe auch Graf, 2007; Sen & Griese, 2006). Unklar bleibt jedoch, wie und wann und in welche Richtung die Ambivalenz aktiviert wird (Graf, 2004; Hervieu-Léger, 2004; Putnam et al., 2010; Roy & Schäfer, 2010; Werkner & Hidalgo, 2016b, S. 3).

2.2 Moralpolitik und Nationalismus

Wie bereits geschrieben, wird die Verbindung von Religion und Politik gegenwärtig vor allem in der Beschreibung von religiösen Bewegungen und der Vereinnahmung von Religion durch politische Nationalisten sichtbar. Jene Forschungen, die sich auf Europa konzentrieren, betonen dabei die Rolle von Entchristlichung, Entinstitutionalisierung, Individualisierung sowie gestiegener religiöser Diversität und Pluralität in Folge von Migrations- und Fluchtbewegungen (Gerster et al., 2016; Kaufmann, 1989, 2000, 2014; Willems, 2012, 2018, S. 682). Insbesondere im Zusammenhang mit der Migration aus muslimisch geprägten Ländern in europäische Staaten treten Fragen nach der Integration des Islams in eine vom Christentum geprägte, religionspolitische Ordnung zutage (Fetzer & Soper, 2005; König, 2003).¹¹ In diesem Zusammenhang spielen auch die „auf Muslime und Angehörige des Islam ausgerichtete Abgrenzungsdebatte“ (Pickel, 2018a, S. 298) und Fragen der nationalen Identität wichtige Rollen (Arens et al., 2016; Liedhegener, 2016; Liedhegener & Pickel, 2016; Pickel & Yendell, 2018). Für Willems sind es neben muslimischen Gläubigen aber auch Konfessionslose, die einen Wandel und damit verbundene Diskussionen anstoßen:

„Diese beiden Gruppen machen nun zunehmend ihr Recht auf gleichberechtigte Integration in die religionspolitischen Ordnungen geltend, die aber vielfach auf die Regulierung einer ganz anderen Situation, nämlich von durch das Christentum geprägten Gesellschaften und den Umgang mit den christlichen Kirchen, ausgerichtet waren.“ (Willems, 2018, S. 682)

Adam et al. (2015, 699 ff.) schreiben, dass in Folge der Anpassung der religionspolitischen Ordnungen an die veränderten religiösen Landschaften bestimmte normative Fragen aufbrechen, die zu einer Politisierung der Religion beziehungsweise von ethischen und moralischen Fragen führen (vgl. auch Willems et al., 2016).¹² Zu diesen Fragen zählen insbesondere Themen, wie die

¹¹ Die Integration betrifft beispielsweise den Bau von Minaretten, den islamischen Schulunterricht oder die Einrichtung entsprechender theologischer Lehrstühle an Universitäten Liedhegener und Pickel (2016, S. 5).

¹² In Deutschland wird seit Anfang der 2000er Jahre darüber debattiert, ob es sich bei der Religionspolitik um ein eigenständiges Politikfeld im Sinne der Policy-Forschung handelt Burkhard (2001); Liedhegener und Pickel (2016); Schäuble (2007); Siegele-Wenschkewitz et al. (2000). Unter Religionspolitik werden diejenigen politischen Entscheidungen und Prozesse verstanden, „in denen die religiöse Praxis von Individuen einschließlich ihrer kollektiven Ausdrucksformen sowie der öffentliche Status, die Stellung und die Funktion von religiösen Symbolen, religiösen Praktiken und Religionsgemeinschaften in politischen Gemeinwesen geregelt werden“ Willems (2001a, S. 137).

Anerkennung von ‚anderen‘ Lebensweisen (Ehe, Familie, sexuelle Orientierung), Präimplantationsdiagnostik, Abtreibung¹³ und Sterbehilfe (C. Adam et al., 2015, 702 ff.). Für Putnam und Campell (2010) sind diese Themen besonders „salient“ und sowohl für Konservative wie auch für Liberale brisant, da sie unmittelbar die Gestaltung individuellen Lebens betreffen (vgl. auch Hennig, 2012). Habermas (2003, 2009), für den jene moralpolitischen Konflikte ein Merkmal post-säkularer Gesellschaften darstellen, ist der Ansicht, dass es in der Positionierung von Familienpolitik oder Biopolitik einen Unterschied macht, ob jemand religiös ist oder nicht. Für ihn zeichnet sich insbesondere hier die Stärke von Religion ab: Sie liefert für die öffentliche Debatte Argumente, die es wert sind, gehört zu werden.

Mit der Thematisierung von moralpolitischen Themen wächst auch der politische Aktivismus und die Einflussnahme von organisierter Religion (Grzymala-Busse, 2012; Hennig, 2012; Willems, 2018, S. 682). Kirchen treten als Interessensgruppen auf (Schwartz & Tatalovich, 2009; Warner, 2000) und religiöse Bewegungen melden sich als „legitime Interpreten wertebezogener Fragen öffentlich verstärkt zu Wort“ (Hennig & Meyer Resende, 2016, S. 292; siehe auch Mooney, 2001, S. 9). In Folge stellen Religionsgemeinschaften beziehungsweise „Gläubige“ (wieder) einen „scharfe[n] Marker“ (Liedhegener, 2016, S. 66) bei der Bestimmung und Unterscheidung von sozialen Gruppen dar (Riis, 2012).

Um jene ‚gläubigen‘ Wählergruppen zu erreichen, kann es im Interesse von Parteien liegen, sich moralpolitisch permissiv oder restriktiv zu profilieren (Putnam et al., 2010). In Folge können ‚politisch gezähmte Wertekonflikte‘ aufgrund ihrer Brisanz wieder aufbrechen.¹⁴ Für die meisten Forscher steht dabei fest, dass religiöse Identitäten von politischen Akteuren in Machtkämpfen instrumentalisiert werden. „(Unauthentische) politische Führer mobilisieren ihre (authentisch gläubigen) Anhänger im Dienste einer Agenda, die äußerlich mit Referenz auf ‚Belief‘“ kommuniziert wird (Kantner & Overbeck, 2016, S. 183). Dabei erfolgt meist eine Verbindung beziehungsweise Abgrenzung zum ‚liberalen Weltgeist‘ und zum Islam. Mit Blick auf Letzteren identifiziert Liedhegener (2016) zwei (sich zum Teil widersprechende) Muster, die dabei zur Anwendung kommen: Zum einen eine Differenzierung zwischen ‚dem Islam‘ und ‚der säkularen Gesellschaft Europas‘, und zum anderen zwischen ‚dem Islam‘ und ‚der christlichen Kultur Europas‘. Er schreibt hierzu:

¹³ Fallstudien über die gesellschaftliche, politische und legislative Behandlung von Abtreibung siehe Fernández (2012); Hennig (2012); Hennig und Meyer Resende (2016); Minkenberg (2003); Spieker (2008).

¹⁴ Hansen (2011) bezeichnet dies als „Morality Policy Cycle“.

„Durch die Veralltäglicung solcher Gegenüberstellungen religiös-kultureller kollektiver Identitäten innerhalb der europäischen Öffentlichkeiten hat sich allmählich der Eindruck verfestigt, dass es sich innenpolitisch um neue Formen von Gruppenkonflikten entlang fester kollektiver kultureller und vor allem religiöser Identitäten handeln müsse. Dies korrespondiert außenpolitisch mit der Vorstellung eines neuen unlösbaren systemischen Konflikts Europas beziehungsweise des Westens mit ‚dem Islam‘ im Sinne eines ‚Kampfs der Kulturen‘ (1996) à la Samuel Huntington.“ (Liedhegener, 2016, S. 66)

Zu den prägnantesten Beispielen für Antigenderismus, Antimigrations- und Antiislamdiskurse von europäischen Regierungsverantwortlichen zählen die öffentlichen Äußerungen des polnischen Ministerpräsidenten Jaroslaw Kaczynski und des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán (Pickel, 2018a, S. 295). Hier werden die Ängste der Bevölkerung in Bezug auf Geflüchtete oder Menschen anderer sexueller Orientierungen für die Unterstützung einer nationalistisch ausgerichteten Politik bewusst genutzt (Wodak, 2016). Schelkshorn (2017, S. 26–27) schreibt hierzu: „[...] Viktor Orbán und Jaroslaw Kaczynski [können] auf eine beinahe vorbehaltlose Unterstützung durch den katholischen Episkopat zählen. Teile der reformierten Kirche sympathisieren in Ungarn sogar mit der rechtsextremen Jobbik-Partei.“ Die Modifizierung der Beschreibung Ungarns in der Präambel als „christliche Nation“ statt „Republik“ verpflichtet das Verfassungsgericht, seine Entscheidungen einseitig zugunsten einer national-christlichen Sichtweise zu fällen (J.-W. Müller, 2013, S. 28).

Es lässt sich also festhalten, dass Politik und Religion als Großbegriffe fungieren, jedoch als Abkürzungen für die Tatsache, dass ihre Verbindung sich in bestimmten Policy-Feldern kristallisiert und nur mit Blick auf individuelle oder kollektive Akteure offensichtlich wird. Dabei steht die Bestimmung des Einflusses von ‚religiöser Tradition‘ und ‚Religion‘ auf die handelnden Akteure vor einer großen Herausforderung. Denn die

„reale[n] Akteure – Individuen, Organisationen oder Institutionen – [lassen sich] darüber hinaus durch eine Vielzahl von Bedürfnissen, Interessen, Zielen und Werten auszeichnen, die sich in der Regel auch nicht alle eindeutig auf ihnen zu Grunde liegende und sie motivierende religiöse, politische oder wirtschaftliche Orientierungen zurückführen lassen.“ (Willems, 2018, S. 662)

Joas (2012, S. 21) fordert daher, Religion „in den jeweils historisch situierten Überzeugungen und Handlungen einzelner Gläubiger und Religionsgemeinschaften“ zu begreifen. Das Handeln von politischen und religiösen Akteuren muss folglich in konkreten Situationen und an konkreten Themen studiert werden (Yamane, 1997). Die nachfolgende Präsentation des Forschungsstandes über die Beziehung zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen in Deutschland versucht, dieser Forderung nachzukommen.

2.3 Rechtspopulismus und konservatives Christentum

Seit den 1990er Jahren hat sich in Deutschland wie auch in anderen westeuropäischen Ländern eine völkische Bewegung formiert, die rechtspopulistische Aktions- und Deutungsmuster als Strategie nutzt, um politischen wie auch gesellschaftlichen Einfluss zu erlangen. Sie stellt nicht nur für politische Akteure eine Herausforderung dar, sondern auch für die Sozialwissenschaften, die versuchen, diese neue Bewegung angemessen zu definieren und zu erklären. Canovan stellt in diesem Zusammenhang fest: „Gäbe es das Konzept des Populismus nicht, kein Sozialwissenschaftler würde es erfinden. Es ist einfach viel zu vieldeutig“ (Canovan, 1981, S. 301). Ein erster Zugang zur Begriffsdefinition von Rechtspopulismus erfolgt meist über den Begriff des „Populismus“, welcher sich von dem lateinischen Wort ‚Populus‘ für ‚Volk‘ ableitet. Ernesto Laclau (2018) definiert in seinem Werk „On populist reason“ Populismus als eine Diskursstrategie und grenzt diese von Ideologie und politischem Regime ab. Als Diskursstrategie teilt Populismus die Gesellschaft in zwei Lager auf: Das Lager der Benachteiligten, die mobilisiert werden gegen das Lager jener, die an der Macht sind. In diesem Sinne ist Populismus als Modus politischer Artikulation zu verstehen, der einer spezifischen politischen Logik folgt. Mouffe schreibt dazu:

„Es handelt sich um eine Art, Politik zu betreiben, die zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten unterschiedliche ideologische Formen annehmen kann und mit einer Vielzahl institutioneller Rahmenbedingungen kompatibel ist.“ (Mouffe, 2018, S. 21)

Mudde bietet mit seiner Auffassung von Populismus als ‚dünne Ideologie‘ ein ideelles Verständnis an, welches von vielen Autoren geteilt wird: „[A] Thin-centered ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups, ‚the pure people‘ versus ‚the corrupt elite‘, and which argues that politics should be an expression of the *volonté générale* (general will) of the people“ (Mudde & Kaltwasser, 2017, S. 6). Populismus ist nach Mudde gekennzeichnet von drei Merkmalen: Erstens von der Einteilung der Gesellschaft in das ‚reine Volk‘ und die ‚korrupte Elite‘; zweitens von einem Antipluralismus, der besagt, dass das Volk antagonistisch und homogen sei und es nur einen Volkswillen vertrete; und schließlich von einer Nähe zur direkten Demokratie, mit der jener Volkswille verwirklicht werden soll (Mudde, 2004, S. 543).

Wie wird nun aus dem dargestellten Populismus ein ‚Rechtspopulismus‘? Ab wann wird Populismus zu einer Gefahr für die Demokratie und geht über die Geltendmachung der Stimme des Volkes hinaus? Verschiedene Autoren beschäftigen sich intensiv mit diesen Fragen und es lässt sich feststellen, dass Einstimmigkeit darin herrscht, dass der Begriff des Rechtspopulismus

zwar schwer fassbar ist, aber dennoch eine spezifische innere Logik existiert. Diese innere Logik macht es nötig, den gegenwärtigen Rechtspopulismus als ein neues Phänomen zu beschreiben und anhand der folgenden fünf Elemente zu charakterisieren:

- Der Kampf um Meinungsfreiheit gegen ein vermeintlich politisch korrektes Meinungsdiktat
- Religiöse und kulturell umgeformte Stereotype
- Nationalistische Betonung kultureller Identität
- Betonung einer Leitkultur mit ‚typisch deutschen Tugenden‘ wie Sauberkeit, Ordnung und Sicherheit
- Normative Familien- und Gesellschaftsbilder (Küpper et al., 2016, S. 147–148).

In dieser Arbeit wird vermutet, dass insbesondere Werte aus den Themenfeldern Familie und Heimat Rechtspopulisten mit konservativen Christen verbinden. Dabei erweist sich der Begriff ‚konservatives Christentum‘ als ebenso schillernd wie der Begriff ‚Rechtspopulismus‘: Oftmals wird konservatives Christentum mit Evangelikalismus gleichgesetzt. Es existieren Studien über den ‚Evangelikalismus‘ aus theologischer, religionswissenschaftlicher, historischer, sozialwissenschaftlicher und kulturwissenschaftlicher Perspektive. Darüber hinaus werden die Geschichte und das Wesen des Evangelikalismus auch aus ‚emischer Perspektive‘ erforscht (Coleman & Hacklett, 2015, 45 ff.). Dabei kann es vorkommen, dass die Grenzen zwischen (inter)religiöser Wahrnehmung und akademischer Außenansicht verschwimmen. Radermacher und Schüler (2018, S. 33) schreiben hierzu: „Was genau unter Evangelikalismusforschung zu verstehen ist, liegt auch an der jeweiligen Definition und historischen Verortung des Gegenstands.“

Während das wissenschaftliche Interesse am Evangelikalismus primär (christlichen) Subkulturen in fremden Kulturen gilt (Elwert et al., 2018a, S. 13), existieren kaum grundlegende akademische Untersuchungen zum gegenwärtigen konservativen Christentum in Deutschland. Zu den wenigen Ausnahmen zählen Breitschwerdt (2019) und Bauer (2012). Nennenswert ist zudem die Studie „Zwischen Bibel und Grundgesetz: Die Religionspolitik der Evangelikalen in Deutschland“ von Guske (2014). Evangelikalismus wird hier als eine religiöse Bewegung aufgefasst, die sich seit den 1990er Jahren politisiert hat. Zu den Zielen dieser Bewegung schreibt Guske (2014, S. 182): „Evangelisation und Einflussnahme auf politische Entscheidungsprozesse sind die vorrangigen Ziele der evangelikalen Bewegung. Um diese

Ziele zu erreichen, werden pragmatische Koalitionen eingegangen und auf theologische Dogmen und insbesondere Diskurse verzichtet“.

Zu diesen pragmatischen Koalitionen zählen einige Autoren die Verbindungen von konservativen Christen mit Rechtspopulisten. Pickel (2018a) bezeichnet sie als „unheilige Allianz“, Strube (2015, 2019a) spricht von einer „milieuübergreifende[n] Allianz“. Viele Studien, die über diese Verbindungen schreiben, haben den unversöhnlichen Gegensatz zwischen menschenfreundlichen Werten des Christentums und rechtspopulistischen Einstellungen bezüglich Geflüchteten, Muslimen oder Homosexuellen zum Ausgangspunkt. Symptome der beobachteten ‚Allianz‘ sind Demonstrationen „selbsternannter Retter des Abendlandes gegen Einwanderung, Islam, Flüchtlingspolitik und Genderwahn“ (Rebenstorf, 2018, S. 313), „Internetseiten [die] diverse Kooperationen bestimmter sich christlich verstehender Personen und Gruppierungen mit politisch rechten Medien“ (Strube, 2015, S. 2) aufzeigen, Online-Petitionen wie „Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens“ (Strube, 2019a, S. 43), bestimmte führende Persönlichkeiten mit Brückenfunktion in beide Lager, die rechts-christlichen Themen als Redner auf Demonstrationen oder als Autoren eine Stimme geben (Strube, 2015, S. 3), die Untergruppierung ChrAfD der Partei ‚Alternative für Deutschland‘ (Althoff, 2018) und schließlich auch die Wahl rechtspopulistischer Parteien durch Christen (Bednarz, 2018).

Im Folgenden werden Studien vorgestellt, die erstens ‚Anfälligkeiten‘ für rechte Positionen unter Christen untersuchen, zweitens gemeinsame Bestätigungsfelder zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen identifizieren und drittens ihre Beziehungen zueinander konstatieren.

Untersuchungen über ‚Anfälligkeiten‘ von Christen für rechte Positionen stammen überwiegend aus den Sozialwissenschaften. Religion wird meistens als sozio-demografische Variable aufgefasst und bezieht sich auf Kirchenmitgliedschaft und Konfession sowie Häufigkeit der Kirchenbesuche, selten auch auf eine Selbstbeschreibung der eigenen Religiosität. Zum einen wird danach gefragt, ob religiöse Menschen eher zu rechtspopulistischen Einstellungen tendieren, ob sie eher rechtspopulistische Parteien wählen und welche Unterschiede innerhalb der verschiedenen Konfessionen diesbezüglich bestehen; zum anderen wird untersucht, ob Religion gruppenbezogene Vorurteile, welche auf eine anti-demokratische Mentalität hinweisen, bestärkt oder mindert. Hillenbrand (2020) untersucht, welche Rolle Religion für migrationsbezogene Bedrohungsgefühle im deutschen Kontext spielt. ‚Religion‘ wird anhand der Dimensionen ‚Belonging‘ (Religionszugehörigkeit),

‚Believing‘ (Stärke der Religiosität) und ‚Behaving‘ (Gottesdienstbesuch und privates Gebet) spezifiziert. Daten werden auf Basis des ‚Immigrations-Moduls‘ des European Social Survey entnommen. Hillenbrand kommt zu dem Ergebnis, dass christliche Menschen weder hinsichtlich ‚Belonging‘ noch ‚Believing‘ oder ‚Behaving‘ höhere migrationsbezogene Bedrohungsgefühle im Vergleich zu Konfessionslosen aufweisen. Menschen, die sich als religiös einschätzen, fühlen sich im Gegenteil eher weniger durch Migration bedroht (Hillenbrand, 2020, S. 71–73).

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommen auch Pickel und Yendell in ihren seit 2002 durchgeführten Leipziger Autoritarismus-Studien. Sie können keinen signifikanten Unterschied zwischen Katholiken, Protestanten und Konfessionslosen hinsichtlich rechtsextremer Einstellungen feststellen (Pickel & Yendell, 2018, S. 221–223). Huber und Yendell (2019) konnten jedoch mithilfe von Daten der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (Allbus) feststellen, dass in Ostdeutschland Christen, die in einer Kirche engagiert sind, weniger anfällig für Rechtsextremismus sind und seltener die AfD wählen. Sie begründen dies damit, dass Kirche für Weltoffenheit und Toleranz stünde. In Westdeutschland hat kirchliches Engagement hingegen keinen signifikanten Einfluss auf rechtsextreme Einstellungen (Huber & Yendell, 2019, S. 76). In Bezug auf die Wählerschaft der AfD von 2018 stellen die Forscher fest, dass die Partei vor allem von Konfessionslosen und nicht von Kirchenmitgliedern gewählt wurde (Yendell et al., 2018, S. 9).

Rebenstorf (2018) untersucht anhand von Daten des Allbus und der Europäischen Wertestudie, ob ein exklusiver Religionsanspruch, wie viele ‚rechte Christen‘ ihn haben, positiv mit Vorurteilen korreliert und ein inklusiver Religionsanspruch das Auftreten von vorurteilsbeladenen Einstellungen reduziert. Ihre Ergebnisse zeigen, dass religiöse Menschen tendenziell stärkere Vorurteile gegenüber religiös zu missbilligendem Verhalten wie Homosexualität zeigen, aber nicht gegen Gläubige anderer Religionsgemeinschaften. Bei nicht-religiösen Personen ist dies tendenziell gegenüber den Mitgliedern religiöser Minderheiten der Fall (Rebenstorf, 2018, S. 313).

Dass andere Untersuchungen sich von den dargestellten Ergebnissen zum einen stark unterscheiden können und sich die Tatsachen zum anderen im Zeitverlauf ändern, zeigen Untersuchungen von Decker et al. und Küpper und Zick. Decker et al. stellen fest, dass im Jahr 2010 Protestanten den fünf Dimensionen des Rechtsextremismussyndroms am stärksten zustimmen (Decker et al., 2010), 2012 dagegen Konfessionslose (Decker et al., 2012; Yendell et al., 2018). In den Jahren 2014 und 2016 weisen die Mitglieder der Katholischen Kirche die

höchsten Zustimmungswerte auf (Decker et al., 2014, 2016). Küpper und Zicks Studien über den ‚riskanten Glauben‘ ergeben, dass 2006 Protestanten die stärksten rassistischen Einstellungen aufweisen und Konfessionslose die geringsten (Küpper & Zick, 2006). Für das Jahr 2014 können sie keinen signifikanten Unterschied zwischen den Konfessionen feststellen (Küpper & Zick, 2014).

Mithilfe von Daten der Studie ‚Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit‘ (GMF) untersuchen Küpper und Zick außerdem den Einfluss von Religiosität auf Vorurteile im Vergleich zu anderen sozialstrukturellen und Persönlichkeitsmerkmalen. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass Religiosität im Gesamtindex sehr gering ist und nicht jede Form von Religiosität problematisch ist (Küpper & Zick, 2014). Zudem geht Religiosität einher mit ethnischem Rassismus, Sexismus sowie Vorurteilen gegenüber Homosexualität, jedoch nicht mit der Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen, Muslimen, Sinti und Roma oder Asylsuchenden. Als Hauptgründe, weshalb religiöse Menschen vorurteilsbeladener seien, werden Faktoren wie eine geringe Bildung, ihre autoritäre Orientierung und die Unterstützung der deutschen Leitkultur genannt (Küpper & Zick, 2014, S. 159). Neben der Frage, ob religiöse Menschen eher zu rechten Einstellungen neigen oder nicht, werden in der Literatur gemeinsame Bestätigungsfelder von rechtspopulistischen und konservativen Christen betrachtet. Hierzu zählen gender- und familienbezogene Themen, eine anti-islamische Haltung und die mit ihr verbundene Kritik an der vorherrschenden Migrationspolitik.¹⁵

Themen wie Sexualaufklärung im Schulunterricht, Homo- und Transsexualität, Gleichstellungspolitik, Gender-Studies und Feminismus werden sowohl von Rechtspopulisten wie auch von konservativen Christen als ‚GenderWahn‘ deklariert und entsprechend abgewertet (Behrensen et al., 2019, S. 7; Hempelmann & Lamprecht, 2018, S. 8; Minkenberg, 2018). Gemeinsam fordern sie die Wiederherstellung von christlichen beziehungsweise traditionellen Geschlechterordnungen mit dichotomen Vorstellungen von Männlichkeits- und

¹⁵ Lambrecht (2018) führt in einem kurzen Abschnitt ihres Sammelbandaufsatzes noch Ordnungs- und Sicherheitsdenken sowie Separationsaufrufe auf. Als Beispiel nennt sie den Wahlkampfslogan der AfD ‚Sicherheit statt Willkommenskultur‘. Sie schreibt: ‚Mit Blick auf die Berechtigung völkischen Denkens wird gelegentlich mit der Schöpfungsgeschichte argumentiert und die Aufteilung der Menschen in Völker und Nationen als gottgewollte Ordnung dargestellt, die nicht durch Vermischung zerstört werden dürfte‘ (Lamprecht (2018, S. 10)). Ebenso beobachtet Lambrecht, dass Anhänger des rechtsnationalen Christentums sich selbst als die ‚wahren‘ Christen ansehen. Sie klagen die Großkirchen an, einem globalisierten und linksliberalen Zeitgeist verfallen zu sein und infolgedessen ihre biblischen Aussagen verwässert zu haben. In diesem Sinne zählen auch kirchliche Verantwortungsträger und Leitungsgremien zur Elite-Kritik. Von Rechtspopulisten gibt es Forderungen, eine neue deutsche Kirche zu gründen im Fahrwasser einer Wiederentdeckung der deutschen Theologie (Lamprecht (2018, S. 11)). Eine methodisch begründete Analyse ihrer Behauptungen liefert Lambrecht nicht.

Weiblichkeitsnormen, ein Verbot von Abtreibungen sowie die Stärkung von kinderreichen Familien (Hark & Villa, 2015; Kemper, 2016; Paternotte & Kuhar, 2018).

In der Literatur werden diese Beobachtungen mit empirischen internationalen Fallbeispielen belegt. Wichtige Beiträge zu diesem Thema leisten Behrens et al. (2019) mit ihrem Sammelband „Gender – Nation – Religion“, Hark und Villa (2015) mit ihrem Sammelband „Anti-Genderismus“, Kuhar und Paternotte (2018) mit ihrem Sammelband „Anti-Gender-Campaign in Europe: Mobilizing against equality“ (hier wird die Genese von der „Gender-Ideologie“ als Feindbild in der Katholischen Kirche verortet) und Laubach (2017) mit seinem erschienenen Diskussionsband „Gender-Theorie oder Ideologie“.

Ausgangspunkt vieler Studien zur anti-islamischen Haltung von konservativen Christen und Rechtspopulisten ist die Beobachtung der Entstehung von Bewegungen wie PEGIDA, die mit ihrem Reden vom ‚White Genocide‘, dem ‚Großen Austausch‘ oder dem ‚christlichen Abendland‘, das es vor fremdländischen Flüchtlingen zu schützen gilt, Aufsehen erregen (Bock & Macdonald, 2019; Kellershohn & Kastrup, 2016; Orth & Resing, 2017; Pickel & Yendell, 2018). Rechtspopulisten sehen Flüchtlinge nicht als Menschen unterschiedlicher Nationalitäten, Kulturen und auch Glaubensrichtungen an, sondern rechnen diese einem monolithischen Block der Religion des Islams zu, der als expansionistische und aggressive Religion mit politischen Herrschaftsansprüchen dargestellt wird. In Folge seien auch die Muslime aggressiv, sexuell, kriminell und unzivilisiert, bekämen zu viele Kinder und stellten eine Gefahr für die einheimische Bevölkerung dar, die aufgrund der anhaltenden Migration zu einer Minderheit im eigenen Land werden könne (Hidalgo & Yendell, 2019, S. 2).

Biskamp (2018), Schwörer (2018) und Bizeul (2018) sehen in den öffentlichen Islamdebatten von Rechtspopulisten ein politisches Stilelement, welches wahlstrategisch motiviert ist. Mithilfe von Fallstudien zum Front National in Frankreich (Bizeul, 2018), der Lega Nord in Italien (Schwörer, 2018) und der AfD in Deutschland (Biskamp, 2018) wird belegt, dass Rechtspopulisten bewusst islamophobe Strömungen in der Gesellschaft instrumentalisieren und in einen christlich-religiösen Bezugsrahmen setzen, um Identifikation zu schaffen und eine muslimische Fremdgruppe zu konstruieren, von der man sich abgrenzen muss (Pickel, 2018a, S. 308). So soll eine „Einheit der deutschen Nation“ (vgl. auch Meyer Resende, 2016) formiert werden. Athoff (2018) zeigt am Beispiel der Untergruppierung ChrAfD Überlappungen auf, die diese tendenziell völkisch entlang eines kulturkonservativen Christentums einordnet. In seinem Sammelband „Saving the People. How Populists hijack Religion“ schreiben Marouki et al. (2016), dass es Rechtspopulisten nicht um einen religiösen Glauben gehe, sondern um die

Zugehörigkeit zu einer christlichen Nation. Bestimmte religiöse Identitäten und Traditionen entscheiden, wer zu dieser Gruppe gehört und wer nicht.

Schließlich wird in der Literatur der Frage nachgegangen, wie sich das Verhältnis zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen beschreiben lässt. Für Strube handelt es sich zunächst einmal um eine pragmatische ‚Win-Win-Situation‘ für beide Gruppen – sie führt als Beispiel die Zusammenarbeit bei der neurechten Wochenzeitung ‚Junge Freiheit‘ an. Auf der einen Seite haben Autoren aus randständigen christlich-theologischen Milieus die Möglichkeit zu publizieren, die ihnen aufgrund ihrer radikalen Thematiken kein anderes kirchliches Medium bietet; auf der anderen Seite erhält die ‚Junge Freiheit‘ dadurch ein bürgerliches Image (Strube, 2015, S. 3). So soll das strategisch motivierte Zugehen von Rechtsextremen auf bestimmte christliche Kreise den Anschein gesellschaftlicher Mittigkeit erwecken und mithilfe von Anschlussfeldern wird bewusst eine Zusammenarbeit gesucht (Strube, 2019b, S. 268).

Diese Aussage steht im Einklang mit der Beobachtung von Behrensen et al. hinsichtlich der geteilten Gender-Vorstellungen. Sie schreiben, „dass gerade auch kirchenferne, nationalistische Akteure sich diese religiös überschriebenen Anti-Gender-Diskurse im Sinne eines Brückenschlags in *bürgerliche* (also des Rechtsradikalismus *unverdächtige*) Milieus aneignen“ (Behrensen et al., 2019, S. 8–9). Strube nennt diese bürgerlichen Erscheinungsweisen rechter Akteure ‚Mimikry‘ beziehungsweise Verstellung, welche sie auch beim Besetzen traditionell grüner oder linker Themenfelder sieht (Strube, 2015, S. 18).

Für Hempelmann und Lamprecht (2018) steht die Parteienbildung im Vordergrund von Rechtspopulisten. Bestehende innerkirchliche Konflikte und Debatten zwischen kirchlich-liberalen Christen auf der einen Seite und konservativen Christen auf der anderen Seite werden aufgenommen und mit eigenen polemischen Argumenten ausgebaut.

„Dabei soll eine Parteienbildung provoziert werden, welche die gemeinsame Gegnerschaft zu als ‚linksliberal‘ deklarierten Positionen in einzelnen Feldern nutzt, um diese auch auf andere Felder zu übertragen. Über diesen Umweg soll auch Akzeptanz für rechtsnationale Einstellungen in diesen Kreisen generiert werden.“ (Hempelmann & Lamprecht, 2018, S. 8–9)

Pickel (2018a) analysiert die Bedeutung von Religion in dieser Beziehung. Seiner Studie nach gelingt über die Zugehörigkeit zu einer religiösen Gruppe eine positive Zuweisung eines ‚Nimbus‘ der Unberechenbarkeit sowie der Ferne zu Rationalität, da es sich bei Religion um eine nicht verhandlungsbereite Ideologie handelt (2018a, S. 308–309).

„Damit besitzt man Argumente, welche Abgrenzung gegenüber dieser Gruppe sowie eine geringe Bereitschaft für deren Integration in die Gesellschaft legitimieren. Dass es sich dabei oft nur um Scheinargumente handelt, welche eine ethnozentrische bis kulturrassistische Abgrenzungspolitik stützen sollen, wird durch reale Integrationsprobleme und die Bedrohungswahrnehmungen bestärkende Einzelereignisse überspielt. So geht es Rechtspopulisten eigentlich nicht um eine ausgehandelte Lösung komplizierter Probleme, sondern um das Proklamieren einfacher Lösungen im Sinne einer kulturellen und nationalen Homogenisierung. Hierzu ist eine ethnisierte Religionszugehörigkeit ein probates strategisches Mittel.“ (Pickel, 2018a, S. 308–309)

Hidalgo erkennt, wie Pickel, in der Religion ein geeignetes Mittel um zu moralisieren sowie ein Mittel um Gruppenzugehörigkeit zu homogenisieren, Jedoch ist Hidalgo der Auffassung, dass die von Rechtspopulisten vertretene Religion, die er als ‚Kulturglaube‘ und ‚Heimatglaube‘ titulierte, lediglich einen ‚Lückenfüller‘ in der Demokratie darstellt und strategisch nicht als Alleinstellungsmerkmal auszumachen sei (Hidalgo & Yendell, 2019, S. 1). Das gleiche Verhaltensmuster sei ebenso im Hinblick auf andere Konkurrenten zu bemerken. „Im Sinne von Catch-All Parteien versuchen Rechtspopulisten mithin, die Sozialpolitik der Linken und Sozialdemokraten oder das ökologische Thema der Grünen zu okkupieren“ (Hidalgo & Yendell, 2019, S. 2–3). Die programmatische Flexibilität diene dazu, das Label des Extremismus abzuwerfen (vgl. auch Strube, 2015, S. 18).

2.4 Forschungslücke

Es lassen sich fünf Defizite in den wissenschaftlichen Auseinandersetzungen um die Beziehung zwischen Religion und Politik einerseits und um die Beziehung zwischen Rechtspopulismus und konservativem Christentum andererseits feststellen. Erstens beantwortet der bisherige Forschungsstand nicht die Frage, ob es sich bei der gegenwärtigen Rückkehr des Religiösen in die politische Öffentlichkeit um eine Abwehrreaktion auf spezifische Prozesse wie Globalisierung, Säkularisierung und Globalisierung handelt oder um eine „produktive Selbsttransformation[...] religiöser Traditionen in einer grundlegend veränderten Umwelt“ (Willems, 2018, S. 659). Aus dieser Frage resultiert ferner eine Unsicherheit darüber, ob bestimmte religiöse Traditionen, deren Wesen im Bewahren und Beschützen konservativer Werte liegt, überhaupt die Fähigkeit besitzen, sich mit einer sich immer schneller verändernden Gesellschaft zu arrangieren oder ob eine Abwehrhaltung dem Politischen gegenüber, das oftmals für die Veränderungen mitverantwortlich gemacht wird, eine unausweichliche Entwicklung darstellt. Kann es daher auch als Defizit des Politischen gesehen werden, wenn diese Entwicklungen nicht erkannt werden und wenn die Bedürfnisse von religiösen Traditionen zu wenig in den Blick genommen werden?

Bezüglich der Forschung über Rechtspopulismus lässt sich zweitens resultieren, dass diese stark fragmentiert wirkt und es an allgemeinen theoretischen Erklärungen mangelt. Definitionen wie die hier angeführte von Küpper und Häusler (2016, S. 147–148) können kaum die gesamte Spannweite neurechter Ideologien und deren starke Korrelationen mit massenmedialen und technischen Ermöglicungen abdecken. Ökonomische und politische Erklärungsansätze nehmen in der Forschung über den Rechtspopulismus zwar ein großes Gewicht ein, jedoch sind diese nicht in der Lage, die Bezugnahmen der Rechtspopulisten auf das Christentum beziehungsweise die Diskurse der ‚kulturellen Überfremdung‘ und der ‚Verteidigung des christlichen Abendlandes‘ zu erklären.

Während die Forschung über Rechtspopulismus zudem sehr uneinheitlich erscheint, zeigt die Forschung über konservative Strömungen innerhalb des Christentums Zusammenhänge auf, die zu einem verzerrten Bild über in Deutschland lebende konservative Christen führen. Das Wort Evangelikalismus wird gegenwärtig nicht selten mit ‚christlichen Rechten‘ gleichgesetzt und verbunden mit weißen, christlichen Trump-Anhängern¹⁶. Das Problem in Deutschland ist, dass konservative Christen hier statistisch schwer zu fassen sind, da sie zahlenmäßig eine kleine Gruppe unter den in Deutschland lebenden Christen ausmachen, und dass ihre politische Aktivität kaum wissenschaftlich betrachtet wird.

Dies führt uns, viertens, zu methodischen Defiziten bei der Erforschung christlicher Traditionen in Deutschland. Aus den präsentierten Studien lässt sich aus der Konfessionszugehörigkeit und den Indizes zu religiösen Einstellungen kein temporär stabiles und einheitliches Bild über Vorurteilsstrukturen zeichnen, – etwa in Hillenbrand (2020), Decker et al. (2016) oder Zick et al. (2016).

Wie lassen sich diese Studienergebnisse im Hinblick auf die Beziehung zwischen konservativen Christen und Rechtspopulisten bewerten? Einige sozialwissenschaftliche Studien, die den Zusammenhang zwischen Rechtspopulisten und rechten Christen untersuchen, indem sie sich auf Kirchenmitgliedernzahlen und auf Bevölkerungsumfragen beziehen, weisen eine geringe Reliabilität und infolge auch eine geringe Validität auf. Ein Teil der ‚rechten‘ Christen stammt aus dem konservativ-protestantischen Milieu, das in Freikirchen organisiert ist. Da ‚Freikirchler‘ oftmals aus der Landeskirche ausgetreten sind, werden sie in Statistiken ebenso wie beispielsweise Atheisten als ‚konfessionslos‘ aufgeführt. Zudem sagt die Mitgliedschaft einer

¹⁶ Dabei wird vernachlässigt, dass es in den USA auch schwarze und linke evangelikale Gruppierungen gibt. Politische Evangelikale können ebenso demokratisch orientiert sein und sich für ein Social Gospel einsetzen (Kastner, Jens, Sussemichel, Lea (2019); Heimowski und Markstein (2020, 106); Pally (2010)).

Kirche nichts über die Art der Religiosität und das Ausmaß des religiösen Handelns einer Person aus. Auch wenn Diskussionsverläufe kirchlicher Repräsentanten und das Abstimmungsverhalten vieler Kirchenmitglieder eine klare Haltung ‚gegen Rechts‘ zeigen, darf der kleine, mittlerweile politisch-aktive konservative Teil katholischer und protestantisch-konservativer Christen auch innerhalb der Kirchen nicht unterdeterminiert werden. Des Weiteren fehlt den meisten Studien eine Ost-West-Differenzierung hinsichtlich der Kirchenmitgliedschaft, des Anteils an evangelikalen Christen sowie auch des Anteils an Ausländern in den jeweiligen Regionen.

Schließlich fehlt es in den bisherigen Betrachtungen der Beziehung zwischen konservativen Christen und Rechtspopulisten an konfessionellen Differenzierungen und an einer Gesamtbetrachtung aller potenziellen Betätigungsfelder. Bei den hier aufgezählten Darstellungen handelt es sich meist um kürzere Beiträge in Sammelbänden, in denen das Forschungsphänomen oftmals ohne ausreichend theoretische und methodische Grundlagen untersucht wird. Viele Erkenntnisse beruhen lediglich auf ‚Beobachtungen‘ von Websites und individuellen Netzwerken (z.B. Strube, 2019a, 2019b). Während in der Literatur die Motive von Rechtspopulisten genannt und die Ambivalenzen in deren Forderungen aufgezeigt werden – etwa hinsichtlich ihrer Argumentationsmuster bezüglich der körperlichen und sexuellen Selbstbestimmung, der Geschlechtergleichheit, der Menschen- und Minderheitsrechte und der Toleranz, die als zivilisatorische Errungenschaften des eigenen Landes angepriesen werden und die es etwa vor ‚dem Islam‘ zu verteidigen gelte – werden die Unterschiede zu den Motiven von konservativen Christen nicht genannt.

Die Darstellung des Forschungsstandes über die Vereinnahmung des Christentums durch Rechtspopulisten und die Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen zeigt den Mangel an einer genaueren und umfassenden (Meta-)Analyse der genannten Diskurse einerseits sowie – andererseits – an einer Verknüpfung der in den Diskursen verwendeten Elemente mit den jeweiligen rechtspopulistischen, christlichen, aber auch nicht-christlichen Akteuren. Auch die Stärke beziehungsweise das Ausmaß an Diskursüberschneidungen wurde bisher noch nicht untersucht. An dieser Leerstelle setzt die vorliegende Arbeit an. Es soll eine wichtige Grundlage für die Analyse des Zusammenhangs von Rechtspopulisten und konservativem Christentum sowie des Umgangs von Rechtspopulisten mit der Religion geschaffen werden.

Besonderes Augenmerks liegt auf konfessionellen Unterschieden, kulturellen Besonderheiten und regionalen Zusammenhängen. Bezüglich der Akteure in dem Beziehungsgeflecht

Rechtspopulismus und Christentum wird angenommen, dass sich diese nicht einfach als rechtspopulistisch oder konservativ-christlich definieren lassen, sondern ihre jeweiligen Argumentationen anlassbezogen verwenden. Diese Vermutung wird auch auf die Verwendung von christlichen oder nationalistischen Argumenten und Metaphern übertragen. Daher muss danach gefragt werden, welche religiösen und politischen Akteure sich zu welchen Zwecken welcher politischen oder religiösen Argumentationen bedienen. Mithilfe einer DiskurNetzwerkanalyse können die in der Literatur bereits angesprochenen, christlich formatierten Themen der Rechtspopulisten methodisch fundiert und analytisch vertieft betrachtet werden. Zudem können Ambivalenzen in der eigenen Argumentation der Rechtspopulisten aufgedeckt werden.

Mit Blick auf den aktuellen Forschungsstand stellt sich die Frage, ob es sich bei den untersuchten Äußerungen der Rectspopulisten größtenteils überhaupt um religiöse Bezugnahmen handelt, wie in der Literatur beschrieben, oder eher um eine ‚Kulturalisierung‘ christlicher Werte und Symbole. Unbeantwortet bleibt auch, welche ‚Commitments‘ religiösen und kirchlichen Denkens anfällig für nationalistische und populistische Rhetorik machen und wo die Unterschiede in den Intentionen und im Handeln der Akteure bzw. deren bewusste Abgrenzungen zueinander liegen. Schließlich bleibt in der Literatur die Frage unbeantwortet, welche Handlungsoptionen die Kirchen auch im Angesicht der aufgezeigten Problematik haben und welche sie nutzen. Die Forschungsfragen können nur ausreichend beantwortet werden, wenn Erkenntnisse aus den Sozialwissenschaften und Erkenntnisse aus theologischen und religionswissenschaftlichen Studien zusammengetragen werden. Nur mit einem gesellschaftsbezogenen, interdisziplinären Blick, wie er in dieser Arbeit zu tragen kommt, kann das aufgezeigte Phänomen hinreichend begriffen werden.

3 Theorie- und Analyseperspektive

Das folgende Kapitel geht auf die theoretischen und empirischen Erkenntnisse ein, die für die Beantwortung der eingangs aufgeworfenen Forschungsfragen relevant sind und aus denen sich zentrale Thesen für diese Arbeit ableiten lassen. Es wird davon ausgegangen, dass die Beziehungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen eingebettet sind in einen Komplex vielfältiger, sich wandelnder sozialer Dimensionen. Die Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen werden nicht nur auf rein individuelles Verhalten zurückgeführt, sondern mit bestimmten strukturellen, gesellschaftlichen, politischen und religiösen Veränderungen in Verbindung gesetzt. Bevor gesellschaftliche Hintergründe und Zusammenhänge beleuchtet werden, werden der für diese Arbeit relevante epistemologische Blickwinkel und die Konzeptualisierung von Vielschichtigkeit präsentiert (3.1). Sodann wird auf den Wandel des Christentums in Deutschland durch Auflösungsprozesse der Einheit Religion-Glaube-Christentum-Kirche eingegangen (3.2). Ebenso werden Wandlungsprozesse in der Gesellschafts- und Moralpolitik (3.3) und in der politisch-medialen Öffentlichkeit (3.4) beleuchtet. Diese Wandlungsprozesse ermöglichen den Auf- und Ausbau bestimmter Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen. Hierbei stehen vor allem die Begriffe ‚Identität‘ und ‚konservative Werte‘ im Zentrum (3.5.1). Danach wird auf gemeinsame Informations- und Protestpolitiken eingegangen (3.5.2). Sodann folgt ein Blick auf Professionen und Netzwerke (3.5.3) und schließlich auf Diskurskoalitionen sowie ausgewählte diskursive Mechanismen (3.5.4). Den Abschluss bilden jene aus den Theorien hergeleiteten Vermutungen über die Beziehungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen, die unter ‚Sense-Making‘ vorgestellt werden (3.6).

3.1 Komplexität und „Kampf der Ideen“ als Grundgedanken

Bei den Beziehungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen handelt es sich um ein hochkomplexes Beziehungsgeflecht, welches nicht mit einer „Logik der Eindeutigkeit“ (Beck, 2008, S. 92–93), nach der Verbindungen entlang bestimmter, eindeutig identifizierbarer, ideologischer und religiöser Haltungen, Parteipräferenzen, Klassen-, Schicht- oder Sozialformen analysiert werden können, greifbar ist. Ebenso können keine klaren Verantwortlichkeiten mit Blick auf kollektive oder individuelle Akteure zugewiesen werden. Stattdessen herrscht die „Logik der Mehrdeutigkeit“ (Beck, 2008, S. 92) in einer Umgebung, die geprägt ist von „[n]eue[n] Unübersichtlichkeit[en]“ (Habermas, 1985) und der „Erosion klarer Grenzen“ (Beck, 2008, S. 93). Zugehörigkeiten variieren situations- und

themenabhängig und lassen eine Vielzahl von Kombinationen zu (Rucht, 1993, S. 272). Nassehi schreibt hierzu:

„Die Trennung der unterschiedlichen Logiken löst ein Komplexitätsproblem, nämlich das Problem, dass Dinge gleichzeitig unterschiedliche Bedeutungen haben können, dass sich ausschließende Logiken gleichzeitig operieren, dass es unterschiedliche Formen von Ordnung gibt, die nicht mehr innerhalb eines Bezugsrahmens verarbeitet werden können.“ (Nassehi, 2015, S. 117)

Die Multiperspektivität, mit der moderne Gesellschaften betrachtet werden müssen, kann aufgegriffen werden, indem der Forscher gegenwartsbezogen an konkreten Stellen Muster von Mehrdeutigkeiten und Uneindeutigkeiten sowie komplexen Wechselwirkungen und miteinander verbundenen Ermöglichungsbeziehungen innerhalb der unterschiedlichen Logiken und Muster aufdeckt (Nassehi, 2015, S. 117).

Eine theoretische Analyseperspektive, um die Ordnung in der Unordnung des Beziehungsgeflechtes von Rechtspopulisten und konservativen Christen zu erkennen, bietet die ‚Interpretative Policy-Analyse‘ mit ihrem Verständnis von Politikverläufen als diskursiven Interpretationsprozessen und Interpretationskämpfen um Ideen und Wissen. In Abgrenzung zur traditionellen Policy-Forschung werden Ideen und Wissen „nicht auf eine Variable mit Einfluss auf das policy-making reduziert, sondern gelten im Sinne eines ‚Sense-Making‘ und damit als Handlungs- und Entscheidungsgrundlage als unhintergebar Bestandteil jeglicher Politik“ (Münch, 2016, S. 42). Die Realität wird in einem interpretativen Sinn verstanden als Ergebnis von normativ geprägten Urteilen, Deutungen und Entscheidungen. Torgerson schreibt in diesem Zusammenhang: „If positivism removed the analyst from the human world and turned him into a neutral observer, then post-positivism returns the analyst to this world as an active participant“ (Torgerson, 1986, S. 40–41). Folglich ist es die Aufgabe des Forschenden, nicht nur Kenntnisse über die Gesellschaft zu erlangen, „but also a knowledge in society“ (Torgerson, 1986, S. 40–41). Wissen wird in dieser Arbeit wissenspolitologisch verstanden als wählbare Deutungsmuster, auf deren Grundlage Annahmen über die Realität aufgestellt werden, die wiederum auf politischer Ebene handlungsleitend wirken (Nullmeier, 1993, S. 181). Wissen ist sozialstrukturell geprägt und unterliegt in modernen Gesellschaften immer Prozessen politischer Vermittlung. Der Wissensbegriff in der Wissenspolitologie umfasst explizites und implizites Wissen sowie deskriptives und normatives Wissen. Außerdem besteht aus einem interpretativen Verständnis heraus kein vorgängiger Anspruch an den Geltungscharakter eines Wissens als wahres Wissen außerhalb eines Fürwahrhaltens (Nullmeier, 1993, S. 182). Sowohl der Ideen- wie auch der Wissensbegriff sind weit gefasst und spiegeln sich in Policies als Deutungsmuster wieder, deren

Konstruktion und Verbreitung rechtspopulistischen und christlichen Akteuren, die eine gewisse Deutungshoheit haben, zugeschrieben werden kann. Dabei steht das „Handeln der Akteure, ihr Kampf um die Durchsetzung ihrer Deutungen beziehungsweise um die Formulierung von Problemdefinitionen, Verantwortlichkeiten, Handlungsstrategien [...] im Mittelpunkt des wissenspolitologischen Interesses“ (Münch, 2016, S. 36). Den institutionellen Rahmen für das Handlungsfeld der betrachteten Akteure bildet die öffentliche Arena, in der sie auf sogenannten ‚Wissensmärkten‘ aufeinandertreffen, verhandeln, sich gegenseitig vernetzen und Koalitionen eingehen können (Pieper, 2006, S. 275). Verschiedene Akteure (beispielsweise Parteien, Organisationen, Bewegungen, Institutionen) grenzen hier ihre Deutungsansprüche voneinander ab. Dies kann durch Absprechen von Geltung des Deutungsanspruchs oder durch Differenzierung und Hierarchisierung unterschiedlicher Wissensarten geschehen (V. Schneider & Frank, 2006, S. 99). Die Fähigkeit von Policy-Akteuren, feldübergreifende Diskurse einzugehen oder sich bewusst von ihnen abzugrenzen, hängt folglich „von den wissensrelevanten Ressourcen der Akteure in Wissensmärkten ab und von ihrem Vermögen, die eigene Deutungshoheit zu verteidigen und den Wirkungsbereich in Wissensmärkten gegenüber Diskurseinflüssen von außen abzuschotten“ (V. Schneider & Frank, 2006, S. 100). Sowohl auf Angebots- wie auch auf Nachfrageseite können diskursive Monopole, Oligopole oder Polypole entstehen (Nullmeier, 1993, S. 183). Auch wenn der Austausch von Wissensarten in der politischen Arena stattfindet, handelt es sich nicht nur um politisches Wissen, sondern umfasst weltanschauliches und religiöses Wissen (Nullmeier & Rüb, 1993, S. 30). Hier zeigt sich eine Problematik des Wissensbegriffs: Dieser unterscheidet nicht zwischen (religiösen) Sachkenntnissen, Glauben und Meinen (Nullmeier, 2001, S. 292–293). Aus wissenspolitologischer Sicht geht es öffentlich handelnden Akteuren jedoch nicht um die Diskussion von Dichotomien und Dualismen von Denkstrukturen, sondern um die „Produktion und Wirkung von politisch relevanten Deutungsmustern innerhalb öffentlicher Debatten“ (Münch, 2016, S. 37). Weltanschauliches und religiöses Wissen spielen dann eine wichtige Rolle, wenn sie politischen Akteuren handlungsleitende Orientierung geben, durch welche sie einen politischen Wandel bewirken oder beeinflussen wollen. Für Hajer geschieht politischer Wandel dann, wenn Akteure aus verschiedenen sozialen Zusammenhängen innerhalb der politischen Öffentlichkeit eine Koalition bilden und versuchen, eine bestimmte Definition eines Problems mit ihrem Wissen und ihren Ideen in narrativen Darstellungen (Storylines)¹⁷ gegenüber anderen Problembereichen

¹⁷ Die Begriffe Narrativ und Storyline werden in dieser Arbeit synonym verwendet. Ausformulierte Narrative werden zur besseren Lesbarkeit kursiv geschrieben. Die Bedeutung von Narrativen wird in Kapitel 3.5.4 dargelegt. Die Methodik, die den ausformulierten Narrativen zugrunde liegt, wird in Kapitel 4.2 und 4.4 erläutert.

durchzusetzen (M. A. Hajer, 2008, S. 218). „Instead of being constructed around preconceived beliefs, policy coalitions are held together by narrative storylines that interpret events and courses of action in concrete social contexts“ (Fischer, 2003). Damit soll jedoch nicht das Vorhandensein von handlungsleitenden Überzeugungen negiert werden, „[r]ather, it is to argue that it is not the knowledge in belief systems per se that holds the members of such coalitions together, but the ‚storylines‘ that symbolically condense the facts and values basic to a belief system“ (Fischer, 2003, S. 102). Von Interesse sind weniger Wissen und Ideen im Sinne von objektiven Fakten, als viel mehr Wissen und Ideen, aus denen Erzählverläufe entstehen, die auf „sehr allgemeinem Wissen beruhen, aber soziale Orientierung geben, indem sie Ereignisse, Verantwortlichkeiten und Lösungsmöglichkeiten in ihrer wechselseitigen Bedingtheit vereinfacht darstellen“ (Münch, 2016, S. 127). Erzählverläufe sind nicht starr und widerspruchsfrei, sondern gelten als veränderbar und können von Differenzen und Divergenzen durchzogen sein. Fischer betont deshalb:

„Thus, what people in [a] discourse coalition support is an interpretation of threat or crisis, not a core set of facts and values that can be teased out through content or factor analysis. Rather than a stable core of cognitive commitments and beliefs, they share storylines that often tend to be vague on particular points and, at times, contradictory on others.“ (Fischer, 2003, S. 103)

Gefühle und Grundhaltungen des Vertrauens wie Angst, Hoffnung oder Glauben sind in diesem Zusammenhang als individualisierende Konzepte schwierig festzustellen. Ein Akteur kann eine bestimmte Überzeugung vertreten oder sich zu dieser aus vorrangig strategischen Gründen bekennen. Hier kann mit Blick auf die konstitutive Rolle von Sprache der Tatsache Rechnung getragen werden, dass Rollen immer in bestimmte Kontexte eingebettet sind (M. A. Hajer, 1995, S. 70). Von großer Bedeutung ist daher der spezifische kulturelle, politische und historische Kontext, innerhalb dessen es die Fähigkeit des „Policy-Making [sei], halbartikulierten Ängsten und Hoffnungen eine Stimme zu geben, indem sie in überzeugende Narrative zu ihren Ursachen und Lösungsmöglichkeiten verpackt werden“ (Barbehön & Münch, 2014, S. 152). Übertragen auf die zu analysierenden Beziehungen von Rechtspopulisten und konservativen Christen bedeutet dies, dass in bestimmten kulturellen, politischen und historischen Kontexten Rechtspopulisten und konservative Christen versuchen, innerhalb der politischen Öffentlichkeit Themen wie Gender, Familie, Flüchtlinge und Nation mit ihrem Wissen und ihren Ideen in narrativen Darstellungen zu besetzen und gegenüber anderen Sichtweisen durchzusetzen. Diese Darstellungen geben den jeweiligen Anhängern soziale Orientierung und wirken zugleich identitätsstiftend. Für die Beurteilung des Potenzials dieser Narrative ist es wichtig, ihren politischen und religiösen institutionellen Bezugsrahmen

zu verstehen. Durch den im nachstehenden Abschnitt beschriebenen Wandel des Christentums entstehen unter anderem strukturelle Bedingungen, die themenspezifische Verbindungen zwischen rechtspopulistischen und christlich-konservativen Akteuren ermöglichen.

3.2 Christentum im Wandel

Moderne Gesellschaften sind geprägt von Differenzierungen in funktionale Teilsysteme (Luhmann, 1977a, 1997, 2017). Die Prozesse dieser funktionalen Differenzierung fasst Luhmann als den gesellschaftsstrukturellen Auslöser von Säkularisierung auf (Casanova, 1994, 2001; Luhmann, 1977a, S. 20). Demnach sind die sich herausbildenden spezifischen Sphären wie Politik, Wirtschaft oder Wissenschaft nicht mehr – wie es in vormodernen Zeiten noch der Fall war – von der Sphäre der Religion abhängig. Die Religion selbst steht als ein gesellschaftliches Teilsystem neben anderen. Diese Entwicklung wird auch als Befreiung der säkularen Sphären von religiöser Vorherrschaft verstanden (Casanova, 1994, S. 19–39, 2007, S. 101; Spohn, 2017, S. 399).

Kaufmann überträgt den Prozess der Differenzierung auch auf die christliche Religion selbst (Kaufmann, 1979, S. 100–102). Demnach lässt sich die Ausdifferenzierung von Religion korrelativ als Verkirchlichung des Christentums auffassen. Das explizit Religiöse wohnt nun im Bereich der Kirche. Die daraus entstehende „Apartheit von Religion“ (Matthes, 1993), also die Vorstellung einer Scheidung von religiösen und nicht-religiösen Lebenssphären, ist eine typische religiöse Eigenart Europas (Kaufmann, 1979, 2000, 2014). Während jedoch der Protestantismus diese Scheidung annimmt, lehnt sie der päpstliche Antimodernismus ab und erhebt Anspruch auf Autorität in allen Lebensbereichen. Durch die scholastische Doktrin des Naturrechts, welche ihre Position legitimiert, ist die Katholische Kirche zumindest nach innen in dieser Hinsicht erfolgreich, jedoch nicht immer nach außen. Zudem hatten die beiden Konfessionskirchen in Deutschland lange ein Interpretationsmonopol auf die religiöse Wirklichkeit. Die Öffentlichkeit orientierte sich an den staatskirchenrechtlichen Verhältnissen, die in diesen beiden Großkirchen ihren Ursprung nahmen. Seit ungefähr 50 Jahren sind jedoch Auflösungen der Einheit von Glauben, Religion, Christentum und Kirche im öffentlichen Bewusstsein zu erkennen.

Diese Auflösungsprozesse erfolgen auf unterschiedliche Arten und haben Konsequenzen für das Individuum, die Kirchen, die Gesellschaft und die Politik in Deutschland. Erst die dadurch neu entstehenden Konstellationen und Strukturen von Kirchen, Religionen und Gesellschaft etwa schaffen Bedingungen für eine themenspezifische Verbindung zwischen Rechtspopulisten

und konservativen Christen. Indem die christlichen Großkirchen ihr Monopol auf das Christentum verlieren, können neue christliche Gruppen entstehen, die für sich den Status des ‚wahren Christentums‘ beanspruchen und die sich von den ‚unchristlichen‘, dem Weltgeist verfallenen Kirchen abgrenzen. Dies betrifft insbesondere die Entstehung von konservativ-protestantischen Gruppen innerhalb des Protestantismus. Innerhalb des Katholizismus ist zu beobachten, dass Individuen sich als gläubige Katholiken bezeichnen und öffentlich, teilweise im Namen der Kirche, für bestimmte konservative Werte eintreten, obwohl sie außer einer Mitgliedschaft in der Katholischen Kirche keine weiteren professionalen Ordinationen innehaben. Zudem können sich nicht-religiöse Akteure – wie Rechtspopulisten – auf das Christentum beziehen und etwa mit Hinweis auf den christlichen Gehalt ihrer Partei die Gunst von christlichen Wählern für sich gewinnen. Das mit Glauben bezeichnete Handeln ist nun nicht mehr in einem spezifischen religiösen Bereich ausdifferenzierter Gesellschaften zu verorten. „Das Glauben ist den Glaubenden also ‚überall‘ möglich“ (Möhring-Hesse, 2008, S. 1). Die Ursachen für diese Differenzierungs- und Auflösungsprozesse sind vielfältig. Im Folgenden werden zentrale, sich teilweise gegenseitig bedingende Entwicklungen dargestellt.

Auflösung religiöser Milieus

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es durch Flucht, Vertreibung sowie Prozesse der Urbanisierung in vielen Gegenden Deutschlands zu einer Vermischung von konfessionell zuvor homogenen Gebieten. (Zu den Ausnahmen zählen insbesondere einige ländliche Regionen.) Zudem führten Modernisierungsprozesse (wie Rationalisierung, Demokratisierung, Industrialisierung oder Bürokratisierung) zu einer Erosion klar konfessionell geprägter Milieus. Emanzipative Vorstellungen, kritische reformbewusste Aufbruchsbewegungen, höhere Schul- und Berufsbildung trugen zur Verdunstung einer ‚Volksfrömmigkeit‘ bei. Beck bezeichnet die Herauslösung aus historisch vorgegebenen Sozialformen und -bindungen im Sinne traditioneller Versorge- und Herrschaftszusammenhänge als „Freisetzungsdimension“. Damit einher geht ein Verlust von traditioneller Sicherheit in Hinblick auf Glauben, Handlungswissen und leitende Normen („Entzauberungsdimension“). In Folge suchten Individuen neue Arten der sozialen religiösen Einbindung („Kontroll-Reintegrationsdimension“) (Beck, 1986, 2008).

Religiös-weltanschauliche Pluralität und Säkularisierung

Zudem bewirkt die Koexistenz verschiedener Religionsgemeinschaften in Deutschland eine Veränderung der Beziehungen von Religionsgemeinschaften untereinander. Gary D. Bouma und

Rod Ling (2009, S. 507) definieren solcherlei religiöse Pluralität als „differences *within* and *between* religious groups in a society“. Pluralisierung kann sowohl innerhalb religiöser und weltanschaulicher Gruppen auftreten, als auch zwischen distinkten Gruppen (Casanova, 1994; Heiser, 2018, S. 125–127; Iannaccone, 1992). Je stärker die Differenzierung, desto wichtiger werden gegenseitige Toleranz und die ökumenische Zusammenarbeit (P. L. Berger, 2015, S. 76). Dass dies nicht unumstritten bleibt, zeigt die öffentliche Auseinandersetzung mit der Äußerung des ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff, der Islam gehöre zu Deutschland (Wulff, 2010). Die darauffolgende Debatte über den Dialog zwischen dem Staat und den islamischen Gemeinden verdeutlicht neue Staat-Religion(en)-Konstellationen in Deutschland. Mit der Umorientierung der Katholischen Kirche im Zweiten Vatikanischen Konzil, welches die Öffnung der Kirche gegenüber anderen Konfessionen und Weltreligionen festlegte, die nun nicht mehr als Orte des Unglaubens, sondern als (unvollständige) Teilhaber an der Wahrheitserkenntnis anerkannt werden, ergeben sich neue Dialogebenen der Katholischen Kirche mit anderen Religionsgemeinschaften. Für das Individuum hat die religiös-weltanschauliche Pluralisierung einen relativierenden Effekt: Es wird mit der Tatsache konfrontiert, dass „man die Welt auch anders sehen kann. Anders gesagt: Der Einzelne kann die Weltanschauung, in die er zufällig hineingeboren wurde, nicht länger als Selbstverständlichkeit betrachten“ (P. L. Berger, 2015, S. 50). Gültigkeitsansprüche religiöser Überzeugungen werden unterminiert; religiöse Überzeugungen verlieren ihre Plausibilität (P. L. Berger, 2015, S. 50). Das Individuum kann „aus Kleinteilen, die ihm in seiner speziellen Situation zur Verfügung stehen, eine Weltanschauung zusammenbasteln“ (P. L. Berger, 2015, S. 61), wodurch es subjektiv gefühlte Macht gegenüber religiösen Autoritäten erlangen kann. Es kann sich dabei problemlos zwischen einem religiösen und einem säkularen Diskurs bewegen („religiös-säkularer Pluralismus“) (P. L. Berger, 1988, S. 82).

Individualisierung, Privatisierung und Subjektivierung

Als Ort von Religion wird im Zuge der Entdifferenzierung(en) des Christentums nicht mehr nur die Kirche verstanden, sondern das Individuum (Beck, 1986; Kaufmann, 1989; Pollack & Pickel, 1999; Seibert, 2017; Wohlrab-Sahr & Krüggeler, 2000). Indem das Individuum selbst aus verschiedenen religiösen und weltanschaulichen Angeboten wählt und religiöse Deutungsmuster individuell kombiniert, „kommen religiöse Sinnbildungen erst durch private Entscheidungen zu verbindlicher Geltung“ (Krech, 2018, S. 76). In diesem Sinn lässt sich die religiöse Individualisierung als religiöse Privatisierung bezeichnen (Krech, 2018). Schelsky spricht von der Spiritualität des subjektiven Ichs, „das sich nicht mehr letztthin mit irgendwelchen objektivierten gegenständlich-eindeutig

gewordenen Wahrheiten identifizieren kann. Es stößt diese reflektierend von sich ab, um sich mit immer neuen Kräften der Reflexion in seine unerschöpfliche und bodenlose Innerlichkeit zu wenden“ (Schelsky, 1957, S. 161). Diese individuelle Religiosität verbindet sich bei einigen Gläubigen – aber auch bei Nicht-Gläubigen – mit einer Distanz zur Institution Kirche und deren Vertretern. Dies wiederum hat einen Bedeutungsverlust von Kirchen in der Gesellschaft zur Folge (Liedhegener, 2012). Davie (1994) spricht von einem „believing without belonging“, also von einem Glauben ohne Zugehörigkeit zu einer Kirchengemeinde. Umgekehrt ist jedoch auch ein „belonging without believing“ möglich, also eine formale kirchliche Mitgliedschaft ohne eine weitere kirchliche Bindung beziehungsweise religiöse Identifikation. Der gesellschaftliche Bedeutungsverlust der Kirchen äußert sich nicht nur in den jährlich steigenden Kirchenaustritten und in der stetig abnehmenden Anzahl an Gottesdienstbesuchern, sondern auch in der immer geringer werdenden Bedeutung konfessioneller Unterschiede. Die Katholische und die Evangelische Kirche werden nicht selten in einem Zug genannt. Skandale, wie die Ereignisse um den Bischof von Limburg oder der sexuelle Missbrauch an Kindern, lösten nicht nur bei Katholiken, sondern auch bei Protestanten eine Kirchenaustrittswelle aus.

Varianz christlicher Sozialformen und christlicher Lebensführungen

Ein Großteil der zu untersuchenden christlichen (und rechtspopulistischen) Akteure ist in unterschiedliche christliche Sozialformen eingebunden. Diese Inklusion kann entlang der Pole „starke Einbindung“ und „geringe bis keine Einbindung“ situiert werden. Eine geringe Einbindung stellt beispielsweise eine formale Mitgliedschaft in einer religiösen Organisation ohne weitere Verbindungen dar. Eine starke Inklusion in einer religiösen Gemeinschaft mit reglementierten Vorgaben führt zu einer religiösen Formung der Lebensführung (Krech, 2018, S. 75–76). Letzteres beschreibt Hennis (1987, S. 90) wie folgt: „[W]as wird aus dem Menschen, was folgt für ihn, wenn die religiösen Vorstellungen, ein Faktor neben vielen anderen, aber eben ein besonders durchschlagender, den Menschen mit besonderer Wucht ergreifender, seine Lebensführung in diese oder in jene Richtung leitet?“ Die für diese Arbeit bedeutenden christlichen Sozialformen und christlichen Phänomene, deren Entstehung zum Teil aus den oben dargestellten multiplen Entdifferenzierungsprozessen erklärbar sind, sollen im Folgenden dargestellt werden. Sie sind deshalb von Relevanz, da aus ihnen strukturelle Merkmale, Konstellationen und Themen abgeleitet werden können, die die Beziehung zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen beeinflussen und konstituieren.

Kirchen als ‚in sich differenzierte‘ christliche Glaubensgemeinschaften

Eine Glaubensgemeinschaft stellt eine organisierte Gemeinschaft von Gläubigen dar. Im Christentum werden die meisten Glaubensgemeinschaften durch die Begrifflichkeiten (Frei-)Kirchen, Volks- oder Landeskirchen abgedeckt. Die Mitgliedschaft zu einer Kirche wird mit dem Begriff der Religionszugehörigkeit beziehungsweise Konfession beschrieben. Der Aufbau und die Organisation der Gemeinden differieren je nach konfessioneller Ausrichtung. Bei der Katholischen Kirche handelt es sich um ein streng hierarchisches System mit dem Heiligen Stuhl als kirchlichem Oberhaupt. Die Evangelische Kirche folgt einem synodalen Modell: Über wichtige Sach-, Personal- und Finanzfragen entscheiden Synoden, also Parlamente der kirchlichen Selbstverwaltung. Synoden gibt es auf verschiedenen Ebenen (Landessynode, Dekanatssynode, Generalsynode) (Sattler, 2013). Die Katholische Kirche ist mit 22,6 Millionen Mitgliedern die größte Kirche Deutschlands, gefolgt von der Evangelischen Kirche mit 20,7 Millionen Mitgliedern (bezogen auf das Jahr 2019) (Statista Research Department, 2020). Kirchen lassen sich als komplexe religiöse Sozialformen auffassen, die in Form eines „Mehr-Ebenen-Modells“ anhand divergierender Handlungsorientierungen in vier voneinander differenzierten Ebenen beschrieben werden können:

„Die Akteure der Organisationsebene [korporatistische Akteure der Amtskirche] verfolgen in erster Linie wertrationale, diejenigen der Professionsebene [Priester und Pfarrer] zweckrationale und diejenigen der Interaktionsebene [Kernmitglieder] individuelle Handlungsorientierungen. Hinzu kommt die von unspezifischen Handlungsorientierungen geprägte Publikumsebene [Rand- und Nicht-Mitglieder].“ (Heiser, 2018, S. 119)

Seit einigen Jahren wandeln sich jedoch diese Handlungszuschreibungen. Beispielsweise kommt es zu einer Aktivierung des Publikums, welches Leistungen erbringt, die vormals von professionellen Leistungsrollen erbracht werden (Gerhards, 2001). Als Beispiel hierfür lassen sich Wort-Gottes-Feiern in der Katholischen Kirche nennen. Dies sind Gottesdienste, die nicht von Priestern vorbereitet und durchgeführt werden, sondern von Kirchenmitgliedern (mehr dazu in Heiser, 2018, S. 124). Seitens der Organisations- und Professionsebene sind diese Feiern nicht unumstritten, da sie die Zuständigkeitsbereiche in Frage stellen. Dass aber auch nicht alle Pfarrer immer „zweckrational mit Blick auf pragmatische Notwendigkeiten innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs“ (Heiser, 2018, S. 118) handeln, sondern wertrational an ideologischen und theologischen (streitbaren) Prinzipien, zeigen die Ereignisse um den evangelischen Pfarrer Thomas Wawerka, der sich 2016 öffentlich als AfD-nah bekannte (C. Richter, 2017) sowie der Fall Olaf Latzel, der sich 2020 gegen Homosexualität aussprach (Klein, 2020). Folglich kann davon ausgegangen werden, dass die Kirchen sich ‚in sich selber‘

differenzieren. Feste Zuständigkeiten und Aufteilungen geraten ins Wanken. Hinzu kommt, dass die Volkskirchen jährlich Mitglieder verlieren, während andere Glaubensgemeinschaften einen Zulauf verzeichnen.

Konservativer Protestantismus als multiple kollektive religiöse Identität

In dieser Arbeit wird konservativer Protestantismus als eine kollektive Identität aufgefasst. Diese kollektive Identität beziehungsweise das nach innen gerichtete ‚Wir-Gefühl‘ kann mit ‚Bebbingtons Quadrilateral‘ erfasst werden. Laut dem Historiker Bebbington existieren vier zentralen Eigenschaften, anhand derer evangelisch konservative Überzeugungen und Einstellungen erfasst werden können: „Biblicism“ beschreibt eine bestimmte Auslegung der Bibel; „Conversionism“ betont die Notwendigkeit der persönlichen Bekehrung; „Crucicentrism“ bezieht sich auf den Glauben an Jesus Tod am Kreuz; und „Activism“ ruft die Gläubigen dazu auf, das Evangelium zu verbreiten (Bebbington, 1989, S. 2–3).

Die Gläubigen positionieren sich innerhalb eines ‚Reich Gottes‘, also in einem räumlichen Herrschaftsbereich, in dem der Wille Gottes wirkt. Abgegrenzt wird dieser Ort von ‚der Welt‘. Dazu zählen säkulare Strömungen wie Humanismus, Atheismus und Liberalismus, Feminismus und Materialismus, die ihrer Meinung nach erst durch die Abkehr vom wahren Glauben entstanden sind. Gegenwärtige Probleme in der Gesellschaft werden auf diese Abkehr zurückgeführt. Nur durch biblisch fundierten Glauben, persönliche Erlösung und spirituelles Wachstum können diese Probleme gelöst werden (Taylor, 2009, S. 744).

Multipel ist der konservative Protestantismus deshalb, weil die hier dargestellte kollektive Identität nicht als eine feste Größe aufgefasst werden kann, der sich alle Gläubigen in derselben Art und Weise verbunden fühlen. Es lassen sich vielmehr unterschiedliche Grade der Ausrichtungen, Identifikationen und Abstufungen erkennen (Kern & Pruisken, 2018b, S. 514). Diese werden insbesondere im Umgang mit drei Thematiken sichtbar. Erstens begründet die Art der Bibelauslegung die Ausrichtung des ‚gelebten Glaubens‘ innerhalb der Gemeinde. Beispielsweise betont die charismatisch-pfingstlerische Bewegung das Ausleben von Geistesgaben, wie sie in 1. Korinther 12:4-11¹⁸ beschrieben werden. Fundamentalistische

¹⁸ „Es sind verschiedene Gaben; aber es ist ein Geist. Und es sind verschiedene Ämter; aber es ist ein Herr. Und es sind verschiedene Kräfte; aber es ist ein Gott, der da wirkt alles in allen. Durch einen jeden offenbart sich der Geist zum Nutzen aller. Dem einen wird durch den Geist ein Wort der Weisheit gegeben; dem andern ein Wort der Erkenntnis durch denselben Geist; einem andern Glaube, in demselben Geist; einem andern die Gabe, gesund zu machen, in dem einen Geist; einem andern die Kraft, Wunder zu tun; einem andern prophetische Rede; einem andern die Gabe, die Geister zu unterscheiden; einem andern mancherlei Zungenrede; einem andern die Gabe, sie auszulegen. Dies alles aber wirkt derselbe eine Geist, der einem jeden das Seine zuteilt, wie er will.“ 1. Korinther 12, 4-11, die Bibel.

Bewegungen legen besonderen Wert auf die Einhaltung von Regeln und Gesetzen. Schließlich bestimmt auch die Haltung zur ‚Modernität‘ den ‚gelebten Glauben‘. Da die Bibel dazu kaum klare Umgangsweisen vorschreibt, lassen sich die hierzu gelebten Differenzen unter konservativen Christen eher als Resultat von altersabhängigen Zugängen auffassen, als als Resultat unterschiedlicher Bibelauslegungen. Beispielsweise kommt der Einsatz von moderner Popmusik und digitalen Medien in streng pietistischen Gemeinden mit einem hohen Altersdurchschnitt eher selten zum Einsatz, in Gemeinden mit einem jungen Altersdurchschnitt werden diese jedoch als Selbstverständlichkeit angesehen.

Zweitens unterscheiden sich konservative Protestanten in den individuellen Graden ihrer Einbindung in eine bestimmte religiöse Gruppe beziehungsweise religiösen Strömung und in der Verbundenheit mit anderen Gruppierungen. Auf der einen Seite ist eine weltweite Vernetzung von verschiedenen konservativ-protestantischen Gruppen zu erkennen. Es existiert ein dichtes Kommunikationsnetzwerk aus diversen Organisationen unterschiedlicher Größen, die auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene miteinander interagieren. Zu diesen zählen beispielsweise Kleingruppen, (Frei-)Kirchen, Denominationen, Missions- und Nonprofit-Organisationen. Auf der anderen Seite existiert durch den mittlerweile sehr professionellen christlichen Medienmarkt (christliche Zeitungen- und Buchverlage, Fernseh- und Rundfunkstationen sowie zahlreiche Internetangebote) ein indirekter Kommunikationskanal, in dem Wissen und Ideen vermittelt und ausgetauscht werden (Bretthauer, 1999; Schultze, 1991). Für den einzelnen Gläubigen bieten sich somit viele Möglichkeiten der Identifikation mit der christlich-konservativen Bewegung. Diese individuelle Identifikation stellt die Basis für die stetige Reproduktion der kollektiven christlich-konservativen Identität dar. Von besonderer Bedeutung für diese kollektive Identität kann auch ein geteilter kultureller Hintergrund sein. In der Literatur bezeichnet der Begriff ‚Migrantenkirchen‘ oftmals den Zusammenschluss jener Christen, die in ihrer (Mutter-)Sprache und ihrer Expatriatenkultur eine Gemeinsamkeit haben (Dümling, 2011). Nicht selten kommt es durch die Expatriatenkultur zu einem sehr starken inneren Zusammenhalt der Kirchenmitglieder untereinander, der sich wiederum auf eine Verringerung der Offenheit für andere (zivil-)gesellschaftliche Gruppen auswirkt.

Drittens unterscheiden sich konservative Protestanten in ihrer Verbundenheit zur Evangelischen Landeskirche. Je nachdem wie liberal oder konservativ eine lokale Evangelische Kirche ausgerichtet ist, werden mehr oder weniger konservative Gläubige den Gottesdienst besuchen und sich in der Gemeinde engagieren. Ein Teil der konservativen Protestanten in

Deutschland ist in Freikirchen und landeskirchlichen Gemeinschaften organisiert. Während landeskirchliche Gemeinschaften eine direkte Verbindung zur Landeskirche haben, sind die meisten Freikirchen von dieser unabhängig. Freikirchen weisen ebenso eine große Vielfalt auf, wie das Christentum insgesamt. Es gibt kleine Hauskirchen mit wenigen Mitgliedern und Großkirchen mit über 2.000 Mitgliedern. Entsprechend ist der Grad der Organisiertheit weder generell stark noch schwach ausgeprägt, sondern richtet sich meist nach der Anzahl der Gottesdienstbesucher (andersSchlamecher, 2018, S. 246–247). Der Protestantismus kann aufgrund seiner Entstehung insgesamt als kirchliche Abseitsbewegung aufgefasst werden. Im Laufe der Geschichte kam es immer wieder zu Abspaltungen und Kirchenneugründungen. Verbunden mit missionarischen Bestrebungen bildet ‚Church Planting‘ heutzutage ein hochprofessionalisiertes Konzept, zu dem es Fachliteratur und Netzwerke gibt. Die große Bedeutung des Konzeptes Kirche bestimmt bei vielen konservativen Christen das Selbstverständnis ihrer Rolle als politische Staatsbürger. Während konservative Christen das Engagement innerhalb der Kirchen als Auftrag Gottes ansehen, engagieren sich wenige im Bereich des Politischen. Der Anspruch auf Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels geschieht unter konservativen Protestanten vor allem durch Beten und Mission und weniger durch öffentlichen Protest, wie dies bei sozialen Bewegungen der Fall ist.

Katholische Konservative als Interessensvergemeinschaftung

Die in dieser Arbeit betrachteten katholischen Akteure lassen sich als informelle Interessensvergemeinschaftung fassen. Im Sinne Webers (1922 § 9) bilden sie soziale „wertrationale“ Beziehungen untereinander, die auf subjektiv gefühlter katholisch-traditioneller Zusammengehörigkeit und auf Interessensverbindungen (wie der Wiederherstellung von konservativen Werten) beruhen. Zentrales Kommunikationsmittel und zugleich ein die Gemeinschaft zusammenhaltendes Element ist das Internet. Der Theologe Püttmann spricht in diesem Zusammenhang von einem ‚Internetkatholizismus‘ (Püttmann in Meinhardt, 2017).

Anders als ein Großteil der ‚Evangelikalen‘, die die Landeskirchen ablehnen oder ihr zumindest, je nach Ausrichtung der Kirche vor Ort, kritisch gegenüberstehen, gehört Kirchentreu, insbesondere die Papsttreue, zur Identität von konservativen Katholiken. Dies bedeutet aber nicht, dass sie sich nur der Katholischen Kirche zugehörig fühlen, gar treue Kirchgänger sind und sich nicht mit anderen Bewegungen und Weltanschauungen verbunden fühlen. „Für die meisten Gläubigen sind Glaube und Säkularität einander nicht ausschließende Modi, mit der Realität umzugehen; das ist keine Frage des ‚Entweder-oder‘, vielmehr des

„Sowohl-als-auch“. Die Fähigkeit, verschiedene Diskurse [...] zu handhaben, ist das wesentliche Merkmal eines modernen Menschen“ (P. L. Berger, 2015, S. 83).

Kirchentage als christliche Events

Eine weitere, für diese Arbeit bedeutende christliche Sozialform stellen Kirchentage als christliche Events dar. Dabei handelt es sich soziologisch betrachtet um zeitlich befristete Interaktionszusammenhänge, deren Rituale gemeinschaftsstiftend für eine Gruppe von Gläubigen wirken (Gebhardt et al., 2000; Gebhardt, 2018; Heiser, 2018, S. 135–136). Die Besucher dieser Events sind einander oftmals fremde Individuen, die sich zu einer liminoiden „Communitas“ (Turner, 1998) konzertieren, in der sozialstrukturelle Differenzen für die Dauer des Events außer Kraft gesetzt werden (Schlammelcher, 2018, S. 246). Es werden Themen behandelt, bei denen eine breite Zustimmung zu erwarten ist. Es kommt zu einem Zurücktreten von umstrittenen, die Gläubigen spaltenden, dogmatischen Inhalten und der umgekehrten Fokussierung auf gemeinschaftsverbindende Elemente, wie das gemeinsame Singen (Schlammelcher, 2018, S. 253), welches immer stärker populärmusikalische Elemente aufweist. Kirchentage können auch ökumenisch ausgerichtet sein. In den Blickwinkel der medialen Öffentlichkeit geraten hier insbesondere jene Stellungnahmen zu gesellschaftlichen Themen wie Flüchtlingen oder Gender, die im Rahmen der Kirchentage getätigt werden und die viel eher „unter dem Gesichtspunkt ihrer Folgen diskutiert werden, und nicht mehr demjenigen der zugrundeliegenden Prinzipien“ (Kaufmann, 2016, S. 15).

Kulturalisierung des Christentums

Rechtspopulisten bedienen sich der „säkulare[n] Option“ (Joas, 2010). Ihre Vorstellungen vom wertvollen Leben und dem menschlichen Wohlergehen sind nichtreligiöser Natur, viel eher liegen sie im Wunsch nach einem (Wieder-)Aufbau einer homogen-völkischen Nation begründet. Der Mangel an gesellschaftlicher Verbindung zur transzendentalen Quelle für Lebenssinn und Lebenskraft sowie die Hinwendung zu dieser Quelle als Lösung für gesellschaftliche Probleme wird von Rechtspopulisten kaum thematisiert. Dennoch sprechen Rechtspopulisten von der ‚Verteidigung des christlichen Abendlandes‘ und der Stärkung einer ‚christlichen Leitkultur‘. Eine religiöse Bezugnahme kann also auch ohne eine transzendente Verbindung erfolgen. Es handelt sich hier vielmehr um eine kulturell-religiöse Bezugnahme. Das Christentum wird als Ideal kultureller Wirklichkeit, abgekoppelt von der kirchlichen Realität, begriffen. Diese kulturelle Wirklichkeit manifestiert sich in der populistischen Rhetorik vom ‚christlichen Abendland‘ und in

der Visualisierung von Elementen mit ursprünglich christlichem Ethos (wie dem Kreuz) im säkularen Raum (auf Demonstrationen) und in der Thematisierung von christlich-konservativen Familienwerten und Geschlechtervorstellungen.

Die topographische Bestandsaufnahme von traditionellen religiösen Symbolen und Semantiken außerhalb religiöser Tradition kann als „Dispersion“¹⁹ bezeichnet werden (Ebertz, 2018, S. 411; Höhn, 2007, S. 33–40; Nüchtern, 1998, S. 8). Die Aussiedlung und Zerstreuung des Religiösen in die säkulare Sphäre der modernen Kultur kann wiederum als Folge der oben dargestellten Auflösungsprozesse innerhalb des Christentums angesehen werden. Religiöse Dispersion ereignet sich vor allem in Prozessen der Dekonstruktion, welche ein „zerlegendes Zusammensetzen“ (Höhn, 2007, S. 36) beschreiben. Religiöse Thematiken bekommen eine neue „Kennung“ und sind über andere, säkulare Sendeformate zu empfangen. „Sie sind bei Anbietern zu haben, die sich selbst nicht als religiös verstehen und für ihre Angebote eine primär nichtreligiöse Wertigkeit herstellen“ (Höhn, 2007, S. 36). Ein signifikantes Beispiel ist das Symbol des christlichen Kreuzes auf PEGIDA-Veranstaltungen. Einst sakral und kirchlich-institutionell verbunden, wird es aus dem religiösen Kontext herausgehoben und auf den Kontext der (,vom Islam bedrohten‘) Deutschen Nation übertragen (Ebertz, 2018, S. 412; Höhn, 2007, S. 34; Knoblauch, 2009). Das Kreuz macht dabei eine Transformation des Aggregatzustandes vom Religiösen ins Säkulare durch und verliert dabei seine ursprüngliche Funktion. Es wird in die „Profanität übergeleitet und in Bereichen der Lebenswirklichkeit außerhalb des religiösen Sektors verwendet, so dass dort Religiöses eigentümlich transformiert weiterwirkt“ (Nüchtern, 1998, S. 51). Die christliche Bedeutung des Kreuzes als ‚Heilsbotschaft‘ verdunstet. Übrig bleibt ein Kampfsymbol für die Verteidigung einer deutschen Nation.

Mit Höhns systematischer Unterscheidung in Herkunft des Dispersats, Ankunft des Dispersats und des Prozesses der Verwandlung des Aggregatzustandes des Religiösen können empirisch identifizierte religiöse Bezugnahmen differenziert untersucht werden und in Verbindung gesetzt werden mit jenen Akteuren, die das Dispersat senden und jenen, die es empfangen. Dabei kann davon ausgegangen werden, dass Rechtspopulisten im Modus Macht operieren und damit die Herstellung von allgemeingültigen christlichen Ordnungsvorstellungen nicht den

¹⁹ Der Begriff Dispersion kommt ursprünglich aus der Physik und der Chemie. In der Physik bezeichnet er „die Brechung der Lichtstrahlen beim Durchgang durch unterschiedlich dichte Stoffe. Bei seinem Weg durch ein Prisma wird dabei Sonnenlicht in seine farbigen Bestandteile zerlegt“ Höhn (2007, S. 34). In der Chemie bedeutet er „Gemische von unterschiedlichen Stoffen in gleichen Aggregatzuständen [...] oder unterschiedlichen Aggregatzuständen“ Höhn (2007, S. 34).

Selbstzweck von Politik darstellt, sondern dem Erwerb und Erhalt von Macht dient. Christliche Bezugnahmen können als taktisches und strategisches Agieren gewertet werden (Luhmann, 1986, S. 189, 2008, S. 141; vgl. auch Pickel, 2017). Religion lässt sich folglich als ein Machtfaktor neben anderen Faktoren auffassen. Sie ist jedoch ein besonders attraktiver, weil Religionen beziehungsweise religiösen Traditionen ein spezifischer Geltungsanspruch innewohnt, welcher das Potenzial besitzt, fundamentale und folgenreiche Anforderungen an ihre Anhänger zu stellen. (Grzymala-Busse, 2012, 423 ff.; Wald et al., 2005; Willems, 2018, S. 662). Da Religion sich auch durch Gemeinschaftlichkeit auszeichnet, werden nicht nur individuelle Identitäten angesprochen, sondern kollektive. In diesem Sinne können viele Menschen erreicht werden. Willems schreibt hierzu:

„Auf diese Weise sind einige religiöse Traditionen zu den größten historisch bekannten sozialen Einheiten avanciert, die Ansprüche gegenüber Individuen und Gruppen erheben und denen gegenüber Individuen und Gruppen Loyalität erweisen [...]. Damit verfügen religiöse Traditionen auch über ein vergleichsweise großes Potenzial, ihre Anhängerschaft zu mobilisieren und zu organisieren, eine der wesentlichen Ressourcen politischer Handlungsfähigkeit“ (Willems, 2018, S. 662).

3.3. Gesellschafts- und Moralpolitikpolitik im Wandel

So wie Gesellschaften sich wandeln, so wandelt sich auch Gesellschaftspolitik. Dabei werden unter Gesellschaftspolitik jene politischen Maßnahmen und Konzepte verstanden, die gesellschaftliche Prozesse und Strukturen formen und beeinflussen (Engels, 2017). Da sich Gesellschaftspolitik oftmals an Werten wie Gerechtigkeit und Chancengleichheit orientiert, ist sie eng verbunden mit Moralpolitik. Knill et al. (2015, S. 16) definieren Moralpolitiken „als Politiken, deren inhaltliche Ausgestaltung eng mit Entscheidungen über gesellschaftliche Werte verknüpft ist [sic!]“. Für diese Arbeit wird angenommen, dass die folgenden gesellschaftspolitischen Themen beziehungsweise Teilbereiche von Moralpolitik die Menschen stark bewegen und politisieren. Zu diesen Themen könnten sowohl konservativ-christliche als auch rechtspopulistische Akteure moralische Begründungen hinzuziehen, um ihren politischen Anliegen Ausdruck zu verleihen:

1. Themen, die sich auf entscheidende Maßnahmen über den Beginn und Beendigung menschlichen Lebens beziehen (z. B. Sterbehilfe, embryonale Stammzellforschung, Aborte, künstliche Befruchtung).
2. Themen aus den Bereichen Sexualität, Geschlechterrollen und Familienleben.
3. Migration und Integration.

Es handelt sich hier um Themen, die dem gesellschaftlichen Wandel besonders stark unterworfen sind. So werden etwa die Vervielfältigung von Lebensmodellen und Zugehörigkeiten diskutiert – und dadurch auch die Anerkennung und Gleichstellung bislang unberücksichtigter Lebensmodelle. Während ein Teil der Bürger gesellschaftlichen Wandel und Pluralismus positiv aufnimmt, wird angenommen, dass ein anderer Teil diesen Entwicklungen kritisch bis ablehnend gegenübersteht. Der Wandel von Werten bedeutet für Letztere einen Werteverfall. Ebenso kann der Wertewandel auch als Bedrohung angesehen werden und Ängste auslösen. Es handelt sich hierbei um Ängste, die im Zusammenhang mit der eigenen Identität stehen. Wenn Gewissheiten und Selbstverständlichkeiten in Frage gestellt werden, kann eine Politisierung von Identität auftreten (Liedhegener, 2016, S. 68). „Das heißt, die Identität bildet verstärkt dort eine (oder ihre) spezifische politische Dimension aus, wo ihre Selbstverständlichkeit verloren geht und die ihr zugrundeliegenden Chiffren intellektuell und emotional herausgefordert werden“ (Hidalgo, 2020, S. 4).

Es wird vermutet, dass sowohl konservative Christen als auch Rechtspopulisten in hohem Maße zu jenen Bürgern zählen, die sich durch den Wertewandel bedroht fühlen. Eine ähnliche Wahrnehmung des Wertewandels als Werteverfall und eine gegenseitige Bestärkung ihrer Wahrnehmungen könnten sich dementsprechend als gute Voraussetzungen für themenspezifische Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen erweisen. Der zu überprüfende Kausalzusammenhang zwischen gesellschaftlichem Wandel und den Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen wird in der folgenden Grafik vereinfacht dargestellt:

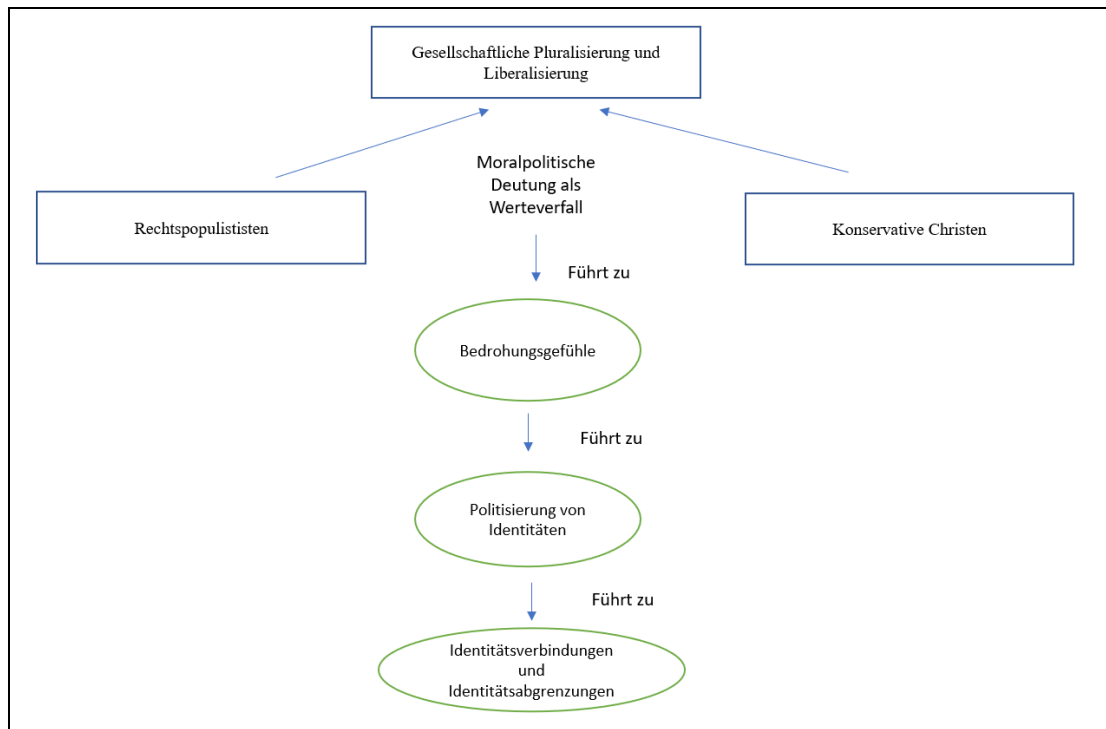


Abbildung 1: Zusammenhang zwischen gesellschaftlichem Wandel und Politisierung von Identitäten

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Pickel et al. (2016, S. 89)

Auf diesen Zusammenhang soll im Folgenden näher eingegangen werden. Zunächst werden die Eigenschaften der oben genannten Felder genauer beleuchtet, um zu verstehen, warum gerade bei diesen Themen eine so hohe Polarisierung zu erwarten ist. Anschließend werden empirische Befunde vorgestellt, die belegen, dass es in Deutschland in den letzten Jahren tatsächlich zu einem Pluralisierung- und Liberalisierungstrend kam. Darauf aufbauend wird auf den Zusammenhang von ‚gefühltem Werteverlust‘, Bedrohungsgefühlen und der daraus entstehenden Politisierung eingegangen. Dieser Zusammenhang wird schließlich im empirischen Teil der Arbeit untersucht.

Eigenschaften moralpolitischer Themen

Den aufgezählten Politikbereichen wird eine hohe moralpolitische Wertigkeit zugesprochen. Sie zeichnen sich durch folgende Merkmale aus:

Erstens handelt es sich hier um Themen, die meist schon per se eine starke moralische Komponente beinhalten. Gerade Themen, bei denen es um die Entscheidung über menschliches Leben und Sterben geht, besitzen eine hohe wertepolitische Affinität und ein hohes Moralisierungspotenzial (Knill et al., 2015, S. 17).

Zweitens zeichnen sich Konflikte um die genannten Themen dadurch aus, dass sie in geringem Ausmaß einer instrumentell-rationalen Problemlösung zugänglich sind (Knill et al., 2015, S. 18; Tatalovich et al., 2014). Kompromissbereitschaft wird selten zu Konfliktbeginn in die Auseinandersetzung eingebracht. Es geht vielmehr darum, bestimmte vordefinierte Wertvorstellungen zu legitimieren oder zu delegitimieren (Mooney, 2001). Hierzu schreiben Heichel, Knill und Preidel:

„Moralpolitische Konflikte berühren in der Tat zumindest in der Mehrzahl Grundsatzaspekte und damit Fragen über das ‚Richtig‘ und ‚Falsch‘ im Lichte gesellschaftlicher Wandelprozesse, sich verändernder wissenschaftlicher Erkenntnisse und daraus resultierender neuer Ideen beziehungsweise veränderter Sichtweisen auf gesellschaftliche Realitäten.“ (Heichel, Knill & Preidel, 2015, S. 249)

Drittens weisen moralpolitische Themen oftmals einen besonderen Zusammenhang von institutionellen und kulturellen Gelegenheitsstrukturen auf (Knill, 2013). Institutionelle Gelegenheitsstrukturen umfassen Eigenschaften des Parteiensystems und der Beziehung zwischen Staat und Kirche. Kulturelle Gelegenheitsstrukturen werden durch mehrheitsgesellschaftliche Wertvorstellungen über bestimmte Themen geprägt. Vor allem bei Interessensgruppen und sozialen Bewegungen können diese Themen zur Mobilisierung beitragen. Moralpolitische Themen weisen häufig eine Religionsaffinität beziehungsweise enge Verbindung zu religiösen Grundeinstellungen auf (Heichel, Knill, Preidel & Nebel, 2015, S. 34). Heichel, Knill und Preidel (2015, S. 255) nehmen an, dass Kirchen und Religionsgemeinschaften hier eine eindeutige Position einnehmen. Gleiches gilt für konfessionelle politische Parteien. Im Zuge des gesellschaftlichen Wertewandels hin zu Individualisierung und Pluralisierung von Lebensverhältnissen scheinen theoretische Annahmen über eine klare Aufteilung in eine religiöse und eine säkulare moralpolitische Welt keine empirischen Evidenzen mehr zu haben (Engeli et al., 2012; Heichel, Knill, Preidel & Nebel, 2015, S. 36). Wenn bestimmte konservative Thematiken für einen Großteil der Kirchenmitglieder und Wähler keine besondere Bedeutung mehr haben, werden sowohl Kirchen wie auch konfessionelle Parteien diese Themen nicht (mehr) auf ihre Agenda setzen, sondern diese durch attraktivere Werte ersetzen.

Empirische Befunde des Wertewandels

Verschiedene Studien belegen, dass moralische Wertvorstellungen im Zeitverlauf einem Wandel unterworfen sind (Heichel, Knill, Preidel & Nebel, 2015, S. 34; Inglehart, 1990). In Deutschland haben aufgrund der gestiegenen materiellen Sicherheit nach dem Zweiten

Weltkrieg postmaterielle Werte an Bedeutung gewonnen (Heichel, Knill, Preidel & Nebel, 2015, S. 34) Damit einher geht nach Reckwitz (2017, S. 6) eine „Erosion klassischer Pflicht- und Akzeptanzwerte [...] und dafür ein Aufstieg von Selbstentfaltungs- und Selbstverwirklichungswerten, eine singularistische Wertestruktur, in der der Einzelne sich selber und seine eigenen Bedürfnisse und deren Entfaltung mehr ins Zentrum stellt“. In Folge werden traditionelle Moralvorstellungen kritisch hinterfragt und durch liberalere Werteinstellungen ersetzt (Inglehart, 1990). Insbesondere auf das traditionelle Familienbild mit seinen klassischen Rollenverständnissen von Mann und Frau sowie auf den Umgang mit Sexualität entstanden neue Sichtweisen.

Zwischen 1960 und 1980 kam es zur ersten Liberalisierungsreformwelle. Es fanden einige Strafrechtsreformen statt, bei denen die Rechte Homosexueller gestärkt, Schwangerschaftsabbruch bei sozialer Indikation erlaubt, sowie Erwachsenenpornografie legalisiert wurden. Eine zweite Welle, die bis heute anhält, begann in den 1990er Jahren unter der christlich-liberalen Regierung Helmut Kohls. Hierzu schreiben Heichel, Knill und Preidel (2015, S. 244): „Vielmehr überwog die Zahl der Liberalisierungen, indem der homosexuelle dem heterosexuellen Sexualverkehr komplett rechtlich gleichgestellt und das Fristenmodell für den Schwangerschaftsabbruch eingeführt wurde. Mit der Abwahl der Regierung Kohl 1998 und der neuen Regierungskoalition aus SPD und Bündnis90/Die Grünen wurde dieser Liberalisierungstrend weitergeführt und intensiviert.“ Es lässt sich konstatieren, dass es einige moralpolitischen Bereiche gibt, die in diesen Jahren eine Liberalisierung erfahren haben. Oftmals handelte es sich jedoch nur um Teilliberalisierungen. In den meisten moralpolitischen Feldern wurde weiterhin ein eher permissiver Regulierungsansatz verfolgt (Bleibtreu-Ehrenberg, 1983; Heichel, Knill & Preidel, 2015, S. 245; Jütte, 1993).

Empirische Befunde legen nahe, dass typische Klassifikationen der Parteien als religiös-konservativ und säkular-liberal sowie die Verortung moralpolitischer Fragen auf einer religiös-säkularen Konfliktdimension neu überdacht werden müssen. Im Hinblick auf die Unionsparteien zeigt sich bei Fragen um Regulierungen embryonaler Stammzellenforschung, von Schwangerschaftsabbrüchen und gleichgeschlechtlichen Partnerschaften eine große Heterogenität innerparteilicher Interessen, die einerseits durch konservativ-dogmatische Vorstellungen der Kirchen, andererseits durch progressive sozialliberale Ansichten geprägt ist (Heichel, Knill & Preidel, 2015, S. 256). In ihren Untersuchungen von Wahlprogrammen der Unionsparteien der letzten 20 Jahre, stellen Baumann et al. (2013) einen klaren Trend hin zu moderat sozialpolitischen Positionierungen fest. Sie führen diesen auf eine partielle

‚Entkatholisierung‘ der Unionsparteien zurück. Da immer weniger Mitglieder konfessionell geprägt sind, orientierten sich die Unionsparteien bei sozial- und moralpolitischen Angelegenheiten immer weniger an den religiösen Zusammensetzungen ihrer Wählerschaft (Heichel, Knill & Preidel, 2015, S. 256; Pickel, 2013b). Des Weiteren stellen Baumann et al. (2013) fest, dass das intern lange dominante, stark an traditionellen christlichen Vorstellungen gebundene Bild der (Ehe-)Frau und Mutter ersetzt wurde durch ein liberales und vergleichsweise egalitäres Frauenbild.

Wahrnehmungen des gesellschaftlichen Wertewandels

Gesellschaftlicher Wertewandel ist vielfältig. Ebenso vielfältig sind die Wahrnehmungen und Reaktionen auf diesen Wandel. Für die einen bedeutet die Pluralisierung von Lebensverhältnissen eine Bereicherung, für die anderen eine Bedrohung. Was genau als ‚bedroht‘ angesehen wird, ist subjektiv unterschiedlich. Manche empfinden ihre Kultur, ihre Religion und ihre Identität als gefährdet. Bedrohungsgefühle können durch Verlustängste und Wahrnehmungen relativer Deprivation der eigenen sozialen Lage verstärkt werden (Jonas, Eva, Fritsche, Immo, 2013).

Die „Social Identity Theory (SIT)“ besagt, dass aus dem Empfinden der Bedrohung eine Abgrenzung zu anderen Gruppen entstehen kann. Gleichzeitig wird die eigene Identität sowie das Gefühl einer Gruppenzugehörigkeit gefestigt (Tajfel, 1982; Tajfel & Turner, 1986).

Nicht selten kommt es dabei zu Überhöhungsprozessen der eignen Identität und der Abwertung einer anderen Identität. Dieser Zusammenhang wird sowohl bei Rechtspopulisten als auch bei konservativen Christen vermutet (siehe Abbildung 1). Sowohl religiöse Identitäten wie auch politische Identitäten finden sich auf individueller Ebene, aber auch auf kollektiver Ebene. Dabei stehen beide Ebenen in einem Wechselverhältnis zueinander (Werkner & Hidalgo, 2016a, S. 4). Es wird angenommen, dass es sich bei beiden Identitäten um öffentlich bekennende, individuelle und kollektive Identitäten handelt, die bestimmte gesellschaftliche Veränderungen ähnlich wahrnehmen und bewerten. Insbesondere Prozesse von gesellschaftlicher Pluralisierung und Liberalisierung könnten Rechtspopulisten und konservative Christen moralisch als Werteverfall deuten. Die sich hieraus entwickelnden Bedrohungsgefühle können zu einer Politisierung von Identitäten sowie Identitätsverbindungen und Abgrenzung zu anderen Identitäten führen (siehe Abbildung 1).

3.4 Öffentlichkeit(en) im Wandel

Die zu beobachtenden Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen sind in einer politischen und medialen Öffentlichkeit zu verordnen. Im Folgenden wird diese beschrieben und das Argument vertreten, dass der Wandel von der einen, allgemeinen Öffentlichkeit hin zu multiplen Teilöffentlichkeiten, die nebeneinanderher existieren, die Verbindung zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen begünstigt. Rechtspopulistische und christlich-konservative Teilöffentlichkeiten können als Diskursräume betrachtet werden, in denen jene Themen eine Diskurshegemonie erhalten, über die in den ‚klassischen‘ Massenmedien wenig oder negativ berichtet wird.

Politische Öffentlichkeit und die Rolle der Medien

Die politische Öffentlichkeit, in der die Interaktionsprozesse zwischen den zentralen Akteuren stattfinden, lässt sich gut mit Hilfe des „Arenamodells“ beschreiben. Dieses Modell dient der Veranschaulichung politischer Prozesse unter dem Aspekt des institutionellen Rahmens, in welchem sie stattfinden (Gerhards et al., 1998, S. 322; Kriesi, 2001, S. 4–6). Kriesi (1998, S. 4) unterscheidet drei Arenen: Erstens die parlamentarische Arena, zweitens die administrative Arena und drittens die öffentliche Arena beziehungsweise die politische Öffentlichkeit. Die parlamentarische und die administrative Arena bilden jene Orte, an denen politische Verhandlungen geführt werden und allgemein gültige politische Entscheidungen gefällt werden. Die Akteure der parlamentarischen Arena setzen sich aus Regierungsmitgliedern und Parlamentsabgeordneten zusammen. Parteimitglieder, Vertreter der öffentlichen Verwaltung und Interessensgruppen zählen zu der administrativen Arena. Die öffentliche Arena beziehungsweise die politische Öffentlichkeit ist der Ort, an dem politische Kommunikation zwischen Bürgern und politischen Akteuren stattfindet. Er ist fester Bestandteil der verfassungsrechtlichen Grundausstattung in modernen Demokratien. Gerhards und Neidhardt definieren Öffentlichkeit wie folgt:

„1. Wir gehen davon aus, dass Öffentlichkeit ein intermediäres System darstellt, das zwischen dem politischen System einerseits und den Bürgern und den Ansprüchen anderer Teilsysteme der Gesellschaft vermitteln soll.

2. Wir begreifen Öffentlichkeit als ein Kommunikationssystem, in dem die Erzeugung einer bestimmten Art von Wissen stattfindet: Es entstehen öffentliche Meinungen mit mehr oder weniger allgemeinen Einstellungen zu bestimmten Themen.“ (Gerhards & Neidhardt, 1991, S. 41–42)

Folglich lassen sich drei Funktionen der politischen Öffentlichkeit ableiten: Die *Transparenzfunktion* sichert allen gesellschaftlichen Gruppen die Möglichkeit zu, mit allen Themen und Meinungen in der Öffentlichkeit zu Wort kommen zu dürfen; die *Validierungsfunktion* gewährleistet die diskursive Validierung oder Revidierung von Themen und Meinungen; und schließlich erlaubt die *Orientierungsfunktion* die Wahrnehmung und potenzielle Akzeptanz der durch öffentliche diskursive Kommunikation erzeugten ‚öffentlichen Meinungen‘ durch das Publikum (Neidhardt, 1994, S. 8–9).

Medien wird dabei die Funktion zugeschrieben, Öffentlichkeit herzustellen. Sie sammeln Wissen und Ideen (Input), verarbeiten diese (Throughput) und geben sie schließlich, teilweise ergänzt um Deutungen, weiter (Output) (Gerhards, 1991, S. 42; Neidhardt, 1994, S. 8). Die Bürger werden so informiert, wodurch ihnen die Teilhabe an der Diskussion über öffentliche Angelegenheiten ermöglicht wird. Aber auch Parteien und Interessensgruppen machen Bürgern mediale Angebote zum Wissenserwerb und zu Meinungsbildung.

Mit dem Ausbau des Internets seit den 1990er Jahren haben sich sowohl die politische Öffentlichkeit als auch die Funktion der Herstellung von Öffentlichkeit durch die Medien verändert. Typische Merkmale der politischen Kommunikation durch das Internet sind unter anderem Interaktivität, Ortsunabhängigkeit, Echtzeit, Synchronizität, Konnektivität und Transnationalität (Kneuer, 2017, S. 45). Klassische Medien wie Zeitung, Radio und Fernsehen stellen vor allem bei jüngeren Bürgern nicht mehr die zentralen Informationsquellen über politische Geschehnisse dar (Kneuer, 2017, S. 46). In digitalen Räumen gelangen politische Botschaften ungefiltert an den Leser, der anonym auf verschiedenen Plattformen wie Blogs, sozialen Medien, Diskussionsforen, eigenen Webseiten, Videos oder Mailinglisten diese aufnehmen, kommentieren, verändern und weiterverbreiten kann. So entsteht nach Wellmann ein „vernetzter Individualismus“ (Wellman, 1999) oder wie Bennett schreibt eine „Personalisierung von politischer Kommunikation“ (L. Bennett, 2003). Letzterer beschreibt die Kommunikation als „dünn“, dafür aber reich an emotionalen Identitätsnarrativen (L. Bennett, 2003, S. 145–150).

Teilöffentlichkeiten

Als neuer Typ von Öffentlichkeit lassen sich die genannten Teilöffentlichkeiten fassen – sie werden auch ‚persönliche Öffentlichkeiten‘, ‚Gegenöffentlichkeiten‘ oder ‚alternative Öffentlichkeiten‘ genannt. Sie dienen als Rückzugsraum, um gruppenbezogene und individuelle Erfahrungen und Identitäten aufeinander abzustimmen und um sich kollektiv

entfalten zu können (Fraser, 1990). Hier erfolgt zum einen eine strategische Kommunikation und zum anderen eine persuasive Kommunikation „im Sinn einer nach außen gerichteten Wirkungsabsicht auf die Gesellschaft und als nach innen gerichtete verständigungsorientierte Kommunikation, die zur Konstitution und Struktur der Bewegung beiträgt“ (Scholl, 2013, S. 202). Elter stellt hierzu fest:

“Im Internet und vor allem bei Web 2.0-Angeboten kann sich jeder Nutzer sein individuelles Medien-, Unterhaltungs- und Diskussionsportfolio zusammenstellen, das seinen ureigenen Bedürfnissen entspricht. Damit bleibt er aber auch in seiner eigenen virtuellen Welt und nimmt andere Angebote nicht mehr wahr. Durch diese Spezialisierung und Individualisierung zerbröseln die Aufmerksamkeit und die Erreichbarkeit größerer gebündelter Gruppen, von der erfolgreiche politische Kommunikation letztlich abhängt. Es entstehen unzählige, mikroskopisch kleine Teilöffentlichkeiten.” (Elter, 2010, S. 70)

Teilöffentlichkeiten sind grundsätzlich dadurch gekennzeichnet, dass sie sich als eine bewusste Alternative zur ‚herrschenden‘ politischen Öffentlichkeit profilieren. In ihnen erhalten Probleme, Debatten und soziale Gruppen einen Raum, die in den klassischen Massenmedien weniger stark vorkommen (Neumann & Baugut, 2017; Rieger, 2019). Einher geht dieser Anspruch mit der Ablehnung des Qualitätskriteriums der Ausgewogenheit und mit der bewussten Ausrichtung der Nachrichten auf eine bestimmte politische Zielstellung. Botschaften können zwischen Teilöffentlichkeiten hin und her wandern, wodurch Teilöffentlichkeiten untereinander sichtbare Verbindungen aufbauen. Schließlich können Teilöffentlichkeiten auch thematische oder ereignisbezogene Ad-Hoc-Öffentlichkeiten bilden. „Plattformen intensivieren auf diese Weise die Mediatisierung persönlicher Öffentlichkeiten und die Dynamisierung politischer Kommunikationsarenen“ (Pentzold, Christian, Katzenbach, Christian, Fraas, Claudia, 2014, S. 34).

Erweiterung von Sagbarkeit, Rechts-Verschiebung und Rechts-Zuschreibung

Mit dem Ausbau von Teilöffentlichkeiten geht eine öffentliche Debatte um das ‚Sagbare‘ im Kontext politischer und medialer Öffentlichkeit einher – einige hier betrachtete Teilöffentlichkeiten weisen zudem eine klare politische Schwerpunktsetzung bei rechtspopulistischen Themen auf. Dabei wird die Debatte um das Sagbare durch rechtspopulistische Agitatoren und ihre Sprachpolitik der bewussten Normverstöße befeuert, mit dem Ziel, den Raum des Sagbaren nach rechts auszuweiten. Seville analysiert diesen Zusammenhang wie folgt:

„Im Sinne der Hegemonietheorie des marxistischen Philosophen Antonio Gramsci ist es das Ziel, durch Präsenz in der öffentlichen Debatte, das heißt in liberaldemokratisch-bürgerlichen (Leit-)Medien ebenso wie in den Nischen des Internets – in sozialen Medien, in Chatrooms und in Gruppenchats –, den Diskurs zu prägen, zu verschieben und Agenda-Setting zu betreiben. Dabei nutzt die AfD das dysfunktionale Verhältnis von Medien und Medienöffentlichkeit für ihre Mobilisierungsstrategie aus: Die Partei will eine Normalisierung durch Enttabuisierung erwirken, denn Political Correctness grenze den Raum des politisch sanktionsfrei Sagbaren ein. „Political Correctness“ dient dabei als Kampfbegriff, um jegliche Bemühungen zu diskreditieren, eine Sensibilität gegenüber marginalisierten gesellschaftlichen Gruppen sowie ein größeres Bewusstsein für Diskriminierung anzuerkennen und sprachliche Routinen zu durchbrechen.“ (Séville, 2019)

Medial geführte Diskurse in solchen Räumen sind häufig gekennzeichnet durch anonymisierte und stark enthemmte Kommentare. Es lässt sich eine Verschiebung hin zu extremen Sichtweisen und Positionen erkennen sowie die Wahrnehmung dieser Verschiebung als neue Normalität (Wodak, 2018). „Im laufenden Strom von Online-Nachrichten in Newsfeeds ist zudem möglich, dass einzelne Aussagen wahrgenommen, aber nicht weiter hinterfragt werden“ (Rieger, 2019). Diese Aussagen können unüberlegt und unbedacht übernommen werden. Zur extremistischen Radikalisierung und gesellschaftlichen Polarisierung trägt oftmals die sogenannte Hassrede („Hate Speech“) bei. Diese kann definiert werden als „der sprachliche Ausdruck von Hass gegen Personen oder Gruppen, insbesondere durch die Verwendung von Ausdrücken, die der Herabsetzung und Verunglimpfung von Bevölkerungsgruppen dienen“ (Meibauer, 2013, S. 1).

Schmitt (2017, S. 52) bezeichnet den Hass gegenüber Personen aufgrund ihrer Herkunft, Religion oder sexuellen Orientierung als einen unbegründeten und irrationalen Hass, da dieser meist nicht auf reale, persönliche Erlebnisse zurückzuführen ist. „Anonymität, eine geringe soziale Kontrolle aufgrund fehlender Interaktionen mit Angehörigen der jeweiligen Fremdgruppe von Angesicht zu Angesicht sowie die geringe Wahrscheinlichkeit, für die eigenen Äußerungen und Handlungen – auch strafrechtlich – zur Rechenschaft gezogen zu werden, tragen zur Enthemmung bei“ (Schmitt, 2017, S. 53). Schmitt unterscheidet vier Motive für die Veröffentlichungen von Hassreden im Internet: Erstens die Ausgrenzung von anderen, zweitens die Einschüchterung von anderen (aufgrund von Wut oder Bedrohungserlebnissen), drittens die Demonstration von Macht in einem bestimmten Diskurs und schließlich die eigene Belustigung und Unterhaltung (Schmitt, 2017, S. 53–56).

Um Online-Hass entgegenzuwirken, wurde im Jahr 2017 das Netzwerkdurchsuchungsgesetz (NetzDG) verabschiedet. Dieses Gesetz verpflichtet Internetunternehmen, vermeintliche oder tatsächliche Hass-Sprache und unliebsame Beiträge in den sozialen Medien innerhalb von 24 Stunden zu löschen. Andernfalls drohen ihnen hohe Geldstrafen. Ganz unumstritten ist dieses

Gesetz jedoch nicht: Das Grundgesetz garantiert einerseits das Recht auf freie Meinungsäußerung. „Eine Zensur findet nicht statt“, heißt es im Artikel 5 des deutschen Grundgesetzes. Andererseits muss jedoch eine „Regulierung der politischen Sprache“ stattfinden. Diese stellt eine „wesentliche Voraussetzung für die allmähliche Verfertigung einer liberalen, über tiefe innenpolitische Graben hinweg erkämpften politischen Kultur“ (Habermas, 1999) dar.

Die Festlegung von Diskursregeln in der medialen Öffentlichkeit wird jedoch auch sozio-kulturell umgesetzt und begründet. Hierbei zeigt sich, dass die jeweiligen Regeln ‚weichen‘ und subjektiven Faktoren unterliegen: Für Manche ist es bereits ein Tabu, mit rechtspopulistischen Akteuren wie der AfD zu reden, für die anderen ist es ein Tabu, den Holocaust zu leugnen und für wiederum andere ist es ein Tabu, das Wort ‚Sex‘ öffentlich auszusprechen. Diese ‚Weichheit‘ eröffnet Spielräume. Die einen halten es für eine Zensur, wenn ihre tabubrechenden Äußerungen angegriffen oder ignoriert werden; andere finden, solche tabubrechenden Äußerungen wären nicht nur sozio-kulturell ein Tabubruch, sondern auch rechtlich und müssten entsprechend zensiert und sanktioniert werden.

Mit der Rechtsverschiebung von Sagbarkeit geht auch eine Rechtszuschreibung einher. Manow analysiert, dass das „Öffentliche“ für das Antipopulistische steht, das „von einem sozialen Ausschließungsmechanismus zu einem Regime der Verhaltensregulierung, zu einem Disziplinierungsprojekt [wird]“ (Manow, 2000, S. 47–48). Schnell können nicht-rechte Akteure aufgrund bestimmter konservativer Äußerungen in eine ‚rechte Ecke‘ gedrängt werden. Diese Äußerungen können von der Mehrheit einer Gesellschaft als Tabubruch angesehen werden und die Gefahr von Sanktionen bergen. Die Grenzen zwischen rechten Äußerungen und konservativen Einstellungen scheinen für die Öffentlichkeit nicht mehr eindeutig erkennbar zu sein. Über den Zusammenhang zwischen Sprache und daraus entstehenden Solidaritäten schreibt Manow: „Die Vorstellung, dass dieses Operieren im Feld der Sprache zur Vernunft politischer Konflikte beiträgt, muss sich deshalb als illusionär erweisen – Sprache wird selbst zur Kampfzone, ihre Normierungen sind Instrumente der Auseinandersetzung“ (Manow, 2000, S. 52–53). Bedeutsam ist jedoch nicht nur, was gesagt wird, sondern auch, was gefühlt wird und was sich rational und argumentativ nicht erklären lässt. ‚Gefühlte‘ Ungerechtigkeiten lassen Solidaritäten entstehen und bestimmen Inklusions- und Exklusionsprozesse.

3.5 Akteursverbindungen und Handlungsräume

In den letzten Teilkapiteln wurde gezeigt, dass verschiedene strukturelle Bedingungen ein gemeinsames Agieren von Rechtspopulisten und konservativen Christen begünstigen. In folgenden Teilkapitel stehen die konkreten Akteursverbindungen und ihre Handlungsräume im Mittelpunkt. Hierzu werden drei Betrachtungsebenen unterschieden: Die soziale Ebene, die öffentlichkeits-politische Ebene, die Netzwerk-Ebene und die diskursive Ebene. Auf den jeweiligen Ebenen lassen sich Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen theoretisch beschreiben. Zudem lassen sich ausgehend von theoretischen Konzepten, Vorkenntnissen und Beobachtungen bestimmte Vermutungen hinsichtlich möglicher Analyseergebnisse artikulieren.

3.5.1 Identitäten und Werteverbindungen

Die Auffassungen von christlich-konservativen und rechtspopulistischen Identitäten stellen einen geeigneten Ansatz zur Analyse der Beziehungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen dar. Für die empirische Erforschung von Identitäten schlägt Liedhegener (2016, S. 73–79) ein Identitätskonzept in der Tradition des symbolischen Interaktionismus vor. Er beruft sich dabei auf Jenkins (2004), nach dem Identität für die Verbindung zwischen der Welt des Sozialen und dem Individuum steht: „[H]uman identities are, by definition, social identities. Identifying ourselves, or others, is a matter of meaning, and meaning always involves interaction: agreement and disagreement, convention and innovation, communication and negotiation“ (Jenkins, 2004, S. 17).

Identitäten werden von den jeweiligen Akteuren in sozialen Interaktionen im Wechselspiel von Selbst- und Fremdzuschreibung erzeugt (Liedhegener, 2016, S. 73). Bestehende Identitäten und Zuschreibungen können eine Bestätigung erfahren. Auch Abgrenzung, Modifikation und Neuschöpfungen sind möglich. Empirisch lassen sich Identitäten rekonstruieren, indem sowohl Selbst- als auch Fremdzuschreibungen analysiert werden sowie das Wechselverhältnis von Selbst- und Fremdzuschreibung in den Blick genommen wird. Liedhegener schreibt hierzu:

„Sowohl Individuen wie auch soziale Gruppen jeder Größe und Art pflegen und erzeugen im Prinzip kontinuierlich ein Selbstbild [...] und bewerten ebenso kontinuierlich ihre Umwelt [...]. Und da sie dies stets vor dem Hintergrund anderer Akteure tun, bei denen Identifizierung und Kategorisierung in analoger, aber eben spiegelbildlicher Art und Weise ablaufen, erzeugt dies die Komplexität der möglichen und faktischen Verbindungen von Identität(en) sowie zwischen individueller und sozialer Welt.“ (Liedhegener, 2016, S. 74)

Neuere Studien über Identitäten betonen die Multiplizität von Identitäten. Nach Kantner und Overbeck (2016, S. 182) kann davon ausgegangen werden, dass spezifische „Identitäten in modernen Gesellschaften eingebunden sind in ein komplexes Geflecht multipler Identitäten.“ Folglich lassen sich Individuen und Gruppen nicht auf eine einzelne Identität reduzieren (Danaci, 2012; Hidalgo, 2020, S. 5; Liedhegener, 2016, S. 67; Pollack et al., 2014; Sen & Griese, 2006). Wenn also Akteure als (konservative) Christen oder Rechtspopulisten in der Öffentlichkeit auftreten oder zumindest als solche wahrgenommen werden, dann treten diese Akteure als Individuen in einem bestimmten situativen Kontext auf und räumen ihrer religiösen beziehungsweise politischen Identität eine besondere Priorität ein (Kantner & Overbeck, 2016, S. 182). Ihnen kann aber auch von anderen Akteuren diese spezifische Identität zugeschrieben werden. In diesem Sinne können sich bereits die Bezeichnungen ‚christlich-konservativ‘ und ‚rechtspopulistisch‘ als Resultat von Selbst- und Fremdzuschreibungen erweisen.

Zuschreibungen, meist in Form von Fremdzuschreibungen, können zu Konflikten führen. Zum einen werden Akteure Gruppen zugeschrieben, ohne dass sie über diese Zugehörigkeit immer selbst entschieden haben. Akteure, die dieser Zuordnung nicht zustimmen, können sich dadurch bedroht oder ungerecht behandelt fühlen. Akzeptiert wird eine fremdbestimmte Zuordnung meist dann, wenn die Gruppe in einem positiven Licht dargestellt wird oder wenn bewusst als Kollektiv eine gemeinsame Handlung getätigt wird. „Dieses notgedrungene Akzeptieren wird von einer Eigen- und Neudefinition der zugewiesenen kollektiven Identität begleitet“ (Kastner, Jens, Susemichel, Lea, 2019, S. 11).

Zum anderen können auch Aussagen und Handlungen einzelner Akteure einer gesamten Gruppe, der diese Akteure angehören, zugeschrieben werden. Dies kann ebenfalls zu ungerechtfertigten Zuschreibungen führen, die wiederum zu Auseinandersetzungen zwischen jenen Akteuren und der Gruppe, aber auch zwischen den Zuschreibenden und der Gruppe führen können. Pickel schreibt über die Problematik, die hinter jenen Zuschreibungen stehen:

„Und diese kann eben wiederum zur Grundlage für Bedrohungswahrnehmungen, Bedrohungsängste und Konflikte werden. Die geringe oder fehlende Präzision wie auch Konkretisierung der Gründe für diese Wahrnehmungen sind dabei kein Hinderungsgrund für die Zuschreibungen; sie sind im Gegenteil dafür sogar manchmal eher nützlich und unterstützend: Je unspezifischer die Übertragung ist, desto schwieriger ist sie zurückzuweisen.“ (Pickel et al., 2016, S. 88)

Werteverbindungen

Begreift man nun Rechtspopulismus und konservatives Christentum als kollektive Identitäten, die konservative Wertvorstellungen, Mentalitäten und Moralvorstellungen teilen, so

unterscheiden sie sich in der Konstitution der religiösen beziehungsweise der politischen Dimension für eine Gruppenintegration. Wo der religiöse Faktor in der Vielzahl von geteilten kulturellen Werten und kollektiven Identitäten eine entscheidende Rolle spielt, kann von einer religiösen Identität gesprochen werden. Charakteristisch für religiöse Identitäten ist die Ausrichtung auf eine Transzendenz (Taylor, 2009). Die Bewältigung von Kontingenz, also der Frage danach, „warum etwas so ist wie es ist, obwohl es auch anders sein könnte“ (Pickel, 2011c, S. 21) ist auf diese Transzendenz ausgerichtet. Der Glauben an einen transzendenten Gott bedeutet für konservative Christen Quelle für Lebenssinn und Lebenskraft. Nicht-religiöse Identitäten bedienen sich der „säkulare[n] Option“ (Joas, 2010). Ihre Vorstellungen vom wertvollen Leben und menschlichen Wohlergehen sind nicht-religiöser Natur. Die kollektive Identität von Rechtspopulisten wird heute vor allem als völkisch, national oder auch ethnokulturell beschrieben (z.B. Decker, Frank, 2004; J.-W. Müller, 2019; Rucht, 2017). Im Folgenden wird auf werteverbundene Elemente eingegangen, von denen erwartet wird, dass diese eine konstitutive Rolle in den Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen spielen, könnten. Diese Elemente lassen sich theoretisch herleiten und begründen. Einzelne Elemente können zu thematischen Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen führen. Aus dem Zusammenspiel mehrerer Elemente, verbunden mit bestimmten Praktiken, können Diskurskoalitionen entstehen. Auf die Bedeutung von Praktiken und Diskurskoalition wird unter 3.5.4 ausführlicher eingegangen.

Konservative Werte

So unterschiedlich rechtspopulistische und christlich-konservative Akteure aufgrund ihrer jeweiligen Gruppenintegration, Ausrichtungen und Handlungen erscheinen, so sehr ähneln sie sich in ihren konservativen Werthaltungen und Grundeinstellungen. Der Kampf um konservative Werte kann als anti-modernistische Reaktion zur Bewahrung und zum Schutz der urtümlichen Lebensweise in einer sich schnell verändernden Umwelt aufgefasst werden (Casanova, 1994, 137 ff.; Minkenberg, 2004, S. 42). Hier manifestiert sich eine Sehnsucht nach vergangenen Zeiten, die in ein individuelles und kollektives öffentliches Eintreten für die Wiederherstellung von konservativen Werten transformiert wird (Hackett & Lindsay, 2008; Lewis & De Berardino, Huyser, D., 2010).

Pickel (2018b, S. 972) begreift Wertorientierungen immer bereichsspezifisch: „Sie spiegeln also grundlegendere Orientierungen wider, die sich in Einstellungsbündeln gegenüber bestimmten Positionen in einem Lebensbereich ausdrücken“. Ein Lebensbereich, in dem

konservative Werthaltungen besonders häufig und stark zum Ausdruck kommen, ist der familiäre Bereich. Bezüglich des Zusammenhangs der Bedeutung familiärer Werte und Religion schreibt Pickel: „Speziell sind es häufig die Familienwerte und auch die Haltung zu den Geschlechtsrollen, welche in Korrespondenz zur Religiosität untersucht werden. Dies hat damit zu tun, dass Religiosität sich immer stärker auf den persönlichen Nahbereich ausrichtet. Gleichzeitig stehen Partnerschaft und Familie aber in dem Sinne besonders im Fokus der Religionen, als dort die für die Tradierung von Religion so wichtige Sozialisation ansetzt“ (Pickel, 2018b, S. 972). Zu den konservativen Familienvorstellungen zählen unter anderem die Wiederherstellung von konservativen Familienwerten und der Kampf gegen Homosexualität, Abtreibung und vor- und außereheliche Sexualität (Hackett & Lindsay, 2008; Lewis & De Bernardo, Huyser, D., 2010). Dabei kann häufig eine Bezugnahme auf das Kind beobachtet werden. Das Kind ist selbst symbolisch aufgeladen. Es steht für Hilflosigkeit, Schwäche, Bedürftigkeit, Unschuld, Reinheit aber auch für Zukünftigkeit. Durch diese symbolischen und mystifizierenden Zuschreibungen wird dem Kind eine einprägsame, anrührende und mit höchster moralischer Autorität verkörperte „Macht der Unschuld“ übertragen, die gewinnbringend für die eigene Argumentation sein kann (Bühler-Niederberger et al., 1999). Dabei stellen Kinder selbst eine Minorität dar. Anders als Erwachsene haben sie kaum Mitspracherechte in Gesellschaft und Politik und bedürfen deshalb eines Fürsprechenden. In dem Chiffre des Kindes können gesellschaftliche Marginalisierung und eine moralische Überhöhung Hand in Hand gehen (siehe auch Bühler-Niederberger, 2005, S. 9). Ebenso wird vermutet, dass Heimatliebe als bereichsspezifische Wertorientierung betrachtet werden kann. Wie bereits dargestellt können Veränderungen durch Migration und kulturelle Pluralität als Bedrohung der ‚ursprünglichen‘ Heimat angesehen werden und Ängste auslösen. Hier ist eine verstärkte Bezugnahme durch Rechtspopulisten auf das Christentum, symbolisiert durch das Kreuz und eine Abgrenzung zum Islam, zu erwarten. Das Christentum wird in diesem Fall wahrscheinlich weniger als Religion als viel mehr als elementarer kultureller Bestandteil von ‚Kulturheimat‘ angesehen.

Schuldkonstruktionen

Der Kampf um konservative Werte korreliert mit Schuldkonstruktionen (unterschiedlichen Ausmaßes), mit denen Gegner markiert werden und auf die sich gemeinsame Aktionen richten (vgl. Neidhardt, 1985, S. 199). Zu den Gegnern können gesellschaftliche Entwicklungen wie Individualisierung, (sozioökonomische) Modernisierungsprozesse oder Säkularisierung zählen.

Diese Entwicklungen werden für den Mangel von bislang gültigen und gesellschaftlich größtenteils geteilten Werten und Normen verantwortlich gemacht (Pickel, 2018b, S. 958).

Ebenso können auch bestimmte Akteure als Gegner angesehen werden. Meist sind es jene Akteure, die in den genannten Strömungen als aktiv oder relevant wahrgenommen werden. Hier lassen sich beispielsweise der Staat und die Großkirchen nennen, die die ‚wahren‘ Lebensformen ausgefiltert und nach institutionellen Kriterien neutralisiert und umdefiniert haben, aber auch ‚Ungläubige‘ oder Andersgläubige können als Gegner angesehen werden (Brand, 1991, S. 44). Es wird erwartet, dass durch Hassreden ‚gefühlte‘ Gegnerschaften zum Ausdruck gebracht werden.

(Moralischer) Alleinvertretungsanspruch

Rechtspopulisten und konservative Christen zeichnen sich durch einen Alleinvertretungsanspruch aus, der vor allem moralisch begründet ist. Sie unterscheiden sich zwar darin, was und wen sie vertreten, jedoch nicht in der autoritären Haltung ihres jeweiligen Alleinvertretungsanspruches. Rechtspopulisten behaupten, dass sie die Bedürfnisse und Forderungen des ‚wahren Volkes‘ vertreten und das sagen, was die schweigende Mehrheit denkt (J.-W. Müller, 2019, S. 18). Politische Konkurrenten um die Macht werden als illegitim abqualifiziert. Konservative Christen sehen sich als die ‚wahren Christen‘, die sich an biblische Gebote und Gesetze halten. Sie sprechen liberalen Christen den Glauben ab. Sowohl Rechtspopulisten wie auch konservativen Christen geht es um einen Antipluralismus. Andere Werte und Einstellungen können nicht als ebenso legitim betrachtet werden wie ihre eigenen. Politische und religiöse Gegner werden häufig nicht mit Argumenten widerlegt, sondern des Verrates oder des Abfalls (vom wahren Glauben) bezichtigt. Die Fragen nach der Zugehörigkeit zum ‚wahren Volk‘ beziehungsweise zum ‚wahren Christentum‘ können zu politisch-gesellschaftlichen und religiös-kirchlichen Spaltungen führen.

Politische Anerkennung von Partikularitäten

Sowohl Rechtspopulisten wie auch konservative Christen vertreten in der deutschen Gesellschaft eine Mikro-Partikularität. Konservative Christen stellen einen kleinen Prozentsatz aller Christen in Deutschland dar und Rechtspopulisten bilden (im Jahr 2021) keine regierungsrelevante Kraft auf Bundesebene. Beide Identitäten sehen sich selbst als Minderheit in der Gesellschaft, die nach politischer und religiöser Anerkennung streben.

3.5.2 Informations- und Protestpolitiken

Bei den Akteuren im Beziehungsgeflecht von Rechtspopulismus und konservativem Christentum handelt es sich um individuelle Personen mit einer gewissen Expertise, die als Vertreter von Organisationen sprechen. Mit ihren Deutungen der Realität erschließen sie Legitimationsquellen und vermitteln Entscheidungssicherheit (Nullmeier & Rüb, 1993, S. 31). Es lassen sich drei Gruppen von Akteuren unterscheiden, die in der politischen Öffentlichkeit agieren (vgl. auch Kriesi, 2001, S. 9):

- Erstens etablierte politische Akteure, zu denen unter anderem Regierung, Opposition und die Parteien (wie die AfD) zählen oder Interessensverbände wie der Bundesverband Lebensrecht.
- Zweitens Medien wie Presse, Rundfunk, Fernsehen, Internet.
- Und schließlich sogenannte Außenseiter beziehungsweise unabhängige Zusammenschlüsse Organisationen von sozialen Bewegungen, wie beispielsweise die PEGIDA-Bewegung.

Im Unterschied zu den politischen Akteuren haben Außenseiter keinen institutionalisierten Zugang zu den politischen Verhandlungsarenen. Um politische Wirksamkeit zu erzielen, bedürfen sie oftmals parteipolitischer Unterstützung. Dies gilt insbesondere für Außenseiter, die im Bereich der Moralpolitik aktiv sind. Diese zeichnen sich durch geringe Mitgliederzahlen, hohe Fragmentierung und eine im Vergleich zu etablierten Akteuren schwache Einflussposition aus (Heichel, Knill & Preidel, 2015, S. 258). „Die strukturelle Schwäche moralpolitischer gesellschaftlicher Interessen impliziert, dass diese vielfach sich für die Ziele von Minderheiten einsetzenden Gruppen parteipolitischer Unterstützung bedürfen, um politische Wirksamkeit zu erlangen“ (Heichel, Knill & Preidel, 2015, S. 258). Es kann folglich erwartet werden, dass konservative Christen, die als politische Außenseiter in der Öffentlichkeit aktiv sind, Interesse an parteipolitischer Unterstützung haben. Ob die AfD diese Unterstützung anbietet und ob konservative Christen diese Unterstützung annehmen, muss empirisch untersucht werden.

Bezüglich der Unterscheidung der verschiedenen Akteure lässt sich konstatieren, dass diese zum Teil von gradueller Art ist und daher nicht immer eindeutig festgestellt werden kann. (Kriesi, 2001, S. 9). Beispielsweise können politische Akteure, wenn sie auf Demonstrationen mitlaufen, zu Außenseitern zählen. Organisationen von sozialen Bewegungen können ihre Anliegen in eigenen Medienkanälen artikulieren. Letzteres kann nach Pentzold, Christian, Katzenbach, Christian, Fraas, Claudia (2014, S. 28) als „Mediation of Everything“ bezeichnet werden. Darunter ist die Selbstverständlichkeit der medialen Verarbeitung und

Zurschaustellung von bestimmten Handlungen und Ereignissen zu verstehen. Jeder Akteur, ganz gleich welchen Hintergrundes, ist heutzutage hierzu fähig und kann so zu einem selbsternannten Journalisten werden. Plattformen, die diese Mediatisierung ermöglichen, kommt „eine Schlüsselrolle zu, weil sie zum einen kommunikative Möglichkeiten steigern und soziale Aktivitäten verändern und weil sich zum anderen gesellschaftliche Akteure an die Logiken medialer Kommunikationsformen anpassen, um öffentlich präsent und relevant zu bleiben“ (Pentzold, Christian, Katzenbach, Christian, Fraas, Claudia, 2014, S. 28)

Für die verschiedenen rechtspopulistischen und christlichen Akteure sind unterschiedliche Problemadressaten relevant, die sie mit ihren medialen Äußerungen erreichen wollen. Der Staat und bestimmte Parteien zählen zu den Hauptadressaten, die die genannten Akteure durch das vermittelnde System der Öffentlichkeit beeinflussen wollen. Dies geschieht vor allem, wenn sie das Gefühl haben, dass bestimmte, subjektiv empfundene Probleme vom politischen System nicht ausreichend thematisiert werden.

“Dies gilt insbesondere dann, wenn sich Parteien, Verbände und Staat gegenüber als drängend empfundenen Problemen indifferent zeigen, diese bloß rhetorisch aufgreifen oder mit zu wenig Nachdruck bzw. zu geringer Wirkung verfolgen. Dann ist es möglich, daß sich von ‚unten‘ her, vorbereitet über kleinere Formen von Öffentlichkeit (z.B. Veranstaltungen und einzelne Protestaktionen), oder aber von ‚oben‘ her, angestoßen durch die Thematisierung in den Massenmedien, Bewegungen formieren – sofern zusätzliche Entstehungsbedingungen vorliegen“ (Rucht, 1994, S. 338)

Um Druck auf politische Entscheidungsträger auszuüben und um sich Zugang zu den Verhandlungsarenen und den etablierten Medien zu verschaffen, lassen sich zwei ‚Bottom-Up‘-Strategien unterscheiden: Die Protestpolitik und die Informationspolitik (Kriesi, 2001, S. 22–24). Unter Protestpolitik ist das Aufführen von Protestereignissen wie Demonstrationen und Kundgebungen zu verstehen. Dadurch wird Öffentlichkeit hergestellt und Medien werden mobilisiert, über das Protestanliegen und die Akteure zu berichten (Kriesi, 2001, S. 23). Organisatoren des Protestes erhalten außerdem durch Interviews Legitimation und Zugang zu klassischen, journalistischen Plattformen (Gamson & Meyer, 1996, S. 288). Die mediale Berichterstattung wirkt für das Anliegen der Protestierenden wie ein Katalysator. Eine öffentliche, häufig kontroverse Debatte wird ausgelöst und Minderheitsakteure in den entsprechenden Politikbereichen werden gestärkt (Gamson, 1988, S. 228). Die Beziehung zur politischen Elite gilt dabei als eine der wichtigsten organisationalen Ressourcen von Protestakteuren (McCarthy et al., 1996, S. 305). Über je mehr Protestorganisatoren hiervon verfügen, „umso häufiger [werden] sie Taktiken von „Insidern“ (wie Lobbying, Prozessieren oder Beteiligung an Wahlen) verwenden. Umgekehrt kann es auch

vorkommen, dass etablierte politische Akteure die Initiative zur Organisation von ‚Protestereignissen‘ ergreifen“ (Kriesi, 2001, S. 23). Die zweite Strategie von rechtspopulistischen und christlich-konservativen Akteuren, sich Zugang zu den Verhandlungsarenen und den etablierten Medien zu verschaffen, ist die Informationspolitik. Diese steht mit der Protestpolitik in einem wechselseitig unterstützenden Verhältnis (Kriesi, 2001, S. 23). Der Protest bildet für die Informationspolitik die Quelle für Wissen und Ideen, die strategisch und sorgfältig an ausgewählten Orten (wie in eigenen Medienkanälen, aber auch den Medienkanälen von Gleichdenkenden) verbreitet werden.

Zusätzlich zur medialen Aufmerksamkeit brauchen die genannten Akteure auch eine mediale Resonanz. Nicht selten kommt es zu der Schwierigkeit, „dass die Faktoren, welche ihnen Zugang zu den Medien verschaffen, nicht unbedingt zu ihrer Glaubwürdigkeit und damit zu[r] öffentliche[n] Zustimmung beitragen“ (Kriesi, 2001, S. 24). Akteure mit hoher Prominanz und Prestige müssen daher entsprechende Deutungsmuster aufweisen, die ihren eigenen Monopolcharakter aufrecht erhalten, jedoch ohne in die Bedrängnis zu geraten, als extremistisch und dogmatisch zu gelten (Nullmeier & Rüb, 1993, S. 31). Des Weiteren bedarf ein Protest, über den Medien berichten, einer gewissen visuellen Inszenierung. Die Botschaft des Protestes wird mit Symbolen und in Bildern präsentiert. Dabei wird die Botschaft zwangsweise reduziert, analog zu den ‚Sound Bites‘ der politikzentrierten Strategien (Kriesi, 2001, S. 23). „Symbolische Politik‘ durch ‚Ereignisinszenierung‘ ist die erfolgversprechendste Strategie, die sozialen Bewegungen zur Verfügung steht, um von den Medien wahrgenommen und zum Gegenstand ihrer Berichterstattung zu werden“ (Schmitt-Beck, 1990, S. 651).

3.5.3 Professionen und Netzwerke

Wie bereits erwähnt, gibt es im Beziehungsgeflecht zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen individuelle Personen, die danach differenziert werden können, wen oder was sie vertreten und welche professionellen Rollen sie dadurch einnehmen (vgl. auch Peters, 1994, S. 57–58):

1. Repräsentanten: Vertreter von Organisationen, Verbänden, Parteien und sozialen Gruppen.
2. Advokaten: Repräsentanten von sozialen Gruppen, die nicht fähig sind, ihre Interessen zu artikulieren.
3. Experten: Sachkenner bestimmter Themen oder einer wissenschaftlichen Disziplin.
4. Intellektuelle: Gelehrte, die entlang von Moral urteilen und allgemeine Zeitdeutungen vornehmen.

Neidhardt (1994, S. 14) fügt noch die Rolle der Kommentatoren hinzu: Medienvertreter, die mit eigenen, zum Teil wertenden Wortmeldungen über öffentliche Angelegenheiten berichten. Dabei können die Akteure auch mehrere Rollen besetzen. Beispielsweise haben viele Basisaktivisten eigene Profile in den sozialen Medien, auf denen sie regelmäßig ihre Meinungen zu politischen und gesellschaftlichen Themen äußern. Dadurch nehmen sie automatisch auch die Rolle von Kommentierenden ein.

Wie erfolgreich die Akteure in ihren jeweiligen Rollen sind, hängt nicht nur vom Inhalt ihrer Botschaften ab, sondern auch von ihrer medialen und politischen Bekanntheit und ihrem Prestige (Neidhardt, 1994) beziehungsweise von (wahrgenommener) Kompetenz und Autorität (Nullmeier & Rüb, 1993, S. 384–385). Diese Eigenschaften werden je nach institutionellem oder diskursivem Kontext bestimmten Personen zugeschrieben. Auch wenn sie als Repräsentanten von Organisationen reden, so können Ansichten der Sprecher und Autoren meist zugleich als persönliche Einstellungen gewertet werden, mit denen sich ein Teil der Gruppenmitglieder nicht identifiziert oder sich sogar deutlich abgrenzt.

Öffentlich sehr präsente rechtspopulistische und konservativ-christliche Akteure sind oftmals Mitglieder in verschiedenen Gruppen, Vereinen oder Organisationen. Sie besetzen dabei als Redner oder Autoren mehrere (mediale) Posten, sind in verschiedenen Gruppen tätig und haben Verbindungen zu Politik, Medien und Bewegungen. Dadurch entstehen größere Verflechtungen der Aktivitäten einzelner Personen, die als persönliche Netzwerke bezeichnet werden können. Die Fähigkeit, sich mit anderen Gruppen und Organisationen abzusprechen und gemeinsame Aktionen durchzuführen führt zu organisationalen Netzwerken. Die gemeinsame Berufung auf bestimmte Einstellungen und Werte führt zu Affiliationsnetzwerken beziehungsweise netzwerkgetragenen Werteverbindungen.

In dem Maße, wie die genannten Akteure digital aktiv sind, auf verschiedenen Onlinediensten ihre Meinungen verbreiten und sich mit Gleichgesinnten austauschen, entstehen zudem ‚digitale Netzwerkgesellschaften‘, in denen Öffentlichkeiten konstituiert werden. „In diesem Sinne kann Öffentlichkeit als *kommunikative Figuration* aufgefasst werden, als eine Konstellation von Akteuren, die sich unter Einsatz bestimmter Kommunikationsformen und gestützt auf ein bestimmtes Medienensemble über gemeinsam als relevant erachtete Agenden verständigen und sich dazu Meinungen bilden (Hasebrink, Uwe, Hölig, Sascha, 2014, S. 21). Da Rechtspopulisten und konservative Christen häufig über eigene Medienkanäle verfügen, durch welche sie ihre Anliegen artikulieren, kann vermutet werden, dass bei bestimmten Themen neben den eigenen auch die Kanäle der anderen genutzt werden, um mehr Anhänger

zu erreichen oder Zustimmung zu erhalten. Dadurch entsteht eine ‚verflochtene Informationspolitik‘, die dazu führt, dass die Grenzen zwischen christlicher und nationalistischer Teilöffentlichkeit aufweichen (und für Außenstehende persönliche Netzwerke als organisationale Netzwerke gedeutet werden können).

Die Nutzung der Medienkanäle der anderen – vor allem die Nutzung rechtspopulistischer Kanäle durch konservative Christen – könnte zudem mit der bereits thematisierten Debatte um Sagbarkeit, den Ausbau von Teilöffentlichkeiten und den Rückgang von konservativen Werten entstehen. Viele konservative Christen empfinden, dass allein das Äußern von bestimmten konservativen und traditionellen Einstellungen in der Öffentlichkeit von einem Großteil der Gesellschaft als Tabubruch angesehen wird und die Gefahr von Sanktionen birgt. Von Seiten der Rechtspopulisten wird ein ‚Meinungs- und Äußerungskorridor‘ (Pörksen, 2018, S. 74) eröffnet, auch als ‚Overton Window‘ beschrieben (siehe hierzu auch J. G. Lehmann, 2010). Dies können Zeitungen, soziale Plattformen, YouTube-Kanäle, aber auch öffentliche Veranstaltungen, Tagungen oder Kundgebungen sein. Für Rechtspopulisten dient dieser Meinungs- und Äußerungskorridor vor allem dazu, Sympathisanten zu erreichen, die sich dann als Teil der eigenen Wählergruppe oder des ‚Volkes‘ angenommen fühlen dürfen.

Es lässt sich also schlussfolgern, dass in Folge des medialen Wandels die Topografie von Öffentlichkeit(en) von fließenden Übergängen zwischen persönlichen Netzwerken, persönlicher Kommunikation, Affiliationsnetzwerken sowie zwischen organisationalen Netzwerken und medial-öffentlicher Kommunikation gekennzeichnet ist. Die Beziehungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen können folglich mithilfe der Betrachtung von Netzwerken, die durch digitale Teilöffentlichkeiten entstehen, untersucht werden. Zudem kann auch aufgrund von persönlichen Netzwerken auf organisationale Netzwerke geschlossen werden. Nach Gamson (1992, S. 24–25) können Medien innerhalb dieser diskursiven Kommunikationswege vier Rollen einnehmen. Erstens bilden sie ein Forum für Diskurse, in denen Frames entsprechend verkauft werden können. Zweitens sind sie ein Indikator für Diskurse. Drittens produzieren sie mit ihren ‚Media Ractices‘ selbst Diskurse und viertens sind sie auch Ressourcen von Diskursen (vgl. Gamson & Modigliani, 1989, S. 6–8)

3.5.4 Diskurskoalitionen und diskursive Mechanismen

Neben thematischen, netzwerkgetragenen Werteverbindungen spielen Diskurskoalitionen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen eine entscheidende Rolle in dieser Arbeit. Hierbei orientiert sich die Arbeit an Hajers Verständnis von Diskursen und Diskurskoalitionen. Hajer, ein niederländischer Politikwissenschaftler, hat seinen theoretisch-

methodischen Ansatz der Diskurskoalition anhand der Auseinandersetzungen in den 1980er und 1990er Jahren zum Sauren Regen in den Niederlanden und Großbritannien entwickelt (M. A. Hajer, 1995, 2003b, 2003a, 2008, 2009). Er sieht sich dabei in der Foucault'schen Tradition der Diskursanalyse (M. A. Hajer, 1995, S. 5), jedoch rückt er den Aspekt der ‚Agency‘ verstärkt in den Fokus. Sein Ansatz zählt zu den interpretativen Bewegungen in der Policy-Forschung (Vgl. M. A. Hajer, 1995; Münch, 2015) in der die politische Sprache nicht nur einen instrumentellen Wert besitzt, sondern „unsere Wahrnehmung der Welt und der Realität tiefgehend formt“ (M. A. Hajer, 2008, S. 212). Mithilfe einer Diskursanalyse kann ein politischer Prozess als Mobilisierung von Differenzen und signifikanten Problemdefinitionen analysiert werden (M. A. Hajer, 2003a, S. 273).

Diskurse und Diskurskoalitionen

Hajer (2003a, S. 275) versteht unter einem Diskurs ein „Ensemble von Ideen, Konzepten und Kategorien [...], durch die ein Phänomen mit Bedeutung versehen wird und das durch ein benennbares Set von Praktiken hervorgebracht wird“. Dabei können jene Ideen, Konzepte und Kategorien im Hinblick auf ihre Eigenschaften variieren. Sie können beispielsweise auf normative oder analytische Überzeugungen, aber auch auf historische Entwicklungen oder Naturmythen basieren.

Hajers Diskursanalyse liegt die Annahme zugrunde, dass nicht ein bestimmter Sachverhalt Ausgangspunkt für das Handeln von Akteuren ist, sondern die Problemdeutung und die aus ihr resultierenden gesellschaftlichen Wahrnehmungen eines sozialen Sachverhaltes (Schetsche, 1996). Mithilfe der Sprache wird der Sachverhalt beziehungsweise das soziale oder politische Problem fassbar gemacht und zugleich wird das soziale Problem selbst durch den Prozess generiert (Busse & Teubert, 1994; Jung, 1997). Realität wird in einem kontinuierlichen sozialen Prozess konstruiert. In diesem Sinne zählt Hajers Diskursanalyse zu den öffentlichkeitstheoretischen Studien, in denen politische und gesellschaftliche Probleme analysiert werden (Vgl. Gerhards et al., 1998).

Das Konzept der Diskurskoalition beschreibt Hajer als „ein Zusammenspiel einer Reihe von Erzählverläufen, von Akteuren, die diese Erzählverläufe äußern und von Vorgehensweisen, durch die diese Erzählverläufe zum Ausdruck kommen“ (M. A. Hajer, 2008, S. 218). Hier geht es also um eine Gruppe von Akteuren, die ein bestimmtes Set von Storylines verwenden, um für sich die Welt zu erklären und zu strukturieren, aber auch um andere Menschen von ihrer Sicht der Wirklichkeit zu überzeugen (M. A. Hajer, 2003a, S. 277). Die Gruppe der Akteure

muss nicht zwingend einen gemeinsamen Hintergrund haben und ihre Argumente können sich hinsichtlich ihres jeweiligen Ursprunges unterscheiden, aber dennoch sind sie in der Lage, die Welt in ähnlicher Weise zu konzeptualisieren (M. A. Hajer, 2003a, S. 280). Hajer spricht hier vom „Wunder der Kommunikation“ (ebd., S. 279).

In dieser Arbeit werden Erzählverläufe in Verbindung gesetzt mit jenen werteverbundenen Elementen, die in Kapitel 3.5.1 vorgestellt wurden. Das heißt, eine Diskurskoalition zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen ergibt sich aus dem Zusammenspiel von Storylines zu bestimmten Themen (thematische Verbindungen) und Praktiken, durch die diese Erzählverläufe zum Ausdruck kommen. Hier geht es also um ‚mehr‘ als nur um thematische Verbindungen. Es geht hier um eine Erklärung und Strukturierung einer bestimmten Sicht auf die Welt, mit der sowohl eigene als auch neue Anhänger überzeugt werden sollen.

Hajer fasst die Vorteile des Diskurskoalitions-Ansatzes wie folgt zusammen:

- „(1) Er [der Ansatz der Diskurskoalition] analysiert strategisches Handeln im Kontext spezifischer soziohistorischer Diskurse und institutioneller Praktiken und er stellt die konzeptionellen Mittel der Analyse der Kontroversen über einzelne Probleme – wie das des Sauren Regens – in einen weiteren politischen Kontext.
- (2) Er treibt deren Erklärung über den Verweis auf bloße Interessen hinaus, indem er analysiert, wie Interessen im Rahmen bestimmter organisatorischer Praktiken und im Kontext eines bestimmten Diskurses konkretisiert werden.
- (3) Er erhellt, wie unterschiedliche Akteure und organisatorische Praktiken helfen, eine bestimmte Haltung zu reproduzieren oder zu bekämpfen, ohne dabei ihre Handlungen notwendigerweise zu koordinieren, wechselseitig zu begleiten oder grundlegende Werte zu teilen.“ (M. A. Hajer, 2003a, S. 281)

Weiter schreibt Hajer, dass es sich bei den Akteuren um sehr unterschiedliche Menschen beziehungsweise Gruppen mit verschiedenen Hintergründen handeln könne, die um bestimmte Erzählverläufe herum bestimmte Koalitionen bilden. Bei einer Diskurskoalition sind nicht die einzelnen Akteure zentral, sondern die Praktiken, in deren Kontext die Akteure bestimmte Erzählverläufe entwickeln und verändern.

Die Bedeutung von Diskursen ist eng mit dem Machtbegriff verbunden. Da Macht Diskurse strukturiert, setzen Diskursanalysen immer auch Machtanalysen voraus. Hajer schreibt: „Um das ganze Vokabular (der Diskursanalyse) auf Politik anwenden zu können, sollte man in der Lage sein, den Diskurs mit Macht und Dominanz zu verbinden“ (M. A. Hajer, 2008, S. 217). Folglich ist es von großer Bedeutung, Diskurse nicht nur zu identifizieren und zu rekonstruieren, sondern auch eine Bewertung ihres Einflusses vorzunehmen.

Für die Durchsetzung von Diskursen und Diskurskoalitionen werden zwei Ebenen unterschieden: Die innerdiskursive Ebene und die außerdiskursive Ebene. Die innerdiskursive Ebene zeigt auf, welche Elemente und Themen Vormachtsansprüche in den Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen haben. Hajer stellt fest: „In der Politik haben wir es charakteristischerweise mit Mischungen von Elementen aus verschiedenen Diskursen zu tun“ (M. A. Hajer, 2008, S. 214). Die Diskurskoalitionen von konservativen Christen und Rechtspopulisten sind themenspezifisch ausgerichtet. Diese Themen sowie deren Inhalte werden unterschiedlich stark problematisiert. Das bedeutet, dass bestimmte Elemente und Themen Vormachtsansprüche in den Diskurskoalitionen haben. Auf der außerdiskursiven Ebene sind jene Akteure angesiedelt, die diese Verbindungen wahrnehmen und ihre Deutungen über diese offen artikulieren.

Organisationale Praktiken

Hajer betont, dass es wichtig sei, die spezifischen gesellschafts-politischen Situationen zu betrachten, in denen Erzählverläufe geäußert werden. Hierfür zieht er das Konzept der Praktiken heran. Darunter versteht er „verankerte Routinen und gegenseitig verstandene Regeln und Normen, die im gesellschaftlichen Leben für Stimmigkeit sorgen“ (M. A. Hajer, 2008, S. 217). Ausgehend von der Wittgenstein'schen Sprachphilosophie können sprachliche Äußerungen nur innerhalb von Praktiken, mit denen sie einhergehen, verstanden werden. Folglich müssen Diskurse in Zusammenhang mit den Praktiken, durch die der Diskurs erzeugt und transformiert wird, verstanden werden (M. A. Hajer, 2008, S. 217). Aus diesem Verständnis heraus lässt sich der Begriff des Diskurses erweitert definieren als „ein Zusammenspiel von Ideen, Konzepten und Kategorien, durch die Phänomenen ein Sinn zugeordnet wird, welcher durch identifizierbare Praktiken produziert und reproduziert wird“ (M. A. Hajer, 2008, S. 217). Organisationale Praktiken können Gesetzesentscheidungen und politische Stellungnahmen sein, aber auch bestimmte Ereignisse wie Demonstrationen und Kundgebungen.

Diskursive Mechanismen

Neben dem Konzept der Diskurskoalitionen können die Beziehungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen mithilfe weiterer diskursiver Mechanismen analysiert werden. Die für diese Arbeit bedeutendsten diskursiven Mechanismen werden im Folgenden näher beschrieben.

Storylines/Narrative

Die wiederkehrenden Aussagen, die in einem Diskurs vorkommen, besitzen oftmals die Form einer Erzählung. Hajer verwendet hier das Konzept des Erzählverlaufs (Storyline, Narrative), um sich „auf eine verdichtete Aussage zu beziehen, welche komplexe Erzählungen zusammenfasst, die von Menschen in Diskussionen als Kurzformel benutzt werden“ (M. A. Hajer, 2008, S. 215). In bestimmten Situationen verwenden Bewegungsakteure die Erzählungen argumentativ mit dem Ziel, eigene Anhänger und andere politische Akteure von ihrer Deutung der politischen Realität zu überzeugen und um sich gegen konkurrierende Deutungsangebote zu positionieren (M. A. Hajer, 2003a, S. 280). Das heißt, erst durch eine Erzählung kann eine bestimmte Situation als gesellschaftspolitisches Problem aufgefasst werden oder nicht (M. Hajer, 2002, S. 63). Erzählen ist „kein bloßes Rekapitulieren *after the fact*“ (Koschorke, 2013, S. 22), sondern konstitutiv: „In Gestalt von Narrativen kann sich ursprünglich frei Erfundenes im kollektiven Bewusstsein sedimentieren und zu einer harten sozialen Tatsache werden [...]. [Narrative Elemente] ‚vereigentlichen‘ sich“ (Koschorke, 2013, S. 24).

Die Deutungsmuster, wie Hajer sie versteht, stehen in einer interaktionistischen Tradition. Deutungsmuster werden als „in Interaktionen ausgebildete Interpretationsmuster der Weltdeutung und Problemlösung“ (Lüders & Meuser, 1997, S. 62) definiert. Demnach beziehen sich Deutungsmuster auf objektiv angesehene Handlungsprobleme und deren subjektiv empfundene Bewältigung (Lüders & Meuser, 1997; Meuser & Sackmann, 1992). Mit der Herausarbeitung von Erzählverläufen und deren Deutungsmustern kann herausgefunden werden, warum Akteure sich nicht nur auf eine Problematik mit einer bestimmten Identität beziehen, sondern sich anderer Identitäten bedienen und so die Definition des Problems verändern (M. A. Hajer, 2008, S. 216). Münch betont die transformative und temporäre Komponente von Erzählverläufen: „Insofern Narrative definiert werden als Erzählung einer Sequenz von Ereignissen, in der ein Ereignis die Transition von einem Zustand in einen anderen darstellt, bringen sie einzelne Sinneinheiten nicht nur in eine kausale und normative Ordnung sowie in eine Beziehung der Äquivalenz oder Opposition, sondern organisieren zudem zeitliche Abläufe auf spezifische Weise“ (Münch, 2016, S. 85). Mit der Determination von (in der Vergangenheit liegenden) Problemursachen, den (präsenten) Verantwortlichkeiten und den (in die Zukunft zeigenden) Lösungs- und Zielvorstellungen, beinhalten Erzählverläufe eine Darlegung von Relationierungen von Gegenwärtigem, Zukünftigem und Vergangenen (Barbehön & Münch, 2014, S. 150).

Die kommunikativen Annahmen, mit denen die Erzählverläufe verbunden sind, können wie folgt beschrieben werden: Ein Sprecher (Sender) benutzt einen Begriff in der Annahme, dass der Empfänger genau weiß, um was es sich im jeweiligen Fall handelt. Jedoch kann nicht davon ausgegangen werden, dass das komplexere Narrativ, das in dem gesendeten Begriff steckt, dasselbe Narrativ ist, welches der Empfänger im Kopf hat. Menschen können also mit sich überschneidenden Ansichten sprechen beziehungsweise ein Set aus Storylines teilen und damit bedeutende politische Koalitionen eingehen, aber einander dennoch nicht ganz verstehen bzw. sich nicht ganz einig sein. Hajer benutzt hier den Begriff der ‚diskursiven Affinität‘: „Argumente können sich hinsichtlich ihres Ursprungs unterscheiden, aber dennoch die Welt in ähnlicher Weise konzeptualisieren“ (M. A. Hajer, 2003a, S. 280). Argumente können sich so aus jeder dieser Positionen heraus ‚richtig‘ anhören (M. A. Hajer, 2008, S. 216).

Emblematische Themenfelder

Bestimmte Themen können als Embleme verstanden werden, mit dem sich ein generelles Verständnis dessen konstruieren lässt, worum es bei gesellschaftspolitischen Problemen ‚eigentlich‘ geht. „Als Emblem ermöglicht es mehr als bloß einen politischen Wandel, es trägt zur größeren konzeptionellen Veränderung bei“ (M. A. Hajer, 2003a, S. 291). Während einzelne Probleme und Diskussionen kommen und gehen, bleibt die emblematische Ebene bestehen. Hajer schreibt, dass emblematische Themenfelder eine entscheidende Rolle bei der Artikulation von Problemen und deren Lösungen spielen und dass ihnen in allgemeinerer Hinsicht eine Schlüsselrolle bei Veränderungen in politischen Diskursen zukommt (M. A. Hajer, 2003a, S. 291).

Mythen und Metaphern

In seiner Analyse des Diskurses um den Sauren Regen fasst Hajer den Regen als Metapher ‚für etwas anderes‘ auf, wie zum Beispiel die Umweltkrise (M. A. Hajer, 2008, S. 214). Er beruft sich hierbei auf Lakoff und Johnsons Werk „*Methaphors we Live by*“ von 1980, in dem die Bedeutung von Metaphern als „understanding and experiencing one kind of term of another“ beschrieben wird (Lakoff & Johnson, 1980, S. 5). Hajer betont, dass es neben den bereits erwähnten emblematischen Themenfeldern ebenso wichtig sei, bestimmte Metaphern zu identifizieren, um gesellschaftspolitische Diskurse besser verstehen zu können (M. A. Hajer, 2008, S. 214–216). Wenn man den Kontext analysiert, in dem die Metaphern eingesetzt werden, so könne man außerdem erkennen, dass sie Teile von weiteren und auch übergeordneten Diskussionen darstellen

(M. A. Hajer, 2008, S. 215). Metaphern, insbesondere in Kombination mit Mythen, können außerdem Erkenntnisse über in der Vergangenheit verankerte Strukturen (vgl. Lotman, 1979, S. 161–163) liefern, in denen „Bezwingung von Angst, Sinnstiftung, Orientierung“ (Koschorke, 2013, S. 10) identitätsstiftende Wirkungen entfalten und in ein ‚kollektives Imaginaire‘ führen (Assmann & Assmann Jan, 1998, S. 185; Zähringer, 2021, S. 110).

Weitere diskursive Mechanismen, die in den Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen eine Rolle spielen könnten sind Routinen der Ablehnung, Symbolische Politik, Bedürfnis nach Sinnerfahrungen, Positionierungen und wechselseitige Funktionalisierungen sowie vorstrukturierte Argumentationsstrategien (M. A. Hajer, 2003a, S. 292–296).

3.6 Sense-Making

In dieser Arbeit wird angenommen, dass Wandlungsprozesse innerhalb des Christentums, der Gesellschaftspolitik und in der politischen und medialen Öffentlichkeit Rahmenbedingungen für die Politisierung von konservativen Christen, die Kulturalisierung des Christentums durch Rechtspopulisten und in Folge für Werte-Verbindungen zwischen konservativen Christen und Rechtspopulisten schaffen.

Durch Entwicklungen wie Modernisierung und Säkularisierung fühlen sich konservative Christen und Rechtspopulisten aufgefordert, liberale Positionen abzulehnen und in die Defensive zu treiben. Sie tragen ihre konservativen Werthaltungen öffentlich vor. Wenn es von Seiten des Staates (und der Landeskirchen) rechtliche Änderungen bei Themen gibt, die die Familie, das Geschlecht, die kindliche Bildung, das Verhältnis von Staat und anderen Religionsgemeinschaften oder gravierende gesellschaftliche Ereignisse – wie die Flüchtlingsbewegung – betreffen, werden aus manchen Richtungen konservative Positionen eingefordert. Daher wird angenommen, dass konservative Christen und Rechtspopulisten mit Storylines bestimmte Themen wie traditionelle Familie und Schutz der Heimat durch christliche und nationalistische Deutungsmuster legitimieren und so zum Gegenstand politischer Diskussion erheben. Geteilte Storylines führen zu thematischen Verbindungen, die in (Diskurs-)Netzwerken sichtbar werden.

Dabei wird vermutet, dass Rechtspopulisten und konservative Christen sich durch ihre jeweiligen nationalistischen beziehungsweise religiösen Begründungen unterscheiden. Es kann davon ausgegangen werden, dass für Rechtspopulisten das politische Ziel im (Wieder-)Aufbau einer homogen-völkischen Nation liegt. Der Mangel an gesellschaftlicher Verbindung zur

transzendentalen Quelle für Lebenssinn und Lebenskraft sowie die Hinwendung zu dieser Quelle als Lösung für gesellschaftliche Probleme wird von Rechtspopulisten kaum thematisiert. Umgekehrt kann vermutet werden, dass von konservativen Christen kaum der Untergang der deutschen Nation thematisiert wird. Für die Verbindungen untereinander bedarf es daher eines ‚undogmatischen Pragmatismus‘. Darunter ist in diesem Zusammenhang die Haltung zu verstehen, dass „[...] das Erreichen bestimmter Ziele vor eine Abwägung der dabei einzugehenden Koalitionen gestellt wird. Das Ziel und nicht der Weg ist handlungsleitend.“ (vgl. Guske, 2014, S. 186). Als undogmatisch kann beispielsweise für konservative Christen der Umgang mit sakralen Grundfragen, insbesondere jenen, die das Heilsverständnis betreffen, verstanden werden. Diese Themen werden zugunsten einer Fokussierung auf politisches Agieren ausgespart. Da die Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen nicht nur in geteilten konservativen Werten liegen, sondern auch in der Konstruktion gemeinsamer Gegner, stellt sich die Frage, ob durch diese Verbindung ein übergreifendes Zusammengehörigkeitsgefühl, also eine kollektive Identität, entsteht (Hunt & Benford, 2007, S. 437; Kern & Pruiskens, 2018a, S. 263).

Ferner wird angenommen, dass Rechtspopulisten und konservative Christen durch ihre Diskurskoalitionen versuchen, eigene und potenzielle Anhänger sowie andere politische Akteure von ihrer Deutung der politischen Realität zu überzeugen. Da Rechtspopulisten vermutlich nicht nur Christen für sich gewinnen wollen, sondern die breite Masse, können von rechtspopulistischer Seite widersprüchliche Aussagen getätigt werden. Rechtspopulisten berufen sich bei bestimmten Themen – wie beispielsweise bei der Flüchtlingsdebatte – nicht nur auf eine christliche Identität, sondern auch auf andere identitäre Konstrukte, wie das Heidentum oder das Germanentum. Damit verändern sie die Definition der jeweiligen Probleme. Bei der christlichen Bezugnahme durch Rechtspopulisten handelt es sich daher wahrscheinlich nicht um stabile Einstellungsmuster, sondern vielmehr um veränderliche Konstrukte, die auftreten, um damit auch unterschiedliche Diskurskoalitionen einzugehen (M. A. Hajer, 1995, S. 42–50). In diesem Sinne könnte die Politisierung der christlichen Religion als eine Kampfpositionierung und identitäre Legitimierung sowohl für politische als auch für religiöse Akteure fungieren. Ferner wird vermutet, dass bestimmte Praktiken, Metaphern, Mythen und emblematische Themenfelder eine besondere Relevanz in den thematischen Verbindungen und Diskurskoalitionen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen einnehmen. Zuletzt wird angenommen, dass es sich bei den Verbindungen von Rechtspopulisten und konservativen Christen nicht um starke Verbindungen handeln, die einen

politischen Wandel herbreiführen. Allerdings könnten aus den entstandenen Diskurskoalitionen Spannungen und Divergenzen mit anderen, ihnen verbundenen Akteuren auftreten. Konservative Christen gehören etwa zur christlichen Gemeinschaft, die zum Teil von Kirchen repräsentiert wird. Jedoch führen ihre Positionen teilweise zu starken Debatten und Divergenzen innerhalb der Landeskirchen.

4. Methoden

Um die Forschungsfrage ausreichend beantworten zu können, ist sowohl eine Betrachtung der Netzwerke der Akteure und deren Beziehungen untereinander notwendig als auch eine Diskursanalyse beziehungsweise eine Analyse der Themen, die durch Rechtspopulisten religiös formatiert werden. Um eine gleichzeitige Analyse auf verschiedenen Ebenen auszuführen, wird die qualitative Diskursanalyse, die sich auf die inhaltliche Ebene beziehungsweise den politischen Prozess und seine Dynamik konzentriert, mit der quantitativen Netzwerkanalyse verbunden, die die Akteurskonstellationen und -beziehungen betrachtet. Im Folgenden werden die Methoden, die zum Einsatz kommen sollen, zunächst vorgestellt und erläutert, bevor in Kapitel 5 die Empirie selbst folgt. Zuerst wird die Diskursnetzwerkanalyse beschrieben (4.1), anschließend die Diskursanalyse nach Hajer (4.2). Danach wird die Strategie der Fallstudie sowie die Methode der Prozessanalyse (Process Tracing) dargestellt, mit der später die Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen an zwei konkreten Fällen untersucht werden sollen (4.3). Der methodische Ablauf und der Quellenkorpus, auf dem die Analyse beruht, wird danach vorgestellt (4.4). Abschließend erfolgt eine kritische Reflexion des methodischen Vorhabens (4.5).

4.1 Diskursnetzwerkanalyse

Die Diskursnetzwerkanalyse (DNA) wurde unter anderem von den Politikwissenschaftlern Leifeld, Schneider, Haunss, Janning und Malang zur Auswertung von Diskursnetzwerkdaten und zu deren Visualisierung entwickelt und in verschiedenen Forschungsvorhaben angewendet (Janning et al., 2009; Leifeld, 2013; Leifeld & Haunss, 2012). Anlass zur Entwicklung gab unter anderem Hajers Diskursanalyse (siehe 4.2), die durch die DNA methodisch erweitert und vertieft werden sollte. Ziel war es „die Spezifik von Akteurskonstellationen zu erschließen, den internen Zusammenhalt von Programmkoalitionen zu ermitteln und die Beschaffenheit von Macht- und Statusungleichheiten innerhalb und zwischen den Diskurskoalitionen genauer zu bestimmen“ (Janning et al., 2009, S. 65). Ausgehend von den methodischen Grundlagen der Sozialen Netzwerkanalyse (SNA) steht die Suche nach Mustern im Mittelpunkt. Diese werden „als Strukturen betrachtet [...], die sowohl auf der Ebene der individuellen Akteure, der Teilgruppen im Beziehungsnetz und dem Gesamtnetzwerk untersucht werden können“ (Janning et al., 2009, S. 67).

Ein Netzwerk besteht graphentheoretisch aus einem (oder mehreren) Sets von Knoten, die durch Kanten miteinander verbunden sein können. Knoten sind meist Akteure. Allerdings muss es sich hierbei nicht notwendigerweise um Individuen handeln. Auch Aggregate wie

Organisationen, Vereine oder Staaten können Knoten darstellen. Unter Kanten sind die Beziehungen (Ties) zu verstehen, mit denen die Knoten verbunden sein können (Stegbauer, 2008, S. 166; Wasserman & Faust, 1994). Mithilfe von DNA und dem dazugehörigen Computerprogramm können verschiedene Typen von Diskursnetzwerken, die sich mathematisch als Graphen modellieren lassen und über Mechanismen zu ihrer Organisation verfügen, erstellt werden. Ausgangspunkt ist hierbei die Existenz einer messbaren Menge A von Akteuren und einer gleichfalls definierbaren Menge C von Konzepten (Concepts). Die identifizierte Akteursmenge A besteht aus einzelnen Akteuren $a_1, a_2 (\dots)$. Analog besteht die Konzeptmenge C aus den Konzepten $c_1, c_2 (\dots)$, daher ist $A = \{a_1, a_2 \dots a_m\}$ und $C = \{c_1, c_2 \dots c_n\}$. Sowohl Akteure wie auch Konzepte können in einem Diskursnetzwerk Knoten sein, die durch eine Menge an Relationen (Kanten) E miteinander verbunden sind.

Diskursnetzwerke erlauben zudem eine Integration des Faktors Zeit. Durch Einfluss- und Kommunikationsstrukturen im Akteursnetzwerk können sich bestimmte Frames entwickeln und verändern. Auch können sich bestimmte Akteurskonstellationen mit der Zeit ändern. Durch eine diachrone Betrachtung können solche Veränderungen sichtbar gemacht werden. Zu wiederholten, diskreten Zeitpunkten t lässt sich das Netzwerk der Beziehungen zwischen den Akteuren und den Konzepten erfassen, wobei $T = \{t_1, t_2 \dots t_k\}$. Der Graph $Gt = (A, E)$ drückt aus, dass zu jedem dieser Zeitpunkte die Beziehung zwischen den Akteuren A und den Kanten der Relationsmenge E gemessen werden kann. Der Graph $Gt = (C, E)$ beschreibt die Beziehung zwischen den Konzepten C und einer Relationsmenge E zu einem bestimmten Zeitpunkt. Die Netzwerke können mit der Software ,Visone'²⁰ visualisiert werden (Nagel, 2016, 105 ff.).

Affiliationsnetzwerk

Die Relation zwischen den verschiedenen Mengen kann als bipartiter Graph ausgedrückt werden: $Gt = (A, C, E)$ mit $\{a, a_{-}\} / \in E$ and $\{c, c_{-}\} / \in E$. Je ein Set aus Akteuren und ein Set aus Konzepten werden einander zugeordnet (Affiliationsnetzwerk). Zwischen den Akteuren beziehungsweise zwischen den Konzepten werden untereinander keine Verbindungen dargestellt. Durch ein Two-Mode-Netzwerk aus Akteuren und Konzepten können Positionen der Akteure anhand ihrer Konzepte differenziert analysiert werden und so Rückschlüsse auf gemeinsame Solidaritäten (aber auch Divergenzen und Aversionen) aufgezeigt werden (Nagel, 2016, 107 ff.).

²⁰ Mehr Informationen unter: www.visone.info.

Akteursnetzwerk

Die Betrachtung der Akteure einer Akteurspopulation, die ein gemeinsames Konzept haben, kann durch den Hypergraph $Ht = (A, C)$ aufgefasst werden (Akteursnetzwerk). Eine Gewichtung erhält der Graph dann, wenn eine Verbindung zwischen zwei Akteuren, die zum Mindesten ein geteiltes Konzept haben, gezogen wird und ein Gewicht der jeweiligen Kante (die beide Akteure miteinander verbindet) anhand der Anzahl der gemeinsamen Konzepte bestimmt wird. Zwei Akteure sind sich umso ähnlicher, je mehr Konzepte beide nennen (Akteurs-Kongruenz-Netzwerk, Affiliationsnetzwerk). Geteilte Konzepte stellen hier eine Maßeinheit für diskursive Affinität dar. Es wird Folgendes angenommen: je häufiger die Übereinstimmung eines Konzeptes, desto eher gehören Akteure einer Diskurskoalition an. Umgekehrt sind Akteure umso gegensätzlicher, je weniger gemeinsame Konzepte sie haben (Akteurs-Konflikt-Netzwerk). Die Struktur eines Akteurs-Kongruenz-Netzwerks beziehungsweise Affiliationsnetzwerk kann als eine Art Landkarte eines Diskurses genutzt werden, auf dem Gruppen von Akteuren bestimmte Verbindungen aufweisen (Janning et al., 2009, S. 70–72)

4.2 Diskursanalyse nach Hajer

In einem zweistufigen Verfahren analysiert Hajer (1995; 2002; 2009) einerseits Akteure und deren Konstellationen bezüglich der Formierung bestimmter Diskurse sowie andererseits deren Sprache und Texte. Letztere Stufe beleuchtet die Bedeutungsstrukturen (Terms of Policy Discourse) mithilfe der Textanalyse. Hajer (2003b, S. 103–104) schlägt drei Operationen vor, die sich auf drei verschiedene Schichten des Policy-Diskurses beziehen. Erstens die Analyse von Handlungsfäden (Storylines/Narrative), Mythen und Metaphern. Mit diesen Handlungsfäden können Verdichtungen einer komplexen Problemmaterie auf einzelne Leitsätze oder Begriffe reduziert sowie Kausalitäten oder Sachverhalte verdeutlicht werden. Zweitens die Betrachtung des Policy-Vokabulars. Hier wird angenommen, dass sich Policy-Akteure wissenschaftlicher (in dieser Arbeit religiöser) Erklärungsmodelle bedienen, um ihren Sichtweisen und Vorschlägen Legitimation zu verleihen. Drittens die Rekonstruktion von epistemischen Grundüberzeugungen. Diese können grundlegendere, kaum offen zugestandene Denkstrukturen und Leitbilder beleuchten, die bei der Wahrnehmung eines problematischen Sachverhaltes sowie bei der Reflexion über deren Problemlösungen eine Rolle spielen. Zudem spielen in Hajers Diskursanalyse Praktiken eine besondere Rolle. Sprachliche Äußerungen können nur in Kombination mit den Praktiken, mit denen sie einhergehen, verstanden werden. Folglich müssen Diskurse in Zusammenhang mit den Praktiken, durch die der Diskurs erzeugt

und transformiert wird, verstanden werden (M. A. Hajer, 2008, S. 217). Gemeinsam bilden sie den soziopolitischen Hintergrund von diskursiven Verbindungen.

Hajers Diskursanalyse setzt sich dezidiert mit Diskurskoalitionen auseinander und kann nach Einschätzung von Frank Nullmeier (Nullmeier, 2001, S. 289) als im engeren Sinne eigenständige „politikwissenschaftliche Diskursanalyse“ angesehen werden. Akteursgruppen identifizieren sich mit bestimmten Policy-Ansätzen, Grundüberzeugungen und Handlungsfäden und nutzen diese gezielt, um ihre Interessen in Policy-Debatten durchzusetzen (Janning et al., 2009; Münch, 2016, S. 63). Dabei werden die Interessen erst durch die Zuteilung von Handlungsfäden und Positionen im Diskurs sichtbar und unterscheidbar (M. A. Hajer, 1995). Hier zeigt sich der bereits oben erwähnte relationale Aspekt sehr deutlich. Durch Bezugnahme auf bestimmte Metaphern und Argumente bilden sich Diskurskoalitionen auf relationale Weise. Die zugrunde liegende Intention der beteiligten Akteure besteht in der Durchsetzung ihrer Sichtweisen als hegemoniale Definition der Wirklichkeit (Janning et al., 2009, S. 65). Von großer Wichtigkeit bei der Betrachtung von thematischen Verbindungen und Diskurskoalitionen ist der dynamische und prozessuale Aspekt ihrer Entwicklung. Daher werden zum einen die typischen Aussagegehalte und -praktiken zu bestimmten Zeitpunkten betrachtet (synchrone Perspektive) und zum anderen deren Modifikationen und Implikationen im zeitlichen Verlauf (diachrone Perspektive) (Jäger, 2001, S. 99). Thematische Verbindungen und Diskurskoalitionen können somit als ‚Longitudinal Phenomenon‘ bezeichnet werden. Akteure reagieren mit Argumenten auf Argumente anderer Akteure, weswegen es zu Veränderungen kommt.

Ein geeignetes Analyseinstrument für die Identifizierung von Storylines, die Betrachtung des Policy-Vokabulars sowie die Rekonstruktion epistemischer Grundüberzeugungen ist die computergestützte, kategoriebasierte Inhaltsanalyse. In einem induktiven Vorgang werden Begriffe und Äußerungen aus dem Untersuchungsmaterial schrittweise während des Lesens in Argumente beziehungsweise Themenfelder zusammengefasst, aus denen sich nach und nach Kategorien herausbilden. Im Anschluss an die Kategorienbildung erfolgt eine Auszählung der Konzeptnennungen in den untersuchten Texten (Janning et al., 2009, S. 74). Ziel ist es, in den untersuchten Materialien bestimmte Muster, Dimensionen und Erzählungen (Storylines/Narrative) zu erkennen und zu benennen, die als eindeutige Erscheinungsformen eines Diskurses angesehen werden können. Mit den identifizierten Konzepten kann erneut eine Untersuchung der vorliegenden (und gegebenenfalls weiterer) Texte erfolgen und dabei eine Auswahl an Akteuren, die als Schlüsselfiguren im Diskurs betrachtet werden können, getroffen

werden. Zudem können bedeutende Organisationen, die mit den Schlüsselfiguren eng verbunden sind, identifiziert werden.

Auch für die inhaltsanalytische Diskursanalyse nach Hajer kann der ‚Discourse Network Analyzer‘ (DNA) verwendet werden, da im Rahmen der DNA mit einer ‚Mixed-Method‘-Technik qualitative kategoriebasierte Inhaltsanalyse mit quantitativer, akteursbezogener Netzwerkanalyse verbunden werden kann (Janning et al., 2009). Der ‚Discourse Network Analyzer‘ ermöglicht die Organisation und Kodierung von Textdaten sowie die Zuordnung zu bestimmten Kategorien. Des Weiteren können die Verbindungen von Akteuren und ihre jeweiligen Zugehörigkeiten zu einer Organisation aufgenommen werden. Zusätzlich kann das Programm MAXQDA für die kategoriebasierte Inhaltsanalyse genutzt werden, da dieses gegenüber dem Programm der DNA ein vielfältigere Analyse- und Auswertungsmöglichkeiten aufweist.

4.3 Fallstudien und Process Tracing

Behnke et al. (2006, S. 266) schreiben, dass es zur Bestätigung eines kausalen Zusammenhangs sinnvoll ist, sich einen oder wenige „repräsentative Fälle auszusuchen, deren Wertemuster der durch die Korrelation ausgedrückten Beziehung möglichst gut entsprechen. Lässt sich dieser Mechanismus darstellen, ist der Zusammenhang gestärkt, andernfalls werden bisher übersehbare Variablen und Bedingungen entdeckt“. In dieser Arbeit werden zwei Fälle beziehungsweise zwei Geschehnisse analysiert, die nicht sui generis stehen, sondern beispielhaft für potenzielle Verbindungen zwischen Christen und Rechtspopulisten. Die Methode der Fallstudie bietet sich eher, als andere Forschungsstrategien an, um Analysen und Interpretationen durchzuführen, in denen bestimmbar Einflüsse variierte und kontrastierte Folgen haben können.²¹ Fallstudien können außerdem zeigen, dass Entwicklungen, Zuschreibungen, Interessen und Strukturen nicht als gegeben unterstellt werden können, sondern in ihren jeweiligen sozialen, historischen und kulturellen Kontext eingebettet sind und dadurch eine gewisse Relativierung erfahren müssen (Blatter & Haverland, 2012).

Um Praktiken zu analysieren, muss eine Auswahl getroffen werden, da eine Gesamtbetrachtung aller Praktiken natürlich nicht möglich ist. Es werden daher die Ereignisse um den Bildungsplan 2014 im Raum Stuttgart und die Antiflüchtlingsbewegung 2015/2016 in Dresden ausgewählt und genauer betrachtet. Beide Regionen sind pietistisch geprägt und haben einen hohen Anteil an konservativen Christen. In beiden Regionen ist zudem der Anteil an AfD-Wählern hoch.

²¹ Solche Ereignisse können auch als multiple Kausalitäten oder Äquifinalitäten bezeichnet werden George und Bennett (2005b, S. 161–162).

Wie in Baden-Württemberg gab es in Sachsen 2014 einen Beschluss zur „Integration der Akzeptanz der Vielfalt von Lebensweisen in den Bildungsplänen“. Dieser hat jedoch in Sachsen kaum für Aufregung gesorgt. Umgekehrt hat PEGIDA in Stuttgart keine signifikante lokale Ausprägung erfahren. Dennoch kam es in beiden Regionen zu wahrnehmbaren Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen.

Als Untersuchungsmethode wird das Process Tracing, also das Nachverfolgen oder Aufspüren eines bestimmten Vorgangs, gewählt (A. Bennett & Checkel, 2015; Blatter & Haverland, 2012; Gerring, 2007; Rohlfing, 2012). Ziel von Process Tracing ist es, „[to] identify the intervening causal process – the causal chain and causal mechanism – between an independent variable (or variables) and the outcome of the dependent variable“ (George & Bennett, 2005a, S. 206–207). Dabei können auch alternative Kausalmechanismen getestet werden, um nicht-zutreffende oder weniger wahrscheinliche Mechanismen auszuschließen mit dem Ziel, plausible Aussagen über Kausalitäten in komplexen Phänomenen und Entwicklungen treffen zu können. Schimmelfennig (2006) bezeichnet diesen Vorgang daher auch als Prozessanalyse.

4.4 Quellenkorpus und methodischer Ablauf

Der methodische Ablauf umfasst zehn Untersuchungsschritte, die im Folgenden vorgestellt werden. Um einen ersten Zugang zu dem Thema zu erhalten, wurde eine breite Überblicksuntersuchung von wissenschaftlichen und nicht wissenschaftlichen Veröffentlichungen, relevanten Zeitungartikeln sowie Fernseh- und Rundfunkbeiträgen unternommen, die die Verbindung zwischen Rechtspopulismus und Christentum thematisieren. Im nächsten Schritt erfolgte die Auswahl von drei Wochenzeitungen, die als Untersuchungsgegenstand für diese Arbeit dienen sollen: die katholische Zeitung ‚Tagespost‘, die evangelische Zeitung ‚Idea Spektrum‘ und die rechtskonservative Zeitung ‚Junge Freiheit‘. Ziel der Quellenauswahl war es, jene Medien zu identifizieren, denen aufgrund ihrer Meinungsführerschaft im evangelisch-konservativen, katholisch-konservativen oder rechtskonservativen Bereich ein bedeutender Einfluss auf die verschiedenen Diskurse rund um Flüchtlinge und Gender zugeschrieben werden kann. Bei allen drei Zeitungen handelt es sich um Zeitungen, die politische Themen behandeln. Die Zeitungen und ihre jeweiligen Autoren fungieren dabei nicht nur als Vermittler von Informationen und Wissen, sondern sind durch die interpretative und selektive Vermittlung bestimmter Inhalte und durch Positionierungen zu bestimmten Themen selbst Teilnehmer des Diskurses. Zudem bieten diese Zeitungen durch Interviews und Gastbeiträge ein Diskussionsforum, in dem bestimmte Akteure

beziehungsweise bestimmte Ansichten präsentiert und kommentiert werden können. Zu Bedenken ist, dass durch das Internet und die Pluralisierung der Nachrichtenquellen Tages- und Wochenzeitungen ihr Vermittlungsmonopol in der Berichterstattung verloren haben. Bei den untersuchten Zeitungen existieren jedoch auch E-Paper und Artikel erscheinen auf den jeweiligen Homepages. Zudem erfahren viele Artikel eine virale Verbreitung in diversen Blogs, Foren und sozialen Netzwerken. Die Bedeutung der Wochenzeitungen für diese Arbeit ergibt sich zudem aus der Vorannahme, dass es sich bei den diskursiven Verbindungen zwischen Rechtspopulismus und Christentum ‚eigentlich‘ um Werte(-Verbindungen) handelt, wie etwa thematische Überschneidungen rund um die Themen ‚Schutz der Familie‘ und ‚Erhalt der Heimat‘. Werte wie ‚Sicherheit‘ und ‚Heimat‘ sind vor allem für die mittlere und ältere Generation von großer Bedeutung (Misoch, 2015; Welzel, 2009). Laut einer Studie von Egger und van Eimeren (2019, S. 271) zum Medienverhalten nutzen genau diese Alterskohorten noch stark Wochenzeitungen, sowohl als Print-Format als auch als E-Journal.

Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich auf die Zeit zwischen 01.01.2014 und 29.02.2020. Der Zeitraum ist dabei durch den Verlauf der Debatten selbst vorgegeben. Mit dem Entwurf eines neuen Bildungsplans der rot-grünen Landesregierung in Baden-Württemberg im Jahr 2014, der die fächerübergreifende Behandlung der Themen Homo- und Transsexualität sowie Lebensmodelle neben der klassischen Ehe vorschreibt, begann eine bundesdeutsche Debatte über die Abwertung der klassischen Ehe, die Frühsexualisierung von Kindern und die Bedeutung von christlichen Werten in der Gesellschaft. Ebenfalls im Jahr 2014 fand die erste Demonstration der PEGIDA-Organisation statt, die sich gegen eine von PEGIDA behauptete Islamisierung sowie die Einwanderungs- und Asylpolitik Deutschlands und Europas positionierte. In den darauffolgenden Jahren fanden sowohl vor dem Hintergrund der Gender- und Familienthematik wie auch der Thematik um Flüchtlinge und Nation Protestbewegungen und starke Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit und den Medien über die genannten Themen statt. Dabei waren immer wieder Verbindungen zwischen Rechtspopulisten, insbesondere aus der im Jahr 2013 gegründeten AfD, und konservativen Christen erkennbar. Mit dem Auftreten des Corona-Virus und dessen wachsender medialer Thematisierung ab Ende Januar/Anfang Februar 2020 wurde den genannten Themen deutlich weniger Platz eingeräumt, so dass ein gewisses oder vorläufiges diskursives Ende ausgemacht werden kann (siehe hierzu Tabelle 3).

Der dritte Untersuchungsschritt beinhaltet das theoriegeleitete systematische Sampling relevanter Zeitungsartikel. Dabei wurden die jeweiligen (Online-)Archive der ausgewählten Zeitungen für den genannten Untersuchungszeitraum mit Hilfe einer Stichwortliste nach

relevanten Veröffentlichungen durchsucht. Diese Liste resultierte aus informierter Vorahnung und theoretischen Annahmen und beinhaltete die folgenden Begriffe mit entsprechenden Extensionen: Religion, Kirchen, Kirchenaustritt, CDU, AfD, PEGIDA, Flüchtlinge, Islam, Geschlecht, Gender. Die Ergebnisse beinhalteten Artikel, die mindestens eines der genannten Schlagworte im (Unter-)Titel oder im ersten Abschnitt enthielten. Für die Zeitung ‚Idea Spektrum‘ konnte eine Vollerhebung der genannten Artikel realisiert werden, da der politischen Berichterstattung in dieser Zeitung eine geringere Bedeutung zukommt als in den anderen Zeitungen und damit die Anzahl der Artikel überschaubar war. Bei den anderen beiden Zeitungen wurden die Artikel nach ihrer Relevanz zu den genannten Themen ausgewählt. Die meisten Artikel können als Leitartikel für die entsprechenden Themen angesehen werden. Insgesamt wurden 202 Artikel ausgewählt: 59 stammen aus der ‚Jungen Freiheit‘, 56 aus der ‚Tagespost‘, 87 aus ‚Idea Spektrum‘. Die Artikelanzahl bei ‚Idea Spektrum‘ liegt deshalb höher als bei den anderen Zeitungen, da ihre politischen Artikel wesentlich kürzer sind als jene der anderen Zeitungen.

Auf Basis dieser Auswahl erfolgte eine primäre Analyse der 202 Zeitungsartikel mit dem Ziel, einen ersten Überblick über dominante Diskursthemen, Konzepte, Kategorisierungen, den Gebrauch von Storylines und Metaphern zu erhalten. Es wurden acht Diskursthemen²² identifiziert, die – basierend auf der Anzahl ihrer Nennungen in den Zeitungsartikeln – eingeteilt wurden in fünf dominante Themen und drei Nebenthemen. Als dominante Themen lassen sich nennen: Das Sagbare, Bedrohung durch den Islam, Bedrohung durch Flüchtlinge, Anti-Gender, Politisierung der Kirchen. Zu den Nebenthemen zählen: CDU zu liberal, Kritik medialer Elite und Linke Bedrohung. Die Nebenthemen wurden nicht weiter kategorisiert. Sie spielen jedoch inhaltlich in den Auswertungen der dominanten Themen eine Rolle beziehungsweise werden hier thematisiert.

Aus den 202 Zeitungsartikeln wurden sodann 61 (Leit-)Artikel identifiziert (16 aus der ‚Jungen Freiheit‘, 22 aus der ‚Tagespost‘ und 23 aus ‚Idea Spektrum‘), denen eine Repräsentativität im Hinblick auf die Debatten zugeschrieben werden kann. Zudem handelt es sich hier um Artikel, in denen viele Akteure und Konzepte genannt werden. Diese wurden mithilfe der Software DNA kodiert. Der Kodiervorgang lässt sich wie folgt beschreiben:

²² Die Begründung für die Identifizierung der Diskurse liefert Hajer (2008, S. 217) in seiner Definition von Diskursen, nach der es sich hierbei um wiederkehrende Ideen, Kategorien und Konzepte handelt, die einem übergeordneten Sinn angehören und durch bestimmte sichtbare Praktiken produziert und reproduziert werden.

Ausgangspunkt und Grundlage ist die Forschungsfrage nach den Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen. Diese Forschungsfrage wurde theorie- und empiriegeleitet mit bestimmten Kategorien operationalisiert (Früh, 1991, S. 132ff.). Die Kategorien wurden induktiv und deduktiv am Material erhoben (Früh, 1991; Mayring, 1988; Schnell et al., 2008). In Anlehnung an Hajers argumentative Diskursanalyse (2002; 2003b, 2009; M. A. Hajer & Wagenaar, 2003) wurden Kategorien als Argumente betrachtet, die von unterschiedlichen Akteuren aufgegriffen werden, um ihre Haltungen zu einem Thema zu begründen. Die ausgewählten Artikel wurden hinsichtlich vier unterschiedlicher, dem Text zugrundeliegender Informationen kodiert: Person, Organisationsangehörigkeit, Kategorie und die Zustimmung oder Ablehnung des Konzeptes. Letztere beschreibt die thematische Positionierung, aus der sich Akteursverbindungen ergeben, aus denen sich wiederum Diskurskoalitionen erschließen lassen. Die Positionierung der Akteure zu bestimmten Konzepten war dabei sehr klar im Text bestimmbar, woraus auf eine gewisse, den Konzepten zugrundeliegende Polarisierung, geschlossen werden kann.

Schließlich wurden 14 Interviews mit Personen geführt, die als Experten für bestimmte Themen, die eine hohe Relevanz in den Verbindungen zwischen Rechtspopulismus und Christentum haben, betrachtet werden können. Die meisten von ihnen wurden in der DNA erfasst. Es handelt sich um Personen, deren Aussagen und Stellungnahmen in den analysierten Zeitungsartikeln mindestens einmal vorkamen. Diese Personen wurden von mir angeschrieben und gefragt, ob sie zu einem Gespräch zur Verfügung stehen. Alle angeschriebenen Personen gaben mir eine positive Antwort. Sie lassen sich folgenden Organisationen zuordnen: Parteien, Verbände, Landes- und Freikirchen, soziale Bewegungen, Zeitungen beziehungsweise Journalismus und Wissenschaft. Die Gespräche fanden als themenspezifische, leitfadengestützte, offene Interviews statt und wurden per Zoom oder Telefon geführt. Zusätzlich fand eine schriftliche Kommunikation per E-Mail statt. Der Sinn der Gespräche war zum einen, eine Bestätigung der identifizierten thematischen Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen und deren Konzeptualisierung zu erhalten sowie - zum anderen - ein tieferes Verständnis über Kausalketten und besondere Praktiken sowie deren Interpretation zu generieren. Ebenso sollten auch kognitive Brüche, Identifikationen und Re-identifikationen beziehungsweise Strukturen der Selbst- und der Fremdwahrnehmung erfasst werden. Folglich sind die Experteninterviews als zusätzliche Datenquelle neben den analysierten Zeitungsartikeln anzusehen. Aus informierter Vorahnung, dem Forschungsstand sowie den aus der Diskursanalyse gewonnenen Kenntnissen wurde ein themenspezifischer

Fragekatalog entwickelt. Die Interviews wurden transkribiert und zusammen mit den Zeitungsartikeln inhaltsanalytisch ausgewertet. Der Fragenkatalog und die Auflistung der geführten Interviews befinden sich im Anhang dieser Arbeit.

Im nächsten Untersuchungsschritt wurden die 202 Zeitungsartikel (siehe Untersuchungsschritt 2) und die geführten Gespräche (siehe Untersuchungsschritt 6) inhaltsanalytisch ausgewertet. Hierbei erwies sich die Software MAXQDA als nützlich. Die Codierung erfolgte mit dem aus der Diskursnetzwerkanalyse erstellten Codesystem. Dieses wurde in MAXQDA erweitert und verfeinert²³. Das Ergebnis war zum einen die (weitere) Bestätigung der identifizierten Themenverbindungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen sowie die Identifizierung von Mythen, Metaphern und Storylines. Zudem ließen sich Praktiken und Schlüsselereignisse herausfiltern, die bedeutsam für das Verständnis der Diskursdynamik waren. Die Darstellungsweise der identifizierten diskursiven Elemente orientiert sich an Hajers Studie zum Sauren Regen in den Niederlanden und Großbritannien (M. A. Hajer, 1995, 2003b, 2003a, 2008, 2009).

Im Anschluss daran wurden die 61 (Leit-)Artikel in der Diskursnetzwerkanalyse erneut durchgegangen. Konzepte wurden vereinheitlicht und einzelne Akteure wurden zu Akteursgruppen aggregiert. Insgesamt wurden in der DNA 349 Statements kodiert, 99 Personen 31 Organisationen zugeordnet und die Statements beim Kodieren in 27 Kategorien eingeteilt. Sodann fand die Analyse der Fallstudien statt. Der Beginn der Betrachtung beider Fallstudien erfolgte durch ein phänomenologisches Vorgehen²⁴ mit dem Ziel, über die „Absage an lineare Zuschreibungen“ und die „Anerkennung der Kontingenzaspekte [...] zum Wesenskern der Untersuchungsgegenstände vorzudringen“ (Peez, 2000, S. 163). Umgesetzt wurde dieses Vorgehen durch das „Saoking and Poaking“ (George & Bennett, 2005b, S. 89), also die Betrachtung von wissenschaftlichen und nicht wissenschaftlichen Beiträgen (Zeitungen, YouTube-Clips, Fernseh- und Radiosendungen) zu den beiden Fällen (Stuttgart/Dresden). Schließlich wurden Gespräche mit Verantwortlichen und Zeugen der Proteste geführt und Wahlergebnisse von Bundes- und Landtagswahlen betrachtet. Bei der Erhebung und Auswertung der Daten wurde eine „gewisse methodische Freihändigkeit in Kauf“ genommen (Bröckling & Krasmann, 2010, S. 39). Denn zunächst einmal ging es darum, eine Schärfung

²³ Im Anhang findet sich ein Ausschnitt des Codesystems sowie die Anzahl der Codierungen aus MAXQDA zu Gender.

²⁴ Das sozialwissenschaftliche Verfahren der phänomenologischen Analyse kann verstanden werden als Weiterentwicklung der Hermeneutik für die sozialwissenschaftliche Forschung und die philosophische Phänomenologie Bortz und Döring (1995, S. 278).

der prozessualen, historischen Diagnose zu erreichen, die mit den Mitteln einer auf Korpusfestlegung ausgerichteten Forschungsstrategie nicht möglich gewesen wäre. Schließlich wird dieses Vorgehen auch durch die Prozessanalyse legitimiert, die

„nicht so sehr eine spezifische Methode oder Technik [beschreibt], als vielmehr eine allgemeine Erklärungsstrategie. Sie ist mit unterschiedlichen Datentypen – kognitiven Zuständen, verbale Äußerung und Prozessdaten, Zwischenereignisse und -ergebnisse – und Methoden der Datenerhebung vereinbar [...]. In jedem Fall muss die Datenerhebung darauf ausgerichtet ein, Aufschluss über den kausalen Mechanismus zu liefern, der das zu erklärende Phänomen hervorgebracht hat.“ (Blatter et al., 2007, S. 266–267)

Für die Rekonstruktionen der beiden Fälle wurden relevante koalierende, kooperierende und konkurrierende Akteure ebenso betrachtet wie die strukturellen Gegebenheiten. Für die Beantwortung der Frage, ob die ‚Vereinnahmung der Christen durch Rechtspopulisten‘ politische Konsequenzen hat oder gar zu einem Wandel der politischen Landschaft beiträgt, wurden Wahlergebnisse hinzugezogen, jedoch nicht ohne über die Aussagekraft der Ergebnisse und den methodischen Vorgang zu reflektieren. Als besonders relevant wird für beide Fälle die Rekonstruktion der medialen und subjektiven Perspektiven angesehen, mit der die Mehrdeutigkeiten der jeweiligen Situation herausgearbeitet werden und die Unterschiedlichkeiten der Wahrnehmung einsichtig gemacht werden. Im Fall der Bildungsplanproteste wurden mit einer chronologischen Nacherzählung (Detailed (Atheoretical) Narrative) die zentralen Ereignisse und Zeitpunkte (Critical Junctures) verdeutlicht und das Auftauchen und die Modifikation von entscheidenden Variablen sichtbar gemacht (Blatter et al., 2007, S. 157). Diese Vorgehensweise erwies sich bei den Flüchtlingsprotesten als schwierig, da es keine Prozessdaten über das Engagement von Christen auf den PEGIDA-Protesten gibt. Hier wurde der Fokus auf historische Entstehungsgründe sowie kulturspezifische Aspekte gelegt, die mit einer (Ent-)Solidarisierung von Christen und Kirchen mit den Protestforderungen korrelieren.

Der letzte Untersuchungsschritt umfasst die Analyse der Mythen und Metaphern, die in den Diskurskoalitionen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen eine elementare Rolle spielen. Dieser Schritt baut auf den erhobenen Daten und den daraus gewonnenen Erkenntnissen der vorherigen Analyseschritte auf.

4.5 Methodische Reflexionen

Ein offener Umgang und eine kritische Bewertung des eigenen methodischen Vorhabens ist von hoher Relevanz, denn „the cumulation of knowledge in a field depends as much on

methodological transparency as on statistically significant results“ (Gerring, 2011, S. 633). Bei der vorliegenden Arbeit handelt es sich um eine Mixed-Method-Forschung, also die Kombination von Elementen aus qualitativen und quantitativen Forschungsansätzen (Brannen, 2005; Campbell & Fiske, 1959; Creswell & Plano Clark, 2018; Diaz-Bone, 2005; Mingers & Brocklesby, 1997). Entsprechend Creswells und Plano Clarks (2018) Einteilung der Mixed-Methods-Designtypologien handelt es sich bei der dargestellten Diskursanalyse und der darin vorkommenden Fallstudie um ein eingebettetes Design. Der Vorgang der Diskursanalyse mit der nachfolgenden Netzwerkanalyse kann als exploratives Design bezeichnet werden. Bei explorativen Designs werden zunächst qualitative Daten erhoben und analysiert, mit dem Ziel, anschließend aus den Ergebnissen ein quantitatives (bzw. im vorliegenden Fall ein qualitativ-quantitatives) Vorgehen zu entwickeln.

Die jeweiligen Methoden haben unterschiedliche Schwächen und Problembereiche, die nicht unerwähnt bleiben sollten. Bezüglich der Diskursanalyse herrscht in der Literatur Uneinigkeit darüber, ob es sich überhaupt um eine Methodik, Methodologie oder Methodenkritik handelt und ob Diskurse methodisierbar sind (Langer et al., 2019). In dieser Arbeit wird die Diskursanalyse als Hybrid begriffen; sie ist sowohl eine gegenstandskonstituierende Theorie als auch eine Forschungsstrategie. Die methodischen Herausforderungen liegen insbesondere in der Nachvollziehbarkeit der forschungspraktischen Umsetzung des diskursanalytischen Programms. Dies betrifft unter anderem die Bestimmung der Textkorpora und den Umgang mit großen Textmengen, die methodische Kontrolle der Datenerhebung, die Verbindung von qualitativen und quantitativen Verfahren und schließlich die Interpretation und Repräsentativität der Ergebnisse (Keller & Viehöver, 2006, S. 109). Bezüglich Hajers Annahmen über Diskurskoalitionen sollte kritisch hinterfragt werden, wie plausibel untersucht und dargestellt werden kann, dass sich bestimmte, oftmals sehr diffuse Deutungen gegenüber anderen durchsetzen (Münch, 2016, S. 62). Dennoch ist die Diskursanalyse für diese Arbeit ein geeignetes und valides Verfahren, da soziale Phänomene untersucht werden sollen, die „ursächlich mit diskursiven Praktiken oder diskursiven Strukturen zusammenhängen“ (Diaz-Bone, 2005, 179). Eine Diskursanalyse ist vielmehr als Perspektive oder methodologische Haltung denn als abschließend entwickelte Methode zu verstehen (Keller, 1997, S. 327).

Bei der Fallauswahl liegen die größten Probleme in der begrenzten Generalisierbarkeit der Ergebnisse über die analysierten Fälle hinaus und in der Gefahr des Parochialismus. Die Methode des Process Tracing birgt ferner die Gefahr des Storytellings und des infiniten Regresses. Letzterem kann dadurch begegnet werden, dass die zentralen Stationen der

Entwicklung klar definiert werden (Schimmelfennig, 2006, S. 268). Da Prozessanalysen nur an exemplarischen Fällen ausgeführt werden sollen, die eine hohe politische Relevanz haben und einen Hintergrund von korrelationsanalytischen Ergebnissen aufweisen, eignen sie sich sehr gut für das vorliegende Forschungsvorhaben. Weitere allgemeine methodische Probleme liegen unter anderem in der Datenerhebung und deren Auswertung. Schimmelfennig schreibt: „Unterspezifizierte und inkonsistente Theorien sowie wenige und schlechte Daten können kausale Schlüsse erschweren“ (Schimmelfennig, 2006, S. 268).

Problematisch ist des Weiteren die primäre Arbeit mit Sekundärquellen. Die verwendeten Quellen können anders interpretiert werden als von den Verfassern intendiert. Zudem besteht die Gefahr, dass nur jene Quellen gefunden werden, die die Ereignissequenzen anpassen und die eigenen Annahmen bestätigen (Bestätigungsbias).

Die angesprochenen Schwächen können teilweise durch eine Methoden-Triangulation (Denzin, 1970) kompensiert werden, was jedoch auch zu weiteren Problemen führen kann. Unter Triangulation ist die Betrachtung eines Gegenstandes aus zwei (beziehungsweise mehreren) verschiedenen, sich teilweise ergänzenden Perspektiven zu verstehen (Cook, 1985; Flick, 2011; Héritier, 1993; Wolf, 2015). Mit diesem Vorgehen soll ein vielschichtigeres und tieferes Verständnis über ein Forschungsphänomen erlangt werden, mit dem Ziel, darüber validere Aussagen treffen zu können.

In der Literatur ist Triangulation nicht unumstritten. Neben dem erhöhten Ressourcenaufwand um die jeweiligen Qualitätsstandards zu erfüllen (Brady et al., 2006, S. 359), dem breiteren Wissen über die unterschiedlichen Zugänge und den wissenschaftsphilosophischen Inkompatibilitäten (Creswell & Plano Clark, 2018; Mahoney & Rueschemeyer, 2003, S. 5) – wie beispielsweise dem Vorwurf der Annahme einer Existenz einer objektiven Realität von konstruktivistischer Seite (Blaikie, 1991, S. 125) – wird insbesondere die Frage diskutiert, ob Triangulation tatsächlich zu valideren Ergebnissen führt oder lediglich ein vielfältigeres Bild des Forschungsgegenstandes liefert (Kalthoff, 2010). Bei einer Triangulation besteht die Problematik insbesondere darin, einen Nexus zwischen den Methoden zu bilden, bei dem die Methoden zueinander in Beziehung gesetzt werden und nicht nur additiv nacheinander abgearbeitet und dargestellt werden. Zudem ist es wichtig, dass die jeweiligen Stärken beibehalten werden und die jeweiligen Schwächen mutual kompensiert werden (Mastenbroek & Doorenspleet, 2007, S. 4). Janning et al. (2009) zeigen, dass Hajers Diskurskoalition und die Diskursnetzwerkanalyse aufgrund ihrer strukturanalytischen Gemeinsamkeiten gut miteinander kombiniert werden können. Beide Ansätze interessieren sich für Relationen, jedoch mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Janning et al. schreiben:

„In der Politiknetzwerkanalyse werden typischerweise Relationen wie Kommunikation, Ressourcentausch oder Einflussreputation zwischen den Akteuren gemessen und für relationale Erklärungen von Positionen oder Politikergebnissen herangezogen. In der Diskursanalyse hingegen werden die Elemente des Diskurses, also die Konzepte, als Teile eines größeren Ganzen interpretiert, das sich aufgrund seiner Relationen zwischen den Konzepten konstituiert. Relationen zwischen den Konzepten können beispielsweise Verbindungen über allgemeinere Kategorien oder Sinnzusammenhänge sein, die zwei Konzepte gemeinsam innehaben, oder etwa symbolische oder metaphorische Ähnlichkeit (Ähnlichkeit der Metaphern und des Policy-Vokabulars).“ (Janning et al., 2009, S. 72).

Da die Analyse von Diskursnetzwerken die Erforschung eines politischen Diskurses ebenso voraussetzt wie die Verbindungen der im Diskurs vorkommenden Elemente mit den handelnden Akteuren eignet sich eine vorangestellte Diskursanalyse sehr gut, um die notwendigen Daten für die Diskursnetzwerkanalyse zu erhalten. Folglich handelt es sich bei der Kombination von Hajers Diskursanalyse, der Diskursnetzwerkanalyse und den Fallstudien um einen gelungenen Nexus eines ‚Multi-Method Research Designs‘ und eines ‚Mixed Method Research-Designs‘.

5. Analyse

Im vorliegenden Kapitel erfolgt die Auswertung der Diskurs- und der Inhaltsanalyse im Hinblick auf die eingangs formulierten Forschungsfragen:

Wie stellen sich die diskursiven Beziehungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen dar?

Welche Ermöglicungen für gegenseitige Bezugnahmen und Abgrenzungen lassen sich identifizieren?

Welche Rolle spielt die Politisierung der christlichen Religion in diesem Zusammenhang?

In Kapitel 5.1 werden die Beziehungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen in ihrer Gesamtheit mithilfe der Diskursnetzwerkanalyse für den Untersuchungszeitraum 2014 bis Anfang 2020 beschrieben. Zudem werden allgemeine Begrifflichkeiten für das Verständnis der Auswertung sowie die vorgenommene Zeiteinteilung präsentiert. Sodann erfolgt eine Vorstellung der an den Diskursen beteiligten Akteure (5.2) sowie eine Analyse zu Diskursforen dieser Arbeit (5.3). Die zuvor aufgezeigten Zeiteinteilungen werden schließlich als ‚Phasen wechselseitiger Bezugnahmen‘ genauer untersucht. Hier erfolgt eine verbundene Analyse von bestimmten Prozessen, Handlungsstrukturen, Narrationen und Praktiken (5.4). Abschließend werden die Ergebnisse der Untersuchungen aus den beiden Fallstudien (Proteste um den Bildungsplan 2014 in Baden-Württemberg und Anti-Flüchtlingsproteste in Sachsen) dargestellt (5.5).

Ziel der Analyse ist es nicht, die Wirklichkeit nachzuzeichnen, sondern Muster von Mehrdeutigkeiten und Uneindeutigkeiten sowie die komplexen Wechselwirkungen und miteinander verbundenen Ermöglicungsbeziehungen innerhalb der unterschiedlichen Logiken aufzudecken (Nassehi, 2015, S. 115–117). Ebenso dienen die Begriffe und die damit verbundenen Urteile von konservativ-evangelischen Christen, konservativ-katholischen Christen und Rechtspopulisten nicht dazu, die empirische Realität abzubilden, sondern für eine ‚denkende Ordnung‘ (M. Weber, 1904, S. 86), in der die eigentliche Bedeutung dieser Begriffe in der Zuteilung von Handlungsfäden, Interessen und Positionen in den jeweiligen Diskursen liegen.

5.1. Diskursnetzwerkanalyse 2014 bis 2020

Mithilfe der Diskursnetzwerkanalyse – basierend auf den Zeitungsartikeln von IS, TP und JF – lassen sich die Beziehungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen in vier

Zeitabschnitte untergliedern und als Gesamtnetzwerke visualisieren. Kriterien für diese Aufteilung bilden bestimmte Verzweigungen von Entwicklungsverläufen (Critical Junctures) in der Beziehung zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen, auf die später genauer eingegangen werden. Insgesamt wurden in der Diskursnetzwerkanalyse 99 Personen identifiziert, die 31 Organisationen zugeordnet wurden. Es wurden fünf (plus drei) dominante Diskursthematiken (siehe 2.2 Punkt 4) sowie 27 Konzepte in dem Beziehungsgeflecht Rechtspopulismus und (konservatives) Christentum bestimmt.²⁵ Bevor die vier Abbildungen der gesamten Diskursnetzwerke zusammenfassend beschrieben werden, wird die erste Abbildung ausführlicher beschrieben, um ein Verständnis für die Visualisierungen der DNA mit Visone zu schaffen. Diese grundlegenden Ausführungen können auf weitere Grafiken übertragen werden.

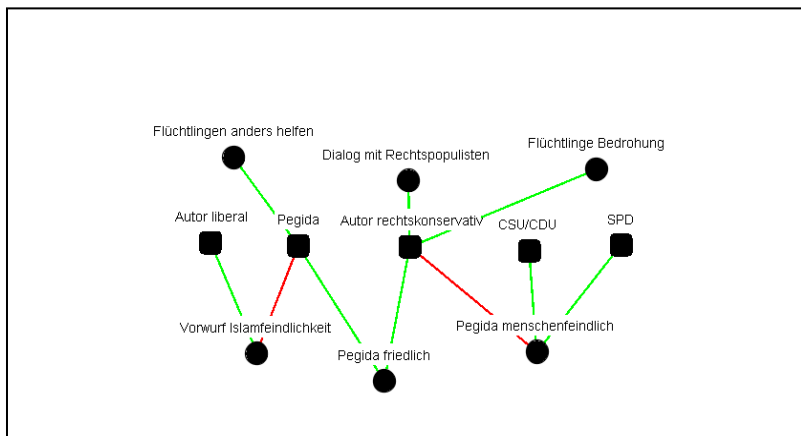


Abbildung 2: Gesamtes Diskursnetzwerk (01.01.2014-31.12.2014)

Quelle: Eigene Darstellung mit Visone

Das dargestellte Netzwerk besteht aus mehreren Sets von Knoten, die durch Kanten (Ties) miteinander verbunden sind. Als quadratische Knoten werden Organisationen dargestellt und als Kreise Konzepte. Folgende Organisationen bilden in dieser Grafik die Menge A von Akteuren: Autor liberal, Auto rechtskonservativ, PEGIDA, CDU, SPD. Die Menge C von Konzepten setzt sich zusammen aus: Flüchtlingen anders helfen, Dialog mit Rechtspopulisten, Flüchtlinge Bedrohung, Vorwurf Islamfeindlichkeit, PEGIDA friedlich, PEGIDA menschenfeindlich.

Da das Set aus Akteuren einem Set aus Konzepten zugeordnet werden kann, wird das Netzwerk auch als Affiliationsnetzwerk bezeichnet. Aufgrund der Tatsache, dass das Netzwerk aus Akteuren und Konzepten besteht, folgt, dass es sich um ein Two-Mode-Netzwerk handelt. Die

²⁵ Im Anhang werden sowohl Akteure wie auch thematische Verbindungen mit den jeweiligen Konzepten aufgelistet.

grüne Kante beschreibt, dass Akteure dem mit ihnen verbundenen Konzept zustimmen. Die rote Kante steht für Ablehnung. Jene Akteure, die einem Konzept einstimmig zustimmen oder es ablehnen, bilden ein Akteursnetzwerk. Beispielsweise bilden die Akteure CDU und SPD ein Akteursnetzwerk, da sie gemeinsam dem Konzept ‚PEGIDA menschenfeindlich‘ zustimmen. Es kann auch vorkommen, dass Akteure einem Konzept sowohl zustimmen als auch es ablehnen. Dann wird die Kante blau markiert. Dies ist oftmals der Fall, wenn unterschiedliche Akteure einer gemeinsamen Organisation sich unterschiedlich zu einem Konzept äußern.

Die Auswertung der Diskursnetzwerkanalyse bestätigt die Annahme, dass konservative Christen und Rechtspopulisten aufgrund der Übereinstimmung hinsichtlich bestimmter Konzepte ein Akteurs-Kongruenz-Netzwerk bilden. Daraus kann bei bestimmten Themen auf eine hohe diskursive Affinität geschlossen werden. In Tabelle 1 werden die identifizierten Akteure beziehungsweise Organisationen des Akteurs-Kongruenz-Netzwerk in rechtspopulistische, katholisch-konservative und evangelisch-konservative Akteursgruppen eingeteilt. Die Erzählungen der jeweiligen Akteursgruppen werden entsprechend als rechtspopulistische, konservativ-katholische und konservativ-protestantische Narrative bezeichnet.

Organisationen	Akteursgruppierung	Bezeichnung der Narrative
AfD, Autor rechtskonservativ, ChrAfD, PEGIDA	Rechtspopulistische Akteure	Rechtspopulistische Narrative
Autor katholisch-konservativ, Initiative Familienschutz, Zivile Koalition	Katholisch-konservative Akteure	Konservativ-katholische Narrative
Autor evangelisch-konservativ, Deutsche Evangelische Allianz, Evangelischer Gnadauer Gemeinschaftsverband e. V., Freikirchen, Wissenschaftler, evangelikaler Theologie	Protestantisch-konservative Akteure	Konservativ-protestantische Narrative

Tabelle 1: Einteilung und Bezeichnung rechtspopulistischer und christlich-konservativer Akteure und deren Narrative

Quelle: Eigene Darstellung

Ferner konnten in der Diskursnetzwerkanalyse Akteure identifiziert werden, die kaum oder keine gemeinsamen Zustimmungen oder Ablehnungen von Konzepten mit Rechtspopulisten und christlich-konservativen Akteuren teilen. Zu diesen gehören liberale Autoren, Evangelische und Katholische Kirchen, SPD, Grüne, Linkspartei und Wissenschaftler universitärer Theologie. Sie bilden mit Rechtspopulisten und konservativen Christen Akteurs-Konflikt-Netzwerke.

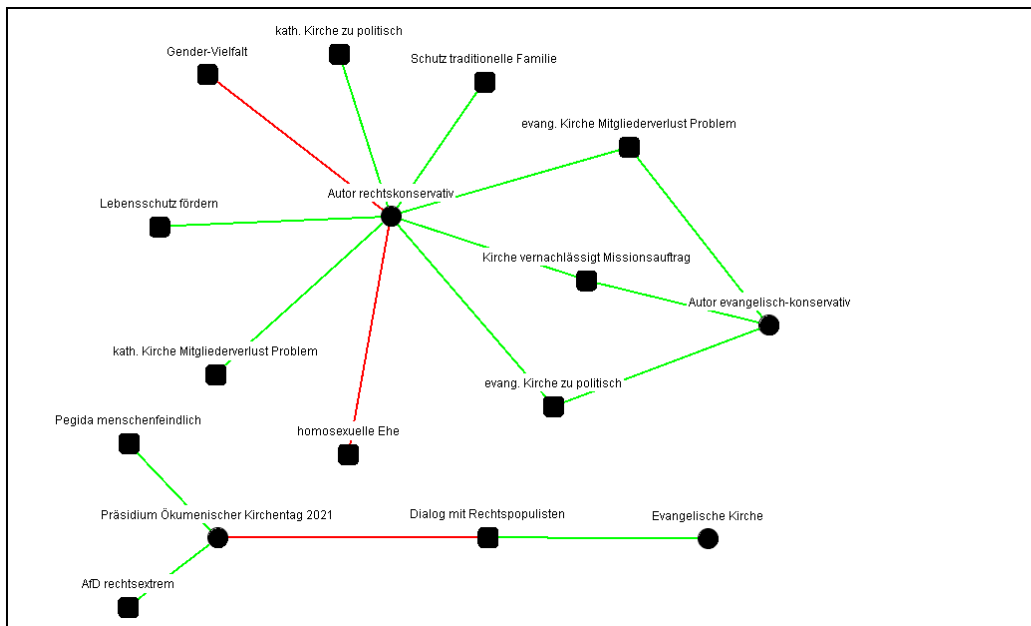


Abbildung 5: Gesamtes Diskursnetzwerk (01.01.2020-28.29.02.2020); Quelle: Eigene Darstellung mit Visone

Betrachtet man das Gesamtnetzwerk aus dem Jahr 2014 (01.01.2014-31.12.2014), dann fällt auf, dass noch keine christlich-konservativen Akteure auftreten. Insgesamt umfasst das Netzwerk, im Vergleich zu den Gesamtnetzwerken der nachfolgenden Jahre, wenige Akteure und wenige Konzepte. Da im Zeitraum 2014 noch keine Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen existieren, wird dieser Zeitraum betitelt mit ‚Unverbundene Existenzen‘. Den zweiten Zeitraum bilden die Jahre zwischen 2015 und 2017. In diesem entstehen die ersten ‚Thematischen Verbindungen‘ zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen. Der dritte Zeitraum schließt die Jahre 2018 bis Ende 2019 ein und wird benannt als ‚Profilierungen, Zuschreibungen und Abgrenzungen‘. In diesem Zeitraum bestimmen Selbst- und Fremdzuschreibungen von ‚christlich-sein‘ beziehungsweise ‚unchristlich-sein‘ sowie die Thematik ‚Dialogisierung und Dialogverweigerung mit Rechtspopulisten‘ die Beziehungen zwischen den dargestellten Akteuren. Bereits im zweiten und verstärkt im dritten Zeitraum sind sowohl mehr Akteure als auch mehr Konzepte zu sehen. Da beide Abbildungen durch die große Anzahl an Akteuren und Konzepten sehr unübersichtlich sind und ein Muster schwer erkennbar ist, werden in Kapitel 5.4 Verbindungen anhand einzelner Themen untersucht. Abbildung 4 beschreibt das Gesamtnetzwerk im Zeitraum 01.01.2020-29.02.2020 und wird mit ‚Nachlassende Verbindungen‘ betitelt. Während rechtskonservative Autoren nach wie vor bezüglich den Themen Gender, Familie, Politisierung der Kirchen Stellung beziehen, äußern sich evangelisch-konservative Autoren nur noch

hinsichtlich des letztgenannten Themas. Die Diskussion um den Umgang mit Rechtspopulisten beim Ökumenischen Kirchentag im Jahr 2021 bildet hier ein eigenes Netzwerk.

5.2 Zentrale Akteure

Im Folgenden werden die zentralen Akteure im Beziehungsgeflecht Rechtspopulismus und konservatives Christentum, die in der Diskursnetzwerkanalyse ermittelt wurden, beschrieben. Die Beschreibung der nachstehenden Akteure umfasst sowohl Elemente der Selbst- und Fremdbeschreibung wie auch die Positionierung zum Christentum und zum Rechtspopulismus. Auch Wissens Elemente werden herausgearbeitet und als Ressource der Akteure in Wissensmärkten angesehen, in denen die Akteure die eigene Deutungshoheit verteidigen und gegenüber Diskurseinflüssen von außen schützen. Die Datengrundlage für die Beschreibung der Akteure bilden neben der DNA auch Interviews, Monografien, wissenschaftliche Aufsätze, Handreichungen, Auswertungen von Homepages und Stellungnahmen in Zeitungen. Die Einteilung der Akteure (Tabelle 2) orientiert sich an den in der Theorie vorgestellten kollektiven und individuellen Akteuren, die in der politischen Öffentlichkeit miteinander interagieren. Zu den kollektiven Akteuren zählen etablierte politische Akteure, Interessensverbände, Medien und Außenseiter beziehungsweise Organisationen von sozialen Bewegungen.

<p>Etablierte Akteure AfD, CDU, Linke, Grüne, SPD, Landeskirchen, Zentralrat der Juden in Deutschland, Zentralrat der Muslime in Deutschland</p>
<p>Interessensverbände/Vereine Deutsche Evangelische Allianz, Verdi</p>
<p>Journalisten Konservativ-rechte Journalisten, Konservativ-evangelische Journalisten, Konservativ-katholische Journalisten, Liberale Journalisten</p>
<p>Außenseiter/Organisationen von sozialen Bewegungen Pegida, Bildungsplan, Lebensrecht, Christopher Street Day/ LGBT-Bewegung</p>
<p>Wissenschaftler Theologen, Sexualwissenschaftler, Neurowissenschaftler, Religions- und Sozialwissenschaftler</p>

Tabelle 2: Gruppierte Akteure (Organisationen) aus der DNA (2014-2020); Quelle: Eigene Darstellung

Die vorgestellten Akteure umfassen nur jene, die sich im Untersuchungszeitraum in den Zeitungen TP, IS und JF besonders häufig zu bestimmten Thematiken äußerten beziehungsweise genannt wurden. Weitere bedeutende Akteure werden in den Fallstudien vorgestellt. Beispielsweise wird in der Fallstudie zum Bildungsplan gezeigt, dass in der Verbindung zwischen Rechtspopulismus und Christentum auch russlanddeutsche Christen eine bedeutende Rolle spielen, die in den analysierten Zeitungen jedoch nicht thematisiert wurden. Der Hauptgrund hierfür liegt darin, dass die russlanddeutsche Gemeinschaft über kein gemeinsames Sprachrohr verfügt. Dies unterscheidet sie von den hier vorgestellten Akteuren. Diese verfügen nicht nur über eigene Sprachrohre, die von Medien, Politik, Kirchen, Wissenschaftlern und der Bevölkerung gehört werden, sondern (in unterschiedlichem Ausmaß) auch über personelle, organisationale und mediale Netzwerke. Folgende Akteure wurden identifiziert und näher betrachtet:

5.2.1 Alternative für Deutschland

Die Alternative für Deutschland (AfD) wurde am 6. Februar 2013 im Gemeindezentrum der evangelischen Christuskirche in Oberursel bei Frankfurt am Main gegründet. Nicht selten wird der Gründungsort als Beleg dafür genommen, dass das Christentum bereits seit den Anfängen der AfD wegweisend war. Andererseits existieren in den Parteiprogrammen der AfD keine expliziten Nennungen des Christentums. Innerhalb der AfD existieren vier Strömungen, die sich in ihrer Haltung zur Religion beziehungsweise zum Christentum und ihren Zuschreibungen über den Stellungwert des Christentums innerhalb der Partei unterscheiden: Eine (neo-)liberale, eine völkisch-nationalistische, eine national-aristokratische und eine wertekonservative Strömung.

Neoliberale Strömung

Die neoliberale Strömung, auch als ‚real-politischer‘ Flügel bezeichnet, wird unter anderem von Bernd Lucke²⁶, Jörg Meuthen, Konrad Adam²⁷, Beatrix von Storch, Frauke Petry²⁸, Marcus Pretzell²⁹ und Alexander Gauland vertreten. Letzterer äußerte sich in einem Interview klar, dass die AfD „keine christliche Partei“ sei (Gauland, 2016). Die AfD verteidige nicht das Christentum, „sondern das traditionelle Lebensgefühl in Deutschland, das traditionelle

²⁶ Trat 2015 aus der AfD aus.

²⁷ Trat im Januar 2021 aus der AfD aus.

²⁸ Trat im Jahr 2017 aus der AfD aus.

²⁹ Trat 2017 aus der AfD aus.

Heimatgefühl“ (ebd.). Entsprechend marginal sind Äußerungen über das Christentum von Vertretern dieser Strömung. Der Arbeitsschwerpunkt der neoliberalen Strömung liegt insbesondere im wirtschaftspolitischen Bereich.

Völkisch-nationalistische Strömung

Vertreter der völkisch-nationalistischen Rechten sind unter anderem Björn Höcke, Hans-Thomas Tillschneider und Markus Frohnmaier. In der Öffentlichkeit fallen sie immer wieder durch ihre aggressiven Äußerungen, unter anderem über Flüchtlinge und Gender(studien) auf. Hier lassen sich zum Teil rechts-extreme Positionen erkennen, wie sie zum Beispiel die NPD hinsichtlich der Geschlechterthematik vertritt.³⁰ Erwähnenswert an dieser Stelle ist das ‚Institut für Staatspolitik‘ in Schnellroda, welches vom Bundesamt für Verfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsfall eingestuft wurde. Der von Götz Kubischek geleitete Think-Tank kann als Ausgangspunkt für den völkisch-nationalistischen AfD-Flügel um Björn Höcke angesehen werden. Zum Institut gehören der Verlag ‚Antaios‘ und die verlagseigene Zeitung ‚Sezession‘ mit ihrem Online-Blog ‚Sezession im Netz‘. Nach einer Analyse zahlreicher Artikel dieser Zeitschrift zum Thema Religion schlussfolgert der Sozialwissenschaftler Salzborn, dass für die Zeitschrift ‚Sezession‘ das Christentum für das „Eigene“, der Islam für das „Fremde“ und das Judentum für das „Andere“ stehe. Letzteres sei von möglicher Wesensgleichheit ausgeschlossen. Das Christentum wird als „Kulturgut“ angesehen, das neben germanischen beziehungsweise neuheidnischen Traditionen ebenso zu einer neurechten Identitätskonstruktion beiträgt, wie römische und griechische Traditionsbestände (Salzborn, 2015, S. 297).

Die Beziehung, die Vertreter der völkisch-nationalen Strömung mit dem Christentum pflegen, lässt sich mit dem Mimikry-Effekt eines Chamäleons vergleichen. So wie ein Chamäleon die Farbe annimmt, die der Hintergrund hat, so geben sich jene Vertreter in bestimmten Kontexten kirchen- und christentumsfreundlich und in anderen Kontexten religions- und kirchenkritisch. Dabei wird je nach Thema und Argumentation auf ausgewählte Lesarten des Christentums zurückgegriffen, die sowohl die eine wie auch die andere Haltung bestätigen.³¹

³⁰ Beispielsweise ist die Geschlechterpolitik dieser Strömung geprägt durch eine bevölkerungsbiologische Sichtweise, nach der ein demografischer Wandel ausschließlich durch eine höhere Geburtenrate Deutscher erzielt werden soll und nicht durch Einwanderung (Drei-Kinder-Familienpolitik).

³¹ Beispielsweise schreibt Lichtmesz (2014, S. 185), dass das Gebot der Nächstenliebe nicht für Notsituationen, in denen seine Umsetzung existenzgefährdend wirke, angewendet werden dürfe. In „christlich gläubigeren Zeiten“ wie den gegenwärtigen jedoch habe man gut daran getan, „auf das kriegerische Fundament des Alten Testaments“ zurückzugreifen, wenn angesichts großer Gefahr kein anderer Ausweg bestand, als „zum Schwert zu greifen“, sich „einfallenden Invasoren entgegenzustellen“, ja sogar „andere Völker zu unterwerfen und zu missionieren“.

National-aristokratische Strömung

Bei den Vertretern der national-aristokratischen Strömung handelt es sich um einige (wenige) privilegierte Menschen, zum Teil Adlige³², die über große finanzielle Ressourcen und einflussreiche Netzwerke verfügen. Die Soziologin Schmincke beschreibt sie wie folgt:

„Ihnen geht es tatsächlich um so etwas wie kulturelle Hegemonie; sie wollen ihren Einfluss sichern und mit diesem konservative Werte verteidigen, zu denen auch der Glaube an eine natürliche Ungleichheit unterschiedlicher Gruppen gehört. Ihnen geht es somit gleichermaßen um Werte wie um die Macht derjenigen, die für diese Werte stehen bzw. davon profitieren.“ (Schmincke, 2017, S. 7)

Vorzeigefrau der national-aristokratischen Strömung ist Beatrix von Storch. Aufgrund ihrer Herkunft aus dem Haus Oldenburg, welches zum deutschen Hochadel gehört, besitzt von Storch hohe Prominenz und Prestige. Zudem ist sie eine Repräsentantin verschiedener Gruppen und Organisationen und besetzt als Rednerin und Autorin mehrere (mediale) Posten. Dadurch besitzt sie zahlreiche Verbindungen zu Politik, Medien und sozialen Bewegungen. Aufbauend auf diesen persönlichen Netzwerken verfügt sie über die Fähigkeit, sich mit anderen Gruppen und Organisationen abzusprechen und gemeinsame Aktionen durchzuführen, was zu dem Aufbau von organisationalen Netzwerken führt. Besonders auf dem Gebiet von ‚Anti-Gender‘ ist Beatrix sowohl auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene sehr aktiv.³³ Jedoch ist der Gender-Bereich nur eines von vielen Themen, die von Beatrix von Storch bearbeitet und vermarktet werden. Als Mitbegründerin des Vereins ‚Göttinger Kreis – Studenten für den Rechtsstaat e. V.‘ und der ‚Zivilen Koalition‘³⁴ engagiert sie sich ebenso für eine Reformation des Steuern- und Wahlsystems wie für ein Verfassungsverbot von Staatsneuerschuldungen.

³² Z.B. ist Beatrix von Storchs Vater, Huno von Oldenburg im Hintergrund sehr aktiv und pflegt enge Kontakte zum ‚Allrussischen Monarchistischen Zentrum‘, ihr Cousin Phillip von Preußen ist Pastor, Monarchist und engagiert sich für den ‚Marsch für das Leben‘. Ein weiterer Cousin, Paul, Herzog von Oldenburg, arbeitet in Brüssel für die katholische ‚Gesellschaft zum Schutz für Familie, Tradition und Privateigentum‘.

³³ Als AfD-Abgeordnete im Europaparlament koordiniert sie in der drittgrößten Fraktion im Europaparlament, ‚Europäische Konservative und Reformier‘ (ECR), die Geschlechterpolitik.

³⁴ Der Verein ‚Zivile Koalition‘ bildet ein schwer zu durchschaubares Kampagnennetzwerk, das klerikal-aristokratische Interessen vertritt. Ziel ist es, möglichst viele konservativ eingestellte Menschen für sich zu gewinnen. Zudem versucht die ‚Zivile Koalition‘ mit einer Vielzahl verschiedener Internetseiten, wie Abgeordneten-Check, Civil Petition oder EU-Check Druck auf Politiker auszuüben. Hinzu kommen eine Reihe von familistischen und lebensrechtlichen Initiativen, wie ‚Entscheidung für das Leben‘, ‚Initiative Familienschutz‘ oder ‚Einer von uns‘. Formal ist Sven von Storch der Hauptverantwortliche dieser Initiativen und Kampagnen-Projekte. Die dazugehörigen Adressen sind aber identisch mit Beatrix von Storchs Arbeits- und Wohnadresse. Die ‚Zivile Koalition‘ wurde in der Vergangenheit aufgrund des Verdachts auf Veruntreuung von Spendengeldern, möglichem Datenmissbrauch und Ankauf von E-Mail-Adressen angezeigt beziehungsweise heftig kritisiert. Die ‚Zivile Koalition‘ wird nach und nach durch den Verein ‚Zivile Allianz‘ ersetzt. Sowohl die ‚Zivile Koalition‘ als auch die ‚Zivile Allianz‘ bezeichnen sich als unabhängige, überparteiliche und nicht-staatliche Organisationen „Zivile Allianz: Unsere Agenda,“ ; „Zivile Koalition: Wer Wir Sind,“.

Zudem fordert sie, gemeinsam mit ihrem Mann Sven von Storch, die Rückgabe des Bodenreformlandes an die vorherigen Eigentümer (“Zivile Koalition: Wer Wir Sind”). Bei der letztgenannten Forderung geht es ihr vor allem darum, Großgrundbesitze des Adels wiederherzustellen. Für Vertreter der national-aristokratischen Strömung bildet das Christentum ein Puzzlestück in ihrer konservativ-traditionellen Identität. Entsprechend können die Unterstützungen und die Schaffung von ‚christlichen Lobbys‘ als eine Strategie gewertet werden, um (eigene) politische Ziele zu erreichen.

Werte-konservative Strömung

Als wichtigen Vertreter der werte-konservativen Strömung innerhalb der AfD lässt sich die 2015 gegründete Bundesvereinigung Christen in der AfD (kurz ChrAfD)³⁵ anführen. Bedeutende Mitglieder sind Martina und Volker Kempf, Anette Schultner³⁶, Joachim Kuhs und Volker Münz. Die Mitgliederanzahl von rund fünfhundert ist verglichen mit dreißigtausend Parteimitgliedern klein. Nach Eigenangaben sind in der Vereinigung circa ein Drittel Katholiken und zwei Drittel Protestanten (aus Landes- und Freikirchen). Als Gründe für den Zusammenschluss wird die gegenseitige Stärkung unter Christen, die Stärkung christlicher Werte innerhalb der Partei, die Pflege des Dialoges mit den Amtskirchen sowie die Gewinnung von christlichen Wählern genannt (Interview ChrAfD 16.02.2021). Ihren christlichen Einfluss innerhalb der Partei schätzen die Vertreter als äußerst hoch ein. So schreibt der kirchenpolitische Sprecher der AfD Volker Münz (2018, S. 160–167) in seinem Buch ‚Rechtes Christentum?‘, dass das Bekenntnis der AfD zur christlich-abendländischen Kultur, der Schutz des ungeborenen menschlichen Lebens, die Bewahrung des Leitbilds der traditionellen Ehe und der Familie sowie die Ablehnung der Gender-Ideologie auf den Einfluss der Christen in der AfD zurückzuführen sei. Folglich habe die Partei eine christliche Ausrichtung. Der Sprecher der ChrAfD Joachim Kuhs betont: „Auf unseren Parteitag haben die Mitglieder diese Themen [Ehe, Familie, Lebensschutz und Verantwortungsethik] zu über 80 Prozent in unser Programm hineingewählt. Von daher wissen wir eine große Mehrheit der AfD-Mitglieder dem christlichen Menschenbild verpflichtet“ (Kuhs in Sasse, 2019). Dieses christliche Selbstbild geht einher mit einer Abgrenzung zum rechten Gedankengut, wie das folgende Zitat verdeutlicht:

³⁵ Bereits 2013 wurde der Arbeitskreis ‚Christen in der AfD‘ gegründet. Die meisten ChrAfD-Mitglieder kommen aus Baden-Württemberg und Bayern. Jedoch gibt es flächendeckend Regionalverbände.

³⁶ Trat 2017 aus der AfD aus.

„Identität ist fundamental wichtig: persönliche, geschlechtliche, nationale Identität. Ohne sie wird der Mensch zum Spielball der Gewalten. Wir Christen finden unsere primäre Identität jedoch weder in einem Volk noch in einer Partei. Unsere erste Loyalität gilt unserem Herrn und Retter Jesus Christus und seinem Reich. Sollte sich die Alternative für Deutschland einmal in eine Richtung bewegen, die wir nicht mittragen können, sei es, dass sie tatsächlich (und nicht zum x-ten Male von den Medien herbeigeschrieben) nach rechts abdriftet, sei es, dass auch sie sich dem Diktat der Politischen Korrektheit unterwirft, sei es, dass sie sich – aus welchen Gründen auch immer – gegen Christen wendet, so werden wir unser Engagement neu überdenken müssen. Für den Moment jedoch erscheint uns die AfD als die beste Möglichkeit, dem ‚Rad in die Speichen zu fallen‘ (Bonhoeffer).“ (Kuhs et al., 2020, S. 285)

Die Abgrenzung zum rechten Gedankengut erfolgt in diesem Zitat zum einen mit einem Rückgriff auf die christliche Identität (*ein Christ kann nicht rechts sein*) und zum anderen mit einer Falschzuschreibung durch die Medien, womit die Existenz rechter Tendenzen in der Partei relativiert wird. Eine weitere Strategie, die häufig in (Zeitungs-)Interviews zum Vorschein kommt, ist die Bedienung des Narrativs, *man könne rechte Einzelaussagen von AfD-Mitgliedern nicht verallgemeinern*. Die Darstellung des Selbstverständnisses ist für diese Arbeit deshalb notwendig, da mit ihr eine Vermarktung der AfD als ‚christliche Partei‘ einhergeht und damit eine Brücke ins bürgerlich-konservative Lager gebaut wird.³⁷ Innerhalb der Partei dürfte der Einfluss der ChrAfD als gering gewertet werden. Schon allein die Existenz von Untergruppierungen wird von einigen Parteigenossen nicht begrüßt, da damit die Gefahr einer internen Zersplitterung der Partei einhergehe (Interview ChrAfD 16.02.2021). Andere sehen in der ChrAfD eine Lobbygruppe, die zu einer breiteren gesellschaftlichen Basis der Partei beitragen kann. Aus der DNA-Analyse (siehe Abbildung 6) wird ersichtlich, dass, im Gegensatz zu der Selbstdarstellung und Werbung der AfD und der Bundesvereinigung ChrAfD primär als familienfreundliche Partei, ChrAfD-Politiker ebenfalls häufig Stellung zu den Themen Islam, Flüchtlinge, Kirchen und CDU beziehen.

³⁷ Die Vermarktung geschieht unter anderem durch Publikationen wie beispielsweise „Mut zur Wahrheit: Warum die AfD für Christen mehr als eine Alternative ist“ Kuhs et al. (2020), „Nation, Europa, Christenheit: Der Glaube zwischen Tradition, Säkularismus und Populismus“ Dirsch et al. (2019), „Rechtes Christentum? Der Glaube im Spannungsfeld von nationaler Identität, Populismus und Humanitätsgedanken“ Dirsch et al. (2018).

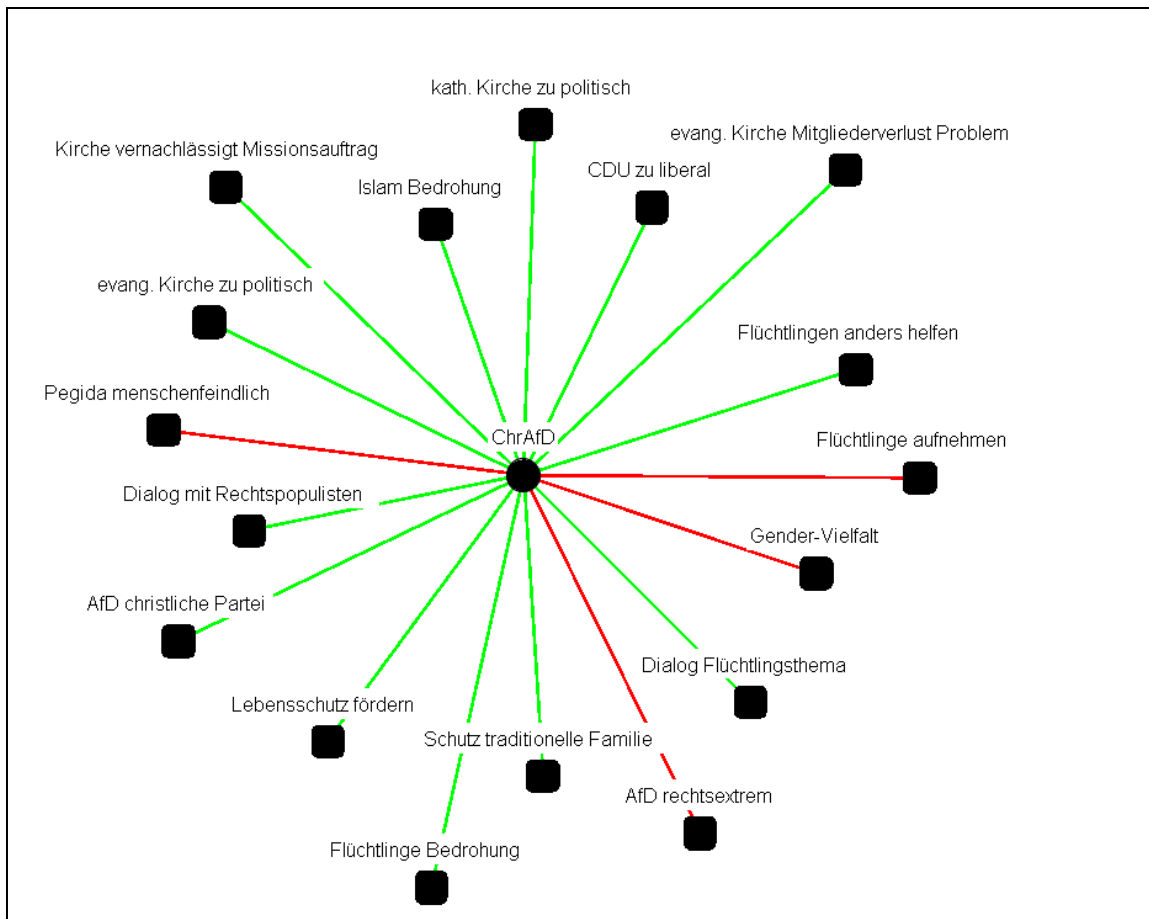


Abbildung 6: Konzepte, zu denen sich ChrAfD-Vertreter äußern (2014-2020); Quelle: Eigene Darstellung mit Visone

5.2.2 Konfessionskirchen

Die Positionierung der Evangelischen und der Katholischen Kirchen zum Rechtspopulismus wird unter anderem durch die Dialogverweigerung mit AfD-Politikern auf den Kirchentagen (dies trifft insbesondere auf die Evangelische Kirche zu), den Ausschluss von AfD-nahen Geistlichen aus ihrem Amt und durch eine Vielzahl sozialetischer Publikationen zum Thema Rechtspopulismus ersichtlich (Bedford-Strohm et al., 2020; Diakonie Deutschland, 2018; Heimbach-Steins et al., 2017; Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, 2019; Strube; Synodalausschuss für gesellschaftliche Verantwortung, 2017). Es finden sich zahlreiche Publikationen von kircheninternen Mitarbeitern, die oftmals als Experten für Rechtsextremismus für die Kirchen arbeiten (Diakonie Deutschland, 2018; Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, 2019; Synodalausschuss für gesellschaftliche Verantwortung, 2017) oder aber von Wissenschaftlern primär aus der Theologie und den (christlichen) Sozialwissenschaften (z.B. Heimbach-Steins et al., 2017; Sekretariat der Deutschen

Bischofskonferenz, 2019), die im Auftrag der jeweiligen Kirchen und zuletzt auch von freien Autoren (z.B. Bednarz in Bedford-Strohm et al., 2020).

Diese Publikationen umfassen sowohl allgemeine Aufklärungen zum Phänomen des Rechtspopulismus, in denen direkt oder indirekt auf die AfD verwiesen wird, als auch spezifische Studien über die AfD und ihre Haltung zu den Themen Religion, Gender, Flüchtlinge, Islam und Identität. Eine ‚dialogische‘ Auseinandersetzung mit AfD-Vertretern findet dabei nicht statt. Ebenso werden Stellungnahmen und Publikationen der bürgerlich-konservativen Strömung nicht erwähnt. Das Phänomen des Rechtspopulismus wird mit dem Rechtsextremismus verbunden und als eine von ihrer Umgebung losgelöste Einheit betrachtet. Beispielsweise schreiben Heimbach-Steins et al. (2017, S. 70), dass „AfD-Sympathisanten auf Facebook [...] eine homogene, nur innerhalb ‚rechter‘ Gruppierungen vernetzte Gemeinschaft [bilden].“ Eine Einordnung in die kirchlichen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen und Verhältnisse findet ebenso wenig statt wie die Kontrastierung des Rechtspopulismus mit weiteren ‚extremistischen‘ Strömungen.

Die den Publikationen zugrunde liegenden dominanten Narrative sind *die Unvereinbarkeit des Christentums und des Rechtspopulismus* und *die Gefahr der Vereinnahmung des Christentums durch Rechtspopulisten (die in ein rechtes Christentum mündet)*. Als Belege für diese Äußerungen werden die Programmatiken des völkischen Flügels der AfD herangezogen. In diesen sei eine Bezugnahme auf christliche Traditionen durch Rechtspopulisten und das (digitale) Werben um christliche Stimmen zu erkennen, das mithilfe von bestimmten Themen, wie beispielsweise dem der traditionellen Familie, geschehe. Heimbach-Steins et al. schlussfolgern:

„Die AfD tritt zwar für die Unterstützung eines traditionellen Familienbildes und für den Schutz des ungeborenen Lebens ein. Diese Anliegen werden jedoch einem vorrangig bevölkerungspolitischen Interesse zugeordnet: Deutsche sollen zur Familiengründung angeregt, deutsche Familien und Kinder sollen gefördert werden, während in der Asyl-, Einwanderungs- und Integrationspolitik völlige Abschottung gefordert wird. Eine solche bevölkerungspolitische Verzweckung der Familie widerspricht (trotz mancher ähnlich klingender Einzelaussagen) sowohl dem katholischen Familienverständnis als auch dem Eintreten für einen umfassenden Lebensschutz.“ (Heimbach-Steins et al., 2017, S. 2)

Ferner wird in den Publikationen auf das völkisch und nationalsozialistisch geprägte Verständnis der AfD von repräsentativer Demokratie, Sprache, Kultur und Identität eingegangen und gewisse, von der AfD ausgehende ‚Drohszenarien‘ wie die Gefahren des Islams, des Multikulturalismus und der Gendervielfalt sowie den Geschichtspessimismus und

die Krisenrhetorik der Partei eingegangen. Der AfD wird ein positives Verständnis von gesellschaftlicher Gerechtigkeit, Verantwortung und Solidarität abgesprochen. Das Fazit der Publikationen lautet, dass die AfD als Fundamentalopposition außerhalb des traditionellen Parteiensystems stehe, ihre Programmatik unvereinbar sei mit christlichen Werten und von einer Wahl der AfD abgeraten wird. In den analysierten kirchlichen Publikationen lassen sich kaum konfessionelle Unterschiede in der Thematisierung und Problematisierung des Rechtspopulismus erkennen, was vor allem darauf zurückzuführen ist, dass die jeweiligen evangelischen und katholischen Publikationen oftmals die gleichen Quellen nutzen.

Die Diskursnetzwerkanalyse (siehe Abbildung 7) hingegen zeigt, dass neben geteilten Konzepten zu dem Thema Rechtspopulismus, wie dem Absprechen einer Christlichkeit der AfD und der Skepsis hinsichtlich eines Dialoges mit Rechtspopulisten, inner- und außerkonfessionelle Unterschiede in weiteren, die Verhältnisse von Rechtspopulismus und Christentum konstatierenden Konzepten, existieren.³⁸ Die Abgrenzung zu rechten Positionen, insbesondere zu jenen, die die Flüchtlingsproblematik und die Genderthematik betreffen, ist bei der Evangelischen Kirche stärker ausgeprägt als bei der Katholischen Kirche. In dieser Haltung ist eine gewisse ‚Werbung in eigener Sache‘ erkennbar. Nicht jene konservativen Christen (die narrativ als *evangelikal* und auch als *rechts* geframt werden), sollen mit dieser Haltung angesprochen und in den Kirchen gehalten werden, sondern liberal eingestellte Gläubige. Viele konservative Protestanten haben sich bereits abgespalten, wie im Laufe der Geschichte immer wieder sichtbar wurde. Die Konsequenz dieser Haltung – ein (weiterer) Mitgliederverlust – wird nicht thematisiert. Kritik aus den eigenen Reihen betrifft *die Vernachlässigung des Missionsauftrages* und *die Politisierung der Evangelischen Kirche*.

Die Katholische Kirche erscheint mit ihren Zustimmungen zu genderbezogenen Themen konservativer als die Evangelische Kirche. Daraus resultiert auch eine gewisse Abgrenzung zu dieser, wie das folgende Zitat des Berliner Erzbischof Heiner Koch veranschaulicht:

„Ich bin fest davon überzeugt, wenn wir alles neu machen würden, um dem Mainstream zu folgen, und eventuell tun, was die Menschen von uns erwarten, werden auch wir den Trend nicht aufhalten. Ich bin auch für Reformen, aber ich glaube nicht, daß durch noch so viele Reformen die Menschen in Massen wiederkommen. Das sieht man auch in der evangelischen Kirche.“ (Koch in Gernot, 2019)

Da das Entstehen für ‚die Wahrheit‘ als zentrales Element im katholischen Glauben angesehen werden kann, werden konservative Haltungen beziehungsweise konservative Akteure, die ‚die

³⁸ Am Fallbeispiel Sachsen (5.5.3) werden zudem auch regionale Unterschiede beschrieben.

Wahrheit‘ bezeugen, eher akzeptiert, auch wenn diese außerhalb der Kirche verortet werden.³⁹ Kritik an dieser Haltung stammt weniger aus den eigenen Reihen als eher von theologischen Wissenschaftlern. Das Einstehen für die Wahrheit und der Erhalt der eigenen Macht beinhaltet sodann einen gewissen Mitgliederverlust, der jedoch eher als Tatsache und als ‚notwendiges Übel‘ denn als zu lösendes Problem angesehen wird.

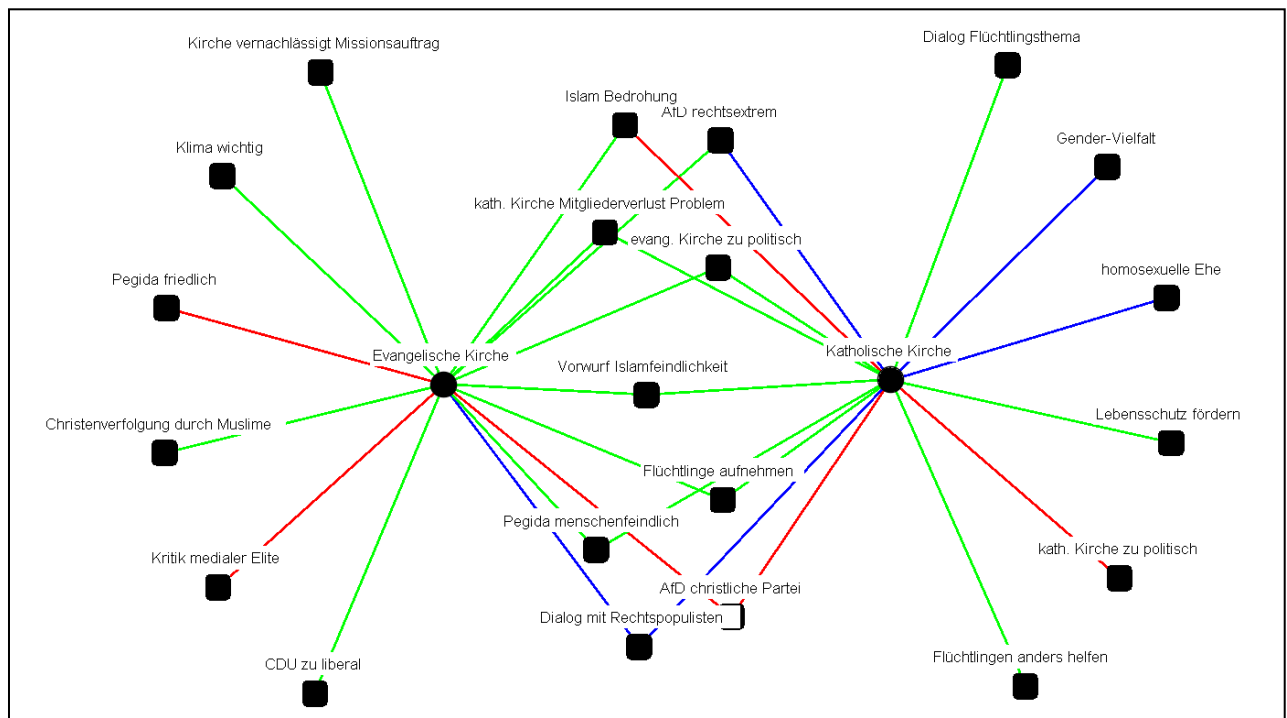


Abbildung 7: Verbindungen Evangelische und Katholische Kirche (2014-2020); Quelle: Eigene Darstellung mit Visone

5.2.3 Deutsche Evangelische Allianz⁴⁰

Die Deutsche Evangelische Allianz (DEA) ist einerseits ein eingetragener Verein und andererseits ein Netzwerk von „Evangelisch-reformatorisch gesinnte[n] Christen aus den verschiedenen Kirchen und Gemeinschaften“ (*Die Evangelische Allianz Als Netzwerk*). Ihre Mitglieder (ungefähr 60 Einzelpersonen) bilden gemeinsam den Hauptvorstand. Die DEA versteht sich als Evangelisations- und Missionsbewegung. Als Glaubensbasis werden das Vertrauen auf die Bibel, gemeinsames Beten, die Einheit der Christen sowie das Einstehen für

³⁹ Beispielsweise hat sich der emeritierte Papst Benedikt XVI. mehrfach positiv zur ‚Tagespost‘ geäußert und 2019 die „Tagespost-Stiftung für katholische Publizistik“ ins Leben gerufen. Eine vergleichsweise positive Haltung der evangelischen Kirche gegenüber der evangelisch-konservativen Zeitschrift ‚Idea Spektrum‘ existiert nicht.

⁴⁰ Es gab eine Namensänderung in ‚Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)‘. Aus Praktikabilitätsgründen wurde der Name der juristischen Person (noch) nicht geändert. In dieser Arbeit wird der frühere geläufigere Name ‚Deutsche Evangelische Allianz (DEA)‘ verwendet.

christliche Werte in Politik und Gesellschaft genannt (*Die Evangelische Allianz Als Netzwerk*). Als akkreditierter Verband beim Deutschen Bundestag hat sie einen Politikbeauftragten am Deutschen Bundestag und am Sitz der Bundesregierung in Berlin und veröffentlicht Stellungnahmen und Orientierungshilfen zu gesellschaftlichen Themen. DEA befürwortet die demokratische Grundordnung und das Grundgesetz und bezeichnet sich als „konstruktiv-kritische Begleiterin aller Regierungen und Parteien, unabhängig davon, welchem politischen Spektrum sie angehören“⁴¹ (Deutsche Evangelische Allianz, 2017, S. 6). Medial wird die DEA häufig auch als „Dachverband“⁴² oder „Sprachrohr der Evangelikalen“ bezeichnet (z.B. Stoldt, 2007). Einher geht diese Zuschreibung oftmals mit der medialen und wissenschaftlichen Erzählung einer *Nähe von Evangelikalen zu Rechtspopulisten beziehungsweise zur AfD*. Begründet wird diese mit der *Nähe von Familien-, Gender- und Flüchtlingsthemen und der gemeinsame Präsenz auf Demonstrationen und Kundgebungen* (z.B. Billmann, 2015; Strube, 2017).

Die Präsenz der DEA im öffentlichen politischen Diskurs im Untersuchungszeitraum, insbesondere bei den Themen Lebens- und Familienschutz, hängt zum einen mit dem persönlichen politischen Engagement des 10-fachen Familienvaters und langjährigen Generalsekretärs Hartmut Steeb zusammen. Zum anderen hängt die Präsenz auch mit der ‚(Nicht-)Erfassbarkeit von Evangelikalen‘ zusammen. Neben der DEA gibt es noch zahlreiche weitere Netzwerke, in denen Christen verbunden sein können, die jedoch, im Gegensatz zur Evangelischen und Katholischen Kirche sowie den christlichen Hilfswerken, kaum professionelle Verbindungen in die Politik haben. Zudem existieren zahlreiche autonome (Frei-)Kirchen und Gemeinden ohne Netzwerke beziehungsweise mit einer Verbundenheit anderer Art, wie beispielsweise der Ethnie, wie es oftmals bei Migrantengemeinden der Fall ist. Um diese Unüberschaubarkeit und Nicht-Erfassbarkeit bewältigen zu können, werden politische Stellungnahmen von konservativen Christen der DEA zugeschrieben, da sie auch als christlich-

⁴¹ Dies schließt nicht aus, dass DEA-Mitarbeiter einer Partei angehören beziehungsweise einer Partei nahestehen. Beispielsweise arbeitet der derzeitige Politikbeauftragter Uwe Heimowski (CDU-Mitglied) als wissenschaftlicher Mitarbeiter für den CDU-Abgeordneten Frank Heinrich und die Leiterin des Arbeitskreises Politik ist FDP-Mitglied (Interview Generalsekretär Evangelische Allianz (2020-heute) 03.03.2021).

⁴² Heimowski (2017, S. 3–4) beurteilt die Bezeichnung „Dachverband“ wie folgt: „Heute wird die Evangelische Allianz auch gelegentlich als ‚Dachverband der Evangelikalen‘ bezeichnet. Das ist richtig und falsch zugleich. Mit der DEA sind über 350 Werke verbunden. Insofern ist sie ‚Dachverband‘. Vor allem aber ist die DEA Basisbewegung. In Deutschland bestehen an 1100 Orten Allianzkreise, in denen Christen aus unterschiedlichen Kirchen, Gemeinschaften und Werken sich treffen. Sie kommen zu einem großen Teil aus den evangelischen Landeskirchen, teils aus den Freikirchen, teils aus landeskirchlichen Gemeinschaften und teils aus Werken, die der Allianz nahestehen. Vor Ort findet sich häufig auch eine breitere Ökumene, die katholische, orthodoxe sowie vermehrt Christen aus Kirchen des Nahen Ostens umfasst. Die DEA versteht sich als eine ökumenische Bewegung“ Heimowski (2017, S. 3–4).

politisch in der Öffentlichkeit auftritt. Über die damit verbundenen Problematiken äußert sich der derzeitige Generalsekretär Schink:

„Leider existiert folgendes Narrativ: Evangelische Allianz, das sind die Konservativen. Konservativ wird dann mit rechts außen gleichgesetzt, das bedeutet Nazis, heißt gleich homophob und islamophob. Leider versuchen manche im politischen Spektrum weit rechts angesiedelten Kräfte durch das Besetzen von Themen einen Bezug zur Evangelische Allianz herzustellen und sie kommunikativ auf ihre Seite zu ziehen. Gleichzeitig wird die Evangelische Allianz von linken Kräften schnell in die Rechtsradikale Ecke geschoben, um sie zu diskreditieren. [...]. Beides wird der politischen Positionierung der EAD nicht gerecht, weder das ‚Rüberziehen‘ das ‚Rüberschieben‘. Wie wollen uns nicht vereinnahmen oder vor den Karren einer politischen Partei spannen lassen. Wir stehen für inhaltliche Ziele und nicht Parteien. Und bei der Einschätzung, wie sich diese Ziele am besten erreichen lassen, existiert bei der EAD eine große Meinungsvielfalt, die sich nicht einer Partei zuordnen lässt.“ (Interview Generalsekretär Evangelische Allianz (2020-heute) 03.03.2021)

5.2.4 Wissenschaftler

Verschiedene Wissenschaftler können im Diskurs um Rechtspopulismus und Christentum identifiziert werden. Sie lassen sich darin unterscheiden, welche Disziplin sie vertreten, zu welchen Konzepten sie Stellung beziehen und mit welchen anderen Wissenschaftlern sie dadurch verbunden sind (siehe Abbildung 8). Beispielsweise kommen Neurowissenschaftler und Sexualpädagogen ausschließlich in der Gender-Debatte zu Wort. Bei den Themen Flüchtlinge und Politisierung der Kirchen, äußern sich insbesondere evangelische und katholische Theologen sowie evangelikale Theologen theologischer Hochschulen. Während die Konzepte der Theologen aus öffentlichen Stellungnahmen und Interviews, die in den jeweiligen Zeitungen veröffentlicht wurden, stammen, werden Stellungnahmen von Sozialwissenschaftlern häufig in Zusammenhang mit ihrer Arbeit im öffentlichen Bildungsbereich zitiert. Zu diesen zählen insbesondere Stiftungs-Publikationen (Hans-Seidel-Stiftung, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung), in denen an ausgewählten Beispielen organisationale Verflechtungen zwischen konservativen Christen und Rechtspopulisten aufgezeigt werden können, etwa am Beispiel der Bildungsproteste in Baden-Württemberg oder in bestimmten Gruppen wie der ‚Zivilen Koalition‘.

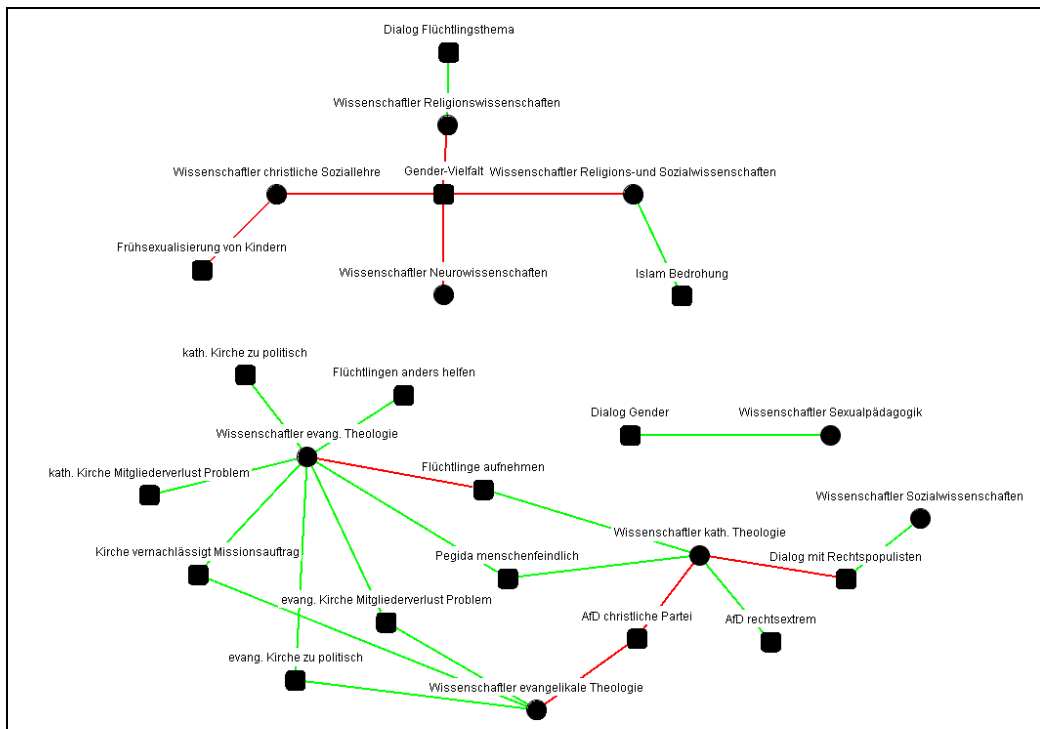


Abbildung 8: Verbindungen verschiedener Wissenschaftler (2014-2020); Quelle: Eigene Darstellung mit Visone

5.2.5 Soziale Bewegungen

Diverse soziale Bewegungen spielen in der Beziehung zwischen Rechtspopulismus und Christentum eine wichtige Rolle. Zu diesen zählen insbesondere die PEGIDA-Bewegung, die Bildungsplan-Bewegung, die Lebensrecht-Bewegung und die LGBT-Bewegung. Ihre Beziehungen und Positionierungen zum Rechtspopulismus und zum Christentum sind latent, facettenreich und ambivalent. Deshalb soll nicht hier, sondern ‚am konkreten Fall‘, also in den Fallstudien ein genauerer Blick auf ausgewählte dominante Akteure der jeweiligen sozialen Bewegungen und ihre Beweggründe geworfen werden.

5.2.6 Journalisten

Aus der Diskursnetzwerkanalyse können verschiedene Journalisten als bedeutende Akteure im Beziehungsgeflecht Rechtspopulismus und konservatives Christentum genannt werden. Diese werden entsprechend ihrer Werte-Ausrichtung differenziert in konservativ-rechte/rechtspopulistische Journalisten, konservativ-evangelische Journalisten, konservativ-katholische Journalisten und liberale Journalisten. Da diese Journalisten oftmals eng verbunden sind mit der Zeitung, für die sie schreiben, wird an dieser Stelle nicht näher auf die Journalisten selbst eingegangen, sondern nachfolgend werden die entsprechenden Zeitungen analysiert und in diesem Zusammenhang auch auf die genannten Journalisten eingegangen.

5.3 Mediale Diskursforen

Die Diskursnetzwerkanalyse wurde anhand von Zeitungsartikeln aus ‚Idea Spektrum‘, ‚Tagespost‘ und ‚Junge Freiheit‘ durchgeführt. Diese Zeitungen werden als Diskursforen der Verbindungen zwischen Rechtspopulismus und konservativen Christen betrachtet. Die jeweiligen Ausrichtungen und die medienlandschaftliche Einordnung werden im Weiteren näher beleuchtet. Hierfür wurden neben Primärdaten (Interviews, Selbstdarstellungen) auch Sekundärdaten hinzugezogen. Abschließend erfolgt eine zusammenfassende Charakterisierung der Zeitungen sowie die Erläuterung ihrer Funktionen in der Analyse.

5.3.1 Konservativ-evangelischer Journalismus: Idea Spektrum

Die evangelische Nachrichtenagentur Idea e.V. mit Sitz in Wetzlar wurde auf Initiative der Deutschen Evangelischen Allianz 1970/71 gegründet (Winterhager, 1993, S. 523). Mit dem ‚Evangelischen Pressedienst‘ (EPD) gab es zu diesem Zeitpunkt bereits ein Publikationsorgan der Evangelischen Kirche in Deutschland. Jedoch empfanden konservative Protestanten dessen Berichterstattung als zu einseitig. Ihre Anliegen würden kaum thematisiert oder gar polemisch verzerrt (Winterhager, 1993, S. 523–526). Das Verhältnis von Idea mit dem EPD ist seit Beginn spannungsvoll und durch ein konkurrierendes und selbstständiges Miteinander geprägt. Nachrichten werden zum Teil gegenseitig übernommen. Die EKD bewilligte Idea über mehrere Jahre einen finanziellen Zuschuss, mit dem auch eine gewisse „erweiterte Anerkennung durch die Amtskirche“ verbunden war (Winterhager, 1993, S. 537). Im Jahr 2020 wurden schließlich diese Mittel gestrichen.⁴³

Idea veranstaltet gemeinsam mit der Firma Tempus alle zwei Jahre einen ‚Kongress christlicher Führungskräfte‘. Dieser dient der Vernetzung konservativer Kirchenvertreter, Geschäftsleute, Journalisten und Politiker mit dem Ziel, „die Ethik der christlichen Botschaft auch an ihrem Arbeitsplatz umzusetzen“ (*KCF: Über Uns Und Unsere Ziele*). Das Hauptprodukt von Idea ist der täglich erscheinende Pressedienst. Zudem hat Idea eine eigene Fernsehsendung (IdeaTV), einen Podcast (IdeaListen), eine Videoserie (Königskinder) und schließlich die wöchentlich erscheinende Zeitschrift ‚Idea – das christliche Spektrum‘ (bis 2020 hieß die Zeitschrift ‚Idea Spektrum‘), die zu den auflagenstärksten überregionalen christlichen Wochenmagazinen zählt. Gemäß Angaben der Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von

⁴³ Ideas Vorsitzender, Helmut Matthies, kritisiert die finanzielle Streichung und sieht darin eine gewisse kirchenpolitische Strafmaßnahme, weil sein Nachrichtendienst zu islamkritisch berichtet und ein konservatives Werte und Familienbild vertritt, welches von manchen Kirchenvertretern nicht (mehr) geteilt werden. „Es gibt eine enorme Angst in der Pfarrerschaft, Kritik zu üben. Die Konservativen werden in der Kirche seit Jahren diskriminiert“ Matthies in Klatt (2017).

Werbeträgern hatte Idea im 2. Quartal 2020 eine verkaufte Auflage von 23.342 (davon 1.446 E-Paper) und 15.950 Abonnements (davon 1.283 E-Paper).

In ‚Idea Spektrum‘ werden Meldungen aus den Bereichen Mission, Theologie, Bioethik, Evangelische Kirchen in Deutschland, Freikirchen und der evangelikalen Bewegung weltweit publiziert. ‚Idea Spektrum‘ lässt sich deshalb als christlich-konservative, thematisch orientierte Spezialagentur auffassen. Nach Eigenangaben ist sie die „einzige finanziell unabhängige konfessionelle Nachrichtenagentur in Deutschland“ (*Idea: Über Uns*). Sie arbeitet auf der Glaubensgrundlage der DEA und stellt sich selbst als ein (weltweites) innerevangelikales Kommunikationsinstrument für evangelikale Kirchen und Organisationen dar (Matthies in Dettmar, 1994, S. 139).

Aus der Analyse ihrer Zeitungsartikel können folgende Aussagen getroffen werden:

- Ihre Berichterstattung spiegelt innerkirchliche Vorgänge und Meinungen wider. Entsprechend divers und gegensätzlich ist die Darstellung von politischen Themen. Beispielsweise werden zu kontroversen gesellschaftspolitischen Themen pro und contra-Meinungen aufgeführt. Dabei werden gegensätzliche Haltungen von Kirchenvertretern und Freikirchlern sowie innerkirchliche Konfliktlinien sichtbar.
- Ein weiteres Anliegen von Idea ist es, „entsprechende Lücken in der öffentlichen Berichterstattung füllen“ (Dettmar, 1994, S. 139). So werden politisch konservative Themen angesprochen und Menschen interviewt, die in den Massenmedien weniger zu Worte kommen, wie beispielsweise Vertreter der Gruppe ChrAfD.

Idea Spektrum zählt neben den Zeitungen und Zeitschriften der ‚Stiftung Christlicher Medien‘ (SCM) und den Veröffentlichungen der christlichen Medieninitiative ‚Pro e.V.‘ zu den einflussreichsten Zeitungen unter konservativen Christen. Allerdings darf ihr Einfluss nicht überschätzt werden. Jene Christen, die sich politisch interessieren, greifen auch auf weitere Medien (z.B. ‚Junge Freiheit‘) und andere Medienformate (z.B. YouTube-Kanäle) zurück. Intellektuelle Leser mag die einfache Sprache sowie die Knappheit der Meldungen weniger ansprechen. Zudem führt bei einigen Lesern die gestiegene Präsenz von AfD-Politikern in den Ausgaben zu einer Verärgerung; will man sich doch von rechten Positionen abgrenzen (Persönliches Gespräch am 19.01.2021 mit einem Referenten einer Freikirche in Hartenstein). Zuletzt kann das politische Interesse unter ‚evangelikalen‘ Gläubigen insgesamt als eher gering eingeschätzt werden, liegt ihr Hauptinteresse doch vielmehr im Gemeindebau und der persönlichen, inneren Entwicklung. Dies wird auch in der DNA-Analyse bestätigt.

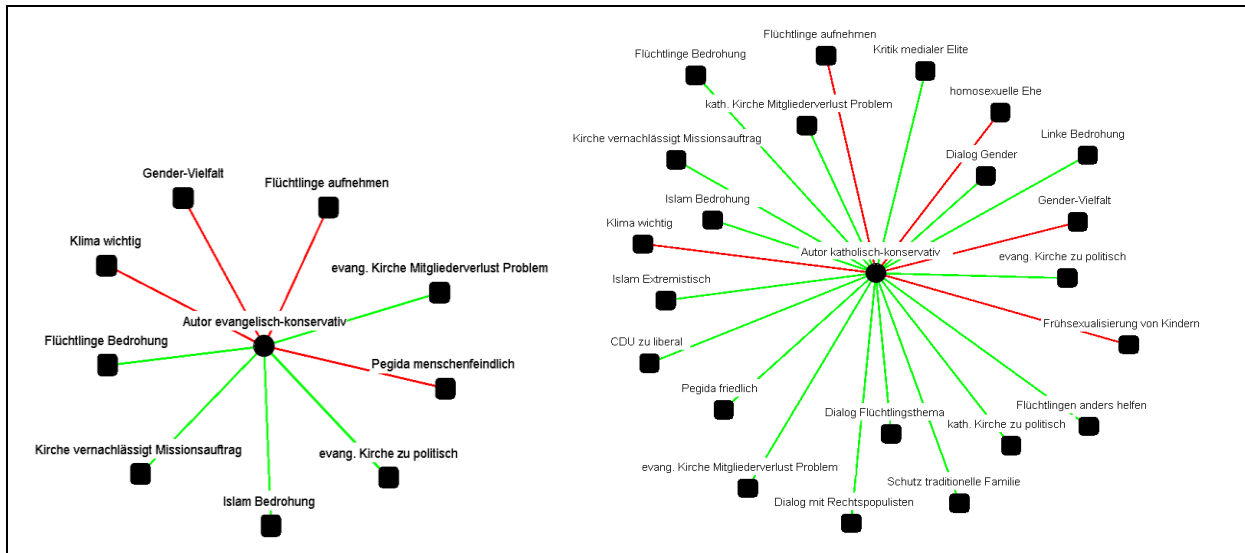


Abbildung 9: Konzepte, zu denen sich evangelisch-konservative Autoren positionieren (links) und katholisch-konservative Autoren (rechts); Quelle: Eigene Darstellung mit Visone

Abbildung 9 zeigt Konzepte mit denen evangelisch-konservative Autoren untereinander verbunden sind sowie Konzepte, mit denen katholisch-konservative Autoren verbunden sind. Hier fällt auf, dass konservativ-katholischen Autoren mehr Konzepte zugeordnet werden können als konservativ-evangelischen Autoren. Dies kann daran liegen, dass es auf dem Markt mehr katholisch-konservative freie (Buch-)Autoren als evangelisch-konservative Autoren gibt, die zu gesellschaftspolitischen Entwicklungen Stellung beziehen. Daraus lässt sich eine gewisse Politikverdrossenheit unter evangelisch-konservativen Autoren schließen, die stärker zu den bereits genannten Themen publizieren.⁴⁴ Abschließend ist erwähnenswert, dass aufgrund der Nähe zu bestimmten Themen die ‚Junge Freiheit‘ ‚Idea‘ mit Abdruckerlaubnis bezieht – in Folge erscheinen Idea-Artikel auch in der ‚Jungen Freiheit‘ (Wingender, 2014). Zu diesen Themen zählen unter anderem Christenverfolgung, Familismus, Gender sowie Rezensionen zu bestimmten Büchern, die diese Themen behandeln.

5.3.2 Konservativ-katholischer Journalismus: Die Tagespost

Die Tagespost mit dem Untertitel ‚Katholische Wochenzeitung für Politik, Gesellschaft und Kultur‘ und ist eine wöchentlich erscheinende, überregionale, kostenpflichtige Wochenzeitung, die auch als Onlineausgabe erhältlich ist. Viele Artikel sind zudem Online frei lesbar. Die

⁴⁴ Dies bedeutet aber nicht, dass konservativ-evangelische keine gesellschaftspolitischen Bücher lesen. Es kann vielmehr davon ausgegangen werden, dass sie auf Publikationen konservativ-katholischer Autoren, wie beispielsweise Publikationen zum Thema Gender und Familie von Brigitte Kelle zurückgreifen.

Tagespost gibt es seit 1948, sie kann als ‚katholische Traditionszeitschrift‘ bezeichnet werden, deren Ziel es ist, „Katholiken, die fest im Glauben der Kirche verwurzelt sind, Orientierung zu bieten und Fragen des Glaubens zu thematisieren“ (*Erfolgreich Werben Mit Der Tagespost*). Nach Angaben der Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern hatte die Tagespost im 2. Quartal 2020 eine verkaufte Auflage von 10.826 und 9.979 Abonnements. Zu ihrer Leserschaft zählen höhere Beamte, Akademiker, freiberuflich Tätige, leitende Angestellte mit einem Durchschnittsalter von 50 + (*Erfolgreich Werben Mit Der Tagespost*). Somit hat sie eine sehr fokussierte Zielgruppe und versucht nachrichtlich, ein breiteres kirchliches und gesellschaftspolitisches Spektrum weitgehend neutral abzubilden.

Tagespost	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Evangelikal	29	42	53	61	86	68	39
CDU	403	441	405	396	470	377	193
Kirchenaustritt	23	50	15	22	15	44	37
AfD	51	78	231	196	233	233	109
PEGIDA	13	69	34	16	17	19	0
Homosexualität	74	81	36	47	102	97	43
Gender	76	133	125	115	109	110	60
Geschlecht	224	351	271	354	324	340	223
Zölibat	69	57	65	66	117	282	136
Abtreibung	224	235	251	301	501	404	204
Abendland	73	141	118	122	107	158	72
Missbrauch	308	352	269	314	603	708	281
Flüchtlinge	428	918	1136	428	552	293	135
Corona/Virus	0	0	0	0	0	0	860

Tabelle 3: Häufigkeitstabelle Schlagwörter und Artikelanzahl Tagespost (2014-2020); Quelle: Online-Archiv der Tagespost

Für die Tagespost konnte eine Häufigkeitsanalyse von bestimmten Schlagwörtern beziehungsweise Artikeln erstellt werden (siehe Tabelle 3).⁴⁵ Folgende Beobachtungen lassen sich daraus festhalten:

⁴⁵ Bei den Schlagwörtern handelt es sich um jene Wörter aus der Stichwortliste, die resultierend aus informierter Vorahnung und theoretischen Annahmen bereits beim systematischen Sampling relevanter Zeitungsartikel ausgewählt wurden (siehe hierzu auch 4.4 Abschnitt 3). Diese Schlagwörter wurden in die Suchfunktion des Online-Archivs der Tagespost eingegeben. Es wurden all jene Artikel aufgelistet, die die jeweiligen Wörter im Titel oder im Text beinhalten. Auch bei der Jungen Freiheit wurde eine Häufigkeitsanalyse bestimmter Schlagwörter und eine Auswertung der entsprechenden Anzahl von Zeitungsartikeln durchgeführt. Bei der Zeitung Idea Spektrum war dies, aufgrund des Fehlens eines Online-Archives nicht möglich.

1. Ab dem Jahr 2020 dominiert die Berichterstattung über das Corona-Virus alle anderen Themen.
2. ‚Evangelikalismus‘ und ‚Kirchenaustritte‘ haben sehr wenig Ergebnisse. Das Interesse an evangelikalen Themen steigt jedoch von Jahr zu Jahr.⁴⁶ Ebenso ist eine deutliche, jährliche Steigerung von genderrelevanten Themen zu erkennen. Über PEGIDA wurde vor allem im Jahr 2015 berichtet und über Flüchtlinge in den Jahren 2015 und 2016. Danach gab es eine Abnahme, nicht jedoch bei der Thematisierung von ‚Abendland‘.
3. Ab 2018 gibt es einen deutlichen Anstieg von Artikeln über ‚Homosexualität‘, ‚Missbrauch‘ und ‚Zölibat‘.

Von einigen Journalisten und Autoren wird die Tagespost im Zusammenhang mit ihrer konservativen Ausrichtung als „rechtskatholisch“ oder „neurechts“ bezeichnet (z.B. Wirsching, 2019). Theologische Wissenschaftler weisen auf die Nähe einiger Tagespost-Autoren und Mitarbeiter zu der Organisation ‚Opus Dei‘ hin (Beier, 2017, S. 368; u.a. Hertel, 1996, S. 27). Auch der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Thomas Sternberg, führt die Tagespost, neben dem katholischen Online-Magazin kath.net als „scharf agierende kirchliche Medien“ im Zusammenhang mit der Gefahr von rechtsnationalen Einflüssen auf Gemeinden und Kirchenvorstände auf („Kritik an Kath.Net Und Tagespost,“ 2019).⁴⁷ Mit den positiven Verweisen auf Artikel der ‚Jungen Freiheit‘ und der Thematisierung konservativer Themen, stellt die Tagespost eine christlich-konservative Teilöffentlichkeit dar und erfüllt eine Brückenfunktion ins politisch (rechts-)konservative Lager. Dennoch können innerhalb einer ‚konservativ-katholischen‘ Medienlandschaft sowohl die Tagespost wie auch kath.net nicht als ‚rechts‘ angesehen werden und unterscheiden sich damit deutlich von kreuz.net⁴⁸ oder gloria.tv, in denen rechte bis rechtsextreme und rassistische Inhalte verbreitet werden. Die Meinungsbeiträge und Kommentare in der Tagespost sind eher im romtreuen, konservativen und klerikalen Bereich einzuordnen.

⁴⁶ In dem persönlich geführten Interview mit der Tagespost vom 06.04.2021 wurde bestätigt, dass die Verbindung der Tagespost zum Evangelikalismus mit bestimmten Themen steige.

⁴⁷ Der Chefredakteur der Tagespost, Oliver Maksan entgegnete in einer Stellungnahme zu diesen Anschuldigungen, dass die Tagespost nie Partei ergriffen habe und dass Politiker aller Couleure in der TP zu Wort kommen, „Der ZdK-Präsident versuche offenbar, kritische Stimmen zum ‚Synodalen Weg‘ mundtot zu machen“, „Chefredakteur Weist Sternberg-Kritik Zurück“ (2019).

⁴⁸ Die Website existierte von 2004 bis Dezember 2012. Aufgrund von Ermittlungen wegen des Verdachts der Volksverhetzung und der Gefahr als jugendgefährdendes Medium erfolgte eine Indizierung durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien in Deutschland und wurde zudem von Verfassungsschutzbehörden in Deutschland und Österreich beobachtet. Im Dezember 2012 wurde kreuz.net abgeschaltet.

Auffallend am katholisch-konservativen Journalismus, im Vergleich zum konservativ-protestantischen Journalismus, ist die größere Anzahl an freien, konservativ gesinnten Autoren und privaten Initiativen, wie beispielsweise Legionäre Christi, die eigene Mediendienste anbieten. Konservativ-katholische Autoren eint, dass sie nicht direkt mit der Katholischen Kirche verbunden sind, sich jedoch streng an der katholischen Lehre orientieren und als papsttreu und rechtgläubig hervortreten (Interview katholischer Journalist 05.12.2020). Die Haltung zu Reformen des Zweiten Vatikanischen Konzils (1962-65) ist dabei von gradueller Natur. Während neo-konservative Gruppen wie die Piusbruderschaft ihre Agitationen gegenüber liberalen Bischöfen, progressiven Laiengruppen und reformfreudigen Priesterinitiativen offen ablehnend zu Tage tragen, äußern sich die meisten Autoren der Tagespost zurückhaltend kritisch, wobei auch hier eine gewisse Spannweite und Vielfalt zu erkennen ist.

Themenschwerpunkte konservativ-katholischer Autoren sind neben der Wahrung des katholischen Glaubens auch der Lebens-, Ehe- und Familienschutz. Besonders mit den letztgenannten Themen sind freie konservativ-katholische Autoren auch in rechten Medien sichtbar. Mit den digitalen Möglichkeiten der Veröffentlichung von Artikeln in verschiedenen Foren entstehen (in)formelle und personelle Netzwerke einzelner Journalisten und Autoren, die als Gemeinschaftsbildung außerhalb der Kirchen erscheinen. Hier werden die in Kapitel 3.2 aufgezeigten Individualisierungs-, Privatisierungs- und Subjektivierungsprozesse sichtbar. Das Individuum kann sich mit seinen Weltdeutungen profilieren und subjektiv gefühlte Macht gegenüber religiösen Autoritäten erlangen (vgl. P. L. Berger, 1988, S. 82).

Während im evangelisch-konservativen Journalismus politische Themen hinter Themen wie Gemeindebau und Mission zurückstehen, ist solch eine Rangordnung im katholisch-konservativen Journalismus nicht erkennen. Viel eher dominiert der Glaube und das Einstehen für ‚die Wahrheit‘, die es sowohl im Privaten wie auch im Professionellen beziehungsweise Öffentlichen zu verteidigen gilt. Politik ist dabei kein ‚besonderes‘ Handlungsfeld, sondern ein selbstverständliches von vielen Handlungsfeldern, in denen katholisch Gläubige für die ‚Wahrheit‘ einstehen müssen.

5.3.3 Rechtskonservativer Journalismus: Junge Freiheit

Die ‚Junge Freiheit‘ wurde 1986 als Schüler- und Studentenblatt von Dieter Stein gegründet und wandelte sich ab 1994 zur „Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft, Kultur, Medien und Umwelt“ (*Junge Freiheit: Die Geschichte Der JF*). Die Printausgabe gibt es auch als E-Paper. Viele Artikel sind auf der Homepage der ‚Jungen Freiheit‘ frei lesbar. Ergänzt wird das Angebot der Wochenzeitung durch das Video-Format ‚JF-TV‘. Dieses veröffentlicht

regelmäßig Filme auf dem YouTube-Kanal der JF. Nach Angaben der Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern hatte die ‚Junge Freiheit‘ im 2. Quartal 2020 eine verkaufte Auflage von 30.726 und 19.962 Abonnements und ist somit von den in dieser Arbeit untersuchten Zeitungen die verkaufsstärkste. Vom 1. Quartal 2014 bis zum 2. Quartal 2020 erfuhr die JF einen Anstieg ihrer verkauften Zeitungen um 35 %. Insbesondere zu Beginn der Flüchtlingskrise 2014/2015 und nach Gründung der AfD war ein deutlicher Auflagenanstieg zu verzeichnen.⁴⁹ Nach Eigenangaben spiegelte sich dieser Anstieg auch in den hohen Online-Zugriffszahlen auf Berichte über Flüchtlinge.⁵⁰

Die Junge Freiheit sieht sich selbst als eine verlagsunabhängige und überregionale Zeitungen in einem in „vielerlei Hinsicht bereinigten Zeitungsmarkt“ (*Junge Freiheit: Der Verlag*). Mit ihren vier Grundwerten: „Nation, Freiheitlichkeit, Konservatismus, Christentum“ (*Junge Freiheit: Leitbild Der JF*) will die JF nicht nur Zeitung sein, sondern auch „politisch agieren und Forum für eine Bewegung sein, die sich der konservativen Revolution im Sinne eines demokratischen Konservatismus verschrieben haben“ (*Junge Freiheit - Lesen, Was Wirklich Wichtig Ist*, 2013). Ihre Berufung auf das Christentum hängt dabei mit kulturellen Werten zusammen: „Die europäische und deutsche Kultur sind mit dem Christentum auch in seiner säkularen Form unauflöslich verwoben. Wir begegnen religiöser Indifferenz durch einen dominierenden, festen christlichen Standpunkt, der im Jahreslauf wiederkehrend einen deutlichen Vorrang erhält“ (*Junge Freiheit: Leitbild Der JF*). Aus der Analyse der Artikel der Jungen Freiheit, die Religion und das Christentum thematisieren, sowie aus den Ergebnissen der Schlagwortsuche bestimmter Wörter werden folgende Charakteristika in der Haltung zum Christentum deutlich. Meistens wird allgemein von ‚den Kirchen‘ geredet und dabei nicht in evangelische, katholische oder Freikirchen differenziert. In sehr wenigen Artikeln wird Bezug genommen auf Kirchenaustritte oder Christenverfolgung.

Junge Freiheit	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
Religion	207	251	241	244	233	209	111
Abendland	32	28	26	26	12	14	29
Kirchen	242	258	222	279	223	279	178
Kirchenaustritte	3	5	2	3	2	2	1
Papst	61	58	58	73	61	63	38
Mission	64	64	54	86	53	50	60

⁴⁹ Zwischen dem 4. Quartal 2015 und dem 1. Quartal 2017 gab es einen Anstieg von 16%.

⁵⁰ Genannt werden die JF-TV-Reportage „Die Flüchtlingslüge“, Berichte über die sexuellen Übergriffe auf Frauen durch Gruppen junger Männer mit nordafrikanischem und arabischem Hintergrund und 2018 die Veröffentlichung des Flüchtlingspakts in deutscher Übersetzung.

Christenverfolgung	8	4	17	12	7	4	3
katholisch	20	14	17	23	21	20	10
evangelisch	9	13	25	31	15	11	8

Tabelle 4: Häufigkeitstabelle Schlagwörter und Artikelanzahl Junge Freiheit (2014-2020); Quelle: Online-Archiv der Jungen Freiheit⁵¹

Das Image und Erscheinungsbild der JF kann als ‚bürgerlich-konservativ‘ beschrieben werden. Ihre Homepagegestaltung ähnelt der der Süddeutschen Zeitung oder der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Die JF deckt das für eine politisch-orientierte Wochenzeitung übliche Themenspektrum ab. Mit prominenten Intellektuellen wie beispielsweise Peter Scholl-Latour⁵² (2014 verstorben) und bekannten Interviewpartnern visiert die JF an, auch den intellektuellen Leser von sich zu überzeugen. Des Weiteren kommen (Vor-)Denker der Neuen Rechten, wie beispielsweise Alain de Benoist und mit dem Institut für Staatspolitik sowie der Bibliothek des Konservatismus verbundene Autoren, unter denen sich viele AfD-Mitglieder und AfD-Politiker befinden, zu Wort. Auch konservativ-katholische Autoren, wie beispielsweise Wolfgang Ockenfels, Mathias von Gersdorff, Gabriele Kuby und AfD-Politiker schreiben für die JF.

Die JF kann als eine Art Ideenlabor und inoffizielle Parteizeitung der AfD bezeichnet werden. AfD-Partei-Vize Alexander Gauland äußerte sich über die JF wie folgt: „Wer die Alternative für Deutschland verstehen will, muss die Junge Freiheit lesen“ (Erk & Schirmer, 2015). Innerhalb eines rechts-konservativen Medienspektrums zählt sie, neben der Monatszeitschrift ‚eigentümlich frei‘ und der Zweimonatszeitschrift ‚Sezession‘ zu den neurechten beziehungsweise rechtsintellektuellen Medien.⁵³ In ihrer Geschichte wurde die JF von mehreren Verfassungsschutzämtern beobachtet (Botsch, 2017).

⁵¹ Bei den Schlagwörtern handelt es sich um jene Wörter aus der Stichwortliste, die resultierend aus informierter Vorahnung und theoretischen Annahmen bereits beim systematischen Sampling relevanter Zeitungsartikel ausgewählt wurden (siehe hierzu auch 4.4 Abschnitt 3). Diese Schlagwörter wurden in die Suchfunktion des Online-Archivs der Jungen Freiheit eingegeben. Es wurden all jene Artikel aufgelistet, die die jeweiligen Wörter im Titel oder im Text beinhalten.

⁵² Peter Scholl-Latours Aussage aus dem Jahr 2004: „Die JF bedeutet für mich, daß es noch unabhängige Geister in der deutschen Medienlandschaft gibt und Journalisten, die das Risiko eingehen, gegen den Strom zu schwimmen“, wird als Werbung für die eigene Sache mehrfach zitiert, zum Beispiel unter *Junge Freiheit: Die Geschichte Der JF*.

⁵³ Zeitungen, die deutlich rechter stehen und zum Teil rechtsextreme Inhalte verbreiten sind beispielsweise die NPD-Parteizeitung ‚Deutsche Stimme‘, die ‚National-Zeitung‘, die revisionistische Zeitschrift ‚Deutschland in Geschichte und Gegenwart‘, die ökologisch ausgerichtete Zeitschrift ‚Umwelt&Aktiv‘ oder das ‚Monatsmagazin Zuerst!‘. Rechte Online-Blogs mit zum Teil verschwörungstheoretischen Zügen sind ‚Kopp‘ und ‚Politically Incorrect‘. Die Monatszeitschrift ‚Compact‘ des Chefredakteurs Jürgen Elsässer, die sich wesentlich deutlicher als Sprachrohr der AfD präsentiert als die JF, kann ebenfalls als rechts eingestuft werden.

5.3.4 Allgemeine Charakterisierung der Diskursforen

Bei den drei vorgestellten Zeitungen handelt es sich um drei klassische Zeitungen, die jeweils in einer mediatisierten Teilöffentlichkeit angesiedelt sind und sich dadurch von gängigen Massenmedien unterscheiden. Sie können deshalb als ‚klassische‘ Zeitungen beziehungsweise Zeitschriften bezeichnet werden, da sie ursprünglich als reine Print-Ausgaben erhältlich waren und diese Form heute immer noch angeboten wird. Im Zuge des medialen Wandels haben aber auch sie Veränderungsprozesse durchgemacht. So haben sie ihre Produktpalette ausgeweitet und bieten vor allem digital eine Vielfalt an medialen Funktionen an. Neben der Print-Ausgabe sind die Zeitungen auch als Online-Ausgaben zu lesen. IS, TP und JF sind des Weiteren auf sozialen Netzwerken präsent und haben eigene Podcasts und Videokanäle. Mit diesen Angeboten entstehen neue Kommunikations- und Interaktionsformen mit der Leserschaft, die sich entlang verschiedener technisch-medialer Parameter und sozialer Nutzungsweisen generieren. Die Zeitungen unterscheiden sich deshalb von Massenmedien wie Fernsehen oder Rundfunk, da ihre Leserschaft das Medium nicht nur passiv nutzt, sondern zugleich die Möglichkeit hat, kostengünstig und zeitnah auf die Artikel durch Leserkommentare oder die Weitergabe der Artikel in eigenen Blogs oder sozialen Netzwerken zu reagieren.

Im Zuge der Ausweitung des Journalismus und seiner Leistungen stellen die drei Zeitungen zudem vernetzte Kommunikationsmedien dar. Vernetzt sind nicht nur die jeweiligen Autoren, die ihre Botschaften auch in eigenen Blogs und für andere Zeitungen schreiben, sondern auch einzelne Artikel, Ereignisse und Botschaften, auf die in den Zeitungen verwiesen wird. Ein weiteres gemeinsames Merkmal der drei Zeitungen stellt ihre jeweilige zielgruppenspezifische Ausrichtung dar. IS, TP und JF wollen weder die Vielfalt von Meinungen abbilden noch ein möglichst breites Publikum erreichen. Sie zeigen jeweils einen bestimmten Ausschnitt an gesellschaftlichen Ansichten, Normen und Wirklichkeitskonstruktionen. Schließlich stellen sie alternative Öffentlichkeiten dar, in denen Willensbildung und partizipative Mitbestimmung stattfinden.

Somit erfüllen diese Zeitungen jene Rollen, die Gamson Medien innerhalb diskursiver Kommunikationswege zuschreibt (Gamson, 1992, S. 24–25): Sie bilden Diskursforen, in denen bestimmte Wirklichkeitskonstruktionen ‚verkauft‘ werden. Zudem können sie als Indikatoren für bestimmte Diskurse angesehen werden. Das heißt, indem ihre Artikel betrachtet werden, können Rückschlüsse darüber erfolgen, welche Diskurse zu welcher Zeit präsent waren. Schließlich produzieren sie mit ihren ‚Media Practices‘ selbst Diskurse. Indem über ausgewählte Themen aus einer bestimmten Sicht geschrieben beziehungsweise veröffentlicht wird, tragen sie zur Konstruktion von Diskursen bei. Dadurch können sie auch als Ressourcen von Diskursen angesehen werden.

5.4 Phasen wechselseitiger Relationen

Für jeden Zeitabschnitt werden nun zentrale sozio-historische Bedingungen, unter denen bestimmte Aussagen beziehungsweise Storylines der relevanten Akteure produziert und reproduziert werden, dargestellt. Diese können neben singulären Ereignissen auch anhaltende gesellschaftspolitische Diskussionsthemen einschließen. Sodann werden Akteure, Storylines und thematische Verbindungen mithilfe von Visualisierungen ausgewählter Diskursnetzwerke, Beschreibungen dieser Visualisierungen und der entsprechenden Analyse dominanter Storylines rechtspopulistischer, evangelisch-konservativer und katholisch-konservativer Akteure dargestellt. Diese Storylines (aus Zeitungsartikeln und Interviews) werden mit Ankerbeispielen aus den jeweiligen Artikeln und Interviews illustriert.

Bei den Visualisierungen handelt es sich um punktuelle Aufnahmen von Äußerungen zu bestimmten Konzepten, die in den ausgewählten Zeitungen in bestimmten Zeiträumen veröffentlicht wurden. Eine Nicht-Erwähnung bestimmter Akteure bedeutet daher nicht unbedingt, dass diese sich nicht zu dem aufgezeigten Konzept positionieren; sie tauchen nur nicht in dem ausgewählten Zeitabschnitt in den hier betrachteten Zeitungen auf. Auch muss bedacht werden, dass es sich bei den Daten, die den Positionierungen zugrunde liegen, zum Teil um Sekundärdaten handelt. Beispielsweise werden in den Zeitungsartikeln Aussagen bestimmter Akteure zitiert, die auch in die Diskursnetzwerkanalyse miteinfließen. Dies schließt nicht aus, dass jene Akteure die Aussage anders gemeint haben, oder zu einem anderen Zeitpunkt eine widersprüchliche Aussage tätigen. Das Ziel dieser Analyseabschnitte ist es, die Betrachtung von Argumenten und Storylines mit der Analyse von sozio-politischen Praktiken in Beziehung zu setzen. Daraus ergeben sich soziale Konstrukte auf die sich Akteure einlassen, indem sie Stellung zu ihnen beziehen. Anhand der diskursiven Elemente Mythen, Metaphern und emblematische Themenfelder sowie Diskurskoalitionen werden diese sozialen Konstrukte näher beleuchtet. Da der erste Zeitabschnitt und der letzte Zeitabschnitt vor allem die ‚Unverbundenheit‘ beziehungsweise die ‚Nachlassenden Verbindungen‘ zwischen rechtspopulistischen und christlich-konservativen Akteuren aufzeigen, entfällt hier die Betrachtung dieser Elemente.

5.4.1 Unverbundene Existenzen (2014)

Das Jahr 2014 (01.01.2014 und 31.12.2014) bildet den ersten Zeitabschnitt in den hier betrachteten Beziehungen zwischen konservativen Christen und Rechtspopulisten und wird betitelt mit „Unverbundene Existenzen“. Rechtspopulisten und konservative Christen agieren 2014 noch relativ unabhängig voneinander. Als Critical Junctures können die Gründung der AfD, insbesondere der Gruppierung ChrAfD und die Proteste um den Bildungsplan in Baden-

Württemberg genannt werden. Allerdings handelt es sich bei Letzterem um ein lokales Phänomen, das sich erst in den Folgejahren durch seinen Übergang zur ‚Demo für alle‘ zu einem bundesweiten Protest entwickelte. Die AfD war zum Zeitpunkt ihrer Gründung im Jahr 2013 und auch noch im Jahr 2014 schwerpunktmäßig national und wirtschaftsliberal ausgerichtet. Entsprechend marginal sind Stellungnahmen und Äußerung von AfD-Politikern zu den Themen Gender, Islam oder Flüchtlinge. Dies änderte sich im Jahr 2015.

Für das Jahr 2014 ist eines der dominantesten gesellschaftspolitischen Themen der deutliche Anstieg der Flüchtlinge, die Deutschland erreichten. Mit diesem Anstieg wuchs der Protest in der deutschen Bevölkerung gegen ihre Aufnahme. Im Oktober 2014 fand die erste Demonstration „gegen die Islamisierung des Abendlandes“, organisiert durch die islam- und fremdenfeindliche rechtspopulistische Organisation PEGIDA statt.

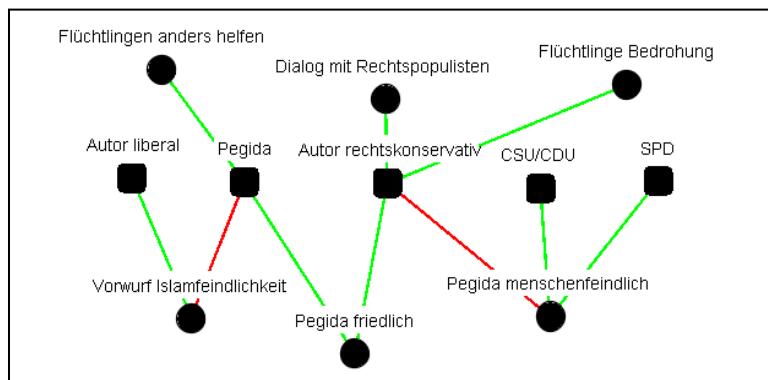


Abbildung 10: Gesamtes Diskursnetzwerk (01.01.2014-31.12.2014); Quelle: Eigene Darstellung mit Visone

Für das Jahr 2014 lassen sich einige Themen identifizieren, die in den darauffolgenden Jahren an Bedeutung gewinnen werden und Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen entstehen lassen. Aus Abbildung 10 wird ersichtlich, dass es sich noch um relativ wenige Themen handelt: Islam, Flüchtlinge und Dialog mit Rechtspopulisten. Akteure, die sich im Jahr 2014 zu diesen Themen positionieren, sind liberale und rechtskonservative Autoren, PEGIDA, CDU und SPD. Konservative Christen beziehungsweise Organisationen von konservativen Christen treten hier noch nicht auf. Auch ist noch keine Positionierung der AfD sichtbar. Somit kann das Jahr als Zeitraum der „unverbundenen Existenzen“ rechtspopulistischer und christlich-konservativer Akteure bezeichnet werden. Denn es gibt zwar konservative Christen, die politisch agieren, ebenso wie sich zum Christentum bekennende AfD-Politiker. Für das Jahr 2014 können jedoch keine gemeinsamen Bezugnahmen zu bestimmten Konzepten aufgezeigt werden.

5.4.2 Thematische Verbindungen (2015-2017)

Im Zeitraum zwischen 2015 und 2017 entstehen und festigen sich bestimmte thematische Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen. Eine organisationale synthetische Verbindung bildet die 2015 gegründete Gruppe ChrAfD. Mit dieser Gruppe kann sich die AfD, oder zumindest ein Teil von ihr, neben ihrer eurokritischen Ausrichtung auch als bürgerlich-christliche Partei profilieren. Bundesweiten Erfolg erfährt die AfD mit ihrer Positionierung als Anti-Flüchtlings- und Anti-Islam-Partei. In ihrem Grundsatzprogramm von 2016 schreibt sie: „Einer islamischen Glaubenspraxis, die sich gegen [...] die jüdisch-christlichen und humanistischen Grundlagen unserer Kultur richtet, tritt die AfD aber klar entgegen“ (AfD, 2016, S. 10). Mit dieser Haltung besetzt sie die Themen um Flüchtlinge und Islam. Unter „Besetzung“ wird hier die Profilierung als jene Partei verstanden, die die ‚wahren‘ gesellschaftlichen Sorgen und Gefahren, die mit diesen Themen verbunden sind, versteht und entsprechende politische Maßnahmen ergreifen würde, wenn sie eine regierungsfähige Mehrheit erreichen könnte. Es handelt sich folglich um ein ‚Werben um Stimmen‘ mithilfe von bestimmten thematischen Schwerpunkten. Eine weitere ‚Themenbesetzung‘, teilweise verbunden mit den bereits genannten Themen, findet in dieser Zeit in Bezug auf Familie und Gender statt. Im genannten Grundsatzprogramm schreibt sie hierzu:

„Den demografischen Fehlentwicklungen in Deutschland muss entgegengewirkt werden. Die volkswirtschaftlich nicht tragfähige und konflikträchtige Masseneinwanderung ist dafür kein geeignetes Mittel. Vielmehr muss mittels einer aktivierenden Familienpolitik eine höhere Geburtenrate der einheimischen Bevölkerung als mittel- und langfristig einzig tragfähige Lösung erreicht werden.“ (AfD, 2016, S. 9)

Es sind vor allem die Themen um Gender, Islam und Flüchtlinge, bei denen in den analysierten Zeitungsberichten und Interviews geteilte Überzeugungen zwischen Rechtspopulisten und konservative Christen sichtbar werden. Diese werden im Folgenden näher beschrieben.

Diskussionsthemen und organisationale Praktiken

Gender

Als Critical Juncture in der Debatte um Gender kann die Petition und die darauffolgenden Proteste gegen die Implementierung der sogenannten ‚Sexualpädagogik der Vielfalt‘ an den Schulen angesehen werden. Die Reaktionen auf den Bildungsplan in Baden-Württemberg, dessen grün-rote Landesregierung einen entsprechenden Vorstoß im Bundesrat eingebracht hat, werden in Kapitel 5.5.2 exemplarisch für die gesamte Bundesrepublik ins Visier genommen. In

den Jahren 2014 und 2015 war die Debatte um Gender-Vielfalt noch ein regionales Phänomen, erweiterte sich aber deutschlandweit mit der ‚Demo für alle‘ in den Jahren 2016 und 2017. Protestiert wurde unter anderem gegen Beschlüsse zur rechtlichen Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften.⁵⁴ Während die Katholische Kirche die vom Bundestag beschlossene ‚Ehe für alle‘ ablehnt, stimmen viele Vertretern der Evangelischen Kirche dieser zu. Zu den organisationalen Praktiken in Bezug auf Gender, auf die sich die hier analysierten Storylines beziehen, lassen sich auch bestimmte konkrete Gesetze und politische Maßnahmen zählen: Dies sind etwa Investitionen in den KITA-Ausbau, die frühkindliche Bildung, die damit verbundene Förderung des schnellen Wiedereinstiegs in den Beruf von Müttern und eine wahrgenommene Abwertung der Entscheidung und Rolle von Müttern, die ihre (Klein-)Kinder zuhause betreuen. Des Weiteren zählen dazu die Etablierung von Gender Studies ins Deutsche Hochschulsystem und deren Förderung durch Bundes- und Länderregierungen sowie Gesetze, die das Lebensrecht⁵⁵ betreffen.

Flüchtlinge

Über eine Million Menschen flohen im Zeitraum zwischen 2014 und 2017 aus ihren Heimatländern und suchten Schutz in Deutschland und weiteren europäischen Ländern. Sowohl die damalige Bundesregierung wie auch die Kirchen befürworteten die Aufnahme dieser Flüchtlinge. Ein Teil der Bevölkerung sah die sogenannte ‚Willkommenskultur‘ allerdings kritisch. In der PEGIDA-Bewegung vereinten sich jene ‚besorgten Bürger‘ mit rechten Agitatoren, die offen einen antimuslimischen Rassismus zeigten. Ereignisse, wie die mediale Berichterstattung über sexuelle Übergriffe auf Frauen in der Silvesternacht 2015/2016 in Köln durch Gruppen junger Männer mit nordafrikanischem und arabischem Hintergrund sorgten für eine Verschärfung der artikulierten Ängste und Gefahren durch muslimische Zuwanderer.

Islam

Organisationale Praktiken mit Bezug zur Islamdebatte sind die PEGIDA-Bewegung und die Anti-Flüchtlingspolitik der AfD. Insbesondere die PEGIDA-Bewegung und die davon profitierende AfD, auf die in Kapitel 5.5.3 genauer eingegangen wird, zeigt, wie eng das Thema

⁵⁴ Beispielsweise können seit 2001 Homosexuelle durch die Einführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes eine eingetragene Lebenspartnerschaft eingehen. Im Jahr 2017 stimmte der Bundestag für die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare.

⁵⁵ Exemplarisch für letzteren Punkt steht die ‚Lebensrechtbewegung‘, die sich sowohl gegen Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen als auch gegen Praktiken der Sterbehilfe, des Klonens und der Pränataldiagnostik richtet.

Islam mit dem Thema Flüchtlinge verbunden ist. Dass es sich jedoch lohnt, die Themen dennoch getrennt voneinander zu analysieren, zeigen die nachstehenden Praktiken, aus denen eine öffentliche diskursive Konfrontation des Christentums mit dem Islam erkennbar ist.

Einige Narrative über den Islam beziehen sich auf die Zeit vor der Flüchtlingswelle 2015/2016 und auf die Worte des (damaligen) Bundespräsidenten Wulff in seiner Rede zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2010. Wulff postulierte damals, dass der Islam zu Deutschland gehöre (Wulff, 2010). Damit stieß er eine Debatte um Integration und Identität in Deutschland an. Eine ebenso besondere symbolische Aufladung erfährt die Kreuzabnahme des Ratsvorsitzenden der evangelischen Kirche in Deutschland, Heinrich Bedford-Strohm, und des Vorsitzenden der deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Marx, sowie weiterer Geistlicher während eines Besuches am Tempelberg beziehungsweise der Al-Aksa-Moschee und der Klagemauer in Jerusalem im Oktober 2016. Sie begründeten diesen Akt damit, dass sie den Bitten der jeweiligen Orts-Zuständigen nachgekommen seien, ihr Amtskreuz dort nicht zu tragen (“Junge Freiheit: Das Kreuz Gehört Zu Uns, 11.05.2018”). Viele Christen sehen in diesem Akt jedoch eine Verleumdung des eigenen Glaubens und eine Unterwerfung unter den Islam. Schließlich lassen sich noch eine Vielzahl von integrativen Maßnahmen identifizieren, wie der Islamische Religionsunterricht oder der Bau von repräsentativen Moscheebauten mit Minarett, aus denen ebenfalls Diskussionen über Integration und Leitkultur entstanden.

Es fällt auf, dass hier einige Beispiele aufgezählt werden, die vor dem hier untersuchten Zeitraum einzuordnen sind, etwa Gesetze, die das Lebensrecht betreffen oder die Aussage des Bundespräsidenten Wulff, der Islam gehöre zu Deutschland. Für die hier untersuchten rechtspopulistischen und konservativ-christlichen Akteure spielen diese Beispiele jedoch auch Jahre später eine bedeutende Rolle, weshalb in den untersuchten Artikeln immer wieder auf sie Bezug genommen wird. Insbesondere im Zeitraum zwischen 2015 und 2017 stehen die Themen Gender, Islam und Flüchtlinge in enger Verbindung mit Protestbewegungen und Protestpolitiken. Es lohnte sich also für rechtspopulistische und christlich-konservative Akteure, in diesem Zeitraum bestimmte, ihnen bedeutende Anliegen zu nennen und auf Zusammenhänge aufmerksam zu machen, die zu anderen Zeiten weniger Gehör gefunden hätten.

An dieser Stelle können noch keine Aussagen über gemeinsame Protestpolitiken zwischen christlich-konservativen und rechtspopulistischen Akteuren getroffen werden. Im Folgenden werden jedoch die Ergebnisse der Untersuchungen von jenen Narrativen präsentiert, die sich

auf die genannten Protestpolitiken beziehen. Da es sich vor allem⁵⁶ um in Zeitungen veröffentlichte Narrative handelt, können sie als eine Art ‚Informationspolitik‘ angesehen werden, die mit den genannten Protestpolitiken in einem wechselseitig unterstützenden Verhältnis stehen (vgl. Kriesi, 2001, S. 23). Der Protest bildet für die Informationspolitik die Quellen für Wissen und Ideen, die strategisch und sorgfältig an ausgewählten Orten (wie in eigenen Medienkanälen, aber auch Medienkanälen von Gleichdenkenden) verbreitet werden.

Akteure, Storylines und thematische Verbindungen

Gender

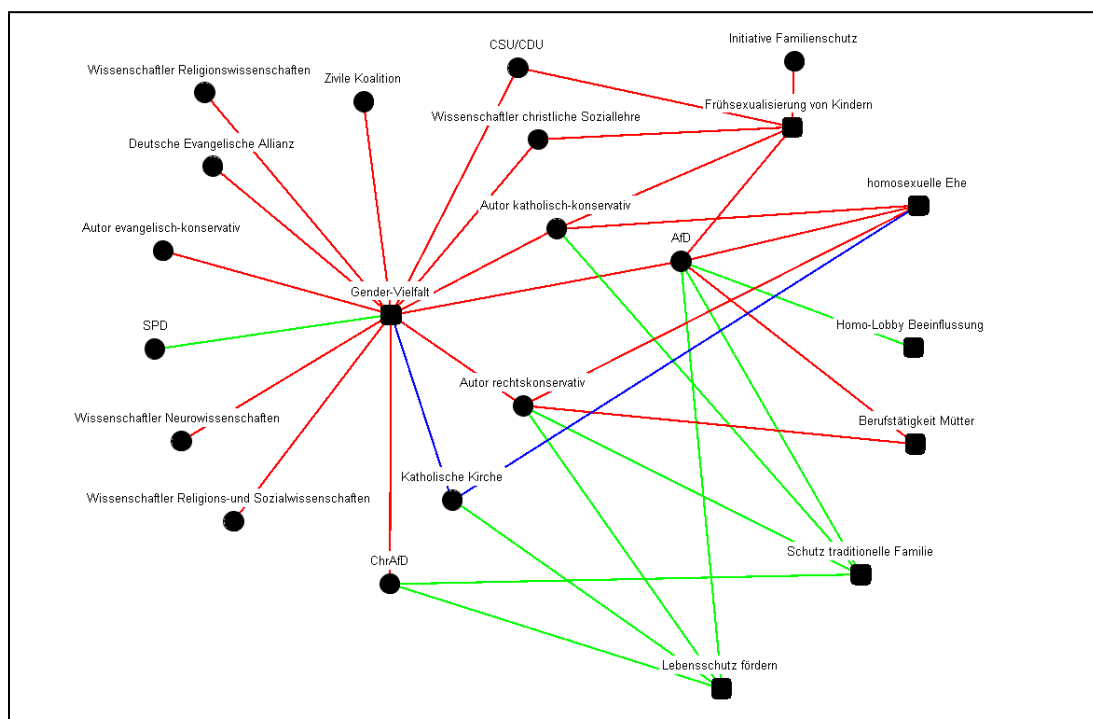


Abbildung 11: Konzepte und Verbindungen zum Thema ‚Gender‘ (2015-2017); Quelle: Eigene Darstellung mit Visone

In Abbildung 11 sind sieben Konzepte zu sehen, mit denen verschiedene Akteure untereinander verbunden sind. Das Konzept ‚Gender-Vielfalt‘⁵⁷ wird hier von den meisten Akteuren abgelehnt. Die SPD bildet die Ausnahme in der Zustimmung zu diesem Konzept und die Katholische Kirche zeigt sowohl Zustimmung wie auch Ablehnung. Der Kategorie

⁵⁶ Für die Analyse der Narrative wurden neben den ausgewählten Zeitungsartikeln aus der TP, JF und IS auch die Interviews mit ausgewertet. Quantitativ überwiegen jedoch die Zeitungsartikel (siehe hierzu 4.4).

⁵⁷ Im Anhang befindet sich ein Ausschnitt aus dem MAXQDA Codesystem zu Gender. Aus diesem wird die Vielfalt und die Häufigkeiten, dessen, was einzelne Akteure unter Gender verstehen ersichtlich.

„Lebensschutz fördern“ stimmen insbesondere die Katholische Kirche, ChrAfD und AfD zu. Kategorien mit Sexualbezug, wie „homosexuelle Ehe“ oder „Frühsexualisierung“ werden vehement von der AfD abgelehnt. Akteure, die diese Konzepte ebenfalls ablehnen sind die Initiative Familienschutz, die CDU, Wissenschaftler der christlichen Soziallehre sowie konservativ-katholische und rechtskonservative Autoren. Der Kategorie „Schutz traditionelle Familie“ stimmen sowohl konservative Christen wie auch Rechtspopulisten zu.

Aus der Analyse der Storylines über Gender wird deutlich, dass konservative Katholiken und konservative Protestanten unter dem Begriff „Gender“ unterschiedliche Sachverhalte und Problemverursacher verstehen. **Konservative Protestanten**⁵⁸ verbinden mit den Begriff Gender besonders häufig Lebensschutz. Der Begriff Lebensschutz steht nicht nur für den Kampf gegen Aborte und Sterbehilfe, sondern auch für den Kampf um den Schutz von Ehe und Familie. Konservative Protestanten beschuldigen vor allem *liberale Verantwortungsträger aus Kirche, Politik und Gesellschaft, die sich zu wenig um den Lebensschutz kümmern, diesen mit bestimmten Gesetzen wie beispielsweise der Legalisierung von Abtreibungen gefährden und stattdessen Klimaschutz an erste Stelle stellen.*

Konservative Katholiken sprechen sich ebenso stark für den Lebensschutz aus. Sie verstehen darunter vor allem den Kampf gegen Aborte und Sterbehilfe. Besonders wichtig ist für sie zudem der Schutz der Ehe, die sie als eine sich aus der Natur des Menschen ergebende Institution sehen. Nur die personale Liebe zwischen Frau und Mann und die Zeugung von Kindern bestimmen das Wesen und die Eigenschaften von Ehe. Die größten Bedrohungen für Ehe und der Familien sehen konservative Katholiken in der Weigerung beziehungsweise im Unvermögen vieler Menschen, dauerhafte Bindungen einzugehen und Kinder zu zeugen. Konservative Katholiken lassen sich differenzieren in jene Repräsentanten des Glaubens, die eine konservative Haltung in der Ehe- und Familienpolitik einnehmen, wie Papst Benedikt XVI oder Kardinal Marx, und jene *dem Weltgeist verfallenen Geistlichen, die vor allem im Zentralkomitee der Katholiken vertreten seien.*

„Einige ZdK-Mitglieder betreiben als Politiker sogar die Genderpolitik, nach der unmündige Kinder widernatürliche Sexualpraktiken lernen müssen. Ein solches Gremium kann nicht mehr reformiert werden. Es gehört aufgelöst und durch ein besseres ersetzt. Sonst wird das Bild der Kirche weiterhin derart verdunkelt, dass nicht mehr erkennbar ist, was wirklich katholisch ist.“ (Tagespost: Die Katholische Ehe, 27.05.2015“)

⁵⁸ Zur besseren Lesbarkeit und Unterscheidung der Narrative werden die jeweiligen Bezeichnungen beziehungsweise Zuordnungen der Narrative im Folgenden Fett geschrieben.

Rechtspopulisten hingegen subsumieren äußerst viele verschiedene Themen unter Gender und fassen die Problemverursacher sehr breit. Hier zeigt sich eine kalkulierte Ambivalenz als politische Strategie von Rechtspopulisten. Ein möglichst breites Publikum soll mit verschiedenen, zum Teil widersprüchlichen Aussagen angesprochen werden. Während die Ablehnung einer allgemein verstandenen Gendervielfalt die Akteure verbindet, werden Unterschiede hinsichtlich spezifischeren Genderaspekten deutlich. Die kleinsten gemeinsamen Nenner zwischen konservativen Christen und Rechtspopulisten stellen die Heteronormativität, die traditionelle Familie und die Sorge um das Wohl des Kindes dar. Hier ist eine Verschränkung von einem ent-historisierenden, naturalisierenden sowie stark normativ aufgeladenen Bild einer natürlichen, gottgegebenen Familie mit dem nationalistischen Bild von Familien und Ehe zu erkennen. Das Kind verkörpert symbolhaft das Wesen der Bedeutung von Ehe als heterosexuelle Zeugungs- und Herkunftsgemeinschaft. Zudem fungiert das unschuldige (Schul-)Kind als Symbol der Abwehr und Abwertung sexueller Vielfalt und als Argument für eine heterosexuelle Exklusivität. In den Aussagen über Gender, Familie, Ehe und das psychische Wohl des Kindes ist zudem eine Synthese der hier analysierten Narrative zu erkennen. Rechtspopulisten und konservative Christen bedienen sich denselben narrativen Zusammenhängen und Herleitungen. Nicht selten wird in den entsprechenden Zeitungsartikeln auf dieselben Bindungs- und Hirnforscher (u.a. die Kinder- und Jugendpsychotherapeutin Christa Meves) verwiesen, die die Gefahren des Gender-Mainstreamings für Kinder und Familie postulieren. Damit entsteht eine gemeinsame Gegenüberstellung der eigenen Glaubwürdigkeit und Wissenschaftlichkeit und der ideologisierten Gender-Wissenschaften. Auch wird des Öfteren auf Artikel 6 des Grundgesetzes verwiesen, nach dem Eltern und ihre gemeinschaftlichen Kinder „unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung“ stehen. Rechtspopulisten bringen in deutlich erkennbaren Hassreden ihre abwertende Haltung Homosexuellen gegenüber zur Sprache. Menschen anderer sexueller Orientierung sollen ausgeschlossen werden, sie sollen eingeschüchtert werden, an ihrer Erniedrigung soll Macht demonstriert werden und schließlich deuten die Kommentare auch auf eine gewisse Freude am Skandal und an Verschwörungen hin (vgl. Meibauer, 2013, S. 1; Schmitt, 2017, S. 52–56). Insbesondere wenn von einer ‚Homosexuellen-Lobby‘ die Rede ist, *die Seilschaften in Politik, Medien und Gesellschaft pflegt, deren zentrales Anliegen es sei, durch den Kampf um die ‚Ehe für alle‘ und das ‚Adoptionsrecht für homosexuelle Paare‘ eine Zerstörung der Familie zu bewirken und in Folge die Entstehung des menschlichen Lebens zu verhindern.* Der Homosexuellen-Lobby wird auch mit ihrer Förderung der ‚Frühsexualisierung von Kindern‘

ein großer Einfluss auf die Bildungspläne an Schulen zugeschrieben. Durch *die Umerziehung von Kindern sollen geschlechtsneutrale, gendergerechte Menschen von morgen zu geschaffen werden*. Eine Übernahme von solchen Aussagen ist sowohl bei konservativ-katholischen wie auch bei konservativ-protestantischen Akteuren zu erkennen. Beispielsweise heißt es in einem Artikel in der Tagespost, dass Homosexualität beziehungsweise Genderpolitik zu den „widernatürlichen Sexualpraktiken“ zähle, vor denen besonders das unmündige Kind geschützt werden müsse (“Tagespost: Die Katholische Ehe, 27.05.2015”). Im Vergleich dazu heißt es in einem Artikel aus Idea Spektrum:

„Gutwillige Politiker meinten nach wie vor, sie täten etwas für die Gleichberechtigung von Mann und Frau, wenn sie Gelder für Gender-Projekte bewilligten. Dabei gehe es dem Gender-Mainstreaming um ‚sexuelle Vielfalt‘. Der Begriff werde zum ‚Einfallstor‘ für alle möglichen Spielarten von Sexualität. Man könne nicht ausschließen, dass irgendwann auch Pädophilie gesellschaftlich akzeptiert sei.“ (“Idea Spektrum: Ein Religiöses Multikulti Lehnt Gott Ab, 21.11.2016”)

Zuletzt werfen **Rechtspopulisten** Medien und Politik vor, dass es keine öffentliche Auseinandersetzung um Gender gäbe. Stattdessen werden Gender-Themen in autoritärer Weise von oben nach unten durchgedrückt. Dies sei auch in dem ‚Gender-Wahn‘ in der Sprache erkennbar. Auch hier zeigen sich Übernahmen jener Aussagen durch konservative Christen. Das Problem vieler konservativer Protestanten ist, dass sie trotz der Anwendung der religiösen Argumentation von Homosexualität als Sünde⁵⁹ und der Auflistung von wissenschaftlichen Erkenntnissen – die ebenso in der Abtreibungsdebatte wie auch in den Debatten um sexuelle Bildung an Schulen und der Fremdbetreuung von Kleinkindern herangezogen werden – kaum Gehör in der Gesellschaft finden. „Zu Alternativen gibt es keine Diskussionsplattform. Wer sich verweigert, wird stigmatisiert“ (Interview Generalsekretär Evangelische Allianz (1991-2019) 14.09.2020).

Islam

In Abbildung 12 wird ersichtlich, dass das Konzept ‚Islam extremistisch‘ verschiedene rechtspopulistische und konservative Akteure vereint. Vor allem rechtspopulistische Akteure, wie AfD, PEGIDA und rechtskonservative Autoren setzen den Islam gleich mit einer gefährlichen und extremistischen Erscheinungsform. Dem ‚gemäßigeren‘ Konzept

⁵⁹ Hier wird oftmals auf 3.Moses 18,22 („Du sollst nicht bei einem Mann liegen wie bei einer Frau; es ist ein Gräuel“) und 3. Moses 20,13 („Wenn jemand bei einem Manne schläft wie bei einer Frau, so haben sie beide getan, was ein Gräuel ist, und sollen des Todes sterben; ihre Blutschuld komme über sie“) verwiesen, die Bibel.

„Bedrohung durch den Islam“ stimmt hier auch die Evangelische Kirche zu. Die Katholische Kirche widerspricht diesem Konzept. Eine eindeutige Positionierung der Kirchen, insbesondere der Evangelischen Kirche, ist nicht zu erkennen, stattdessen wird hier eine themenspezifische Spaltung innerhalb der Evangelischen Kirchen sichtbar.

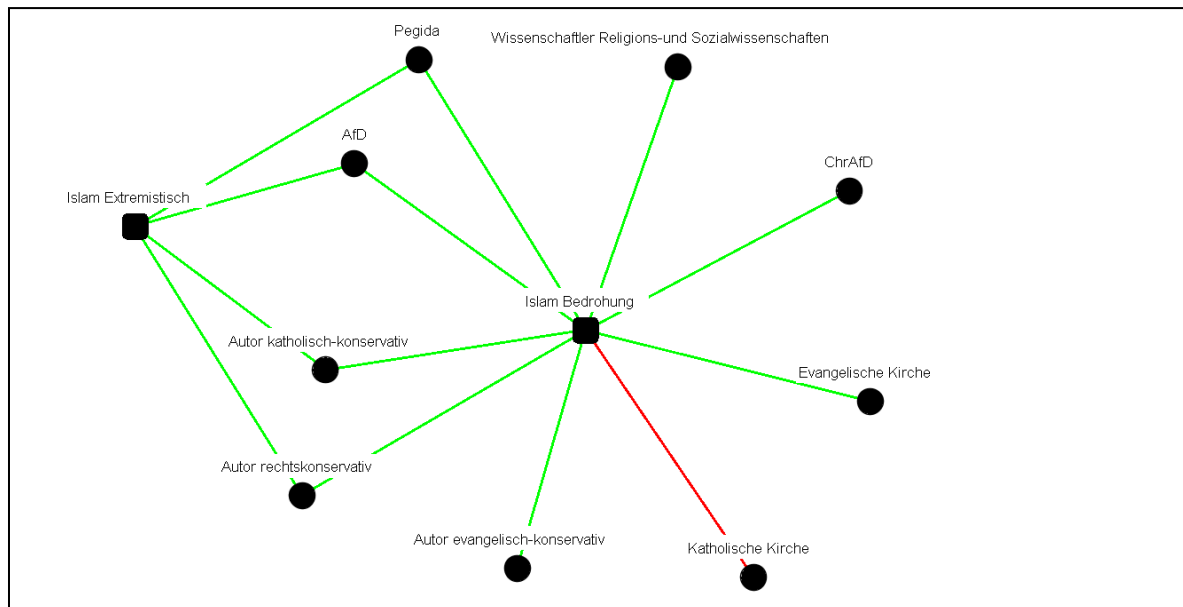


Abbildung 12: Konzepte und Verbindungen um ‚Islam‘ (2015-2017); Quelle: Eigene Darstellung mit Visone

Rechtspopulistische Narrative über den Islam zeichnen sich unter anderem durch eine drastische Simplifizierung und Reduzierung der Wirklichkeit und eine klare Ablehnung des Islam aus, wie das folgende Zitat exemplarisch zeigt:

„Wir stehen am Scheideweg: das Kreuz oder der Halbmond. Einen dritten Weg, eine Alternative wird es nicht geben. Die Leere des Atheismus ist nur das Präludium der Scharia. Wo das Kreuz verschwindet, wird der Halbmond innerhalb weniger Jahre triumphieren. An die Stelle der Menschenrechte und des Grundgesetzes werden Koran und Scharia treten.“
 (“Junge Freiheit: Das Kreuz Gehört Zu Uns, 11.05.2018”)

Hier wird eine angebliche Islamisierung heraufbeschworen, die die Gesellschaft unterwandere. ‚Christliche Werte‘ werden ‚dem Islam‘ gegenübergestellt und als moralisch höherwertig angesehen. Weitere rechtspopulistische Narrative sprechen von einer *legitimen Selbstverteidigung, die es einzufordern gilt*. Zudem wird eine Verbindung zwischen AfD, PEGIDA und der Flüchtlingskrise erzeugt, die sich dadurch auszeichnet, dass *nur die AfD und PEGIDA es seien, die die Problematik um Flüchtlinge und Islam in Deutschland erkennen, während andere Parteien, allen voran die CDU, aber auch die Landeskirchen die Gefahren nicht wahrhaben wollen*.

Auch wenn Rechtspopulisten immer wieder betonen, dass sie *nichts gegen Flüchtlinge haben, sondern viel eher die Islamisierung des christlichen Abendlandes befürchten*, ist ihre Kritik am Islam wesentlich stärker mit Flüchtlingen verbunden als bei konservativ-christlichen Gläubigen. So wird nicht nur die Religion des Islams kritisiert, sondern *die Spezifika der islamischen Kultur, die die meisten Flüchtlinge mitbringen und die in einem konträren Verhältnis zur abendländischen Kultur begründet sei. Die freiheitlich-demokratische Grundordnung fuße auf den Überlieferungen christlich-jüdischen ethischen Verständnisses. Der Islam und sein Scharia-Recht jedoch stünden für Gewaltbereitschaft, rechtliche Benachteiligung von Andersgläubigen und Frauen. Anhänger des Islams seien deshalb nicht integrierbar. Sexuelle Übergriffe an Frauen, Terroranschläge in Deutschland sowie islamistische Angriffe auf verfolgte Christen in deutschen Asylbewerberheimen werden als Belege angeführt. Zudem wird auf die weltweite Verfolgung von Christen und in muslimischen Ländern verwiesen* und damit eine Einteilung in das ‚gute Christentum‘ und den ‚gefährlichen Islam‘ durchgeführt. Darüber hinaus wird vor dem *Erstarken der islamischen Judenfeindschaft* in Deutschland gewarnt. Insgesamt lässt sich sagen, dass Rechtspopulisten eine große Bandbreite an Argumenten benutzen, um die Gefahr des Islams zu begründen, mit dem sie schließlich auch ihren antimuslimischen Rassismus legitimieren. Diese Argumente können danach unterschieden werden, wie gemäßigt oder scharf sie geäußert werden und wer damit angesprochen werden soll.

Sowohl **evangelisch-konservative wie auch katholisch-konservative Narrative** über den Islam stehen in unmittelbarer Verbindung mit der AfD. Das heißt, wenn der Islam thematisiert wird, dann meist in Zusammenhang mit der AfD. Dies liegt jedoch nicht nur an der Thematik selbst, sondern auch an den Autoren und Interviewpartnern der entsprechenden Zeitungsartikel. Insbesondere in ‚Idea Spektrum‘ wird ein ‚Opportunity Window‘ für AfD-Politiker eröffnet, die ihre Meinung über den Islam kundtun. Meist handelt es sich um AfD-Politiker aus der Gruppe ChrAfD. So sagt beispielsweise der Kirchenpolitische Sprecher der AfD Volker Münz in einem Interview in ‚Idea Spektrum‘:

„Ich halte jedoch den Islam nicht für kompatibel mit unseren Werten. Das zeigt sich etwa bei der Benachteiligung von Frauen und der fehlenden Meinungs- und Religionsfreiheit in islamischen Ländern. Ich sehe die Gefahr, dass unsere demokratischen Prinzipien durch den zunehmenden Einfluss des Islams unter die Räder kommen. Ich möchte, dass unser Land christlich geprägt bleibt“ (Münz in Huhn, 2018).

Das Thema Islam wird von **konservativen Katholiken** zwar auch in Zusammenhang mit der AfD und PEGIDA thematisiert, jedoch nicht in dem Umfang und in der Art und Weise, wie dies bei konservativen Protestanten geschieht. Auch kommen hier selten AfD-Politiker zu Wort. Konservativ-katholische Bezugnahmen auf den politischen Islam erfolgen stärker in aufklärerischer und differenzierter Art und Weise als in ‚Idea Spektrum‘. Es werden kaum religiöse Differenzen zur Feststellung der eigenen Überlegenheit genutzt ebenso wenig kommt eine Verachtung des Islams für die Selbstaufwertung zum Vorschein. Es erfolgt also keine Gegenüberstellung des guten Christentums mit dem bösen Islam, wie dies sowohl bei rechtspopulistischen wie auch konservativ-protestantischen Narrativen deutlich zum Vorschein kommt. Stattdessen unterliegen die Narrative einer zentralistischen Vorstellung, in der das Christentum den Mittelpunkt der eigenen Selbstwahrnehmung darstellt. Der Begriff des ‚christlichen Abendlandes‘ steht charakteristisch für die paternalistische Haltung eines homogenen christlichen Zuhauses, in dem Muslime zwar gastfreundlich empfangen werden dürfen, sie jedoch aufgrund ihrer Religion keine Mitglieder dieses Zuhauses sein können (Dirsch, 2019a).

Eine Gemeinsamkeit der rechtspopulistischen und konservativ-christlichen Narrative über den Islam wird in der Konstruktion von Schuldigen in der Flüchtlingsproblematik erkennbar. So sind es vor allem Staat und Kirchen, die beschuldigt werden, durch die Aufnahme von Flüchtlingen das ‚christliche Abendland‘ und folglich christliche Werte zu gefährden. In rechtspopulistischen Narrativen werden die Schuldigen sehr weit gefasst. Oftmals wird allgemein von ‚den Eliten‘ geschrieben, wozu auch Medien gezählt werden. In konservativ-protestantischen Narrativen werden verstärkt die Landeskirchen als Schuldige genannt. *Durch ihre blinde Toleranz gegenüber Muslimen erkennen sie nicht, dass der Islam zur Gewalt gegen Ungläubige aufrufe, insbesondere gegenüber Juden und Christen. Mit ihrem Verständnis von dem einen Gott, an den Christen und Muslime zugleich glauben, würden sie das Leid und die Verfolgung von Christen in muslimischen Ländern leugnen. Zudem verweigern die Kirchen Muslimen jeglichen Trost des Evangeliums, da sie den Missionsbefehl nicht befolgen.*

Diese Kritik an den Amtskirchen findet sich unter konservativ-katholischen Narrativen vor allem bezüglich der Ablehnung des Begriffes des Abendlandes durch einige Kirchenvertreter. Viel stärker jedoch richtet sich die Kritik konservativer Katholiken gegen die CDU: Indem diese christlichen Symbole und Feste aus dem Alltag verbanne und Moschee-Neubauten legitimiere, sieht sie die deutsche Heimat nicht mehr als zu schützend und christlich an.

Flüchtlinge

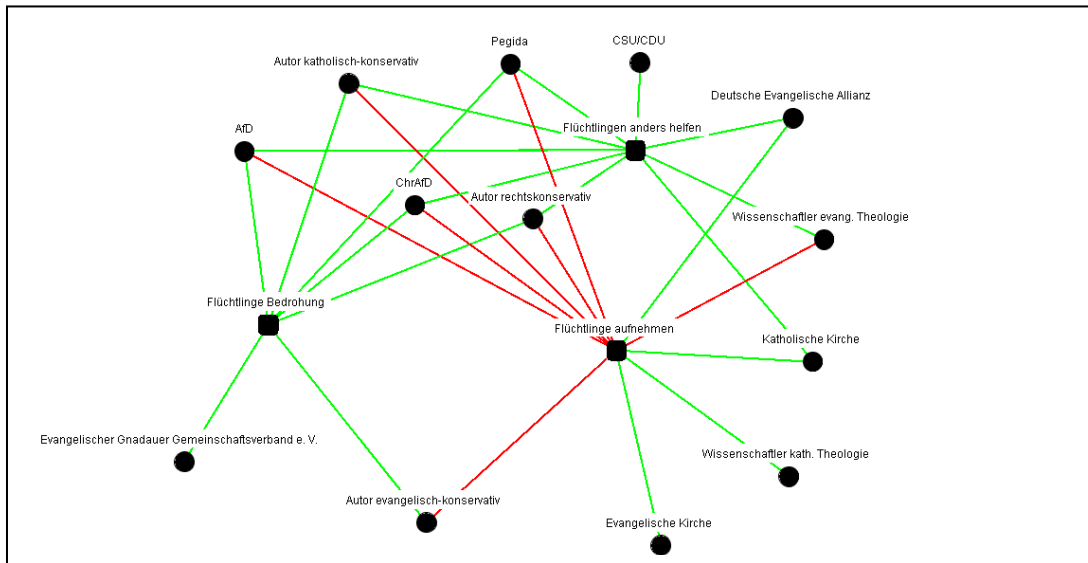


Abbildung 13: Konzepte und Verbindungen um ‚Flüchtlinge‘ (2015-2017); Quelle: Eigene Darstellung mit Visone

In Abbildung 13 sind die drei Konzepte ‚Flüchtlinge Bedrohung‘, ‚Flüchtlinge aufnehmen‘ und ‚Flüchtlingen anders helfen‘ zu sehen. Vor allem rechtspopulistische Akteure lehnen das Konzept ‚Flüchtlinge aufnehmen‘ ab und stimmen den Konzepten ‚Flüchtlinge Bedrohung‘ und ‚Flüchtlingen anders helfen‘ zu. Dem Konzept ‚Flüchtlinge aufnehmen‘ stimmen Evangelische Kirche, Katholische Kirche und Wissenschaftler katholischer Theologie zu.

Rechtspopulisten und konservative Christen eint die ablehnende Haltung gegenüber einer ‚Willkommenskultur für alle‘ und das Gefühl, dass der Staat unrecht handelt. Damit grenzen sie sich gegenüber jenen staatlichen und kirchlichen Akteuren ab, die für die Aufnahme von Geflüchteten plädieren. Als Begründungen für die ablehnende Haltung wird die *Gefahr, die von muslimischen Flüchtlingen ausgeht*, genannt. Dabei werden Geflüchtete mit Muslimen gleichgesetzt und ihrer angeblichen Herkunft nach *als fremd und nicht-deutsch wahrgenommen*.

Rechtspopulistische Akteure betonen die Gefahren, die von Flüchtlingen ausgehen mit großer Vehemenz und Vielfältigkeit. Sie entwerfen demographische Bedrohungsszenarien und sprechen von einer *Flüchtlingskrise, die die europäischen Gesellschaften insgesamt und vor allem Deutschland bedrohe*. *Die momentanen Maßnahmen und Gesetze seien nicht geeignet, um eine Destabilisierung der angespannten Situation zu verhindern. Dadurch drohe ein Untergang der deutschen Nation. Die angespannte Situation ergebe sich aus der Überfremdung der deutschen Kultur durch die muslimische Kultur und aus der hohen Haushaltsbelastung*

durch die Versorgung der Flüchtlinge. Des Weiteren sprechen sie von einer *ethnischen Verdrängung der deutschen Bevölkerung, da die Geburtenrate unter geflüchteten Frauen größer sei als unter deutschen Frauen* (,Volksaustausch'). Nicht selten wird dabei, *statt für eine Willkommenskultur für Flüchtlinge, für eine Willkommenskultur für (deutsche) ungeborene Babys geworben*. Zuletzt weisen sie auch auf eine angeblich *hohe Kriminalität unter Geflüchteten hin*.

Konservative Protestanten betonen die *Bedrohung der christlichen Tradition durch muslimische Flüchtlinge*. Ein bedeutender Unterschied zwischen ihnen und Rechtspopulisten ist jedoch die Betonung der Hilfe von Flüchtlingen ‚auf anderen Wegen‘. Rechtspopulisten nennen dieses Narrativ zwar auch, jedoch nicht in dem Umfang, wie konservative Christen es tun. Letztere fühlen sich aufgrund ihres Glaubens zum Helfen von Notleidenden verpflichtet. Dazu zählt vor allem die *Rückführung in die jeweiligen Heimatländer und die Hilfe vor Ort*. Bei konservativen Protestanten erhält die Flüchtlingsthematik eine starke Konnotation mit der *Solidarität um verfolgte Christen in muslimischen Ländern beziehungsweise durch Muslime*, wie das folgende Zitat aus IS verdeutlicht:

„Und selbstverständlich fühle ich mich als Christ besonders meinen verfolgten Glaubensgeschwistern verpflichtet: Allen Gutes zu tun, mahnt der Apostel Paulus, vor allem aber den Mitchristen. Auch von denen erwarte ich aber, dass sie, wenn die Notsituation in ihrer Heimat ein Ende hat, zurückkehren und sich dort am Wiederaufbau beteiligen. Wir helfen ihnen gern dabei. Hilfe zur Selbsthilfe ist das wohl wirksamste Konzept.“ (Adam in Helmut Matthies, 2016)

Hier wird eine Unvereinbarkeit des Islams mit dem Christentum konstruiert und die nachstehende Gefahr betont, die von muslimischen Flüchtlingen ausgehe: *Flüchtlinge stammen meist aus muslimischen Staaten und kommen nun in das christlich geprägte Deutschland und somit zu jenen Menschen, die sie in ihrer Heimat verfolgt haben. Die Gefahr, dass sich diese Verfolgung in Deutschland fortsetzt, hat sich bereits in Angriffen auf christliche Flüchtlinge realisiert*. Doch nicht nur eine Christenverfolgung gehe von muslimischen Flüchtlingen aus, auch die *Gewalt an Frauen, wie die Silvesternacht 2015/2016 in Köln offenbarte. Die wenigen legitimen Flüchtlinge sollen, sobald sich die politische Situation in ihren Heimatländern entspannt, zurückkehren. Deutschland habe dann seine humanitäre Pflicht erfüllt. Diese humanitäre Pflicht dürfe jedoch nicht biblisch begründet werden, wie es die Kirchen nach dem Gleichnis des Barmherzigen Samariters tun (Lukas 10,25-37). Das Gleichnis richte sich an den Einzelnen und nicht an den komplexen modernen Staat. Hier dürfen politische Fragen nicht moralisch aufgeladen werden. Die beste Möglichkeit, den Flüchtlingen zu helfen, sei jedoch – und hier wird dann doch mit christlicher Moral, genauer mit*

christlicher Nächstenliebe und Barmherzigkeit argumentiert – *die Bereitstellung von Hilfe in den jeweiligen Heimatländern der Flüchtlinge. Zu dieser Hilfe gehöre auch die von den Kirchen vernachlässigte Mission an Muslimen.*

Ebenso wie konservative Protestanten argumentieren **konservative Katholiken**, dass das Gleichnis vom barmherzigen Samariter zwar für den Einzelnen verpflichtend sei, jedoch nicht als Grundlage für eine Staatsethik diene. Dies kommt in dem folgenden Zitat aus der ‚Tagespost‘ deutlich zum Ausdruck:

„Der Staat ist an eine rechtlich-rationale Verantwortungs- und Institutionenethik gebunden, hat Ursachen und Folgen abzuwägen und rechtlich erzwingbare Entscheidungen demokratisch zu fällen. Er möge sich dabei an das klassische Völkerrecht erinnern, das noch ein Recht auf Heimat vorsah. Den Millionen Armutsflüchtlingen sollte man das Verbleiben in ihrer Heimat schmackhaft machen, durch bessere, wirksame Entwicklungshilfe.“
(Ockenfels, 2017)

In diesem Zitat wird der Elite, zu der sowohl Politiker wie einige Geistliche angehören, vorgeworfen, dass sie Humanismus mit christlicher Nächstenliebe verwechselt. Die Staatsethik habe sich nach einer rechtlich-rationalen Verantwortungs- und Institutionenethik zu richten. Barmherzigkeit ohne rationale Gerechtigkeit sei nicht christlich legitimierbar. Die Rückführung jedoch wird mit dem Argument der christlichen Nächstenliebe begründet, zu der auch die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Heimatländern gehöre. Die Vorwürfe, die konservative Katholiken den Klerikern machen lauten, dass sie sich durch ihre Hilfsbereitschaft schuldig am Flüchtlingsstrom machen, indem sie mit ihren Spenden diejenigen unterstützen, die sich als Hilfsorganisationen der Schlepper über das Mittelmeer betätigen. Außerdem verraten sie die eigene christliche Kultur, wenn sie den Begriff des christlichen Abendlandes mit der Begründung, dieser sei ausgrenzend, ablehnen.

Es wird ersichtlich, dass Narrative gegenseitig übernommen werden. Beispielsweise weisen sowohl Rechtspopulisten wie auch konservative Protestanten auf die Christenverfolgung in muslimischen Ländern hin.⁶⁰ Gemeinsamkeiten werden auch in der Konstruktion des Staates als ‚Schuldigem‘ der Flüchtlingskrise erkennbar. Ein weiteres, einendes Element unter Rechtspopulisten und konservativen Christen ist die Bedienung einer ethnosexistischen

⁶⁰ Am 19.04.2018 stellte die AfD im Bundestag einen Antrag, in dem sie „sanktionierende Maßnahmen für vor allem muslimisch geprägte Länder, in denen Christen verfolgt werden“ forderte. Der Antrag wurde von allen anderen Fraktionen des Bundestages verurteilt, mit der Begründung, dieser sei Stimmungsmache gegen Muslime „AfD Will Christenverfolgung Sanktionieren“ (2018).

Argumentation mit dem Ziel, Rassismuskritik abzuwehren. Indem Flüchtlinge als sexuell gefährlich dargestellt werden, insbesondere für Frauen und Kinder, werden sie primär als Täter und erst sekundär als Ausländer konstruiert.

Wie bereits in der Analyse der Storylines über Homosexuelle sind auch in den Storylines über Flüchtlinge Hassreden deutlich erkennbar. Hier werden Menschen aufgrund ihres primär kulturellen und religiösen und erst sekundär nationalen Hintergrundes abwertend dargestellt. Wie auch bei Homosexuellen handelt es sich hier um irrationalen und unbegründeten Hass, der selten auf persönliche und reale Erlebnisse zurückzuführen ist.

Mythen, Metaphern und emblematische Themenfelder

„So ist die vom Kreuz geprägte Kultur nicht nur Heimat und Geborgenheit, sie steht auch für einen Respekt vor der menschlichen Person, vor dem, was unser Grundgesetz die unantastbare Würde des Menschen nennt. Eine Würde, die unabhängig ist von Hautfarbe, sozialem Status und auch von der Religion. Das Kreuz steht für Gleichberechtigung von Männern und Frauen, für eine Gesellschaft, in der sich auch Juden mit Kippa sicher auf die Straße wagen können, in der Homo- und Transsexuelle nicht befürchten müssen, gesteinigt zu werden und kleine Mädchen nicht zwangsverheiratet werden. Daß das unter dem muslimischen Halbmond völlig anders ist, zeigen uns die täglichen Nachrichten [...]. Weil wir keinen Rückfall in die voraufklärerische Barbarei wollen, sollten wir endlich davon sprechen, daß das Christentum und damit auch das Kreuz zu Deutschland gehören.“ (D. Berger, 2018)

Das angeführte Zitat stammt aus der ‚Jungen Freiheit‘ und zeigt, wie sehr rechtspopulistische Sprache von Mythen und Metaphern getränkt ist. Es lohnt sich deshalb, einen genaueren Blick auf die Wirkungsweise von Mythen und Metaphern zu werfen. Ihnen liegt ein großes politisches Mobilisierungspotenzial zugrunde, das von Rechtspopulisten bewusst genutzt wird, um politische Veränderungen zu bewirken. Besonders interessant an dem obigen Zitat ist die Neuausrichtung der Mythen und die Verbindung von Metaphern untereinander. Das Kreuz steht symbolhaft für die Heimat, für die Gleichberechtigung und folglich für ‚das Gute‘. Der Islam steht für ‚das Böse‘, für ‚voraufklärerische Barbarei‘ und den Missbrauch von Kindern. Die so häufig geäußerten Ressentiments gegenüber der Gender-Vielfalt werden hier bewusst ausgeblendet und umgedeutet. Die rechtliche Gleichberechtigung von Männern und Frauen in Deutschland wird nun als Werbung für die eigenen Zwecke benutzt. Das kleine Mädchen steht symbolhaft für eine vor dem gefährlichen Islam schützenswerte Unschuld. Das kleine Mädchen hat ihren Platz nicht in der Ehe, sondern in der (traditionellen) Familie. In dem aufgeführten Zitat bilden die Heimat und die Familie in der eigenen Vergangenheit verfestigte Motive und Strukturen (vgl. Lotman, 1979, S. 161–163), in denen „Bezwingung von Angst, Sinnstiftung, Orientierung“ (Koschorke,

2013, S. 10) identitätsstiftende Wirkungen entfalten und in ein ‚kollektives Imaginaire‘ führen (Assmann & Assmann Jan, 1998, S. 185; Zähringer, 2021, S. 110).

In den Fallstudien soll expliziter danach gefragt werden, wie die Heimat, das Kreuz, die traditionelle Familie und das Kind als Mythen beziehungsweise Metaphern zwischen Komplexitätsreduktion und dahinterliegenden komplexen Strukturen funktionieren, welche Verbindungen von Gewissheiten und Selbstverständlichkeiten ihnen innewohnen und wo die Gefahren für die oftmals unbewussten Vereinnahmungen von konservativen Christen durch Rechtspopulisten stecken. In der Analyse der Mythen werden die identifizierten Diskurskoalitionen mit den Erkenntnissen aus den Fallstudien verbunden. So steht die Fallstudie des Bildungsplanes exemplarisch für den Kampf des Erhalts der traditionellen Familie und die PEGIDA-Proteste für den Schutz der Heimat.

Die identifizierten Themenverbindungen um Gender, Islam und Flüchtlinge lassen sich als emblematische Themenfelder auffassen. Diese Themen bilden Embleme, durch die sich eine generelle Vorstellung dessen konstruieren lässt, um was es in der Verbindung zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen geht: Um den Erhalt von konservativen Werten innerhalb von Kirche, Gesellschaft und Politik. Die Unterscheidung einer sinnbildlichen Ebene der Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen erweist sich hier als essenziell. Während einzelne Probleme wie die Flüchtlingsproblematik, die Debatte um Abtreibung oder das Thema der Frühsexualisierung im Bildungsplan kommen und gehen, besteht die emblematische Ebene fort. Zudem zeigen die identifizierten emblematischen Themenfelder auf, um was es in der Beziehung zwischen Rechtspopulisten nicht geht. Es handelt sich hier weder um eine gemeinsame Religionspolitik von Rechtspopulisten und konservativen Christen noch um einen erstarkenden Nationalismus, auch nicht um verteilungspolitische Ziele oder materielle, also distributive und redistributive Konflikte.

In der Analyse der Verbindungen von Rechtspopulisten und konservativen Christen im Zeitraum 2015 bis 2017 konnten keine Narrative bezüglich einer parlamentarischen oder administrativen Zusammenarbeit in den Politikfeldern Flüchtlingspolitik, Integrationspolitik, Familienpolitik, Bildungspolitik, multikulturelle Diversitätspolitiken und Gleichstellungspolitik erkannt werden. Jedoch werden in den öffentlich ausgetragenen Themenverbindungen, auf die sich einzelne thematische Elemente dieser aufgezählten Politikfelder beziehen, gemeinsame Moralpolitiken erkennbar. Moralpolitik bildet dabei kein homogenes oder eigenständiges Politikfeld, sondern durchzieht als übergeordnete Struktur die genannten Politikfelder. Flüchtlings-, Familien- und Diversitätsthemen erweisen sich als

besonders stark von tiefgreifenden Wertekonflikten betroffen (vgl. auch C. Adam et al., 2015, S. 699). Konflikte kommen hier zum Vorschein, wenn Politik unmittelbar in Entscheidungen eingreift, die das Leben, den Tod, die Sexualität und das Zuhause von Bürgern betreffen. Gerade bei diesen Themen kommen religiöse Identitäten besonders stark zum Ausdruck und werden von rechtskonservativen Gruppen für die Erreichung politischer Ziele vorangetrieben.

Diskurskoalitionen

In der Analyse der Narrative konnte ein Zusammenspiel einer Reihe von Erzählverläufen und organisationalen Praktiken, auf die sich jene Erzählverläufe beziehen, aufgezeigt werden. Als eine Vorgehensweise, durch die diese Erzählverläufe zum Ausdruck kommen, kann die Informationspolitik in Teilöffentlichkeiten genannt werden.

Rechtspopulistische Akteure, wie die AfD und rechtspopulistische Autoren, gehen mit konservativ-christlichen Akteuren durch die gemeinsame Verwendung eines bestimmten Sets von Narrativen, mit denen die Welt erklärt wird, eine ‚Diskurskoalition über den gefühlten Verlust konservativer Werte in Politik und Gesellschaft‘ ein. Wie bereits Hajer schreibt, sind diese Akteure in der Lage, die Welt in ähnlicher Weise zu konzeptualisieren, auch wenn sie sich hinsichtlich ihres jeweiligen Ursprunges unterscheiden (vgl. auch M. A. Hajer, 2003a, S. 280). Während Rechtspopulisten völkisch und ethnopluralistisch argumentieren, berufen sich konservative Katholiken auf eine natürliche und gottgegebene Ordnung, die es zu schützen gilt. Konservative Protestantanten begründen ihre Argumente mit Veweisen auf die Bibel. Allerdings werden selten konkrete Bibelstellen zitiert, vielmehr wird allgemein von der ‚biblische Botschaft‘, dem ‚biblischen Verständnis‘, den ‚biblischen Forderungen‘ und dem ‚biblischen Menschenbild‘ gesprochen.

Das gemeinsam verwendete Set von Narrativen setzt sich zusammen aus den Kategorien konservative Werte, Bedrohung- und Schuldkonstruktionen, moralischer Alleinvertretungsanspruch und politische Anerkennung von Partikularitäten (siehe 3.5.1).

Konservative Werte

Rechtspopulisten und konservative Christen reden von der traditionellen Familie, die es zu schützen gilt. Damit verbunden sind auch Narrative wie der Kampf gegen Homosexualität, Abtreibung und vor- und außereheliche Sexualität (Hackett & Lindsay, 2008; Lewis & De Berdnardo, Huyser, D., 2010). Es handelt sich hier um familienspezifische Wertorientierungen (Pickel, 2018, S. 972). Zudem kann auch die heimatorientierte Wertorientierung genannt

werden. Sowohl Rechtspopulisten als auch konservative Christen reden von der Heimat, die es zu schützen gilt. Sie wollen urtümliche Lebensweisen in einer sich schnell verändernden Umwelt schützen. Darin manifestiert sich eine Sehnsucht nach vergangenen Zeiten, die in ein individuelles und kollektives öffentliches Eintreten für die Wiederherstellung von bestimmten konservativen Werten transformiert wird.

Der Erzählverlauf um ‚konservative Werte‘ konstituiert sich in Opposition zu einer von Rechtspopulisten und konservativen Christen ‚empfundenen‘ Diskurskoalition zwischen Kirchen, Politik und Medien um ‚liberale‘ Werte. Unter diesen werden vor allem multikulturelle, pluralistische, globalistische und rationalistische Denk- und Handlungsweisen verstanden. Dieses Bild kommt in dem folgenden Zitat aus der ‚Tagespost‘ besonders gut zur Geltung:

„Der von Mai erwähnte AfD-Vorsitzende Alexander Gauland hat einen wesentlichen Gegensatz in der Debatte auf den Punkt gebracht: Die globalistisch ausgerichteten ‚Anywheres‘ (David Goodhart) sind als mobil, multikulturell, gebildet, karriereorientiert, liberal, EU-freundlich und so fort zu charakterisieren. Folglich beten sie mit Vorliebe die mittlerweile grotesk infantilisierte Klimareligion als wichtigste Facette der ‚One-world-Agenda‘ an. Sie repräsentieren eine Variante des (links-)liberalen Universalismus im Informationszeitalter.“ (Dirsch, 2019b)

Bedrohung- und Schuldkonstruktionen

Der Kampf um konservative Werte korreliert mit gemeinsamen Bedrohungs- und Schuldkonstruktionen (unterschiedlichen Ausmaßes), mit denen Gegner markiert werden und auf die sich gemeinsame Aktionen richten. Als bedroht werden die traditionelle Familie und die Heimat angesehen. Als Schuldige der Bedrohung werden zum einen bestimmte Strömungen genannt (wie Säkularisierung und Humanismus) zum anderen gesellschaftliche Entwicklungen (wie Einwanderungs- und Fluchtbewegungen) gesellschaftlich marginalisierte Gruppen (wie Homosexuelle oder Flüchtlinge) aber auch Institutionen wie Kirchen und Parteien, etwa die CDU. Oftmals wird allgemein vom ‚links-medialen Mainstream‘ geredet.

(Moralischer) Alleinvertretungsanspruch

Rechtspopulisten und konservative Christen zeichnen sich durch einen Alleinvertretungsanspruch aus, der vor allem moralisch begründet ist. Zum einen präsentieren sich Rechtspopulisten als die *wahren Versteher der Sorgen der Bürger. Auch können nur sie die Bedrohung der Gesellschaft, Familien und Kinder durch Homo-Lobby und Flüchtlinge erkennen.* Konservative Christen sehen sich als die *wahren Vertreter von christlichen Werten beziehungsweise betonen sie, dass jene Werte, die sie vertreten, die wahren und ursprünglichen christlichen Werte sind. Anders als*

Landeskirchen, die bei bestimmten Themen wie beispielsweise Homosexualität eine verweltlichte Haltung zeigen. Rechtspopulisten und konservative Christen unterscheiden sich folglich darin, was und wen sie vertreten, jedoch nicht in der Kompromisslosigkeit und autoritären Haltung ihres jeweiligen Alleinvertretungsanspruches.

Übereinstimmung beziehungsweise Zustimmung zeigt sich in dem Bild einer (christlichen) AfD. In der Analyse der christlichen Storylines fällt auf, dass es keine konfessionellen Unterschiede in den Begründungen und Darstellungen der AfD als christliche Partei gibt und sowohl konservative Protestanten wie auch konservative Katholiken die Familienpolitik der AfD in Bezug setzen mit den verlorenen Werten der CDU.

Politische Anerkennung von Partikularitäten

Sowohl Rechtspopulisten wie auch konservative Christen vertreten in der deutschen Gesellschaft eine Mikro-Partikularität. Konservative Christen stellen einen kleinen Prozentsatz aller Christen in Deutschland dar und Rechtspopulisten bilden (noch) keine regierungsrelevante Kraft auf Bundesebene. Beide Identitäten sehen sich selbst als eine Minderheit und empfinden, dass ihre Werte und Bedürfnisse keine Beachtung (mehr) in Gesellschaft, Politik und Massenmedien erhalten. Sie streben nach politischer und religiöser Anerkennung.

5.4.3 Profilierungen, Zuschreibungen und Abgrenzungen (2018-2019)

Die Themen um Gender, Flüchtlinge und Islam werden in den betrachteten Zeitungen in den Jahren zwischen 2018 und 2019 nicht mehr in der Intensität diskutiert, wie noch im Zeitraum zwischen 2014 bis 2017. Mit der Besetzung der Themen um Flüchtlinge, Gender und Islam konnte sich ein Teil der AfD als ‚christlich-konservative Partei‘ profilieren. Es waren unter anderem diese thematischen Positionierungen, die vor allem unter Kirchenvertretern und theologischen Wissenschaftlern für eine Welle der Empörung sorgten. In ihren Wahrnehmungen ist *die AfD eine rechtspopulistische Partei, deren politische Programmatiken nicht vereinbar seien mit christlichen Werten.* In Folge positionierten sich viele Kirchenvertreter öffentlich gegen die AfD. Diese Abgrenzungen empfanden christliche AfD-Politiker als eine unberechtigte Ausgrenzung sowie eine Verletzung von christlichen Werten wie der Nächstenliebe. Selbst- und Fremdzuschreibungen hinsichtlich einer christlichen beziehungsweise unchristlichen AfD sowie einer christlichen beziehungsweise unchristlichen Landeskirche dominieren die Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen in den Jahren zwischen 2018 und 2019.

Diskussionsthemen und organisationale Praktiken

Im Folgenden werden jene zentralen Praktiken, die in den untersuchten Zeitungsartikeln im Zeitraum 2018 bis 2019 genannt werden, zusammen aufgezählt.

1. Erstens wird auf Kirchentage verwiesen. Diese werden dahingehend kritisiert, dass auf ihnen unter anderem gesellschaftspolitische Themen behandelt werden, die nicht unmittelbar mit dem Evangelium korrelieren, wie beispielsweise Rechtspopulismus, Klimaschutz oder Gender-Vielfalt. Bei letztgenanntem Thema wird oftmals auf den Workshop des ‚Vulven-Malens‘ auf dem Evangelischen Kirchentag 2019 verwiesen. Eine weitere organisationale Praktik betrifft Einladungen auf Kirchentage. Im Jahr 2016 erhielt kein AfD-Politiker eine Einladung für den Katholischen Kirchentag. Dass es jedoch auch *Christen in der AfD gibt, mit denen man reden sollte*, wurde erstmals 2017 mit der Einladung der damaligen Sprecherin der ChrAfD, Anette Schultner⁶¹ zu einem Podiumsgespräch während des Evangelischen Kirchentages in die Tat umgesetzt. Des Weiteren trat 2018 in Münster der kirchenpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Volker Münz, auf. Nach viel interner und externer Kritik sowie massiven Protesten und Störungen aus dem Publikum wurde beschlossen, dass 2019 kein AfD-Politiker eine Forumseinladung erhält. Gemeinsam mit der Katholischen Kirche wurde zudem vereinbart, dass auch auf dem Ökumenischen Kirchentag 2021 stattfindet kein AfD-Politiker eine Einladung erhält.
2. Es werden Publikationen, Handreichungen und Wahlempfehlungen zum Thema Rechtspopulismus und AfD, die von den Kirchen mitherausgegeben werden, thematisiert und deren Inhalte kritisiert (siehe hierzu auch 5.2.2).
3. Zudem wird auf Predigten verwiesen, insbesondere diverse Weihnachtspredigten, in denen das Phänomen des Rechtspopulismus benannt und verurteilt wird (z.B. “Tagespost: Klöckner Übt Kritik an Kirchen, 27.12.2017”).
4. Problematisiert werden außerdem konkrete kirchliche Umgangsweisen, wie die Suspendierung AfD-naher Geistlicher.
5. Reformen wie das ‚Zweite Vatikanische Konzil (1962-1965)‘ und Beschlüsse wie die ‚Ehe für alle (2017)‘ finden zudem besondere Aufmerksamkeit.

⁶¹ Aufgrund fehlender Abgrenzung zu rechten Strömungen und begrenzter Einflussnahme christlicher Werte (mit Ausnahme von Familienwerten) auf die Parteipolitik, verließ sie 2017 die AfD “Auch Christen-Sprecherin Schultner Verlässt AfD” (2017).

6. Zu diversen Einzelaktionen, auf die ebenfalls Bezug genommen wird, zählen unter anderem die Verdunkelung des Kölner Doms während der Demonstration des Kölner PEGIDA-Ablegers Kögida am 05.01.2015 oder das Glockenläuten gegen PEGIDA der Nürnberger Pfarrerin Simone Hahn im März 2018. Als eine besonders symbolträchtige Einzelaktion findet die bereits genannte Abnahme des Kreuzes seitens des EKD-Ratsvorsitzenden, Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, und des Vorsitzenden der (katholischen) Bischofskonferenz, Reinhard Kardinal Marx, im Herbst 2016 bei einem Besuch des Tempelbergs in Jerusalem Erwähnung (D. Berger, 2018).

Aus dieser Aufzählung lassen sich für den Zeitraum 2018-2019 zwei miteinander verbundene Diskussionsthemen ableiten: Der kirchliche Umgang mit der (christlichen) AfD auf der einen und die Politisierung der Landeskirchen auf der anderen Seite. Die meisten der organisationalen Praktiken, auf die die nachstehenden Narrative Bezug nehmen, fanden im Zeitraum 2018 bis 2019 statt. Auch bei diesen Narrativen handelt es sich um eine verflochtene Informationspolitik zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen, die in Teilöffentlichkeiten ausgetragen werden. Jedoch liegt der inhaltliche Schwerpunkt der dargestellten medialen Informationen nicht mehr auf (externen) Protestpolitiken, sondern viel eher auf (internen) Rechtfertigungspolitiken. Die zentralen Themen dieser Rechtfertigungspolitiken sind ‚die wahre Bedeutung von christlichen Werten‘ und ‚der richtige Umgang mit der AfD‘.

Akteure, Storylines und thematische Verbindungen

Kirchlicher Umgang mit der (christlichen) AfD

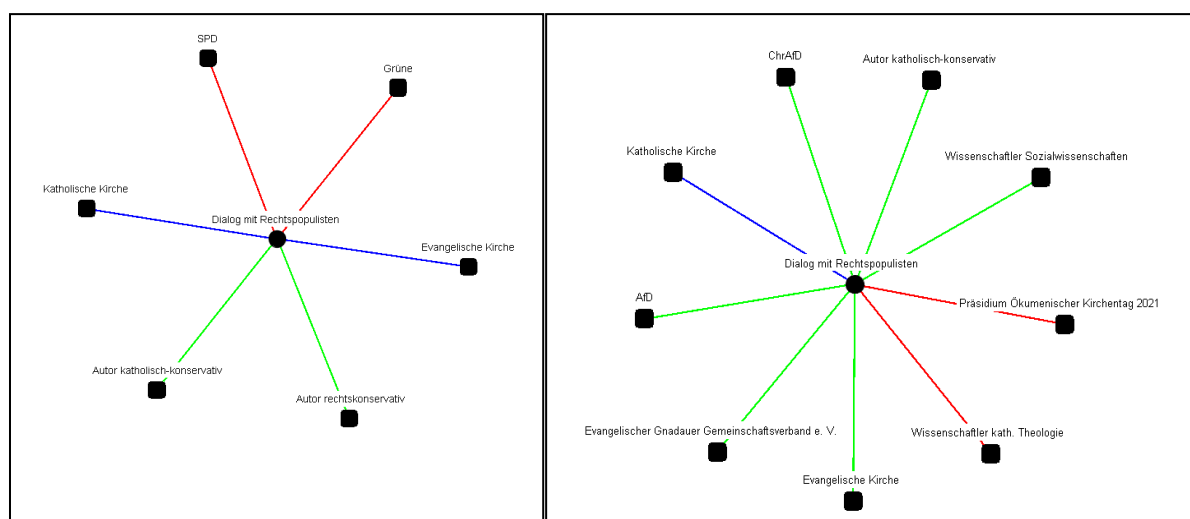


Abbildung 14: Verbindungen um ‚Dialog mit Rechtspopulisten‘ (links 2015-2017), (rechts 2018-2019); Quelle: Eigene Darstellung mit Visone

Abbildung 14 zeigt Verbindungen um das Konzept ‚Dialog mit Rechtspopulisten‘ für die Zeiträume 2015 bis 2017 und 2018 bis 2019. Zwischen 2015 und 2017 stimmen nur zwei Akteure (Autor katholisch-konservativ, Autor rechtskonservativ) dem Konzept zu, zwischen 2018 und 2019 sind es bereits sechs Akteure. Unter ihnen befindet sich auch die Evangelische Kirche. Während zwischen 2015 und 2017 sowohl interne Ablehnung als auch Zustimmung ersichtlich werden, sehen wir zwischen 2018 und 2019 eine klare Zustimmung zu dem genannten Konzept. Die Katholische Kirche weist in beiden Zeiträumen sowohl Zustimmung wie auch Ablehnung auf. Wissenschaftliche katholische Theologen und das Präsidium Ökumenischer Kirchentag 2021 treten unter anderem als neue Akteure im zweiten Zeitraum mit Ablehnung zum Konzept ‚Dialog mit Rechtspopulisten‘ auf.

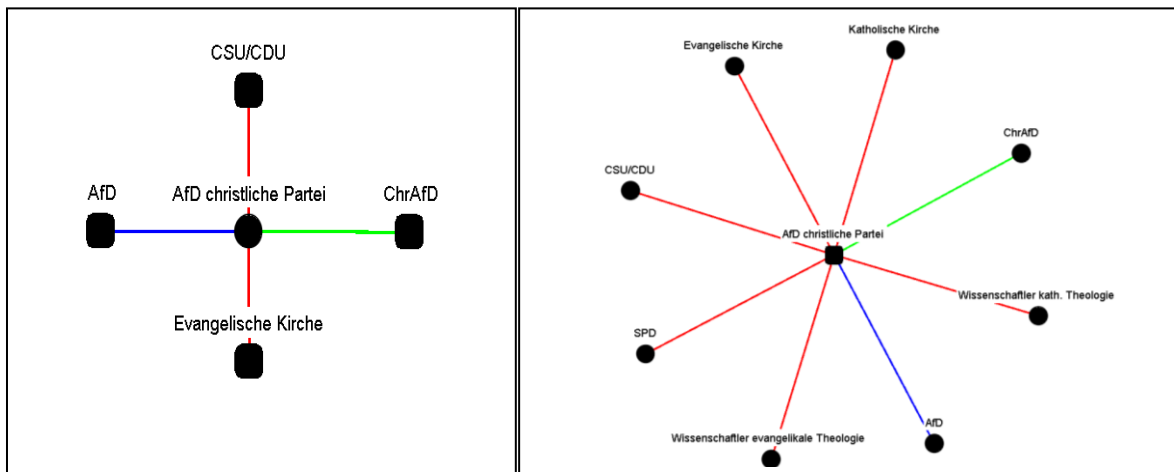


Abbildung 15: Verbindungen um ‚AfD christliche Partei‘ (links 2015-2017), (rechts 2018-2019); Quelle: Eigene Darstellung mit Visone

Mit der Gründung der Gruppierung ChrAfD beginnt eine christliche Profilierung der Partei. Im Zeitraum zwischen 2015 und 2017 konnten nur vier Organisationen ermittelt werden, die sich zu dem Konzept ‚AfD christliche Partei‘ äußern. Während die ChrAfD dem Konzept zustimmt, zeigt die AfD selbst eine ambivalente Haltung. Evangelische Kirche und CDU/CSU lehnen das Konzept ab. Zwischen 2018 und 2020 erhöht sich die Anzahl jener Organisationen, die das Konzept ablehnen. Hier treten auch Katholische Kirche und theologische Wissenschaftler als Ablehner des Konzeptes auf.

Bei den dargestellten Abbildungen handelt es sich um zwei unterschiedliche Konzepte, die in der Thematik ‚Kirchlicher Umgang mit der (christlichen) AfD‘ eine Zusammenführung erfahren. Dass es sich bei der AfD um eine christliche Partei handelt, wird von Mitgliedern der ChrAfD vertreten. Ein mediales Forum für die Artikulation dieser Haltung ist die Zeitschrift

‚Idea Spektrum‘. Folgende Narrative werden also vor allem von **christlichen Rechtspopulisten** vertreten und erhalten von konservativen Protestanten Zustimmung beziehungsweise werden von ihnen zum Teil übernommen und vertreten.

Zum einen wird eine einseitige Positionierung der Kirchen moniert. Diese Positionierung wird als zu links angesehen und als Ausgrenzung von Andersdenkenden beziehungsweise Menschen mit konservativen Einstellungen, zu denen auch AfD-Wähler und PEGIDA-Sympathisanten zählen. Kirchliche Stellungnahmen zu Themen wie AfD, Flüchtlinge und Gender, aber auch zur Klimakrise werden als Politisierung der Kirchen angesehen. Die Kirchen kämen dadurch ihrer eigentlichen Aufgabe der Missionierung nicht mehr nach.

Dass sowohl Kirchen wie auch Parteien (insbesondere die CDU) die Tatsache ausblenden, dass *auch Christen in der AfD* sind, wird von konservativen Christen als *moralischer Hochmut* angesehen. Die *Dialogverweigerung mit der AfD und mit PEGIDA* wird als *ignorant und dreist* empfunden. Für viele **konservativ-evangelische Christen** ist die *AfD eine christliche Partei, da sie christliche Familienwerte vertritt, von denen sich die CDU abgewendet hat*. Die Ungerechtigkeit, die AfD-Politiker angeblich erleben müssen, wird in dem nachstehenden Zitat aus ‚Idea Spektrum‘ untermauert mit der *Gewalt gegen AfD-Politiker*.

„Jesus ging ins Haus des Zöllners, weil er ihn nicht verloren gab. Doch die Kirchen agieren anders. Die AfD wird zur Zöllnergewerkschaft, die man zu Aussatz erklärt. Ausgerechnet jene Kirchen, die über Jahrzehnte gegenüber Extremisten von links Dialogbereitschaft pflegten, die bezüglich der Teil-Nachfolger der SED – der Linkspartei – Kaffeekränzchen veranstalteten, sagen jetzt auf einmal: ‚Mit denen nicht!‘. Dass inzwischen, wie die FAZ berichtet, die Gewalt gegen AfD-Politiker erschreckende Ausmaße angenommen hat, wird verschwiegen.“ („Umgang Mit Der AfD,“ 2016)

Hier handelt es sich um ein typisches Opfer-Narrativ. Die Gewalt, die jene Opfer erfahren müssen, wird in den Raum gestellt, ohne Vergleiche mit anderen Gewalttaten oder statistische Untermauerung. Stattdessen wird die Aussage mit dramatischen und verschwörerischen Elementen geschmückt. Akteure, die jene Narrative äußern, kommen sowohl aus Freikirchen wie auch aus Landeskirchen. Für viele Protestanten besteht kein Widerspruch darin, eine Zugehörigkeit zu einer Kirchengemeinde zu haben und gleichzeitig der Kirchenpolitik kritisch gegenüberzustehen. Des Weiteren kommen hier ‚enttäuschte‘ CDUler und christliche AfDler zu Wort. Auch **konservative Katholiken** äußern sich zum kirchlichen Umgang mit der AfD. Allerdings weniger offensichtlich als konservative Protestanten, wie beispielhaft in dem folgenden Zitat aus der ‚Tagespost‘ deutlich wird. Auch wird eine christliche Ausrichtung der AfD hier kaum thematisiert:

„Und mainstreamige, kirchenoffizielle Wahlempfehlungen an mündige Bürger [zu geben, ist] eine reine Zumutung. Diese Ersatzreligion, die sich ihre eigene ‚Schöpfungsgeschichte‘ ohne Gott ersponnen hat und mit Gender-Ideologie und der völligen Relativierung des Lebensrechtes die göttliche Schöpfungsordnung auf den Kopf stellen will, ist eine straffe Rebellion gegen das Christentum und die europäisch-christliche Kulturgeschichte.“ („Grüne Weltanschauung Und Kirche,“ 2017)

Politisierung der Landeskirchen

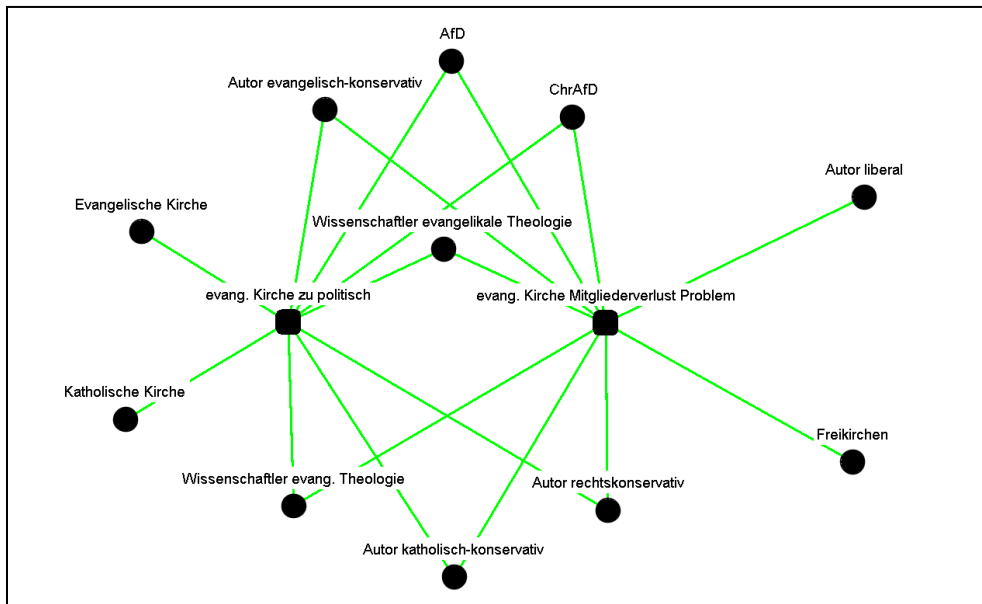


Abbildung 16: Verbindungen um ‚Politisierung der Evangelischen Kirche‘ (2017-2019); Quelle: Eigene Darstellung mit Visone

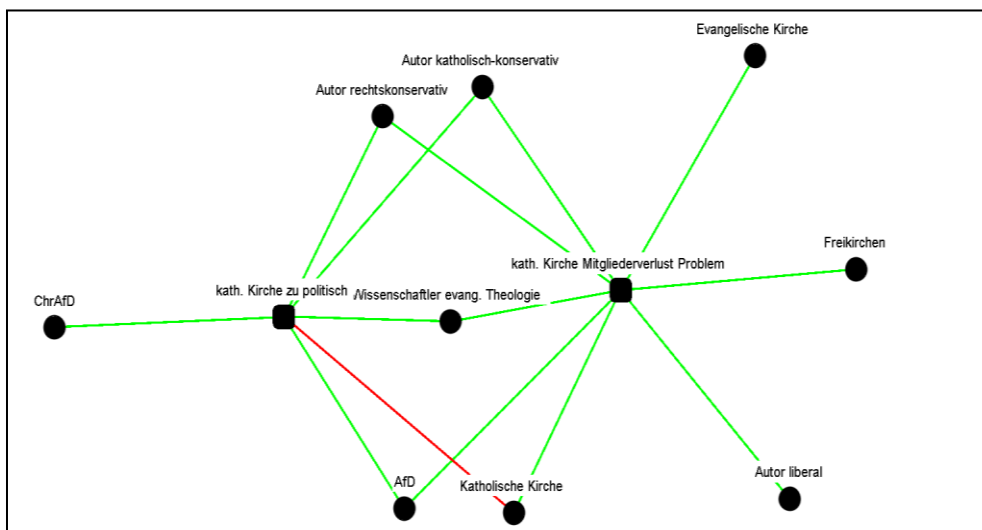


Abbildung 17: Verbindungen um ‚Politisierung der Katholischen Kirche‘ (2017-2019); Quelle: Eigene Darstellung mit Visone

In Abbildung 16 und Abbildung 17 sind Verbindungen um die Konzepte ‚Evangelische/Katholische Kirche zu politisch‘ und ‚Mitgliederverlust Evangelische/Katholische Kirche Problem‘ abgebildet. Rechtspopulisten und christlich-konservative Akteure eint die Wahrnehmung, die Kirchen seien zu politisch. Allerdings unterscheiden sich die Akteure darin, welche Kirchen sie kritisieren. **Rechtspopulisten** machen meist keine konfessionelle Unterscheidung, wenn sie die Kirchen und deren Lehre kritisieren. So ist beispielsweise in einem Artikel der ‚Jungen Freiheit‘ zu lesen:

„Früher behalf man sich als Protestant mit dem Stoßseufzer: Es ist zum Katholisch-werden! Aber das hilft nichts mehr, weil es die Katholiken nicht viel besser machen. Die Kirchen sind Teil des Establishments, Teil einer Elite geworden, die sich so nennt, aber keine ist, weil sie ihren Führungsanspruch an die Kartellparteien verloren hat.“ (K. Adam, 2016)

Das angeführte Zitat verdeutlicht, dass die Existenz der Konfessionen nicht negiert wird, jedoch keine konfessionelle Differenzierung erfolgt.⁶² Für Rechtspopulisten sind Kirchen Teil der Elite, und die gilt es grundsätzlich zu kritisieren. Bestimmte kirchliche Problematiken wie Mitgliederverlust, Politisierung und Verweltlichung werden ohne Unterscheidung allgemein ‚den‘ Kirchen zugeschrieben. Dabei beherrschen zwei dominante Narrative in der Haltung zur Kirche. Erstens werden *die Kirchen als unchristlich angesehen, da deren Vertreter mit dem Menschenbild der Bibel nicht vereinbare Positionen einnehmen*. Hier wird vor allem auf Äußerungen in der Flüchtlingsdebatte und positive Haltungen zur Gender-Vielfalt verwiesen. Den Kirchen wird dabei Machterhalt und Opportunismus vorgeworfen. Zudem, so prangern Rechtspopulisten an, *werden von Seiten der Kirche die Gefahren des Islams, wie beispielsweise die große Christenverfolgung in muslimischen Ländern, ignoriert; stattdessen wird von diesen der Islam als eine Bereicherung der abendländischen Kultur angesehen*. Außerdem wird eine *allgemeine Unvereinbarkeit des Christentums mit der Politik betont*. Die Bibel gebe keine Handlungsanweisung für die Politik. Die ChrAfD verweisen hier auf Matthäus, 22,21 und Johannes 18,36⁶³ (Interview ChrAfD 16.02.2021).

Wenn Kirchen jedoch den christlichen Glauben eins zu eins in politische Maßnahmen übersetzen, dann erfolge ein Missbrauch der Religion, schreibt der kirchenpolitische Sprecher der AfD, Volker Münz, in seinem Buch ‚Rechtes Christentum‘ (Dirsch et al., 2018, S. 168).

⁶² Eine Ausnahme bildet das 49-seitige Papier mit dem Titel ‚Unheilige Allianz – Der Pakt der evangelischen Kirche mit dem Zeitgeist und den Mächtigen‘ (2019), in dem die AfD-Landtagsfraktionen von Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen der Evangelischen Kirche einen Pakt mit dem ‚linksgrünen Zeitgeist‘ vorwerfen.

⁶³ ‚Mein Reich ist nicht von dieser Welt‘, Johannes 18,36, die Bibel.

Die beiden genannten Narrative der *unchristlichen Kirchen* und der *Unvereinbarkeit von Christentum und Politik* werden in dem Konzept ‚Kirche vernachlässigt Missionsauftrag‘ zusammengeführt. „Kirchen haben den Auftrag, zu vermitteln, wer Jesus Christus ist, den Menschen zu sagen, wie sie Erlösung finden. Wenn es aber von offizieller Seite heißt, Ziel sei nicht die Mission, offenbart dies ein problematisches Selbstverständnis“, so AfD-Politikerin Schultner in einem Interview in der ‚Jungen Freiheit‘ (Vollradt, 2017). Die Kritik an den Kirchen endet in einer Viktimisierung, die zur Werbung um christliche Stimmen genutzt wird. So wie die AfD, insbesondere die bekennenden Christen unter den AfD-Mitgliedern, von den Kirchen ausgegrenzt werden, so werden viele konservative Christen mit ihren Überzeugungen von den Kirchen ausgegrenzt beziehungsweise finden das Evangelium und grundsätzliche theologische Fragen nicht in der Kirche. Nicht selten wird dabei zu einem Kirchenaustritt aufgerufen. Für jene ausgegrenzten Christen bietet die AfD ein Zuhause, da das politische Programm der AfD auf dem Wertefundament der christlich-abendländischen Leitkultur basiere.

Die genannten Narrative finden sich insbesondere unter **konservativ-protestantischen Narrativen** über die Politisierung der Landeskirchen wieder. Hier wird allerdings speziell die evangelische Landeskirche kritisiert und nicht allgemein von ‚den‘ Kirchen geredet. Das dominante Narrativ von Seiten konservativ-evangelischen Christen ist die *Verwandlung der EKD in eine rot-grüne NGO*. In einem Artikel in ‚Idea Spektrum‘ heißt es:

„Ein Tempolimit ist keine Frage des Glaubens, die ‚Ehe für alle‘ ist nur unter erheblichen Verrenkungen mit dem biblischen Menschenbild vereinbar. Die EKD verliert den christlichen Glauben, wenn sie der neuen Klimareligion huldigt, die aus christlicher Sicht heidnisch ist, weil sie das Klima zu einer göttlichen Wesenheit erhebt. Die Kirche, will sie die Kirche Jesu Christi bleiben, muss sich reformieren hin zur Verkündigung, hin zur Mission, hin zum Glauben. Ich fürchte jedoch, mit der derzeitigen Kirchenleitung wird es nicht gehen. Es geht nicht um die AfD, es geht um die Kirche.“ (Mai, 2019, S. 15)

Das kirchliche Engagement für Klima, Flüchtlinge und Gender-Vielfalt wird als *Anpassung der EKD an den Zeitgeist* gedeutet. Politische Äußerungen und politische Handlungen führender Kirchenvertreter werden als eine einseitige *Politisierung der Kirche* kritisiert, deren Grundlage auf *humanistischen und nicht auf biblischen Prinzipien* beruhe. Dabei wird auf Matthäus 22,21⁶⁴ beziehungsweise auf eine biblisch begründete Trennung von Politik und Religion verwiesen. Der Vorwurf der Politisierung der EKD korreliert mit dem Vorwurf einer

⁶⁴ „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist“, Matthäus 22,21, die Bibel.

Vernachlässigung des Missionsbefehls aus Matthäus 28,19–20⁶⁵, welche in den Verlust der Kirchenmitglieder mündet. Es wird bemängelt, dass dem Thema der Mission sowohl allgemein wenig Wert eingeräumt wird als auch speziell in der Hilfe gegenüber muslimischen Flüchtlingen. Für viele konservative Christen gilt es als Auftrag Gottes, Ungläubigen, zu denen auch Muslime zählen, das Evangelium zu verkünden. Die Evangelische Kirche lehnt hingegen die Mission an Muslimen ab. Konservativ-evangelische Gläubige kritisieren nicht nur die Evangelische Kirche, sondern ebenso die Katholische Kirche. Auch sie komme dem Missionsbefehl nicht nach und verliere dadurch Kirchenmitglieder.

Konservativ-katholische Gläubige stellen – im Gegensatz zu konservativ-evangelischen Gläubigen – weniger ihre Kirche in Frage, sondern vielmehr Umsetzung, Anpassung und Reformen ‚der katholischen Lehre‘. Wenn kirchlich-institutionelle Kritik erfolgt, dann in Bezug auf die Evangelischen Kirchen. Hier bedient man sich ebenfalls der Narrative, die *Evangelische Kirche sei zu liberal* und die *Evangelische Kirche sei zu politisch*. In diesem Zusammenhang wird auch das Phänomen der Kirchenaustritte genannt und als Problem der Evangelischen Kirchen angesehen, jedoch weniger für die eigenen Kirchen. Auch erfolgt keine grundsätzliche Ablehnung einer politischen Haltung der Katholischen Kirche. Aus einem katholischen Verständnis heraus ist die Katholische Kirche und der Katholizismus ‚von Natur aus‘ politisch. Vielmehr werden bestimmte kirchliche Haltungen, insbesondere in Bezug auf die Flüchtlingshilfe, kritisiert. *Diese Haltungen basieren auf Humanität und gesinnungsethischen Vorstellungen. Die katholische Lehre fordert jedoch auch zu einer Verantwortungsethik auf, so dass man sich die negativen gesellschaftlichen Folgen einer unbegrenzten Flüchtlingsaufnahme, wie sie die Kirchen fordern, bewusstmachen sollte.* Zudem kritisieren konservative Katholiken *die von vielen kirchlichen Vertretern unternommene Einteilung in rechts und links, wenn es um politische Parteien und deren Wählbarkeit gehe.* Schließlich werden liberale Bischöfe kritisiert, *die das katholische Glaubensgut nicht gut genug gegen (äußere) Auflösungstendenzen verteidigen. Dies betrifft insbesondere die Haltung zum Islam und Flüchtlingen.* Katholischen Amtsträger werden dafür kritisiert, *dass sie die Bezeichnung ‚christliches Abendland‘ ablehnen würden mit dem scheinbaren Argument, dass diese ausgrenzend sei und aufgrund von christlicher Nächstenliebe nicht genutzt werden dürfe.* Der eigentliche Grund der Vermeidung dieses Begriffes liege jedoch in der ‚Furcht vor der Rechtspopulismus-Schelte‘ (Dirsch, 2017).

⁶⁵ ‚Darum gehet hin und lehret alle Völker: Taufet sie auf den Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes und lehret sie halten alles, was ich euch befohlen habe. Und siehe, ich bin bei euch alle Tage bis an der Welt Ende‘, Matthäus 28,19–20, die Bibel.

Mythen, Metaphern und emblematische Themenfelder

Auch die identifizierten Themenverbindungen über den kirchlichen Umgang mit der (christlichen) AfD und die Politisierung der Landeskirchen lassen sich als emblematische Themenfelder auffassen, die aufzeigen, um was es in diesen Diskussionen ‚eigentlich‘ geht. Wie bereits bei den Themenverbindungen um Gender, Flüchtlinge und Islam zeigt sich auch hier, dass es um eine Auseinandersetzung mit Identitäten und Werten geht. Es handelt sich hier insbesondere um christliche Werte, die in einer sich wandelnden Umgebung neue Bezugnahmen erfahren. Gestritten wird darüber, ob es sich dann noch um christliche Werte handelt. Die Bezugnahme auf Glauben und Religion dient vor allem als Kampfpositionierung. Religion als Glaube und Überzeugung besitzt die Kraft, das eigene Weltbild zu formen (Selbstpositionierung) und sich von anderen Weltbildern abzugrenzen (Fremdpositionierung). Selbst- und Fremdzuschreibung von ‚christlich sein‘ und ‚unchristlich sein‘ dienen als Legitimation für ‚das Richtige tun und sagen‘.

Politische Akteure wie die AfD wollen sich durch die Selbstzuschreibung als ‚christliche‘ Partei als die ‚gute‘ Partei, die moralisch das ‚Richtige sagt‘, profilieren. In diesem Sinne dient die religiös-moralische Bezugnahme als Werbung um Wählerstimmen. Es sind vor allem jene Wähler, die von der liberalen Haltung der Landeskirchen und der CDU enttäuscht sind, die der AfD Gehör schenken. In diesem Sinne dient die religiöse Bezugnahme der AfD auch als Strategie zur Gruppenzugehörigkeit, verbunden mit einer identitären Gegnerschaft (z.B. zur liberalen Landeskirche und zur CDU) zu erzeugen. Mit ihren öffentlichen Positionierungen zu bestimmten politischen Themen profilieren sich Landeskirchen als legitime Interpreten wertebezogener Fragen. An dieser Stelle lässt sich festhalten, dass die Landeskirchen in Deutschland einen Bedeutungsverlust in der Gesellschaft erfahren haben (Liedhegener, 2012) und dass das öffentlich geäußerte Einnehmen bestimmter politischer Positionen als eine Reaktion auf diesen Wandel verstanden werden kann. Auch die Kirchen müssen sich in Zeiten des Wertewandels und Mitgliederrückgangs in ihrer Identität und Ausrichtung neu finden. Auch bei ihnen gehen Identifikation und Neufindung mit Abgrenzung einher.

Das zentrale Mythos in den hier analysierten Zusammenspielen rechtspopulistischer und christlich-konservativer Narrative bildet die Geschichte der ‚Sprechverbote‘. Die folgenden zwei Zitate, das erste aus der ‚Jungen Freiheit‘, das zweite aus der ‚Tagespost‘ bringen jenes Empfinden der Sprechverbote deutlich zur Geltung:

„Zunehmend macht sich Ratlosigkeit breit, daß der Einbruch der als ‚Rechtspopulisten‘ Gescholtenen tief in die politische Mitte reicht, daß sogar bemerkenswert viele Anhänger von Linken und Grünen zur AfD gewechselt waren. Es fällt offenbar schwer anzuerkennen, daß viele Bürger schlicht anderen Positionen, anderen Antworten zuneigen und Dialogverbote, tabuisierte Debatten empören.“ (Stein, 2016)

„Die politische Auseinandersetzung in Deutschland erstickt in den Themenverboten, die vom linken politischen und medialen Mainstream durchgesetzt werden. Jeder Versuch, die Deutungshoheit dieses mächtigen Blocks in Frage zu stellen, wird sofort mit dem gesamten Arsenal publizistischer Mittel bekämpft, wobei auch von eindeutiger Manipulation, ja sogar direkten Lügen Gebrauch gemacht wird.“ (Weidmann, 2015)

Sowohl Rechtspopulisten wie auch konservative Christen verstehen unter Sprechverboten die Unterdrückung von bestimmten Meinungen, die vom Mainstream abweichen und Dialogverbote mit jenen Menschen, die diese abweichenden Meinungen vertreten. Ausgeblendet wird die Tatsache, dass es nach wie vor ein ‚Recht auf Meinungsfreiheit‘ gibt, von dem auch sie Gebrauch machen. Dieses Recht wird von Rechtspopulisten und konservativen Christen verwechselt mit einer Meinungs- und Deutungshoheit. Rechtspopulisten treten als ‚Vertreter des Volkes auf‘, konservative Christen vertreten das ‚wahre Christentum‘. Das Fehlen von Hegemonie beziehungsweise Kritik an ihren Haltungen und Ansprüchen wird schließlich als Sprechverbot empfunden und als solches artikuliert. Als Metapher stehen Sprechverbote für eine Reduzierung der immer komplexer werdenden Realität von politischen (Teil-)Öffentlichkeiten und die Regulierung von diesen. Das Netzwerkdurchsuchungsgesetz und die gendergerechte Sprache werden von Rechtspopulisten als ‚Sprachdiktatur‘ gedeutet.

Nachfolgend sollen die gesellschaftlichen Normen und Werte, die durch die Bezugnahme auf die Metapher der Sprechverbote zum Ausdruck kommen und eine Diskurskoalition zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen erzeugen, näher beleuchtet werden.

Diskurskoalitionen

Die gemeinsamen Erzählverläufe, mit denen Rechtspopulisten und konservative Christen in den Jahren 2018 bis 2019 eine Diskurskoalition eingehen, umfassen zum einen ‚die Erweiterung von Sagbarkeit‘ und die ‚Dialogisierung mit Rechtspopulisten‘.

Narrative über die ‚Erweiterung von Sagbarkeit‘ werden in rechtspopulistischen Medien oft in Zusammenhang mit ‚Sprech- und Denkverboten‘, ‚Nazikeule‘, ‚Political Correctness‘, ‚Sprechpolizei‘ und ‚Meinungsdiktatur‘ gebracht. Manifest werden die ‚Sprechverbote‘, wenn bestimmte Inhalte in den sozialen Medien gelöscht und Profile gesperrt werden. Besonders

AfD-Politiker fühlen sich betroffen und berichten hiervon. Auch das Zensieren im Fernsehen wird als problematisch angesehen. Gauland selbst verkündigte, dass er mit der AfD, „die Grenzen des Sagbaren auszuweiten“ wolle (Gauland in Eppelsheim, 2018). Gaulands Haltung zeigt, dass das Ringen um Aufmerksamkeit sowie Deutungshoheit im politischen und gesellschaftlichen Raum eine bewusst eingesetzte Strategie darstellt. Die Forderung nach mehr Sagbarkeit geht einher mit einer gefühlten und immer wieder wiederholten Opferrolle (siehe „Umgang Mit Der AfD,“ 2016).

Narrative über eine Ausgrenzung der AfD in Verbindung mit unterdrückten Thematiken finden sich sowohl bei **Rechtspopulisten** wie auch bei **konservativen Christen**. *Der Politik und den Medien wird eine Links-Verschiebung vorgeworfen und eine Autorität zugeschrieben, die konservativ Denkende unterdrücke*. Einher geht dieses Narrativ mit dem Narrativ der *Dialogverweigerung mit Andersdenkenden (primär von Seiten der Politik und den Medien, sekundär von Seiten der Kirchen)*. *Bei jenen Andersdenkenden handelt es sich aber keineswegs um Rechtsradikale oder Querdenker, sondern um ‚anständige Bürger‘. Man selbst gehört zu den ‚anständigen Bürgern‘ und wird ungerechtfertigterweise von politischen und medialen Eliten in seiner Meinungsfreiheit eingeschränkt oder gar für die Ansprache bestimmter Themen sanktioniert*. Ein weiteres Narrativ bezieht sich auf die *Art und Weise, wie Politik, Kirche und Medien Stellung zu bestimmten Themen beziehen*. *Hier geht es nicht um Argumente, sondern um die Kunst der Empörung, mit der Aufmerksamkeit erzielt werden sollte*. Diese Stellungnahmen werden von konservativen Katholiken generalisiert und entlang von Moral bewertet. Schließlich weist das Narrativ der *politischen und medialen Linksverschiebung auf ein weiteres Problem hin, das sich an Fragen rund um den Islam und Gender manifestiert: Recht und Ordnung seien durcheinandergelassen*. Dass nun eine Partei wie die AfD die Wiederherstellung der staatlichen Ordnung und Sicherheit in Deutschland verspricht, wirkt auf konservative Christen positiv.

Die Diskurskoalition ‚Erweiterung von Sagbarkeit und Dialogisierung mit Rechtspopulisten‘ konstituiert sich in Abgrenzung zu einer von Rechtspopulisten und konservativen Christen empfundenen Diskurskoalition ‚Gegen-Rechts‘, die von Kirchen, Medien und Politik getragen wird. Folgende rechtspopulistische und christlich-konservative Narrative gehen mit der Wahrnehmung dieser Diskurskoalition einher:

Erstens werden *kirchliche, mediale und politische Akteure als Teil einer linken Meinungsdictatur betrachtet, die sowohl AfD-Politiker wie auch AfD-Wähler diskriminiert*. Konservativ-evangelische Christen kritisieren verstärkt *die Kirchen und deren Umgang mit Christen innerhalb der AfD*.

Rechtspopulisten machen hier keinen Unterschied. Für sie zählen *Massenmedien, wie auch Politiker und Kirchen zur Elite, deren Meinung man zunächst einmal entgegensteht*. Zweitens werden *Sprechverbote, die von jener Meinungsdictatur ausgehen*, thematisiert. Diese Sprechverbote betreffen nicht nur die medialen Öffentlichkeiten, sondern auch mediale Teilöffentlichkeiten. Dass in jenen Teilöffentlichkeiten *nicht alles gesagt werden darf*, wird nicht nur von Rechtspopulisten, sondern auch von konservativen Christen *als Zensur empfunden*. Sie eint das Narrativ, dass *konservative Stimmen zensiert werden, indem ihnen keine oder zu wenig mediale beziehungsweise öffentliche Präsenz eingeräumt wird*. Als von dieser Zensur besonders betroffen werden AfD-Politiker angesehen. Schließlich wird auch die Nicht-Einladung auf Kirchentage als Teil einer ‚Gegen-Rechts‘-Koalition betrachtet. Mit dieser Nicht-Einladung offenbare sich die Sicht der Kirchen, dass die *AfD als Ganzes rechts ausgerichtet sei und daher nicht als Gesprächspartner zulässig sei*. Dass es jedoch auch *Christen in der AfD gibt, mit denen man reden sollte, werde von jenen Kirchenvertretern ignoriert*.

5.4.4 Nachlassende Verbindungen (2020)

Die ersten zwei Monate des Jahres 2020 bildet den letzten Zeitabschnitt in den hier betrachteten Beziehungen zwischen konservativen Christen und Rechtspopulisten. Dieser wird betitelt mit ‚Nachlassende Verbindungen‘. Als Critical Juncture kann das Aufkommen des Virus SARS-CoV-2 – zunächst Ende 2019 in China und zu Beginn des Jahres 2000 weltweit – genannt werden. Das wachsende Problembewusstsein und der Anstieg an medialer Berichterstattung, insbesondere als sich die Lage in China verschlimmerte und erste Fälle in Deutschland bekannt wurden, führten zu einem umfassenden thematisch-medialen Durchbruch in Deutschland. Sowohl Massenmedien wie auch Teilmedien konzentrierten sich stärker auf das Pandemiegeschehen. In den Zeitungen TP, IS, JF ließen die Berichterstattungen über Themen wie Gender, Familie, Flüchtlinge, Politisierung der Kirchen schlagartig nach. Entsprechend sind im Vergleich zu den vorherigen Zeitabschnitten weniger Akteure und Konzepte zu erkennen, wie Abbildung 18 zeigt. Hier bilden rechtskonservative Autoren und evangelisch-konservative Akteure bezüglich der Konzepte ‚Evangelische Kirche Mitgliederverlust Problem‘, ‚Kirche vernachlässigt Missionsauftrag‘, ‚Evangelische Kirche zu politisch‘ ein Akteurs-Kongruenz-Netzwerk. Ein mit den genannten Akteuren und Konzepten unverbundenes Netzwerk ist darunter abgebildet und beschreibt die Auseinandersetzung um den Umgang mit Rechtspopulisten beziehungsweise AfD-Politikern beim Ökumenischen Kirchentag 2021. Die Evangelische Kirche und das Präsidium des Ökumenischen Kirchentages bilden in Bezug auf das Konzept ‚Dialog mit Rechtspopulisten‘ ein Akteurs-Konflikt-Netzwerk.

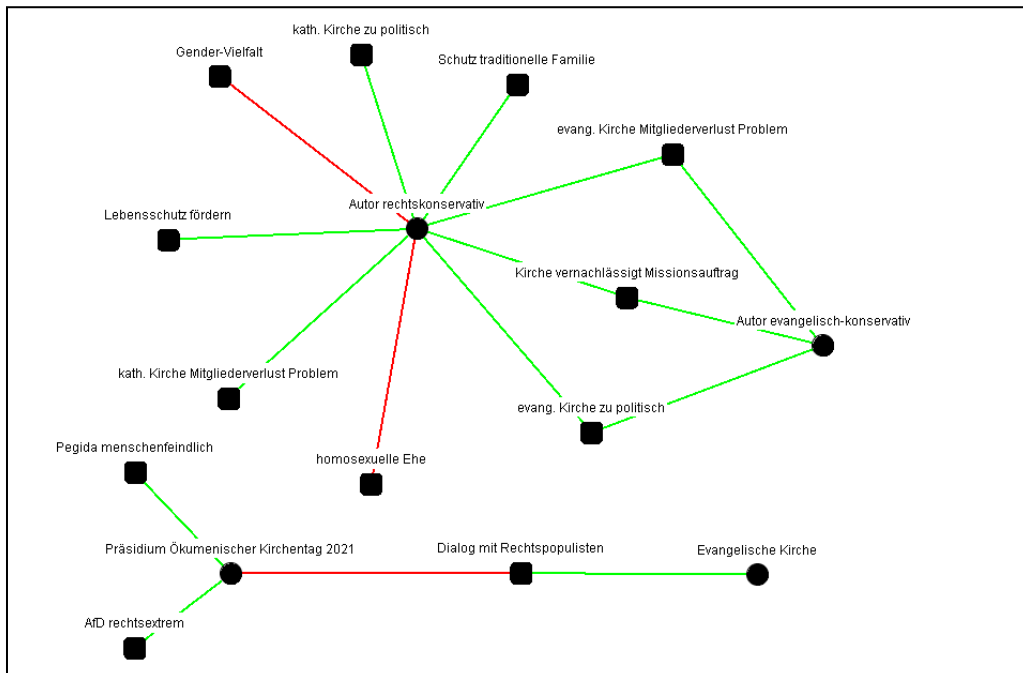


Abbildung 18: Gesamtes Diskursnetzwerk (01.01.2020-28.29.02.2020); Quelle: Eigene Darstellung mit Visone

5.5 Fallstudien

5.5.1 Einführende Bemerkungen zu den Fallstudien

Im Folgenden werden zwei einzelne Fälle, zum einen die Proteste um den Bildungsplan 2014 in Baden-Württemberg und zum anderen die Anti-Flüchtlingsproteste beginnend 2015 in Sachsen, genauer untersucht. Mithilfe der Methode der Prozessanalyse (Process-Tracing) sollen Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen sowie diesen Verbindungen unterliegende kausale Mechanismen ergründet werden.

Die zentralen Forschungsfragen dieser Arbeit lassen sich wie folgt auf die Fallstudien zuschneiden:

- **Wie stellen sich die Beziehungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen im Fall der Proteste um den Bildungsplan 2014 in Baden-Württemberg und im Fall der Anti-Flüchtlingsproteste 2014/2015 in Sachsen dar?**
- **Welche gegenseitigen Bezugnahmen und Abgrenzungen in Bezug auf die Themen Gender, Familie, Flüchtlinge, Heimat lassen sich identifizieren und welche Ursachen lassen sich hierfür nennen?**
- **Ist in diesen Zusammenhängen eine Politisierung der christlichen Religion erkennbar?**

Eine vollständige Beschreibung der Zusammenhänge wird ebenso wenig angestrebt wie der Versuch, generelle theoretische Schlussfolgerungen zu ziehen. Stattdessen liegt der Fokus auf minimal hinreichenden Erklärungen bestimmter kontextueller und historischer Ereignisse und Entwicklungen, welche systematische und idiosynkratische Erklärungsfaktoren und -mechanismen kombinieren. Dabei soll auf Erkenntnisse aus der vorherigen Analyse zurückgegriffen werden. Hier wird danach gefragt, wie sich die Bedeutung der identifizierten Diskurskoalitionen, emblematischen Themenfelder, Mythen und Metaphern ‚im Feld‘ ergeben und wie diese räumlich und zeitlich kontextabhängig sind. Da der subjektive Sinn von einflussreichen Akteuren rekonstruiert sowie wiederkehrende Narrative untersucht werden, kann die folgende Untersuchung auch als ‚diskursive Prozessanalyse‘ bezeichnet werden.

Zunächst folgen einige Bemerkungen über die Fallauswahl, die wissenschaftliche Arbeitsweise in den Fallstudien sowie Eigenschaften und Gemeinsamkeiten der beiden Fälle.⁶⁶ Bei beiden Einzelfällen handelt es sich um Protestpolitiken, über die sowohl in den Massenmedien wie auch in Teilöffentlichkeiten berichtet wurde. Einige Narrative von Seiten der Rechtspopulisten und konservativen Christen in Bezug zu PEGIDA beziehungsweise zum Bildungsplan und im weitesten Sinne bezüglich der gesellschaftlichen Debatten über Islam, Flüchtlinge und Gender wurden in der vorherigen Analyse bereits genannt. Inwieweit sich diese Narrative in den Fallstudien wiederholen und von weiteren Akteuren, die nicht Teil der DNA sind, übernommen werden, wird Teil der Untersuchung sein. Ebenso wird untersucht, ob die im vorherigen Kapitel identifizierten Diskurskoalitionen des ‚Gefühlten Verlustes konservativer Werte in Politik und Gesellschaft‘ sowie die ‚Erweiterung von Sagbarkeit und die Dialogisierung mit Rechtspopulisten‘ zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen in den Protestpolitiken zum Tragen kommen.

Die Höhepunkte beider Protestpolitiken liegen im Zeitraum der ‚Thematischen Verbindungen 2015-2017‘, ihre gesellschaftlichen diskursiven Auseinandersetzungen betreffen jedoch auch den Zeitraum ‚Profilierungen, Zuschreibungen und Abgrenzungen 2018-2019‘. Folglich könnten jene Dynamiken in den Beziehungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen auch in den Fallstudien erkennbar sein.

⁶⁶ Siehe auch Kapitel 4.4 Punkt 9.

Gemeinsamkeit I: Protest- und Informationspolitiken

Wie bereits erwähnt, handelt es sich bei den Bildungsplanprotesten in Baden-Württemberg als auch bei den PEGIDA-Protesten um Protestpolitiken. Zu den Hauptadressaten der Proteste zählen primär der Staat und sekundär die Gesellschaft, die durch das System der Öffentlichkeit beeinflusst werden sollen. Auslöser der Proteste sind subjektiv empfundene Probleme, die vom politischen System nicht genügend thematisiert werden. Einher geht die Protestpolitik mit einer Informationspolitik (siehe hierzu auch 3.5.3). Medien werden mobilisiert, um über das Protestanliegen und die Akteure zu berichten (Kriesi, 2001, S. 23). Organisatoren der Proteste erhalten durch Stellungnahmen Legitimation und Zugang zu journalistischen Formaten (Gamson & Meyer, 1996, S. 288). In der Theorie heißt es: „Die mediale Berichterstattung wirkt für das Anliegen der Protestierenden wie ein Katalysator. Eine öffentliche kontroverse Debatte wird ausgelöst und Minderheitsakteure in den entsprechenden Politikbereichen werden gestärkt.“ (Gamson, 1988, S. 228).

Dass dies empirisch nicht der Fall ist, wird in beiden Fallstudien ersichtlich. Zum einen können die Medien als wichtiger Akteur des Protestgeschehens angesehen werden. Ihre Berichterstattung folgt nicht zwingend objektiven Kriterien, sondern postfaktischen und ökonomischen Prinzipien: Nicht das Sichtbare ist das interessante, sondern die Geschichte, die damit erzählt werden kann. Je interessanter die Geschichte, desto besser lässt sich diese verkaufen. Medien können zum Protestbestimmer werden oder zumindest zum Verlauf der mit den Protesten verbundenen Diskurse und Mobilisierungen beitragen. Mit dem Ausbau von Teilöffentlichkeiten können alternative, sich von der Berichterstattung der Massenmedien unterscheidende Deutungen der Proteste verbreitet werden.

Gemeinsamkeit II: Fremdzuschreibungen

Insbesondere Theologen, aber auch einige Sozialwissenschaftler und Journalisten sprechen, wenn sie die Beziehung zwischen Rechtspopulisten und konservative Christen betrachten, von einer *Vereinnahmung evangelikaler Christen durch Rechtspopulisten*. Oftmals geht mit diesem Narrativ die These vom gegenseitigen Nutzen einher (siehe hierzu 2.3 und 5.2.2). Wie bereits in der Theorie (3.5.2) aufgeführt, gelten Beziehungen zur politischen Elite als eine der wichtigsten organisationalen Ressourcen von Protestakteuren. In diesem Sinne wird unter ‚Vereinnahmung‘ die Unterstützung christlicher Protestakteure durch AfD-Politiker verstanden. Vereinnahmung kann aber auch im Sinne von Mobilisierung für einen Protest

verstanden werden. Hier wird auf das Werben um christliche Mitstreiter bei Protestaktionen, organisiert durch Rechtspopulisten, Bezug genommen.

Die dem Narrativ *Vereinnahmung evangelikaler Christen durch Rechtspopulisten* zugrundeliegenden Fakten und Ideen umfassen eine empirische Merkmalsverteilung über ‚evangelikal-fundamentalistische‘ Christen und AfD-Wahlergebnisse in ‚christlich geprägten‘ Regionen in Sachsen und in Baden-Württemberg. Beispielsweise schreibt der Politikwissenschaftler Lühmann:

„Dabei ist es der evangelikalen Bewegung zunehmend gelungen, selbst immer stärker ins politische Feld vorzurücken, sind die familienpolitischen Einlassungen der AfD doch getränkt mit Versatzstücken radikal-evangelikaler Ideologie, liegen ihre Wählerhochburgen in den – wenigen, aber doch vorhandenen – Bible Belts der Bundesrepublik, sind ihre zivilgesellschaftlichen Vorfeldverbindungen eng verbunden mit den intellektuellen Wortführern eines auf Abwehr alles Fremden, Anderen, Modernen gepolten radikalen Teils evangelikaler Kirchgemeinden, Medien und Netzwerke, die sich gemeinsam der Gegenreform verschrieben haben.“ (Lühmann, 2016, S. 7–8)

Der Begriff ‚Bible Belt‘ impliziert bereits die Nähe von ‚evangelikalen Christen‘ zu Rechtspopulisten beziehungsweise wird vor allem im Zusammenhang dieser Thematik gebraucht.⁶⁷ Geprägt hat ihn die Journalistin Jennifer Stange (2014) mit ihrer Studie ‚Evangelikale in Sachsen‘. In dieser stellt sie die Schnittmenge rund um die Themen Familienwerte und politische Einstellungen zwischen Evangelikalen und AfD-Programmatik da und schlussfolgert, dass die AfD das Sprachrohr der Evangelikalen in Deutschland sei. Der Begriff ‚sächsischer Bible Belt‘ wird von ihr in Anlehnung an den ‚US-amerikanischen Bible Belt‘ genutzt. Dieser beschreibt einen Landstrich der Südstaaten, in dem viele evangelikale Christen wohnen, die großen Einfluss auf Politik und Gesellschaft haben. Sie verwendet ihn hier für die Landstriche zwischen dem Vogtland und dem Erzgebirge, die ihrer Meinung nach besonders stark ‚evangelikal-fundamentalistisch‘ geprägt seien. Der Theologe Stephan

⁶⁷ Die pietistisch geprägten Regionen im Umkreis von Stuttgart sowie im Nord- und Hochschwarzwald wurden bereits in den 1970er Jahren abwertend und oftmals satirisch gemeint als ‚Pietcong‘ (Kofferwort aus Pietist und Vietcong) bezeichnet. Der Duden schreibt in seinem Buch der Schimpfwörter, dass „Pietcong“ für die „Glaubensstrenge und Anspruchslosigkeit“ stehe, die insbesondere in der pietistisch geprägten Hochburg Tübingen vertreten sei Dudenredaktion (2016). Weitere Narrative beziehen sich auf den Zusammenhang zwischen einer gesellschaftlichen Rückständigkeit und eine besonders starke religiöse Haltung in den genannten Regionen.

Der Begriff war anfangs linksreligiös konnotiert und geht auf die Schrift ‚Achtung Pietcong, - Im Dickicht einer Hochschule - Gemeinde im Kohlenkeller‘ aus den frühen 1970er Jahren von Günter Ewald zurück. Darin beschreibt er den sogenannten christlichen ‚Kohlenkellerklub‘ aus dem in den 1960er Jahren Studentenproteste hervorgingen Sarx (2018, S. 525). 2020 nahm der Spiegel in seinem Bericht über die Anti-Corona-Proteste die Begrifflichkeit Pietcong auf und schreibt: „Die Regionen [Stuttgart und Dresden] verbinden Widerstandsidentität, evangelikale Strukturen – und eine verbreitete Liebe zur AfD“ Röhlig (2020).

Holthaus (2007), der Politikwissenschaftler Andreas Püttmann (Püttmann in Haase, 2020) und der Historiker Michael Lühmann (2016) fügen dem ost-sächsischen Bible Belt noch einen schwäbischen Bible Belt hinzu. „Die Kirchen sind hier immer noch sehr gut gefüllt und ein bedeutender gesellschaftlicher Akteur“, so Lühmann in Röhlig (2020). Weiter schreibt er, dass insbesondere Stuttgart, wie sein sächsisches Pendant, eingebettet sei, in einen historisch gewachsenen Pietismus. In jenen Bible Belts der Bundesrepublik reifen seit Jahren „Renitenz und Protest“ und in Folge wachsen hier die Hochburgen der AfD (Lühmann in Röhlig, 2020). Einige der hier angesprochenen Zusammenhänge werden in den Fallstudien einer empirischen Prüfung unterzogen.

5.5.2 Bildungsplan 2014 und Demo für alle in Baden-Württemberg

Im Folgenden sollen nun die Beziehungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen bei den Bildungsplanprotesten fokussiert werden. Unter der Annahme, dass es sich bei der Beziehung zwischen ihnen um einen eigenen Diskurs handelt, kann dieser auf einer inner- und einer außerdiskursiven Ebene beschrieben werden. Die innerdiskursive Ebene beschreibt die Aussagen und Handlungen konservativer Christen und Rechtspopulisten untereinander, die außerdiskursive Ebene beschreibt Aussagen, die der Beziehung zwischen ihnen von außen zugetragen werden.

Für die Betrachtung beider Ebenen ist eine Rekonstruktion der Handlungen, Absichten und Überzeugungen einflussreicher Akteure bei den Protesten notwendig. Bestimmte Akteure treten zu unterschiedlichen Zeitpunkten auf und beeinflussen damit den Verlauf der Proteste. Entsprechend lassen sich die Geschehnisse um den Bildungsplan in drei Zeitabschnitte untergliedern. In Phase I (2013-2014) wird der Petitionsinitiator vorgestellt. Zudem liefern Hintergrundinformationen über den Bildungsplanentwurf eine Einordnung in den gesellschaftspolitischen Kontext. Phase II beschreibt die Organisation der Proteste gegen den Bildungsplan (2014). Der Übergang dieser Proteste zur ‚Demo für alle‘ leitet die Phase III (2014-heute) ein. Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht jener Akteure, die in der Debatte um den Bildungsplan 2014 und der ‚Demo für alle‘ miteinander interagieren. Die Akteure wurden aus der vorangegangenen DNA, aus Primärdaten (Interviews) sowie Sekundärdaten (diverse Zeitungsartikel, Fernsehsendung und Radiobeiträge) ermittelt.

Etablierte Akteure

AfD, CDU, Linke, Grüne, SPD, Die Einheit, Partei Bibeltreuer Christen (PBC), Partei für Arbeit, Umwelt und Familie (AUF), Die Republikaner, Die Rechte, Landeskirchen

Interessensverbände/Vereine

Deutsche Evangelische Allianz (DEA), Verdi, GEW, Besorgte Eltern, Initiative Familienschutz, Initiative Besorgte Eltern Baden-Württemberg, Initiative Besorgte Eltern NRW, Schützt unsere Kinder/Kinder in Gefahr (Deutschen Vereinigung für eine christliche Kultur (DVCK), Piusbruderschaft, German Defence League (GDL)

Medien

Nachtcafé des SWR, Konservativ-rechter Journalismus, Konservativ-evangelischer Journalismus, Konservativ-katholischer Journalismus, Liberaler Journalismus

Außenseiter/Organisationen von sozialen Bewegungen

Bildungsplanbefürworter, Bildungsplangegener, Lebensrecht-Bewegung, Christopher Street Day/LGBT-Bewegung, Identitäre Bewegung, Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo)

Wissenschaftler

Theologen, Sexualwissenschaftler, Neurowissenschaftler, Religions- und Sozialwissenschaftler

Tabelle 5: Akteure in der Auseinandersetzung um den Bildungsplan 2014; Quelle: Eigene Darstellung

Phase I: Petition gegen den Bildungsplan (2013-2014)

Die Debatte um den baden-württembergischen Bildungsplan begann im November 2013 mit einem zu jenem Zeitpunkt noch nicht veröffentlichten Arbeitspapier zur Überarbeitung des Bildungsplans der rot-grünen Landesregierung. Dieses Papier gelangte unbeabsichtigt an die Öffentlichkeit. Darin ging es um die folgenden fünf Leitprinzipien, die zukünftig fächerübergreifend an Schulen behandelt werden sollten: Berufliche Orientierung, Bildung für nachhaltige Entwicklung, Medienbildung, Prävention und Gesundheitsförderung und Verbraucherbildung (Bildungsplan-Kommission Baden-Württemberg, 2013). Diese fünf Leitprinzipien sollten auch im Rahmen der ‚Akzeptanz sexueller Vielfalt‘ thematisiert werden. Beispielsweise sollten Schüler unter dem Leitprinzip „Bildung und nachhaltige Entwicklung“ die „verschiedenen Formen des Zusammenlebens von und mit LSBTI-Menschen“ sowie die „schwule, lesbische, transgender und soweit bekannt intersexuelle Kultur kennen lernen“ (Bildungsplan-Kommission Baden-Württemberg, 2013, S. 12).

Der Petitionsinitiator und seine Unterstützer

Der Realschullehrer Gabriel Stängle, der zu diesem Zeitpunkt auch als Referatsleiter beim baden-württembergischen Realschullehrerverband tätig war, startete als Privatperson auf OpenPetition.de die Petition „Zukunft – Verantwortung – Lernen: Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens“, in der unter anderem die Überbetonung von einzelnen Gruppen (wie LGBT-Menschen) kritisiert und im Gegenzug die Beendigung einer „propagierenden neuen Sexualmoral“ sowie die „Orientierung an den Werten unseres Grundgesetzes, das den Schutz von Ehe und Familie [...] verteidigt“ gefordert wurde (Stängle, 2013b).

Nachdem am 02.02.2014 ein Interview in der TAZ mit Stängle unter dem Titel „Herr Stängle wittert Unfreiheit“ erschien und die Stuttgarter Zeitung in verschiedenen Artikeln⁶⁸ über die Petition berichtete, wurde diese deutschlandweit bekannt. Zur selben Zeit bekannte sich der Fußballprofi Thomas Hitzlsperger öffentlich zu seiner Homosexualität. Dies hatte zur Folge, dass die Petition medial in Relation beziehungsweise als Abwehrhaltung gegenüber Homosexualität angesehen wurde. Über die Berichterstattung äußert sich Stängle:

„Wir kritisieren was an der Politik, das und das sollte geändert werden. Man diskutiert zurück, findet die Pro- und Contra-Argumentation, aber die Argumentation, die lief auf einer Ebene ab von gut oder böse. Ich möchte das mal an einem Beispiel darstellen. Da wurden Thematiken aufgeworfen, die eigentlich mit der Petition nichts zu tun haben. Die Presse, Januar bis März sage ich mal, hat eigentlich dann vier Themen gehabt. Das erste war Homosexualität und Schule. Das mag vielleicht das Anliegen derer gewesen sein, die diese Vielfaltsagenda vorangetrieben haben, aber es war eigentlich nicht unsere. Ich habe in jedem Interview gesagt: ‚Bitte, Homosexualität soll im Unterricht zur Sprache kommen‘. Sie werden schwerlich einen Zeitungsbericht sehen, die diese Aussage jemals wiedergegeben hat. Dann Homophobie, klar, dieser Pedant ist homophob. Das war dann das zweite. Und dann ging es um Sexualerziehung an sich und den Sinn von Petitionen. Und die Verortung meiner Person fand dann, ich würde es mal als mediales Bermudadreieck bezeichnen, statt. Die GEW hatte mich als Fundamentalisten verortet, der LSVD als homophob und die TAZ hat dann Resonanzen am rechten Rand wahrgenommen. Und wenn man jetzt diese drei zusammennimmt, Homophobie, Rechts und Fundamentalismus, dann hat man drei Schlagwörter. Wenn die permanent in den Medien genannt werden, ist jedem Leser klar, mit denen muss man sich eigentlich nicht argumentativ auseinandersetzen, weil die sind außerhalb des debattierbaren Rahmens und von daher geht es nur um diese Komplettablehnung, also indem man dann sagt: Nein, das ist falsch.“ (Interview Initiator Petition „Zukunft – Verantwortung – Lernen: Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens“ 12.10.2020)

Dieses Zitat macht deutlich, dass es sich bei dem Diskurs um den Bildungsplan um die Gegenüberstellung von Akteuren handelt, deren Selbst- und Fremddarstellungen beziehungsweise Selbst- und Fremdwahrnehmungen differieren.

⁶⁸ Zum Beispiel „Homosexualität Als Unterrichtsthema“ (2014); „Homosexualität Im Unterricht“ (2014).

Ausgehend von ihrer Selbstdarstellung standen Familienschützer und besorgte Eltern einer sich lange diskriminiert fühlenden LGBTQ-Bewegung gegenüber. Mit einer Gegenpetition mit über 92.000 Unterzeichnern sowie der von Campact⁶⁹ in Kooperation mit der GEW initiierten ‚Vielfalt gewinnt‘-Kampagne, die ca. 143.000 Unterschriften erreichte, versuchten die Befürworter des Bildungsplanes, dem „Versuch von bestimmten christlichen und rechten Gruppen, Angst zu verbreiten“ (Campact Team, 2014), entgegenzutreten.

Für den Übergang von der Petition zu den Protesten spielt die Sendung des Nachtcafés im SWR Fernsehen vom 24.01.2014 eine entscheidende Rolle. In dieser kam es zu einer verstärkten Polarisierung zwischen den verschiedenen Parteien und in Folge zu einer Mobilisierung von ‚besorgten Eltern‘ und wertkonservativen Bürgern.

Im Folgenden sollen einzelne Aussagen und Dialoge dieser Sendung vorgestellt und analysiert werden. Diese sind deshalb für diese Arbeit bedeutsam, weil in diesen die Bedeutung von Gefühlen und Identität besonders gut zum Ausdruck kommen und exemplarisch für die emblematische Ebene der öffentlichen Auseinandersetzung um Gender, Familie und Bildung stehen. Auch kommt in dieser Sendung die Rolle, die die christliche Religion in diesem Zusammenhang spielt, gut zum Ausdruck: Religiöse Bezugnahmen dienen hier als öffentliche Kampfpositionierung, politische Akteure berufen sich auf Religion, und religiöse Akteure treten mit politischen Forderungen auf.

Moderiert wurde die Sendung von Wieland Backes. Bereits in seinen einleitenden Sätzen wertete er die Petition ab: „Sie [die Petition] richtet sich gegen den grün-roten Bildungsplan, der angeblich die Gleichstellung sexueller Orientierungen predigt“ (Backes in Nachtcafé 2014). Als Gäste standen Gabriel Stängle und Hartmut Steeb (Generalsekretär der Evangelischen Allianz), der unter anderen zur Unterstützung der Petition aufrief, sechs liberal(er) eingestellte Personen⁷⁰ (inklusive des Moderators) gegenüber. Weder Stängle noch Steeb wurde es gewährt, ihre Sätze auszusprechen und ihre Argumente darzulegen. Über das Fehlen einer argumentativen Auseinandersetzung sagte Stängle in einem Interview:

„Das Interessante oder ich würde mal sagen das Interessanteste dieser ganzen Zeit, was für mich was ist, was ich bis heute eigentlich nicht verstehe, ich habe immer gedacht, ich muss mich sehr gut inhaltlich vorbereiten, ich muss mich intensiv mit der Thematik

⁶⁹ Campact ist ein deutscher Verein, der Online-Kampagnen organisiert.

⁷⁰ Zu den weiteren, den Bildungsplan befürwortenden Gästen gehörten Kultusminister Andreas Stoch (SPD), die beiden sich offen zu ihrer Homosexualität bekennenden Gäste Ines Pohl (Chefredakteurin TAZ) und Stefan Kaufmann (CDU-Bundestagsabgeordneter), ein Vater, „dessen Sohn sich unglücklich in einen Klassenkameraden verliebte und sich das Leben nahm“ sowie eine Mutter einer lesbischen Tochter, „die mittlerweile glückliche Oma ist“ (Backes, in Nachtcafé, 14.01.2014).

auseinandersetzen, ich habe bis zum heutigen Tag keinen Identitätslinken erlebt, der auf mich zugekommen wäre und gesagt hat: ‚Ich habe zwar komplett andere Haltungen wie du, aber mit dir muss ich jetzt mal diskutieren und wir wollen uns mal richtig in eine inhaltlich Debatte geben‘. Es gab es nicht. [...] Und das zeigt etwas, wo wir auch in unserem Land debattentechnisch stehen.“ (Interview Initiator Petition „Zukunft – Verantwortung – Lernen: Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens“ 12.10.2020)

Die Sendung verdeutlicht, dass eine inhaltliche und argumentative Auseinandersetzung mit dem Thema „sexuelle Vielfalt“ nicht möglich war. Vielmehr ging es um die konfrontative Auseinandersetzung über persönliche Werte und die Frage nach einer Anerkennung des Lebensstils und des Glaubens des anderen. So bemerkte Stock, dass „der Anlass der Diskussion und die Diskussion an sich eigentlich gar nicht so richtig zusammenpassen und völlig außer Verhältnis stehen“ (Stock in Nachtcafé 2014). Beide Parteien benutzten „Gott“ als Legitimation für die eigenen Positionen und gleichzeitig wurde der Glaube des jeweils anderen abgewertet. Auf Backes Frage, ob es legitim sei, wenn die Kirche Homosexuelle traut, kam es zu folgender Auseinandersetzung zwischen Steeb und Stock:

Steeb: „Ich hätte dem nicht zugestimmt, weil ich natürlich der Auffassung bin, dass das nicht der Ehe gleich zu setzen ist, die Ehe ist die Gemeinschaft zwischen Mann und Frau, darauf ruht aus meiner Überzeugung der Segen Gottes. Das ist so vorgesehen und deshalb ist es richtig“ (Steeb in Nachtcafé 2014).

Stock: „Der Gott, an den ich glaube, ist ein Gott der Liebe und es ist kein Gott, der irgendjemanden wegschickt. [...] Wenn Sie die Bibel mal so lesen würden, wie die meisten Menschen in diesem Land sie lesen werden, dann werden Sie feststellen, dass Ihre Interpretation vom Christentum glaube ich nicht die menschenfreundliche ist, sondern es tut mir leid, dass ich es so sagen muss, eine menschenverachtende“ (Stock in Nachtcafé 2014).

Dass es sich hier um Repräsentanten von Gruppen handelt, die sich gesellschaftlich diskriminiert fühlen, zeigt auch der mehrfach indirekt geäußerte Wunsch nach Toleranz. Viele konservative Christen fühlen sich mit ihren Werten in der Gesellschaft nicht (mehr) toleriert. Dazu Steeb:

„Ich würde mir wünschen, wenn wir das Stichwort Toleranz wirklich mal hätten, wenn man dann nicht im Landtag sagen würde, dass mit einer Position, wie sie der Herr Stängle hat, man in der Gesellschaft kein Platz mehr hätte, wenn wir nicht mit homophob diesem Krankheitsbild überschlagen würden, das man uns ständig vorhält, sondern wenn man jetzt auch mal tolerant ist mit denen, die sagen Ehe und Familie ist das Leitbild und zwar so wie es unsere Väter und Mütter des Grundgesetzes sich das vorgestellt haben.“ (Steeb in Nachtcafé 2014)

Auf die Verwickeltheit dieser Argumentation weist Pohl hin: „Ihre Forderung, wir müssen jetzt tolerant mit Ihnen sein, der sie die Homoehe nicht annehmen, das geht ja nicht. Das passt ja nicht. Ich kann doch nicht tolerant mit jemandem sein, der intolerant ist“ (Pohl in Nachtcafé

2014). Hier zeigt sich ein Muster, welches auch in Debatten zu Sexismus und Rassismus auftaucht. Es finden sich sowohl Zusammenhänge wie auch Widersprüche zwischen dem Gefühl des Diskriminiertseins und der tatsächlichen Behandlung. Zu den grundlegenden Fragen gehört dabei, wer das Recht beziehungsweise die Deutungshoheit besitzt, das Gefühl und die Behandlung zu bewerten. Die Diskurse um diese sensiblen Themen werden durch Gefühle strukturiert und nicht durch Argumente, was eine sachliche Auseinandersetzung erschwert.

Für den ersten Zeitabschnitt lassen sich bereits einige analytische Übertragungen der Erkenntnisse aus der vorangegangenen Analyse herstellen. Aus den Darstellungen der Überzeugungen und der Absicht der Bildungsplanbefürworter, aber auch der Bildungsplangeegner, wird deutlich, um was den Akteuren ‚eigentlich‘ geht: Es geht ihnen um hegemoniale Anerkennung ihrer persönlichen Lebenseinstellungen. Der ‚Kampf um den Bildungsplan‘ bildet ein emblematisches Feld für den Kampf um familiäre und sexuelle Werte und Selbstverständlichkeiten. In den Artikulationen jener Bildungsplanbefürworter kommen Elemente zum Vorschein, die zu einem späteren Zeitpunkt sowohl in der ‚Tagespost‘ wie auch in ‚Idea Spektrum‘ und ‚Junge Freiheit‘ ausführlicher thematisiert werden und die konstitutiv für die Diskurskoalitionen ‚Gefühlter Verlust konservativer Werte in Politik und Gesellschaft‘ sowie ‚Erweiterung von Sagbarkeit und die Dialogisierung mit Rechtspopulisten‘ zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen sind. Den Bildungsplanbefürwortern geht es um den Erhalt von konservativen, familiären Werten. Als bedroht wird die traditionelle Familie angesehen. Als Schuldige der Bedrohung werden marginalisierte Gruppen wie Homosexuelle, aber auch Parteien wie die CDU und der links-mediale Mainstream gedeutet. Sie sehen sich selbst als eine Minderheit und empfinden eine gesellschaftliche Diskriminierung ihrer Werte und Bedürfnisse. Im Zeitraum von 2015 bis 2019 ist es die AfD, die diesen Gefühlen im Mythos der Sprechverbote politischen Ausdruck verleiht.

Welche Rolle kommt der Religion in diesem Zusammenhang zu? In der Sendung des Nachtcafés wird deutlich, dass der Verweis auf die Bibel zum einen zur Legitimierung der eigenen Werte herangezogen wird und zum anderen als Ersatz für eine argumentative Auseinandersetzung zum Thema Homosexualität dient. Mit dem Verweis auf eine höhere moralische Instanz werden die einzelnen Akteure nicht mehr persönlich angreifbar. Es ist nicht ihre Meinung, die sie vertreten, sondern die der ‚wahren‘ Glaubensgemeinschaft. Zudem erzeugt der Verweis auf eine höhere Instanz insbesondere bei moralpolitischen Themen Glaubwürdigkeit und Unwiderlegbarkeit. Das Aufeinandertreffen von verschiedenen Wahrheiten führt zu einem öffentlich ausgetragenen Kampf,

in welchem eine christliche Selbstpositionierung und eine unchristliche Fremdpositionierung als Werkzeuge eingesetzt werden.

Die Thematisierung einer Verbindung von christlichen und rechten Akteuren fand in der Sendung nicht statt. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Sendung vor dem Einreichen der Petition und dem medialen Bekanntwerden der Unterstützung der Petition durch rechte Akteure erschien. Die Petition wurde schließlich am 27. Januar 2014 mit knapp 200.000 Unterschriften dem Vorsitzenden des Petitionsausschusses des baden-württembergischen Landtages überreicht („Realschullehrer Reicht Petition Ein,” 2014).

Kirchen

Zur Haltung der Landeskirchen gegenüber der Petition lässt sich sagen, dass diese sich kritisch gegenüber den Leitprinzipien positionierten („Kirchen Wehren Sich Gegen Homosexualität Auf Dem Lehrplan,” 2014). In einer gemeinsamen Mitteilung vom 10.01.2014 appellierten zwei katholische Diözesen und zwei evangelische Landeskirchen, dass sich in der Bildung gegen jegliche Art und Weise von Indoktrination, Manipulation oder Instrumentalisierung, klar entgegengetreten werden müsse (Evangelische Landeskirche in Baden, 2014). Dies gelte „nicht zuletzt im sensiblen Bereich der sexuellen Identität und damit verbundener persönlicher und familiärer Lebensentwürfe“ (Evangelische Landeskirche in Baden, 2014, S. 1). Außerdem seien Referenzrahmen des christlichen Menschenbildes im Bildungsplan nicht erkennbar (ebd.). Es erfolgte somit eine indirekte Unterstützung der Petition, jedoch keine direkte im Sinne eines Aufrufs zur Unterzeichnung.

AfD

Von der AfD dagegen wurde die Petition beworben. In einer Mitteilung des AfD-Landesverbandes heißt es: „Die Alternative für Deutschland protestiert gegen die eklatante Missachtung der Elternrechte bei der Erziehung und die Relativierung und Diskreditierung traditioneller Geschlechterrollen unter der Flagge des Gender-Mainstreamings“. Damit sieht sich die AfD „in einem Boot mit den beiden großen Kirchen in Baden Württemberg, die ebenfalls darauf drängen, dass die Bildungsleitlinien auf der Grundlage jenes Menschenbildes erarbeitet werden, das der Landesverfassung zugrunde liegt“ („AfD Und Bildungsplan 2015,” 2014). Über die rechte Internet-Plattform ‚Politically Incorrect‘ und über ‚Spiegel Online‘ wurden neben der Petitionswebseite die zweit- und drittmeisten Stimmen gewonnen (Stängle, 2013b).

Medien

Verschiedene Medien nehmen in der Debatte um den Bildungsplan die Funktion ein, Öffentlichkeit herzustellen. Sie sammeln Wissen und Ideen (Input), verarbeiten diese (Throughput) und geben sie schließlich in Deutungen weiter (Output) (Neidhardt, 1994, S. 8). Sie bilden Diskursforen, werden aber zugleich zu Akteuren im Diskurs. Insbesondere dann, wenn sie nicht neutral berichten, sondern sich zu dem Geschehen positionieren. Die Petition wurde in einer sich verändernden medialen Öffentlichkeit gestartet. Die Botschaften um den Bildungsplan sowie der Link zur Petition konnten ungefiltert und anonym auf verschiedenen Plattformen wie Blogs und in sozialen Medien verbreitet werden. Dadurch konnten verschiedene Teilöffentlichkeiten sichtbare Verbindungen untereinander aufbauen. Gegner und Befürworter des Bildungsplanes bildeten thematische, ereignisbezogene Ad-Hoc-Öffentlichkeiten.

Aber auch in verschiedenen Leitmedien wurde der Streit um den Bildungsplan kommentiert. In einer vergleichenden Betrachtung verschiedener Zeitungsartikel über den Bildungsplan treten Unterschiede in der Berichterstattung alternativer Medien und Leitmedien⁷¹ zum Vorschein. In den Artikeln in ‚Tagespost‘, ‚Idea Spektrum‘ und ‚Junge Freiheit‘ über den Bildungsplan spiegeln sich die Meinungen der Bildungsplangegner wider. Bildungsplanbefürworter werden als „linke Homo- und Genderlobby“ bezeichnet. In ihrer Berichterstattung wird eine Ablehnung des Qualitätskriteriums der Ausgewogenheit und die bewusste Ausrichtung der Nachrichten auf eine bestimmte politische Ausrichtung sichtbar. Damit stellen sie sich als bewusste Alternative zur ‚herrschenden‘ politischen Öffentlichkeit dar. In ihnen werden unterdrückte und vernachlässigte Probleme, Debatten und soziale Gruppen thematisiert und erhalten eine Aufwertung (Neumann & Baugut, 2017; Rieger, 2019). Zu unterscheiden sind diese Zeitungen von der Berichterstattung der Leitmedien. In diesen werden Bildungsplangegner als „homophob“, „rechts“, „christlich-fundamentalistisch“ und „evangelikal“ beschrieben.⁷² Das Qualitätskriterium der Ausgewogenheit ist nicht zu erkennen. Das eigentliche Anliegen der Petition gerät dadurch in den Hintergrund. Hier zeigt sich, dass es in der medialisierten Öffentlichkeit darum geht, Wissen und Ideen für attraktive, lesenswürdige Geschichten zu finden. Die Geschichte, dass konservative Christen gegen Sex sind, erweist sich etwa als attraktive und verkaufsfähige Geschichte. Hier wird der Unterhaltungswert und nicht der Informationswert zum Ideal der Berichterstattung (siehe auch Hendricks & Vestergaard, 2018, S. 72; Zähringer, 2021). Besonders sichtbar wird dies an einigen Zeitungstiteln,

⁷¹ Zu den hier betrachteten Leitmedien zählen Artikel über die Petition und die Proteste aus der Süddeutschen Zeitung, Stuttgarter Zeitung, Stuttgarter Nachrichten, TAZ und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

⁷² Zum Beispiel in „Bürger Protestieren Gegen Sexualisierung Von Kindern“ (2015); „Homosexualität Als Unterrichtsthema“ (2014); „Homosexualität Im Unterricht“ (2014).

die nach dem Motto ‚Sex Sells‘ über die Ereignisse um den Bildungsplan berichteten: So titelte die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 22.10.2014 „Aufklärung oder Anleitung zum SEX“ (Voigt, 2014) oder die Süddeutsche Zeitung am 24.04.2014 „Was sie noch nie über Sex wissen wollten“ (C. Weber, 2014).⁷³

Phase II: Proteste gegen den Bildungsplan (2014)

Zur ersten Demonstration gegen die Früherziehung rief, unabhängig von den Petitionsinitiatoren, am 1. Februar 2014 das Ehepaar Hans Christian und Natalie Fromm mit ihrer Initiative „Besorgte Eltern Baden-Württemberg“ auf. Als Begründung nennt Fromm, dass er seinem natürlichen Elterninstinkt gefolgt war, dass er es skandalös fand, wie über die Petition von Gabriel Stängle in den Medien berichtet wurde und wie stark die Landesregierung den Willen der Bürger unterdrücken wollte (Küble & Thürkauf, 2014). Die Ausstrahlung der Sendung des Nachtcafés trug zu dieser Begründung maßgeblich bei. Insgesamt kann die Sendung des Nachtcafés als mobilisierender Faktor für die Teilnahme an den folgenden Demonstrationen gewertet werden.

Besorgte Eltern und russlanddeutsche Christen

In einer Selbstdarstellung auf YouTube mit dem Titel „Besorgte Eltern – wer sind wir?“ fordern ‚Besorgte Eltern‘, „die für die Kinder, Familien und die Gesellschaft schädlichen auf dem Genderismus basierenden unwissenschaftlichen Maßnahmen⁷⁴ in allen Bildungseinrichtungen zu beenden“; außerdem fordern sie eine „partizipatorische Familienpolitik unter Einbezug der Familien“. In ihrer Selbstdarstellung ist die Initiative „politisch unabhängig und neutral, auch in religiöser und weltanschaulicher Hinsicht“ (Besorgte Eltern, 2014). In einer Rede betont Fromm zudem: „Wir sind nicht homophob. Und wir lassen uns auch nicht als rechtspopulistisch oder fundamentalistisch abstempeln. Wir demonstrieren heute friedlich für unser elterliches Grundrecht“ („Kontraste Verzerrt Und Verschweigt,” 2014). Nach Eigenangaben sind die Besorgten Eltern‘ verbunden mit ‚Besorgte Eltern NRW‘, das von dem Russlanddeutschen Mathias Ebert gegründet wurde („Interview Mit Natalie Fromm,” 2014). Mathias Ebert ist wiederum verbunden mit dem christlich-religiösen Sektenführer Ivo Sasek und der Anti-Zensur-Koalition (AZK). 2014 hielt Ebert bei dem AZK-Kongress einen Vortrag über die besorgten Eltern (Hark & Villa, 2015, S. 116).

⁷³ Ebenso erweisen sich, besonders in rechten Medien, die Narrative von einer Politik, welche von einer linken Genderlobby gestützt wird, als ‚gute Geschichten‘.

⁷⁴ Eine Erklärung, was genau hierunter zu verstehen ist, erfolgt nicht.

Weder ‚Besorgte Eltern‘ noch ‚Besorgte Eltern NRW‘ haben eine starke Internetpräsenz. Es gibt zwar die recht einfach gehaltene Homepage www.besorgte-eltern.net, jedoch verlief der Aufruf und die Mobilisierung zur Demonstration weniger über sie, sondern über soziale Netzwerke wie Facebook und die russischsprachigen Netzwerke Odnoklassniki und VKontakte.⁷⁵ Es erfolgte also ein Rückgriff auf bereits vorhandene russisch-deutsche und russischsprachige Kommunikationsnetzwerke. Entsprechend war auf der ersten Demonstration und auch noch auf der zweiten, die ebenfalls von ‚Besorgte Eltern‘ organisiert wurde, eine starke Präsenz von Russlanddeutschen zu verzeichnen, die jedoch medial weniger als Russlanddeutsche beschrieben wurden, sondern eher als konservative, evangelikale und fundamentalistische Christen. Um die Zusammenhänge zwischen russlanddeutscher und christlicher Identität sowie die Mobilisierung für den Erhalt von Familie zu verstehen, ist ein Abschnitt über Russlanddeutsche und das Christentum sinnvoll.

Mit dem Begriff Russlanddeutsche werden im Allgemeinen jene nachfolgenden Generationen von Deutschen beschrieben, die im 18. und 19. Jahrhundert die Einladung Katharinas II. (1729-1796), Gebiete im Russischen Reich zu besiedeln, angenommen haben (Dalos, 2015; Krieger, 2015). Im Manifest der Zarin Katharina II. vom 22. Juli 1763 versprach sie „allen in unser Reich ankommenden Ausländern“ Religionsfreiheit, staatliche Hilfen, die Befreiung von der Militärpflicht und Selbstverwaltungsmöglichkeiten. Neben wirtschaftlichen Aufstiegschancen war für viele Emigranten auch der Wunsch nach einer freien Religionsausübung ausschlaggebend. Insbesondere Mennoniten, die den Wehrdienst ablehnten, sowie süddeutsche Pietisten hofften, in Russland ihren Glauben frei ausleben zu können. Viele siedelten sich entlang der Wolga an (Wolgadeutsche) und gründeten eigene (Frei-)Kirchen. Infolge der kommunistischen Diktatur und der Deportation von Russlanddeutschen entstanden in den 1940er Jahren auch zahlreiche russlanddeutsche Untergrundkirchen.

Ab den 1970er Jahren kam es zu Ausreisen in die Bundesrepublik. Die ersten Rückwanderer gaben als Begründung für ihre Emigration die Religionsverfolgung in der UdSSR an (Löwen, 2014a, S. 38–39). Sie gaben bei ihrer Rückwanderung folgende Konfessionen an: protestantisch (41,3 Prozent), katholisch (30,8 Prozent), protestantisch-baptistisch (16,8 Prozent), mennonitisch (8,5 Prozent) sowie weitere konfessionelle Gruppen (etwa 3 Prozent) (Löwen, 2014b, S. 17). Für Rückwanderer der 1980er und 1990er Jahre waren dagegen wirtschaftliche und politische

⁷⁵ Hunger und Kissau (2009, S. 28) haben vor einigen Jahren bereits beobachtet, dass in russisch-deutschen und russischsprachigen Foren Politik gemacht wird, die eine migrantische und transnationale (Teil-)Öffentlichkeit entstehen lassen. Zudem können soziale Netzwerke politische Partizipation im Allgemeinen und von politisch wenig repräsentierten Gruppen beziehungsweise marginalen Gruppen wie Migranten fördern.

Gegebenheiten innerhalb der Gemeinschaften Unabhängiger Staaten (GUS) ausschlaggebend (Löwen, 2014a, S. 38–39). Erwähnenswert sind auch jene jüdischen Zuwanderer, auf die das Kontingentflüchtlingsgesetz⁷⁶ angewendet wurde (Belkin, 2017).

Aufgrund der unterschiedlichen kirchenhistorischen Entwicklungen und des Fehlens von theologischen Ausbildungsstätten während der sowjetischen Diktatur fühlten sich Russlanddeutsche innerhalb der bundesdeutschen Konfessionslandschaft heimatlos. Viele von ihnen wollten „in die Kultur zurückkehren, aus der sie zu kommen glauben. Doch in Deutschland angekommen, stellen sie fest, dass ihnen diese ‚Heimat‘ fremd ist [und] dass ihre eigenen kulturellen Elemente, die sie mitbringen, in der ‚fremden Heimat‘ Deutschland nicht ohne weiteres akzeptiert werden“ (Theis, 2006, S. 239). Einige Russlanddeutsche fanden in russisch-orthodoxen Kirchen eine Heimat. Andere wiederum gründeten Freikirchen, in denen sie ihre eigene Identität weiterleben konnten. Oftmals werden diese Kirchen auch als Migrationskirchen bezeichnet.⁷⁷ Schätzungen zufolge gehören 73 Prozent der 2,4 Millionen in Deutschland lebenden Russlanddeutschen⁷⁸ protestantischen (Frei-)Kirchen an, 20 Prozent der Katholischen Kirche und 7 Prozent der russisch-orthodoxen Kirche.⁷⁹ Eine sichere konfessionelle Einteilung und zahlenmäßige Erfassung von russlanddeutschen Christen ist jedoch schwierig, da es kaum Forschung über sie gibt. Auch ist zu bedenken, dass sich ein russisch-orthodoxer Glaube und ein (zusätzlicher) Besuch einer Freikirche nicht ausschließen müssen.

Schätzungen zufolge sind russlanddeutsche Freikirchen mit 400.000 Gottesdienstbesuchern die größten Freikirchen in Deutschland (Panagiotidis et al., 2019). Anders als die meisten deutschen Freikirchen sind russlanddeutsche pietistische, baptistische und mennonitische Freikirchen kaum in freikirchlichen Netzwerken organisiert.⁸⁰ Beispielsweise ging aus den Pfingstgemeinden, die in den 1920er Jahren in Russland gegründet wurden, eine Bewegung hervor, die offiziell nicht registriert war und sich auch nicht am illegalen Rat der

⁷⁶ Das Kontingentflüchtlingsgesetz galt von 1991 bis 2004 und beschreibt das Gesetz über Maßnahmen für im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen aufgenommene Flüchtlinge – HumHAG. Nach diesem Gesetz erhielten Juden aus der UdSSR eine Zuflucht in Deutschland (Belkin 2017).

⁷⁷ Z.B. Dümling (2011, S. 3).

⁷⁸ Panagiotidis (2019) schätzt, dass es sich um 3,5 Millionen handelt, einschließlich Teilen der zweiten Generation.

⁷⁹ Zu den Zahlenverhältnissen über die konfessionelle Verteilung der Einwanderer im Jahr 2005 siehe auch Löwen (2014b, S. 18). Diese Zahlen sind jedoch mit Vorsicht zu betrachten. Andere Schätzungen gehen davon aus, dass 25 Prozent der Russlanddeutschen russisch-orthodox sind (Interview Russisch-orthodoxe Kirche Stuttgart 10.12.2020). Es ist zu bedenken, dass auch russisch-orthodoxe Gläubige Freikirchen besuchen können und dass Freikirchen oftmals keine festen Mitgliederzahlen haben.

⁸⁰ Aber es gibt auch russlanddeutsche Freikirchen, die in Netzwerken wie beispielsweise Bruderschaft der Freien Evangeliums Christen Gemeinden, Vereinigung der Evangeliumschrsten-Baptisten in Deutschland e.V., Arbeitsgemeinschaft evangelikaler Gemeinden, Deutsche evangelische Allianz oder Mennonitische Brüdergemeinden im Bund Taufgesinnter Gemeinden organisiert sind.

Evangeliumschrösten-Baptisten beteiligte (Weiss, 2012, S. 136). Bis heute sind viele Gemeinden selbstständig und zum Teil isoliert. Einige sind sehr konservativ, pflegen ein überliefertes Brauchtum und bestehen aus stark eingebundenen (Groß-)Familien. Über die damit verbundenen Probleme schreibt Panagiotidis:

„Manche Gemeinden haben Schnittmengen mit dem deutschsprachigen Evangelikalismus, dem wiederum andere Gemeinden trotz häufig identischer Kirchenbezeichnung skeptisch gegenüberstehen. Die relative Abgeschlossenheit und Uneindeutigkeit in der Zuordnung stellen den gesamtgesellschaftlichen Dialog vor gewisse Probleme: Wenn russlanddeutsche Migrationskirchen konfessionelle Zuordnungen ermöglichen würden bzw. sich in etablierte kirchlich-theologische Foren einbrächten, könnten Verunsicherungen seitens der Mehrheitsgesellschaft abgebaut sowie die Sprachfähigkeit in interkonfessionellen Dialogen qualitativ gesteigert werden. Auch könnte dies den parallelgesellschaftlichen Tendenzen einzelner Kirchengemeinden vorbeugen.“ (Panagiotidis et al., 2019)

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass russlanddeutsche Identitäten in Deutschland eingebunden sind in ein komplexes Geflecht multipler Identitäten, in der auch das Christentum eine einflussreiche Rolle spielen kann. Jene Russlanddeutsche, die gegen den Bildungsplan protestiert haben, zeichnen sich in ihrer Selbstdarstellung als ‚Besorgte Eltern‘ aus und nicht als Christen oder Russlanddeutsche. Die spezifische Identität der ‚evangelikalen Christen‘ erweist sich als Resultat einer medialen Fremdzuschreibung.

Die Demonstration am 1. Februar 2014 wurde frühzeitig aufgelöst, da die Gegner der Proteste, vor allem Anhänger der Grünen und linker Gruppierungen, „eine fortlaufende lautstarke Kulisse voll von Gotteslästerung, Hass und Hetze“ (Gersdorff, 2014) bildeten. Hier zeigt sich wieder das Aufeinandertreffen von linken und konservativen Haltungen.

Unterstützung in Form von Technik, Apparatur und Sicherheit erhielten die ‚Besorgten Eltern‘ bei der zweiten Demonstration am 1. März 2014 von der Initiative ‚Schützt unsere Kinder‘⁸¹, deren Vorsitz Mathias von Gersdorff innehat und der bereits auf der ersten Demonstration eine Rede hielt. Die Initiative ‚Schützt unsere Kinder‘ beziehungsweise ‚Kinder in Gefahr‘ gehört zur Deutschen Vereinigung für eine christliche Kultur (DVCK) e.V., einer 1983 gegründeten privaten katholischen „Initiative ohne offizielle Bindung an Kirchen oder politischen Parteien“. Sie hat zum Ziel, sich für den „selbstlose[n] Schutz der geistigen, sozialen und kulturellen Werte der christlich-abendländischen Kultur und Zivilisation“ einzusetzen (*Über Uns. Willkommen Bei DVCK!*). Zu den Sprechern der zweiten Demonstration zählen unter anderem Karl-Christian Hausmann (CDU), Alexej Tuchscherer von der Aussiedler- und Migrantenpartei

⁸¹ Heute ist Mathias von Gersdorff unter anderem Leiter von der Aktion ‚Kinder in Gefahr‘.

„Einheit“ und Alexander Beresowski von der Alternative für Deutschland (AfD) (Nauke, 2014). Die Protestierenden lassen sich zum einen in ihrer Rolle als Eltern beschreiben:

„Eltern, [die] besorgt waren, was in der Schule läuft, Dem gingen ja die schulpolitischen Änderungen von grün-rot voraus, dass es da mit Inklusion, mit Gemeinschaftsschule schon etliche Aktionen gab und man jetzt auf einmal gefragt hat, was kommt da tatsächlich auf uns zu. [...] Und ich habe ganz viele Eltern, die gesagt haben: Also wir haben überhaupt nichts gegen Sexualkundeunterricht, aber wir möchten nicht, dass wir außen vor gelassen werden. Und wir möchten nicht, dass Schule anfängt übergriffig zu werden.“ (Interview Initiator Petition „Zukunft – Verantwortung – Lernen: Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens“ 12.10.2020)

Zum anderen lässt sich das Publikum durch dessen religiösen Hintergrund darstellen. Während auf der ersten Demonstration vor allem (russlanddeutsche) orthodoxe und freikirchliche Christen auftraten, fand auf der zweiten Demonstration eine Mobilisierung unter evangelischen, katholischen und freikirchlichen Christen statt:

„Dann haben wir ein sehr, sehr großes wertkonservatives katholisches Spektrum gehabt. Es gab, ich weiß jetzt nicht, wer das im Einzelnen war, aber es kamen richtige Bustouren, die vor allem aus dem oberschwäbischen Bereich/ also so dieses Kernland dessen, was/ also CDU Kernland würde ich mal sagen im katholischen Bereich und das schon seit mehreren Jahrzehnten, Wertkonservative, die jetzt da nach Stuttgart gegangen sind aus dem Oberschwäbischen. Da gab es ganze auch teilweise Ortschaften, teilweise Vereine, je nachdem. In der evangelischen Kirche gerade in Württemberg auch ein sehr breites Spektrum landeskirchlicher Pietismus. Und da würde ich Teile auch der Freikirchen mit da dazunehmen, die bei diesen Themen Unterstützung signalisiert haben.“ (Interview Initiator Petition „Zukunft – Verantwortung – Lernen: Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens“ 12.10.2020)

Viele Teilnehmer gaben an, dass sie vorher noch nie auf einer Demonstration gewesen waren. Die Demonstrationen lassen sich als ersten bürgerlichen ‚Werte-Protest‘ beschreiben, der einem Anliegen der rot-grünen Landesregierung widersprochen hat. Neben Einzelpersonen, Vereinen und Vereinigungen wie der Piusbruderschaft nahmen auch Parteien an den Demonstrationen teil. Nennenswert sind die Migranten- und Aussiedler-Partei ‚Einheit‘, die christlichen Kleinstparteien ‚Partei Bibeltreuer Christen (PBC)‘ und ‚AUF – Partei für Arbeit, Umwelt und Familie, Christen für Deutschland‘ (Teidelbaum, 2015, S. 12–13). Außerdem kamen auch Anhänger rechter Gruppierungen, wie der ‚Bürgerrechtsbewegung Solidarität (BüSo)‘, der ‚German Defence League‘, der Neonazi-Parteien ‚Die Rechte‘ und ‚Republikaner‘ sowie der ‚Identitären Bewegung Deutschland‘. Erkannt wurden sie an ihren Fahnen⁸² (Teidelbaum 2015, S. 12f.). Insgesamt stieg die Anzahl der Protestierenden von ca. 500 (erste Demonstration) auf 800 (Teidelbaum, 2015, S. 6).

⁸² Später wurde das Zeigen von Fahnen auf den Demonstrationen untersagt.

Unter anderem aufgrund der steigenden Anzahl der Demonstrationsteilnehmer traf sich am 27. März 2014 der Ministerpräsident mit Vertretern verschiedener christlicher Gruppen zu einem Austausch und kündigte eine Revidierung des Bildungsplans an, noch bevor dessen Entwurf dem Landtag zur Abstimmung vorlag (*Streit Um Den Bildungsplan*, 2014).⁸³

Phase III: Demo für alle (2014 – heute)

Ab der dritten Demonstration am 05.04.2014 übernahm die ‚Demo für alle‘ die Organisation der Proteste. Protestiert wurde nun nicht mehr nur gegen den Bildungsplan, sondern auch gegen den ‚Aktionsplan für Akzeptanz und gleiche Rechte von LSBTTIQ-Menschen‘ der rot-grünen Landesregierung sowie gegen die gleichgeschlechtliche Ehe (*Demo Für Alle. Wer Wir Sind*). Den massiven Angriffen von linken Gegendemonstranten, aber auch den medial abwertenden Zuschreibungen der Demonstrationsteilnehmer und des Demonstrationsanliegens wurde durch eine Professionalisierung der Demonstrationsorganisation stand gehalten. Die ‚Demo für alle‘ wurde 2014 von der ‚Initiative Familienschutz‘ gegründet, deren Gründerin und Sprecherin zu diesem Zeitpunkt die kampagnenerfahrene katholische Aktivistin Hedwig von Beverfoerde war. Diese Initiative gehörte bis 2015 zur Zivilen Koalition. 2015 kam es zu einer bewussten Trennung von der Zivilen Koalition, die auf zwei Gründe zurückzuführen ist. Der erste Grund sind Pressestimmen. Hierzu nimmt Frau Beverfoerde auf ihrer Homepage Stellung:

„In den letzten Wochen und Monaten sind in verschiedenen Medien immer wieder falsche Behauptungen und Gerüchte verbreitet worden. So hat z.B. der Südkurier in Artikeln vom 25. Jan. und 6. Feb. 2016 behauptet, die DEMO FÜR ALLE werde ‚von der AfD getragen‘, sowie, die DEMO FÜR ALLE werde ‚organisiert von Hedwig von Beverfoerde (CDU) und Beatrix von Storch (AfD)‘. Beide Behauptungen sind falsch. Weder die Partei AfD noch Beatrix v. Storch sind an der Organisation von DEMO FÜR ALLE beteiligt. [...] Als zunehmend in der Öffentlichkeit die wahrheitswidrige Behauptung auftauchte, die DEMO FÜR ALLE sei eine ‚AfD-Veranstaltung‘, habe ich in Absprache mit dem Aktionsbündnis im Mai 2015 die Demo-Organisation aus der Initiative Familienschutz herausgelöst und zunächst privat übernommen. Im Sommer 2015 gründeten wir mit einigen Mitstreitern (ohne Beatrix und Sven v. Storch) den Trägerverein Ehe-Familie-Leben e.V., der als gemeinnützig anerkannt ist. Dieser Verein, dessen Vorsitzende ich bin, hat inzwischen die praktische Organisation von DEMO FÜR ALLE übernommen.“ (Beverfoerde, 2016)⁸⁴

⁸³ Im August 2016 trat der Bildungsplan schließlich in Kraft. Dem Thema ‚Sexuelle Vielfalt‘ wurde keine besonders hervorzuhebende Bedeutung mehr beigemessen. Die vorgesehenen fünf Leitprinzipien wurden in ‚Leitperspektiven‘ umbenannt und um eine sechste ‚Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt‘ ergänzt, welche die Toleranz gegenüber sexuellen Minderheiten gleichberechtigt neben der Toleranz gegenüber nationalen, ethnischen, weltanschaulichen oder religiösen Minderheiten enthält Kultusministerium Baden-Württemberg (2016).

⁸⁴ Das gemeinsame Auftreten von Frau Beverfoerde mit Frau von Storch und die daraufhin medial erzählte Geschichte von der Vereinnahmung der Proteste durch die AfD erweist sich als eine ‚gute Geschichte‘.

Zweitens wird aus persönlichen Gesprächen mit Bündnispartnern⁸⁵ der ‚Demo für alle‘ eine Abgrenzung zur AfD deutlich. Berichten zufolge waren 2014 und 2015 noch AfD-Plakate sichtbar, es wurden - ohne vorherige Absprache – AfD-Flyer verteilt und bestimmte Persönlichkeiten wie Beatrix von Storch (AfD) inszenierten sich stark. Unter den Organisatoren der ‚Demo für alle‘ gab es kontroverse Diskussionen darüber, welche Politiker von welcher Partei eingeladen werden dürfen und welche nicht. Viele sahen die Gefahr, dass das eigentliche Demonstrationsanliegen durch politische Kontroversen überlagert werden könnte.

„Auch wenn sich Frau Beverfoerde als ‚Frontfrau‘ inszenierte, so gab es doch eine Handvoll ‚seriöse‘ Personen, die als Bündnispartner im ‚informellen, nicht-öffentlichen Trägerkreis‘ die Veranstaltungen vorbereiteten und der Sache ein breiteres Fundament gaben. Dort versuchte man immer wieder, dem immer größer werdenden ‚populistischen Rechtsdrall‘ entgegenzuwirken. Die Demo-Teilnehmer dürften davon nichts gewusst haben.“ (Interview Evangelischer Arbeitskreis der CDU Rems-Murr/Aktionsbündnis Demo für alle 01.12.2020)

Das „überparteiliche“ und „überkonfessionelle“ Aktionsbündnis besteht aus 30 Vereinen, Organisationen und engagierten Einzelpersonen (*Demo Für Alle. Wer Wir Sind*). Als Vorbild für die ‚Demo für alle‘ galt die französische ‚La-Manif-pour-tous-Bewegung‘ (französisch für ‚Die Demo für alle‘), die sich 2013 in Frankreich als Protestreaktion gegen die gleichgeschlechtliche Ehe und das Adoptionsrecht für homosexuelle Paare formiert hat.⁸⁶ Bis 2016 fanden insgesamt sechs Demonstrationen in Stuttgart statt⁸⁷. Danach gab es in verschiedenen Städten Baden-Württembergs Infostände der ‚Demo für alle‘, verschiedene Symposien und den Bus der Meinungsfreiheit, der sich vor allem gegen die ‚Ehe für alle‘ richtet. Unter den Rednern dominieren Vorsitzende und Sprecher christlicher konservativer (Familien-)Vereine und CDU-Politiker. Die ‚Demo für alle‘ steht folglich für eine moralpolitische Protestbewegung bezüglich Familien- und Diversitätsthemen. Zugleich kann sie als Sammelbewegung unterschiedlicher konservativer Identitäten bezeichnet werden, die durch das gemeinsame Ziel – den Schutz und den Erhalt der traditionellen Familie – zusammengehalten werden.

⁸⁵ Zum Beispiel mit dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU-Kreisverbände Heilbronn, Karlsruhe-Land, Mannheim und Stuttgart.

⁸⁶ Seit 2015 hat die Bewegung den Status einer Partei.

⁸⁷ Weitere Städte in denen ‚Demos für alle‘ stattfanden waren Wiesbaden (25.06.2017, 30.10.2016) und Hannover (22.11.2014).

Analyse der Beziehung zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen am Beispiel des Bildungsplanes

Im Folgenden soll nun die Beziehung zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen bei den Bildungsplanprotesten fokussiert werden. Unter der Annahme, dass es sich bei der Beziehung um einen eigenen Diskurs handelt, kann dieser auf einer inner- und einer außerdiskursiven Ebene beschrieben werden. Die innerdiskursive Ebene beschreibt die Aussagen und Handlungen konservativer Christen und Rechtspopulisten untereinander, die außerdiskursive Ebene beschreibt Aussagen, die der Beziehung zwischen ihnen von außen zugetragen werden.

Für Letztere spielt die Berichterstattung in den Leitmedien eine entscheidende Rolle. In analysierten Zeitungsartikeln wird ein gemeinsames Agieren von Christen und Rechtspopulisten gegen den Bildungsplan beschrieben. Zum einen wird auf das Werben für die Unterzeichnung der Petition auf rechten Seiten verwiesen und zum anderen auf das Auftreten rechter und christlicher Gruppierungen auf den Demonstrationen. Hieraus wird auf eine symbiotische Beziehung zwischen Christen und Rechtspopulisten geschlossen. Für das Verständnis dieser Darstellung bedarf es des Rückgriffs auf die zwei Grundsäulen der Konvergenzkultur – „Transmedia Storytelling and Participatory Culture“ (Georgi & Glaser, 2015, S. 24).⁸⁸ Wir sehen ein medienübergreifendes Geschichtenerzählen, welches mit einer Petition beginnt. Die Petition kann als ein ‚Bottom Up‘-Werkzeug betrachtet werden, welches online deutlich mehr Momentum entwickeln kann als offline. Die Unterstützung der Petition von rechten Gruppen verbreitet sich auf verschiedenen Kanälen (z.B. soziale Medien, Twitter, diverse Fernsehsendungen⁸⁹) und verändert dabei die Geschichte der Petition. Die Partizipation von rechten Akteuren in konsumierender und medienschaffender Funktion (indem sie für den Bildungsplan warben und darüber berichteten) bildet den Beginn einer medial und wissenschaftlich erzählten „unheiligen Allianz“⁹⁰ zwischen konservativen Christen und Rechtspopulisten. Medien reiben sich an der Kritik gegen den Bildungsplan und die Petition

⁸⁸ Konvergenzkultur nach Jenkins (2008) beschreibt die Abkopplung von Inhalten von spezifischen Formen, Kanälen, Techniken und Akteuren, was technisch gesehen zu einer Proliferation multifunktionaler Geräte, ökonomisch zu ‚Crossmedia Franchising‘, inhaltlich zu medienübergreifendem Geschichtenerzählen (Transmedia Storytelling) und sozial zur einer Kultur der Partizipation führt (Participatory Culture). Menschen können nun die Erfahrung einer erweiterten, interaktiven und geteilten Medienpartizipation machen und sich dabei nicht nur unterhalten lassen, sondern auch sich informieren siehe Hepp (2010).

⁸⁹ Neben der genannten Sendung des Nachtcafés, lässt sich hier auch die Sendung des Magazins Kontraste vom 06.01.2014 in der ARD nennen, der die Gegner des Bildungsplans im christlichen Fundamentalismus und im rechtspopulistischen Bereich verordnet.

⁹⁰ Eine der ersten Beobachtungen über die „Unheilige Allianz“ stammt aus einem von der Rosa-Luxemburg-Stiftung herausgegebenen Sammelband Billmann (2015).

wird zu einem problematisierenden Text des Widerstands gegen die Liberalisierung der Werte in der Gesellschaft. In unterschiedlichen Medien wurden so verschiedene Teile der Gesamterzählung erschaffen, die in ihrer Gesamtheit mehr als die Summe seiner Teile ergeben. Dies führte dazu, dass in der Petition wesentlich mehr gesehen wurde, als dort geschrieben war und dass die Petitionsinitiatoren sich insbesondere für Inhalte rechtfertigen mussten, die nicht beabsichtigt waren. Dies belegt auch folgende Äußerung von Stängle:

„Gleichzeitig hatten wir, und das sieht man an den Pressemitteilungen, die wir gerade im Januar und Februar raushauen mussten als Petitionsinitiative, wir mussten permanent klarstellen, nein, so sind wir nicht, wir sind so und so und so, das und das und das ist unser Anliegen.“ (Interview Initiator Petition „Zukunft – Verantwortung – Lernen: Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens“ 12.10.2020)

An Stängles Kommentar wird ein großes Kommunikationsproblem moderner, medienkonvergent geprägter Gesellschaften evident. Sobald eine Botschaft in die Öffentlichkeit entlassen wird, ist diese losgelöst von ihrem Entstehungskontext und dadurch offen für Interpretation. Der ursprüngliche Verfasser der Botschaft hat sie nicht mehr selbst unter Kontrolle und muss sich unter Umständen für ihre Inhalte und Wirkungen kontinuierlich rechtfertigen (siehe auch Luhmann, 1990, S. 86–98).

Auf einer innerdiskursiven Ebene lassen sich ähnliche Wirklichkeitskonstruktionen hinsichtlich der Bildungsplanproteste erkennen. Elemente dieser Wirklichkeitskonstruktionen betreffen das Entstehen für die traditionelle Familie, den Schutz des Kindes und die Feindbilder einer Homo- und Genderlobby, einer verweltlichten CDU und einer einseitigen medialen Berichterstattung. Insbesondere in alternativen Medien, wie sich die ‚Tagespost‘, ‚Idea Spektrum‘ und ‚Junge Freiheit‘ selber sehen, nehmen Berichte über linke und gewalttätige Gegendemonstranten ein wesentlich größeres Gewicht ein als in den betrachteten Artikeln der Leitmedien. Beispielsweise wird die fünfte ‚Demo für alle‘ in einem Artikel in ‚Idea Spektrum‘ wie folgt beschrieben:

„5. Demo für alle: Wie bei vier vorangegangenen Kundgebungen mussten mehrere Hundert Polizisten die Veranstaltung vor Störungen von Linksextremen schützen. Etwa 300 Gegendemonstranten versuchten, die Reden und den anschließenden Marsch durch die Innenstadt mit Trillerpfeifen- und Trommel-Lärm zu stören und riefen Parolen wie ‚Es gibt kein Recht auf Nazipropaganda‘.“ („Bürger Protestieren Gegen Sexualisierung Von Kindern,” 2015)

Die von außen herangetragene Kritik, die Demonstrationsteilnehmer seien Nazis, wird in dem angeführten Zitat zwar wiedergegeben, jedoch wird nicht weiter darauf eingegangen. In den christlichen Medien erfolgt weder eine Abgrenzung noch eine Problematisierung des Auftretens rechter Gruppierungen auf den Protesten.

Hingegen konnten in der Analyse der Phase II der Bildungsplanproteste Abgrenzungsbemühungen zum Rechtspopulismus von Seiten christlicher Akteure erkannt werden. Diese fanden vor allem im organisatorischen Bereich statt.

Analyse Wahlverhalten

Die Frage, ob die Bildungsplanproteste einen Einfluss auf das Wahlverhalten von Christen hatten, ist schwierig zu beantworten. Eine nach christlichem beziehungsweise kirchlichem Hintergrund differenzierte Analyse der Veränderung des Wahlverhaltens sowie eine Messung des Einflusses der Bildungsproteste auf das Wahlverhalten ist aufgrund mangelnder Studien hierzu nicht möglich. Zudem wären die gängigen konfessionellen Unterscheidungen nicht reliabel. Wie bereits erwähnt können beispielsweise Katholiken auch Freikirchen besuchen, würden sich aber bei Umfragen nicht als ‚Sonstige‘ oder ‚Evangelikal‘ bezeichnen. Die Frage, ob Anhänger von Freikirchen auffällig häufig die AfD wählen, muss demnach unbeantwortet bleiben.

Dennoch zeigen Umfragen zu den Landtagswahlen 2016 in Baden-Württemberg, dass die CDU unter Protestanten Anhänger verloren hat und die AfD sowohl unter Katholiken wie auch unter den Protestanten als drittstärkste Partei hervorgegangen ist (Infratest dimap, 2016). Eine wachsende Anzahl an christlichen AfD-Wählern kann nicht bestritten werden. Inwieweit russlanddeutsche Christen hier eine Rolle spielen, wird im Folgenden erneut aufgegriffen und genauer untersucht werden. Dabei wird Bezug genommen auf vorhandene Studien und Wahlergebnisse von 2016 unter Russlanddeutschen.

Russlanddeutsche und die AfD

Russlanddeutsche Wähler stellen mit zwei Millionen Wahlberechtigten die größte Gruppe unter den Migrantenwählern dar (DESTATIS, 2017). Bei ihrer Einreise nach Deutschland erhielten sie die deutsche Staatsbürgerschaft und genießen dadurch das aktive und passive Wahlrecht. Dennoch zeigen sie eine geringe politische Partizipation, was sich sowohl an der geringen Anzahl an Russlanddeutschen in politischen Ämtern und Gremien zeigt als auch an der geringen Wahlbeteiligung bei Landes- und Bundestagswahlen. Goerres und Mayer, Sabrina, Spies, Dennis C. (2019) schätzen, dass 2017 nur 58 Prozent von ihnen an der Wahl teilnahmen.

Hierfür lassen sich verschiedene Gründe vermuten. Erstens kann die Prägung durch das nicht-demokratische und repressive Sowjetsystem zu einer politischen Entfremdung geführt haben.⁹¹ Zweitens ist der Zugang zu parteipolitischem Engagement mit bestimmten Netzwerken und sozialen Ressourcen verbunden, die bei ‚Zugewanderten‘ im Allgemeinen weniger ausgeprägt sind als bei ‚Einheimischen‘. Drittens kann die starke Betonung der eigenen Gruppe und die Identifikation mit einer Ethnie die Integration und Identifikation als ‚deutsche Staatsbürger‘ überlagert haben. Schließlich bekundeten die etablierten Parteien ein tendenziell geringes Interesse an russlanddeutschen Bürgern. Hierzu äußert sich der russlanddeutsche Historiker Viktor Krieger:

„Im Gegenzug zu anderen Gruppen, die vielleicht von Grünen, der SPD gezielt politisch geschult und dann in verschiedene Posten als Bundestags- oder Landtagsabgeordneter gesetzt wurden, damit sie ihre Interessen vertreten, bei den Russlanddeutschen sehen wir das überhaupt nicht. Niemand kümmert sich um sie, kaum jemand denkt: ‚Stellen wir einen Menschen ein, damit er aktiv über Belange seiner Landsleute Bescheid sagt.‘ Das vermisse ich von der etablierten Politik. Und dann sehen wir, dass dieses brachliegende Feld wird von anderen Kräften gefüllt.“ (Krieger in Heinrich, 2016)

Aufgrund ihrer starken Identität mit dem Christentum und aus Erkenntlichkeit gegenüber der Regierung von Helmut Kohl, die ihnen ihre Aussiedlung ermöglichten, galten Russlanddeutsche lange als Stammwähler der CDU (Wüst, 2002). Dies hat sich in den Folgejahren geändert. Die im Jahr 2016 veröffentlichte Studie des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) über Parteipräferenzen von Migranten zeigt, dass die Zustimmungsraten zur CDU von Russlanddeutschen beziehungsweise Spätaussiedlern höher liegen als beim bundesdeutschen Durchschnitt. Dies trifft jedoch auch auf die Zustimmungsraten zur Linken und AfD zu (Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration, 2016, S. 26). Da sich der Erhebungszeitraum der Studie auf März bis August 2015 bezieht, also auf eine Zeit, in der die AfD noch nicht als populistische und islamfeindliche Anti-Flüchtlingspartei galt, sind die erhöhten Zustimmungsraten unter den Spätaussiedlern zur AfD bemerkenswert.

Laut der bereits erwähnten Studie von Goerres und Mayer, Sabrina, Spies, Dennis C. (2019) zu den Bundestagswahlen im Jahr 2017 schnitt die CDU unter Russlanddeutschen schließlich schlechter ab als in der Gesamtbevölkerung. Während 21,8 Prozent aller Wähler ihre Stimme der AfD oder

⁹¹ Dagegen hält Panagiotidis (2017), dass dieselbe sowjetische Prägung im Fall der Einwanderung nach Israel kein Hinderungsgrund für ein hohes politisches Engagement darstellte. Jedoch muss angemerkt werden, dass Israel einen besonderen Fall darstellt und es fraglich ist, ob dieser Fall verallgemeinert werden kann. Hier zeigt sich zumindest, dass das Engagement bei einer Staatsgründung größer ist als das politische Engagement in einem bereits gegründeten Staat.

den Linken gaben, wählten 36 Prozent der Russlanddeutschen die Linke (21 Prozent) oder die AfD (15 Prozent). Letztere erhielt insbesondere in Stadtvierteln mit hoher Konzentration von Russlanddeutschen sowohl bei den im Vorfeld der Bundestagswahlen durchgeführten Landtagswahlen wie auch bei den Bundestagswahlen überdurchschnittlich hohe Wahlergebnisse. Während die AfD im baden-württembergischen Pforzheim 19,3 Prozent der Stimmen erhielt, erzielte sie im Stadtteil Buckenberg 36,9 Prozent der Stimmen (bei der vorherigen Landtagswahl 43,2 Prozent) (Wirtschaft und Stadtmarketing Pforzheim, 2016). Auch wenn nicht konkret nachgewiesen werden kann, dass Russlanddeutsche ihre Stimme der AfD gaben, zeigt sich hier eine starke Korrelation. Panagiotidis et al. (2019) gehen davon aus, dass sich in russlanddeutschen Stadtvierteln⁹², „gewissermaßen „Echokammern“ bilden, die vorhandenen Stimmungen verstärken und zu teilweise extremen Wahlergebnissen führen.“

Da insgesamt die Wahlbeteiligung unter Russlanddeutschen sehr gering ist, es jedoch russlanddeutsche Stadtviertel gibt, in denen die AfD überdurchschnittlich viele Stimmen erhalten hat, kann davon ausgegangen werden, dass die AfD mit ihren sichtbaren Bemühungen um russlanddeutsche Wähler dort Erfolg hatte. Vor der Bundestagswahl hielt die AfD eine ihrer größten Wahlkampfveranstaltungen in Pforzheim ab und erhielt dabei von der nationalsozialistischen russlanddeutschen Minipartei Arminius-Bund Unterstützung (Klimeniouk, 2018). Zwei Russlanddeutsche kandidierten im Wahlkreis Pforzheim erfolgreich bei der Landtagswahl für die AfD. Bei der Bundestagswahl errang der russlanddeutsche Waldemar Birkle ein Direktmandat für die AfD. Zu seinem Wahlkampf gehörte die Verteilung von russischsprachigen Flyern gegen Frühsexualisierung und mit der Forderung nach einer konservativen Familienpolitik. 2016 wurde schließlich das ‚Netzwerk Aussiedler und Russlanddeutsche in der AfD‘ gegründet. 2018 wurde von Russlanddeutschen die parteinahe Vereinigung der ‚Juden in der AfD‘ gegründet.

Auf YouTube befindet sich ein AfD-Werbevideo mit dem Titel ‚9 Gründe für Russlanddeutsche die AfD zu wählen!‘ (Russlanddeutsche Stimme, 2019). In diesem Video inszeniert sich die AfD als christliche Partei: ‚Die AfD steht für eine christlich-geprägte Gesellschaft und das aktiv und ehrlich. [...] Die AfD vertritt Werte, von denen sich die CDU

⁹² In typischen russlanddeutschen Stadtvierteln gilt russisch informell als Verkehrssprache. Es gibt zahlreiche russische Supermärkte und via Satellitenschüsseln werden russischsprachige Fernsehprogramme empfangen. Allerdings stehen solche Stadtviertel nur bedingt repräsentativ für die Gesamtheit aller Russlanddeutschen. Die Studie von Schönwäldler und Söhn (2009) ergab, dass nur ein Zehntel der Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion in Vierteln mit einem Bevölkerungsanteil dieser Gruppe von 10 % und mehr lebt. Die Studie wurde allerdings in Großstädten durchgeführt. Laut Jannis Panagiotidis wohnt die Mehrheit der Russlanddeutschen in Klein- und Mittelstädten und auf dem Land Panagiotidis in Klimeniouk (2018).

abgewendet hat.“ Ferner wirbt sie für „Familienpolitik statt Gender“ und warnt vor den „Gefahren des Islams und Flüchtlingen“ (Russlanddeutsche Stimme, 2019).

Insbesondere bei der älteren Generation der Russlanddeutschen ist der christliche Glaube ein wichtiger Identifikationsfaktor. Sie verbinden mit christlichen Werten vor allem konservative Werte und haben traditionelle Vorstellungen von Familie, Geschlechter- und Rollenverteilungen. Viele finden die CDU zu liberal und sehen in der AfD eine Partei, die ihre Wertvorstellungen vertritt. Neben der christlichen Prägung der älteren Generation kann auch ihr Bildungsniveau einen Einfluss auf ihre Wahlentscheidung für die AfD haben. Studien haben ergeben, dass die AfD überdurchschnittliche Wahlergebnisse bei Arbeitern und Arbeitslosen sowie Menschen mit niedrigen und mittleren Bildungsabschlüssen erzielt (Kroh & Fetz, 2016, S. 716). Gerade für die ältere Generation und für russlanddeutsche Stadtteile treffen diese Kategorien zu. Mit der Flüchtlingskrise im Jahr 2015 und 2016 kamen bei einigen Russlanddeutschen Gefühle der Ungleichbehandlung und Vernachlässigung auf. Geprägt von den negativen Erfahrungen, die sie als Deutsche in der UdSSR erlebt haben, kamen sie damals voller Hoffnung in ihre ehemalige Heimat zurück und mussten erkennen, dass weder Deutschland sich als Heimat anfühlte noch sie als Deutsche wahrgenommen wurden. Einige empfinden die Aufnahme von Flüchtlingen als freundlicher und großzügiger als ihre eigene Aufnahme. Durch eine Abwertung der Flüchtlinge kann eine Aufwertung der eigenen Identität erfolgen. Die AfD reagiert in dem oben genannten Video auf diese Gefühlslage:

„Die Einwanderung der Russlanddeutschen stellte sich als Bereicherung für unser Land heraus. Unsere finanziellen Hilfen waren kurzfristig. Heute liegt die Arbeitslosigkeit unter dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Die absolute Mehrheit der Flüchtlinge nutzt die Sozialhilfe und hat mangelnde Motivation hier zu arbeiten sowie wenig Perspektiven auf dem deutschen Arbeitsmarkt.“ (Russlanddeutsche Stimme, 2019)

Weitere Abwertungsnarrative, die in russischen Medien sehr präsent sind, sind die *ständig drohende Terrorgefahr*, die *Überfremdung* und die *Radikalisierung und Gewalttätigkeit von Muslimen*. 2016 kam es zu bundesweiten Demonstrationen gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung. Auslöser für die Proteste, an denen rund 10.000 Russlanddeutsche teilnahmen, war die angebliche Vergewaltigung eines Mädchens mit russlanddeutschem Hintergrund durch Flüchtlinge („Fall Lisa“).⁹³ Über die Bedeutung der Thematisierung von Flüchtlingen in (deutsch-)russischen Medien schreibt Klimeniouk:

⁹³ Die Organisation der Proteste erfolgte, mit medialer Unterstützung Russlands, durch den ‚Internationalen Konvent der Russlanddeutschen‘. Dieser besteht aus rund 30 Mitgliedern und wurde von Heinrich Groth gegründet. Groth macht direkte und indirekte Werbung für die AfD Schaubert (2018).

„Sehr ausgeprägt, gar dominierend sind fremdenfeindliche Motive in den Medien, die sich an die russischsprachige Minderheit in Deutschland richten. Das Leitmotiv der Medien, die überhaupt gesellschaftliche und politische Themen anfassen, ist in der Regel Migration; sie wird generell als das dringendste Problem Deutschlands dargestellt. Selbst moderate Zeitungen verbreiten ein Bild, das weitgehend mit rechten Diskursen (Überfremdung und Islamisierung, Flüchtlingskatastrophe, ‚illegale Einwanderung‘ statt Flucht, pauschalisierende Darstellung nichteuropäischer Einwanderer als Sexualtäter, Islamisten und Terrorsympathisanten etc.) übereinstimmt, auch wenn sich die Sprache im verhältnismäßig neutralen Rahmen hält.“ (Klimeniouk, 2018)

Es kann also davon ausgegangen werden, dass zumindest für einen Teil der Russlanddeutschen die Wahl der AfD auch mit der Haltung der AfD zu Flüchtlingen und dem Islam sowie zu Gender und Familie zusammenhängt.

5.5.3 Anti-Flüchtlingsproteste in Sachsen

Im Folgenden soll nun die Beziehung zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen bei den PEGIDA-Protesten fokussiert werden. Auch diese Beziehung kann auf einer inner- und einer außerdiskursiven Ebene erfasst werden. Medien und Wissenschaftler konstruieren mit ihren Beobachtungen und Zuschreibungen über die Beziehung zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen die außerdiskursive Ebene. Rechtspopulisten und konservative Christen konstruieren mit ihren geteilten Erzählverläufen die innerdiskursive Ebene.

Für die Betrachtung möglicher Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen werden zwei Phasen unterschieden. Die erste Phase beschreibt die Anfänge der PEGIDA-Proteste in den Jahren 2014 und 2015. In der zweiten Phase werden Wahlergebnisse der Bundestagswahlen 2017 und der Landtagswahlen im Jahr 2019 hinsichtlich Verbindungen zwischen Christen und AfD untersucht. Schließlich erfolgt eine qualitative Beschreibung von Narrativen konservativer Christen über PEGIDA und die AfD. Abschließend werden vermutete kausale Mechanismen präsentiert, die die zu erklärenden Zusammenhänge und Phänomene beeinflusst haben.

Die Daten für die vorliegende Fallstudie setzen sich zusammen aus DNA-Daten, Interviews, Wahlergebnissen, wissenschaftlichen Studien über PEGIDA-Demonstranten und Christen in Sachsen, wissenschaftlichen Aufsätzen sowie zentralen Radio- und Zeitungsbeiträgen.

Phase I: Sachsens Christen und PEGIDA-Demonstrationen (2014 – 2016)

Das Wort PEGIDA ist ein Akronym für die Organisation ‚Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes‘. Sie veranstaltet seit 2014 in Dresden und in weiteren Städten Demonstrationen gegen die Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik Deutschlands und Europas sowie gegen eine von ihr behauptete ‚Islamisierung des christlichen Abendlandes‘. Mit der Flüchtlingswelle

2015 erhielt die PEGIDA-Bewegung den größten Zulauf. In den Folgejahren wurde die Teilnehmerzahl an den Protesten deutlich geringer. Die Gründer von PEGIDA bezeichnen sich selbst weder als Christen noch als Rechtspopulisten, sondern als Patrioten. Ihre Konstruktion eines ‚christlichen Abendlandes‘, das für die Abgrenzung zum Islam steht, bildet ein Amalgam von Christlichkeit und Nation als vereinendes soziales Band. Die AfD hatte es lange vermieden, sich offen zu PEGIDA zu bekennen. Umgekehrt sehen Akteure der PEGIDA-Organisation, mit wenigen Ausnahmen, die AfD als ihre Partei an. Auch wenn die Beziehung zwischen PEGIDA und AfD kompliziert und kontrovers ist, so kann doch davon ausgegangen werden, dass es einen positiven Zusammenhang zwischen den Protesten und dem Erstarren der AfD gibt.⁹⁴

Im Folgenden stehen jedoch weder das Aufkommen der PEGIDA-Proteste noch die Beziehung zwischen PEGIDA und der AfD im Mittelpunkt, sondern der Zusammenhang, der zwischen konservativen Christen und den PEGIDA-Protesten und in Folge auch zur AfD besteht. Die Tatsache, dass es hier überhaupt einen Zusammenhang geben könnte, mag erstaunen, zählt doch der Osten Deutschlands zählt zu den entkirchlichsten und entchristianisiersten Regionen Mitteleuropas. 1945 waren noch rund 90% der ostdeutschen Bevölkerung Kirchenmitglieder (Sächsische Landeszentrale für Politische Bildung). Heute sind es nur noch 25%. Als Gründe können eine im Sozialismus „forcierte Säkularität“⁹⁵ (Schmidt-Lux et al., 2009) sowie eine „Kultur der Konfessionslosigkeit“ (Pickel, 2000, S. 207, 2011a, S. 46) genannt werden.⁹⁶ „Die aggressive, gegen Religion und Kirchen gerichtete Politik der SED-Regierung, erwies sich dabei im ehemaligen protestantischen Kernland als so erfolgreich, wie nirgends anders in den Staaten des Sozialismus, sieht man einmal von Estland ab“ (Pickel, 2020a). Jedoch konnte das SED-System nicht verhindern, dass sich Kirchen zu Orten des Widerstandes, Protestes und der Opposition gegen das SED-Regime entwickelten und zu dessen Ende beitrugen.⁹⁷ Jene Widerstandskraft, die damals aufgebracht werden musste und das daraus entstandene

⁹⁴ Die PEGIDA-Demonstrationen wurden seit ihren Anfängen von vielen AfD-Mitglieder unterstützt. Zugleich wollte die AfD eigene Straßenproteste etablieren und PEGIDA eine eigene Partei gründen. Die öffentlich ausgetragenen Differenzen über den Umgang mit PEGIDA führten zur Abspaltung des liberal-konservativen Flügels. PEGIDA trug zur Entstehung der AfD mit ihrer national-konservativen Ausrichtung bei und steht im politischen Spektrum deutlich rechts der CDU Geiges et al. (2015, S. 151–162); Vorländer et al. (2016, S. 39–42).

⁹⁵ Zur „forcierten Säkularität“ gehören bestimmte politische Vorgehensweisen wie beispielsweise die Einführung der Jugendweihe, die Abschaffung des schulischen Religionsunterrichts sowie die systematische Benachteiligung von bekennenden Christen.

⁹⁶ Es sollte allerdings bedacht werden, dass Konfessionslosigkeit nicht unbedingt eine absolute Distanz zum Christentum zur Folge hat. In einer Studie von V. Müller (2011, S. 77) über Christen in Sachsen gab fast jeder dritte Konfessionslose an, zu besonderen Anlässen einen Gottesdienst zu besuchen. Es kann davon ausgegangen werden, dass Konfessionslose und ‚Ausgetretene‘ einen geringen Grad an Religiosität beibehalten haben.

⁹⁷ Weiterführende Literatur zur Rolle der Kirchen in der DDR siehe „Der SED-Staat und die Kirche 1983-1991. Höhenflug und Absturz“ (1995) und „Der SED-Staat und die Kirche. Der Weg in die Anpassung“ (1993) von Gerhard Besier; „Die Solidarische Kirche in der DDR. Erfahrungen, Erinnerungen, Erkenntnisse“ (1999) von Joachim Goertz; „Zur Freiheit berufen. Die Kirche in der DDR als Schutzraum der Opposition 1981-1989“ (1991) von Jürgen Israel; „Mit Pflugscharen gegen Schwerter. Erfahrungen in der evangelischen Kirche in der DDR 1949-1990“ (1991) von Manfred

Selbstbewusstsein sind insbesondere an Sachsens Kirchen bis heute bemerkbar. Aufgrund seiner Historie als „Mutterland der Reformation“ zählen heute nur 3,8% der Sachsen zur Katholischen Kirche.⁹⁸ 21% gehören der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens, der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland oder der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz an.⁹⁹ Diese Zahlen sind deshalb erwähnenswert, da sie helfen, die nachstehenden Studien über die PEGIDA-Teilnehmenden im Hinblick auf ihre Konfession besser einzuordnen.

Studie	Konfessionslos	Evangelisch	Katholisch	Andere/keine Angabe	Anzahl Befragte
Patzelt et al. (2015, S. 12)	78%	17%	4%	1%	434
Finkbeiner et al. (2016) ¹⁰⁰	60%	30%	4%	1%	610
Geiges et al. (2015, S. 61–88) ¹⁰¹	68,9%	21,8%	4,9%	4,2%	547
Vorländer et al. (2015, 43 ff.)	71,8%	21,2%	3,8%	2,3%	397

Tabelle 6: Vergleich von Studienergebnissen zur Konfessionszugehörigkeit von PEGIDA-Demonstranten in Dresden; Quelle: Eigene Zusammenstellung

Die aufgeführten Prozentangaben der Teilnehmenden bilden ungefähr die konfessionelle Verteilung in Sachsen ab. Auffallend ist die hohe Zahl an Protestanten aus der Studie des Göttinger Instituts für Demokratie aus dem Jahr 2016. Vergleicht man diese Zahlen mit jenen Daten, die im Zensus 2011 für die Stadt Dresden, dem Direktionsbezirk Dresden und dem Land Sachsen erhoben wurden¹⁰², so zeigt sich, dass weniger Konfessionslose (ca. 15–20% weniger) und signifikant mehr evangelische Christen (ca. 10–15% mehr) als im allgemeinen Bevölkerungsdurchschnitt der Region an den Demonstrationen teilgenommen haben (vgl. Wakonigg, 2016). Ein Vergleich der zugrundeliegenden Erhebungsmethoden der Befragungen zeigt, dass in der genannten Studie von Hand auszufüllende und postalisch zurückzusendende Befragungsbögen ausgeteilt wurden,

Richter und Elsbeth Zylla sowie „Glauben im Sozialismus. Kirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR“ (1989) von Peter Maser.

⁹⁸ Die Zahl bezieht sich auf das Jahr 2015 (Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (2015). Im Gegensatz zur sinkenden Zahl der Katholiken in Gesamtdeutschland bleibt die Anzahl an Katholiken in Sachsen konstant. Katholische Christen in Sachsen gehören entweder zum Bistum Magdeburg dem Bistum Dresden-Meißen oder dem Bistum Görlitz an.

⁹⁹ Eine formale Zugehörigkeit zum Christentum ist jedoch nicht gleichzusetzen mit einem hohen Maß an Religiosität und Glaubenspraxis, wie V. Müller (2011, S. 75) in seiner Studie zeigen konnte. Hier gab nur jeder dritte Christ an, regelmäßig Gottesdienste zu besuchen und täglich zu beten.

¹⁰⁰ Am 30. November 2015 hatten die Forscher des Göttinger Instituts für Demokratieforschung an ungefähr 3.500 bis 5.000 Pegida-Demonstrierenden in Dresden 1.800 Papier-Fragebögen mit frankierten Rückumschlägen verteilt. 610 Fragebögen wurden an das Institut zurückgeschickt Finkbeiner et al. (2016).

¹⁰¹ Zwischen dem 12. und dem 26. Januar 2014 hatten Wissenschaftler des Forscherteams des Göttinger Institut für Demokratieforschung Pegida-Demonstration zu einer Online-Befragung eingeladen. 547 der Teilnehmer begannen und beendeten den Fragebogen, ließen jedoch teilweise Fragen unbeantwortet Geiges et al. (2015, S. 61).

¹⁰² Hier beträgt der Anteil an Konfessionslosen 75 bis 80%, der Anteil an Protestanten 15 bis 20% und der Anteil an Katholiken 3 bis 5% *Ergebnisse Des Zensus 2011*.

während in den anderen Studien entweder persönliche Befragungen oder/und die Nutzung des Internets zugrunde lagen. Letztere sind bei der jüngeren Generation verbreiteter als bei älteren Menschen. Wenn auch von den Studienleitern wohl nicht intendiert, bestätigt die Brief-Wahl-Studie den Zusammenhang von Alter und Kirchnähe, auf die später genauer eingegangen wird. Ein weiteres relevantes Studien-Ergebnis bezieht sich auf die Herkunft der Demonstrationsteilnehmer. Diese kamen mehrheitlich aus Sachsen und Umgebung. Daraus kann geschlussfolgert werden, dass auch jene Christen, die an den Protesten teilnahmen, aus Sachsen stammten. Um die Nähe von Sachsens Christen zum Rechtspopulismus bewerten zu können, lohnt sich ein Blick auf die Wahlergebnisse der Landes- und Bundestagswahlen in Sachsen im Untersuchungszeitraum dieser Arbeit.

Phase II: Christen, AfD und CDU in Sachsen (2017-2019)

Im Jahr 2014 als die AfD zum ersten Mal in Sachsen zur Landtagswahl antrat, erhielt sie 9,7% der Stimmen. Fünf Jahre später waren es schon 27,5% der Wählerstimmen (Statista Research Department, 2019b). Damit trat sie 2019 mit 17,7% Gewinnpunkten¹⁰³ (im Vergleich zur vorherigen Wahl) als deutlicher Wahlgewinner hervor und wurde hinter der CDU zweitstärkste Partei im Landtag (Statista Research Department, 2019a). Zugleich kann sowohl bei den Landtagswahlen im Jahr 2019 wie auch bei den Bundestagswahlen 2017 eine deutliche Zunahme der Wahlbeteiligung konstatiert werden. Im Vergleich zur Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen in Sachsen im Jahr 2014 (49,2%) stieg diese im Jahr 2019 um 17,3% auf 66,5% (Statista Research Department, 2019c). Es stellt sich die Frage, ob auch konservative Christen mit ihrer Wahlstimme zum Erstarken der AfD beigetragen haben. Hierfür werden im Folgenden soziodemografische Daten über Christen mit jenen von AfD-Wählern verglichen.

Wahlverhalten nach Alter

Christen sind im Durchschnitt älter als es der Durchschnitt der Bevölkerung ist. Vor allem über 65-Jährige sind deutlich überpräsentiert (V. Müller, 2011, S. 12). Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik zur Landtagswahl 2019 des Statistischen Landesamts des Freistaates Sachsen zeigen, dass bei den über 60-Jährigen weniger als ein Viertel die AfD

¹⁰³ Im Vergleich dazu verlor die CDU mit -7,3% Gewinnpunkten Statista Research Department (2019a).

wählten.¹⁰⁴ 43% von ihnen gaben ihre Stimme der CDU (Paul, 2019). Insgesamt zeigt sich deutlich, dass mit zunehmendem Alter die Zustimmung zur CDU steigt.¹⁰⁵

Wahlverhalten nach Berufen und Tätigkeiten

Christen sind entweder Angestellte und Beamte (37%) oder Rentner einschließlich Vorruhestand (39%)¹⁰⁶ (V. Müller, 2011, S. 14). Auswertungen von Infratest dimap und der Hans Böckler Stiftung zeigen, dass mit 41% vor allem Arbeiter die AfD wählten, gefolgt von Arbeitslosen (36%) und Selbstständigen (29%). Die geringsten Stimmen hat sie von Beamten (20%) und Rentnern (22%) erhalten (Infratest dimap & Hans Böckler Stiftung, 2019). Dagegen bekam die CDU die meisten Stimmen von Rentnern (44%) und von Beamten (36%) (Infratest dimap, 2019).

Wahlverhalten nach Bildungsabschluss

Christen haben mehrheitlich Abitur beziehungsweise Fachhochschulreife (54%) (V. Müller, 2011). Unter den AfD-Wählern befinden sich relativ wenige Menschen mit einer Fachhochschulreife (24%). Der größte Anteil ihrer Wählerschaft (66%) absolvierten eine Lehre oder verfügt über einen vergleichbaren Abschluss (Forschungsgruppe Wahlen, 2019).

Der Vergleich zeigt, dass Christen tendenziell häufiger die CDU wählen. In der Studie über Christen, welche V. Müller im Jahr 2011 durchgeführt hat, hatte die Mehrheit der Befragten die CDU als ihre Partei angegeben (37%), mit deutlichem Abstand folgen Bündnis 90/Grüne mit 11%. Auffallend hoch fällt der Anteil jener aus, die sich keiner Partei zugehörig fühlen (29%) (V. Müller, 2011, S. 53).¹⁰⁷ Interessanterweise ergab die Studie zur Landtagswahl 2019 des Statistischen Landesamtes in Sachsen, dass sich die meisten Nichtwähler (27,2%) in der Gruppe der über 70-Jährigen befanden. Zudem hat ein überwiegender Teil der Wahlberechtigten über 70 Jahren ungültige Stimmen abgeben. Bei zwei Drittel (Direktstimme) beziehungsweise bei fast der Hälfte (Listenstimme) aller Fälle wurde ein leerer oder ein durchgestrichener Stimmzettel in die Urne geworfen wurde (Paul, 2019, S. 1).

Wie eingangs erwähnt nahmen 2019 mehr Menschen an den Wahlen teil als noch 2014. Berechnungen anhand der Daten von Infratest Dimap¹⁰⁸ ergeben, dass nur die Hälfte aller

¹⁰⁴ Bei den 30- bis 44-Jährigen waren es 31% und bei den 45- bis 59-Jährigen 32% Paul (2019).

¹⁰⁵ Während bei den 18- bis 24-Jährigen 13% die CDU wählten, waren es bei den 35- bis 44-Jährigen 25% und bei den Wählern über 60 Jahren 41% Paul (2019).

¹⁰⁶ Im Vergleich dazu sind nur 9% Arbeiter, 6% Selbstständig und 1% arbeitslos V. Müller (2011, S. 14).

¹⁰⁷ Im Vergleich zu den Christen, liegt der Anteil jener konfessionslosen Personen, die sich keiner Partei zugehörig fühlen (40%) deutlich höher V. Müller (2011, S. 53).

¹⁰⁸ Mit Daten des Infratest Dimap wurde auf <https://interaktiv.tagesspiegel.de/lab/waehlerwanderung-sachsen/> (25.02.2021) eine interaktive Analyse zur Wählerwanderung von 2014 nach 2019 in Sachsen aufgestellt. Die

Nichtwähler¹⁰⁹ aus dem Jahr 2014 auch im Jahr 2019 nicht gewählt haben (Löhe, 2019). 14% der Nicht-Wähler wählten die AfD und nur 9% aller Nicht-Wähler wählten die CDU. Umgekehrt wählten nur 18% der ehemaligen CDU-Wähler die AfD. Einen ebenso großen Anteil an Stimmen verlor die CDU aufgrund von Wegzug und Sterbefällen. 82% der CDU-Wähler 2014 wählten auch 2019 die CDU.

Das Narrativ vom *enttäuschten CDU-Wähler*¹¹⁰, *der nun die AfD wählt*, kann für den Untersuchungszeitraum im Fall Sachsen nicht bestätigt werden. Zudem zeigt die ältere Generation eine starke Beständigkeit in ihrer Wahl- Entscheidung beziehungsweise ihrer Nicht-Wahl. Jedoch sagen die Zahlen noch nichts über rechte Einstellungen unter Christen aus. Auch in der CDU gibt es einen konservativen und rechten Flügel, der insbesondere in Sachsen sehr stark ist. Viele konservative Werte, die Christen wichtig sind, werden von der sächsischen CDU weiterhin vertreten. Hinzu kommt, dass sächsische Christen aufgrund ihres Alters tendenziell konstant in ihrer Wahlentscheidung sind und eine generelle Skepsis gegenüber ‚Neuem‘ haben, wie in einem Interview deutlich zum Ausdruck kam:

„Früher hat man bei uns gesagt, wenn Wahlen waren, dass die Alten, also die 60 Plus, die haben einmal CDU gewählt und du kannst ‚Kasper aus der Puppenkiste‘ sagen und solange davor die CDU steht, wird das Kreuz bei der CDU gemacht. Dieses Denken ist noch stark da drin. Viele sind der CDU noch eher zugeneigt, weil sie die schon immer gewählt haben. Und dann dieser Umschwenk zur AfD mit der man sich nicht 100 Prozent sicher ist, ist dann eher schwierig.“ (Interview Freikirche Hartenstein, Erzgebirge-Vogtland 19.01.2021)

Es zeigt sich, dass, neben einer quantitativen Betrachtung des Verhältnisses von Christen zu den PEGIDA-Demonstrationen und zur AfD, eine qualitative Betrachtung ebenso notwendig ist. Hierfür werden Daten und Stellungnahmen aus verschiedenen (Online-) Zeitungen und Radioberichten (u.a. TP, IS, Deutschlandfunk und Domradio) sowie aus den geführten Interviews hinzugezogen.¹¹¹

aufgezeigten Werte modellieren die Wanderung der Zweitstimmen zwischen den Parteien. Es werden die die vorhergehende und die aktuelle Landtagswahl miteinander verglichen. Jene Werte wurden als Schätzwerte von Infratest Dimap berechnet. Die Quellen dieser Schätzungen setzen sich zusammen aus amtlichen Statistiken, repräsentativen Umfragen sowie vorläufigen Endresultaten der Zweitstimmen-Berechnungen am Wahlsonntag Löhe (2019).

¹⁰⁹ Nicht-Wähler betragen 2014 ca. 1.738.000. Christen leben häufiger in einem ländlichen Umfeld. So gab jeder zweite befragte Christ (46%) an, dass er in einem ländlichen Umfeld lebt. Konfessionslose leben eher in städtischen Bereichen (66%) Müller (2011, S. 11).

¹¹⁰ Siehe Kapitel 5.4.3.

¹¹¹ Weitere Daten wurden hinzugezogen, um eine validere Analyse durchführen zu können.

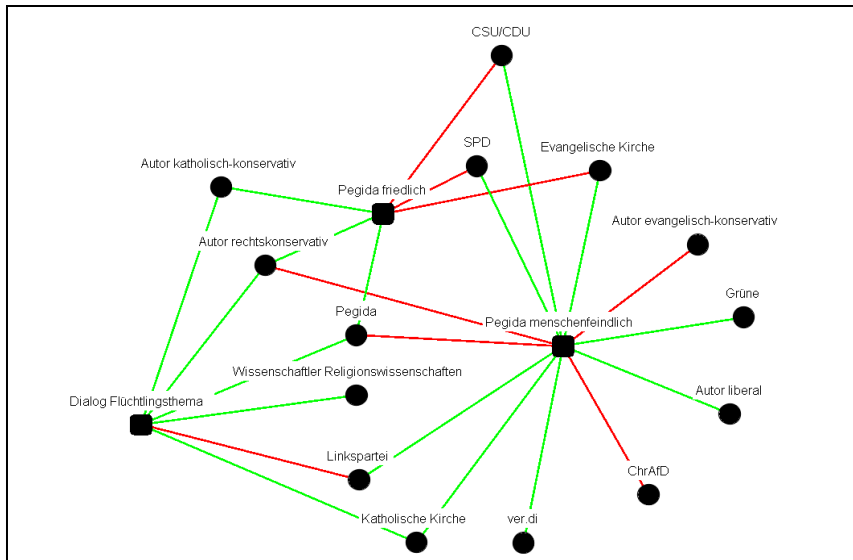


Abbildung 19: Verbindungen um ‚PEGIDA‘ (2014-2017); Quelle: Eigene Darstellung mit Visone

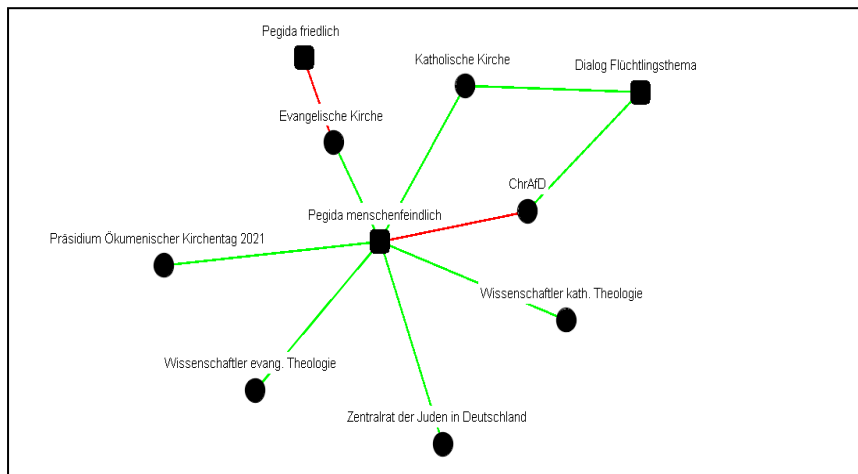


Abbildung 20: Verbindungen um ‚PEGIDA‘ (2018-2020); Quelle: Eigene Darstellung mit Visone

In Abbildung 19 und Abbildung 20 sind Verbindungen um drei Konzepte für die Zeiträume 2014 bis 2017 und 2018 bis 2019 abgebildet: ‚PEGIDA friedlich‘, ‚PEGIDA menschenfeindlich‘ und ‚Dialog Flüchtlingsthemen‘. 2014 bis 2017 melden sich mehr Akteure zu den Themen zu Wort als zwischen 2018 bis 2019. Ein Vergleich der Akteure zeigt, dass es sich vor allem um (rechts-)konservative Autoren handelt, die dem Konzept ‚PEGIDA menschenfeindlich‘ nicht zustimmen beziehungsweise dem Konzept ‚PEGIDA friedlich‘ zustimmen. Zwischen 2018 und 2019 treten diese Akteure nicht mehr auf. Es sind nun vor allem Kirchen und Theologen, die weiterhin zu diese Themen Stellung beziehen und deren Stellungnahmen in den betrachteten Zeitungen wiedergegeben werden. Ihre Einstellung zu diesen Konzepten bleibt in den Jahren zwischen 2014 und 2019 unverändert. Katholische Kirchenvertreter sprechen sich für einen Dialog über das

Flüchtlingsthema aus und stimmen dem Konzept ‚PEGIDA menschenfeindlich‘ zu. Auch protestantische Kirchenvertreter stimmen dem letztgenannten Konzept zu.

Analyse der Storylines

In der DNA-Analyse zeigt sich eine eindeutige Haltung der Landeskirchen gegen PEGIDA. Bei einer qualitativen Betrachtung der Narrative können jedoch Unterschiede in den Aussagen zwischen westdeutschen und ostdeutschen protestantischen Kirchenvertretern¹¹² erkannt werden. Aussagen von ostdeutschen protestantischen Kirchenvertretern kommen nur in der Zeitschrift ‚Idea Spektrum‘ vor. Insgesamt findet sich unter sächsischen Kirchenvertretern eine tendenziell offenere Haltung zu den Protesten¹¹³.

Für den Zeitraum 2014 bis 2016 dominieren zwei Narrative in den Aussagen sächsischer Kirchenvertreter zu PEGIDA: *Gespräche mit den Demonstranten und den Organisatoren müssen gesucht werden* und *Ängste der Menschen müssen ernst genommen werden*. So forderte beispielsweise der Dresdner Bischof Heiner Koch in einem Interview mit dem Deutschlandfunk einen differenzierten Umgang mit PEGIDA und riet zum Dialog mit den Demonstranten („Bischof Koch Über Pegida-Anhänger,” 2014). In vielen sächsischen Kirchengemeinden wurden dazu ‚runde Tische‘ errichtet, um über die Flüchtlingsproblematik zu sprechen. Die Kritik richtet sich in diesem Zeitraum vor allem gegen Politik und Medien. Der Politik wird eine *unüberlegte Aufnahme von Flüchtlingen vorgeworfen und die Medien werden für ihre einseitige PEGIDA-feindliche Berichterstattung kritisiert*.

Zwischen 2017 und 2019 richtet sich die Kritik sächsischer Kirchenvertreter gegen öffentliche Stellungnahmen von Seiten der Landeskirchen und deren ‚Abgrenzungen gegenüber Rechts‘. Als

¹¹² Der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Heinrich Bedford-Strohm, sagte in einem Interview mit dem Deutschlandfunk, dass er es „unerträglich [findet], wenn Menschen gegen noch Schwächere auf die Straße gehen“ Gierth (2014). Ferner betonte er: „Wir müssen ganz klar sagen, dass die christliche Religion nichts ist, was mit Abwertung anderer Menschen verbunden werden kann“ „Marx Mahnt Zur Mehr Sachlichkeit Bei "Pegida"“ (2014). Ebenso sagte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, dass der „Hass auf Menschen anderer Religionen und Nationen nichts mit dem Christentum zu tun habe“ „Marx Mahnt Zur Mehr Sachlichkeit Bei "Pegida"“ (2014). Jedoch sprach er sich im Unterschied zu seinem Bamberger Kollegen Ludwig Schick Gierth (2014) gegen ein oberhirtlich verordnetes PEGIDA-Verbot für Christen aus „Marx Mahnt Zur Mehr Sachlichkeit Bei "Pegida"“ (2014). Konkrete Aktionen gegen PEGIDA gab es beispielsweise vom Kölner Dompropst Norbert Feldhoff, der während der Demonstration des Kölner PEGIDA-Ablegers Kögida am 05.01.2015 das Gotteshaus verdunkeln ließ „Protest Gegen Pegida“ (2015). Auch die Dresdner Frauenkirche machte während der Demonstration von PEGIDA am 09.02.2015 das Licht aus „Dresdner Frauenkirche Macht Wegen Pegida Das Licht Aus“ (2015). Die Nürnberger Pfarrerin Simone Hahn rief, während sich PEGIDA vor der Nürnberger Jakobskirche traf, zum Friedensgebet auf und läutete dabei minutenlang die Glocken Lefherz (2019).

¹¹³ Nicht unerwähnt bleiben sollte, dass es von sächsischen Kirchen und Freikirchen zahlreiche Hilfsaktionen für Flüchtlinge gab sowie Stellungnahmen gegen Pegida.

Hauptnarrative lassen sich nennen: *Kirchen sollen sich nicht gegen die Teilnahme von Christen an den PEGIDA-Protesten aussprechen und Kirchen dürfen keine Wahlempfehlungen geben.*

Der protestantische Pfarrer Wawerka urteilte in diesem Zusammenhang, dass die Kirchen zu regierungsnah seien, politisch einseitige Positionen einnahmen und dadurch Andersdenkende ausgrenzen (C. Richter, 2017).¹¹⁴ Ebenso äußerte sich der Dresdner Bischoff Heinrich Timmerevers in einem Interview mit der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA): „Eine deutliche Ansage, ob Katholiken der AfD angehören dürfen, würde mir schwerfallen [...] die Zeiten sind vorbei, dass die Kirchen eindeutige Wahlempfehlungen geben“ („Heinrich Timmerevers Und AfD-Anhänger,” 2016).

Die angeführten Narrative sächsischer Kirchenvertreter decken sich mit jenen Erzählverläufen, um die sich die Diskurskoalition ‚Erweiterung von Sagbarkeit und die Dialogisierung mit Rechtspopulisten‘ formiert. Diese beinhaltet auch die Abgrenzung zur ‚gefühlten‘ Diskurskoalition ‚Gegen-Rechts‘, getragen von Kirchen, Medien und Politik. Diese Haltung bestätigte sich in einem persönlichen Gespräch mit einem sächsischen Pfarrer:

„Und es gab vor allen Dingen auch viel zu wenig klare Positionsbeschreibungen auch der Landeskirche [...] Und es gab am elften November 2014, also einen Monat nach dem ersten PEGIDA-Aufmarsch/ gab es eine Erklärung der Dresdner Superintendenten und des Dresdner/ also eine ökumenische Erklärung zum Martinstag, in dem sehr glasklar gut theologisch begründet gesagt worden ist: PEGIDA geht gar nicht, ja? Und da muss es einen Schnitt geben [...]. Bis heute hat es nicht einen Versuch gegeben der Landeskirche, was ja ihre kirchenleitende Aufgabe gewesen wäre, zu sagen: So, jetzt holen wir mal die Pfarrer, die Innenstadtpfarrer von Leipzig, Chemnitz, Dresden an einen Tisch und besprechen unsere Strategie. Gab es nicht. Es gab auch nicht das, das hat mir hier der inzwischen auch im Ruhestand befindliche Leipziger Superintendent erzählt, auf der Superintendenten-Konferenz hätte er angeregt, mal einen gemeinsamen Konvent zu machen, Leipzig, was weiß ich, Annaberg Buchholz, ja? Wurde abgelehnt. Also das Normalste in der Kommunikation hat nicht stattgefunden.“ (Interview Evangelische Landeskirche Leipzig 04.01.2021)

Der Gesprächspartner berichtete ferner, dass auch wenige Wochen nach dem Erscheinen der genannten Erklärung niemand diese kannte. Sie wurde nie öffentlich kommuniziert und stünde somit nicht für einen Konsens der sächsischen Kirche. Im Fall Sachsen kann aus der aufgezeigten Diskurskoalition ‚Erweiterung von Sagbarkeit und Dialogisierung mit Rechtspopulisten‘ nicht auf eine ‚politische Vereinnahmung von Christen durch Rechtspopulisten‘ geschlossen werden. Wie auch in der quantitativen Wahlanalyse wurde auch in den geführten Interviews eine gewisse Skepsis gegenüber der AfD geäußert. In den

¹¹⁴ Zum Zeitpunkt seiner Aussage befand sich Pfarrer Wawerka noch in seiner Probezeit. Nach Ablauf der Probezeit entschied sich das Landeskirchenamt in Dresden, Wawerka nicht in ein unbefristetes Dienstverhältnis zu übernehmen. Wawerka vertritt AfD-nahe Positionen und bezeichnet sich selbst als „rechtskonservativ“ Reinhard (2016).

Interviews wurde berichtet, dass viele Christen in Sachsen den Forderungen von PEGIDA zustimmten, jedoch Bedenken über die Art und Weise des Protestes hätten. Ein ähnlicher Zwiespalt ist auch bezüglich der AfD erkennbar. Während eine inhaltliche Nähe zu vielen Themen eingestanden wurde, gab es große Bedenken hinsichtlich einer *Regierungstauglichkeit einer Partei, die immer nur dagegen auftritt, sowie hinsichtlich bestimmter rechtsnationalistisch eingestellter Führungspersönlichkeiten:*

„Theoretisch würde ich sagen, dass das was die AfD sagt, ist das was ich mir wünschen würde, aber wenn ich sehe, wer da an der Parteispitze ist, ist es für mich eine Unmöglichkeit die AfD zu wählen. Viele haben das Problem mit Gauland und Höcke, also dem extrem rechten Flügel. Und viele bedauern, dass die gemäßigten Köpfe, wie ein Bernd Lucke und Frauke Petry nach und nach rausgespült wurden oder weg gegangen sind. Das ist ein großes Bedauern bei vielen, weil trotzdem noch irgendwo die Hoffnung besteht, dass es eben nicht noch weiter nach rechts geht und dadurch die AfD mit einem noch besseren Gewissen wählbar ist.“ (Interview Freikirche Hartenstein, Erzgebirge-Vogtland 19.01.2021)

Welche Schlussfolgerungen können aus der bisherigen Analyse geschlossen werden?

Dass auch Christen an den PEGIDA-Demonstrationen teilnahmen, bestätigen die Zahlen der konfessionellen Verteilung der Protestteilnehmenden. Ebenso konnten Ähnlichkeiten in den Narrativen sächsischer Kirchenvertreter und Rechtspopulisten bezüglich der Flüchtlingsproblematik und in Folge bezüglich des Umgangs mit Protestierenden gegen die Flüchtlingsaufnahme aufgezeigt werden. Dass sächsische Christen besonders häufig die AfD wählen, konnte hingegen nicht bestätigt werden. Bisher blieb ungeklärt, warum gerade in Sachsen eine Abweichung von der allgemeinen Haltung der Kirchen in Deutschland zu sehen ist. Abschließend werden drei Erklärungsansätze für diesen Zusammenhang vorgestellt.

Sächsischer Konservatismus

Kirchen in Sachsen und in Ostdeutschland sind tendenziell konservativer als die Kirchen in Westdeutschland. Diese konservative Haltung muss im regionalen Kontext betrachtet werden, aus dem sich auch Verbindungen zu weiteren konservativen Wertethemen ergeben. Um es in den Worten des in Dresden aufgewachsenen Schriftstellers Durs Grünbein zu sagen: „Auch woanders schneiden Wirtschaftskrise, Europolitik, Glaubenskriege und Flüchtlingsströme in die Existenz. Aber nur in Dresden schlagen sie auch aufs Gemüt. Nur dort konnte Islamisierung zur Chiffre werden für alles, was den Kleinbürger heute bedroht, alles Fremde und Ungewohnte“ (Grünbein, 2015). Vorländer et al. (2016, S. 143–144) sprechen in diesem Zusammenhang von einem ‚deutungskulturellen Konservatismus‘, worunter sie die Verpflichtung zur Betonung und Bewahrung der eigenen Identität, Kultur und Tradition verstehen, bei gleichzeitiger Abwehrhaltung

gegen vermeintliche Bedrohungen oder Gefahren der ‚heile-Welt Nostalgie‘. Dieser ‚deutungskulturelle Konservatismus‘ sei insbesondere in Dresden und Sachsen stark ausgeprägt:

„Gerade die aktuellen Folgen von Globalisierung, islamistischem Terror und großen Migrations- und Flüchtlingsbewegungen werden hier als unmittelbare Bedrohungsszenarien interpretiert – als Bedrohungen eines nach den tiefgreifenden erwerbsbiographischen, sozioökonomischen und demographischen Umbrüchen der vergangenen Jahrzehnte gerade erst wieder erreichten Zustandes von Normalität, Stabilität und Sekurität.“ (Vorländer et al., 2016, S. 145)

Verschiedene Studien belegen diesen Konservatismus. Die Studie der Bertelsmann Stiftung hinsichtlich der Anerkennung gesellschaftlicher Diversität¹¹⁵ ergab, dass Sachsen das Schlusslicht unter den Bundesländern bildet (Dragolov et al., 2014, S. 30). Dass es hierbei kaum Unterschiede zwischen Christen und Konfessionslosen gibt, zeigt die Studie von Müller (2011). Insbesondere in der Haltung zum Islam gleichen sie sich. Hier sprach sich jeder zweite Befragte gegen die Anerkennung des Islams als Teil der deutschen Gesellschaft aus. Obwohl der Anteil der Bürger mit Migrationshintergrund in Sachsen nur 2 bis 3% beträgt, meinte jeder zehnte Befragte, dass der Islam in Ostdeutschland eine sehr große beziehungsweise eine eher große Rolle spiele (V. Müller, 2011, S. 71). Ein ähnliches Muster zeigt sich im sogenannten Kopftuchstreit. Auch hier äußerte rund jeder zweite Befragte eine ablehnende Haltung zum Tragen von Kopftüchern im öffentlichen Bereich (V. Müller, 2011, S. 66).

Sachsens gespaltene Kirchen

In Sachsen sind die so genannten ‚Landeskirchlichen Gemeinschaften‘ besonders verbreitet. Darunter ist eine im 19ten Jahrhundert entstandene Gemeinschaftsbewegung (im Sinne einer Erneuerungsbewegung) von organisatorisch autonomen Gruppen innerhalb der evangelischen Landeskirche zu verstehen. Ihre Wurzeln gehen auf Philipp Jacob Spener, den ‚Vater des Pietismus‘ und Martin Luther zurück, die die Bildung von Hauskreisen und die gemeinschaftliche Bibellesung neben dem Gottesdienstbesuch anregten. Entscheidende Impulse kamen auch vom Evangelischen Reichsbrüderbund, ebenfalls einem Gemeinschaftsverband, welcher durch Johannes Seitz aus dem Schwarzwald geprägt wurde. Finanziell sind ‚Landeskirchliche Gemeinschaften‘ unabhängig von der Landeskirche und haben meist die Rechtsform eines eingetragenen Vereins. Viele von ihnen gehören zum

¹¹⁵ Diversität wird hier definiert als „Die Menschen akzeptieren Personen mit anderen Wertvorstellungen und Lebensweisen als gleichberechtigten Teil der Gesellschaft“ Dragolov et al. (2014, S. 16).

Gnadauer Gemeinschaftsverband¹¹⁶, der wiederum der Deutschen Evangelischen Allianz nahesteht. Zudem gibt es zahlreiche Freikirchen in Sachsen. Die Mehrheit gehört zur evangelisch-methodistischen Kirche und zum Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland (Baptisten- und Brüdergemeinden).¹¹⁷ Erwähnenswert sind zudem die Herrnhuter Brüdergemeinden, die Freien Evangelischen Gemeinden, die Sieben-Tags-Adventisten und die Mennoniten. Die Neugründungen von Gemeinden können als neue evangelische Gemeindebewegung und als Abseitsbewegung vom orthodoxen Luthertum bezeichnet werden. Bereits im 18ten Jahrhundert befürworteten christliche (baptistische) Gruppierungen die Wiedertaufe, die das Luthertum ablehnte. Andere Gruppen lehnten die immer mächtiger werdende Amtskirche ab, die ihrer Meinung nach zu stark an staatliches Handeln gebunden war und sich immer mehr von einem bibelgerechten Christenleben entfernte. Die meisten Freikirchen überlebten die DDR-Zeit. Einige wurden sogar noch während der DDR-Zeit gegründet. Die Stasi begrüßte ihre Gründung mit der Hoffnung, dass sich durch die Kirchenaustritte die Macht der Kirche verringere und die Kirche sich von innen zersplittere. Die innere Spaltung der Sächsischen Landeskirche wird gegenwärtig besonders an der ‚sächsischen Bekenntnis-Initiative‘ sichtbar. Darunter ist ein, in Markersbach im Jahr 2012 gegründeter Zusammenschluss verschiedener konservativer Werke, Gemeinschaften und Einzelpersonen zu verstehen.¹¹⁸ Grund war unter anderem die innerkirchliche Diskussion darüber, ob eingetragene Lebenspartnerschaften im Pfarrhaus leben dürfen, wenn die Kirchenleitung und die Ortsgemeinde zustimmen. In der Markersbacher Erklärung heißt es:

„Wir erkennen das Bemühen der Kirchenleitung an, eine Regelung zu schaffen, die der Einheit der Landeskirche dient. Dennoch müssen wir wesentlichen Inhalten ihres Beschlusses aufgrund von Schrift und Bekenntnis widersprechen. Wir erwarten von der Landessynode dringend ein Kirchengesetz, das uns auch weiterhin Loyalität zu den Beschlüssen der Landeskirche ermöglicht und uns vor Regelungen und Situationen bewahrt, die wir als schrift- und bekenntniswidrig ablehnen müssen.“ (Sächsische Bekenntnis-Initiative, 2012, S. 3).

¹¹⁶ Der Evangelische Gnadauer Gemeinschaftsverband e.V. ist nach Eigenangaben die Dachorganisation der landeskirchlichen Gemeinschaftsbewegung in Deutschland, in den Niederlanden und in Österreich. Als größte unabhängige Bewegung innerhalb der Evangelischen Kirche in Deutschland vereint sie regionale Gemeinschaftsverbände und die mit ihnen verbundenen Werke wie Ausbildungsstätten, Missionen und diakonischen Werke und Einrichtungen (Siehe Homepage des Gnadauer Verbands).

¹¹⁷ Auch diese sind zum Teil in der Deutschen Evangelischen Allianz.

¹¹⁸ Neben der landeskirchlichen Gemeinschaft, gehören unter anderem auch ‚Entschieden für Christus (EC)‘ und der CVJM zur ‚sächsischen Bekenntnis-Initiative‘. Sowohl der EC wie auch der CVJM richten sich an junge Christen und sind in Sachsen sehr aktiv und präsent.

Einer der Anführer der Initiative war der Pfarrer Carsten Rentzing, der 2015 zum neuen Landesbischof gewählt wurde. Für viele liberale Christen war die Wahl Rentzings ein Schock, zeigt sie doch die quantitative Überzahl von konservativ eingestellten Christen in Sachsen. Ein brisantes Thema in diesem Zusammenhang war Rentzings Einstellung zur Homosexualität. Kurz nach seiner Wahl betonte Rentzing: „Die Bibel sagt, dass die homosexuelle Lebensweise nicht dem Willen Gottes entspricht. Diese Aussagen der Bibel machen es mir persönlich schwer, jemandem zu raten, dass er seine Homosexualität leben solle. Dies anzusprechen, müssen wir Christen uns vorbehalten“ (Rentzig in Kamann, 2015). Die Sächsische Bekenntnisinitiative lehnte jeglichen Kompromissbeschluss zu dem genannten Thema ab. In Folge fühlten sich einige homosexuelle Pfarrer, deren Partnerschaften von ihrer Gemeinde akzeptiert wurden, von der Kirchenleitung nicht genug geschützt vor Anfeindungen durch Gegner der Regelung. Einige Pfarrer verließen daraufhin die sächsische Landeskirche.¹¹⁹ Für besondere Brisanz sorgte die Veröffentlichung von Rentzings Mitgliedschaft in der pflichtschlagenden und farbentragenden Studentenverbindung ‚Alte Prager Landsmannschaft Hercynia‘ in der Sächsischen Zeitung vom 13. September 2019. Diese hatte Rentzing in seiner Bischofswahl nicht erwähnt. Weitere Kritik zog sein Auftritt 2013 in der ‚Bibliothek des Konservatismus‘¹²⁰ auf sich sowie Texte mit völkischen Inhalten und autoritär-elitärem Staatsverständnis, welche er in früheren Jahren verfasst hatte. Rentzing, der sich von den Texten distanzierte, trat noch im selben Jahr von seinem Amt zurück. Viele konservative Christen sahen in Rentzing ein *Opfer der ‚Political Correctness‘ und in seinem Rücktritt das Resultat eines Mobbing, das von links-liberalen Vertretern der EKD und der Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Sachsen ausging.*¹²¹ Der Fall Rentzing zeigt, dass, anders als in anderen Regionen Deutschlands, die sächsische Landeskirche eine starke konservative Kraft vereint. Mit ihrem Selbstverständnis als „die einzigen wirklichen noch richtigen Lutheraner“ (Interview Evangelische Landeskirche Leipzig 04.01.2021) innerhalb der EKD und dank ihrer DDR-Vergangenheit, in welcher sie in gewisser Weise ein Eigenleben führte, ist es schwierig, sie mit den Kirchen im Westen zu vergleichen. Die Ereignisse der 68er Bewegungen und die damit verbundenen Demokratiebewegungen in allen gesellschaftlichen Bereichen, hatten zudem kaum Berührungen mit der Sächsischen Kirche.

¹¹⁹ 2016 schließlich legalisierte Rentzing die Segnung gesetzlich verheirateter homosexueller Pfarrer im Gottesdienst, was wiederum heftige Kritik der sächsischen Bekenntnis-Initiative mit sich zog.

¹²⁰ Die Bibliothek des Konservatismus ist eine Fachbibliothek in Berlin-Charlottenburg, die ihren Schwerpunkt auf rechtslibertärer und -liberaler sowie (national-)konservativer Literatur sowie Vorträgen hat.

¹²¹ Zu den Rücktrittsgegnern zählen beispielsweise der AfD-Politiker Roland Ulbrich, die Christen in der AfD oder Helmut Matthias, der Leiter von Idea e.V.

„Und wenn man also jetzt den Blick auf das Erzgebirge oder sagen wir mal die Kirche im ländlichen Raum [richtet], dann ist die tragische Situation der Kirche die, dass zum einen die Kirche nie nach 1990 die Rolle übernommen hat, die veränderte Rolle übernommen hat, die sich eigentlich fast zwangsläufig aus ihrer Rolle während der friedlichen Revolution ergeben hätte, nämlich nun als Keimzelle eines gesellschaftlichen Neuaufbaus zu wirken, und zwar am Ort, also sich zu verstehen als Motor, Motivator und Moderator der Entwicklung einer Ortschaft.“ (Interview Evangelische Landeskirche Leipzig 04.01.2021)

Regionale Besonderheiten

Sowohl die Freikirchen wie auch die Landeskirchlichen Gemeinschaften sind vor allem in ländlichen Regionen Sachsens wie in der sächsischen Schweiz, in der Oberlausitz, in Teilen des Vogtlandes und im Osten und Westen des Erzgebirges verbreitet. Die Gründe, warum gerade diese Regionen besonders christlich sind, sind divers. Beispielsweise sind in der Oberlausitz evangelische Sorben beheimatet. Diese slawische Volksgruppe hat immer noch ihre eigene Sprache und ihre eigenen Bräuche. Nennenswert sind zudem Freikirchen, die Exulanten aus Böhmen und Nehren unter dem Dach der Evangelischen Kirche gründeten. In Teilen des Vogtlandes setzte sich die lutherische Reformation früh durch. Bis heute ist das Gemeindeleben von tiefer Frömmigkeit und Tradition geprägt. Ebenso findet man in weiten Teilen des Ost- und West-Erzgebirges starke volkskirchliche Strukturen. Um das Christentum in den gebirgigen Regionen zu verstehen, ist ein Blick in die Geschichte der Region unerlässlich. Wie der Name ‚Erzgebirge‘ schon sagt, handelt es sich hier um eine silbererzreiche Region. Der Bergbau, der im 12. Jahrhundert begann, brachte einen großen wirtschaftlichen Aufschwung mit sich. Es war jedoch auch eine gefährliche Arbeit. Vor 500 Jahren betrug die durchschnittliche Lebenserwartung eines Bergmanns 36 Jahre. Der drohende Tod als ständiger Begleiter sowie die regionale Armut führten dazu, dass der christliche Glaube, der durch die Reformation die Bergmänner erreichte, gerne angenommen wurde. Durch Schichtgebete und geregelte Berggottesdienste wurde die Bergmannstradition christlich:

„Bergbau hat schon immer eine Frömmigkeit zugrunde gelegt, dass man zu Gott als dem großen Bergfürsten, zu Jesus als dem Oberberghoffmann auf Erden und zu den Heiligen, wie die heilige Anna und die heilige Barbara betete. Die Heiligen galten als die großen Erzmacher und deren Fürsprache erbat man um Lebenserwerb, aber vor allem um wieder lebend aus dem Schacht herausfahren zu können. Und deshalb auch der Bergmannsgruß ‚Glück auf‘ – dass die Bergauffahrt von Gott behütet war.“ (Interview Evangelische Landeskirche Annaberg-Buchholz 11.01.2021)

Im 19ten und 20ten Jahrhundert stießen schließlich verschiedene Missions- und Erneuerungsbewegungen in der bereits christianisierten Region auf fruchtbaren Boden und

viele Gläubige fanden in Freikirchen ihr geistiges Zuhause.¹²² Der Blick in die Geschichte zeigt, dass die Grenzen zwischen einem liberalen Protestantismus, einem lutherischen Pietismus und einer ‚charismatischen‘ beziehungsweise ‚evangelikalen‘ Bewegung fließend sind und nicht an Organisationsformen festgemacht werden können. Sie zeigt ebenfalls, dass protestantische (Frei-)Kirchen sehr divers und separiert sind.¹²³

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass in jenen sächsischen Regionen, in denen viele Christen leben, weiterhin die CDU dominiert.¹²⁴ Dies gilt insbesondere für das Vogtland wie auch für das Erzgebirge. Jedoch ist auch hier ein Erstarren der AfD sichtbar. Allerdings nicht in dem Ausmaß wie in Nord- und Mittelsachsen, wo deutlich weniger Christen leben (Wittlich, 2019). Dass also insbesondere in christlich geprägten Regionen besonders häufig die AfD gewählt wird, erweist sich als Fehlschluss. Der steigende Anteil der AfD-Wähler im Untersuchungszeitraum in den genannten Regionen kann insbesondere auf die Braunkohlepolitik der AfD zurückgeführt werden. Rentner scheint der Aspekt der Braunkohle nicht so sehr zu betreffen wie Arbeiter und Angestellte, die unter den AfD-Wählern am stärksten vertreten sind.

5.5.4 Abschließende Bemerkungen zu den Fallstudien

Das primäre Ziel der Fallstudien zu den Protesten um den Bildungsplan 2014 in Baden-Württemberg und den Anti-Flüchtlingsprotesten in Sachsen war es, Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen sowie diesen Verbindungen unterliegende kausale Mechanismen zu entdecken und zu überprüfen. Für beide Fälle erfolgte eine Analyse des Kontextes und der historischen Prozesse, die zu einem besseren Verständnis der handelnden Akteure beitragen. Durch eine Rekonstruktion des subjektiven Sinns ausgewählter Akteure konnten ihre Absichten und Überzeugungen mit ihren Aussagen und Handlungen verbunden werden. Im Folgenden sollen beide Fälle in Beziehung zueinander gesetzt werden und in Bezug

¹²² Als sogenannte ‚Flackerlichter‘ mit übernatürlichen (pfingstlerischen) Geschehnissen, die immer wieder den Glauben aufrechterhalten haben, zählen Evangelisationen, aus denen meist die Gründung von Hauskreisen und in Folge Freikirchen hervorging, wie beispielsweise in den 1930er Jahren in Hartenstein (ELIM-Gemeinden) oder Großhartmannsdorf in den 1970er Jahren. Nennenswert sind in diesem Zusammenhang auch das Evangelisationsteam um Theo Lehmann und Besuche des weltbekannten Erweckungspredigers Billy Graham in Chemnitz und Leipzig in den 90er Jahren.

¹²³ Während jüngere amerikanisch geprägte Freikirchen eher in den Städten verbreitet sind, sind viele pietistische (Frei-)Kirchen eher im ländlichen Raum anzutreffen. Auch wenn Glaubensgrundsätze sich in den verschiedenen Freikirchen ähneln, so unterscheiden sie sich stark hinsichtlich Altersstruktur, Liturgie, Gesang und dem Umgang mit Medien. Beispielsweise gehören (Frei-)Kirchgänger im Erzgebirge eher der älteren Generation an. Manche (Frei-)Kirchen haben keine eigene Homepage und sind auch nicht in den sozialen Medien vertreten.

¹²⁴ Christen leben häufiger in einem ländlichen Umfeld. So gab jeder zweite befragte Christ (46%) an, dass er in einem ländlichen Umfeld lebt. Konfessionslose leben eher in städtischen Bereichen (66%) Müller (2011, S. 11).

auf Kapitel 5.4 (Analyse) und Kapitel 3.5 (Theoretische Analyseperspektive) reflektiert werden.

Bei beiden Fällen handelt es sich um Protestpolitiken. Beim ersten Fall gingen diese von konservativen Christen aus und wurden von Rechtspopulisten unterstützt. Im zweiten Fall gingen die Proteste von Rechtspopulisten aus und wurden von konservativen Christen unterstützt. Für eine Einschätzung des Ausmaßes der Unterstützung und der Konsequenzen, die daraus geschlossen werden können, liegen nur begrenzte Daten vor. Diese setzen sich zusammen aus medialen und wissenschaftlichen Zuschreibungen, Zeitungsberichten aus TP, IS, JF, Interviews sowie Wahlergebnissen. Neben dem Konzept der Diskurskoalition erwiesen sich die diskursiven Mechanismen der emblematischen Themenfelder, Mythen und Metaphern als bedeutsam für eine qualitative Betrachtung der handelnden Akteure. In der nachstehenden vergleichenden Analyse der beiden Fallstudien soll danach gefragt werden, inwieweit diese (theoretischen) Mechanismen bestätigt werden können.

Diskurskoalitionen

In den jeweiligen Fallstudien bestätigen sich die Diskurskoalitionen zwischen konservativen Christen und Rechtspopulisten, die bereits in der Analyse der Zeitungsartikel erkannt wurden. Die vorhandenen Daten haben die Diskurskoalitionen ‚Gefühlter Verlust konservativer Werte in Politik und Gesellschaft‘ vor allem in der Fallstudie um den Bildungsplan bestätigt. Unter konservativen Werten wurden hier insbesondere traditionelle Familienvorstellungen und heterosexuelle Partnerschaften verstanden, für deren Aufrechterhaltung beziehungsweise Hegemonie sowohl konservative Christen wie auch Rechtspopulisten auf die Straße gingen. Vereinzelt spielen diese Vorstellungen auch unter ostdeutschen konservativen Christen eine Rolle. Bei den PEGIDA-Protesten jedoch ging es primär um den Schutz der Heimat. Konservative Wertvorstellungen umfassen in diesem Fall die Bewahrung von Kultur und Tradition sowie das Einstehen für Patriotismus und Heimatliebe. Während diese Werte primär von Nicht-Christen propagiert wurden, ging es konservativen Christen vor allem darum, Verständnis für die Protestierenden äußern zu dürfen. Viele Vertreter der Landeskirchen verurteilten die Proteste. Konservative Kirchenvertreter, insbesondere in Sachsen, reagierten daraufhin mit Narrativen über die ‚Erweiterung von Sagbarkeit und die Dialogisierung mit Rechtspopulisten‘. Hier zeigten sich Überschneidungen und Übernahmen von rechten Narrativen über ‚Sprechverbote‘ und ‚Political Correctness‘. Die ‚Erweiterung von Sagbarkeit‘ wurde auch in den Bildungsplanprotesten artikuliert. Hier waren es jedoch keine

Kirchenvertreter, die öffentlich Stellung bezogen, sondern Christen mit freikirchlichen und landeskirchlichen Anbindungen. Forderungen von Christen nach einem Dialog mit Rechtspopulisten kamen im Fall des Bildungsplans nicht vor.

Emblematische Themenfelder

In beiden Fallstudien geht es um Identitäten. Es wurde jedoch weder eine einheitliche religiöse oder politische Identität erkannt noch eine religiöse beziehungsweise politische Dominanz in den multiplen Identitäten der Akteure. Wie stark sich Akteure mit dem Christentum oder mit Nationalismus identifizieren, variiert zum einen nach situativem Kontext, Lebensphase und Individuum und zum anderen nach der Deutungsperspektive. So bezeichnen sich christliche und nicht-christliche Akteure, die PEGIDA-Forderungen unterstützen, als ‚besorgte Bürger‘, Akteure, die sich gegen die Frühsexualisierung in den Bildungsplänen aussprechen, als ‚besorgte Eltern‘ und Akteure, die eine Gefahr im Islam sehen als ‚besorgte Christen‘. Hier zeigt sich, dass auch der politische Kontext eine entscheidende Rolle spielt, ob Akteure ihre Standpunkte unter Bezugnahme auf christliche Argumente oder aber christliche Identitäten öffentlich kund tun. Zudem erweisen sich diese Selbst- und Fremddeutungen als eine bewusste strategische und taktische Entscheidung.

Warum jedoch wurde in der Analyse der Fallstudien von russlanddeutschen Christen und von sächsischen Christen gesprochen und nicht von besorgten Bürgern? Es wurde bereits festgestellt, dass es sich in der Beziehung zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen um Verbindungen handelt, die auf der Ebene von Moral- und Identitätspolitik angesiedelt sind. Jede konkrete Identitätspolitik forciert und impliziert performativ zugleich eine „solidaristische“ Deutung menschlicher Identität, indem sie notwendig auf ein bestimmtes, singular dominantes Merkmal [...] abhebt“ (Hidalgo, 2020, S. 7). Die religiöse Zugehörigkeit zum Christentum erweist sich in den Fallstudien zum einen als dominantes Merkmal, da sie als ‚kleinster gemeinsamer Nenner‘ der beteiligten Akteure fungiert, zum anderen geht aus ihr, in der Gegenüberstellung zum Islam, eine große Wirkungskraft hervor. Dies bringt uns zu einer zweiten Erkenntnis über die Bedeutung von Identitäten in den Fallstudien. In beiden Fallstudien geht es um kollektive Identitäten. Die handelnden Akteure verweisen auf soziale Wir-Identitäten und das kollektive Empfinden von Wertegemeinschaften. Diese wurden vor allem durch die Konstruktion von Gegnerschaft gebildet. Und hier verschmelzen konservativ-christliche und rechtspopulistische Identitäten zu einer kollektiven Wertegemeinschaften gegen den Islam und gegen sexuelle Vielfalt. In den Fallstudien konnte gezeigt werden, dass sich diese Gegnerschaftsgemeinschaften vor allem

dort ausbilden, wo Gewissheiten und Selbstverständlichkeiten in Frage gestellt werden und die ihnen zugrundeliegenden Mythen und Metaphern, auf die später eingegangen wird, emotional herausgefordert werden. Dies ist oftmals der Fall, wenn Individuen oder Gruppen sich ‚fremd‘ fühlen. Dieses Gefühl kann auch in der eigenen Heimat auftreten. Als Gründe lassen sich räumliche Veränderungen nennen, aber auch die subjektive Wahrnehmung, dass Menschen anderer Kulturen und Nationen in großer Zahl anwesend sind. Ebenso kann dieses Gefühl auch in der Diaspora auftreten. Die moralisch-kulturellen Orientierungen, die religiöse Identitäten bieten, werden daher bei Menschen mit Migrationshintergrund besonders gern in Anspruch genommen (vgl. hierzu Hidalgo, 2020, S. 4; H. Lehmann, 2005). Das Nachdenken über die eigene Identität spendet Halt, Kraft und Orientierung. Ebenso kann die Besinnung auf die eigenen Wurzeln als Vergewisserung des Selbst dienen und die Sehnsucht nach einer verlorenen Identität befriedigen.

Die Fallstudie zu den Bildungsplanprotesten und zu den Flüchtlingsprotesten haben gezeigt, dass für bestimmte Gruppen – in diesen Fällen für die ältere Generation der Russlanddeutschen und für einen Teil der Ostdeutschen – das Bedürfnis nach Identität gerade dort wächst, wo sie sich vergleichsweise ‚fremd‘ oder ‚abgehangen‘ fühlen.¹²⁵

Mythen und Metaphern

Im Folgenden wird untersucht, wie die Heimat, das Kreuz, die traditionelle Familie und das Kind als Mythen beziehungsweise Metaphern zur Komplexitätsreduktion und zur Vereinfachung der dahinterliegenden komplexen Strukturen funktionieren, welche Verbindungen von Gewissheiten und Selbstverständlichkeiten ihnen innewohnen und wo die Gefahren für die oftmals unbewussten Vereinnahmungen von konservativen Christen durch Rechtspopulisten stecken. Die Fallstudie zum Bildungsplan steht exemplarisch für den Kampf um den Erhalt der traditionellen Familie und die PEGIDA-Proteste für den Schutz der Heimat.

Das Kind und die traditionelle Familie

In der Fallstudie zum Bildungsplan wird ersichtlich, wie sehr sich Erwachsene über das Kind definieren und welche Macht hinter Bildung steht. Diejenigen, die die Bildung kontrollieren, entscheiden schließlich darüber, was Menschen im Erwachsenenleben als normal und natürlich ansehen. Somit kann mit dem Einfluss auf Inhalte in der Schulbildung gesellschaftliche

¹²⁵ Hier spielen sozio-ökonomische Faktoren, insbesondere (gefühlte) ökonomische Ungleichheiten eine signifikante Rolle.

Ordnung bewahrt oder verändert werden und politische oder religiöse Interessen können durchgesetzt werden.

Das bildungsfähige Kind ist dabei selbst beträchtlich symbolisch aufgeladen. Es steht für Hilflosigkeit, Schwäche, Bedürftigkeit, Unschuld, Reinheit, aber auch für Zukünftigkeit. Durch diese symbolischen und mystifizierenden Zuschreibungen wird dem Kind eine einprägsame, anrührende und mit höchster moralischer Autorität verkörperte ‚Macht der Unschuld‘ übertragen, die erfolgreich für die eigene Argumentation herangezogen werden kann. Dabei stellen Kinder selbst eine Minorität dar. Anders als Erwachsene haben sie kaum Mitspracherechte in Gesellschaft und Politik und bedürfen deshalb eines Fürsprechenden. In dem Chiffre des Kindes gehen eine gesellschaftliche Marginalisierung und eine moralische Überhöhung Hand in Hand (siehe auch Bühler-Niederberger, 2005, S. 9).

Was bewirken die gemeinsamen Bezugnahmen auf das Kind und das Kindeswohl von Rechtspopulisten und konservativen Christen und wer wird in dieser Verbindung ausgeschlossen? Zunächst einmal bilden Rechtspopulisten und konservative Christen im Framing des unschuldigen Kindes eine Affektgemeinschaft, die sich gegen Minderheiten, allen voran gegen Homosexuelle und Muslime richten. Eine direkte, offensichtliche Diskriminierung von Minderheiten hätte für die eigenen Zwecke negative Auswirkungen, da sie in der Gefahr eines medialen ‚Blaming and Shaming‘ stünde. Die Bezugnahme auf das Kind jedoch verleiht moralische Glaubwürdigkeit und sichert Aufmerksamkeit. Das Kind erhält dabei eine Aufwertung, während die Minderheit abgewertet wird. In den Debatten um Rechte von Homosexuellen dient das Kind als moralische Waffe für eine heteronormative Hegemonie. Argumentiert wird mit dem Recht der Kinder, aus einer binären Zeugungs- und Abstammungsgemeinschaft zu stammen und darin aufzuwachsen. Dabei unterscheiden sich die beteiligten Akteure in den Herleitungen ihrer Argumentationen. Während konservative Katholiken die Begründung dieses Rechts in der natürlichen Ordnung sehen, verbinden konservative Protestanten dieses Recht mit dem Willen Gottes. Rechtspopulisten begründen es mit Verweis auf den Schutz der Familie, wie er in Artikel 6, Absatz 1 des Grundgesetzes steht. Es zeigt sich, dass die diversen Herleitungen der Argumentationen für ihre Wirkung unerheblich sind. Das Kind kann erfolgreich als patriotisches und christliches Symbol verwendet werden, hinter dem sich alle versammeln können: Christen und Nichtchristen, Konservative und Liberale, Junge und Alte. Aus dem Recht des Kindes auf einen Vater und eine Mutter folgt das Schutzbedürfnis des Kindes und in dessen Begründung herrscht wiederum Einheit: Das Kind muss geschützt werden, weil es sich selbst nicht schützen kann. Wie stark

dieses Narrativ wirkt, zeigt sich besonders im Zusammenhang mit der Diskreditierung von muslimischen Flüchtlingen. Sowohl konservative Christen wie auch Rechtspopulisten bedienen sich des Narrativs des *jungen muslimischen unverheirateten Mannes mit sexueller Gier, der eine Gefahr für die kindliche Unschuld darstellt*. Rechtspopulisten und konservative Christen profilieren sich als Schützer dieser Unschuld. Dadurch konstruieren sie auch eine moralische Zugehörigkeit: Wer die Unschuld schützt, zählt zu den guten Menschen, würdigt den Zweck und heiligt die Sache, die er oder sie vertritt. Wer die Unschuld bedroht, muss ausgeschlossen werden. Aus diesem Exklusivitätsgedanken ergibt sich schließlich eine gesellschaftliche Ordnung, die ebenfalls mit der Bedürftigkeit des Kindes begründet werden kann. „Die Bedürftigkeit des Kindes kann immer wieder zur Legitimation von Institutionen und Verhältnissen sozialer Ungleichheit herangezogen werden, sie rechtfertigt die Ordnung der Familie, der Geschlechter, die ungleiche ökonomische Teilhabe der Altersgruppen“ (Bühler-Niederberger, 2005, S. 10) und folglich zu einem guten Teil auch die staatliche Herrschaft. In der Fallstudie zum Bildungsplan können die Dynamiken und die Zusammenhänge zwischen Rechtspopulisten und Christen, die hinter der rhetorischen Instrumentalisierung der Kinder stehen, gut sichtbar gemacht werden. Das Kind als Synonym für Bedürftigkeit und Unschuld musste zuerst konstruiert werden, bevor es politisch nutzbar gemacht wurde. So waren es vor allem Menschen mit starker christlicher Identität, die für den Schutz des Kindes auf die Straße gingen. Also Menschen, die kirchliche Bräuche und christliche Lehre vertreten, in der die Referenz auf Kinder als moralische Waffe eine lange Tradition hat. In dieser Tradition können sich neue Inanspruchnahmen von Seiten der Rechtspopulisten einschreiben. Bühler-Niederberger (2005, S. 10) schreibt hierzu: „Auf der Schwäche, der Bedürftigkeit – die aufgelagert auf die Behauptung der Andersartigkeit grenzenlos und also beliebig veranschlagt werden kann – beruht die Macht der Unschuld“. Jene Beliebigkeit, die zur Konstruktion des Schutzes des Kindes herangezogen werden kann, zeigt sich in der Analyse der rechtspopulistischen Storylines über das Kind: *Geschützt werden muss das Kind vor der Gender-Ideologie und der hinter ihr liegenden übertriebenen Sexualaufklärung, vor dem übergriffigen Staat, der die Kinderseelen belästigt, vor den Pseudo-Gender-Wissenschaftlern, vor den homosexuellen Eltern, vor der Berufstätigkeit von Müttern und der damit verbundenen frühen Fremdbetreuung und schließlich auch vor den muslimischen Flüchtlingen.*¹²⁶ Dabei erweisen sich Argumente, die beginnen mit ‚Kinder brauchen...‘ als besonders ausdrucksvoll.

¹²⁶ Vergleiche hierzu ‚Fall Lisa‘ (5.5.2).

Sie können nur mit Gegenbedürfnissen widerlegt werden kann. Die zugrundeliegende Bedürftigkeit jedoch bleibt bestehen.

Das christliche Kreuz und die Heimat

Das Kreuz ist ein sakrales und kirchlich-institutionell verbundenes Symbol im Christentum. Während an religiösen christlichen Orten das Zeigen und Aufstellen des Kreuzes selbstverständlich ist, ist dies in der politischen Öffentlichkeit weniger der Fall. Dass Nicht-Christen wie PEGIDA-Demonstrierende das Kreuz hochhalten, bedarf also einer Erklärung. Ebenso stellt sich die Frage, inwieweit Christen mit und durch diese Symbolik von jenen PEGIDA-Forderungen überzeugt wurden.

Die Funktion des Kreuzes auf den PEGIDA-Demonstrationen war primär ein Symbol des Kampfes für die Verteidigung der deutschen Nation beziehungsweise der deutschen Heimat und nicht das Symbol einer christlichen Heilsbotschaft. Das Christentum oder genauer gesagt christliche Elemente – wie christliche Feste – werden von Rechtspopulisten zwar als Teil einer deutschen Leitkultur angesehen, jedoch dient der christliche Bezug als Gegenkonstruktion zum feindlichen Islam, wie das in der Analyse aufgezeigte Zitat aus der ‚Jungen Freiheit‘ verdeutlicht.

„Wir stehen am Scheideweg: das Kreuz oder der Halbmond. Einen dritten Weg, eine Alternative wird es nicht geben. Die Leere des Atheismus ist nur das Präludium der Scharia. Wo das Kreuz verschwindet, wird der Halbmond innerhalb weniger Jahre triumphieren. An die Stelle der Menschenrechte und des Grundgesetzes werden Koran und Scharia treten.“
(„Junge Freiheit: Das Kreuz Gehört Zu Uns, 11.05.2018“)

Das Kreuz macht eine Transformation des Aggregatzustandes vom Religiösen ins Säkulare durch und verliert dabei seine ursprüngliche Funktion. Es wird in die „Profanität übergeleitet und in Bereichen der Lebenswirklichkeit außerhalb des religiösen Sektors verwendet, so dass dort Religiöses eigentümlich transformiert weiterwirkt“ (Nüchtern, 1998, S. 51). Die christliche Bedeutung des Kreuzes als ‚Heilsbotschaft‘ verdunstet. Das Kreuz wird zu einem politischen Statement klassifiziert.

Es kann also geschlussfolgert werden, dass Rechtspopulisten mit der Transformation des Kreuzes vom Religiösen ins Säkulare sowohl Christen wie auch Nicht-Christen von ihrer Weltsicht überzeugen und damit ihre Anhängerschaft erweitern können. Denn je nach Empfänger der Botschaft besitzt die Metapher des Kreuzes das Potenzial, für unterschiedliche Inhalte und Schwerpunkte zu stehen. Für traditionelle Christen kann eine christliche Heimat konstruiert werden, in welcher die Dorfkirche und nicht die Moschee ihren zentralen Platz hat.

Mit den Verweisen auf christliche Feiertage, auf das christliche Abendland oder auf die christlichen Wurzeln Europas können aber auch kirchenferne Bürger angesprochen werden. Das Kreuz steht gleichzeitig als christlich-kulturelles Symbol für eine christliche Heimat und als patriotisches Abwehrzeichen gegen den Islam und gegen Flüchtlinge.

Es stellt sich nun die Frage, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede konservative Christen und Rechtspopulisten hinsichtlich der Heimatkonstruktion aufweisen. In den Analysen der Storylines über Flüchtlinge und den Islam wurde ersichtlich, dass Rechtspopulisten und konservative Christen darin übereinstimmen, dass das Fremde, verkörpert durch den ‚muslimischen Flüchtling‘, nicht zu Deutschland gehöre. Zudem teilen Rechtspopulisten und konservative Christen das Gefühl einer bedrohlichen Überfremdung der deutschen Heimat durch Zuwanderer aus einem muslimischen Kulturkreis. Dass daraus jedoch nicht auf eine Vereinnahmung und Mobilisierung zu nationalistischen Zwecken geschlossen werden kann, zeigt die nachstehende Analyse des Heimatverständnisses von konservativen Protestanten und konservativen Christen.

In konservativ-protestantischen Storylines finden sich keine thematischen Verbindungen von Heimat und Nation. Das Wort Nation taucht lediglich in einem Artikel in ‚Idea Spektrum‘ auf. Dort wird der Präses des Evangelischen Gnadauer Gemeinschaftsverbandes, Michael Diener zitiert: „Christen können eigentlich keine Nationalisten sein, denn unsere Heimat ist der Himmel“ („Christen Können Keine Nationalisten Sein,“ 2018).

Aus diesem Zitat lässt sich ein signifikantes Element des konservativ-protestantischen Selbstverständnisses herauslesen: Gelebt wird im Reich Gottes, in der Gemeinde und in der Mission. Für Politik und Deutschland wird gebetet, jedoch erfolgt kein Aufruf zu einem politischen Engagement. In den konservativen katholischen Storylines sind hingegen stärkere Verbindungen von Heimat und Nation zu erkennen. Jedoch wird auch hier das Wort Nation kaum erwähnt. Stattdessen wird von der ‚Liebe zum Vaterland‘¹²⁷ und der ‚wahren Bedeutung des christlichen Abendlandes‘ gesprochen. Letzteres geschieht vor allem in Abgrenzung zu der Verwendung des Abendlandbegriffes durch Rechtspopulisten und zur Ideologie des Nationalsozialismus:

„Es ist überflüssig zu betonen, dass die christliche Liebe zu Volk und Vaterland nichts mit Chauvinismus, Nationalismus und so fort zu tun hat. Der Nationalist unterscheidet sich vom Patrioten dadurch, dass er die Nation als obersten Wert setzt. Für Patrioten ist die Nation wichtig, aber nicht an erster Stelle“ (Dirsch, 2018).

¹²⁷ In der Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“ wird zur „hochherzige[n] und treue[n] Vaterlandsliebe“ aufgerufen Zweites Vatikanisches Konzil (1965).

Es sind also nicht die völkischen oder die nationalistischen Elemente in der Heimatkonstruktion durch Rechtspopulisten, die konservative Christen dazu veranlassen, die AfD zu wählen. Viel eher ist es das subjektive Gefühl eines Verlustes der Heimat im Sinne der bürgerlichen Mitte und der demokratischen Integrität. Viele konservative Christen monieren, dass die großen Parteien einen Werteverlust erlitten hätten und Menschen mit traditionellem Werteverständnis keine politische Heimat mehr geben. Dies wird besonders in dem folgenden Zitat aus der Tagespost deutlich:

„Der katholische Wähler war einst im Westen das Rückgrat der Partei, doch fühlt er sich zunehmend wie Ballast behandelt. Zu viel Rücksicht auf seine Werte oder Orientierung an ihnen würde andere, ‚moderne‘ großstädtische Milieus davon abhalten, die Union zu wählen, so sagen die Unions-Strategen, Demoskopen und Einflüsterer um Merkel. Die Bewegung der CDU in die Mitte und auch linke Mitte hat dagegen wertkonservative Stammwähler rat- und heimatlos zurückgelassen.“ (Ockenfels, 2017)

Wenn AfD-Politiker dafür werben, dass die AfD die einzige christliche Partei sei und viele Christen in ihr eine neue Heimat gefunden hätten, erfährt der Mythos Heimat nicht nur eine lokale Bedeutung im Sinne der Wohnheimat, sondern auch eine politische Bedeutung im Sinne der politischen Parteiheimat.

Mediale und wissenschaftliche Fremdzuschreibungen

In beiden Fallstudien wurden mediale und wissenschaftliche Fremddeutungen über die Beziehung zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen mit aufgenommen. Bereits im Vorwort zu den Fallstudien wurde aufgezeigt, dass sich Wissenschaftler und Journalisten mit ihren Aussagen aufeinander beziehen. Um diesen Punkt klarer zu veranschaulichen, wird nachfolgend die wissenschaftlich-mediale Geschichte der Narration über *die rechten Christen, die auf PEGIDA das Kreuz hochhielten*, skizziert. In 5.5.3 wurden Studienergebnisse über die Merkmale der PEGIDA-Demonstrierenden vorgestellt. Im Vergleich zu jenen Merkmalen wie

Bildungsstand¹²⁸ oder regionale Verteilung¹²⁹ wurde insbesondere das Attribut ‚konfessionslos‘ von den Medien stark aufgegriffen. So titelten der Spiegel am 31.01.2016 (“Studie Über Pegida-Anhänger,” 2016) ‚Studie über PEGIDA-Anhänger: Männlich, über 50, verheiratet, konfessionslos‘ und der Tagesspiegel am 14.01.2015 ‚Gut ausgebildet, konfessionslos, unzufrieden‘ (Funk, 2015). Der Autor Konersmann (2016) geht auf dem Internetportal der Katholischen Kirche in Deutschland katholisch.de noch einen Schritt weiter, indem er schreibt: „Nur Mittel zum Zweck. Gesellschaft – Es hat sich eingebrannt, das Holzkreuz, angemalt in Schwarz-Rot-Gold. Eine neue Studie des Göttinger Instituts für Demokratieforschung zeigt jedoch, dass die Mehrheit der PEGIDA-Anhänger nicht nur konfessionslos ist, sondern den Kirchen sogar misstraut“. In diesem Sinne fanden Narrative wie *der Missbrauch von Religion für nationalistische Zwecke oder das Verschwinden des Glaubens führe zur Verrohung der Sitten* ebenfalls Eingang in die Medien. Dass auch Christen eine Nähe zu PEGIDA haben wurde erst mit der inhaltlichen Nähe von ‚evangelikalen‘ Christen zur AfD-Programmatik thematisiert. Nun waren es die ‚rechten Christen‘, die das Kreuz hochhielten (z.B. Wawatschek, 2016).

Wie auch in der Fallstudie zum Bildungsplan ist hier ein medienübergreifendes Erzählen der Geschichte über ‚rechte Christen‘ zu erkennen, das online deutlich mehr Momentum entwickelt als offline. Verschiedene Journalisten und auch Wissenschaftler schaffen Bilder über die Beziehung von ‚rechten‘, ‚evangelikalen‘ Christen und Rechtspopulisten, die insbesondere im pietistischen Schwabenland und im Erzgebirge existieren, so dass diese Erzählung in ihrer Gänze etwas Größeres ergibt, als die Summe der Einzelteile.

¹²⁸ Befunde aus der Studie von Vorländer et al. (2015) zeigen, dass die PEGIDA-Demonstranten zu weiten Teilen einer gesellschaftlichen Mittelschicht entstammten. Zudem waren sie gut ausgebildet, berufstätig (Arbeiter oder Angestellter) und verfügten über ein für Sachsen leicht überdurchschnittliches Nettoeinkommen. Des Weiteren waren sie überwiegend männlich, um die 48 Jahre alt und nicht parteigebunden. Bei der Studie wurden 397 Pegida-Demonstranten befragt. 64,1% von 1.106 Angesprochenen lehnten die Teilnahme ab. Die Ergebnisse sind nur für jene Personen repräsentativ, die an der Demonstration in Dresden teilgenommen haben und die bereit waren, ihre Beweggründe hierfür mitzuteilen.

¹²⁹ Nur ein Drittel der befragten Pegida-Demonstranten stammte aus Dresden. Ein weiterer, größerer Anteil kam aus der Umgebung Dresdens. 10% der Befragten stammten aus anderen ostdeutschen Bundesländern. 6% von ihnen kamen aus den alten Bundesländern Vorländer et al. (2016, S. 57–58).

6. Diskussion

Eingangs wurde die zentrale Frage aufgeworfen, wie sich die Beziehungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen darstellen lassen. Zudem wurde nach Ermöglichkeiten für gegenseitige Bezugnahmen und Abgrenzungen gefragt. Des Weiteren wurde die Frage gestellt, welche Rolle die Politisierung der christlichen Religion in diesem Zusammenhang spielt. Zu Beginn wurde davon ausgegangen, dass es sich bei den Beziehungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen um ein komplexes, sich entwickelndes und veränderndes Gebilde handelt, das eingebettet ist in einer vagen und mehrdeutigen politischen und medialen Öffentlichkeit sowie einer sich veränderten Politik-Religion-Beziehung. Für die Beantwortung dieser Fragen wurden folgende Thesen aufgestellt:

- I Bei den Beziehungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen handelt es sich um netzwerkgetragene Werteverbindungen unterschiedlicher konservativer Identitätsgemeinschaften. Die Werte beziehen sich primär auf den Erhalt der traditionellen Familie und den Schutz der Heimat.**
- II Als Ermöglichkeiten/Ermöglichungszusammenhänge für gegenseitige Bezugnahmen und Abgrenzungen lassen sich Wandlungsprozesse innerhalb des Christentums, der medialen (Teil-)Öffentlichkeiten und der Gesellschaftspolitik nennen.**
- III Bezogen auf die Rolle der Politisierung der christlichen Religion wird angenommen, dass sie als Kampfpositionierung und identitäre Legitimierung sowohl für politische als auch für religiöse Akteure fungiert.**

Das Ziel dieser Analyse bestand darin aus Beobachtung von Akteursverbindungen um das Themengeflecht Rechtspopulismus und Christentum, ein ‚deutendes Verstehen‘ herauszuarbeiten, in dem der der subjektiv gemeinte Sinn der einzelnen Akteure dadurch verstanden wird, indem darin bestimmte kulturelle Muster und ihre Derivate wiedererkannt werden. Handlungen wurden interpretativ erklärt und Ideen und Wissen wurden eine starke kausale Kraft gegenüber sozialen Akteuren zugeschrieben.

Im Folgenden wird eine zusammenfassende Beantwortung der Forschungsfragen in Verbindung mit der Ausführung und Begründung der aufgestellten Thesen sowie eine Reflexion und Einordnung der Arbeit in den derzeitigen Forschungsstand vorgenommen.¹³⁰

¹³⁰ In diesem Kapitel werden ausgewählte Zeitungs-Zitate aus der Analyse erneut herangezogen, um an diesen Analyseergebnisse beispielhaft zu verdeutlichen.

Zunächst wird exemplifiziert, wie sich die Beziehungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen darstellen lassen (6.1). Danach werden Ermöglichungszusammenhänge der Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen mithilfe des gesellschaftlichen Wandels und der Deutung von Wirklichkeit begründet (6.2). Es folgt eine Übersicht von relevanten Akteuren und ihren Selbst-, Fremd- und Neupositionierungen hinsichtlich Rechtspopulismus und konservativem Christentum (6.3). Daran anknüpfend werden thematische Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und konservative Christen sowie Diskurskoalitionen und emblematische Themenfelder diskutiert (6.4). Abschließen wird explizit auf die Rolle der Politisierung der christlichen Religion in den zuvor thematisierten Zusammenhängen eingegangen (6.5).

6.1 Beziehungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen

Die Beziehungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen können mit der Verbindung einer inner- und einer außerdiskursiven Ebene rekonstruiert werden. Auf diesen Ebenen lassen sich bestimmte Akteure identifizieren und durch Selbst- und Fremdzuschreibungen hinsichtlich eines konservativen oder liberalen Christentums sowie völkischer Ideologie entsprechend positionieren. Zudem lassen sich durch die Analyse von Narrativen (jener Akteure) bestimmte Elemente und Themen erfassen, die Vormachtansprüche in der Beziehung zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen einnehmen. Durch die Positionierungen und geteilten Bezugnahmen ergeben sich Verbindungen, die mithilfe von Netzwerken visualisiert werden können. Die innerdiskursive Ebene wird durch die Präsenz von Akteurs-Kongruenz-Netzwerken zwischen konservativen Katholiken, konservativen Protestanten und Rechtspopulisten beschrieben. Diese ergeben sich aufgrund der Übereinstimmungen zu bestimmten Konzepten. Jedoch unterscheiden sich die Akteure in ihren Begründungen, Rezeptions- und Konstruktionspraktiken. Sie erzählen und rezipieren bestimmte Themen auf unterschiedliche Art und Weise. Als Beispiel lassen sich rechtspopulistische Narrative bezüglich Homosexualität nennen. An mehreren Stellen wurde auf Hassreden über Homosexuelle eingegangen. Dass es sich hier um eine strategische Bezugnahme handelt, zeigt die Nennung von Homosexualität in einem anderen Kontext:

„Daß das unter dem muslimischen Halbmond völlig anders ist, zeigen uns die täglichen Nachrichten. Der real existierende Islam steht für eine Minderbewertung von Frauen, Haß auf alle Ex- und Nichtmuslime, auf Trans- und Homosexuelle. Weil wir keinen Rückfall in die voraufklärerische Barbarei wollen, sollten wir endlich davon sprechen, daß das Christentum und damit auch das Kreuz zu Deutschland gehören.“ (D. Berger, 2018)

In diesem Zitat aus der Jungen Freiheit wird die Unvereinbarkeit des Islams mit der deutschen Kultur unterstrichen. Die Bezugnahme auf Homosexualität dient also dazu, den Islam negativ zu kritisieren.

Folgende Erkenntnisse über Narrative lassen sich aus der Analyse ziehen:

Narrative haben eine diskursive Affinität untereinander und zueinander (vgl. auch M. A. Hajer, 2003a, S. 280), variieren und differenzieren aber in ihren Begründungen, ihrem Handlungsablauf, der Auswahl von Begriffen, den Konstruktionen von Schuldigen sowie den Vorschlägen von Lösungen. Zudem sind die Narrative nicht starr und widerspruchsfrei, sondern verändern sich und sind von Divergenzen und Differenzen durchzogen. Um Narrative zu analysieren, müssen folglich Kontexte und Bezugspunkte miteingefasst werden.

Die außerdiskursive Ebene konstruiert sich ebenfalls durch Narrative. Zum einen lassen sich auf dieser Ebene jene Akteure beschreiben, die mit Rechtspopulisten und konservativen Christen Akteurs-Konflikt-Netzwerke bilden. Diese Akteure haben wenig gemeinsame Konzepte mit Rechtspopulisten und konservativen Christen. Zum anderen finden sich auf der außerdiskursiven Ebene auch Storylines über die Beziehung zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen in ihrer Gesamtheit, die vor allem in der akademischen und medialen Wirklichkeit gefunden werden. Wissenschaftler und Medienvertreter schaffen hier eine eigene diskursive Realität über die Beziehung zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen. Oftmals geht dies mit einer Distinktion sozialer Kollektive einher und fungiert als Transformation von Wissensordnungen. Indem Wissenschaftler und Journalisten über die Beziehung schreiben, werden sie zu Akteuren in der Beziehung zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen, so dass ihre Narrative zum Teil ebenso auf einer innerdiskursiven Ebene wirken und dort Reaktionen hervorrufen.

Es lässt sich resultieren, dass Narrative sowie Selbst- und Fremddeutungen in einem wechselseitigen Verhältnis zueinanderstehen. Storylines haben einen eigenen Positionierungseffekt und die Handlungen selbst sind nicht völlig frei, sondern müssen verschiedensten Arten des Vorverständnisses Rechnung tragen. Eine Aussage kann dabei als Sprechakt eine Handlung darstellen, wenn Akteure anderen Akteuren oder sich selbst bestimmte Positionen zuweisen oder diese ablehnen (vgl. auch M. A. Hajer, 2003a, S. 295). Um politisch wirksam zu sein, müssen diese Positionierungen jedoch auch aufgegriffen werden und mit einer Absicht versehen sein. Daraus können sich Gegenerzählungen und Abgrenzungen ergeben. Sowohl die Storyline als auch die Gegenerzählungen problematisieren oftmals vermeintlich klare Trennungslinien, die unter anderem

zwischen Fakt und Fiktion, Wahrheit und Lüge oder Wissen und Glauben verlaufen. Zudem bewirken die Storylines und Gegenerzählungen eine gegenseitige Funktionalisierung. Akteure reagieren auf bestimmte Storylines, indem sie diese ablehnen oder akzeptieren, weil sie „diese als funktionales Moment im Rahmen ihrer übergeordneten Strategie oder der Generalperspektive sehen“ (M. A. Hajer, 2003a, S. 296).

6.2 Gesellschaftlicher Wandel und Deutung von Wirklichkeit

Eine grundlegende These dieser Arbeit lautet, dass Wandlungsprozesse innerhalb des Christentums, der Gesellschaftspolitik und der medialen (Teil-)Öffentlichkeiten als Ermöglichungszusammenhänge für gegenseitige Bezugnahmen und Abgrenzungen zwischen konservativen Christen und Rechtspopulisten angesehen werden können. Diese These soll in Verbindung mit den Annahmen aus der Theorie und den Erkenntnissen aus der Analyse im Folgenden diskutiert werden. Zunächst wird auf den Wandel des Christentums in Deutschland eingegangen:

Erstens konnte gezeigt werden, dass es nicht-kirchliche Gruppierungen gibt, die sich auf das Christentum berufen, aber sich dezidiert von den Kirchen abwenden und ihnen eine ‚Entchristlichung‘ vorwerfen. Die Distanz zur Landeskirche ist unter konservativen Protestanten größer als unter konservativen Katholiken. Das folgende Zitat aus ‚Idea Spektrum‘ fasst die wesentlichen Kritikpunkte einer wahrgenommenen Politisierung der EKD zusammen:

„Die EKD verliert den christlichen Glauben, wenn sie der neuen Klimareligion huldigt, die aus christlicher Sicht heidnisch ist, weil sie das Klima zu einer göttlichen Wesenheit erhebt. Die Kirche, will sie die Kirche Jesu Christi bleiben, muss sich reformieren hin zur Verkündigung, hin zur Mission, hin zum Glauben. Ich fürchte jedoch, mit der derzeitigen Kirchenleitung wird es nicht gehen.“ (Mai, 2019, S. 15)

Es sind vor allem Kirchentage, auf die in den analysierten Zeitungsberichten der TP, IS und der JF verwiesen werden, wenn eine Politisierung der Landeskirchen thematisiert wird. Als Politisierung wurden Stellungnahmen kirchlicher Repräsentanten zu den Themen Klima, Flüchtlinge, Gender und Rechtspopulismus angesehen.

Zweitens wurde in den Fallstudien bestätigt, dass mit der Auflösung der Einheit von Glauben, Religion, Christentum und Kirche die Entstehung von religiös-christlichen Gruppen innerhalb des Protestantismus einhergeht. Dass es sich hierbei um multiple christlich-konservative Identitäten handelt, die untereinander nicht zwingend Verbindungen haben, wurde in der Präsentation von russlanddeutschen und sächsischen Freikirchen deutlich. An diesen wird erkennbar, dass die Ausprägung des gelebten Christentums stark verbunden ist mit kulturellen,

regionalen und historischen Faktoren. Die Gegenüberstellung von Freikirchen und Landeskirchen mag sich analytisch als nützlich erweisen. Besonders am zweiten Fallbeispiel wurde ersichtlich, dass diese Gegenüberstellung jedoch in der Realität nicht zutrifft. Viel eher bestätigt sich hier die Auffassung der (protestantischen) Kirchen als ‚in sich differenzierte‘ christliche Glaubensgemeinschaften, in denen nicht zwingend feste Zuständigkeiten und Aufteilungen existieren.

Drittens konnte gezeigt werden, dass einige Ursachen der Differenzierungs- und Auflösungsprozesse im Christentum unter Christen unterschiedlich bewertet werden, was nicht selten zu Spannungen unter den Gläubigen führt. Religiös-weltanschauliche Pluralität wird von den Landeskirchen anerkannt. Hier bestätigt sich Bergers Beobachtung der wachsenden Bedeutung gegenseitiger Toleranz und ökumenischer Zusammenarbeit (P. L. Berger, 2015, S. 76). Berger schreibt zudem, dass im Zuge der religiös-weltanschaulichen Pluralität und Säkularisierung religiöse Überzeugungen ihre Plausibilität verlieren (P. L. Berger, 2015, S. 50). Für die hier betrachteten konservativ-christlichen Akteure trifft dies nicht zu. Für sie haben religiöse Überzeugungen nach wie vor Gültigkeitsansprüche und die Weltanschauung, in die sie zufällig hineingeboren wurden, beziehungsweise für die sie sich bewusst oder unbewusst entschieden haben, werden als Selbstverständlichkeit betrachtet.

Viertens konnte bestätigt werden, dass konservative Katholiken eine spezielle Interessensvergemeinschaftung bilden, die sich unter anderem dadurch auszeichnet, dass der Erhalt bestimmter konservativer Werte – wie traditioneller Geschlechter- und Familienvorstellungen – öffentlich eingefordert werden, kirchliche Verhaltensweisen – wie der Umgang der Evangelischen Kirchen mit AfD-Politikern auf Kirchentagen oder die Ablehnung des Abendlandbegriffes durch bestimmte katholische Würdenträger – kritisiert werden sowie Papsttreue als Selbstverständlichkeit betrachtet wird. Jene konservativ-katholischen Akteure äußern ihre Meinungen als Journalisten und Schriftsteller, sind jedoch keine offiziellen Vertreter der Katholischen Kirchen. Mit der Zustimmung zu ihren Meinungen durch ähnlich denkende Menschen erlangen sie subjektiv gefühlte Macht gegenüber religiösen Autoritäten (P. L. Berger, 2015, S. 61). Letzteres gilt auch für konservative Protestanten und Rechtspopulisten. Schließlich kann als Folge von Differenzierungs- und Auflösungsprozessen im Christentum auch die Bezugnahme auf das Christentum – nicht als Religion, sondern als Kultur – durch Rechtspopulisten genannt werden. Mit der Gruppe der ChrAfD kann sich die AfD als christliche Partei bezeichnen, ohne eine konfessionelle beziehungsweise kirchliche Bindung zu haben. Kirchen werden viel eher als *Teil des Establishments beziehungsweise als Teil einer Elite*

betrachtet (K. Adam, 2016). Das Christentum wird ohne eine transzendente Verbindung als Ideal kultureller Wirklichkeit, abgekoppelt von der kirchlichen Realität, begriffen. Hier bestätigt sich Höhns theoretische Annahme der „Dispersion“ (Höhn, 2007, S. 33–40). Traditionelle religiöse Symbole wie das Kreuz treten bei Rechtspopulisten außerhalb religiöser Traditionen auf. Das Kreuz steht symbolisch für eine Kulturalisierung des Christentums. Mit dem Wandel des Christentums in Deutschland ist auch ein Wandel der Gesellschafts- und Moralpolitik verbunden. Ausschlaggebende Faktoren sowohl für den Wandel des Christentums wie auch für den Wandel der Gesellschaftspolitik sind die Auflösung religiöser Milieus, Individualisierung, Privatisierung, Subjektivierung, Rationalisierung sowie religiöser und kultureller Pluralismus.

In der Analyse der Zeitungsartikel konnte die Annahme bestätigt werden, dass insbesondere bei Themen mit Bezug zu Sexualität, Migration und Integration sowie Entscheidungen über Beginn und Ende des menschlichen Lebens, sowohl konservativ-christliche als auch rechtspopulistische Akteure moralische Argumente verwenden, um politisch Stellung zu nehmen. Es sind auch diese Themen, bei denen konservative Christen und Rechtspopulisten einen Werteverfall empfinden, keine Kompromissbereitschaft zeigen und eine Legitimierung ihrer Wertvorstellungen fordern. Als Schuldige des Werteverfalls werden häufig (CDU-)Politiker und kirchliche Würdenträger angesehen. Ihnen wird vorgeworfen, dass sie zu weltoffen, liberal und tolerant seien. Zum anderen werden die Gruppen der ‚Homosexuellen‘ und ‚muslimischen Flüchtlingen‘ konstruiert, die ebenso als ‚Schuldige‘ des Werteverfalls angesehen werden. Politik und Kirchen geben diesen Gruppen zu viel Anerkennung und Aufmerksamkeit – so die Anschuldigung konservativer Christen und Rechtspopulisten, die hier Affektgemeinschaften ausbilden. In diesem Sinne können hier die Annahmen der ‚Social Identity Theory (SIT)‘ (Tajfel, 1982; Tajfel & Turner, 1986) bestätigt werden. Erst durch das Empfinden der Bedrohung und durch die Abgrenzung zu anderen Gruppen entwickeln sich diese Affektgemeinschaften. Die eigene nationale und christliche Identität wird überhöht und andere Identitäten werden abgewertet. Diese Dynamik veranlasst Bürger schließlich, sich öffentlich als Christen und Nationalisten zu bekennen und von anderen Bürgern nicht nur Toleranz einzufordern, sondern von ihnen ebenso diese Identitäten zu verlangen. Erst der Wandel in der politischen Öffentlichkeit macht diese Zusammenhänge sichtbar. Zugleich ermöglicht er auch bestimmte Verbindungen. Mit den vorhandenen Daten kann gezeigt werden, dass Vernetzung und Entgrenzung als wesentliche Elemente des neuen mediatisierten Strukturwandels der Öffentlichkeit angesehen werden können.

Die Fallstudie zum Bildungsplan hat gezeigt, dass eine spontane Öffentlichkeit, wie die Petition, in Beziehung und Austausch tritt mit strukturierten und komplexen Öffentlichkeiten wie den Demonstrationen gegen den Bildungsplan und die massenmediale Öffentlichkeit. Zudem ermöglichen erst soziale Medien wie Facebook die Mobilisierung bestimmter Gruppen, etwa der Russlanddeutschen. Zweitens ermöglichen neue digitale Angebote die Vernetzung von vormals getrennten Gruppen. Durch die dadurch entstehenden Anschlusskommunikationen und wechselseitigen Bezugnahmen können aus kleinen Öffentlichkeiten größere und sichtbare Öffentlichkeiten hergestellt werden. An den Protesten des Bildungsplanes nahmen sehr unterschiedliche Gruppierungen teil. Erst durch die Verlinkung der Petition auf rechten und christlich-konservativen Seiten erhielt diese zahlreichen Unterstützer und mediale Aufmerksamkeit. So konnten sich vormals isoliert voneinander vorhandene Meinungen und Einstellungen, beispielsweise bezüglich Homosexualität, zu einer größeren und gesellschaftlich sichtbaren Öffentlichkeit verbinden. Drittens ermöglichen Teilöffentlichkeiten die Vernetzung ähnlich Denkender untereinander. Oftmals geht der Rückzug in Teilöffentlichkeiten einher mit einer Abgrenzung zu traditionellen Massenmedien. Sowohl in den Untersuchungen zu den PEGIDA-Protesten als auch zum Bildungsplan konnte festgestellt werden, dass christlich-konservative und rechtsnationale Akteure eine kritische Haltung gegenüber ‚Mainstream-Medien‘ haben. Deren Berichterstattung empfinden sie als zu einseitig und zu liberal. Zum einen finden sie dort ihre eigenen Meinungen nicht wieder. Zum anderen empfinden sie einen Mangel an Anerkennung ihrer Haltung und Identität. Dieser Mangel wird wiederum als Sprechverbot interpretiert, den diese Medien beziehungsweise eine allgemeine Öffentlichkeit ihnen erteilt. Eine Reaktion auf dieses Empfinden ist schließlich der Rückzug in spezifische Teilöffentlichkeiten. Diese zeichnen sich dadurch aus, dass bestimmte Meinungen frei geäußert werden können und dass Zuspruch zu diesen Meinungen erwartet werden kann. Bestimmte Wertvorstellungen, wie beispielsweise die traditionelle Familie, erhalten in diesen Teilöffentlichkeiten eine hegemoniale Bedeutung. In Teilöffentlichkeiten können sich gruppenbezogene und individuelle Erfahrungen und Identitäten aufeinander abstimmen und kollektiv entfalten. Zu bestimmten Themen können Teilöffentlichkeiten sich untereinander verbinden und dadurch Ad-Hoc-Öffentlichkeiten bilden. In der Analyse der Zeitungsberichte der TP, JF, und IS konnte gezeigt werden, dass zu den Themen Gender, Flüchtlinge und Islam thematische Verbindungen existieren. Diese Themen werden in den drei Zeitungen auf ähnliche Art und Weise behandelt.

6.3 Akteurspositionierungen

Ein Teil der Verhältnisbestimmung zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen umfasst eine Begriffs- beziehungsweise Akteursbestimmung. Zu Beginn dieser Arbeit wurden die Begriffe ‚Rechtspopulist‘ und ‚konservativer Christ‘ offen definiert. Diese Offenheit hat sich bewährt und konnte im Rahmen der Empirie genauer gefüllt werden. Bedeutende Akteure im Beziehungsgeflecht Rechtspopulismus und konservatives Christentum werden nachfolgend mit ihren prägnanten identitären Eigenschaften, resultierend auf Selbst- und Fremdzuschreibungen, präsentiert. Ebenso werden Elemente von Selbst- und Fremdpositionierungen zum konservativen Christentum und zum Rechtspopulismus mit einbezogen. Zunächst werden allgemeine Erkenntnisse aus der Analyse hinsichtlich Begrifflichkeiten und Zuordnungen vorgestellt.

Sowohl in den Zeitungsartikeln als auch in den Interviews offenbarten sich die identitär zuschreibenden Begriffe ‚Rechtspopulist‘ und ‚konservativer/evangelikaler Christ‘¹³¹ verstärkt als Begriffe der Fremdzuschreibung und seltener als Begriffe der Selbstzuschreibung. In den Fallstudien wurde deutlich, dass christlich geprägte Menschen nicht zwingend als ‚Christ‘ für ihre Werte öffentlich eintreten, sondern als ‚besorgte Bürger‘ oder ‚besorgte Eltern‘. Das gleiche gilt auch für den Begriff ‚Rechtspopulist‘. Hier bestätigt sich die Annahme der Multiplizität von Identitäten: Akteure treten als Individuen in einem bestimmten situativen Kontext auf und räumen ihrer religiösen beziehungsweise nationalen Identität eine besondere Priorität ein oder ihnen wird von außen, zum Beispiel durch Medien, diese besondere Priorität zugeschrieben.

Dass diese Fremdzuschreibungen zu Konflikten führen können, wurde vor allem in der Fallstudie des Bildungsplanes deutlich. So äußerte sich der Petitionsinitiator in einem Interview:

„Die GEW hatte mich als Fundamentalisten verortet, der LSVD als homophob und die TAZ hat dann Resonanzen am rechten Rand wahrgenommen. [...] Wenn die permanent in den Medien genannt werden, ist jedem Leser klar, mit denen muss man sich eigentlich nicht argumentativ auseinandersetzen, weil die sind außerhalb des debattierbaren Rahmens und von daher geht es nur um diese Komplettablehnung, also indem man dann sagt: Nein, das ist falsch.“ (Interview Initiator Petition „Zukunft – Verantwortung – Lernen: Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens“ 12.10.2020)

¹³¹ Noch bis vor zehn Jahren wurde der Begriff ‚evangelikal‘ von vielen ‚evangelikalen‘ Christen als Selbstbezeichnung benutzt. In Folge medialer Darstellungen über die ‚Gefahren ihres Glaubens für die Gesellschaft‘ findet vor allem im öffentlichen Bereich eine stärkere Abgrenzung zu diesem Begriff statt. Als Selbstbezeichnung wird der unverfänglichere Begriff ‚Christ‘ benutzt.

In diesem Zitat kommt die Selbstwahrnehmung, die Reaktion auf die Fremdwahrnehmung und somit das Wechselverhältnis von Selbst- und Fremdzuschreibung (symbolischer Interaktionismus) besonders gut zum Ausdruck. Gabriel Stängle wurde von der GEW, der LSVD und der TAZ Gruppe zugeordnet, ohne über diese Zugehörigkeit entschieden zu haben. Dies löst in ihm Verärgerung aus. Zwischenzeitlich kann es jedoch auch dazu kommen, dass Fremdpositionierung zu einer deckungsgleichen Selbstpositionierung führt und Problemdefinitionen akzeptiert und reproduziert werden (M. A. Hajer, 2003a, S. 296). Ein Beispiel hierfür liefert die Aussage Steeb bei einem Vortrag über Lebensschutz: „wenn dieser bedingungslose Einsatz für jedes menschliche Leben als ‚rechts‘ bezeichnet wird, etwa die strikte Ablehnung des gestern in Belgien beschlossenen Gesetzes zur ‚Sterbehilfe‘ bei Kindern, dann bin ich auch gerne ‚rechts‘“ (Steeb, 2014). Steeb weist hier auf eine gemeinsame Haltung hin, die bewusst als Kollektiv getätigt wurde. „Dieses notgedrungene Akzeptieren wird von einer Eigen- und Neudefinition der zugewiesenen kollektiven Identität begleitet (Kastner, Jens, Susemichel, Lea, 2019, S. 11).

Zum anderen können auch Aussagen und Handlungen einzelner aus einer Gruppe der gesamten Gruppe, der diese Akteure angehören, zugeschrieben werden. So wurde analysiert, dass theologische Wissenschaftler sich in Publikationen über Rechtspopulismus und die Unvereinbarkeit von Rechtspopulismus und Christentum auf Aussagen des völkischen Flügels beziehen und diese wiederum auf die AfD in ihrer Gesamtheit beziehen. Stellungnahmen der ChrAfD wurden nicht hinzugezogen. Diese ungerechtfertigten Zuschreibungen führen wiederum zu Auseinandersetzungen zwischen den Zuschreibenden und der beschriebenen Gruppe. Der folgenden Äußerung Pickels hinsichtlich der Problematik, die hinter jenen Zuschreibungen steht, kann somit zugestimmt werden:

„Und diese kann eben wiederum zur Grundlage für Bedrohungswahrnehmungen, Bedrohungsängste und Konflikte werden. Die geringe oder fehlende Präzision wie auch Konkretisierung der Gründe für diese Wahrnehmungen sind dabei kein Hinderungsgrund für die Zuschreibungen; sie sind im Gegenteil dafür sogar manchmal eher nützlich und unterstützend: Je unspezifischer die Übertragung ist, desto schwieriger ist sie zurückzuweisen.“ (Pickel et al., 2016, S. 88)

Im Folgenden werden die wichtigsten Erkenntnisse aus der Analyse über AfD, konservative Christen, Kirchen, Wissenschaftler, Medien und katholische Journalisten zusammengefasst:

1. Mit der, auf die kulturellen Aspekte reduzierten Darstellung der Bedeutung des Christentums in der AfD kann eine Trennung von unterschiedlichen Logiken erzeugt werden. Damit konnte das Komplexitätsproblem gelöst werden, dass das Christentum unterschiedliche Bedeutungen

haben kann und sich ausschließende Logiken gleichzeitig wirken und somit verschiedene Formen von Ordnung existieren.

Des Weiteren kann festgestellt werden, dass Christen als eine Wählergruppe unter vielen gelten. Das Werben um christliche Stimmen geht nicht von kirchenfernen und rechtsradikalen Akteuren aus, wie beispielsweise Behrens et al. (2019, S. 8–9) behauptet, sondern primär von Akteuren der Gruppe der ChrAfD. Es stellt sich die Frage, ob die Existenz und der Ausbau von Untergruppierungen wie der ChrAfD innerhalb der AfD als bewusste Strategie zur Erweiterung von Macht angesehen werden kann. Einerseits dienen diese Untergruppen als Catch-all-Mechanismus, mit dem möglichst viele unterschiedliche Bürger vereinnahmt werden können. Hier bestätigt sich Hidalgos Beobachtung, dass die von Rechtspopulisten vertretene Religion kein Alleinstellungsmerkmal ausmache und dass das Besetzen bestimmter Themen – vor allem jener Themen, die von Konkurrenten vertreten werden – ein typisches Verhaltensmuster von Rechtspopulisten sei (Hidalgo, 2019, S. 2–3). Andererseits können Untergruppierungen, vor allem mit sich gegenseitig widersprechenden Ausrichtungen, eine innere Spaltung der Partei bewirken oder zumindest verstärken. Für die Bildung von Einheit sind Untergruppierungen daher nicht förderlich, jedoch für den Ausbau eines vielfältigen Meinungssammeluriums.

Ob die programmatische Flexibilität tatsächlich dazu dient, das Label des Extremismus abzuwerfen und ob christlich geframte Diskurse, wie die überschriebenen Anti-Gender-Diskurse, einen Brückenschlag ins bürgerliche, des Rechtsradikalismus eher unverdächtige Milieu bewirken, wie einige Autoren (z.B. Behrens et al., 2019, S. 8–9; Behrens & Stanoeva, 2019; Gervais et al., 2017; Lang, 2015) anführen, ist schwer zu beantworten. Zumindest bei den christlich geframten Themen handelt es sich nicht um Themen, die primär von Rechtsextremen ausgehen, sondern von einem gemäßigten christlich-bürgerlichen Flügel. Viele Anhänger dieses Flügels waren ehemalige CDUler, die die AfD als ‚eine bessere CDU‘ sehen und nicht als rechtsextreme Partei. Die programmatische Flexibilität kann deshalb vielmehr als Voraussetzung für den Catch-All-Mechanismus angesehen werden.

Ein wichtiger Punkt sind die unterschiedlichen Wahrnehmungen innerhalb der AfD. Insbesondere die Wahrnehmung der AfD als christliche Partei kann so gedeutet werden, dass hiermit eine Wahrnehmung der rechten Ausrichtung der AfD vermieden werden soll (Lukes, 2005; Münch, 2016, S. 139). Hieraus kann auf eine bestimmte Dimension von Deutungsmacht innerhalb der AfD geschlossen werden. Eine weitere Machtdimension besteht in der Filterung von bestimmten Themen, die entscheidungsrelevant für die Wahl der AfD sind. Besonders das Thema Familie ist für viele Christen ein Grund, die AfD zu wählen oder ihr beizutreten. Das

Thema Familie wird in der AfD, anders als bei Christen, folglich nicht als Selbstzweck angesehen, sondern strategisch verwendet.

Als übergeordnete Macht kann die produktive Macht der Handlungsermöglichkeiten durch die Strukturierung von bestimmten Diskursen angesehen werden (Münch, 2016, S. 136). Nicht nur die Filterung des Diskurses Familie weist auf eine Handlungsmacht hin, sondern auch die Art und Weise ihrer Strukturierung. Macht kann folglich in der Aufnahme, Verarbeitung und Deutung von Informationen erkannt werden. In der Auffassung der AfD als christliche Partei werden „wirklichkeitskonstruierende Dimensionen von Wissen, Deutungsmustern, Frames, Interpretationen, Ideen, Argumentationen oder Diskursen“ (Münch, 2016, S. 2) besonders sichtbar. Aus der Deutung der AfD als christliche Partei ergeben sich bestimmte Konsequenzen: Wenn die AfD eine christliche Partei ist, dann könnte sie auch ein Gesprächspartner der Landeskirchen (bspw. auf Kirchentagen) sein. Wie konfliktreich jedoch diese Folgerung ist, wurde in der Analyse an mehreren Stellen sichtbar. Die Überzeugung einiger konservativer Christen, dass die AfD eine christliche Ausrichtung habe, kann als das Ergebnis persuasiver Handlungsorientierung angesehen werden. Die „Entscheidung fällt also für diejenige Handlungsalternative, für die sich innerhalb des Wissenssystems des Akteurs die größte argumentativ-rhetorische Stützungsleistung mobilisieren lässt“ (Haus, 2008, S. 96–97; Münch, 2016, S. 135–136; Nullmeier, 1993, 1997).

Es wurde gezeigt, dass die Entscheidung von konservativen Christen für die Wahl oder auch die Sympathie zur AfD nicht aufgrund der rechten Ausrichtung der AfD erfolgt, sondern aufgrund ihres christlichen Erscheinungsbildes. Dieses Bild besitzt eine große argumentativ-rhetorische Kraft, die sich mobilisieren lässt. Da jedoch das christliche Bild nur ein kleines Puzzleteil in dem Gesamtbild der AfD darstellt und christliche Werte längst nicht dieselbe Stellung innerhalb der AfD einnehmen wie beispielsweise ethnonationalistische Werte, kann von einer teilweisen ‚unbewussten‘ Vereinnahmung von konservativen Christen durch Rechtspopulisten gesprochen werden.

2. Aus der Diskursnetzwerkanalyse und der Analyse der Narrative kann die Frage beantwortet werden, welche ‚Commitments‘ religiösen und kirchlichen Denkens anfällig für völkische und rechtspopulistische Rhetorik machen. So kann anhand der Positionierung zu bestimmten Themen zwischen christlich-konservativen Gläubigen und christlich-liberalen Gläubigen unterschieden werden. Konservative Christen weisen aufgrund ihrer Haltungen zu bestimmten

Themen eine Nähe zu Rechtspopulisten auf. Diese Nähe konnte aus der Übernahme von rechtspopulistischer Rhetorik bei bestimmten Themen geschlossen werden.

Welche Folgen ergeben sich für Christen, die bestimmten politischen Ausrichtungen der AfD zustimmen? Aus den Interviews mit christlichen AfD-Wählern wurde deutlich, dass jene Christen nicht selten die Stigmatisierung und das Vorurteil erfahren, als AfD-Mitglied oder AfD-Wähler automatisch auch ‚rechts‘ zu sein. Diese Fremdzuschreibungen führen zu Frustrationen. Zwischenzeitlich kann es jedoch auch dazu kommen, dass jene Fremdpositionierung zu einer deckungsgleichen Selbstpositionierung führt und die Problemdefinitionen schließlich akzeptiert und reproduziert wird. Ein Beispiel hierfür liefert die bereits angeführte Aussage Steeb bei einem Vortrag über Lebensschutz. Ebenso können jedoch auch Enttäuschung und Frustration über die AfD entstehen, wenn erkannt wird, dass christliche Werte eben doch nicht jenen Stellenwert in der Partei einnehmen, der durch die ChrAfD vermittelt wird.

3. Seit ungefähr den 2000er Jahren melden sich Kirchen bei bestimmten Themen, wie beispielsweise der Klimakrise, der Flüchtlings- oder der Genderproblematik verstärkt öffentlich zu Wort. Dies wird auch in den Studien über den Auftritt von Kirchen als Interessensgruppe von Warner (2000) und Schwartz und Tatalovich (2009) belegt. Zudem zeigt die Analyse der Zeitungsartikel, dass diese öffentlichen Stellungnahmen von konservativen Christen und Rechtspopulisten als eine unangebrachte Politisierung empfunden werden. Insbesondere die Abgrenzung zum Rechtspopulismus durch die Kirchen wird als Diskriminierung und Ignoranz empfunden. Mit ihrer Selbst- und Fremdpositionierung zu christlich-konservativen und rechtsnationalen Werten werden die Kirchen selbst zu einem wichtigen konstitutiven Element in der Beziehung zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen. Denn sie bilden eine gemeinsame Gegnerschaft zu konservativen Christen und Rechtspopulisten. Allerdings ist zu bedenken, dass die Kirchen keine Einheit bilden, weder über-konfessionell noch innerkonfessionell¹³². Die Evangelischen Kirchen und die Katholischen Kirchen unterscheiden sich aufgrund ihrer jeweiligen organisationalen Struktur, ihrer historischen Entwicklung und ihres Selbstverständnisses in zahlreichen Punkten, so dass sie auch in ihren Positionierungen zum Rechtspopulismus und zu weiteren Themen differieren.

¹³² Innerkonfessionelle Unterschiede treten in den Evangelischen Kirchen stärker auf als in den Katholischen Kirchen.

4. *Auch Wissenschaftler tragen zum Diskurs um die Beziehungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen bei.* Universitäre Theologen zeigen in ihren Beiträgen zu diesen Beziehungen christliche Identitäts- und Alteritätsdisponierungen auf, in denen oftmals eine Abwehrhaltung zum Rechtspopulismus und eine Abwertung nicht-kirchlicher, konservativ christlicher Akteure und Akteursgruppen zu erkennen sind. Ausgangspunkt der Studien, denen es an empirisch-methodischem Vorgehen häufig mangelt, bilden Thesen um Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen, die durch Identifizierung und Aufzählung von persönlichen Kontakten unter ihnen, Netzwerken, Bewegungen und Organisationen bestätigt werden sollen. Diese Bestätigungen erweisen sich jedoch als zweifelhafte Quelle von Gewissheiten, da die sinnliche Wahrnehmung (M. A. Hajer, 2003a, S. 294) in noch stärkerer Weise konstruiert ist.

Die meisten Beschreibungen von Evangelikalen und ihrer AfD-Affinität in den Bible Belts der Bundesrepublik gehen von falschen Grundannahmen aus. Die Kontroverse über Rechtspopulismus und Evangelikale beziehungsweise konservative Christen zeigt, wie solche Storylines nachträglich selbst zu einer wissenschaftlichen und medialen Realität werden. Andererseits sind Bezeichnungen, Beschreibungen und Gruppierungen des konservativen Christentums durchaus als wissenschaftlicher Common Sense-Sprachgebrauch von Einfachheit zu sehen. Die Gefahr besteht jedoch darin, zu einer Verdinglichung von Identität zu werden, die in dysfunktionalen und trivialen Zuschreibungen (Schäfer, 2016, S. 18) wie *Evangelikale wählen besonders häufig die AfD* münden. Eine weitere Gefahr besteht in der Gleichsetzung von christlich konservativen Werten mit rechten Werten. Hier zeigt sich eine gewisse, von Angst geprägte Forschung, die ihre Ursprünge in der deutschen NS-Vergangenheit hat. Unter den identifizierten Wissenschaftlern befinden sich auch jene Wissenschaftler aus Sozial-, Erziehungs- und Kognitionswissenschaften, die sowohl von Rechtspopulisten wie auch von konservativen Christen herangezogen werden, um bestimmten Argumenten eine wissenschaftliche Grundlage beziehungsweise Stütze zu geben. Hier zeigt sich ein verbindendes Paradoxon auf. Sowohl konservative Christen wie auch Rechtspopulisten lehnen Wissenschaftlichkeit, Humanismus und Rationalität ab, bedienen sich jedoch selektiv wissenschaftlicher Erkenntnisse, wenn diese zu ihrem Weltbild passen.

5. *Schließlich spielen auch Medien eine entscheidende Rolle in den Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen.* Zu unterscheiden sind erstens klassische Leitmedien beziehungsweise Massenmedien, denen die Funktion zugeschrieben wird, Öffentlichkeit

herzustellen und zweitens Teilöffentlichkeiten, also Medien, die auf bestimmte Zielgruppen ausgerichteten sind. Gerhards (1991, S. 42) und Neidhardt (1994, S. 8) sprechen davon, dass Massenmedien den Bürgern Teilhabe an der Diskussion über öffentliche Angelegenheiten ermöglichen, indem sie diese informieren. Dabei wird Journalismus als frei und unabhängig angesehen. Konservativ eingestellte Bürger sehen in den Massenmedien ihre Werte oftmals als verzerrt und negativ dargestellt. Eine Teilhabe an bestimmten Diskussionen wird ihnen aufgrund der negativen Konnotation ihres Weltbildes in ihrer eigenen Wahrnehmung oftmals verwehrt. Konservative Christen finden deshalb den Austausch mit Gleichgesinnten und die Legitimation zum Aussprechen bestimmter Ansichten und Werte in alternativen Öffentlichkeiten (auch Teilöffentlichkeiten). Diese dienen als Raum des Rückzugs und Raum der kollektiven Entfaltung (Fraser, 1990). Indem die analysierten Zeitungen diese Räume anbieten, fungieren sie nicht nur als Vermittler von Information und Wissen, sondern sind durch selektive Informationsweitergabe, Interpretationen und Auswahl von Interviewpartnern selbst Akteure im Diskurs um Rechtspopulismus und Christentum. Durch diese strategische und persuasive Kommunikation „im Sinn einer nach außen gerichteten Wirkungsabsicht auf die Gesellschaft und als nach innen gerichtete verständigungsorientierte Kommunikation“ (Scholl, 2013, S. 202) tragen sie zum Auf- und Ausbau von Teilöffentlichkeiten bei. Die Natur des Internets vernetzt sodann Akteure, die sich zu bestimmten Themen ähnlich positionieren. Jenkins (2008) beschreibt die Natur des Internets mit dem Begriff der Medienkonvergenz (Media Convergence) beziehungsweise Konvergenzkultur (Convergence Culture), worunter er einen diversifizierten Fluss medialer Informationen über unterschiedliche Medienplattformen versteht. Dieser ist gekennzeichnet durch die modifizierte Rolle der Zuschauer in den Diskursen, Migrationsbewegungen und komplexen Interaktionsprozessen zwischen den Plattformen (Kooperation, Kopie und Verfremdung) (Jenkins, 2008, S. 3; Zähringer, 2021, S. 113). Dass rechtsnationale und christlich-konservative Internetnutzer mediale Verbindungen untereinander haben, kann allerdings nicht als Beweis einer organischen Verbindung oder Vereinnahmung angesehen werden, da es in der Natur des Internet liegt, dass ähnliche Inhalte verbunden sind.

6. *Unter den identifizierten katholisch-konservativen Akteuren befinden sich auffallend viele Autoren und freie Journalisten.* Sie treten öffentlich für konservativ-christliche Werte in der Gesellschaft ein, sind aber keine Vertreter der Katholischen Kirche. Da diese Autoren ihre Publikationen vor allem im Internet verbreiten, beschreibt Püttmann (2019) sie als ‚katholische Internetgemeinschaft‘. Allerdings suggeriert dieser Begriff eine Homogenität, die in einer von

Medienkonvergenz durchdrungenen komplexen Gesellschaft kaum haltbar ist. Vielmehr handelt es sich hier um Einzelpersonen, die als Stimme einer schweigenden Masse auftreten. Die gefühlte Autorität und Verantwortung für das Entstehen von bestimmten Werten führen zu interkonfessionellen Verbindungen, die wiederum zu konfessionellen Auflösungsprozessen beitragen. Vor allem bei den Themen Gender und Schutz der Familie treten konservative Katholiken Seite an Seite mit konservativen Protestanten auf, Publikationen über diese Themen werden untereinander ausgetauscht und Referenten, die sich auf das Thema Schutz der Familie spezialisiert haben, werden von beiden Parteien angehört.

6.4 Thematische Verbindungen, Diskurskoalitionen und emblematische Themenfelder

In Folgenden soll die Frage nach gegenseitigen Bezugnahmen und Abgrenzungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen beantwortet und diskutiert werden. Hierfür wurden im theoretischen Teil dieser Arbeit bestimmte Annahmen über die Verbindung aufgestellt sowie theoretisch-analytische Konstrukte vorgestellt, mit denen in der Analyse gearbeitet wurde. Zu diesen zählen unter anderem organisationale Praktiken, thematische Verbindungen, Diskurskoalitionen, emblematische Themenfelder, Mythen und Metaphern. Für die Erfassung dieser Konstrukte wurden zunächst mithilfe der Diskursnetzwerkanalyse der Zeitungsartikel der JF, TP und IS für den Zeitraum 2014 bis 2020 thematische Verbindungen erfasst. Es ließen sich vier Zeitabschnitte identifizieren. Diese werden in der folgenden Tabelle zusammengefasst.

Verbindungen Rechtspopulisten und konservative Christen	2014	2015-2017	2018-2019	2020 (01.01.2020- 29.02.2020)
Thematische Verbindungen	keine	Gender, Flüchtlinge, Islam	Kirchlicher Umgang mit der (christlichen) AfD, Politisierung der Landeskirchen	Nachlassende Verbindungen der Kirchen mit der (christlichen) AfD, Politisierung der Landeskirchen
Diskurs- koalitionen	keine	Gefühlter Verlust konservativer Werte in Politik und Gesellschaft	Erweiterung von Sagbarkeit und Dialogisierung mit Rechtspopulisten	keine
Mythen und Metaphern	keine	Traditionelle Familie, Heimat	Sprechverbot	keine

Tabelle 7: Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen; Quelle: Eigene Darstellung

Aus einem Zusammenspiel von Storylines über bestimmte Themen, die von rechtspopulistischen und christlich-konservativen Akteuren geäußert werden, sowie durch bestimmte Vorgehensweisen, durch die diese Storylines zum Ausdruck kommen, konnten zunächst thematische Verbindungen für die vier Zeiträume definiert werden. Im Anfangsjahr der Untersuchung 2014 konnten noch keine thematischen Verbindungen erkannt werden. Von 2015 bis 2017 waren es insbesondere die Themen Gender, Flüchtlinge und Islam, zu denen sich Rechtspopulisten und konservative Christen auf ähnliche Weise positionierten. Diese Themen waren zwar im Zeitraum von 2018 bis 2019 immer noch präsent, jedoch dominierten die Themen um den kirchlichen Umgang mit einer christlichen AfD sowie eine wahrgenommene Politisierung der Landeskirchen in den gemeinsamen Bezugnahmen.

Im Januar und Februar des Jahres 2020 wirkten diese Themen weiter, vor allem zwischen konservativen Protestanten und Rechtspopulisten. Aufgrund der starken medialen Berichterstattung über das Corona-Virus flachten gemeinsame Bezugnahmen zu den genannten Themen allerdings stark ab.

Zu Beginn dieser Arbeit wurde – auf Basis des Forschungsstandes – zunächst davon ausgegangen, dass Rechtspopulisten und konservative Christen thematische Verbindungen um Gender und Familie sowie Nation, Islam und Flüchtlinge bilden (Althoff, 2018; Behrens & Stanoeva, 2019; Hark & Villa, 2015; Kemper, 2016; Laubach, 2017; Marzouki et al., 2016; Minkenberg, 2018; Orth & Resing, 2017; Paternotte & Kuhar, 2018). Die Bedeutung der thematischen Verbindungen um den kirchlichen Umgang mit der (christlichen) AfD sowie die Politisierung der Landeskirchen erweisen sich somit als neue Erkenntnisse. Zudem zeigte sich in der Analyse, dass die verschiedenen Akteure zwar gemeinsame Bezugnahmen aufweisen, sich aber in ihren jeweiligen Herleitungen, Motivationen und Begründungen unterscheiden. Diese Erkenntnis steht im Einklang mit Hajers Argument, dass Akteure, die Verbindungen wie beispielsweise Diskurskoalitionen eingehen nicht zwingend einen gemeinsamen Hintergrund haben und dass ihre Argumente sich hinsichtlich ihres jeweiligen Ursprungs unterscheiden, sie aber dennoch in der Lage sind, die Welt in ähnlicher Weise zu konzeptualisieren (M. A. Hajer, 2003a, S. 280).

Am Beispiel der thematischen Verbindung rund um Gender soll dieser Punkt expliziert werden. Aus der Analyse der rechtspopulistischen Storylines über Gender wurde deutlich, dass **Rechtspopulisten** davon ausgehen, dass ein Volkskörper nur durch traditionelle Geschlechterverhältnisse aufrecht erhalten bleiben kann und dass dieser sich nur an einem bestimmten Ort, einer nationalen Heimat entwickeln und entfalten kann. **Katholische**

Katholiken begründen die traditionelle Familie aus der Natur heraus, wofür mit einer großen Gewissheit im Privaten und im Öffentlichen eingestanden wird. **Konservative Protestanten** wiederum berufen sich auf biblische Wahrheiten, die sie jedoch verstärkt im Privaten ausleben. Es zeigt sich, dass das ‚richtige Leben‘, sei es nun nationalistisch oder christlich begründet, in Fragen der Sexualität zur selben Praxis führt, weshalb sich die thematische Verbindung um Gender – trotz der unterschiedlichen Begründungen – als sehr stark erweist. Die Stärke der Verbindung zeigt sich auch in der Mobilisierung von Rechtspopulisten und konservativen Christen für Anti-Gender-Proteste, wie der Protest gegen den Bildungsplan exemplarisch zeigte.

Die Diskurskoalitionen zwischen konservativen Christen und Rechtspopulisten im Zeitraum zwischen 2014 und 2020 wurden ebenfalls aus dem Zusammenspiel bestimmter Erzählverläufe eruiert. Diese Erzählverläufe wurden in Bezug gesetzt zu den theoretisch hergeleiteten Kategorien Werte, Mythen und Metaphern, Schuldkonstruktionen, moralischer Alleinvertretungsanspruch sowie politische Anerkennung von Partikularitäten.

Unter einer Diskurskoalition wurde in dieser Arbeit eine Allianz diskursiv aktiver Akteure verstanden, die ein bestimmtes Set von Storylines verwenden, um sich selber die Wirklichkeit zu erklären, aber auch andere Menschen von dieser Sicht zu überzeugen. Die Diskurskoalition für den Zeitraum zwischen 2015 und 2017 wurde als ‚Gefühlter Verlust konservativer Werte in Politik und Gesellschaft‘ bezeichnet. Aus dieser ging im Zeitraum zwischen 2018 und 2020 die ‚Erweiterung von Sagbarkeit und Dialogisierung mit Rechtspopulisten‘ heraus. Die Analyse der Storylines bestätigt auch hier Hajers Annahme, dass Akteure nicht zwingend einen gemeinsamen Hintergrund haben müssen, um die Welt in ähnlicher Weise zu konzeptualisieren (M. A. Hajer, 2003a, S. 280).

So lassen sich beispielsweise hinsichtlich der Schuldkonstruktionen folgende Differenzen aufzeigen: **Konservative Protestanten** weisen primär Landeskirchen eine Rolle als Problemverursacher zu; sie begründen dies mit bestimmtem Verhalten und Entscheidungen. Erst sekundär werden staatliche Akteure genannt. Unter ihnen wird besonders die CDU für ihre Vernachlässigung christlich-konservativer Werte kritisiert. **Konservative Katholiken** kritisieren primär die Medien und den Staat und sekundär ihre Kirchen, wobei tendenziell nicht die Katholische Kirche in ihrer Gesamtheit kritisiert wird, sondern einzelne, liberal eingestellte Kirchenvertreter. Bei **Rechtspopulisten** ist die Benennung der Schuldigen je nach Sprecher, Thema und Kontext flexibel und multipel. Mal wird der Staat diffamiert, mal die Medien oder die Kirchen. Nicht selten kommt es vor, dass allgemein die ‚Elite‘ kritisiert wird. Dort wo es

zu Übereinstimmungen in den Schuldkonstruktionen kommt, entstehen schließlich politische Allianzen. Die Tatsache, dass es zu personellen und organisationalen Schuldkonstruktionen kommt, zeigt eine weitere Gemeinsamkeit zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen. Identifizierte Problematiken werden als Resultat menschlichen Handelns und Entscheidens dargestellt, nicht als schicksalhafte fremdbestimmte oder gottgewollte Entwicklung. Die Lösung für viele Probleme wird in einem vergangenen, mythischen Zustand von Heimat und Familie gesehen, der als Projektionsfläche fungiert und für die Mobilisierung von Affekten sowie deren Ausbildung zu Affektgemeinschaften höchst erfolgreich ist. Das Kind und das Kreuz haben dabei Schlüsselrollen.

Als Symbole des Christentums zementieren sie die Signifikanz christlicher Werte für eine persönliche und kollektive Identität und somit ebenso beispielhaft für die deutsche Kultur und den deutschen Staat. Sowohl die Familie wie auch die Heimat betreffen den Menschen unmittelbar und sind aufgrund ihrer ‚Natur‘ besonders anfällig für Ideologien. Jeder Mensch definiert sich durch eine innere, geschlechts- und familienbezogene Herkunft und durch eine äußere Herkunft, im Sinne von Wohn-, Arbeits- und Freizeitumwelt. Der Mythos und der Glaube sowie der Glaube an den Mythos stellen ein bestimmtes Weltbild dar, in dem die Mythen die Rolle der emotionalen Sinnstiftung einnehmen. Familie und Heimat stellen zudem eine zweifache kulturelle Doppelkonditionierung dar, in der eine operative Schließung bei gleichzeitiger Öffnung und Aufnahme neuer Elemente, die die Mythen frisch halten, vonstatten geht (Koschorke, 2013, S. 368; Zähringer, 2021, S. 118). Die Mythen befinden sich somit in einem Wechselspiel von Vergangenheitsbezug, Gegenwartsdiagnose und Zukunftsorientierung. Zukünftige Lösungen für gegenwärtige Probleme werden in vergangenen, verklärten Zuständen gesucht. So wie die Welt angeblich war, so soll sie sein. Nicht nur die Storylines formieren diese um sich selbst rotierenden, normativen Mythen, auch Praktiken erweitern und verdichten diese um distinkte Elemente wie Ereignisse, Informationen oder Zufälle. Einwanderung und Wertewandel stören demnach die urtümliche Rolle von Ruhe und Ordnung, die den Mythen innewohnt und zugleich bringen sie den bedeutungsvollen Wert der Mythen erst zum Vorschein. Der Sinn der Mythen um Familie und der Heimat ist es, „innere Widersprüche zugunsten einer kohärenten und gut zugänglichen Struktur“ (Zähringer, 2021, S. 109) zu glätten und Orientierung zu spenden in einer immer komplexeren und unklarer erscheinenden Welt. Säkularisierung, Neoliberalisierung, Globalisierung, Modernisierung und Pluralisierung haben dazu beigetragen, dass vorherrschende Geschlechterordnungen und Heimatvorstellungen sich verändert haben.

Auf jene Storylines über den gefühlten Verlust konservativer Werte in Politik und Gesellschaft, insbesondere hinsichtlich Familie und Heimat, die konservative Christen und Rechtspopulisten miteinander verbinden, folgen Storylines über die ‚Erweiterung von Sagbarkeit und Dialogisierung mit Rechtspopulisten‘. Denn sowohl Rechtspopulisten wie auch konservative Christen empfinden, dass ihre Forderungen nach dem Zurückdrängen von Pluralismus und liberalen Werten zugunsten ihren konservativen Wertvorstellungen in der Gesellschaft und den Medien zu wenig Gehör finden. Sie begründen dies damit, dass jene Akteure, die diese Zustände kritisieren Gefahr laufen, als intolerant und rückständig zu gelten. Einher geht damit eine gefühlte Verdrängung aus dem öffentlichen Diskurs bei gleichzeitigem Hineindrängen beziehungsweise Hineinbegeben in Teilöffentlichkeiten.

Als eine große Problematik, die hinter diesen aufgezeigten Zusammenhängen steht, lässt sich die von konservativen Christen empfundene ‚rechts-Zuschreibung‘ nennen. An mehreren Stellen dieser Arbeit wurde bereits dargelegt, dass bestimmte Akteure öffentlich auftreten, die sich diese konservativen Werte zu eigen machen und sie zu rechtspopulistischen Zwecken missbrauchen. So werden jene schnell als rechts diffamiert, die ‚nur‘ konservative Werte vertreten. Öffentlich geführte Debatten mögen dieses Dilemma nicht lösen. Allerdings kann ein Verständnis dessen, um was es ‚eigentlich‘ in den öffentlich erkennbaren Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen geht und welche christlichen und rechten Akteure sich wie positionieren und voneinander abgrenzen, Wege zu einem reflektierten Umgang mit der Bedeutung von konservativen Werten in Politik und Kirchen aufzeigen.

Die thematischen Verbindungen um Gender, Islam, Flüchtlinge, kirchlichen Umgang mit der (christlichen) AfD und die Politisierung der Landeskirchen wurden in dieser Arbeit als emblematische Themenfelder bezeichnet. Diese Themen bilden Embleme, durch die sich eine generelle Vorstellung dessen konstruieren lässt, um was es in der Verbindung zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen geht. Und zwar um die Anerkennung und Wertschätzung ihrer Einstellungen und in Folge ihrer Identität. Es wurde gezeigt, dass es einen (gefühlten) Wertewandel in Politik, Medien, Kirche und Gesellschaft gibt, der zu einer Politisierung von Religion beziehungsweise von ethischen und moralischen Fragen führt. Dieser Wandel wurde im theoretischen Teil dieser Arbeit mit den Prozessen der Säkularisierung, der fortschreitenden Modernisierung, Wohlstandssteigerung, Rationalisierung, Globalisierung und mit Migrationsbewegungen begründet.

In dieser Arbeit wurde gezeigt, dass normative Konflikte in Folge der Adaption der religionspolitischen Ordnungen an die sich wandelnden kulturellen und religiösen

Landschaften aufbrechen und dass es sich insbesondere bei geschlechterpolitischen und familienrelevanten Themen um moralisch sensible Themen handelt, bei denen gesellschaftliche Spannungslinien zwischen säkular-rationalistischen und traditionell-religiösen Bürgern entstehen. Dies steht im Einklang mit den Forschungsergebnissen von C. Adam et al. (2015, 702 ff), Putnam et al. (2010), Hennig (2012) und Inglehart und Norris (2003). Es lässt sich konstatieren, dass traditionale Einstellung und Offenheit für Pluralität sowie religiöse oder kulturelle Diversität in einem umgekehrten Verhältnis zueinanderstehen. Die hier erstarkten Identitätsbedürfnisse führen intuitiv und unweigerlich zu einer Unterscheidung zwischen ‚uns‘ und den ‚anderen‘ beziehungsweise zur Identifizierung einer negativ konnotierten Outgroup (Flüchtlinge, Gender-Lobby, Homosexuelle, unchristliche Kirchen), von der sich die Akteure einer Ingroup abgrenzen (Bergem, 2016, S. 127; Tajfel & Turner, 1986; Werkner & Hidalgo, 2016a). Bei den dargestellten Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen geht es um Gefühle, Äußerungen, Wahrnehmungen, Akzeptanz und Nicht-Akzeptanz. Der Wahrheitsgehalt von Aussagen oder Fakten spielt hier eine untergeordnete Rolle. Es werden nur jene wissenschaftlichen Erkenntnisse akzeptiert, die die eigenen Vorstellungen unterstreichen. Somit handelt es sich hier um ein hermetisch geschlossenes Weltbild, das für rationale Argumentationen schwer zugänglich ist.

Abschließend sollen noch jene Themen angesprochen werden, die in der Beziehung zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen eine sehr geringe Rolle spielen beziehungsweise denen eine (bewusste) Auslassung unterstellt werden kann. Von Seiten der Rechtspopulisten sind hier Nationalismus, Antisemitismus und Rassismus zu nennen. Es kann vermutet werden, dass durch das Verschweigen dieser Themen davon abgelenkt werden soll (Münch, 2016, S. 87). Insbesondere durch die Bezugnahme auf Heimat statt Nation können primär nationalistische Bestrebungen verschleiert werden. Ähnliches gilt auch für die Täterkonstruktion von gewalttätigen Flüchtlingen statt des offenen Bekenntnisses zum Rassismus. Schließlich kann auch dem Auslassen des Themas Antisemitismus eine bewusste Strategie unterstellt gelegt werden, insbesondere bei Akteuren der ChrAfd. Hier soll jedoch nicht abgelenkt werden, sondern der Anschluss an bestimmte Wählergruppen gesucht werden, die durch einen offenen Antisemitismus abgeschreckt werden könnten, wie dies beispielsweise bei konservativen Protestanten der Fall ist¹³³. Rechtskonservative Akteure mögen sich darin unterscheiden, ob sie diese Themen bewusst, strategisch oder aufgrund persönlicher Ablehnung

¹³³ Viele konservative Christen, insbesondere im Protestantismus, vertreten die Ansicht, dass Gott ihnen den Auftrag gegeben habe, den Staat Israel zu unterstützen. Mehr dazu unter Cohn-Sherbok (2006); Kloke (2008); Brog (2006).

und Abgrenzung auslassen. Das Resultat ist jedoch dasselbe. Die Nichterwähnung dieser Themen erleichtert die Profilierung als christlicher, politischer Akteur. Themen, die von Seiten christlicher Akteure in den analysierten Storylines ausgelassen werden, sind insbesondere Endzeitvorstellungen und Heilserwartung. Statt der Bewertung homosexueller Akte als Sünde, wird Bezug auf das unschuldige Kind genommen, das es vor der Lehre der Anerkennung sexueller Vielfalt zu schützen gilt. Hier bestätigt sich Guskes Auffassung des „undogmatischen Pragmatismus“ von politisch aktiven Christen (Guske, 2014, S. 186). Mit dem Wissen, dass mit dem Verweis auf Sünde und Verdammnis vermutlich kein öffentliches Gehör geschafft werden kann, werden von christlicher Seite diese Themen vermieden. Schließlich sind aufgrund des Auslassens der genannten Themen thematische Verbindungen und Diskurskoalitionen unter Rechtspopulisten und konservativen Christen erst möglich. Durch die Betonung der verbindenden Elemente, die sich als kleinster gemeinsamer Nenner herausstellen, können bestimmte politische Ziele erreicht werden. Nicht selten geschieht dies, indem die Ziele über die Abwägung der dabei einzugehenden Verbindungen gestellt werden.

Zuletzt soll noch auf einige in Kapitel 3.5.4 genannten diskursiven Mechanismen eingegangen werden, mit denen gegenseitige Bezugnahmen und Abgrenzungen zwischen Rechtspopulisten und Christen untersucht werden können (vgl. M. A. Hajer, 2003a, S. 292–296). Der Mechanismus der ‚Positionierung und wechselseitigen Funktionalisierung‘, der sowohl bei Rechtspopulisten wie auch bei Christen zum Tragen kommt, beschreibt die Ablehnung oder die Annahme von zugeteilten Positionen zum eigenen Vorteil. Zu den aufgezählten Bezugnahmen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen lassen sich unter der Mechanismus-Bezeichnung ‚Bedürfnis nach Sinnerfahrung‘ bestimmte Netzwerktreffen (zum Beispiel der ‚Kongress christlicher Führungskräfte‘ (siehe 5.3.1), aber auch Demonstrationen (5.5.2 und 5.5.3) nennen). Als ‚Schaffung eines Makro-Akteurs‘ in der Beziehung zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen gilt die Gründung der Vereinigung ChrAfD.

Zu den Abgrenzungen zwischen Rechtspopulisten und (liberalen) Christen zählen bestimmte ‚Routinen der Ablehnung‘, ‚symbolische Politiken‘ und ‚vorstrukturierte Argumentationsstrategien‘. Die Dialogverweigerung auf Kirchentagen steht für die ‚Routinen der Ablehnung‘, Kirchenläuten gegen PEGIDA steht für ‚symbolische Politik‘. Zuletzt kann das von Kirchenvertretern geäußerte Narrativ *man redet nicht mit rechts* als ‚vorstrukturierte Argumentationsstrategie‘ angesehen werden.

6.5 Politisierung der christlichen Religion

Systematisiert man die zuvor dargestellten Erkenntnisse aus der Analyse im Hinblick auf die Ausprägungen der Politisierung der christlichen Religion, so lassen sich in dieser Arbeit drei Typen der Politisierung erkennen und unterscheiden: Erstens Religion als öffentliche Kampfpositionierung, zweitens religiöse Bezugnahme von politischen Akteuren und drittens Politisierung von religiösen Akteuren. Diese drei Typen sind nicht unabhängig voneinander zu betrachten, sondern beeinflussen sich gegenseitig.

Religion als öffentliche Kampfpositionierung

Der erste Typus setzt sich abstrakt mit der Funktion und Rolle von Religion für Selbstpositionierung und Fremdpositionierung auseinander. Religion kann somit als öffentliche Kampfpositionierung fungieren. Akteuren kann aufgrund ihrer Religiösität beziehungsweise Nicht-Religiösität eine (moralische) Legitimation oder Delegitimation erteilt werden. Schon allein religiöse Begriffe wie ‚der Islam‘ oder ‚der Evangelikalismus‘ können zu Kampfwerkzeugen für Selbst- und Fremdzuschreibung werden. Erkennbar wird dieser Typus zum Beispiel an Narrativen über ‚rechte Christen‘ beziehungsweise ‚evangelikale Christen‘ durch theologische Wissenschaftler. Theologische Wissenschaftler vertreten häufig ein landeskirchlich gebundenes Christentum. Treten nun Bürger als Christen öffentlich auf, die keine Verbindung zur Landeskirche haben, folgt häufig eine Abgrenzung zu ‚deren‘ Glauben. Diese Abgrenzung beginnt bereits in der Nutzung von Begriffen wie ‚evangelikale Bewegung‘ oder ‚Bible Belt‘. Auch an den religiösen Bezugnahmen durch Rechtskonservative beziehungsweise der ChrAfD sind Selbstpositionierungen und Fremdpositionierungen erkennbar. Indem bestimmte Werte wie konservative Familienwerte und traditionelle Geschlechterrollen vertreten werden, wird der Anspruch erhoben, ‚christliche Werte‘ zu vertreten. Damit erfolgt eine Abgrenzung zu jenen Akteuren, die diese Werte scheinbar ‚verraten‘ haben. Das sind zum einen die CDU und jene landeskirchlichen Vertreter, die eine Offenheit gegenüber ‚Gendervielfalt‘ zeigen. Gleiches gilt auch für die Offenheit gegenüber anderen Kulturen und Religionen. Wie bereits Hempelmann und Lamprecht (2018) aufgezeigt haben, bestätigt sich folglich auch in dieser Arbeit, dass Rechtspopulisten bestehende innerkirchliche Konflikte und Debatten zwischen kirchlich-liberalen Christen einerseits und konservativen Christen andererseits aufgreifen und mit eigenen, polemischen Beiträgen verschärfen. Hier wird eine Gegnerschaft in ‚unchristlichen‘ und linksliberalen Kirchen gesehen.

Religiöse Bezugnahme von politischen Akteuren

Der zweite Typus umfasst die Bezugnahme auf Religion durch politische Akteure. Am Beispiel der AfD und der PEGIDA-Bewegung wurde gezeigt, dass Religion in zweifacher Hinsicht höchst erfolgreich politisiert werden kann. Zum einen in Form des Kulturchristentums, um Gruppenzugehörigkeit zu homogenisieren und zum anderen, um eine identitäre Gegnerschaft beziehungsweise Parteienbildung zu erzielen. Schließlich können religiöse Themen auch gruppenspezifisch politisiert werden. Die Bezugnahme der AfD auf Christenverfolgung in den arabischen Ländern etwa mag primär konservative Protestanten ansprechen. Solche religiösen Bezugnahmen lassen sich wahlstrategisch erklären und bestätigen die Ergebnisse von Biskamp (2018), Schwörer (2018) und Bizeul (2018), die schreiben, dass es Rechtspopulisten vor allem um die Erweiterung und Bindung von Anhängerschaft beziehungsweise Wählerschaft geht. In der Konstruktion eines Kulturchristentums dominieren die Mythen um traditionelle Familie und Heimat. Diese erzeugen Erregungen, mit dem Ziel, innere Widersprüche und Brüche zu kaschieren. Mit der mittlerweile emotional aufgeladenen Chiffre des ‚christlichen Abendlandes‘ wird erzählend eine christliche Gemeinschaft konstruiert (Leucht & Niekerk, 2018, S. 118; Zähringer, 2021, S. 110).

Zudem dient sie als eine Kampfansage an Aufklärung, Säkularisierung und Rationalisierung. Hier bestätigt sich Höhns Annahme von einer Dispersion des Religiösen, wonach religiöse Motive eine neue „Kennung“ erhalten und über andere, säkulare Sendeformate zu empfangen sind (Höhn, 2007, S. 36). Jedoch muss seiner Annahme, dass religiöse Motive „bei Anbietern zu haben sind, die sich selbst nicht als religiös verstehen und für ihre Angebote eine primär nichtreligiöse Wertigkeit herausstellen“ (Höhn, 2007, S. 72) widersprochen werden. An der Untergruppierung der ChrAfD wurde gezeigt, dass es sich hier um Akteure handelt, die sich selbst als Christen bezeichnen und die Heimat und traditioneller Familie eine christliche Bedeutung zuschreiben. Ihnen geht es jedoch nicht um die Verkündigung des christlichen Glaubens, sondern um die Zugehörigkeit zu einer christlichen Nation. Bestimmte religiöse Identitäten und Traditionen entscheiden, wer zu dieser Gruppe gehört und wer nicht.

Die Gegnerschaft in Bezug zu Kirchen und Islam wird unter Rechtspopulisten religiös formatiert. Besonders deutlich tritt die Konstruktion von Gegnerschaft in der kontinuierlichen und intensiven Beschäftigung mit dem Islam zum Vorschein. Die Themen Flüchtlinge und Islam sind sowohl bei PEGIDA wie auch bei der AfD omnipräsent und erfahren einen politischen Schwerpunkt. Aus den analysierten Narrativen über Flüchtlinge und Islam lässt sich folgern, dass das Christentum zur positiven Religionsidentifikation dient und der Islam zur

negativen Identifikationsfläche. Flüchtlinge werden einem monolithischen Block der Religion des Islams zugerechnet, der als expansionistische und aggressive Religion mit politischen Herrschaftsansprüchen konstruiert wird. Mit einer ethnozentrischen bis kulturrassistischen Abgrenzungspolitik sollen einfache Lösungen im Sinne einer kulturellen und nationalen Homogenisierung proklamiert werden. Zuletzt ist noch das bereits genannte Okkupieren von christlichen Themen wie der Christenverfolgung zu nennen, die strategisch, selektiv und nicht selten verfälscht angeeignet werden (Bizeul, 2018; Marzouki et al., 2016).

Politisierung von religiösen Akteuren

Der dritte Typus der Politisierung der christlichen Religion beschreibt das öffentliche Auftreten von religiösen Akteuren mit bestimmten politischen Themen. Diese Erkenntnis steht im Einklang mit der Beobachtung von Hennig und Meyer Resende (2016, S. 292), dass sich in den letzten Jahren religiöse Bewegungen als „legitime Interpreten wertebbezogener Fragen öffentlich verstärkt zu Wort“ melden. Neben religiösen Bewegungen sind es jedoch auch Kirchenvertreter, die politisch Stellung nehmen (Greven & Willems, 1995, S. 77). Religiöse Akteure wie beispielsweise religiös-christliche Bewegungsanhänger und christliche Kirchen stehen dabei in einer komplexen Wechselbeziehung zueinander. Einige christliche Bewegungsanhänger sind Kirchenmitglieder und bekennen sich zur Kirchenlehre. Andere sind keine Kirchenmitglieder und grenzen sich bewusst von den Kirchen ab. Diese Abgrenzung geschieht häufiger unter bekennenden Protestanten als unter Katholiken. An dieser Stelle lässt sich festhalten, dass die christlichen Kirchen in Deutschland einen Bedeutungsverlust in der Gesellschaft erfahren haben und dass das öffentlich geäußerte Einnehmen bestimmter politischer Positionen als eine Reaktion auf diesen Wandel verstanden werden kann. Auch die Kirchen müssen sich in Zeiten des Wertewandels und Mitgliederrückgangs in ihrer Identität neu finden. Wie an mehreren Stellen dieser Arbeit betont, geht auch bei ihnen Identifikation und Neufindung mit Abgrenzung einher.

Zusammenfassend lässt sich über die Politisierung der christlichen Religion sagen, dass es sich hier um den Ausdruck von (Deutungs-)Macht beziehungsweise Überlegenheitsverhältnissen handelt. Religion als Glaube und Überzeugung besitzt die Kraft, das eigene Weltbild zu formen und sich von anderen Weltbildern abzugrenzen. Personen, Gruppen und Organisationen können durch die selbsternannte Repräsentanz eines bestimmten Weltbildes mit bestimmten Werten moralische Macht erlangen. Das Verhalten von Menschen, die sich nicht an diese Werte halten, kann somit als unmoralisch verurteilt werden. Neu an der Politisierung der christlichen Religion

ist, dass diese zu einem gewissen Grad losgelöst von den Konfessionskirchen stattfindet. Mit dem dargestellten Wandel des Christentums in Deutschland verlieren die Kirchen das Monopol auf das Christentum und die Definition von ‚christlichen Werten‘. Durch das Fehlen von institutionellen Beschränkungen, übergeordneter oder Gegenmacht können nun nicht-kirchliche Akteure das ‚wahre‘ Christentum vertreten. Welche Gefahren sind damit verbunden? Religion eignet sich besonders gut für eine postfaktische Politik. Denn so wie Religion durch Glauben und nicht durch Fakten konstituiert werden kann, dienen in einer postfaktischen Politik „politisch opportune, aber faktisch irreführende Narrative statt Fakten als Grundlage für die politische Debatte, Meinungsbildung und Gesetzgebung“ (Hendricks & Vestergaard, 2018, S. 17). Sowohl in der Religion wie auch in der (postfaktischen) Politik sind Fakt und Fiktion nicht immer klar trennbar, wodurch sich Erzählungen mit ‚waffenfähigem‘ Potenzial aufladen können (Allenby & Garreau, 2017; Zähringer, 2021, S. 116). Zudem zeigt die Analyse, dass der Eindruck, Politik bestünde im Wesentlichen aus einer Vielzahl miteinander in Konkurrenz stehender Interessensgruppen und nur derjenige gewinne an Macht, der entweder die besseren Argumente besitze oder die Menschen besser emotional erreiche (oder beides), zum Teil seine Berechtigung hat (Münch, 2016, S. 143; Nullmeier, 1997, S. 128). Besonders empfänglich für solche Erzählungen scheinen benachteiligte Menschen mit kontrastierenden oder bruchhaften Identitäten zu sein, wie dies beispielsweise bei der älteren Generation von Russlanddeutschen der Fall ist.

Zuletzt soll schließlich noch auf die anfangs aufgeworfene Frage eingegangen werden, ob es sich bei der ‚Rückkehr des Religiösen ins Politische‘, wie es in dieser Arbeit untersucht wurde, um ein neues Phänomen handelt. Ein Blick in die Geschichte zeigt uns, dass die zuvor bestimmten drei Typen der Politisierung der christlichen Religion schon vor dem Untersuchungszeitraum auftraten. Beispielsweise spielten aktuelle politische Themen auf Kirchentagen schon immer eine große Rolle. Religiöse Gruppen meldeten sich immer dann zu Wort, wenn bestimmte Gesetzesänderungen, die das Leben oder die traditionelle Familie betrafen, vorgenommen werden sollten. So gab es beispielsweise in den 1990er Jahren, als die Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch vollzogen wurde und Frauen in Folge selbst entscheiden konnten, ob und wann sie ein Kind haben wollten, zahlreiche Proteste von christlichen Gruppierungen. Ebenso lehrt uns die Geschichte, dass Religion und religiöse Weltbilder schon immer für Selbst- und Fremdpositionierungen herangezogen wurden. Neu ist jedoch die Konstellation dieser drei Phänomene in einer grundlegend veränderten Umwelt, in

der sowohl Kirchen als auch die traditionell christliche Partei CDU einen Bedeutungswandel erfahren haben.

Im Hinblick auf die Beziehungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen handelt es sich somit weniger mit einer ‚Rückkehr des Religiösen‘ als vielmehr um eine ‚Rückbesinnung auf das Traditionelle‘. In diesem Sinn kann eine gewisse Abwehrhaltung von Seiten der Rechtspopulisten und konservativen Christen gegenüber allem, was für die Liberalisierung konservativ-traditioneller Werte mitverantwortlich ist, als eine unausweichliche Entwicklung dargestellt werden. Eine Vereinbarkeit von traditioneller Familie und traditioneller Heimat mit Prozessen wie Globalisierung, Säkularisierung und Liberalismus scheint nicht möglich zu sein. Bewahren und Veränderung scheinen sich hier auszuschließen.

7. Fazit

Im abschließenden Kapitel dieser Arbeit werden die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst (7.1). Danach werden Analyseperspektive und Forschungsmethodik kritisch reflektiert (7.2). Schließlich erfolgt ein Ausblick auf zukünftige Forschungsmöglichkeiten zur Beziehung zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen, eine Projizierung der Ergebnisse in die Zukunft sowie Überlegungen über potenzielle Auswirkungen der Ergebnisse auf die Praxis (7.3).

7.1 Zusammenfassung der Ergebnisse

In dieser Arbeit wurden für den Untersuchungszeitraum 2014 bis Anfang 2020 mit der Methode der argumentativen Diskursanalyse – anhand von ausgewählten Datensätzen aus drei Zeitungen („Junge Freiheit“, „Idea Spektrum“, „Tagespost“) sowie persönlich geführten Interviews mit AfD-Politikern und Vertretern christlicher Organisationen und schließlich in der Betrachtung zweier Fallstudien (Debatte um den Bildungsplan in Baden-Württemberg und die PEGIDA-Proteste in Sachsen) – diskursive Beziehungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen untersucht. Dabei wurde angenommen, dass bestimmte Wandlungsprozesse innerhalb des Christentums, in bestimmten Bereichen von Gesellschaftspolitik sowie in (Teil-)Öffentlichkeiten Ermöglichungen für diese Beziehungen bilden. Des Weiteren wurden zwei Betrachtungsebenen unterschieden: Die innerdiskursive Ebene und die außerdiskursive Ebene. Die innerdiskursive Ebene wird konstruiert durch Storylines, die von Rechtspopulisten und konservativen Christen zu bestimmten Thematiken geäußert werden und folglich für Verbindungen zwischen ihnen stehen. Geteilte Bezugnahmen auf Gender, Flüchtlinge, Islam, den kirchlichen Umgang mit Rechtspopulisten sowie die Politisierung der Landeskirchen sind als netzwerkgetragene, problemorientierte, themenspezifische Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen zu verstehen. Hieraus wurde auf die Diskurskoalitionen ‚Gefühlter Verlust konservativer Werte in Politik und Gesellschaft‘ und ‚Erweiterung von Sagbarkeit und Dialogisierung mit Rechtspopulisten‘ geschlossen. Gleichzeitig stellen die Mythen um Heimat und Familie zeitlose, kontinuierliche, verbindende Konstrukte zwischen beiden Gruppen dar, auf die strategisch jederzeit zurückgegriffen werden kann. Eingebettet sind die Verbindungen in eine vage soziale Welt, der mittels Storylines Bedeutung zugewiesen wird. Diese Bedeutungen werden durch bestimmte Praktiken hervorgebracht, strukturiert, modifiziert und transformiert.

Rechtspopulistische, konservativ-evangelische und konservativ-katholische Storylines differieren in ihren Begründungen der Kausalitäten. Während rechtskonservative Akteure nationalistisch argumentieren und Problemverursacher sehr breit fassen (Staat, Kirchen, Medien), kritisieren konservative Protestanten primär die Evangelische Kirche als zu politisch. Konservative Katholiken hingegen zeigen sich kirchentreu im Sinne von papsttreu und kritisieren liberale Strömungen innerhalb wie auch außerhalb der Kirchen. Ein weiterer bedeutender Unterschied zwischen konservativen Protestanten und konservativen Katholiken zeigt sich in der Haltung zur Politik. Katholische Konservative glauben an gottgegebenes Recht und Wahrheit, für die es sowohl im Privaten wie auch im Öffentlichen – wozu die Politik zählt – einzustehen gilt. Konservative Protestanten berufen sich unter anderem auf die Bibelstelle Matthäus 22,21 und folgern aus dieser eine gottgewollte Trennung des privaten Glaubens und der Rolle als Staatsbürger. Den Glauben zu leben, bedeutet für viele konservative Protestanten, sich im ‚Reich Gottes‘, wozu Gemeinden und Mission zählen, zu engagieren. Ein politischer Kampf um einen Gottesstaat zählt nicht dazu. Folglich ist das politische Engagement vieler konservativer Protestanten eher gering. Hingegen wächst die Präsenz katholisch-konservativer Autoren, die öffentlich für Authentizität, Recht, Ordnung und Wahrheit im politischen und im religiösen Bereich auftreten. Eine Gemeinsamkeit unter konservativen Protestanten und konservativen Katholiken bilden Storylines über die geringer werdende Bedeutung des christlichen Glaubens in Gesellschaft und Politik und den damit verbundenen Werteverlust. Bezüglich Letzteren wird oftmals Bezug genommen auf die CDU und die AfD. Die CDU wird für die Aufnahme von Flüchtlingen kritisiert und für ihre offene Haltung gegenüber kultureller und gender-orientierter Diversität. Die AfD wird als Partei mit ‚christlicher Ausrichtung‘ betrachtet, in der sich die Hoffnung auf die Wiederherstellung staatlicher Sicherheit und Ordnung manifestiert. Narrative über die ‚Opfer-Rolle‘ bilden ebenfalls Gemeinsamkeiten. So sieht man sich selbst als marginalisierte Gruppe, die medial zu wenig Gehör findet und deren Meinungsfreiheit eingeschränkt sei. Kritisiert wird zudem die Berichterstattung in den Massenmedien. Diese wird als ‚zu links‘ empfunden. Konservative Christen eint also die Nachfrage nach und die Artikulation von christlich-konservativen Werten. Das Angebot hierfür bieten Rechtspopulisten. In den Metaphern des ‚unschuldigen Kindes‘, das für die traditionelle Familie steht, und des ‚christlichen Kreuzes‘, das für die christlich-geprägte deutsche Heimat steht, treffen sich Angebot und Nachfrage. Es folgt eine narrative Konstruktion von der Gefährdung der Sicherheit und des gesellschaftlichen Friedens insbesondere durch Flüchtlinge und Homosexuelle. Unter Bezugnahme auf die genannten Metaphern werden Ängste und

Bedürfnisse artikuliert, kollektiven Akteuren Schuld zugewiesen und Affektgemeinschaften gebildet. Aus geteilten Bezugnahmen wird eine assimilierende Transformation der jeweiligen Wissensordnungen abgeleitet. Daraus kann auf eine – zum Teil – unbewusste narrative Vereinnahmung konservativer Christen durch Rechtspopulisten geschlossen werden.

Es lässt sich resümieren, dass sowohl Rechtspopulisten wie auch konservative Christen einen Nutzen aus ihrer gegenseitigen Verbindung ziehen. Konservative Christen erhalten sowohl in der AfD als auch in rechtskonservativen Medien wie der ‚Jungen Freiheit‘ einen Raum für die Artikulation ihrer Wünsche und Bedürfnisse. Rechtspopulisten erhalten Anhänger. Ein bewusstes, strategisch motiviertes Zugehen von Rechtspopulisten auf bestimmte christliche Kreise mit dem Ziel, den Anschein gesellschaftlicher Mittigkeit zu schaffen, konnte in der Analyse weder bestätigt noch widerlegt werden. Am ‚öffentlich‘ sichtbarsten werden personelle Verbindungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen im gemeinsamen Auftreten als Bewegung, die sich insbesondere für öffentliche Demonstrationen und Kundgebungen zusammenfindet.

Die außerdiskursive Ebene konstituiert sich durch Äußerungen über die Beziehung zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen. Insbesondere Medien, Wissenschaftler, Kirchen und Politiker melden sich hier zu Wort. Es wurde ersichtlich, dass letztgenannte Storylines stark von einem Fremdverständnis über christlich-konservative Gläubige sowie AfD-Anhänger geprägt sind. Zudem gehen mit den Äußerungen, denen eine gewisse Deutungsmacht zugeschrieben werden kann, Abgrenzungen zu eigenen religiösen und politischen Überzeugungen einher. Indem Akteure öffentlich Stellung zu rechtspopulistischen und konservativ-christlichen Akteuren und Themen beziehen, identifizieren und positionieren sie sich selbst hinsichtlich eines liberalen oder konservativen Christentums und hinsichtlich einer völkischen Ideologie. Die Prozesse der interdependenten kommunikativen Identitätsbildung bilden schließlich operative Elemente christlicher und nationaler Identität. Besonders bei Fragen um Geschlecht, Familie und Heimat kommen diese Elemente zum Vorschein und bergen Potenzial für gesellschaftliche Konflikte.

7.2 Reflexion zur Analyseperspektive und Forschungsmethodik

Die Arbeit versteht sich in der Tradition der Interpretativen Policy-Analyse, nach der die Wirklichkeit diskursiv konstruiert ist und Politikverläufe als Interpretationskämpfe und Interpretationsprozesse zu verstehen sind (Münch, 2016, S. 5). Nicht eine nomothetische Forschung wird hier betrieben, sondern eine ideografische (Münch, 2016, S. 136; Yanow &

Schwarz-Shea, 2006, S. 95). Die Beziehungen zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen sollten in ihrer Gesamtheit erfasst und transparent gemacht werden. Handlungen und Handlungsfolge der beteiligten Akteure werden als Ergebnis von Überlegungen und Abwägungen sowie den Wahrnehmungen und Interpretationen zu intervenierenden Ereignissen verstanden. Selbstverständlichkeiten werden denaturalisiert und die Kontingenz politischer, religiöser und sozialer Realität wurde herausgearbeitet. Durch eine realistische Analyse wären diese Zusammenhänge kaum erkennbar gewesen. Ebenso wenig vermag eine realistische Analyse die tatsächliche Entstehung von Handlungsfeldern und Strukturen, den selektiven Gebrauch von Wissen und Ideen und die Bedeutung von Selbst- und Fremdpositionierungen zu erfassen. Akteure handeln und denken nicht autonom, sondern werden durch sich modifizierende Kontexte und Institutionen, wechselseitige Positionierungen und Konventionen, Traditionen und Gefühle begrenzt.

Der ‚Sinn‘ der dargestellten Theorien war es, ein Verständnis für die äußeren Gegebenheiten und die sich aus ihnen ergebenden Handlungs- und Deutungsmöglichkeiten individueller und kollektiver Akteure zu schaffen. Da die Möglichkeiten und der Mehrwert einer verbindenden Betrachtungsweise in der Interpretativen Policy-Analyse oftmals wenig beachtet werden und nicht selten Theorien inhaltslos bleiben – weil Akteure, die Natur der Auseinandersetzungen oder die geeigneten methodischen Zugänge für ihre Betrachtungsweise nicht immer eindeutig bestimmt werden können (Münch, 2016, S. 134) – soll die vorliegende Arbeit einen bedeutenden Beitrag dazu leisten, wie aus einer Interpretativen Policy-Perspektive Akteure, Diskurse und Strukturen erkannt und miteinander in Beziehung gesetzt werden können. Vor allem wenn, wie in vielen Interpretativen Policy-Analysen üblich, auf eine Analyse von Makro-Strukturen verzichtet wird. In dieser Arbeit wird gezeigt, dass nur mit einer Gesamtsicht auf das politische, gesellschaftliche und religiöse System und nur in einem Zusammenspiel aus theoretischen Überlegungen und methodischem Handwerk essenzielle Bedingungen und Relationen in der Beziehung zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen identifiziert werden können. Zudem führt die Arbeit die politische und religiöse Bedeutung von Wissen und Ideen als Grundlage von Meinungshoheit aus. Nicht selten gewinnen jene Akteure an Macht, die die besseren Argumente besitzen (Münch, 2016, S. 143; Nullmeier, 1997, S. 128). Insbesondere durch religiöse Bezugnahme versuchen verschiedene Akteure, ihre Deutungsmacht zu unterstreichen und andere Akteure von ihrer Weltsicht zu überzeugen.

Bezüglich der eingesetzten Methoden für die Beantwortung der Forschungsfragen lässt sich resümieren, dass sowohl die Diskursnetzwerkanalyse als auch die Inhaltsanalyse sich als

geeignet erwiesen, um religiöse und politische Werte- und Sinnstrukturen zu erfassen. Durch Vorkenntnisse, Beobachtungen, Testungen und Überprüfungen konnten diese Strukturen in einem zirkulären Prozess herausgearbeitet werden. Dabei opponiert sich die Arbeit gegen jene empirisch-methodisch geleiteten Untersuchungen, die Religion ex ante als sozio-demografische Variable auffassen und Religiosität anhand von Kirchenmitgliedschaften und Häufigkeit von Kirchenbesuchen messen (Huber & Yendell, 2019; Pickel & Yendell, 2018; Siegers & Jedinger, 2020). So wie sich religiöse Landschaft und religiöse Sinnstrukturen gewandelt haben, so sollten auch gängige, oftmals standardisierte religionsrelevante Forschungsmethoden überarbeitet werden. Weder Kirchenmitgliedschaft noch Häufigkeit von Gottesdienstbesuchen stellen gegenwärtig eine valide Messung für Religiosität in der Gesellschaft dar. Ebenso erweisen sich Studien, die Religion als Alleinstellungsmerkmal untersuchen, um beispielsweise festzustellen, ob christliche Menschen im Vergleich zu Konfessionslosen eher migrationsbezogene Bedrohungsgefühle aufweisen (wie z.B. Hillenbrand, 2020), als nicht aussagekräftig. Zum einen kommt es immer auf den Inhalt der religiösen Einstellungen an – die von sehr liberal bis erzkonservativ reichen können – zum anderen werden Werteeinstellungen und Handlungen von religiösen Menschen ebenso von Sozialisation, Bildung oder Einkommen geprägt. Eine qualitativ-diskursive Betrachtungsweise von religiösen Einstellungen erweist sich als valider als eine quantitative. Am sinnvollsten jedoch ist eine, wie in dieser Arbeit angewandte, triangulative Forschungsrichtung, in der qualitative mit quantitativen Daten kombiniert werden, sodass die Schwächen der einen Methode mit den Stärken einer anderen Methode kompensiert werden können.

Neben der Diskurs- und Inhaltsanalyse wurden in dieser Arbeit Prozessanalysen von zwei Fallstudien durchgeführt. Der Blick auf den Einzelfall im Gesamtsystem erweist sich dabei als sehr erhellend. Insbesondere durch eine gewisse methodische Freizügigkeit und eine geringe Konnotation von Finalität und intellektueller Kontrolle konnten marginalisierte Akteure und lokales Wissen erfasst und im Sinne eines ‚Sense Makings‘ kontextualisiert werden. Dabei können Vorurteile über konservative Christen von medialer und wissenschaftlicher Seite auf mangelnde religiös-genealogische Kenntnisse zurückgeführt und entkräftet werden. Unter dem Einbezug von Fernseh- und Radiobeiträgen kann des Weiteren gezeigt werden, dass Public Policy-Forscher sich nicht nur auf geschriebenen Text reduzieren dürfen, um Handlungen zu verstehen. Eine Betrachtung des gesprochenen Wortes, des Senders, des Empfängers, des Ortes und der Zeit der Äußerung in Kombination mit der Analyse des geschriebenen Wortes liefert

ein vielfältigeres und erkenntnisreicheres Bild des Forschungsgegenstandes, als es eine Analyse, die sich auf den geschriebenen Text reduziert, bieten kann.

Bezugnehmend auf allgemeine Kritik über Fallstudien, insbesondere deren geringen Generalisierungsgrad (z.B. Schimmelfennig, 2006, S. 268), lässt sich konstatieren, dass es nicht Ziel der Analyse war, verallgemeinerbare Aussagen zu treffen. Vielmehr sollte gezeigt werden, dass die Suche nach Generalisierungen, insbesondere bei religiösen Phänomenen, sich als unfruchtbar erweist. Hier wird der eingangs aufgezeigten Annahme Hidalgos und Polkes nachgegangen, dass der Verdienst politischer Ideengeschichte, die sich mit Religion beschäftigt, darin liege,

„die Grenzen, aber auch die Wahrnehmungsleistungen sichtbar zu machen, derer es bedarf, um auf einem historisch kontingenten und soziokulturellen Terrain politische und religiöse Akteure identifizierbar, die darin zum Ausdruck kommenden Ordnungen von Religion und Politik beschreibbar zu machen.“ (Hidalgo & Polke, 2017a, S. 9–10)

Die Untersuchung von Einzelfällen erweist sich hier als besonders fruchtbar, da in diesen religiöse Phänomene in ihren jeweils historisch und gesellschaftspolitischen Handlungen und Wertvorstellungen einzelner Gläubigen beziehungsweise deren religiösen Gemeinschaften erfasst werden können (vgl. auch Joas, 2012, S. 21).

In dieser Arbeit wurde jedoch auch erkannt, dass selbst in der Untersuchung des Einzelfalls das Ausmaß der Vereinnahmung von konservativen Christen durch Rechtspopulisten nicht eindeutig bestimmbar ist. In den Fallstudien wurde zwar der Versuch unternommen, mithilfe von Wahldaten der AfD eine Nähe von Christen zu dieser aufzuzeigen, jedoch kann nicht abschließend geklärt werden, welche die Hauptursachen für die Wahlentscheidung waren. Sozio-ökonomische, kulturelle und regionale Aspekte sowie Deprivationserfahrungen mögen einen ebenso großen Einfluss auf die Wahlentscheidung für die AfD haben, wie die hier dargestellten diskursiven Verbindungen. Indes war es nicht primäres Ziel dieser Arbeit, potenzielle Einflussfaktoren in ihrer Gesamtheit zu erfassen und zu messen. Das Ziel dieser Arbeit lag vielmehr im Aufzeigen der Komplexität der Beziehung zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen und der Herausarbeitung eines ‚deutenden Verstehens‘ der beteiligten Akteure. Dabei wurde davon ausgegangen, dass die Beziehung eingebettet ist in eine unbeschreibbare Gesellschaft (Nassehi, 2015). Es stellt sich nun die – in sich paradoxe – Frage, wie und wodurch das Unbeschreibbare beschrieben werden kann? Wenn Sprache für die Beschreibung des Unbeschreibbaren verwendet wird, dann ist die Verwendung von

Begrifflichkeiten wie ‚christlich-konservativ‘ und ‚rechtspopulistisch‘ als notwendiges Übel anzusehen.

Denn wissenschaftliche Sprache ist an einer denkenden Ordnung der empirischen Wirklichkeit und an Komplexitätsreduktion interessiert. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn, wie beispielsweise in den empirischen Sozialwissenschaften, der Forschungsschwerpunkt auf der Deutung bestimmter politischer oder sozialer Phänomene mithilfe von Begriffen liegt und nicht auf philosophischen Ausführungen dieser Begriffe. Indem diese Arbeit den Diskurs um Rechtspopulismus und Christentum zum Thema hat, wird sie folglich selbst Teil dieses Diskurses und erzeugt diskursiv Themen, Akteure und Identitäten.

7.3 Praktischer Nutzen, weiterer Forschungsbedarf und Ausblick

Welche Erkenntnisse lassen sich bezüglich des praktischen Nutzens und des weiteren Forschungsbedarfs aus den Ergebnissen formulieren? Zum einen kann das Aufzeigen von Zusammenhängen zwischen Moralpolitik und Identität, Policy-Makern, Wissenschaftlern, Medien- und Kirchenvertretern helfen die Beziehung zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen in einem anderen Licht zu sehen. Zum anderen können aufgezeigte Deutungsmuster und Lebenswelten konservativ eingestellter Bürger Verständnis für ihre politischen Bedürfnisse, Anliegen und Entscheidungen schaffen. Schließlich erhellt die aufgezeigte Beziehung von Religion und Politik die Bedeutung von Komplexität sowie die Komplexität von Bedeutungen. Religiöse Phänomene, die im Bereich des Politischen auftreten sind oftmals widersprüchlich und nicht als solche erkennbar. Dies trifft beispielsweise dann zu, wenn Menschen aufgrund ihrer religiösen Überzeugungen auf die Straße gehen, jedoch nicht als Christen, sondern als ‚besorgte Bürger‘. Religiös-prägende Werteinstellungen sind so kaum erkennbar. Es ist die Aufgabe der Wissenschaft, die religiösen Wurzeln und Motive freizulegen und deren Einfluss valide zu beurteilen. Dabei gilt es, eine historische Perspektive einzunehmen sowie sozio-ökonomische, sozio-kulturelle und regionale Einflussfaktoren mit einzubeziehen und deren Wechselbeziehungen untereinander zu beachten.

Für die Beschreibungen nicht-landeskirchlich gebundener christlicher Akteure und Gruppierungen ist es ratsam, gängige, oftmals medial geprägte Narrative über die ‚Evangelikalen‘ in Deutschland und deren Gleichsetzung mit einer ‚christlichen Rechten‘ (in Amerika) kritisch zu hinterfragen und nach alternativen Beschreibungen zu suchen. Empirisch verlässliche Daten über die Gesamtlage christlicher Gesinnungen, Gruppierungen und politischer Ausrichtungen wären hierfür wesentlich. Da jedoch eine Erhebung dieser Daten sehr

aufwändig und kostspielig ist, bleibt Wissenschaftlern häufig nur die Möglichkeit einer Akteurs- und kontextgebundenen Analyse. Dabei kann es helfen, wenn Daten nicht nur aus einer sicheren Auswahl von religiösen Experten und Repräsentanten erhoben werden, sondern aus der Feldarbeit mit Mitgliedern religiöser Gruppen. Beispielsweise könnte eine weiterführende Forschung über die Zusammenhänge von sozialen Strukturen, Prozessen und religiösen Vorstellungen unter Russlanddeutschen dazu beitragen, Erkenntnisse über ihre politische und religiöse Integration zu erlangen.

Welche Erkenntnisse bezüglich der Bedeutung des Christentums in der Gesellschaft und der Politik lassen sich aus der vorliegenden Arbeit bekunden? Zunächst bleibt festzuhalten, dass sich die religionspolitische Landschaft in Deutschland verändert hat. Das christliche Selbstverständnis der CDU hat sich gewandelt, hin zu mehr Toleranz und Akzeptanz religiöser, kultureller und sexueller Vielfalt. Der Islam gehört zu Deutschland. Konfessionslose und marginalisierte Gruppen machen ihr Recht auf Anerkennung deutlich. Kirchen erleben einen Bedeutungsverlust in der Gesellschaft. Konfessionelle Unterschiede weichen auf. Ökumenische, nicht-kirchliche Events und Gruppierungen gewinnen an gesellschaftlicher Relevanz. Sowohl christliche Werte wie auch christliche Akteure wirken auch außerhalb kirchlicher Strukturen.

In dieser Arbeit wurden die Reaktionen der Kirchen auf diese Entwicklungen unter anderem durch Abgrenzung zu nicht-kirchlich gebunden christlichen Gruppen beschrieben. Einher geht diese Abgrenzung mit einer zielgruppenorientierten Angebotsvielfalt. Letzteres trifft tendenziell eher auf die evangelische Landeskirche zu. Insbesondere in der Ausrichtung und Gestaltung von Kirchentagen präsentieren sich die Kirchen gegenwärtig liberal und weltoffen. Zudem werden hier auch gesellschaftspolitische Aspekte, die nicht unmittelbar zur gängigen Kirchenprogrammatis gehören, wie die Klimaproblematik, thematisiert. Diese Haltung offenbart ein grundlegendes Dilemma: Das Hören der ‚frohen Botschaft‘ allein stellt ein nicht mehr zeitgemäßes Angebot dar, mit dem Massen angesprochen und gehalten werden können. Zu pluralistisch ist mittlerweile der religiöse Markt aufgestellt, in dem sich Gläubige aber auch Nicht-Gläubige ihre jeweiligen Heilsbotschaften selbst aussuchen und zusammenbasteln können – sofern sie danach fragen. Kirchen verlieren, auch wenn sie sich themenspezifisch liberal oder konservativ aufstellen, Mitglieder. Damit verbunden ist die Problematik des gefühlten Verlustes christlich-konservativer Werte, der von einem Teil der Christenheit in Deutschland und weltweit wahrgenommen wird. Dieser Verlust wird nicht nur in den Kirchen gesehen, sondern auch in Politik, Gesellschaft und Medien. In den Storylines, die jenen Verlust

beschreiben, werden reale Ängste sichtbar. Konservative Christen befürchten, dass einzelne Gruppen Sonderrechte einfordern und es zu einer einseitigen Anpassung der Mehrheitsgesellschaft an deren Bedürfnisse kommen könnte. Rechtspopulistische Gruppen können diese Ängste für ihre eigenen Interessen missbrauchen. In der wachsenden Skepsis gegenüber Islam und Homosexualität steckt somit ein hohes Mobilisierungspotenzial und zugleich eine Gefahr für ein friedliches Zusammenleben. Öffentliche Bildung ist gefragt, besorgten Bürgern die Unberechtigkeit ihrer Ängste aufzuzeigen, ohne ihnen dabei das Vorhandensein ihrer Ängste abzusprechen. Genauso sind Politik, Gesellschaft, Kirchen und Medien gefordert, die Bedeutung konservativer Werte für die Identität von Individuen und Gruppen ebenso wertzuschätzen, wie sie dies bei liberalen Werten bestimmter Minderheiten tun (müssen).

Dabei sollten Bildung, Wissenschaft und Medien sich bewusst machen, dass ‚konservativ-sein‘, insbesondere in Deutschland, immer Gefahr laufen wird, gleichgesetzt zu werden mit ‚rechts-sein‘. Diese Gleichsetzung führt zu einer verzerrten Wahrnehmung, Stigmatisierung und Verärgerung unter Christen. Dies wiederum kann in Politikverdrossenheit oder Protestwahl münden. Politische und öffentliche Bildung sind gefragt, um die Gefahren, die mit Protestwahl oder ‚verblendeter‘ Wahl einhergehen, aufzuzeigen. Die AfD ist nicht nur eine (scheinbar) christliche Partei, sie hat auch einen rechtsextremen Flügel. Von diesem gehen gravierende Gefahren für ein friedliches Zusammenleben aus. Schließlich sind auch konservative Christen aufgefordert, sich zu fragen, wo sie politisch stehen und welche Konsequenzen es haben kann, wenn sie eine Partei unterstützen, die sich nicht nur für Familienwerte einsetzt, sondern auch nationalistische, ethnopluralistische Ziele verfolgt. Wenn konservative Christen eine Rechtszuschreibung vermeiden wollen, so ist eine eindeutige Abgrenzung zu rechten Positionen gefragt. Konkret könnte dies auf Demonstrations-Transparente gekennzeichnet werden (beispielsweise „Für Lebensschutz und gegen Rechtspopulismus“). Bezüglich ihren Forderungen nach einer Wiederherstellung der ‚alten Ordnung‘ muss ihnen entgegengehalten werden, dass gesellschaftliche Entwicklungen nicht rückgängig gemacht werden können. Deutschland ist pluraler, kulturell vielfältiger und religiös diverser als noch vor hundert Jahren. Die Anerkennung von Menschen anderer Nationen, Religionen oder sexueller Orientierungen bedeutet zwar eine Abgabe einer gewissen Vormachtstellung, jedoch nicht die Aufgabe christlicher Überzeugungen für das eigene, persönliche Leben. Wer verlangt, Anerkennung seiner eigenen Werte zu erhalten, ist aufgefordert, auch liberale Werte zu achten. Hierfür sind Reflexion, Anpassungsleistung und Konfliktkompetenz gefordert. Kommt es zu einem

Aufeinandertreffen christlich-konservativer Akteure mit liberal eingestellten Akteuren, wie dies der Fall in der Sendung des Nachtcafés vom 24.01.2014 war, kann es hilfreich sein, sich bewusst zu machen, um was es ‚eigentlich‘ in den Auseinandersetzungen um Bildung und sexuelle Orientierungen geht. Daraus lassen sich Elemente ableiten, die eine Grundlage für eine Kommunikation bieten können. Wäre Backes in der Lage gewesen, das jeweilige Bedürfnis nach Anerkennung in einer pluralen Gesellschaft zu erkennen und daraus ein elementares, allen Menschen verbindendes Verlangen nach Wertschätzung der eigenen Identität abzuleiten, wäre eine für alle Teilnehmer befriedigendere Kommunikation wahrscheinlich gewesen.

Welche Prognosen lassen sich über die Beziehung zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen aufstellen? Die Analyseergebnisse zeigen, dass es sich bei den thematischen Verbindungen um temporäre Verbindungen handelt, die stark von gesellschaftspolitischen Entwicklungen abhängen. Mit einem Abflachen der medialen, politischen, kirchlichen und gesellschaftlichen diskursiven Auseinandersetzungen mit bestimmten Themen flachen auch die thematischen Verbindungen ab. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese Verbindungen unter bestimmten Umständen wieder aktiviert werden können. Mit einer erneuten Flüchtlingswelle wie im Jahr 2015 werden sich wahrscheinlich gesellschaftliche Debatten um ein ‚christliches Abendland‘ wieder verstärken. Ebenfalls kann es zu Veränderungen innerhalb der thematischen Verbindungen kommen. Beispielsweise vermag ein wachsender, gar bekennender Antisemitismus in der AfD jegliche Sympathiekundgebungen israelliebender konservativer Protestanten zunichtemachen. Ebenso kann eine wachsende Kritik am Papst oder gar ein verstärkter Aufruf zum Kirchenaustritt einige katholische Gläubige abschrecken, da ihnen die Katholische Kirche als geistiges Zuhause fehlen würde. Bei den identifizierten Diskurskoalitionen jedoch handelt es sich, in gewisser Weise, um eine zeitlich unabhängige Verbundenheit. Es handelt sich hier nicht nur um thematische Verbindungen, sondern um geteilte Sichtweisen. Die tragenden Elemente in den Diskurskoalitionen betreffen identitäre Werte. Es kann davon ausgegangen werden, dass sich jene im Menschen tief verankerten, identitären Werte nicht so schnell ändern. Folglich kann davon ausgegangen werden, dass Themen, die sich auf den ‚gefühlten Verlust konservativer Werte in Politik und Gesellschaft‘ beziehen – insbesondere, wenn diese die traditionelle Familie oder die Heimat betreffen – auch zukünftig Brücken zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen bilden werden. Indem die Bedürfnisse und Forderungen, die diesen Themen zugrunde liegen, öffentlich ausgesprochen werden und auf gesellschaftliche und mediale Widersprüche stoßen, wird auch die Diskurskoalition um die ‚Erweiterung von

Sagbarkeit und Dialogisierung mit Rechtspopulisten‘ ihre Aktualität beibehalten. Zuletzt bleibt festzuhalten, dass mit dem Verfassen und vor allem der Veröffentlichung der vorliegenden Ergebnisse die Arbeit selbst zum Kommunikationsproblem moderner, von Medienkonvergenz geprägter Gesellschaften wird. Indem diese Arbeit der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird, löst sie sich von ihrem Entstehungskontext und wird dadurch offen für Interpretationen. Damit verliert die Autorin die Kontrolle über sie und muss sich unter Umständen für ihre Inhalte und Wirkungen kontinuierlich rechtfertigen. Zugleich wird diese Arbeit selbst zu einem konstitutiven Element in der Beziehung zwischen Rechtspopulismus und konservativem Christentum. Letztlich bleiben die Wechselwirkungen von Autorschaft, Forschungsergebnissen und Konsequenzen ein ebenso komplexes Phänomen, wie die Beziehung zwischen Rechtspopulisten und konservativen Christen.

Literaturverzeichnis

- Adam, C., Heichel, S. & Knill Christoph. (2015). Moralpolitik. In G. Wenzelburger & R. Zohlhöfer (Hrsg.), *Handbuch Policy-Forschung* (S. 699–722). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Adam, K. (9. Dezember 2016). Das Kreuz mit der Religion. *Junge Freiheit*.
- AfD. (2016). *Programm der Alternative für Deutschland*. https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/01/2016-06-20_afd-kurzfassung_grundsatzprogramm_webversion.pdf
- AfD Fraktion im Thüringer Landtag. (2019). *Unheilige Allianz: Der Pakt der evangelischen Kirche mit dem Zeitgeist und den Mächtigen*. www.afd-heiligenstadt.de/fileadmin/Dateiablage/PDF/Kirchenpapier_Onlineversion.pdf
- AfD und Bildungsplan 2015: AfD: Grün-Roter Bildungsplan 2015 missachtet Elternrechte (21. Januar 2014). *kath.net*. https://web.archive.org/web/20140407063738/www.rnz.de/ticker_regional/00_20140115103200_110613512-AfD_will_Petition_gegen_sexuelle_Vielfalt_an_S.html.
- AfD will Christenverfolgung sanktionieren (20. April 2018). *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-will-christenverfolgung-sanktionieren-15551304.html>.
- Albrecht, G. (2001). Konstruktion von Realität und Realität von Konstruktionen. *Soziale Probleme*, 12(1-2), 116–145.
- Allenby, B. & Garreau, J. (2017). *Weaponized Narrative: The New Battlespace*. Center of the Future of War.
- Althoff, A. (2018). Right-wing Populism and Religion in Germany: Conservative Christians and the Alternative for Germany (AfD). *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 2(2), 335–363.
- Appleby, R. S. (2000). *The Ambivalence of the Sacred: Religion, Violence, and Reconciliation*. Rowman and Littlefield.
- Arens, E., Liedhegener, A. & Baumann, M [Martin]. (2016). *Integrationspotenziale von Religion und Zivilgesellschaft: Theoretische und empirische Befunde*. Nomos Verlag.
- Assmann, A. & Assmann Jan. (1998). Mythos. In H. Cancik, B. Gladigow & K.-H. Kohl (Hrsg.), *Handbuch religionswissenschaftliche Grundbegriffe: Band IV Kultbild - Rolle* (S. 179–200). Kohlhammer.
- Auch Christen-Sprecherin Schultner verlässt AfD (16. Oktober 2017). *Frankfurter Allgemeine Zeitung*.
- Balmer, R. H. (Hrsg.). (2004). *Encyclopedia of Evangelicalism*. Baylor University Press.
- Barbehön, M. & Münch, S. (2014). Die Stadt als Sinnhorizont: Zur Kontextgebundenheit politischer Narrative. In F. Gadinger, S. Jarzebski & T. Yildiz (Hrsg.), *Politische Narrative. Konzepte, Analysen, Forschungspraxis* (S. 149–171). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bauer, G. (2012). *Evangelikale Bewegung und evangelische Kirche in der Bundesrepublik Deutschland: Geschichte eines Grundsatzkonflikts (1945 bis 1989)*. Vandenhoeck und Ruprecht.
- Baumann, M [Markus], Debus, M. & Müller, J. (2013). Das legislative Verhalten von Bundestagsabgeordneten zwischen persönlichen Charakteristika, Wahlkreisinteressen und Parteilinie. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 23(2), 177–211.
- Bebbington, D. W. (1989). *Evangelicalism in Modern Britain. A History from the 1730s to the 1980s*. Routledge.
- Beck, U. (1986). *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Suhrkamp.

- Beck, U. (2008). *Der eigene Gott. Von der Friedfertigkeit und dem Gewaltpotential der Religionen*. Insel.
- Bedford-Strohm, H. (2017). *Warum Nationalismus Sünde ist: Wer sein eigenes Land oder seine Volksgruppe überhöht, produziert Hass und Gewalt. Dagegen erhebt die Kirche ihre Stimme*. <https://chrismon.evangelisch.de/rechtspopulisten>.
- Bedford-Strohm, H. (2019). *Bedford-Strohm fordert klare Kante gegen Rechtsextremismus*. <https://www.ekmd.de/aktuell/nachrichten/ekd-delegation-besucht-ostdeutsche-landeskirchen-bedford-strohm-fordert-klare-kante-gegen-rechtsextremismus.html>.
- Bedford-Strohm, H., Bednarz, L. & Claussen, Johann, Hinrich. (2020). *Einsprüche: Studien zur Vereinnahmung von Theologie durch die extreme Rechte*. https://bagkr.de/wp-content/uploads/2020/12/Broschu%CC%88re_Einspruch_web_final.pdf.
- Bednarz, L. (2018). Christen in der AfD. In R. Hempelmann & H. Lamprecht (Hrsg.), *EZW-Texte: Bd. 256. Rechtspopulismus und christlicher Glaube* (S. 25–47). Verbum GmbH.
- Behnke, J., Gschwend, T., Schindler, D. & Schlamelcher, J. (Hrsg.). (2006). *Methoden der Politikwissenschaft. Neuere qualitative und quantitative Analyseverfahren*. Nomos Verlag.
- Behrensen, M., Heimbach-Steins, M. & Hennig, L. E. (Hrsg.). (2019). *Gender - Nation - Religion: Ein internationaler Vergleich von Akteursstrategien und Diskursverflechtungen*. Campus Verlag.
- Behrensen, M. & Stanoeva, E. (2019). Hypochondriac Identities: Gender and Nationalism in Bulgaria and Germany. In M. Behrensen, M. Heimbach-Steins & L. E. Hennig (Hrsg.), *Gender - Nation - Religion: Ein internationaler Vergleich von Akteursstrategien und Diskursverflechtungen* (S. 147–188). Campus Verlag.
- Beier, M. (2017). *Eugen Drewermann: Die Biografie*. Patmos Verlag.
- Belkin, D. (2017). *Jüdische Kontingentflüchtlinge und Russlanddeutsche*. <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdosiers/252561/juedische-kontingentfluechtlinge-und-russlanddeutsche>.
- Bellin, E. (2008). Faith in Politics. *New Trends in the Study of Religion and Politics*. *World Politics*, 60(2), 315–347.
- Bennett, A. & Checkel, J. T. (Hrsg.). (2015). *Process Tracing: From Metaphor to Analytic Tool*. Cambridge University Press.
- Bennett, L. (2003). Lifestyle Politics and Citizen-Consumers: Identity, Communication, and Political Action in Late Modern Society. In J. Corner & P. Dick (Hrsg.), *Media and the Restyling of Politics: Consumerism, Celebrity and Cynicism* (S. 137–150). Sage.
- Bergem, W. (2016). Wann ist das Distinktionspotenzial religiöser Identitäten anfällig für eine Eskalation zur Freund-Feind-Schematisierung? In I.-J. Werkner & O. Hidalgo (Hrsg.), *Religiöse Identitäten in politischen Konflikten* (S. 125–144). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Berger, D. (11. Mai 2018). Das Kreuz gehört zu uns. *Junge Freiheit*.
- Berger, P. L. (1988). *Zur Dialektik von Religion und Gesellschaft: Elemente einer soziologischen Theorie*. Fischer.
- Berger, P. L. (2015). *Altäre der Moderne Religion in pluralistischen Gesellschaften*. Campus Verlag.
- Besier, G. (1993). *Der SED-Staat und die Kirche: Der Weg in die Anpassung*. Bertelsmann.
- Besier, G. (1995). *Der SED-Staat und die Kirche: 1983-1991 Höhenflug und Absturz*. Propyläen.
- Besorgte Eltern (17. September 2014). *Besorgte Eltern - Wer sind wir?* www.youtube.com/watch?v=VRilPQXnTF0.

- Beverfoerde, H. von. (2016). *Richtigstellung öffentlicher Falschbehauptungen über DEMO FÜR ALLE*. <https://demofueralle.de/2016/02/11/richtigstellung-oeffentlicher-falschbehauptungen/>.
- Beyme, K. von. (2015). *Religionsgemeinschaften, Zivilgesellschaft und Staat: Zum Verhältnis von Politik und Religion in Deutschland*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- NetzDG (2017). <https://www.gesetze-im-internet.de/netzdg/BJNR335210017.html>.
- Bildungsplan-Kommission Baden-Württemberg. (2013). *Arbeitspapier für die Hand der Bildungsplan-kommissionen als Grundlage und Orientierung zur Verankerung der Leitprinzipien: Bildungsplanreform 2015/2016-Verankerung von Leitprinzipien*. https://web.archive.org/web/20140124070408/http://www.kultusportal-bw.de/site/pbs-bw/get/documents/KULTUS.Dachmandant/KULTUS/kultusportal-bw/Bildungsplanreform/Arbeitspapier_Leitprinzipien.pdf.
- Billmann, L. (Hrsg.). (2015). *Unheilige Allianz Das Geflecht von christlichen Fundamentalisten und politisch Rechten am Beispiel des Widerstands gegen den Bildungsplan in Baden-Württemberg*. Rosa Luxemburg Stiftung.
- Bischof Koch über Pegida-Anhänger: Ihre Angst muss man sehr ernst nehmen (21. Dezember 2014). *Deutschlandfunk*. https://www.deutschlandfunkkultur.de/bischof-koch-ueber-pegida-anhaenger-ihre-angst-muss-man.1278.de.html?dram:article_id=306843.
- Biskamp, F. (2018). Populism, Religion, and distorted Communication. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 2(2), 247–276.
- Bizeul, Y. (2018). Die religiöse Dimension im Denken und Handeln der französischen Rechtspopulisten. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 2(2), 365–385.
- Blaikie, N. W. H. (1991). A Critique of the use of Triangulation in social Research. *Quality and Quantity*, 25(2), 115–136.
- Blatter, J. & Haverland, M. (2012). *Designing Case Studies: Explanatory Approaches in Small-N Research*. Palgrave Macmillan.
- Blatter, J., Janning, F. & Wagemann, C. (2007). *Qualitative Politikanalyse: Eine Einführung in Forschungsansätze und Methoden*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bleibtreu-Ehrenberg, G. (1983). *Tabu Homosexualität: Die Geschichte eines Vorurteils*. Fischer.
- Bock, J.-J. & Macdonald, S. (Hrsg.). (2019). *Refugees Welcome? Difference and Diversity in a Changing Germany*. Berghahn.
- Böckenförde, E.-W. (2013). *Recht, Staat, Freiheit: Studien zur Rechtsphilosophie, Staatstheorie und Verfassungsgeschichte*. Suhrkamp.
- Bortz, J. & Döring, N. (1995). *Forschungsmethoden und Evaluation*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Botsch, G. (11. Januar 2017). Die Junge Freiheit – Sprachrohr einer radikal-nationalistischen Opposition, 2017. <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/230020/die-junge-freiheit-sprachrohr-einer-radikal-nationalistischen-opposition#footnode12-12>.
- Bouma, Gary, L. & Ling, R. (2009). Religious Diversity. In P. B. Clarke (Hrsg.), *The Oxford Handbook of the Sociology of Religion* (S. 507–522). Oxford University Press.
- Brady, H. E., Collier, D. & Seawright, J. (2006). Toward a Pluralistic Vision of Methodology. *Political Analysis*, 3(14), 353–368.
- Brand, K.-W. (1991). Kontinuität und Diskontinuität in den neuen sozialen Bewegungen. In R. Roth & D. Rucht (Hrsg.), *Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland* (S. 40–53). Bundeszentrale für politische Bildung.
- Brannen, J. (2005). Mixing Methods: The Entry of qualitative and quantitative Approaches into the Research Process. *International Journal of Social Research Methodology*, 8(3), 173–184.

- Breitschwerdt, J. (2019). *Theologisch konservativ*. Vandenhoeck und Ruprecht.
- Bretthauer, B. (1999). *Televangelismus in den USA: Religion zwischen Individualisierung und Vergemeinschaftung*. Campus Verlag.
- Brocker, M. & Küngler, M. (2013). Religious Parties. Revisiting the Inclusion-Moderation Hypothesis – Introduction. *Party Politics*, 1(19), 171–186.
- Bröckling, U. & Krasmann, S. (2010). Ni Méthode, ni Approche. Zur Forschungsperspektive der Gouvernementalitätsstudien – mit einem Seitenblick auf Konvergenzen und Divergenzen zur Diskursforschung. In J. Angermüller & S. van Dyk (Hrsg.), *Diskursanalyse meets Gouvernementalitätsforschung: Perspektiven auf das Verhältnis von Subjekt, Sprache, Macht und Wissen* (S. 23–42). Campus Verlag.
- Brog, D. (2006). *Standing With Israel: Why Christians Support Israel*. Frontline.
- Bühler-Niederberger, D. (2005). Einleitung: Der Blick auf das eigene Kind - gilt der Gesellschaft. In D. Bühler-Niederberger (Hrsg.), *Macht der Unschuld: Das Kind als Chiffre* (S. 9–22). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bühler-Niederberger, D., Hungerland, B. & Bader, A. (1999). Minorität und moralische Instanz - der öffentliche Entwurf von Kindern, 2(19), 128–150.
- Bundesverband Lebensrecht. *Wir erheben unsere Stimme: Marsch für das Leben*. <https://www.bundesverband-lebensrecht.de/wp-content/uploads/sites/42/2020/09/Forderungen-2020.pdf>.
- Bürger protestieren gegen Sexualisierung von Kindern: Rekordbeteiligung: 4.600 Bürger protestieren gegen die Sexualisierung von Kindern (31. August 2015). *Idea Spektrum*.
- Burkhard, R. (2001). Religionspolitik und Zivilreligion. In R. Schieder (Hrsg.), *Religionspolitik und Zivilreligion* (S. 233–237). Nomos Verlag.
- Busse, D. & Teubert, W. (1994). Ist Diskurs ein sprachwissenschaftliches Objekt? Zur Methodenfrage der Historischen Semantik. In D. Busse, F. Hermanns & W. Teubert (Hrsg.), *Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte* (S. 10–28). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Campact Team. (2014). *Vielfalt bleibt Bildungsziel, wir haben gewonnen*. campact! <https://blog.campact.de/2014/08/vielfalt-bleibt-bildungsziel-wir-haben-gewonnen/>.
- Campbell, D. T. & Fiske, D. W. (1959). Convergent and Discriminant Validation by the Multitrait-Multimethod Matrix. *Psychological Bulletin*, 56(2), 81–105.
- Cannell, F. (Hrsg.). (2006). *The Anthropology of Christianity*. Duke University Press Books.
- Canovan, M. (1981). *Populism*. Jovanovich.
- Casanova, J. (1994). *Public Religion in the Modern World*. Chicago University Press.
- Casanova, J. (2001). Secularization. In N. J. Smelser & P. B. Baltes (Hrsg.), *International Encyclopedia of the Social and Behavioral Sciences* (S. 13786–13791). Elsevier.
- Casanova, J. (2007). Rethinking Secularization: A global comparative Perspective. In P. Beyer & L. G. Beaman (Hrsg.), *Religion, Globalization and Culture* (S. 101–120). Brill.
- Chefredakteur weist Sternberg-Kritik zurück (19. Dezember 2019). *Tagespost*. <https://www.die-tagespost.de/politik/aktuell/Tagespost-Chefredakteur-weist-Sternberg-Kritik-zurueck;art315,204088>.
- Christen können keine Nationalisten sein (11. Juni 2018). *Idea Spektrum*.
- Cohn-Sherbok, D. (2006). *The Politics of Apocalypse: The History and Influence of Christian Zionism*. Oneworld.
- Coleman, S. & Hacklett, R. I. J. (Hrsg.). (2015). *The Anthropology of Global Pentecostalism and Evangelicalism*. NYU Press.
- Cook, T. D. (1985). Post-Positivist Critical Multiplism. In M. Bulmer (Hrsg.), *Social science and social policy* (S. 21–62). Allen und Unwin.

- Creswell, J. W. & Plano Clark, V. L. (2018). *Designing and Conducting Mixed-Methods Research*. Sage.
- Croissant, A. & Trinn, C. (2008). *Kultur, Identität und Konflikt in Asien und Südostasien*. Studie der Bertelsmann Stiftung. www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-F11C51DC-9CDF07DC/bst/xcms_bst_dms_26531_26532_2.pdf.
- Dalos, G. (2015). *Geschichte der Russlanddeutschen. Von Katharina der Großen bis zur Gegenwart*. C.H. Beck.
- Danaci, D. (2012). *Die Macht sozialer Identitäten: Einstellungen und Abstimmungsverhalten gegenüber Minderheiten in der Schweiz*. Nomos Verlag.
- Davie, G. (1994). *Religion in Britain since 1945: Believing without Belonging*. Blackwell.
- Dawkins, R. (2007). *Der Gotteswahn*. Ullstein.
- Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (Hrsg.). (2012). *Die Mitte im Umbruch: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012*. Dietz.
- Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (2014). *Die stabilisierte Mitte: Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014*. Universität Leipzig.
- Decker, O., Kiess, J. & Brähler, E. (Hrsg.). (2016). *Die enthemmte Mitte: Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland*. Psychosozial-Verlag.
- Decker, O., Weißmann, M., Kiess, J. & Brähler, E. (Hrsg.). (2010). *Die Mitte in der Krise: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010*. Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Decker, Frank. (2004). *Der neue Rechtspopulismus*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. *Demo für alle. Wer wir sind*. <https://demofueralle.de/home/wer-wir-sind/>.
- Demuth, N. (2020). *Ökumenischer Kirchentag will AfD-Vertretern keine Bühne bieten. Mit christlichen Überzeugungen unvereinbar*. www.domradio.de/themen/kirche-und-politik/2020-06-04/mit-christlichen-ueberzeugungen-unvereinbar-oekumenischer-kirchentag-will-afd-vertretern-keine.
- Denzin, N. (1970). *The Research Act: A theoretical Introduction to Sociological Methods*. Aldine.
- DESTATIS. (2017). *Bevölkerung nach Migrationshintergrund und doppelter Staatsangehörigkeit*. www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/MigrationIntegration/.
- Dettmar, V. (1994). *Interesse und Information. Vergleich der Presseagenturen „Evangelischer Pressedienst“ und „Informationsdienst der Evangelischen Allianz“*. Peter Lang.
- Deutsche Evangelische Allianz. (2017). *Suchet der Stadt Bestes: Zur Verantwortung von Christen in Staat und Gesellschaft*. <https://frieden.ead.de/fileadmin//Arbeitskreise/Politik/SuchtDerStadtBestes.pdf>.
- Diakonie Deutschland. (2018). *Umgang mit Rechtspopulismus: Eine Handreichung für die Diakonie*. www.diakonie.de/fileadmin/user_upload/Diakonie/PDFs/Broschuere_PDF/2018-10-17_umgang_mit_rechtspopulismus.pdf.
- Diaz-Bone, R. (2005). Die ‚interpretative Analytik‘ als rekonstruktiv-strukturalistische Methodologie. Bemerkungen zur Eigenlogik und strukturalistischen Öffnung der Foucaultschen Diskursanalyse. In R. Keller (Hrsg.), *Die diskursive Konstruktion von Wirklichkeit: Zum Verhältnis von Wissenssoziologie und Diskursforschung (179-199)*. UVK Verlag.
- Dirsch, F. (4. August 2017). Die Notwendigkeit von Grautönen. *Tagespost*.
- Dirsch, F. (11. April 2018). Pflicht oder Gefahr. *Tagespost*.
- Dirsch, F. (9. Februar 2019a). Christliches Abendland: Zur Geschichte eines Deutungsmusters. *Tagespost*.
- Dirsch, F. (13. März 2019b). Erst nachdenken, dann verabschieden. *Tagespost*.

- Dirsch, F., Münz, V. & Wawerka, T. (Hrsg.). (2018). *Rechtes Christentum? Der Glaube im Spannungsfeld von nationaler Identität, Populismus und Humanitätsgedanken*. Ares Verlag.
- Dirsch, F., Münz, V. & Wawerka, T. (Hrsg.). (2019). *Nation, Europa, Christenheit: Der Glaube zwischen Tradition, Säkularismus und Populismus*. Ares Verlag.
- Dragolov, G., Ignácz, Z., Lorenz, J., Delhey, J. & Boehnke, K. (2014). *Radar gesellschaftlicher Zusammenhaltmessung was verbindet: Gesellschaftlicher Zusammenhalt im internationalen Vergleich*. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Studie_LW_Radar_Deutschland_2014.pdf.
- Dudenredaktion. (2016). *Von Arschgeige bis Wuchtbrumme: Die 333 lustigsten Schimpfwörter*. Bibliographisches Institut GmbH.
- Dümling, B. (2011). *Migrationskirchen in Deutschland: Orte der Integration*. Lembeck.
- Ebertz, M. N. (2018). Dispersion und Transformation. In D. Pollack, V. Krech, O. Müller & M. Hero (Hrsg.), *Handbuch Religionssoziologie* (S. 411–436). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Egger, A. & van Eimeren, B. (2019). Mediennutzung älterer Menschen zwischen Beständigkeit und digitalem Wandel. *Media Perspektiven*, 6, 267–285.
- Eisenstadt, S. N. (2003). *Comparative Civilizations and Multiple Modernities*. Brill.
- Elter, A. (2010). „Doch kein Wundermittel“ - Wahlkämpfe und das Web 2.0. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 23(3), 64–71.
- Elwert, F., Radermacher, M. & Schlamelcher, J. (2018a). Einleitung. In F. Elwert, M. Radermacher & J. Schlamelcher (Hrsg.), *Handbuch Evangelikalismus* (S. 11–20). Bundeszentrale für politische Bildung.
- Elwert, F., Radermacher, M. & Schlamelcher, J. (Hrsg.). (2018b). *Handbuch Evangelikalismus*. Bundeszentrale für politische Bildung.
- Engeli, I., Green-Pederson, C. & Larsen, L. T. (Hrsg.). (2012). *Morality Politics in Western Europe. Parties, Agendas and Policy Choices*. Palgrave Macmillan.
- Engels, D. (2017). Gesellschaftspolitik. In H. Oberreuter (Hrsg.), *Staatslexikon*. Herder Verlag. <https://www.staatslexikon-online.de/Lexikon/Gesellschaftspolitik>.
- Eppelsheim, P. (7. Juni 2018). Wir versuchen, die Grenzen des Sagbaren auszuweiten. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/gauland-interview-afd-will-grenzen-des-sagbaren-ausweiten-15627982.html>.
- Erfolgreich werben mit der Tagespost*. <https://www.die-tagespost.de/anzeigen/Erfolgreich-werben-mit-der-Tagespost-Ihre-Anzeigen-und-Beilagenwerbung;art31,18>.
- Ergebnisse des Zensus 2011*. <https://ergebnisse.zensus2011.de/datenbank/online/>.
- Erk, D. & Schirmer, S. (23. Juli 2015). *Journal National*. www.zeit.de/2015/30/afd-junge-freiheit-wochenzeitung?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F.
- Die Evangelische Allianz als Netzwerk*. www.ead.de/ueber-uns/netzwerk-und-struktur/.
- Fernández, S. A. (2012). Fighting against the Moral Agenda of Zapatero's Socialist Government (2004–2011): The Spanish Catholic Church as a Political Contender. *Politics and Religion*, 5(3), 671–694.
- Fetzer, J. S. & Soper, J. C. (2005). *Muslims and the State in Britain, France, and Germany*. Cambridge University Press.
- Finkbeiner, F., Schenke, Julian, Trittel, Katharina, Schmitz, C. & Marg, S. (2016). *PEGIDA: Aktuelle Forschungsergebnisse*. <http://www.demokratie-goettingen.de/blog/pegida-2016-studie>.
- Fischer, F. (2003). *Reframing Public Policy. Discursive Politics and Deliberative Practices*. Oxford University Press.
- Flick, U. (2011). *Triangulation*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Forschungsgruppe Wahlen. (2019). *Wahlentscheidung nach Geschlecht in Sachsen*. www.sueddeutsche.de/politik/landtagswahl-sachsen-ergebnisse-demografie-1.4583876.
- Fox, J. (2013). *An Introduction to Religion and Politics: Theory and Practice*. Taylor and Francis.
- Fraser, N. (1990). Rethinking the Public Sphere: A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy. *Social Text* (25/26), 56–80.
- Früh, W. (1991). *Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis*. Ölschläger.
- Funk, A. (14. Januar 2015). Studie über Anhänger der Pegida: Gut ausgebildet, konfessionslos, unzufrieden. www.tagesspiegel.de/politik/studie-ueber-anhaenger-der-pegida-gut-ausgebildet-konfessionslos-unzufrieden/11229064.html.
- Gabriel, K., Gärtner, C. & Pollack, D. (Hrsg.). (2012). *Umstrittene Säkularisierung: Soziologische und historische Analysen zur Differenzierung von Religion und Politik*. Berlin University Press.
- Gamson, W. A. (1988). Political Discourse and Collective Action. In B. Klandermans, H. Kriesi & S. Tarrow (Hrsg.), *International social movement research: From structure to action: Comparing social movement research across cultures* (S. 219–244). JAI.
- Gamson, W. A. (1992). *Talking politics*. Cambridge University Press.
- Gamson, W. A. & Meyer, D. S. (1996). Framing political opportunity. In M. Dough, J. D. McCarthy & M. N. Zald (Hrsg.), *Comparative Perspectives on Social Movements. Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings* (S. 275–290). Cambridge University Press.
- Gamson, W. A. & Modigliani, A. (1989). Media discourse and public opinion on nuclear power: A constructionist approach. *American Journal of Sociology*, 95(1), 1–37.
- Gauland, A. (2016). „Wir sind keine christliche Partei“. <https://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/alexander-gauland-betrachtet-afd-nicht-als-christlich-14250064.html>.
- Gebhardt, W. (2018). Religiöse Szenen und Events. In D. Pollack, V. Krech, O. Müller & M. Hero (Hrsg.), *Handbuch Religionssoziologie* (S. 591–610). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gebhardt, W., Hitzler, R [Ronald] & Pfadenhauer, M. (2000). *Events. Soziologie des Außergewöhnlichen*. Westdeutscher Verlag.
- Geiges, L., Marg, S. & Walter, F. (Hrsg.). (2015). *Pegida*. Transcript Verlag.
- George, A. L. & Bennett, A. (2005a). *Case Studies and Theory Development in the Social Sciences*. MIT Press.
- George, A. L. & Bennett, A. (2005b). *Case Studies and Theory Development in the Social Sciences*. MIT Press.
- Georgi, C. & Glaser, J. (2015). *Reconsidering Convergence Culture and Its Consequences for Literary Studies. Convergence Culture Reconsidered: Media – Participation – Environments*. Universitätsverlag Göttingen.
- Gerhards, J. (1991). *Die Macht der Massenmedien und die Demokratie: Empirische Befunde*. WZB-Paper.
- Gerhards, J. (2001). Der Aufstand des Publikums. Eine systemtheoretische Interpretation des Kulturwandels in Deutschland zwischen 1960 und 1989. *Zeitschrift für Soziologie*, 3(30), 163–184.
- Gerhards, J. & Neidhardt, F. (1991). Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit. Fragestellungen und Ansätze. In S. Müller-Dohm & K. Neumann-Braun (Hrsg.), *Öffentlichkeit, Kultur, Massenkommunikation: Beiträge zur Medien- und Kommunikationssoziologie* (S. 31–89). VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Gerhards, J., Neidhardt, F. & Rucht, D. (1998). *Zwischen Palaver und Diskurs. Strukturen öffentlicher Meinungsbildung am Beispiel der deutschen Diskussion zur Abtreibung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gernot, F. (2. August 2019). Rückbesinnung auf den Kern des Glaubens. *Junge Freiheit*.
- Gerring, J. (2007). *Case Study Research. Principles and Practices*. Cambridge University Press.
- Gerring, J. (2011). How Good Is Good Enough? A Multidimensional, Best-Possible Standard for Research Design. *Political Research Quarterly*, 64(3), 625–636.
- Gersdorff, M. von. (2014). *Eindrucksvolle Demonstration für das Elternrecht am 1. Februar 2014 in Stuttgart*. <https://charismatismus.wordpress.com/tag/hans-christian-fromm/>.
- Gerster, D., Reuter, A. & Willems, U. (2016). Ordnungen religiöser Pluralität. Eine Einleitung. In U. Willems, A. Reuter & D. Gerster (Hrsg.), *Ordnungen religiöser Pluralität: Wirklichkeit - Wahrnehmung - Gestaltung* (S. 9–49). Campus Verlag.
- Gervais, W. M., Xygalatas, D., McKay, R. T., van Elk, M., Buchtel, E. E., Aveyard, M., Schiavone, S. R., Dar-Nimrod, I., Svedholm-Häkkinen, A. M., Riekkki, T., Klocová, E. K., Ramsay, J. E. & Bulbulia, J. (2017). Global Evidence of Extreme Intuitive Moral Prejudice against Atheists. *Nature Human Behaviour*, 1(8), 1–5.
- Gnadauer Verband. *Der Evangelische Gnadauer Gemeinschaftsverband HEUTE*. <https://www.gnadauer.de/der-verband/ueber-uns/>.
- Goerres, A. & Mayer, Sabrina, Spies, Dennis C. (2019). *Draußen vor der Tür? Russlanddeutsche Wähler und ihre unvollständige politische Integration in die deutsche Parteiendemokratie*. <https://regierungsforschung.de/draussen-vor-der-tuer-russlanddeutsche-waehler-und-ihre-unvollstaendige-politische-integration-in-die-deutsche-parteiendemokratie/>.
- Goertz, J. (Hrsg.). (1999). *Die Solidarische Kirche in der DDR: Erfahrungen, Erinnerungen, Erkenntnisse*. BasisDruck.
- Graf, F. W. (2004). *Die Wiederkehr der Götter: Religion in der modernen Kultur*. C.H. Beck.
- Graf, F. W. (2007). Religion und Gesellschaft unter den Bedingungen der Globalisierung. In F. W. Graf (Hrsg.), *Religion und Globalisierung* (S. 3–12). Kohlhammer.
- Greifenstein, P. (2020). *Die rechte Ecke: Die Tagespost und die „wahre Schwarmintelligenz“*. <https://eulemagazin.de/die-rechte-ecke-die-tagespost-und-die-wahre-schwarmintelligenz/>.
- Greven, M. T. & Willems, U. (1995). Moralische Forderungen in der politischen Gesellschaft. Anmerkungen zu einem spezifischen Typus politischer Forderungen. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 2(8), 76–90.
- Grünbein, D. (1. Juli 2015). Das Volk, dieses Monster, 2015. www.zeit.de/2015/07/dresden-seele-pegida-demos-durs-gruenbein/seite-2.
- Grüne Weltanschauung und Kirche: Politisierung des Laienkatholizismus (9. Oktober 2017). *Tagespost*.
- Grzymala-Busse, A. (2012). Why comparative politics should take religion (more) seriously. *Annual Review of Political Science*, 15(1), 421–442.
- Guske, K. (2014). *Zwischen Bibel und Grundgesetz: Die Religionspolitik der Evangelikalen in Deutschland*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Haase, T. (20. November 2020). *Der deutsche Bibel Belt: Evangelikale und die Nähe zu rechten Ideologien*. Deutschlandfunk. <https://www.deutschlandfunknova.de/beitrag/evangelikale-christen-und-der-bible-belt-verbindungen-zu-pegida-und-zur-afd>.
- Habermas, J. (1985). *Die neue Unübersichtlichkeit*. Suhrkamp.
- Habermas, J. (31. März 1999). Der Zeigefinger. Die Deutschen und ihr Denkmal. *Zeit*.

- Habermas, J. (2003). *Glauben und Wissen: Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 2001*. Suhrkamp.
- Habermas, J. (2009). *Zwischen Naturalismus und Religion: Philosophische Aufsätze*. Suhrkamp.
- Hackett, C. & Lindsay, D. M. (2008). Measuring Evangelicalism: Consequences of Different Operationalization Strategies. *Journal for the Scientific Study of Religion*, 3(47), 499 – 514.
- Hajer, M. (2002). Discourse Analysis and the Study of Policy Making. *European Journal of Political Research*, 2(1), 61–65.
- Hajer, M. A. (1995). *The Politics of Environmental Discourse*. Open University Press.
- Hajer, M. A. (2003a). Argumentative Diskursanalyse. Auf der Suche nach Koalitionen, Praktiken und Bedeutung. In R. Keller, A. Hirsland, W. Schneider & W. Viehöver (Hrsg.), *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse: Band II: Forschungspraxis* (S. 271–298). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hajer, M. A. (2003b). A Frame in the Fields: Policymaking and the Reinvention of Politics. In M. A. Hajer & H. Wagenaar (Hrsg.), *Deliberative Policy Analysis: Theories of Institutional Design: Understanding Governance in the Network Society* (S. 88–110). Cambridge University Press.
- Hajer, M. A. (2008). Diskursanalyse in der Praxis: Koalition, Praktiken und Bedeutung. In F. Janning & K. Toens (Hrsg.), *Die Zukunft der Policy-Forschung: Theorien, Methoden, Anwendungen* (S. 212–222). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hajer, M. A. (2009). Discourse Coalitions and Institutionalisation of Practice: The Case of Acid Rain in Great Britain. In F. Fischer & J. Forester (Hrsg.), *The argumentative Turn in Policy Analysis and Planning* (S. 43–67). Duke University Press Books.
- Hajer, M. A. & Wagenaar, H. (Hrsg.). (2003). *Deliberative Policy Analysis: Theories of Institutional Design: Understanding Governance in the Network Society*. Cambridge University Press.
- Hansen, S. (2011). *Religion and Reaction. The Secular Political Challenge to the Religious Right*. Rowman and Littlefield.
- Hark, S. & Villa, P.-I. (Hrsg.). (2015). *Anti-Genderismus: Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*. Transcript Verlag.
- Hasebrink, Uwe, Hölig, Sascha (2014). Topografie der Öffentlichkeit. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 16–22.
- Hasenclever, A. (2003). Kriegstreiber und Friedensengel. Die Rollen von Religionen und Glaubensgemeinschaften in bewaffneten Konflikten. In C. Hauswedell, C. Weller, U. Ratsch & R. Mutz (Hrsg.), *Friedensgutachten 2003* (S. 71–79). LIT.
- Der häufigste Grund für Kirchenaustritte: Kirchensteuer ist der häufigste Grund für Kirchenaustritte in Berlin*. (2019). <https://www.evangelisch.de/inhalte/158755/29-07-2019/kirchensteuer-ist-der-haeufigste-grund-fuer-kirchenaustritte-berlin>.
- Haus, M. (2008). Governance-Rhetorik und Institutionenpolitik. Politisierung und Depolitization in der Konstruktion neuer Praktiken des Regierens. In G. F. Schuppert & M. Zürn (Hrsg.), *Governance in einer sich wandelnden Welt*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hehir, J. B. (2012). Why Religion? Why Now? In T. S. Shah, A. C. Stepan & M. D. Toft (Hrsg.), *Rethinking Religion and World Affairs* (S. 15–24). Oxford University Press.
- Heichel, S., Knill, C. & Preidel, C [Carlone]. (2015). Moralpolitik in Deutschland: Analytische Besonderheiten und Implikationen für die weitere Forschung. In C. Knill, S. Heichel, C. Preidel & K. Nebel (Hrsg.), *Moralpolitik in Deutschland: Staatliche Regulierung gesellschaftlicher Wertekonflikte im historischen und internationalen Vergleich* (S. 241–260). VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Heichel, S., Knill, C., Preidel, C [Caroline] & Nebel, K. (2015). Moralpolitik in Deutschland: Bestimmungsfaktoren und Rahmenbedingungen. In C. Knill, S. Heichel, C. Preidel & K. Nebel (Hrsg.), *Moralpolitik in Deutschland: Staatliche Regulierung gesellschaftlicher Wertekonflikte im historischen und internationalen Vergleich* (S. 25–50). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Heimbach-Steins, M., Filipović, A. & Becker, J. (2017). *Grundpositionen der Partei "Alternative für Deutschland" und der katholischen Soziallehre im Vergleich: Eine sozioethische Expertise*. https://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/fb2/c-systematischetheologie/christlichesozialwissenschaften/heimbach-steins/ics-arbeitspapiere/ics_ap_8_afd_kathsl.pdf.
- Heimowski, U. (2017). *Die deutsche evangelische Allianz und ihr Beitrag zur politischen Debatte*. https://frieden.ead.de/fileadmin/Arbeitskreise/Politik/Deutsche_Evangelische_Allianz.pdf.
- Heimowski, U. & Markstein, R. (2020). Rechtspopulistische Positionen und Evangelikale. In Backes, Uwe (Hrsg.), *Das Kreuz mit der Neuen Rechten?* (194-115). Hans-Seidel-Stiftung.
- Heinrich, K. (4. April 2016). *Wer von Russlanddeutschen politisch profitieren will*. https://www.deutschlandfunk.de/deutschland-wer-von-russlanddeutschen-politisch-profitieren.724.de.html?dram:article_id=350215.
- Heinrich Timmerevers und AfD-Anhänger: Heinrich Timmerevers gegen Pauschalurteil bei AfD-Anhängern. Dresdner Bischof setzt auf Gewissen der Gläubigen (5. Dezember 2016). www.katholisch.de/artikel/11473-dresdner-bischof-setzt-auf-gewissen-der-glaebigen.
- Heiser, P. (2018). *Religionssoziologie*. Wilhelm Fink.
- Helmut Matthies (2016). Herr Adam, warum tun Sie sich das an? *Idea Spektrum*, 20.
- Hempelmann, R. & Lamprecht, H. (Hrsg.). (2018). *EZW-Texte: Bd. 256. Rechtspopulismus und christlicher Glaube*. Verbum GmbH.
- Hendricks, V. F. & Vestergaard, M. (2018). *Postfaktisch: Die neue Wirklichkeit in Zeiten von Bullshit, Fake News und Verschwörungstheorien*. Blessing.
- Hennig, A. (2012). *Moralpolitik und Religion*. Ergon-Verlag.
- Hennig, A. & Meyer Resende, M. (2016). Bedingungen der Aktivierung von moralpolitischen Konflikten. In I.-J. Werkner & O. Hidalgo (Hrsg.), *Religiöse Identitäten in politischen Konflikten* (S. 289–314). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hennis, W. (1987). *Max Webers Fragestellung. Studien zur Biografie des Werks*. Mohr Siebeck.
- Hepp, A. (2010). *Cultural Studies und Medienanalyse: Eine Einführung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Héritier, A. (1993). Einleitung Policy-Analyse. Elemente der Kritik und Perspektiven der Neuorientierung. In A. Héritier (Hrsg.), *Policy-Analyse: Kritik und Neuorientierung* (S. 9–36). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Herr Stängle wittert Unfreiheit (2. Januar 2014). *T.A.Z.* <https://taz.de/Sexuelle-Vielfalt-im-Unterricht/!5051637/>.
- Hertel, P. (1996). *Geheimnisse des Opus Dei: Verschlussachen - Hintergründe - Strategien*. Herder Verlag.
- Hervieu-Léger, D. (2004). *Pilger und Konvertiten: Religion in Bewegung*. Ergon-Verlag.
- Hidalgo, O. (14. Februar 2019). Religion und Rechtspopulismus. *Argumentation Kompakt Hans Seidel Stiftung*.
- Hidalgo, O. (2020). Kritik der Identitätspolitik in der Demokratie. *Ethik und Gesellschaft*, 1, 1–35.

- Hidalgo, O. & Polke, C. (2017a). Einleitung. In O. Hidalgo & C. Polke (Hrsg.), *Staat und Religion: Zentrale Positionen zu einer Schlüsselfrage des politischen Denkens* (S. 1–20). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hidalgo, O. & Polke, C. (Hrsg.). (2017b). *Staat und Religion: Zentrale Positionen zu einer Schlüsselfrage des politischen Denkens*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hidalgo, O. & Yendell, A. (2019). Religion und Rechtspopulismus. *eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft*, 6(1). www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_hidalgo_yendell_190619.pdf.
- Hillenbrand, C. (2020). Religion als Treiber oder Bremse für Bedrohungsgefühle? *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 4(1), 45–79.
- Höhn, H.-J. (2007). *Postsäkular. Gesellschaft im Umbruch-Religion im Wandel*. Schöningh.
- Holthaus, S. (2007). *Die Evangelikalen: Fakten und Perspektiven*. Johannis.
- Homosexualität als Unterrichtsthema: Online-Petition gegen das Vorhaben von Grün-Rot (2. Januar 2014). *Stuttgarter Zeitung*. <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.homosexualitaet-als-unterrichtsthema-online-petition-gegen-das-vorhaben-von-gruen-rot.b9332bfa-2a15-4e54-802e-308af5584cfb.html?reduced=true>.
- Homosexualität im Unterricht: Bildungsplan sorgt weiter für Zündstoff (11. Januar 2014). *Stuttgarter Zeitung*. www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.homosexualitaet-im-unterricht-bildungsplan-sorgt-weiter-fuer-zuendstoff.d57b9c44-f922-4f6c-9efb-c9202404a948.html.
- Huber, S. & Yendell, A. (2019). Does Religiosity Matter? Explaining Right-Wing Extremist Attitudes and the Vote for the Alternative for Germany (AfD). *Religion and Society in Central and Eastern Europe*, 12(1), 63–82.
- Huhn, K. (2018). „Ich halte den Islam nicht für kompatibel mit unseren Werten“: Interview mit Volker Münz. *Idea Spektrum*, 17, 22–23.
- Hunger, U. & Kissau, K. (Hrsg.). (2009). *Internet und Migration. Theoretische Zugänge und empirische Befunde*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hunt, S. A. & Benford, R. D. (2007). Collective Identity, Solidarity, and Commitment. In D. A. Snow, S. A. Soule & H. Kriesi (Hrsg.), *The Blackwell Companion to Social Movements* (S. 433–457). Oxford University Press.
- Huntington, S. P. (1991). *The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century*. University of Oklahoma Press.
- Huntington, S. P. (1996). *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*. Simon und Schuster.
- Iannaccone, L. R. (1992). Religious Markets and the Economics of Religion. *Social Compass*, 1(39), 123–131.
- Idea Spektrum: Ein religiöses Multikulti lehnt Gott ab, 21.11.2016.
Idea: Über uns. <https://www.idea.de/ueber-uns>.
- Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern. *Quartalsauflagen*. <https://www.ivw.eu>.
- Infratest dimap. (2016). *Umfragen Wer wählte was*. <https://wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-LT-DE-BW/umfrage-werwas.shtml>.
- Infratest dimap. (2019). *Wahlverhalten nach Berufen und Tätigkeiten*. www.mdr.de/sachsen/politik/wahlen/landtagswahl/wahlverhalten-waehler-sachsen-100.html.
- Infratest dimap & Hans Böckler Stiftung. (2019). *Vor allem Arbeiter wählten die AfD*. <https://de.statista.com/infografik/19203/welche-berufsgruppen-die-afd-waehlen/>.
- Inglehart, R. (1990). *Culture Shift in Advanced Industrial Society*. Princeton University Press.
- Inglehart, R. & Norris, P. (2003). *Rising Tide: Gender Equality and Cultural Change around the World*. Cambridge University Press.

- Interview mit Natalie Fromm: Bildungsplan "auf sexuelle Inhalte fokussiert" (6. Februar 2014). *Freie Welt*. www.freiewelt.net/interview/bildungsplan-auf-sexuelle-inhalte-fokussiert-10023995/.
- Israel, J. (Hrsg.). (1991). *Zur Freiheit berufen: Die Kirche in der DDR als Schutzraum der Opposition 1981 - 1989*. Aufbau-Taschenbuch-Verlag.
- Jäger, S. (2001). Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse. In R. Keller, A. Hirsland & W. Viehöver (Hrsg.), *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse: Band I: Theorien und Methoden* (S. 83–115). Leske und Budrich.
- Janning, F., Leifeld, P [Philip], Malang, T. & Schneider, V. (2009). Diskursnetzwerkanalyse. Überlegungen zur Theoriebildung und Methodik. In V. Schneider, F. Janning, P. Leifeld & T. Malang (Hrsg.), *Politiknetzwerke: Modelle, Anwendungen und Visualisierungen* (S. 59–92). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Jenkins, R. (2004). *Social Identity*. Routledge.
- Jenkins, H. (2008). *Convergence Culture: Where Old and New Media Collide*. New York University Press.
- Joas, H. (2007). Führt Modernisierung zur Säkularisierung? In G. Nollmann & H. Strasser (Hrsg.), *Woran glauben? Religion zwischen Kulturkampf und Sinnsuche*; 29. *Duisburger Akzente 2006 zum Thema "Woran glauben?" 25. April bis 21. Mai 2006* (S. 37–45). Klartext-Verlag.
- Joas, H. (2010). Die säkulare Option. Ihr Aufstieg und ihre Folgen. In M. Kühnlein (Hrsg.), *Kommunitarismus und Religion* (S. 231–241). Akademie Verlag.
- Joas, H. (Hrsg.). (2012). *Vielfalt der Moderne - Ansichten der Moderne*. Fischer.
- Jonas, Eva, Fritsche, Immo (2013). Destined to Die but Not to Wage War. How Existential Threat Can Contribute to Escalation or De-Escalation of Violent Intergroup Conflict. *American Psychologist* (68), 543–558.
- Juergensmeyer, M. (1993). *The New Cold War? Religious Nationalism Confronts the Secular State*. University of California Press.
- Juergensmeyer, M. (2004). *Terror in the Mind of God: The Global Rise of Religious Violence*. California Press.
- Jung, M. (1997). Linguistische Diskursgeschichte. In M. Jung & M. Wengeler (Hrsg.), *Öffentlicher Sprachgebrauch. Praktische, theoretische und historische Perspektiven*. (S. 453–472). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Junge Freiheit - Lesen, was wirklich wichtig ist.* (2013). https://www.youtube.com/watch?v=S3th_AWJ05I&feature=emb_logo.
- Junge Freiheit: Das Kreuz gehört zu uns, 11.05.2018.
- Junge Freiheit: Der Verlag.* <https://jungefreiheit.de/informationen/ueber-den-verlag/>.
- Junge Freiheit: Die Geschichte der JF.* <https://jungefreiheit.de/informationen/die-geschichte-der-jf/>.
- Junge Freiheit: Leitbild der JF.* <https://assets.jungefreiheit.de/2019/07/17-Leitbild-der-JF.pdf>.
- Jütte, R. (1993). *Geschichte der Abtreibung: Von der Antike bis zur Gegenwart*. C.H. Beck.
- Kajan, S. (12. November 2019). Die Mitte im Dilemma: Ein Stimmungsbild drei Wochen nach der Wahl in Thüringen. Die Parteien und auch die Kirche suchen nach Orientierung. Ein Stimmungsbild. *Die Tagespost*. <https://www.die-tagespost.de/politik/aktuell/Die-Mitte-im-Dilemma;art315,203252>.
- Kalthoff, H. (2010). Beobachtung und Komplexität. Überlegungen zum Problem der Triangulation. *Sozialer Sinn*, 2(11), 106–124.
- Kamann, M. (22. August 2015). „Bibel sieht Homosexualität nicht als Gottes Willen“, 2015. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article145495633/Bibel-sieht-Homosexualitaet-nicht-als-Gottes-Willen.html>.

- Kantner, C. & Overbeck, M. (2016). Religiöse Identitäten als Diskursblocker. In I.-J. Werkner & O. Hidalgo (Hrsg.), *Religiöse Identitäten in politischen Konflikten* (S. 173–192). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kastner, Jens, Susemichel, Lea (2019). Zur Geschichte linker Identitätspolitik. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 11–17.
- Kauder, V. (2017). *Volkskirchen dürfen Missionsauftrag nicht vernachlässigen*. <https://www.idea.de/Politik/detail/volkskirchen-duerfen-missionsauftrag-nicht-vernachlaessigen-103776.html>.
- Kaufmann, F. X. (1979). *Kirche begreifen: Analysen und Thesen zur gesellschaftlichen Verfassung des Christentums*. Herder Verlag.
- Kaufmann, F. X. (1989). *Religion und Modernität: Sozialwissenschaftliche Perspektiven*. Mohr Siebeck.
- Kaufmann, F. X. (2000). *Wie überlebt das Christentum*. Herder Verlag.
- Kaufmann, F. X. (2014). *Christentum-Moderne-Politik*. Schöningh.
- Kaufmann, F. X. (2016, 11. Januar). *Kirche in der modernen Gesellschaft*. Bistum Essen. Tag der Priester und Diakone 2016, Essen. https://www.bistum-essen.de/fileadmin/bereiche/za-kom/160111_Franz-Xaver_Kaufmann_Kirche_in_der_modernen_Gesellschaft.pdf.
- KCF: *Über uns und unsere Ziele*. <https://www.kcf.de/der-kcf/ueber-den-kcf/>.
- Keller, R. (1997). Diskursanalyse. In R. Hitzler & A. Honer (Hrsg.), *Sozialwissenschaftliche Hermeneutik: Eine Einführung* (S. 309–335). Leske und Budrich.
- Keller, R. & Viehöver, W. (2006). Diskursanalyse. In J. Behnke, T. Gschwend, D. Schindler & J. Schlamelcher (Hrsg.), *Methoden der Politikwissenschaft. Neuere qualitative und quantitative Analyseverfahren* (S. 103–111). Nomos Verlag.
- Kellershohn, H. & Kastrup, W. (Hrsg.). (2016). *Kulturkampf von rechts. AfD, Pegida und die Neue Rechte*. Unrast.
- Kemper, A. (2016). Geschlechter- und familienpolitische Positionen der AfD. In H. Kellershohn & W. Kastrup (Hrsg.), *Kulturkampf von rechts. AfD, Pegida und die Neue Rechte* (S. 147–161). Unrast.
- Kern, T. & Pruiskens, I. (2018a). Evangelikalismus als Bewegung. In F. Elwert, M. Radermacher & J. Schlamelcher (Hrsg.), *Handbuch Evangelikalismus* (S. 261–274). Bundeszentrale für politische Bildung.
- Kern, T. & Pruiskens, I. (2018b). Religiöse Bewegungen – Das Beispiel des Evangelikalismus in den USA. In D. Pollack, V. Krech, O. Müller & M. Hero (Hrsg.), *Handbuch Religionssoziologie* (S. 507–524). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kippenberg, H. G., Rüpke, J. & Stuckrad von, K. (2009). *Europäische Religionsgeschichte: Ein mehrfacher Pluralismus*. Vandenhoeck und Ruprecht.
- Kirchen wehren sich gegen Homosexualität auf dem Lehrplan (10. Januar 2014). *Zeit*. https://www.zeit.de/gesellschaft/schule/2014-01/baden-wuerttemberg-schulen-homosexualitaet-streit-kirchen?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F
- Klatt, T. (2017, 5. Dezember). *Idea, EKD und die rechten Medien*. <https://mmm.verdi.de/beruf/idea-ekd-und-die-rechten-medien-46573>.
- Klein, M. (20. November 2020). Homophobe Äußerungen: Pfarrer Olaf Latzel wegen Volksverhetzung vor Gericht. *Deutschlandfunk*. www.deutschlandfunk.de/homophobe-aeusserungen-pfarrer-olaf-latzel-wegen.886.de.html?dram:article_id=487861.
- Klimeniouk, N. (2018). *Nationalismus und Rassismus bei "Russlanddeutschen"?* www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/260496/nationalismus-und-rassismus-bei-russlanddeutschen.

- Kloke, M. (2008). Auf zum letzten Gefecht! Christlicher Zionismus auf dem Vormarsch? *Internationale Zeitschrift für Theologie und Geschichtswissenschaft*, 21, 86–107.
- Kneuer, M. (2017). Politische Kommunikation und digitale Medien in der Demokratie. In H. Gapski, M. Oberle & W. Staufer (Hrsg.), *Medienkompetenz* (S. 43–52). Bundeszentrale für politische Bildung.
- Knill, C. (2013). The Study of Morality Policy: Analytical Implications from a Public Policy Perspective. *Journal of European Public Policy*, 20(3), 309–317.
- Knill, C., Preidel, C [Caroline] & Nebel Kerstin. (2015). Einleitung: Moralpolitik als Analysegegenstand. In C. Knill, S. Heichel, C. Preidel & K. Nebel (Hrsg.), *Moralpolitik in Deutschland: Staatliche Regulierung gesellschaftlicher Wertekonflikte im historischen und internationalen Vergleich* (S. 15–24). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Knoblauch, H. (2009). *Populäre Religion. Auf dem Weg in eine spirituelle Gesellschaft*. Campus Verlag.
- Konersmann, P. (31. Januar 2016). Nur Mittel zum Zweck: Gesellschaft - Es hat sich eingebraunt, das Holzkreuz, angemalt in Schwarz-Rot-Gold. Eine neue Studie des Göttinger Instituts für Demokratieforschung zeigt jedoch, dass die Mehrheit der Pegida-Anhänger nicht nur konfessionslos ist, sondern den Kirchen sogar misstraut. <https://www.katholisch.de/artikel/7804-nur-mittel-zum-zweck>.
- Kongress christlicher Führungskräfte. (2015). *Programmheft*. <https://ansaetze.info/sites/default/files/download/kcf2015-programm.pdf>.
- König, M. (2003). *Staatsbürgerschaft und religiöse Pluralität in post-nationalen Konstellationen. Zum institutionellen Wandel europäischer Religionspolitik am Beispiel der Inkorporation muslimischer Immigranten in Großbritannien, Frankreich und Deutschland*. Marburg, Universität Marburg. <http://archiv.ub.uni-marburg.de/diss/z2003/0139/pdf/dmk.pdf>.
- Kontraste verzerrt und verschweigt: Manipulation statt sachgerechter Berichterstattung (7. Februar 2014). *Medrum*. <https://medrum.de/content/kontraste-verzerrt-und-verschweigt-manipulation-statt-sachgerechter-berichterstattung>.
- Koschorke, A. (2013). *Wahrheit und Erfindung: Grundzüge einer Allgemeinen Erzähltheorie*. Fischer.
- Krech, V. (2018). Dimensionen des Religiösen. In D. Pollack, V. Krech, O. Müller & M. Hero (Hrsg.), *Handbuch Religionssoziologie* (S. 51–94). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Krieger, V. (2015). *Kolonisten, Sowjetdeutsche, Aussiedler: eine Geschichte der Russlanddeutschen*. Bundeszentrale für politische Bildung.
- Kriesi, H [Hanspeter]. (2001). *Die Rolle der Öffentlichkeit im politischen Entscheidungsprozess: Ein konzeptueller Rahmen für ein international vergleichendes Forschungsprojekt*. WZB-Paper.
- Kritik an kath.net und Tagespost: ZdK-Präsident Sternberg kritisiert kath.net und Die Tagespost (18. Dezember 2019). <https://www.katholisch.de/artikel/23952-zdk-praesident-sternberg-kritisiert-kathnet-und-die-tagespost>.
- Kroh, M. & Fetz, K. (2016). *Das Profil der AfD-AnhängerInnen hat sich seit Gründung der Partei deutlich verändert*. https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.541584.de/16-34-1.pdf.
- Küble, F. & Thürkauf, I. m. (2. Februar 2014). Stuttgart: Demonstration gegen die Indoktrination unserer Kinder. <http://irrglaube-und-wahrheit.de/index.php/?/topic/14143-petition-kein-bildungsplan-2015-unter-der-ideologie-des/page-4>.

- Kühnlein, M. (Hrsg.). (2014). *Das Politische und das Vorpolitische: Über die Wertgrundlagen der Demokratie*. Nomos Verlag.
- Kuhs, J., Münz, V. & Schmitt, H. (Hrsg.). (2020). *Mut zur Wahrheit: Warum die AfD für Christen mehr als eine Alternative ist*. Hess Verlag.
- Kultusministerium Baden-Württemberg. (2016). *Bildungspläne 2016. Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt (BTV)*. http://www.bildungsplaene-bw.de/Lde/Startseite/BP2016BW_ALLG/BP2016BW_ALLG_LP_BTV.
- Küpper, B., Häusler, A. & Zick, A. (2016). Die Neue Rechte und die Verbreitung neurechter Einstellungen in der Bevölkerung. In *Gespaltene Mitte - feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016* (S. 143–166). Dietz.
- Küpper, B. & Zick, A. (2006). Riskanter Glaube. Religiosität und Abwertung. In W. Heitmeyer (Hrsg.), *Deutsche Zustände: Folge 4* (S. 179–188). Suhrkamp.
- Küpper, B. & Zick, A. (2014). Schützt Religiosität vor Menschenfeindlichkeit oder befördert sie sie? In A. Bieler & H. Wrogemann (Hrsg.), *Was heißt hier Toleranz? Interdisziplinäre Zugänge* (S. 146–163). Neukirchener Theologie.
- Laclau, E. (2018). *On Populist Reason*. Verso.
- Lakoff, G. & Johnson, M. (1980). *Metaphors We Live By*. Chicago University Press.
- Lamprecht, H. (2018). Rechter Nationalismus und das Christentum. In R. Hempelmann & H. Lamprecht (Hrsg.), *EZW-Texte: Bd. 256. Rechtspopulismus und christlicher Glaube* (S. 7–24). Verbum GmbH.
- Landesregierung Baden-Württemberg. (2014). *Arbeitspapier für die Hand der Bildungsplankommissionen als Grundlage und Orientierung zur Verankerung der Leitprinzipien*. https://web.archive.org/web/20140124070408/http://www.kultusportal-bw.de/site/pbs-bw/get/documents/KULTUS.Dachmandant/KULTUS/kultusportal-bw/Bildungsplanreform/Arbeitspapier_Leitprinzipien.pdf.
- Lang, J. (2015). Familie und Vaterland in der Krise: Der extrem rechte Diskurs um Gender. In S. Hark & P.-I. Villa (Hrsg.), *Anti-Genderismus: Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen* (S. 167–182). Transcript Verlag.
- Langer, A., Nonhoff, M. & Reissigl, M. (Hrsg.). (2019). *Diskursanalyse und Kritik*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Laubach, T. (2017). *Gender - Theorie oder Ideologie?* Herder Verlag.
- Lehmann, H. (2005). *Migration und Religion im Zeitalter der Globalisierung*. Wallstein.
- Lehmann, J. G. (2010). An Introduction to the Overton Window of Political Possibility. *Mackinac Center for Public Policy*. <http://www.mackinac.org/12481>.
- Leifeld, P [Philipp] (2013). Reconceptualizing Major Policy Change in the Advocacy Coalition Framework: A Discourse Network Analysis of German Pension Politics. *The Policy Studies Journal*, 1(41), 169–198.
- Leifeld, P [Philipp] & Haunss, S. (2012). Political Discourse Networks and the Conflict over Software Patents in Europe. *European Journal of Political Research*, 3(51), 382–409.
- Leucht, R. & Niekerk, C. (2018). Erzählungen vom ‚wahren Volk‘: Überlegungen zu einer Narratologie des Populismus. In A. Heise-von der Lippe & R. West-Pavlov (Hrsg.), *Literaturwissenschaften in der Krise: Zur Rolle und Relevanz literarischer Praktiken in globalen Krisenzeiten* (S. 109–131). Narr Francke Attempto.
- Lewis, A. R. & De Berdnardo, Huyser, D. (2010). Belonging without Belonging: Utilizing Evangelical Self-Identification to Analyze Political Attitudes and Preferences. *Journal for the Scientific Study of Religion*, 1(49), 112–126.
- Lichtmesz, M. (2014). *Kann nur ein Gott uns retten?* Antaios Verlag.
- Liedhegener, A. (2012). Säkularisierung als Entkirchlichung: Trends und Konjunkturen in Deutschland von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart. In K. Gabriel, C.

- Gärtner & D. Pollack (Hrsg.), *Umstrittene Säkularisierung: Soziologische und historische Analysen zur Differenzierung von Religion und Politik* (S. 481–531). Berlin University Press.
- Liedhegener, A. (2016). Religiöse Identitäten als Problem wechselseitiger Identifizierungen und Kategorisierungen. Aktuelle theoretische Konzepte und Fragen ihrer Operationalisierung in der empirischen Religionsforschung. In I.-J. Werkner & O. Hidalgo (Hrsg.), *Religiöse Identitäten in politischen Konflikten* (S. 65–82). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Liedhegener, A. & Pickel, G. (Hrsg.). (2016). *Religionspolitik und Politik der Religionen in Deutschland: Fallstudien und Vergleiche*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Liedhegener, A. & Werkner, I.-J. (2011). *Religion zwischen Zivilgesellschaft und politischem System: Befunde - Positionen - Perspektiven*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Der Glanz der Vergangenheit: Über den Geist der Reaktion*. (2018). NZZ Libro.
- Löhe, F. (2. September 2019). An wen die CDU in Sachsen Stimmen verloren hat. <https://interaktiv.tagesspiegel.de/lab/waehlerwanderung-sachsen/>.
- Lotman, J. M. (1979). The Origin of Plot in the Light of Typology. *Poetics Today: Special Issue: Literature, Interpretation, Communication*, Artikel 161-184.
- Löwen, H. (2014a). *Deutsche Christen in Russland und in der Sowjetunion. Grundzüge des historischen und theologischen Hintergrunds russlanddeutscher Freikirchen*. Disserta Verlag.
- Löwen, H. (2014b). *Russlanddeutsche Christen in Deutschland: Das religiöse Erscheinungsbild russlanddeutscher Freikirchen in Deutschland*. Disserta Verlag.
- Lüders, C. & Meuser, M. (1997). Deutungsmusteranalyse. In R. Hitzler & A. Honer (Hrsg.), *Sozialwissenschaftliche Hermeneutik: Eine Einführung* (S. 57–79). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Luhmann, N. (1977a). *Funktion der Religion*. Suhrkamp.
- Luhmann, N. (1977b). *Soziale Systeme*. Suhrkamp.
- Luhmann, N. (1986). Grundwerte als Zivilreligion. Zur wissenschaftlichen Karriere eines Themas. In H. Kleger & A. Müller (Hrsg.), *Religion der Bürger. Zivilreligion in Amerika und Europa* (S. 175–194). Kaiser.
- Luhmann, N. (1990). *Essays on Self-Reference*. Columbia University Press.
- Luhmann, N. (1997). *Die Gesellschaft der Gesellschaft*. Suhrkamp.
- Luhmann, N. (2000). *Die Religion der Gesellschaft*. Suhrkamp.
- Luhmann, N. (2008). *Die Politik der Gesellschaft*. Suhrkamp.
- Luhmann, N. (2017). *Systemtheorie der Gesellschaft* (J. F. K. Schmidt & A. Kieserling, Hg.). Suhrkamp.
- Lühmann, M. (2016). Meinungskampf von rechts: Über Ideologien, Programmatik und Netzwerke konservativer Christen, neurechter Medien und der AfD. <https://www.boell.de/de/2016/03/16/meinungskampf-von-rechts>.
- Lukes, S. (2005). *Power: A radical view*. Palgrave Macmillan.
- Mahoney, J. & Rueschemeyer, D. (2003). Comparative historical Analysis: Achievements and Agendas. In D. Rueschemeyer (Hrsg.), *Comparative Historical Analysis in the Social Science* (S. 3–38). Cambridge University Press.
- Mai, K.-R. (2019). Kirche und Politik. *Idea Spektrum*, 25.
- Maier, H. (2004). *Das Doppelgesicht des Religiösen: Religion, Gewalt, Politik*. Herder Verlag.
- Manifest der Zarin Katharina II. vom 22. Juli 1763. *Auswanderung der Deutschen*. www.russlanddeutschesgeschichte.de/geschichte/teil1/abwerbung/manifest22.htm.
- Manow, P. (2000). *(Ent-)Demokratisierung*. Suhrkamp.
- Martin, D. (1979). *A General Theory of Secularization*. Harper and Row.

- Martin, D. (2005). *On Secularization: Towards a Revised General Theory*. Ashgate.
- Marty, M. E. & Appleby, R. S. (Hrsg.). (1991-1996). *The Fundamentalisms Project*, 5 Bände. University Press Chicago.
- Marzouki, N., McDonnell, D. & Roy, O. (Hrsg.). (2016). *Saving the People: How Populists hijack Religion*. Hurst and Company.
- Nachtcafé (24. Januar 2014). SWR.
- Maser, P. (1989). *Glauben im Sozialismus: Kirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR*. Holzapfel.
- Mastenbroek, E. & Doorenspleet, R. (2007, 6. Juni). *Mind the Gap! On the Possibilities and Pitfalls of Mixed Methods Research*. Beitrag zur 4. ECPR General Conference, Pisa.
- Matthes, J. (1993). Was ist anders an anderen Religionen? Anmerkungen zur zentristischen Organisation des religiösen Denkens. In J. Friedrichs, Lespius Rainer M. & F. Neidhardt (Hrsg.), *Religion und Kultur* (S. 16–30). Westdeutscher Verlag.
- Mayring, P. A. (1988). *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. Studien Verlag.
- McCarthy, J. D., Smith, J. & Zald, M. N. (1996). Accessing Public, Media, Electoral, and Governmental Agendas. In M. Dough, J. D. McCarthy & M. N. Zald (Hrsg.), *Comparative Perspectives on Social Movements. Political Opportunities, Mobilizing Structures, and Cultural Framings* (S. 291–311). Cambridge University Press.
- Meibauer, J. (2013). *Hassrede/Hate Speech: Interdisziplinäre Beiträge zu einer aktuellen Diskussion*. Linguistische Untersuchungen. <http://geb.uni-giessen.de/geb/volltexte/2013/9251/>
- Evangelische Landeskirche in Baden. (2014, 10. Januar). *Umstrittener neuer Bildungsplan: Kirchen mit Land im Gespräch* [Press release]. <https://www.ekiba.de/detail/nachrichtseite/id/5150-/?cataktuell=236>.
- Meinhardt, T. (2017). *Radikalisierungstendenzen am rechten Rand der Kirche: Ein Interview mit Andreas Püttmann*. <https://franziskaner.net/radikalisierungstendenzen/>.
- Meuser, M. & Sackmann, R. (Hrsg.). (1992). *Analyse sozialer Deutungsmuster. Beiträge zur empirischen Wissenssoziologie*. Centaurus Verlagsgesellschaft.
- Meyer Resende, M. (2016). *Catholicism and Nationalism. Changing Nature of Party Politics*. Routledge Taylor and Francis Group.
- Mingers, J. & Brocklesby, J. (1997). Multimethodology: Towards a Framework for Mixing Methodologies. *Omega*, 25(5), 489–509.
- Minkenberg, M. (2003). The Policy Impact of Church–State Relations: Family Policy and Abortion in Britain, France, and Germany. *West European Politics*, 26(1), 195–217.
- Minkenberg, M. (2004). Die Christliche Rechte in den USA als politischer Akteur. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 17(4).
- Minkenberg, M. (2018). Religion and the Radical Right. In J. Rydgen (Hrsg.), *The Oxford Handbook of the Radical Right* (S. 366–393). Oxford University Press.
- Minkenberg, M. & Willems, U. (Hrsg.). (2003). *Politik und Religion*. Westdeutscher Verlag.
- Misoch, S. (2015, 11. November). *Wertevorstellungen und Wertewandel im höheren Lebensalter (60+)*, FHS St. Gallen.
- Möhring-Hesse, M. (2008). „Überall“ glauben in ausdifferenzierten Gesellschaften Eine soziologische Verortung christlicher Glaubenspraxis in theologischer Absicht. *Ethik und Gesellschaft*, 1, 1–37.
- Mooney, C. Z. (2001). The Public Clash of Private Values: The Politics of Morality Policy. In C. Z. Mooney (Hrsg.), *The Public Clash of Private Values: The Politics of Morality Policy* (S. 3–31). Catham House Publishers.
- Mouffe, C. (2018). *Für einen linken Populismus*. Suhrkamp.
- Mudde, C. (2004). The Populist Zeitgeist. *Government & Opposition*, 4(39), 541–563.

- Mudde, C. & Kaltwasser, C. R. (2017). *Populism: A very short Introduction*. Oxford University Press.
- Müller, E. (2013). *Gott hat hohe Nebenkosten: Wer wirklich für die Kirchen zahlt*. Kiepenheuer und Witsch.
- Müller, J.-W. (2013). *Wo Europa endet: Ungarn, Brüssel und das Schicksal der liberalen Demokratie*. Suhrkamp.
- Müller, J.-W. (2019). "Das wahre Volk" gegen alle anderen. Rechtspopulismus als Identitätspolitik. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 18–24.
- Müller, V. (2011). *Woran glauben die Sachsen?* <https://docplayer.org/77780661-Woran-glauben-die-sachsen.html>.
- Münch, S. (2015). *Interpretative Policy-Analyse: Eine Einführung*. Springer VS.
- Münch, S. (2016). *Interpretative Policy-Analyse: Eine Einführung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Münkler, H. (Hrsg.). (1996). *Bürgerreligion und Bürgertugend: Debatten über die vorpolitischen Grundlagen politischer Ordnung*. Nomos Verlag.
- Nagel, M. (2016). *Polarisierung im politischen Diskurs*. Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Nassehi, A. (2015). *Die letzte Stunde der Wahrheit: Warum rechts und links keine Alternativen mehr sind und Gesellschaft ganz anders beschrieben werden muss*. Murmann Publishers GmbH.
- Nassehi, A. (2021). *Muster: Theorie der digitalen Gesellschaft*. C.H. Beck.
- Nauke, J. (5. März 2014). Kaufmann gegen Hausmann. Bildungsplan spaltet CDU-Parteispitze. *Stuttgarter Zeitung*. <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.kaufmann-gegen-hausmann-bildungsplan-spaltet-cdu-parteispitze.8784e4d6-e6d4-4efd-8aa6-24e2d90a968c.html>.
- Neidhardt, F. (1985). Einige Ideen zu einer allgemeinen Theorie sozialer Bewegungen. In K. M. Bolte & S. Hradil (Hrsg.), *Sozialstruktur im Umbruch: Karl Martin Bolte zum 60. Geburtstag* (S. 193–204). Leske und Budrich.
- Neidhardt, F. (Hrsg.). (1994). *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Sonderheft: Bd. 34. Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen*. Westdeutscher Verlag.
- Neumann, K. & Baugut, P. (2017). „In der Szene bist du wie in Trance. Da kommt nichts an dich heran.“ Entwicklung eines Modells zur Beschreibung von Medieneinflüssen in rechtsextremen Radikalisierungsprozessen. *Studies in Communication* (39-70).
- Nüchtern, M. (1998). *Die unheimliche Sehnsucht nach Religiösem*. Quell.
- Nullmeier, F. (1993). Wissen und Policy-Forschung. Wissenspolitologie und rhetorisch-dialektisches Handlungsmodell. In A. Héritier (Hrsg.), *Policy-Analyse.: Politische Vierteljahresschrift-Sonderheft 24/1993* (S. 175–196). Westdeutscher Verlag.
- Nullmeier, F. (1997). Interpretative Ansätze in der Politikwissenschaft. In A. Benz & W. Seibel (Hrsg.), *Theorieentwicklung in der Politikwissenschaft. Eine Zwischenbilanz* (S. 101–144). Nomos Verlag.
- Nullmeier, F. (2001). Politikwissenschaft auf dem Weg zur Diskursanalyse? In R. Keller, A. Hirsland & W. Viehöver (Hrsg.), *Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse: Band I: Theorien und Methoden* (S. 285–311). Leske und Budrich.
- Nullmeier, F. & Rüb, F. (1993). *Die Transformation der Sozialpolitik. Vom Sozialstaat zum Sicherheitsstaat*. Campus Verlag.
- Nussbaum, M. & Lilla, M. (2017). Neue Intoleranz gegenüber Religionen und Bedrohung durch politische Theologien. In O. Hidalgo & C. Polke (Hrsg.), *Staat und Religion: Zentrale Positionen zu einer Schlüsselfrage des politischen Denkens* (S. 429–441). VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Oberdorfer, B. & Waldmann, P. (2008). *Die Ambivalenz des Religiösen: Religionen als Friedensstifter und Gewalterzeuger*. Rombach.
- Ockenfels, W. (30. Juni 2017). Was vom „C“ übrig bleibt. *Tagespost*.
- Orth, S. & Resing, V. (Hrsg.). (2017). *AfD, Pegida und Co: Angriff auf die Religion?* Herder Verlag.
- Pally, M. (2010). *Die neuen Evangelikalen: Freiheitsgewinne durch fromme Politik*. Berlin University Press.
- Panagiotidis, J. (2017). *Politische Partizipation von Russlanddeutschen*.
<https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurz dossiers/252537/politische-partizipation-von-russlanddeutschen?p=all>.
- Panagiotidis, J. (2019). *Wer sind die russisch-sprachigen WählerInnen in Deutschland?*
<https://www.initiative-quorum.org/de/themen/details/wer-sind-die-russischsprachigen-waehlerinnen-in-deutschland.html>.
- Panagiotidis, J., Kindler, R. & Kreichauf, René, Krieger, Voktor, End, Kornelius, Flack, Anna, Sanders, Rita (2019). (Spät-)Aussiedler aus den postsowjetischen Staaten. *Informationen zur politischen Bildung* (340). <https://www.bpb.de/izpb/298558/spaet-aussiedler-aus-den-postsowjetischen-staaten?p=all>.
- Paternotte, D. & Kuhar, R. (2018). Disentangling and Locating the “Global Right”: Anti-Gender Campaigns in Europe. *Politics and Governance*, 6(3), 6.
- Patzelt, W. J. & Eichardt, C. (2015). *Drei Monate nach dem Knall: Was wurde aus PEGIDA?*
<https://tu-dresden.de/gsw/phil/powi/polsys/ressourcen/dateien/forschung/pegida/patzelt-analyse-pegida-2015-05.pdf?lang=de>.
- Paul, U. (2019). *Landtagswahl 2019: Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik verfügbar*. Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen.
<https://www.wahlen.sachsen.de/download/Medieninformation/LWL-28-2019.pdf>.
- Peez, G. (2000). *Qualitative empirische Forschung in der Kunstpädagogik*. BDK-Verlag.
- Pegida Deutschland. (2015). *IS verübt Massaker an ägyptischen Christen*.
<https://pegidaoffiziell.wordpress.com/2015/02/16/is-verubt-massaker-an-ayptischen-christen/>.
- Penzold, Christian, Katzenbach, Christian, Fraas, Claudia (2014). Digitale Plattformen und Öffentlichkeiten mediatisierter politischer Kommunikation. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 28–34.
- Peters, B. (1994). Der Sinn von Öffentlichkeit. In F. Neidhardt (Hrsg.), *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Sonderheft: Bd. 34. Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen* (S. 42–76). Westdeutscher Verlag.
- Philpott, D [D.] (2004). The Catholic Wave. *Journal of Democracy*, 15(2), 32–46.
- Philpott, D [D.] (2007). Explaining the political Ambivalence of Religion. *American Political Science Review*, 3(101), 505–525.
- Philpott, D [D.] (2009). Has the Study of global Politics found Religion? *Annual Review of Political Science*, 1(12), 183–202.
- Pickel, G. (2000). Konfessionslose in Ost- und Westdeutschland – ähnlich oder anders? In D. Pollack & G. Pickel (Hrsg.), *Religiöser und kirchlicher Wandel in Ostdeutschland 1989-1999* (S. 206–235). Westdeutscher Verlag.
- Pickel, G. (2011a). Atheistischer Osten und gläubiger Westen? Pfade der Konfessionslosigkeit im innerdeutschen Vergleich. In G. Pickel & K. Sammet (Hrsg.), *Religion und Religiosität im vereinigten Deutschland. Zwanzig Jahre nach dem Umbruch* (S. 43–78). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pickel, G. (2011b). Contextual Secularization. Theoretical Thoughts and Empirical Implications. *Religion and Society in Central and Eastern Europe*, 1(4), 3–20.

- Pickel, G. (2011c). *Religionssoziologie: Eine Einführung in zentrale Themenbereiche*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pickel, G. (Hrsg.). (2013a). *Religion und Politik im vereinigten Deutschland: Was bleibt von der Rückkehr des Religiösen?* VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pickel, G. (2013b). Die Situation der Religion in Deutschland: Rückkehr des Religiösen oder voranschreitende Säkularisierung? In G. Pickel (Hrsg.), *Religion und Politik im vereinigten Deutschland: Was bleibt von der Rückkehr des Religiösen?* (S. 65–101). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pickel, G. (2017). Niklas Luhmann und die Funktion der Religion in der modernen Gesellschaft. In O. Hidalgo & C. Polke (Hrsg.), *Staat und Religion: Zentrale Positionen zu einer Schlüsselfrage des politischen Denkens* (S. 383–396). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pickel, G. (2018a). Religion als Ressource für Rechtspopulismus? Zwischen Wahlverwandtschaften und Fremdzuschreibungen. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 2(2), 277–312.
- Pickel, G. (2018b). Religion und Wertorientierung. In D. Pollack, V. Krech, O. Müller & M. Hero (Hrsg.), *Handbuch Religionssoziologie* (S. 957–979). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pickel, G. (2020a). *Kirchenbindung und Religiosität in Ost und West*. Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47190/kirchennaehue>.
- Pickel, G. (2020b). Kollektive religiöse Identitäten als Zentrum rechter Identitätspolitik? *Ethik und Gesellschaft*, 1, 1–40.
- Pickel, G. & Yendell, A. (2018). Religion als konfliktärer Faktor in Zusammenhang mit Rechtsextremismus, Muslimfeindschaft und AfD-Wahl. In E. Brähler & O. Decker (Hrsg.), *Forschung Psychosozial. Flucht ins Autoritäre: Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft: Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018* (S. 217–243). Psychosozial-Verlag.
- Pickel, G., Yendell, A. & Jaekel, Y. (2016). Religiöse Pluralität als Bedrohung oder kulturelle Bereicherung? Die Wahrnehmung von Bedrohung durch Religion im Ländervergleich. In I.-J. Werkner & O. Hidalgo (Hrsg.), *Religiöse Identitäten in politischen Konflikten* (S. 83–121). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pieper, M. (2006). Diskursanalysen - Kritische Analytik der Gegenwart und wissenspolitische Deutungsmusteranalyse. In S. Schneider & B. Kerchner (Hrsg.), *Foucault: Diskursanalyse der Politik: Eine Einführung* (S. 269–286). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pollack, D. (2018). Säkularisierung. In D. Pollack, V. Krech, O. Müller & M. Hero (Hrsg.), *Handbuch Religionssoziologie* (S. 303–328). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pollack, D., Krech, V., Müller, O. & Hero, M. (Hrsg.). (2018). *Handbuch Religionssoziologie*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pollack, D., Müller, O., Rosta, G., Friedrichs, N. & Yendell, A. (2014). *Grenzen der Toleranz: Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt in Europa*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Pollack, D. & Pickel, G. (1999). Individualisierung und religiöser Wandel in der Bundesrepublik Deutschland. *Zeitschrift für Soziologie*, 6(28), 465–483.
- Pollack, D. & Rosta, G. (2015). *Religion in der Moderne: Ein internationaler Vergleich*. Campus Verlag.
- Pörksen, B. (2018). *Die große Gereiztheit. Wege aus der kollektiven Erregung*. Carl Hanser Verlag.

- Putnam, R. D., Campbell, D. E. & Garrett, S. R. (Hrsg.). (2010). *American Grace: How Religion Divides and Unites Us*. Simon und Schuster.
- Püttmann, A. (2019). Geschlechterordnung und Familismus als Policy-Angebote des Rechtspopulismus und Autoritarismus für das katholische Milieu. In M. Behrens, M. Heimbach-Steins & L. E. Hennig (Hrsg.), *Gender - Nation - Religion: Ein internationaler Vergleich von Akteursstrategien und Diskursverflechtungen* (S. 51–80). Campus Verlag.
- Radermacher, M. & Schüler, S. (2018). Evangelikalismus als Forschungsfeld. In F. Elwert, M. Radermacher & J. Schlamelcher (Hrsg.), *Handbuch Evangelikalismus* (S. 33–46). Bundeszentrale für politische Bildung.
- Realschullehrer reicht Petition ein (30. Januar 2014). *Stuttgarter Nachrichten*. <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.gegen-bildungsplan-2015-realschullehrer-reicht-petition-ein.8d432a07-b3d3-4dca-b7bd-afbfd294ddaf.html>.
- Rebenstorf, H. (2018). „Rechte“ Christen? – Empirische Analysen zur Affinität christlich-religiöser und rechtspopulistischer Positionen. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 2(2), 313–333.
- Reckwitz, A. (2017). *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*. Suhrkamp.
- Richter, C. (16. Januar 2017). Der Pfarrer a. D. und die AfD. https://www.deutschlandfunk.de/kirche-und-politik-der-pfarrer-a-d-und-die-afd.886.de.html?dram:article_id=376330.
- Richter, M. & Zylla, E. (1991). *Mit Pflugscharen gegen Schwerter: Erfahrungen in der Evangelischen Kirche in der DDR 1949-1990*. Edition Temmen.
- Rieger, D. (2019). Diskussionsräume und Radikalisierungsprozesse in sozialen Medien. *Bundeszentrale für politische Bildung*. <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/290851/diskussionsraeume-in-sozialen-medien>. (Dossier Rechtspopulismus).
- Riesebrodt, M. (2001). *Die Rückkehr der Religionen: Fundamentalismus und der Kampf der Kulturen*. C.H. Beck.
- Riis, O. (2012). Religion as a Multicultural Marker in Advanced Modern Society. In L. G. Beaman (Hrsg.), *Reasonable Accommodation. Managing Religious Diversity* (S. 187–207). UBC Press.
- Rohlfing, I. (2012). *Case Studies and Causal Inference: An Integrative Framework*. Palgrave Macmillan.
- Röhlig, M. (18. November 2020). Wie die deutschen Bibel Belts die Anti-Corona-Proteste befeuern. *Spiegel*. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/corona-warum-sachsen-und-stuttgart-zu-den-hochburgen-der-anti-corona-proteste-wurden-a-1d4b9bd8-1bfd-4682-bb83-d6a63efde8c1>.
- Roßteutscher, S. (2009). *Religion, Zivilgesellschaft, Demokratie: Eine internationale vergleichende Studie zur Natur religiöser Märkte und der demokratischen Rolle religiöser Zivilgesellschaften*. Nomos Verlag.
- Roy, O. & Schäfer, U. (2010). *Heilige Einfalt: Über die politischen Gefahren entwurzelter Religionen*. Siedler.
- Rucht, D. (1993). Parteien, Verbände und Bewegungen als Systeme politischer Interessenvermittlung. In O. Niedermayer & R. Stöss (Hrsg.), *Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland* (S. 251–275). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Rucht, D. (1994). Öffentlichkeit als Mobilisierungsfaktor. In F. Neidhardt (Hrsg.), *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie Sonderheft: Bd. 34. Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen* (S. 337–358). Westdeutscher Verlag.

- Rucht, D. (2017). Rechtspopulismus als Bewegung und Partei. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 2(30).
- Russlanddeutsche Stimme. (2019). *9 Gründe für Russlanddeutsche die AfD zu wählen!* <https://www.youtube.com/watch?v=vVUhSZAR9M0>.
- Sächsische Bekenntnis-Initiative. (2012). *Erklärung zu den erwartenden Befassung der Landessynode zum Pfarrdienstgesetz*. https://engagiert.evlks.de/fileadmin/userfiles/EVLKS_engagiert/B._Landeskirche/Landessynode/PDF/Bericht_zum_Gespraechsprozess_ueber_das_Schrift-_und_Kirchenverstaendnis_Endfassung.pdf.
- Sächsische Landeszentrale für Politische Bildung. *Religion in Sachsen*. <https://www.slpb.de/themen/gesellschaft/religion/religion-in-sachsen>.
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration. (2016). *Schwarz, rot, grün - welche Parteien bevorzugen Zuwanderer?* https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2016/11/PB_Partiepraeferenzen.pdf.
- Salzborn, S. (2015). Religionsverständnis im Rechtsextremismus. Eine Analyse am Beispiel des neurechten Theorieorgans Sezession. In M. H. W. Möllers & R. C. van Ooyen (Hrsg.), *Jahrbuch Öffentliche Sicherheit - 2014/2015* (S. 285–301). Verlag für Polizeiwissenschaft.
- Sarx, T. (2018). *Religion, Reform, Revolution oder Stillstand? Die 68er-Bewegung an den Evangelisch-Theologischen Fakultäten Marburg*. Kohlhammer.
- Sasse, S. (6. Juli 2019). Wir suchen das Gespräch. *Tagespost*. <https://www.die-tagespost.de/politik/aktuell/Wir-suchen-das-Gespraech;art315,199396>.
- Sattler, D. (2013). *Kirche(n)*. Schönigh.
- Schäfer, H. W. (2016). Religiöse Identität – ein Netzwerk von Dispositionen. In I.-J. Werkner & O. Hidalgo (Hrsg.), *Religiöse Identitäten in politischen Konflikten* (S. 15–46). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schaubert, M. (2018). Der Fall Lisa – Entwicklungen in Berlin Hellersdorf-Marzahn. *Dossier Russlanddeutsche*. www.bpb.de/gesellschaft/migration/russlanddeutsche/271945/der-fall-lisa-entwicklungen-in-berlin-hellersdorf-marzahn#fr-footnode3.
- Schäuble, W. (2007). Gehört Religionspolitik zur europäischen Staatsräson? – ihr Nutzen und ihre Gefahren. In P. Hünermann (Hrsg.), *Der Weg Europas und die öffentliche Aufgabe der Theologien: Tagung der Deutschen Sektion der Europäischen Gesellschaft für Katholische Theologie in der Katholischen Akademie Berlin vom 7. bis 9. März 2007* (S. 3–8). LIT.
- Schelkshorn, H. (2017). Wider die Instrumentalisierung des Christentums. Zur Unvereinbarkeit von neorechter Ideologie und christlicher Moral. In W. Lesch (Hrsg.), *Christentum und Populismus: Klare Fronten?* (S. 26–37). Herder Verlag.
- Schelsky, H. (1957). Ist Dauerreflexion institutionalisierbar? Zum Thema einer modernen Religionssoziologie. *Zeitschrift für Evangelische Ethik*, 1, 153–174.
- Schetsche, M. (1996). *Die Karriere sozialer Probleme*. Oldenbourg Verlag.
- Schimmelfennig, F. (2006). Prozessanalyse. In J. Behnke & K.-U. Schnapp (Hrsg.), *Methoden der Politikwissenschaft: Neuere qualitative und quantitative Analyseverfahren* (S. 263–272). Nomos Verlag.
- Schlamelcher, J. (2018). Sozialgestalten im evangelikalen Spektrum. In F. Elwert, M. Radermacher & J. Schlamelcher (Hrsg.), *Handbuch Evangelikalismus* (S. 243–260). Bundeszentrale für politische Bildung.
- Schmidt-Lux, T., Karstein, U. & Wohlrab-Sahr, M. (2009). *Forcierte Säkularität: Religiöser Wandel und Generationendynamik im Osten Deutschlands*. Campus Verlag.
- Schmincke, I. (2017, 9. Mai). *Vielfalt war gestern? Familienbilder und sexuelle Identität im aktuellen gesellschaftlichen Diskurs*. LSVD-Fachtagung Regenbogenfamilien

- bewegen, Berlin. https://blog.lsvd.de/wp-content/uploads/2017/05/2017_05_12-Vielfalt-war-gestern_Familienbilder-und-sexuelle-Identit%C3%A4t-im-aktuellen-Vortrag-Imke-Schmincke-Fachtag-Regenbogenfamilien.pdf.
- Schmitt, J. (2017). Definition und Verbreitungsmotivation aus psychologischer Perspektive. In K. Kasper, L. Gräber & A. Riffi (Hrsg.), *Online Hate Speech: Perspektiven auf eine neue Form des Hasses* (S. 52–56). kopaed verlag.
- Schmitt-Beck (1990). Über die Bedeutung der Massenmedien für soziale Bewegungen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 42(4), 642–662.
- Schneider, V. & Frank, J. (Hrsg.). (2006). *Politikfeldanalyse. Akteure, Diskurse und Netzwerke in der öffentlichen Politik*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schnell, R., Hill, P. B. & Esser, E. (2008). *Methoden der empirischen Sozialforschung*. Oldenbourg Verlag.
- Scholl, A. (2013). Die Gegenöffentlichkeit sozialer Bewegungen: Zwischen strategischer Kommunikation und Verständigungsorientierung. In U. Röttger, V. Gehrau & J. Preusse (Hrsg.), *Strategische Kommunikation: Umriss und Perspektiven eines Forschungsfeldes* (S. 201–234). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schönwäldler, K. & Söhn, J. (2009). Immigrant Settlement Structures in Germany: General Patterns and Urban Levels of Concentration of Major Groups. *Urban Studies*, 7(46), 1439–1460.
- Schultze, Q. J. (1991). *Televangelism and American Culture: The Business of Popular Religion*. Baker.
- Schwartz, M. A. & Tatalovich, R. (2009). Cultural and Institutional Factors Affecting Political Contention Over Moral Issues. *Comparative Sociology* (8), 76–104.
- Schwarz, P. (2018). *Nationalist sein und katholisch, das geht nicht: Interview mit Reinhard Marx*. https://www.zeit.de/2018/30/reinhard-marx-csu-markus-soeder-horst-seehofer-kirche-populismus?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F.
- Schwarz-Shea, P. & Yanow, D. (2012). *Interpretive Research Design: Concepts and Processes*. Routledge.
- Schwörer, J. (2018). Right-Wing Populist Parties as Defender of Christianity? The Case of the Italian Northern League. *Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik*, 2(2), 387–413.
- Seibert, C. (2017). Der subjektive Gott? In O. Hidalgo & C. Polke (Hrsg.), *Staat und Religion: Zentrale Positionen zu einer Schlüsselfrage des politischen Denkens* (S. 365–382). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenzen. (2015). *Bevölkerung und Katholiken nach Bundesländern 2015*. <https://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/Zahlen%20und%20Fakten/Kirchliche%20Statistik/Bevoelkerung%20und%20Katholiken%20BL/2015-Bevoelkerung-Katholiken-Bundeslaender.pdf>.
- Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz. (2019). *Dem Populismus widerstehen: Arbeitshilfen zum kirchlichen Umgang mit rechtspopulistischen Tendenzen*. http://cibedo.de/wp-content/uploads/2019/06/DBK_5305_Populismus.pdf.
- Sen, A. & Griese, F. (2006). *Die Identitätsfalle: Warum es keinen Krieg der Kulturen gibt*. C.H. Beck.
- Séville, A. (2019). Vom Sagbaren zum Machbaren? Rechtspopulistische Sprache und Gewalt. *Aus Politik und Zeitgeschichte*. <https://www.bpb.de/apuz/301138/vom-sagbaren-zum-machbaren-rechtspopulistische-sprache-und-gewalt>.
- Shah, T. S., Stepan, A. C. & Toft, M. D. (Hrsg.). (2012). *Rethinking Religion and World Affairs*. Oxford University Press.

- Siegele-Wenschkewitz, L., Weber, F. & Weintz, K. (Hrsg.). (2000). *Religionspolitik in der Bundesrepublik Deutschland: Konzepte der im Bundestag vertretenen politischen Parteien, der Bundesregierung, der evangelischen und katholischen Kirche*. Haag und Herchen.
- Siegers, P. & Jedinger, A. (2020). Religious Immunity to Populism: Christian Religiosity and Public Support for the Alternative for Germany. *German Politics*, 1–21.
- Spieker, M. (2008). *Kirche und Abtreibung in Deutschland: Ursachen und Verlauf eines Konfliktes*. Schöningh.
- Spohn, U. (2003). Nationalismus und Religion. Ein historisch-soziologischer Vergleich West- und Osteuropas. In M. Minkenberg & U. Willems (Hrsg.), *Politik und Religion* (S. 323–345). Westdeutscher Verlag.
- Spohn, U. (2017). Entprivatisierung der Religionen und Postsäkularismus. In O. Hidalgo & C. Polke (Hrsg.), *Staat und Religion: Zentrale Positionen zu einer Schlüsselfrage des politischen Denkens* (S. 397–413). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Stange, J. (2014). *Evangelikale in Sachsen: Ein Bericht*. Demokratie - Weiterdenken Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen.
- Stängle, G. (2013a). *Petition: Zukunft – Verantwortung – Lernen: Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens*. In: *openpetition.de*. 9. Dezember 2013, abgerufen am 11. März 2016. <https://www.openpetition.de/petition/online/zukunft-verantwortung-lernen-kein-bildungsplan-2015-unter-der-ideologie-des-regenbogens>
- Stängle, G. (2013b). *Zukunft-Verantwortung-Lernen: Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens*. <https://www.openpetition.de/petition/online/zukunft-verantwortung-lernen-kein-bildungsplan-2015-unter-der-ideologie-des-regenbogens>.
- Statista Research Department. (2019a). *Gewinne und Verluste der Parteien bei der Landtagswahl in Sachsen 2019*. Statista. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/3125/umfrage/landtagswahl-in-sachsen-in-2004---gewinne-und-verluste/>.
- Statista Research Department. (2019b). *Stimmenanteile der AfD bei den Landtagswahlen in Sachsen bis 2019*. Statista. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1046389/umfrage/stimmenanteile-der-afd-bei-den-landtagswahlen-in-sachsen/>
- Statista Research Department. (2019c). *Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen in Sachsen bis 2019*. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/281789/umfrage/wahlbeteiligung-bei-den-landtagswahlen-in-sachsen/>.
- Statista Research Department. (2020). *Anzahl der Christen in Deutschland nach Kirchenzugehörigkeit im Jahr 2019*. de.statista.com/statistik/daten/studie/1233/umfrage/anzahl-der-christen-in-deutschland-nach-kirchenzugehoerigkeit/.
- Steeb, H. (2014, 14. Februar). *Deutsche Evangelische Allianz und Interkulturelle Woche*, Frankfurt am Main.
- Stegbauer, C. (2008). Soziale Netzwerkanalyse. In U. Sander, F. von Gross & K.-U. Hugger (Hrsg.), *Handbuch Medienpädagogik* (S. 166–172). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Stein, D. (25. März 2016). Umgang mit der AfD. *Junge Freiheit*.
- Stoldt, T. (23. September 2007). Mission durch Evangelikale. *Welt.de*, 2007. https://www.welt.de/wams_print/article1206424/Mission-durch-Evangelikale.html.
- Streit um den Bildungsplan: Kretschmann trifft sich mit Evangelikalen*. (2014). <https://www.evangelisch.de/inhalte/93486/28-03-2014/streit-um-bildungsplan-kretschmann-trifft-sich-mit-evangelikalen>.

- Strube, S. A. Expertise zur Broschüre: 'Gender-Ideologie'. Ein Leitfaden. *Broschürenreihe „Glaubens-Kompass“*, 2016. <https://bagkr.de/wp-content/uploads/2018/07/STRUBE-Expertise-zu-Genderismus-Brosch%C3%BCre-Jan-2015-7-2016.pdf>.
- Strube, S. A. (2015). *Religiös und rechtsextrem? Beobachtungen zu unerwarteten Anschlussmöglichkeiten*. (umfangreiche Ausarbeitung der Antrittsvorlesung vom 28.4.2015 an der Universität Osnabrück, Universität Osnabrück. <http://bagkr.de/wordpress/wp-content/uploads/2015/07/STRUBE-Artikel-Religi%C3%B6s-und-rechtsextrem-8.2015.pdf>.
- Strube, S. A. (2017). Abwehrhaltung statt Willkommenskultur? *Jahrbuch für christliche Sozialwissenschaften* (58), 45–56.
- Strube, S. A. (2019a). Rechtspopulismus und konfessionelle Anti-Gender-Bewegung. In M. Behrens, M. Heimbach-Steins & L. E. Hennig (Hrsg.), *Gender - Nation - Religion: Ein internationaler Vergleich von Akteursstrategien und Diskursverflechtungen* (S. 25–50). Campus Verlag.
- Strube, S. A. (2019b). Rechtspopulistische und rechtsextreme Tendenzen im christlichen Glaubensspektrum als relevantes Thema für feministische Theologie und Praxis. *Journal of the European Society in Theological Research*, 27, 263–278.
- Studie über Pegida-Anhänger: Männlich, über 50, verheiratet, konfessionslos (31. Januar 2016). <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/pegida-wer-geht-zu-den-demos-und-warum-gehen-sie-auf-die-strasse-a-1074028.html>.
- Synodalausschuss für gesellschaftliche Verantwortung. (2017). *Wofür steht die AfD? Orientierungshilfe zum demokratischen Gehalt der Partei "Alternative für Deutschland"*. <https://www.ev-kirche-dortmund.de/fileadmin/Medienablage/rgv/dokumente/gegenrechts/orientierungshilfeAfD2017.pdf>.
- Tagespost: Die katholische Ehe, 27.05.2015: Der ZdK-Beschluss und die Genderideologie.
- Tagespost: Klöckner übt Kritik an Kirchen, 27.12.2017.
- Tajfel, H. (1982). *Gruppenkonflikt und Vorurteil. Entstehung und Funktion sozialer Stereotype*. Hans Huber.
- Tajfel, H. & Turner, J. C. (1986). The Social Identity Theory of Intergroup Behavior. In Worchel, Stephan, William, Austin (Hrsg.), *The Social Psychology of Intergroup Relations* (S. 7–24). Nelson-Hall.
- Tatalovich, W., Daynes, B. W. & Lowi, T. J. (2014). *Moral Controversies in American Politics*. Taylor and Francis.
- Taylor, C. (2009). *Ein säkulares Zeitalter*. Suhrkamp.
- Teidelbaum, L. (2015). Kein Bildungsplan unter der Ideologie des Regenbogens. In L. Billmann (Hrsg.), *Unheilige Allianz. Das Geflecht von christlichen Fundamentalisten und politisch Rechten am Beispiel des Widerstands gegen den Bildungsplan in Baden-Württemberg* (S. 6–14). Rosa Luxemburg Stiftung.
- Theis, S. (2006). *Religiosität von Russlanddeutschen*. Kohlhammer.
- Tibi, B. (2003). *Die fundamentalistische Herausforderung: Der Islam und die Weltpolitik*. C.H. Beck.
- Toft, M. D., Philpott, D [Daniel] & Shah, T. S. (2011). *God's Century: Resurgent Religion and Global Politics*. Norton.
- Torgerson, D. (1986). Between Knowledge and Politics. Three Faces of Policy Analysis. *Policy Science*, 19(1), 33–59.
- Trautmüller, R. (2012). *Religion und Sozialkapital*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Turner, V. W. (1998). Liminalität und Communitas. In A. Bellinger & D. J. Krieger (Hrsg.), *Ritualtheorien. Ein einführendes Handbuch* (S. 251–264). Westdeutscher Verlag.
- Über uns. Willkommen bei DVCK! <http://www.dvck.de/index.html>.

- Umgang mit der AfD (18. Mai 2016). *Idea Spektrum*.
- van der Veer, P. (1994). *Religious Nationalism. Hindus and Muslims in India*. University of California Press.
- Voigt, M. (22. Oktober 2014). Aufklärung oder Anleitung zum SEX. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/lehrplaene-aufklaerung-oder-anleitung-zum-sex-13223950.html>.
- Vollradt, C. (26. Mai 2017). Ins Gespräch kommen. *Junge Freiheit*.
- Vorländer, H., Herold, M. & Schäller, S. (2015). *Wer geht zu PEGIDA und warum? Eine empirische Untersuchung von PEGIDA-Demonstranten in Dresden*. https://tu-dresden.de/gsw/phil/powi/poltheo/ressourcen/dateien/news/vorlaender_herold_schaell_er_pegida_studie?lang=de.
- Vorländer, H., Herold, M. & Schäller, S. (2016). *PEGIDA: Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Wakonigg, D. (2016). *Pegida-Anhänger: Überdurchschnittlich viele evangelische Christen?* <https://hpd.de/artikel/12688>.
- Wald, K. D., Silverman, A. L. & Fridy, K. S. (2005). Making Sense of Religion in Political Life. *Annual Review of Political Science*, 8(1), 121–143.
- Wald, K. D. & Wilcox, C [Clyde] (2006). Getting Religion: Has Political Science Rediscovered the Faith Factor? *American Political Science Review*, 100(04), 523–529.
- Warner, C. (2000). *Confessions of an Interest Group. The Catholic Church and Political Parties in Europe*. Princeton University Press.
- Wasserman, S. & Faust, K. (1994). *Social Network Analysis. Methods and Applications*. Cambridge University Press.
- Wawatschek, V. (7. Oktober 2016). Christen rechtsaußen: Gottes Rechte. <https://www.br.de/nachricht/rechtsausen/christen-rechtsausen-fundamentalismus-100.html>.
- Weber, C. (24. April 2014). Was sie noch nie über Sex wissen wollten. *Süddeutsche Zeitung*, S. 9.
- Weber, M. (1904). Die Objektivität sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis. *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, 1(19), 22–87.
- Weber, M. (1922). *Wirtschaft und Gesellschaft.: Grundriss der verstehenden Soziologie*. University of California Press.
- Weidmann, J. (2. Januar 2015). Zur Diskussion über die Pegida-Demonstranten: Unterdrückte Themen müssen erörtert werden. *Tagespost*.
- Weiland, S. (8. Januar 2016). Wie die AfD die Übergriffe von Köln instrumentalisiert. *Spiegel*, 2016. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/koeln-afd-instrumentalisiert-uebergriffe-politisch-a-1070895.html>.
- Weingardt, M. A. (2007). *Religion Macht Frieden: Das Friedenspotential von Religionen in politischen Gewaltkonflikten*. Kohlhammer.
- Weingardt, M. A. & Faust, F. (2014). *Was Frieden schafft: Religiöse Friedensarbeit; Akteure - Beispiele - Methoden*. Gütersloher Verlags-Haus.
- Weiss, A. (2012). The Transition of Siberian Mennonites to Baptists: Causes and Results. *Journal of Mennonite Studies*, 30, 133–138.
- Wellman, B. (1999). The Network Community. In B. Wellman (Hrsg.), *Networks in the Global Village: Life in Contemporary Communities* (S. 1–47). Routledge.
- Welzel, C. (2009). Werte-und Wertewandel. In V. Kaina & A. Römmele (Hrsg.), *Politische Soziologie: Ein Studienbuch* (S. 109–139). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Werkner, I.-J. & Hidalgo, O. (2016a). Religiöse Identitäten in politischen Konflikten. In I.-J. Werkner & O. Hidalgo (Hrsg.), *Religiöse Identitäten in politischen Konflikten* (S. 1–12). VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Werkner, I.-J. & Hidalgo, O. (Hrsg.). (2016b). *Religiöse Identitäten in politischen Konflikten*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Wilcox, C [C.] & Fortelny, G. (2009). Religion and Social Movements. In C. E. Smidt, L. A. Kellstedt & J. L. Guth (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Religion and American Politics* (S. 266–298). Oxford University Press.
- Willems, U. (2001a). Religionspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1999. Die politische Regulierung der öffentlichen Stellung von Religion und Religionsgemeinschaften. In U. Willems (Hrsg.), *Demokratie und Politik in der Bundesrepublik 1949-1999* (S. 137–160). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Willems, U. (2001b). Säkularisierung des Politischen oder politikwissenschaftlicher Säkularismus? Zum disziplinären Perzeptionsmuster des Verhältnisses von Religion und Politik in gegenwärtigen Gesellschaften. In M. Hildebrandt, M. Brocker & H. Behr (Hrsg.), *Sakularisierung und Resakralisierung in westlichen Gesellschaften. Ideengeschichte und theoretische Perspektiven* (S. 215–240). Westdeutscher Verlag.
- Willems, U. (2004). Religion und soziale Bewegungen – Dimensionen eines Forschungsfeldes. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 4(17), 28–41.
- Willems, U. (2012). Religiöse Pluralität, religiöser Pluralismus und Religionsfreiheit in westlichen politischen Gemeinwesen. In K. Gabriel, C. Spieß & K. Winkler (Hrsg.), *Modelle des religiösen Pluralismus: Historische, religionssoziologische und religionspolitische Perspektiven* (S. 243–267). Schöningh.
- Willems, U. (2018). Religion und Politik. In D. Pollack, V. Krech, O. Müller & M. Hero (Hrsg.), *Handbuch Religionssoziologie* (S. 659–692). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Willems, U. & Minkenberg, M. (2003). Politik und Religion im Übergang – Tendenzen und Forschungsfragen zu Beginn des 21. Jahrhunderts. In M. Minkenberg & U. Willems (Hrsg.), *Politik und Religion* (S. 13–41). Westdeutscher Verlag.
- Wingender, D. (12. November 2014). Ethisch bin ich konservativ. *mittelhessen.de*.
- Winterhager, W. E. (1993). idea - Zwei Jahrzehnte kirchliche Alternativpublizistik. *Kirchliche Zeitgeschichte*, 2, 523–541.
- Wirsching, D. (26. Juni 2019). Rechte Katholiken wettern wie AfD-Politiker gegen "Staatsfunk" oder "Political Correctness". Das zeigt das Beispiel "Forum Deutscher Katholiken" aus Kaufering. <https://www.augsburger-allgemeine.de/politik/So-hetzen-rechte-Katholiken-auch-bei-uns-in-der-Region-id54693526.html>.
- Wirtschaft und Stadtmarketing Pforzheim. (2016). *Landtagswahl 2016. Ergebnisse und Analysen*. https://di0pda1wg490s.cloudfront.net/fileadmin/user_upload/statistik/2013_2014_2015/Landtagswahl_2016.pdf.
- Wittlich, H. (30. August 2019). So haben Sachsens Gemeinden gewählt. <https://interaktiv.tagesspiegel.de/lab/landtagswahl-sachsen-2019/>.
- Wodak, R. (2016). *Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse*. Edition Konturen.
- Wodak, R. (2018). Vom Rand in die Mitte – „Schamlose Normalisierung“. *Politische Vierteljahresschrift*, 59(2), 323–335.
- Wohlrab-Sahr, M. & Krüggeler, M. (2000). Strukturelle Individualisierung vs. autonome Menschen oder: Wie individualisiert ist Religion? Replik zu Pollack/Pickel: Individualisierung und religiöser Wandel in der Bundesrepublik Deutschland. *Zeitschrift für Soziologie*, 3(39), 240–244.
- Wolf, F. (2015). Methodentriangulation. In G. Wenzelburger & R. Zohnhöfer (Hrsg.), *Handbuch Policy-Forschung* (S. 483–502). VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Woods, R. H. (Hrsg.). (2013). *Evangelical Christians and Popular Culture. Pop Goes the Gospel*. CA.
- Wulff, C. (3. Oktober 2010). Der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland. *Handelsblatt*. <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/wulff-rede-im-wortlaut-der-islam-gehört-zu-deutschland/3553232-all.html>.
- Wüst, A. M. (2002). *Wie wählen Neubürger? Politische Einstellungen und Wahlverhalten eingebürgerter Personen in Deutschland*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Yamane, D. (1997). Secularization on Trial: In Defense of a Neosecularization Paradigm. *Journal for the Scientific Study of Religion*, 36(1), 109 – 122.
- Yanow, D. (2007). Qualitative-Interpretive Methods in Policy Research. In F. Fischer, G. J. Miller & M. S. Sidney (Hrsg.), *Handbook of Public Policy Analysis: Theory, Politics, and Methods* (S. 405–416). Taylor and Francis.
- Yanow, D. & Schwarz-Shea, P. (Hrsg.). (2006). *Interpretation and Method: Empirical Research Methods and the Interpretive Turn*. ME Sharpe.
- Yarnold, B. M. (Hrsg.). (1991). *The Role of Religious Organizations in Social Movements*. Praeger Publishers.
- Yendell, A., Brähler, E., Witt, A., Fegert, Jörg, Allroggen, Marc & Decker, O. (2018). *Die Parteien und das Wählerherz 2018*. Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie der Universität Leipzig. www.kredo.uni-leipzig.de/uploads/dokumente/Die_Parteien_und_das_Waehlerherz_2018_Yendell_et_al.pdf.
- Zähringer, R. (2021). Markus Söders Kreuzerlass - eine postfaktische Erzählung aus der Politik. In M. Chihaiia, M. Martínez, K. Rennhak, R. Sommer, A. Weixler & M. Scheffel (Hrsg.), *Postfaktisches Erzählen? Post-Truth - Fake News - Narration* (S. 103–123). De Gruyter.
- Zald, M. N. (1982). Theological Crucibles. Social Movements in and of Religion. *Review of Religious Research*, 4(23), 317–336.
- Zapf, H., Hidalgo, O. & Hildmann, P. W. (Hrsg.). (2018). *Das Narrativ von der Wiederkehr der Religion*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gespaltene Mitte - feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016*. (2016). Dietz.
- Zivile Allianz: Unsere Agenda. <https://www.zivileallianz.de/>.
- Zivile Koalition: Wer wir sind. <https://www.zivilekoalition.de/wir/>.
- Zorn, A. (2020). Wie politisch darf die Kirche sein? *Idea Spektrum* (28), 10.
- Zweites Vatikanisches Konzil (1965). *Gaudium et spes*, Rom.

Anhang

1. Interviewverzeichnis

(14 Interviews)

Organisation/ Person	Datum	Art des Interviews
Generalsekretär Evangelische Allianz (1991-2019)	14.09.2020	Telefoninterview
Generalsekretär Evangelische Allianz (2020-heute)	03.03.2021	Zoom-Interview
Evangelischer Arbeitskreis der CDU Rems-Murr	01.12.2020	Telefoninterview
Initiator Petition „Zukunft – Verantwortung – Lernen: Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens“	10.12.2020	Zoom-Interview
Vertreter der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus	13.01.2021	Telefoninterview
Vertreter der Freikirche Hartenstein, Erzgebirge-Vogtland	19.01.2021	Zoom-Interview
Vertreter der evangelischen Landeskirche Annaberg-Buchholz	11.01.2021	Telefoninterview
Vertreter der russisch-orthodoxen Kirche Stuttgart	10.12.2020	Zoom-Interview
Vertreter der evangelischen Landeskirche, Leipzig	04.01.2021	Zoom-Interview
Vertreter der AfD	05.01.2021	Zoom-Interview
Vertreter der ChrAfD	16.02.2021	Zoom-Interview
Vertreter der CDU	15.09.2020	Telefoninterview
Vertreter der Tagespost	06.04.2021	Telefoninterview
Katholischer Journalist	05.12.2020	Zoom-Interview

2. Einteilung der Diskursthemen und der Kategorien, DNA

(5 dominante Themen, 3 Nebenthemen und 27 Konzepte)

1. Das Sagbare

AfD christliche Partei
AfD rechtsextrem
Dialog Flüchtlingsthema
Dialog Gender
Dialog mit Rechtspopulisten

2. Bedrohung des Islams

Christenverfolgung durch Muslime
Islam Bedrohung
Islam Extremistisch
Vorwurf Islamfeindlichkeit

3. Bedrohung durch Flüchtlinge

Christenverfolgung durch Muslime
Flüchtlinge Bedrohung
Flüchtlinge aufnehmen
Flüchtlinge anders helfen

PEGIDA friedlich
PEGIDA menschenfeindlich

4. Anti-Gender

Berufstätigkeit Mütter
Gender-Vielfalt
Homo-Lobby Beeinflussung
Lebensschutz fördern
Schutz traditioneller Familie
Homosexuelle Ehe

5. Politisierung der Kirchen

Christen politische Verantwortung
Kirche vernachlässigt Missionsauftrag
Klima wichtig
Evangelische Kirche zu politisch
Evangelische Kirche Mitgliederverlust Problem
Katholische Kirche zu politisch
Katholische Kirche Mitgliederverlust Problem

6. CDU zu liberal

7. Kritik medialer Elite

8. Linke Bedrohung

3. Ausschnitt MAXQDA-Codesystem zu Gender

Gender		53
☐ Sterbehilfe		2
☐ Homo-Lobby		4
☐ Gender-Lobby		4
☐ Anti-Gender Wissenschaft		4
☐ Pränataldiagnostik		5
☐ Gendergerichte Sprache		10
☐ KITA-Arbeit Mütter		12
☐ Proteste		12
☐ Gender-Studies		16
☐ Ehe		22
☐ Frühsexualisierung		27
☐ Kinder bekommen		33
☐ Homosexualität		44
☐ Kind		48
☐ Traditionelle Familie		49

4. Auflistung der Akteure, DNA

(31 Organisationen)

AfD
Autor evangelisch-konservativ
Autor katholisch-konservativ
Autor liberal
Autor rechtskonservativ
CDU
ChrAfD
Deutsche Evangelische Allianz
Evangelische Kirche
Evangelischer Gnadauer Gemeinschaftsverband e. V.
Freikirchen
Grüne
Initiative Familienschutz
Katholische Kirche
Linkspartei
Organisator Christopher Street Day
PEGIDA
Präsidium Ökumenischer Kirchentag 2021
SPD
Wissenschaftler Neurowissenschaften
Wissenschaftler Religions- und Sozialwissenschaften
Wissenschaftler Sexualpädagogik
Wissenschaftler Sozialwissenschaften
Wissenschaftler christliche Soziallehre
Wissenschaftler evang. Theologie
Wissenschaftler evangelikale Theologie
Wissenschaftler kath. Theologie
Zentralrat der Juden in Deutschland
Zentralrat der Muslime in Deutschland
Zivile Koalition
ver.di

5. Leitfragen für die Interviews

(Thematisch sortiert)

Werte und Identität

Welche Bedeutung hat Heimat für Sie?
Was gehört für Sie zur Heimat? Was nicht?
Wie definieren Sie Familie?

Welche Bedeutung hat Familie für Sie?
Was bedroht Ihrer Meinung nach die Familie heutzutage?
Welche Bedeutung hat Religion/das Christentum für Sie?
Würden Sie sich als christlich-konservativ bezeichnen?
Was gehört für Sie zu „konservativ-sein“?

Konservatives Christentum in Deutschland/ Deutsche Evangelische Allianz

In welchen Regionen in Deutschland leben die meisten Freikirchler?
In welchen Regionen hat die DEA die meisten Mitglieder?
Wo gab es Erweckungsbewegungen?
Zu welchen ostdeutschen Regionen hat die DEA die meisten Verbindungen?
Wie ist der Austausch zwischen der Allianz mit den Freikirchen im Erzgebirge?
Wie ist die Verbindung zwischen Russlanddeutschen Freikirchen und der DEA?
Sind die auch in der Allianz oder gibt es viele unter ihnen, die eher für sich sind?
Besteht eine Nähe zu bestimmten rechten Themen beziehungsweise eine Abgrenzung zu diesen?

AfD/ ChrAfD

Ist die AfD eine christliche Partei? Wenn ja, warum?
Ist die AfD Heimat von vielen Christen?
Wie viele Mitglieder hat die ChrAfD und woher kommen sie?
Welche Konfessionen sind in der ChrAfD vertreten?
Welche Herausforderungen stellen sich Christen innerhalb der AfD?
Wie ist das Verhältnis zwischen Spätaussiedlern und der AfD?

Christen und PEGIDA in Dresden

Gab es Pfarrer, die zur Teilnahme an den PEGIDA-Protesten aufgerufen haben?
Wurden Christen in irgendeiner Form aktiv angesprochen?
Woher kamen jene Christen, die als ‚bekenkende Christen‘ an den PEGIDA-Protesten teilnahmen?
Welche Motive lassen sich für die Teilnahme von Christen an den PEGIDA-Protesten nennen?

Konservatives Christentum in Sachsen

Welche „evangelikalen Gruppierungen“ und Freikirchen gibt es in Sachsen und wie sind sie organisiert (Träger, Netzwerke)?
Wie würden Sie die religiöse Landschaft im Erzgebirge beschreiben?
Warum gibt es in Sachsen, insbesondere im Erzgebirge und im Vogtland, so viele „evangelikale“ Christen? Existieren regionale und konfessionelle Unterschiede?
Wie stehen Sachsens Christen zum Islam?
Wie würden Sie das Verhältnis von Sachsens Christen zur CDU und zur AfD beschreiben?
Gibt es einen rechten Flügel in der sächsischen CDU? Wie sieht dieser aus? Welche Themen werden hier behandelt?

Wie ist das Verhältnis der CDU zur AfD in Sachsen? In welchen Bereichen gibt es Zusammenarbeit? In welchen Bereichen gibt es Abgrenzungen?

Wird eine Abwanderung von ehemaligen CDU-Wählern hin zur AfD wahrgenommen? (Differenzierung nach Alter und Region?)

Welche Gründe lassen sich hierfür nennen?

Gründe für Abwanderung?

Welche Bedeutung haben ‚Erzgebirgschristen‘ für die CDU in Sachsen?

Besorgte Eltern/Demo für alle

Wer waren die Organisatoren und die Teilnehmenden der Demonstrationen „Kein Bildungsplan unter der Ideologie des Regenbogens“ in Stuttgart?

Woher kamen diese und welchen sozialen, kulturellen und religiösen Hintergrund hatten sie?

Beschreiben Sie die Entwicklungen der Bildungsplandemonstrationen zur Demo für alle.

In den Medien wurde immer wieder kritisiert, dass christliche Gruppierungen Seite an Seite mit rechten Gruppierungen demonstrieren. Wie wird mit der Kritik umgegangen?

Russlanddeutsche Christen

Wie kam es dazu, dass so viele Russlanddeutsche an den Demonstrationen „Kein Bildungsplan unter der Ideologie des Regenbogens“ teilnahmen?

Welche Bedürfnisse steckten hinter dem Engagement russlanddeutschen Demonstranten?

Ging es nur um den Bildungsplan oder auch um andere politische Angelegenheiten?

Wie ist das Verhältnis Russlanddeutscher zu Geflüchteten und generell zum Islam?

Wie ist das Verhältnis zwischen Russlanddeutschen (in der Region Stuttgart) und der AfD?

Wo gibt es Bezugnahmen und wo Abgrenzungen? Welche Folgen ergeben sich daraus?